

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 27/IV. Jahrgang.

Erste Juliwoche 1937.

FALLT DEM KONTERRREVOLUTIONÄREN MORDANSCHLAG GEGEN DIE FOUM IN DIE ARME !
 ooo

An alle wirklichen Kommunisten und Sozialisten!
An alle aufrichtigen Revolutionäre!

Nach von langer Hand getroffenen Vorbereitungen wird jetzt in Katalonien versucht, den vernichtenden Schlag gegen die FOUM zu führen. Gegen die gesamte Exekutive der FOUM, gegen ihr Barcelonaer Zentralkomitee, gegen ihre Organisationen in der Provinz sind Haftbefehle ergangen u. zu einem grossen Teil durchgeführt worden. Hunderte von Mitgliedern der FOUM sind verhaftet, ihre Partellokale geschlossen. Min, der Nachfolger Joaquim Maurins in der Führung der FOUM, ist verhaftet und nach einigen Angaben nach Madrid, nach anderen nach Murcia geführt worden, das berüchtigt ist durch die dort von kommunistischer Seite angewandten Foltermethoden, um "Geständnisse" zu erpressen. Die beiden Mitglieder der Exekutive, Gorbin u. Andrade, sind den Händschern entkommen. Ihr Frauen sind als Geiseln gefangen genommen worden! Zur Deckung dieses konterrrevolutionären Verbrechens wird von den Polizeibehörden der Negrinregierung u. von der offiziellen kommunistischen Presse innerhalb und ausserhalb Spaniens die infame Verleumdung verbreitet, die Führer der FOUM hätten für Franco Spionagedienste geleistet, sie hätten mit den Phalangisten im Hinterlande zusammengearbeitet. "Dokumente" seien zum Beweis dafür gefunden worden und die Angeklagten haben sogar angeblich schon "gestanden"...

Das Verfahren gleicht auf ein Haar dem von der Stalin-Jeshov-Clique bei ihrer gegenwärtigen Mord- und Blutorgie in der Sowjetunion angewandten. "Trotzismus", "Spionage", "Dokumente", "Geständnisse" - alle die Requisiten für den physischen und moralischen Mord sind vorhanden!

Es sind dieselben Hände, die hier wie dort wüten. Die Inspiratoren sind die Stalinsche Führung der KPdSU und der KI. Ihr Werkzeuge, die KI Spaniens, die PSUC Kataloniens, und die Organe der Negrinregierung von Valencia.

Die Beschuldigungen gegen die FOUM, gegen die Partei Joaquim Maurins, der unter den Kugeln der Faschisten gefallen ist, gegen die Partei, die im Verhältnis zu ihrer Stärke mehr Kämpfer an die Fronten geschickt hat, als jede andere Arbeiterorganisation in Spanien, tragen den Stempel der frechen Zwecklüge an der Stirn.

Der Anschlag geht aus von den Kräften, die in Spanien die Restauration der bürgerlichen Republik und des Kapitalismus betreiben, die planmässig die revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse abbauen u. vernichten, die die blutige Provokation der Matage in Barcelona vorbereitet u. durchgeführt haben, um die revolutionäre Arbeiterklasse zu entwaffnen, die ein verräterisches Kompromiss mit dem militaristisch-faschistischen Lager entsprechend den Wünschen des englisch-französischen Imperialismus vorbereiten.

Der Mordanschlag richtet sich gegen die Partei Spaniens, die die wahrhaft revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse darstellt, gegen die einzige revolutionäre Kraft in Spanien, die dort die Grundsätze u. Ziele des Kommunismus vertritt u. für die proletarische Revolution kämpft.

Es handelt sich um ein konterrevolutionäres Verbrechen, das alles in den Schatten stellt, was die Ebert-Noske in Deutschland 1918/19 vollbracht haben. Dieses Verbrechen wird umso ungeheuerlicher und tragischer, wenn entartete oder missbrauchte Kommunisten seine Inspiratoren und Werkzeuge sind.

Die Leitungen der CNT und der FAI, der anarchistischen u. syndikalistischen Massenorganisationen in Spanien, halten es für opportun, gegenüber diesen Verbrechen die Augen zu verschliessen, obwohl sie verstehen müssten, dass nach der "Erledigung" der FOUM die Reihe an ihnen sein wird.

Wir rufen alle ehrlichen, dem Kommunismus u. Sozialismus treu gebliebenen Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung auf, ohne Verzug alles aufzubieten, um gegen das in der Durchführung begriffene konterrevolutionäre Verbrechen gegen die FOUM bei den dafür Verantwortlichen den schärfsten Protest zu erheben und um seine Durchführung zu verhindern. Informiert, alarmiert, mobilisiert in allen Ländern die Massenorganisationen der Arbeiterklasse und die breiteste Arbeiteröffentlichkeit zum Protest und zum Schutze der FOUM und damit zur Verteidigung der spanischen Revolution.

Wir appellieren überdies, an alle diejenigen, die eine solche Anwendung der "Demokratie besonderer Art" ablehnen, die die Waffen des Terrors gegen proletarische Organisationen kehrt, die für die Revolution kämpfen.

Der Anschlag gegen die FOUM ist der erste Schritt, um die Methoden der physischen und moralischen "Ausrottung" ihrer revolutionären Gegner zu dem Stalin und Jeshov in der Sowjetunion greifen, auf die internationale Arbeiterbewegung zu übertragen. Dieser Einbruch muss mit aller Kraft abgewehrt werden.

Nieder mit dem konterrevolutionären Terror!
Verteidigt die FOUM!

Büro der IVKO (23.6.37.)

-o-o-o-o-o-o-o-

NEUE FRANKENENTWERTUNG, NOTVERORDNUNGEN, ERHÖHUNG DER MASSENBELASTUNG -
oo
DAS PROGRAMM DER VOLKSFRONTREGIERUNG NUMMER ZWEI.
oo

Die Regierung Chautemps-Bonnet hat vom Parlament die von ihr geforderte Ermächtigung zum Erlass finanzpolitischer Notverordnungen erhalten. Auch der Senat hat diesmal für das Ermächtigungsgesetz gestimmt, und zwar ohne die Vollmachten der Regierung in irgendeiner Weise einzuschränken, wie er das s.Zt. gegenüber Léon Blum u. Vincent Auriol versucht hatte. Der Grund dafür ist, dass das Finanzprogramm der neuen Regierung noch in weit größerem Masse als die von Blum vorgesehenen Massnahmen den Wünschen des Grosskapitals entspricht. Man kann ganz ruhig sagen, dass die Regierung Chautemps-Bonnet u. ihr Programm dem Grosskapital alles bringen, was es im Augenblick erstrebt. Die Regierung Chautemps wird von der gesamten Reaktion mit Wohlwollen betrachtet (der Faschist Taittinger nannte sie die gegenwärtig einzig mögliche, der Faschist Kerillis begrüsst Chautemps als den Liquidator der Volksfront, als den Mann, der eine weitere Entwicklung nach rechts vorbereitet). Von den beiden wichtigsten Männern der Volksfrontregierung Nummer Zwei gehört der eine, nämlich Chautemps, der Grossbourgeoisie oder- wenn man so sagen will- den "200 Familien" an, der andere, Bonnet, ist ein Repräsentant dessen, was man höflich als "finanzpolitische Orthodoxie" u. weniger höflich als kapitalistischer Scharfmachertum bezeichnet. Das, was die Regierung jetzt zu tun gedenkt, entspricht haargenau den Vorschlägen, die die beiden Wirtschaftssachverständigen der Blumregierung, Rist und Beaudoin, vor kurzem gemacht hatten. Rist u. Beaudoin, die bekanntlich demissionierten, weil Vincent Auriol, ihre Forderungen nicht im vollen Umfange akzeptieren wollte, hatten neben einer Dresselung der sozialpolitischen Ausgaben u. einer Erhöhung der indirekten Steuern, d.h. der Massenbelastung, eine neue Entwertung des Franken verlangt.

Die Regierung Chautemps-Bonnet hat nun angekündigt, dass sie sich nicht mehr an die s.Zt. bei der Blumschen Devaluation gesetzlich festgelegte un-

tere Grenze des Goldwertes des Franken halten werde. Sie will den Franken in einer "beweglichen Weise" verteidigen. Diese "Verteidigung" besteht einstweilen darin, dass der Franken weiter fallen wird u. dass gesetzlich keinerlei Grenze mehr für seine fernere Entwertung vorgeschrieben ist.

In seiner Rede vor der Kammer teilte Bonnet mit, dass der Goldschatz der Bank von Frankreich in den letzten Wochen schwere Verluste erlitten hätte. Der s. Zt. bei der Devaluation geschaffene Währungsausgleichsfonds ist bekanntlich so gut wie ganz aufgebraucht worden. Die Regierung hatte am Tage vor der Kammerdebatte die Börsen schliessen lassen u. ein Moratorium für Zahlungen in Gold und in ausländischen Devisen erlassen, um den Goldabfluss abzustoppen.

Um das Defizit in der Staatskasse zu decken, schlägt Bonnet eine Erhöhung verschiedener Steuern, Abgaben u. Tarife vor. Diese Erhöhung wird weit beträchtlicher sein als die von Vincent Auriol geplante. Auch Bonnet wird versuchen, die neue indirekte Massenbelastung durch einige "Massnahmen zu maskieren, die eine erhöhte Kapitalbelastung vortäuschen sollen. Ebenso wie die Vorschläge von Auriol reichen die von Bonnet beabsichtigten Massnahmen bei weitem nicht aus, um das Loch in den Staatsfinanzen auszufüllen. Deshalb sieht Bonnet (so wie das auch Blum u. Auriol planten) eine "Aufbringung" des übrig bleibenden Fehlbedarfs der Staatskasse durch eine erhöhte Ausgabe von Schatzwechseln, durch eine Vermehrung der kurzfristigen Staatsschuld vor. Die Bank von Frankreich soll bis zum Jahresende weitere 12 bis 15 Milliarden an Schatzwechseln aufnehmen.

Das heisst im Grunde genommen, dass das Defizit in der Staatskasse vorderhand in beträchtlichem Masse durch die Notenpresse gedeckt werden wird, denn die Bank von Frankreich gibt für die Schatzwechsel (Bons), die sie aufnimmt, in entsprechender Menge Banknoten aus. Eine solche Finanzpolitik wird Inflation genannt. Sie bedeutet, dass die Frankenwährung, die die Regierung jetzt in der Weise "verteidigt", dass sie sie in die Tiefe gleiten lässt, noch weiter untergraben wird.

Welches sind die Absichten, die die Regierung Chautemps-Bonnet-Blum bei ihrer Finanzpolitik verfolgt? Bonnet hat einige allgemeine Redenerten über den Kampf gegen die Spekulanten von sich gegeben. Aber diese Redensarten haben nur einen Zweck, den Führern der SFIO und KPF einen Vorwand zu verschaffen, mit dem sie vor den Arbeitern ihre Beteiligung an der Bonnet'schen Politik der Ausplünderung der Werktätigen "begründen" können. In Wirklichkeit haben die Chautemps und Bonnet von vornherein zu verstehen gegeben, dass sie die Kapitalflucht, die Spekulation gegen den Franken nicht durch Zwangsmittel, sondern durch die Wiederherstellung des berüchtigten sog. "Vertrauens" überwinden wollen. Was die Regierung jetzt tut, ist, dass sie den Spekulanten u. der Grossbourgeoisie überhaupt eine Milliardenprämie auf Kosten der Werktätigen aussetzt, um auf diese Weise die aus Frankreich verschobenen 60 Milliarden Fluchtkapital zurückzulocken u. die kapitalistischen Unternehmer durch den Anreiz erhöhter Profite zu einer Ausdehnung der Produktion zu veranlassen; davon erhofft sich die Regierung eine Besserung der Staatsfinanzen u. der Lage der Währung. Die neue Frankenentwertung bedeutet, dass die Spekulanten, die ihr Vermögen wohlweislich in ausländischen Werten angelegt hatten, jetzt beträchtliche Gewinne machen können, wenn sie ihre Kapitalien wieder nach Frankreich bringen; wer gegen den Franken spekuliert u. ausländische Devisen u. Gold gekauft hat, bekommt jetzt zur Belohnung eine grössere Summe in Franken, als er sie vorher besessen hatte. Die neue Frankenentwertung bedeutet ferner, dass den französischen Kapitalisten ihre Produktionskosten gesenkt werden, dass sie eine Exportprämie erhalten und zwar durch die mit der Geldentwertung verbundene automatische Senkung der Löhne. Die Regierung sichert den kapitalistischen Unternehmern ferner zu, dass sie keinerlei neue Ausgaben zu sozialpolitischen Zwecken machen werde. Sie kündigt darüber hinaus "Einsparungen", d. h. Abbaumassnahmen zu Lasten der Werktätigen an. Wenn jetzt einige direkte Steuern erhöht werden sollten, so wird das gegenüber den reichlichen Gaben, die die Regierung der Grossbourgeoisie in den Schoss wirft, nicht ins Gewicht fallen, zumal diese Steuern in entwerteten Franken bezahlt werden würden u. es nur von Leuten, die dank ihren Spekulationsgeschäften ihr Vermögen gegen die erneute Frankenentwertung geschützt haben.

Die Kosten dieser Politik werden durch die Werktätigen aufgebracht. Das Finanzprogramm der Chautemps-Bonnet-Blum, das auch von der KPF unterstützt wird, bedeutet eine neue Welle der Teuerung. Die Lebenshaltungskosten, die im Laufe des letzten Jahres ohnehin stark gestiegen sind, werden noch weiter sprunghaft in die Höhe klettern, einmal wegen der weiteren Frankentwertung, zum anderen wegen der gesteigerten indirekten Belastung der Massen, wegen der Erhöhung der Eisenbahn- u. Posttarife, der Tabak- u. Zündholzpreise usw. Die Frankentwertung stellt zugleich eine Ausplünderung der kleinen Sparer dar.

Chautemps hat in seiner Regierungserklärung behauptet, dass er die unter der Regierung Blum beschlossenen Sozialgesetze aufrechterhalten wolle. In Wirklichkeit zielt die Politik des neuen Kabinetts darauf ab, das reale Einkommen der Arbeiterklasse unter den Stand vor dem Juni 1936, vor dem Matignon-Vorträgen, herabzudrücken. Als einzige Errungenschaft der Juni-Menge bleibt nur noch die 40 Stundenwoche. Aber auch dagegen beginnen die Unternehmer bereits Sturm zu laufen. Die von den Hotelbesitzern geplante Aussperrung ist nichts anderes als der von dem gesamten französischen Unternehmertum unterstützte Beginn einer allgemeinen kapitalistischen Offensive gegen die 40 Stundenwoche.

Es ist aber noch keineswegs gesagt, dass es den Chautemps, Bonnet, Blum gelingen wird, durch ihre Politik der Liebesgaben für das Kapital ein auch nur annäherndes Gleichgewicht des Budgets herzustellen, das Fluchtkapital zur Rückkehr nach Frankreich zu veranlassen u. zu verhindern, dass der Fall des Franken bis ins Uferlose weitergeht. Erinnern die Regierungsmethoden des Kabinetts Chautemps an Brüning u. seine Notverordnungen, so weist die gegenwärtige Finanzlage Frankreichs gewisse Ähnlichkeiten mit der Deutschlands von 1918 bis 1923 auf, d. h. zur Zeit der rapiden Markentwertung. Die Markentwertung war damals für das deutsche Kapital ein Mittel auf Kosten der Werktätigen die während des Krieges gewaltig angewachsene innere Schuld loszuwerden u. sich nebenbei eine Exportprämie auf Grund der durch die Inflation bewirkten Senkung des Lohnniveaus zu verschaffen. Die französischen Staatsfinanzen waren während der ganzen Nachkriegszeit infolge der Belastung durch die riesige innere Schuld, die ein Erbe des Weltkrieges darstellt, dauernd Erschütterungen ausgesetzt. Die Finanzkrise ist jetzt deswegen so akut geworden, weil zu der bisherigen inneren Schuld die ungeheuren Ausgaben hinzugekommen sind, die durch die gegenwärtige Aufrüstung des französischen Imperialismus hervorgerufen worden. In der letzten Kammerdebatte hat Paul Reynaud, der öfters mit einer zynischen Sachlichkeit das ausspricht, was die übrigen Vertreter des Grosskapitals zwar denken, aber nicht zu sagen wagen, darauf hingewiesen, dass alle von der Regierung vorgesehenen Massnahmen bei weitem nicht ausreichen, um das (durch den Schuldendienst und die Aufrüstung verursachte) Defizit zu decken. Es ist deswegen nicht ausgeschlossen, dass die französische Grossbourgeoisie zwar von den Liebesgaben, die ihr Chautemps zuwirft, Gebrauch macht, dass sie aber dabei ihre Kapitalflucht, ihre Spekulation gegen den Franken weiterführt u. zwar solange, als sie die Möglichkeit hat, an einer weiteren Frankentwertung zu verdienen u. dass sie darauf hinarbeitet, die Staatsfinanzen in der Weise zu "saniieren", dass die innere Schuld durch eine möglichst vollständige Enteignung der kleinen Sparer drastisch reduziert wird. Die Regierung Chautemps hofft zwar darauf, dass England u. Amerika ihr helfen werden, den Franken vor einem allzu tiefen Fall zu bewahren. Aber obwohl die englische und die amerikanische Bourgeoisie kein Interesse an einem völligen Ruin der Frankentwertung haben, werden sie keineswegs bereit sein, ihr Geld dort hinzuzulegen, wo die französische Bourgeoisie das ihrige herauszieht. Trotz dem Dreimächteabkommen haben bekanntlich England u. Amerika jetzt nicht verhindert, dass der Franken unter den damals vorgesehenen Kurs sinkt.

SFIO und KPF haben für das Chautempsche Programm der Ausplünderung der Werktätigen zugunsten der grosskapitalistischen Spekulanten gestimmt. Léon Blum hat, um diese Zustimmung demagogisch zu verschleiern, im Senat eine kleine Komödie veranstaltet. Er hat sich geweigert, dort die Regierungserklärung zu verlesen, weil der Senatspräsident sich gegen den SFIO-Minister Lebas wegen dessen Kritik am Senat gewandt hat. Das hindert weder Blum noch Lebas, weiter mit Chautemps, der den Senat seiner Ergebenheit versichert hat, in der Regierung zusammensitzen. Blum glaubt wohl, dass die Arbeiter-

Klasse ihm die Reden, die er nicht hält, als grosse Taten anrechnen wird. Ein anderes demagogisches Mittelchen der SFIO ist die Reklame, die die jetzt für die Finanzvorschläge von Vincent Auriol macht. Zwar ist die Bonnotsche Politik noch schlimmer als die Auriols, aber es ist immerhin eine ziemliche Unverfrorenheit, wenn die SFIO jetzt erklärt, die von Auriol vorgesehene Erhöhung der Eisenbahntarife, der Tabak- u. Zündholzpreise hätte keine Belastung der Konsumenten zur Folge gehabt. Dabei bedeutet insbesondere die Erhöhung der Eisenbahnfrachtsätze einer Verteuerung aller Waren.

Die KPF-Führung hat, wie Ducloux in der Kammer ausführte, für die Ermächtigung der Regierung zu Notverordnungen gestimmt, um die Rückkehr des "Lavalismus" zu vermeiden. Deswegen also gibt sie Chautemps und Bonnet die Vollmacht, Finanzpolitik mit den Methoden und dem Charakter der lavalischen zu betreiben. Das ist die Politik des "kleineren Übels", wie sie im Buche steht. Der Unterschied zu der Tolerierungspolitik der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Brüning besteht nur darin, dass die KPF-Führung die Arbeiter noch viel unverschämter anlügt, als das die Wels, Hilferding usw. getan hatten. Die KPF-Führung versucht allen Ernstes den Eindruck zu erwecken, als ob es auch nur möglich sei, dass die Regierung Chautemps mit ihren Notverordnungen die Reichen zum Zahlen bringe u. die grosskapitalistischen Spekulanten wirklich an den Hammelbeinen packe. Die Führung der KPF ist sehr stolz darauf, dass die Volksfront erhalten ist. Sie hat wirklich Grund, sich dessen zu brüsten, dass die Volksfront es so weit gebracht hat, dass sie die Mitwirkung grosser Arbeiterorganisationen an einem der unfassendsten Bauzüge der "200 Familien" gegen die werktätigen Massen garantiert. Es ist eine Schande sondergleichen, dass der einzige Redner in der Kammer, der der Volksfront ihre Kapitulation vor dem Grosskapital vorwarf, nicht aus den Reihen der Arbeiterparteien kam, - es war der linksstehende Kleinbürgerliche Demokrat Bergery. Die KPF hat es mit ihrer Politik soweit gebracht, dass sie nicht mehr ernst genommen wird. Ihre wiederholten Angebote, an der Regierung teilzunehmen, sind unbeantwortet geblieben. Die neue Lösung der KPF "Thorez au pouvoir!" (soll heissen "Thorez auf ein Ministerposten!") hat ihr nicht einmal das Unterstaatssekretariat für schöne Künste eingebracht. Die KPF wird von der Bourgeoisie und der Regierung als das behandelt, als was sie sich gibt, nämlich als parlamentarisches Stimmvieh milderer Sorte.

In allen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, muss jetzt der Kampf gegen die Finanzpolitik, gegen die Notverordnungen der Regierung Chautemps-Bonnet-Ducloux gefordert und organisiert werden. Keine neue Massenbelastung! Wirkliche Belastung des Kapitals! Zu diesem Zwecke Kontrolle der Bücher und Geschäftsbearbeitung der Banken und grossen industriellen Firmen durch Vertreter der Arbeiter und Angestellten! Offenlegung der Steuerlisten! Beschlagnahme der Devisenbestände der Banken und sonstigen kapitalistischen Firmen! Strafverfahren und Vermögensbeschlagnahme bei denjenigen Kapitalisten, die im Verdacht stehen, Vermögenswerte ins Ausland verschoben zu haben! Organisation von Kämpfen für eine Erhöhung der Löhne, die der Teuerung entspricht!

-c-o-o-o-c-o-

RUSSERE UND INNERE ZUSPITZUNG IN SPANIEN.

oo

Hitler u. Mussolini spielen jetzt mit offenen Karten in Spanien. Hitler hat erklärt, dass Deutschland den Sieg der Rebellen brauche, um die Erze von Nordspanien zu bekommen. Mussolini hat jetzt das Eintreten Italiens für Franco offen angekündigt u. weidet seinen Anteil am Sieg an. Warum jetzt diese Offenlegung? Weil sie notwendig ist, um nach dem Falle Bilbao rück-sichtlos alle Mittel Deutschlands und Italiens für den raschen u. voll-ständigen Sieg Francos einzusetzen u. die letzten schwachen Hemmnisse bei-zuteilzuschleppen, die dem von seiten Englands, Frankreichs und der SU noch im Wege stehen. Der nächste Zweck, ist die Blockade der republikanischen Küste, das Abschneiden jeder weiteren Zufuhr von Waffen u. Munition für die Valencia-Regierung. Ein neuer verstärkter Angriff auf Madrid steht be-vor. Die englische u. französische Regierung geben diesem Druck immer weiter nach. Die SU muss sich gefallen lassen, als Luft behandelt zu werden. Das ist eine der Folgen der Enthauptung der Roten Armee. Wenn jetzt wieder von ogg-

lischer u. französischer Seite die Alarmmeldungen lanciert werden, dass es um Krieg oder Frieden gehe, so deutet das darauf hin, dass ein neues faules innerrealistisches Kompromiss auf Kosten der spanischen Republik abgehandelt wird.

Weder Deutschland noch Italien sind in der Lage wegen Spanien einen Krieg gegen Frankreich u. England zu führen u. die englisch-französische Bourgeoisie weiss das natürlich. Im englischen Unterhaus hat Eden erklärt, dass weder England noch Frankreich dem republikanischen Spanien Waffen u. Munition liefern würden, wenn die Nichtintervention aufgehoben wird. Inzwischen aber schiessen deutsche und vielleicht auch italienische U-Boote die sowjetischen Schiffe im Mittelmeer ab.

Die konterrevolutionären Akte in Katalonien und Valencia, die von den Vertretern der SU und denen der JJ erzwungen und durchgeführt worden sind, waren eine Spekulation auf das Wohlwollen der englisch-französischen Bourgeoisie. Es ist heute schon vollkommen klar, dass diese Spekulation das Gegenteil erreichte. Der Verrat an der spanischen Revolution droht zum Verrat selbst an der bürgerlichen Republik zu werden.

Die Konterrevolution schreitet in Spanien täglich weiter fort. Ihr letzter Ausdruck ist die Bildung der neuen katalanischen Regierung ausschliesslich aus Esquerra, PSUC, Rabassaires und der Lliga Catala (eine rechtsbürgerliche Gruppe) - mit Ausschluss der CNT. Die CNT hatte bereits die Teilnahme zugesagt, t dann aber, offenbar unter dem Druck ihrer eigenen Mitglieder w en der Herannaher der Lliga Catala zurück. Die katalanische Regierung ist also jetzt mit der von Valencia gleichgeschaltet. Aber auch in Katalonien wie im übrigen Spanien wächst in der Arbeiterklasse der Widerstand gegen den konterrevolutionären Kurs. Der verbrecherische Schlag gegen die POUM hat deren Tätigkeit nicht lähmen können u. stößt auf wachsenden Widerstand in der Arbeiterklasse. Unter diesem Druck sah sich sogar Companys genötigt zu fordern, dass Nin, der Führer der POUM, nach Barcelona zurückgebracht werde. Es sind aber die grössten Befürchtungen am Platze, ob Nin nichts bereits summarisch erschossen worden ist. Die Aktionen gegen den gegen die POUM angewandten konterrevolutionären Terror zieht auch international immer weitere Kreise. Es zeigt sich, dass die Stalinschen Methoden, angewandt auf die internationale Arbeiterklasse, nicht ohne weiteres geschluckt werden. Es scheint bereits, dass der konterrevolutionäre Bogen überspannt worden ist. Dieselben Leute, die den Ausrottungsfeldzug gegen die POUM organisiert haben, hatten bereits ein Komplotz derselben Art gegen Caballero, Araquistain u. Llopis, die Führer des linken Flügels der spanischen Sozialdemokratie angezettelt und angekündigt, sahen sich aber genötigt, einstweilen auf die Ausführung dieser Ankündigung zu verzichten.

Es ist notwendig, mit aller Kraft die internationale Aktion zur Verteidigung der POUM und zur Niederkämpfung des konterrevolutionären Terrors in Spanien fortzusetzen u. zu verstärken. Die in Spanien fortschreitende Konterrevolution unter Führung Stalins und seiner Werkzeuge droht auch militärisch mit den grössten Gefahren. Aber gerade das kann den revolutionären Kräften in Spanien einen neuen Impuls geben.

-o-o-o-o-o-o-o-

Die Aktion zur Verteidigung der POUM.

==::==::==::==::N::==::==::==::==::==::==::==::==::

Das Comité de Vigilance des Intellectuels hat eine Resolution gegen die Verfolgung der POUM angenommen und im "Oeuvre" veröffentlicht und einen Protest an Negrin geschickt. Dieses Comité umfasst so ziemlich die Gesamtheit der linksstehenden französischen Intellektuellen. Dem Protest hat sich angeschlossen die Front social (Bergery), ferner die Autonome Jugend (die aus der Soz. Jugend ausgeschlossen ist.) Der linke Flügel der SFIO (Minderheit der CAS) hat sich in dieser Sache an den Gesamtvorstand der SFIO gewandt, damit er Stellung nimmt. In verschiedenen Pariser Bezirken wurden innerhalb der SFIO Protestresolutionen angenommen. Die SFIO-Linke hat sich ferner an alle Vorstände der GEF-Gewerkschaften gewandt. Fenner Brockway von der ILP ist mit dem Sohn Langwets, der in der Exekutive der II. Internationale sitzt, nach Spanien gegangen. Das Zentralorgan der SFIC lohnt in einem Artikel von Leroux die Gewaltakte gegen die POUM ab.

Die Mühlhauser SFIO zum Marceller Kongress.

=====
 =====

Im Gegensatz zur Versammlung der SFIO Colmar, verlief die Versammlung der Mühlhauser Sektion der SFIO in einem allgemeinen und nichtssagenden Durcheinander. Durch die Demission des Kabinetts Blum entzog sich der Sektionsvorstand einer allgemeinen Debatte über die dem Marceller Kongress vorliegenden Motionen, die nach der Erklärung J. Wagners durch die inzwischen eingetretene politische Entwicklung überholt und daher nicht mehr zur Stellungnahme zum Marceller Kongress ausreichten. Unter Hinweis auf diese Ereignisse entzog sich auch der Referent Mersch der Aufgabe, die politischen Meinungsverschiedenheiten klarzustellen und selbst eine klare Position einzunehmen. Nach seiner Meinung sei der Augenblick für Tendenzstreitigkeiten im Schosse der SFIO nicht gegeben. Das ist eine echt opportunistische und feige Stellungnahme! Gerade in einem Moment, wo die ganze Schädlichkeit der Volksfrontpolitik sichtbar zu Tage tritt und die SFIO-Führung sich anschickte sich unter radikalsozialistischer Führung in eine neue Koalition mit der Bourgeoisie auf dem Boden eines Ausgleichs mit dem Senat und eines Angriffs auf die Massen einzulassen, wäre die kritische Würdigung der verflochtenen Politik und die klare Herausarbeitung der politischen Aktion der nächsten Zukunft ein brennendes Bedürfnis gewesen.

Der "Republikaner" enthält sich bezeichnender Weise einer Wiedergabe der in der Mitgliederversammlung der SFIO geführten Debatten. Soviel aber geht selbst aus dem spärlichen Bericht des "Republikaner" hervor, dass der Sektionsvorstand, um einer klaren Entscheidung auszuweichen und der Mitgliedschaft die Möglichkeit zu nehmen ihre Meinung zu den vorliegenden Motionen auszusprechen, dafür plädierte, den Delegierten zum Marceller Kongress volle Handlungsfreiheit zu gewähren. Auf einer solchen Basis gelang es auch dem Vorstand sich eine Mehrheit zu sichern und eine klare Stellungnahme der Mitgliedschaft zur Politik der Parteiführung zu verhindern.

Jedenfalls zeigte auch die Mühlhauser Sektionsversammlung der SFIO, dass die dem Blumkurs ergebene Parteibürokratie, ihre Politik nur noch auf dem Wege des Tricks und des Appells an die Einheit der Partei durchzusetzen vermag. Die weitere politische Entwicklung wird es aber immer schwerer machen, sich mit nichtssagenden Formeln eine klare Entscheidung zu entziehen. Die auftretende Opposition in der SFIO ist nichts als der Reflex der Stimmungsänderungen in der Masse der sozialistischen Anhänger, hervorgerufen durch die praktischen Erfahrungen mit der Koalitionspolitik.

Die Föderationskonferenz der SFIO des Haut-Rhin.

=====
 =====

Auch die Föderationskonferenz der SFIO des Haut-Rhin verlief völlig nichts-sagend. Der Föderationsvorstand trat gestützt auf die Resolution der Mühlhauser Parteiversammlung, dafür ein, dass die Konferenz keine Stellung zu den vorliegenden Motionen einnimmt und die Wahl der Delegierten nicht unter dem Gesichtspunkt der Zugehörigkeit für diese oder jene Richtung erfolgt, sondern ihnen unbeschränkte Handlungsfreiheit für ihre Haltung auf dem Marceller Parteikongress eingeräumt wird.

Es ist ganz offensichtlich, dass die Wicky, Mersch u. J. Wagner-Mühlhausen, die stramme Anhänger der Richtung Blum-Faure sind, zu diesem Trick griffen, weil sie sich nicht mehr der politische Gefolgschaft der Delegierten und Mitglieder für die Blumsche Politik sicher waren.

Aber selbst die Anhänger der Motion Pivert ließen sich von diesem Trick täuschen und akzeptierten den durch J. Wagner vertretenen Vorschlag der Mühlhauser Parteiversammlung der SFIO, sodass er einstimmige Annahme fand. So geschah es, dass die Föderationskonferenz im Gegensatz zu den bisherigen Gepflogenheiten ohne Annahme einer politischen Resolution ausging und die Delegierten nicht auf der Grundlage einer politischen Plattform und ohne gebundenes Mandat gewählt wurden. Es ist offensichtlich, dass der Föderationsvorstand zu dieser Methode griff, um auf diesem Wege ein einstimmiges Veto für die vom ihm vorgeschlagenen Delegierten der Richtung Blum-Faure durchzusetzen. Diese Methode ist ein spezieller Beitrag, zu der sonst inal-

len Tönen gepriesenen innerparteilichen Demokratie in der SFIO.

Trotzdem zeigte aber die Diskussion auf der Konferenz, dass eine nicht unbedeutliche Zahl von Delegierten sich der Gefahren der von Blum vertretenen Koalitionspolitik bewusst wird. So erklärte Wicky-Hünigen die Demission von Blum für einen Fehler, wobei er sehr nachdrücklich auf die Erfahrungen hinwies, die in Deutschland und Österreich mit der Politik des Ausweichens und der Kapitulation gemacht wurden. Nach seiner Meinung hätte der Kampf aufgenommen werden müssen, da er dennoch unvermeidbar sei.

Wicky-Mülhausen und Jean Wagner suchten die Position Blums und der Mehrheit des Nationalrats zu verteidigen. Sie bemühten sich mit realpolitisch scheinenden Argumenten, so mit dem Hinweis auf die aussenpolitische Situation und die hitlerische Gefahr, die Blumsche Politik der Kapitulation und der neuerlichen Koalition der SFIO unter Führung der Radikalen zu rechtfertigen. Auch der Sekretär Mersch redete von den realen Tatsachen, denen man ins Angesicht schauen und über die man sich nicht hinwegsetzen könne. Nach ihrer Meinung muss die Arbeiterklasse anscheinend solange auf jeden ernsthaften ausserparlamentarischen Kampf verzichten, wie Hitler in Deutschland herrscht. Diese "Realpolitiker" scheinen sich dabei aber keine Sorge darüber zu machen, dass die von ihnen empfohlene Politik im Endeffekt nur zu den gleichen Resultaten führen kann, wie die nämliche "Realpolitik" in Deutschland und Österreich.

Der Delegierte Ergmann, der neben dem Föderationssekretär Mersch als Delegierter nach Marseille gewählt wurde, gab sein Bedauern darüber Ausdruck, dass der Kampf gegen den Senat nicht aufgenommen worden sei, dass auf dem Gebiete der Wirtschaft nichts wirksames unternommen wurde und forderte eine aktive Politik in der spanischen Frage. Ergmann vergass nur die Frage zu erörtern, ob mit den Radikalen überhaupt ein ernsthafter Kampf gegen den Senat zu führen ist und ob mit der Formation Volksfront ein wirksamer Kampf gegen die Hochfinanz zu führen ist. Der Hinweis auf die radikale Mehrheit des Senats zeigt zur Genüge, dass die Volksfront keine Kampfformation für die von Ergmann vertretenen Forderungen ist.

Wicky-Mülhausen u. J. Wagner machten sich auf der Konferenz nochmals zu Verteidigern der schändlichen Nichteinmischungskomödie in der spanischen Frage.

Der Verlauf der Konferenz und die Vermeidung einer klaren politischen Entscheidung zeigt, dass selbst in den Föderationen, die bisher unbeschadet der Politik Léon Blums folgten, die kritische Stimmung gewachsen ist. Die sich erhebende Opposition ist zwar noch keineswegs durch Klarheit und Grundsätzlichkeit gegenüber der Koalitionspolitik charakterisiert, aber sie ist ein Ausdruck der wachsenden Desillusionierung die in den Reihen der sozialistischen Arbeiter einzusetzen beginnt. Leider wirkt die Politik der KPF heute nur hemmend auf die Herausbildung einer grundsätzlichen Opposition im Schoosse der SFIO, da sie ebenfalls mit beiden Beinen im opportunistischen Sumpf steckt. Um so dringender ist es, dass die wirklichen kommunistischen Ansichten über die unvermeidbaren Wirkungen der Koalitionspolitik und die notwendigen Kampfaufgaben der Arbeiterklasse an breitere Kreise herangebracht werden. Allein dieser Zweck macht die IVKO heute notwendiger denn je.

Die Straßburger KPF zur Lage. Die Mitglieder der KPF von Straßburg und Umgebung nahmen am 23.6. in einer Versammlung zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei Stellung. Das äusserte sich darin, dass sie ein Referat ihres Sekretärs Rosenblatt entgegennahmen und nach Annahme einer Resolution wieder nachhause gingen, ohne sich selbst zu den politischen Fragen geäußert zu haben. Die Resolution billigt die Erschiessungen der Führer der Roten Armee die beschuldigt werden im Dienste des internationalen Faschismus gestanden zu haben. Dem Gen. Stalin wird für die "lobenswerte" Tat der üblichen Gruss übermittelt. Dann wird dem Kam. Thorez für die richtige Haltung der KPF gegenüber den Finanzmächten gedankt, die versuchten die Volksfront zu zertrümmern durch die Sabotage des Finanzprogramms der Volksfront. Ob mit diesem Finanzprogramm die Notverordnungen, die Erhöhung der Taxen und indirekten Steuern gemeint ist, geht aus der Resolution nicht hervor.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

ERSCHEINT WÖCHENTLICH.
=: : =: : =: : =: : =: : =: : =: : =: :

Bezugspreis: Exemplar 0.50
Monat Frs. 2.-



ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 28/IV. Jahrgang.

Zweite Juliwoche 1937.

DIE ROLLE DER KPF BEI DER LETZTEN REGIERUNGSKRISE. oo

Die "Vague" berichtet in ihrer letzten Nummer, dass Ducloux u. Gitten vor der Abstimmung des Senats gegen die Regierung Blum in den Wandelhallen des Senats umhergelaufen seien u. den Senatoren versichert hätten, im Falle eines Sturzes der Regierung Blum sei keine Störung der "Ordnung" in den Straßen zu befürchten. Es wird auch erzählt, die Führung der KPF hätte zu verstehen gegeben, dass sie bereit sei, eine Volksfrontregierung unter radikaler Führung zu unterstützen.

Die Führung der KPF hat also bei dem radikalen Komplott, dass die Ersetzung Blums durch Chautemps zum Zweck hatte, Schmiere gestanden. Sie hat die radikalen Senatoren zu ihren reaktionären Vorstoss ermutigt, indem sie ihnen versprach dafür zu sorgen, dass es zu keinerlei ausserparlamentarischen Aktionen der Arbeiter kommt. Es ist also weiter nichts als ein Versuch, die Spuren des eigenen kompromittierlichen Verhaltens zu verwischen, wenn die Presse der KPF sich jetzt "wundert", weshalb Blum nach dem Votum des Senats zurückgetreten sei. Und es ist pure Schaumschlägerei, wenn die Führung der KPF jetzt - nachdem sie den Chautemps-Bonnet-Blum geholfen hat, einen Milliardenraubzug gegen die Werktätigen in Szene zu setzen, über die Belastung der Reichen auf Grund des Volksfrontprogramms deklamiert.

Die Haltung der Führung der SFIO wird natürlich dadurch, dass auch die Leitung der KPF sich in der erbärmlichsten Weise aufgeführt hat, um keinen Deut besser. Wir haben hier bereits darauf hingewiesen, dass die Finanzvorschläge Blums und Vincent Auriols sich von denen Bonnets in ihrem Wesen keineswegs unterscheiden haben. Und jetzt machen die Blum, Auriol, Paul Faure usw. die Ausplünderung der werktätigen Massen durch die Bonnetsche Politik als Minister mit. In der Mitgliedschaft der SFIO wächst die Opposition gegen die Politik ihrer Führung. Die beiden linken Gruppierungen der SFIO, - die Richtung Zyromski-Bracke und die Richtung Marceau Pivert - werden auf dem Marseiller Parteitag in beachtlicher Stärke vertreten sein. Nun ist die Richtung Zyromski-Bracke allerdings von vornherein zu einem Kompromiss mit den Blum, Paul Faure u. Lobas geneigt. Es fragt sich, ob Marceau Pivert und seine Freunde diesmal mehr Standhaftigkeit als bei früheren Gelegenheiten an den Tag legen werden.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE IMPERIALISTISCHEN MÄCHTE UND SPANIEN. oo

Der imperialistische Schacher um die Fortsetzung der Nichtinterventionspolitik geht weiter. Hitler u. Mussolini verlangen, dass von der Nichtinterventionspolitik nur noch die gegen das republikanische Spanien gerichtete Kontrolle der französisch-spanischen Landgrenze bestehen bleibe, dass aber Franco weder zur See noch an der portugiesischen Grenze irgendeiner Kontrolle unterworfen sei; ferner dass Franco als kriegführende Macht anerkannt werde, damit er die Möglichkeit habe, die Küsten des antifaschistischen Spaniens mit Hilfe von Schiffen, die ihm Deutschland u. Italien dann zur Verfügung stellen würden, zu blockieren. Franco hat diese Blockade bereits begonnen. Seine Schiffe haben verschiedene Dampfer angehalten u. ein französisches Schiff beschlagnahmt.

Die englische u. französische Regierung setzen ihr altes Spiel fort und suchen ein faules Kompromiss mit Hitler u. Mussolini zustandezubringen. Der englische Imperialismus trägt dazu auf die Weise bei, dass er sich Franco zu kaufen sucht. Nachdem die (britischen Kapital gehörenden) Bergwerke von Bilbao in die Hände Francos gefallen sind, ist die englische Regierung mehr denn je bestrebt, Franco unter die Arme zu greifen, um zu verhindern, dass er diese Bergwerke Hitler überlässt. Die Haltung des englischen Imperialismus, der in der spanischen Frage stets mit dem französischen konform geht, zeigt, dass die "führenden demokratischen Länder", Hitler u. Mussolini dadurch an der Festsetzung in Spanien verhindern wollen, dass sie Franco um den Bart gehen u. ihm Geld versprochen, das er bekanntlich in grösserer Menge weder von Hitler noch von Mussolini, die beide selbst im Druck sind, erhalten kann.

Es wird gemeldet, dass die englische Regierung bereit sei, Franco unter gewissen Bedingungen als kriegführende Macht anzuerkennen, vor allem, wenn er sich bereit erklärt, die ausländischen Freiwilligen zurückzuschicken, und das heisst in der Sprache der englischen Diplomatie nur, dass er versprechen soll, seine deutschen u. italienischen Hilfstruppen nicht auf die Dauer in Spanien zu behalten. Das alles zeigt, wie falsch es ist, die demokratischen Imperialisten als eine antifaschistische Kraft anzusprechen.

Zugleich werden auch die Versuche der englischen u. französischen Regierung, einen faulen Frieden zwischen Franco u. der Valenciaregierung auf Kosten der spanischen Arbeiter zustandezubringen, fortgesetzt. Negrin und sein Ausschmittler Giral waren in Paris, wo sie mit Chautemps u. Delbos im stillen Kämmerlein verhandelt haben. Es ist anzunehmen, dass dabei die Frage eines Kompromisses mit Franco besprochen worden ist. Die Regierung Negrin Prieto verhält sich, wie die spanische Volksfront überhaupt, als ein Vasall des englischen u. französischen Imperialismus. Und die britische u. französische Regierung spekulieren offenbar darauf, dass sie sich jetzt auch Franco kaufen werden, worauf sie dann einen Waffenstillstand in Spanien diktieren können.

Die Sowjetunion wird von den imperialistischen Mächten in allen jüngsten Verhandlungen über die spanische Frage als Luft behandelt- und zwar nicht nur von den faschistischen Staaten, sondern auch von Frankreich u. England. Das ist einmal darauf zurückzuführen, dass die innere Krise in der Sowjetunion u. insbesondere die Erschießung der bedeutendsten Führer der Roten Armee das Prestige der Sowjetunion stark geschwächt hat, zum anderen darauf, dass die Imperialisten auf Grund der Konturrevolutionären Kanalangardionste, die die SU und die KI in Spanien der spanischen u. internationalen Bourgeoisie geleistet haben, jetzt annehmen, man könne der Sowjetunion alles bieten u. von ihr die Zustimmung zu jedem schamhaften imperialistischen Schachvor erwarten.

Die Presse der SPIC und KPF tut jetzt so, als ob es im Interesse des Proletariats sei, die Nichtintervention zu rufen. Umgekehrt, wenn den Provokationen Hitlers, Mussolinis u. Francos Halt geboten werden soll, dann ist es notwendig zu fordern, dass die Nichtintervention zu Gunsten der spanischen Antifaschisten, zu Gunsten ihrer freien Belieferung mit Waffen aufgehoben wird.

-o-o-o-o-

VERSTÄRKT DEN PROTEST GEGEN DIE VERFOLGUNG DER POUJ:
 ooo

Der Sekretär unserer amerikanischen Bruderorganisation der Unabhängigen Kommunistischen Arbeiterliga (Sektion der IVKO)en, Lovestone, hat im Namen seiner Organisation ein Telegramm an die Regierung Negrin geschickt, in der entschieden gegen die Verhaftung der Führer der POUJ protestiert. Er hat von der spanischen Regierung die Antwort erhalten, dass sie nicht in der Lage sei, sich in ein gerichtliches Verfahren einzumischen u. dass den Verhafteten alle durch die reguläre Prozedur vorgesehenen Garantien gesichert seien. Diese Antwort ist heuchlerisch und verlogen. Die Regierung Negrin verschanzt sich jetzt hinter die "Unabhängigkeit" der Richter, obwohl jedermann weiss, dass der Prozess gegen die POUJ auf Befehl dieser Regierung ins Werk gesetzt worden ist. Largo Caballero wurde s. Zt. gestürzt, weil er

es ablehnte gegen die FOUM-Massnahmen zu ergreifen, von denen sein Blatt, der "Adelante" von Valencia sagte, dass sie einer faschistischen oder sonstigen reaktionären Regierung würdig seien. Die Regierung Negrin wurde zu dem Zweck gebildet, um das von der KP Spaniens geforderte Verbot der FOUM durchzusetzen. ES ist also eine ganz widerliche und erbärmliche Heuchelei, wenn die Regierung Negrin sich jetzt hinter ihre Justizbehörden verschanzt. Und es ist eine glatte Lüge, wenn sie behauptet, den Genossen der FOUM seien die Garantien eines regulären Gerichtsverfahrens gesichert. Kurz vor der Verhaftung der Führer der FOUM hat die Regierung Negrin -man kann annehmen, dass es eigens zur Vorbereitung eines Justizmordes an den Genossen der FOUM geschah-, Ausnahmegerichte für Spionagefälle geschaffen, bei denen es die Garantien eines regulären Gerichtsverfahrens nicht gibt. Es besteht die grosse Gefahr, dass die Genossen der FOUM in einem Schnellverfahren nach Moskauer Muster hingerichtet werden.

Deshalb ist es notwendig, dass die Kampagne für die Freilassung der verhafteten FOUM-Genossen, für die Wiederzulassung der legalen Tätigkeit der FOUM verstärkt weitergeführt wird. Unsere amerikanischen Genossen haben sich an die Soz. Partei der Vereinigten Staaten mit dem Vorschlag einer gemeinsamen Aktion für die FOUM gewandt. In Paris fand am vorigen Freitag eine von 2000 Personen besuchte Versammlung statt, in der einstimmig die Absendung eines Protesttelegramms an die spanische Regierung beschlossen wurde. Es ist notwendig, in allen proletarischen Organisationen den Protest gegen die Verfolgung der Vorkämpfer der proletarischen Revolution in Spanien laut werden zu lassen!

-o-o-o-o-o-

DER VI. PARTEITAG DER KP-OPPOSITION AMERIKAS.

oo

Ende Mai tagte in New-York der VI. Parteitag unserer amerikanischen Bruderorganisation. Dieser Parteitag spiegelte kraftvoll das pulsierende politische Leben und den organisatorischen Aufstieg unserer amerikanischen Gruppe wider. Auf dem Parteitag waren 101 Delegierte vertreten. Nicht weniger als 50 Delegierte bekleiden in den Gewerkschaften offizielle Funktionen in den Lokalkomitees bis zu den zentralen gewerkschaftlichen Körperschaften. Jede wichtige Gewerkschaft, speziell die der CIO (Committee für industrielle Organisation) war durch führende Funktionäre auf diesem Parteitag vertreten. Allein diese Tatsache zeigt, dass unsere amerikanische Bruderorganisation in den gewaltigen Klassenkämpfen Amerikas, die ihren Ausdruck in den riesigen Streiks in der Automobil-, Stahl- und Bergwerksindustrie finden, ausschlaggebenden Einfluss hat. Durch die gewerkschaftlichen Positionen, die sich unsere amerikanische Bruderorganisation erkämpft hat, beeinflusst und kontrolliert sie annähernd 200 000 Gewerkschaftsmitglieder. Aber auch die besten politischen Kräfte der revolutionären Arbeiterklasse Amerikas haben sich in der Kommunistischen Opposition zusammengeschlossen. Das zeigte auch der Parteitag, 44 Delegierte sind frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei, 22 gehörten früher der sozialistischen Partei an.

Der Parteitag beschäftigte sich in verschiedenen Tagesordnungspunkten mit den internationalen Fragen und mit der Situation der amerikanischen Arbeiterbewegung. Neben wichtigen Beschlüssen, die die Marschroute für die zukünftige Arbeit in Amerika festlegen, nahm der Parteitag eine Entschliessung zur spanischen Frage an, die sich auf der Linie der Beschlüsse der IVKO bewegt.

Der Parteitag beschloss auf Grund der besonderen amerikanischen Verhältnisse und um die Werbekraft der Gruppe zu stärken, den Namen der Gruppe zu ändern. In Zukunft wird unsere amerikanische Bruderorganisation "Independent Communist Labor League" (Unabhängige Kommunistische Arbeiter-Liga) heissen. Unsere Gruppe will mit dieser Namensänderung zum Ausdruck bringen, dass sie nach wie vor eine kommunistische Organisation ist und dass sie als Organisation unabhängig von der offiziellen KP und KI, vom Boden der kommunistischen Grundsätze selbständig die richtige kommunistische Strategie und Taktik für die amerikanische Arbeiterbewegung ausarbeitet. Dass diese Namensänderung keine Abkehr von der grundsätzlichen Einstellung der IVKO ist, hat der Parteitag dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er ausdrück-

lich die Grundlinie der IVKO Übernahme und eine Resolution aufs Neue bestätigte, die im Jahre 1936 das Verhältnis der KP-O zur Kommunistischen Internationale charakterisierte. Ausdrücklich wurde in dem Beschluss zur Namensänderung hervorgehoben, dass unsere amerikanische Gruppe nach wie vor es ablehnt, eine neue "revolutionäre Partei" zu bilden oder die Rolle einer rivalisierenden Partei zu übernehmen.

Wir beglückwünschen unsere amerikanische Bruderorganisation zu ihrem prächtigen und erfolgreichen Parteitag, der uns ein Ansporn auch für unsere Arbeit sein wird.

-o-o-o-o-o-o-o-

EINE KLEINE STIEEREI.
oooooooooooooooooooooooooooo

In der neuesten Nummer der vom ZK der KPD herausgegebenen roten "Internationale" (Heft 3/4) erscheint auch die längst fällige Kampagne gegen die "Brandleristen" unter dem furchteinflößenden Titel "Brandler-Radek".

Wir begnügen uns einstweilen damit, aus dieser Stieerei kleinsten Formats folgende Perle als Licht zu heben:

"Es beginnt heute immer klarer zu werden, dass Radeks ganze Rolle wie in der Sowjetunion, so auch in der internationalen Arbeiterbewegung, die eines synischen, schlauen, notorischen (!) Schädling und Verräters war. Und man muss sich fragen: war es ein blosser Zufall, dass Radek den Brandlerismus in Deutschland sozusagen aus der Wiege gehoben hat?"

Vielleicht stellt sich der ebenso ehrenwerte wie scharfsinnige Verfasser noch einige weitere Fragen desselben Stils.

"War es ein blosser Zufall, dass dieser "notorische", auf deutsch, bekannte Schädling noch von Lenin im Herbst 1918 nach Deutschland geschickt wurde? War es ein blosser Zufall, dass Lenin auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921 mit Radek und Trotzki zusammen ein und dieselbe taktische Linie verteidigte und die Taktik der Einheitsfront unter ausdrücklicher Berufung auf Radek als Vorbild empfahl? War es ein blosser Zufall, dass unter denen, die die wiederholten offiziellen Sendungen dieses bekannten Verräters nach Deutschland beschlossen haben, sich ein gewisser Stalin befand? War es ein blosser Zufall, dass niemand unter den jetzigen Mitgliedern des ZK der KPD den notorischen Schädling Radek entlarvt und vor ein Parteigericht oder Revolutionstribunal gestellt hat - war es polizeividrige Dummheit oder verräterische Mithilfe?"

Und ist es vielleicht blosser Zufall, dass der jetzige "Verräter und Volksfeind" Bucharin der Hauptverfasser des Programms der Kommunistischen Internationale war?"

Das Heft, in dem dieser kleine Polizeidrama neben anderen Jämmerlichkeiten desselben Kalibers wie der Verteidigung der Noskometoden in Spanien usw. erscheint, trägt zu seiner Schande noch die Inschrift "Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring".

-o-o-o-o-o-o-o-

DAS NEUE WAHLRECHT IN DER SOWJETUNION.
oooooooooooooooooooooooooooo

In dem vom letzten Plenum des ZK der KPdSU herausgegebenen Bestimmungen für das Wahlrecht bei den kommenden Sowjetwahlen ist bezeichnend, dass auch Betriebsversammlungen und die Versammlungen der Kollektivbauern das Recht haben sollen, Kandidaten für die Sowjetwahlen vorzuschlagen, was in der neuen Verfassung selbst nicht vorgesehen war. Das beweist, dass in den Massen eine starke Stimmung herrschen muss, um die Sowjetdemokratie zu verwirklichen. Wenn Stalin damit etwa darauf spekuliert, die Massen gegen die Opposition in der Kommunistischen Partei auszuspielen, so wird das Ergebnis in letzter Rechnung ganz anders sein als das gewollte.

Jetzt ist auch der Leiter der Goldindustrie, der bekannte Ingenieur Zerebrowski, der bisher das besondere Vertrauen Stalins besaß, dem inneren Terror zum Opfer gefallen. Zerebrowski ist zweifellos einer der fähigsten Industrielleiter der Sowjetunion. Er hat zuvor die Erdölindustrie auf die Beine gebracht. Die Massregel bedeutet, dass jetzt auch die Goldindustrie von Stalin desorganisiert wird. Auf ihre Bedeutung für die Wehrkraft der Sowjetunion sei nur hingewiesen. Ebenso ist die Automobilindustrie schon schwer getroffen. Massenhaft versuchen die Arbeiter, der wilden Jagd nach Saboteuren, Schädlingen, Spionen, Trotzkiisten sich zu entziehen, indem sie die Betriebe verlassen und in ihr Dorf gehen.

oo

DER KRIEG

und die Kommunistische Internationale

heißt die von der Internationalen Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO) soeben auch in deutscher Sprache herausgegebene 50 Seiten umfassende Broschüre zum Preise von Frs. 2.00. Die Broschüre enthält den Offenen Brief der IVKO an die Exekutive der KI, das ZK der KPdSU und an die Leitungen und Mitglieder der anderen Kommunistischen Parteien vom 30. Mai 1936, nebst einer Nachschrift vom 9. Mai dieses Jahres.

Die Broschüre gibt eine umfassende Würdigung der Stellung der KI zur Kriegsfrage vom Standpunkt der IVKO. Wir geben hier eine kurze Inhaltsangabe der in der Broschüre behandelten Fragen:

- I. Der Krieg und die Gefahren für die Kommunistische Internationale / II. Die Stellungnahme des VII. Kongresses zur Kriegsfrage / III. Die jetzige Stellungnahme der KI und ihr Widerspruch zu den Beschlüssen des VII. Kongresses / IV. Die Erklärungen kommunistischer Vertreter / V. Die alten und die neuen taktischen Fragen des Krieges / VI. Die Ursachen / VII. Die Wirkungen und Perspektiven / VIII. Die Schlussfolgerungen der Kommunistischen Opposition. Nachschrift: A. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion / B. Der spanische Bürger- und Interventionskrieg / C. Der Kampf gegen den Faschismus: 1) Spanien, 2) Frankreich, 3) Vereinigte Staaten, 4) Deutschland, 5) China / D. Kommunismus, Reformismus, Anarchismus / E. Die Wirkungen auf den inneren Zustand der Kommunistischen Bewegung.

Die Broschüre gehört in die Hand jedes klassenbewussten Arbeiters.

Bestellungen für die Broschüre sind zu richten an: Alfred Quiri, Wolfshelm (Bas-Khin).

oo

WACHSENDE SPANNUNG IN HITLERDEUTSCHLAND.

oo

Selbst die Brotversorgung Deutschlands gerät immer mehr in Schwierigkeiten. Reines Weizenmehl wird den Konsumenten überhaupt nicht mehr geliefert. Künftig wird schon in den Mühlen Maismehl beigemischt. Dem Roggenmehl soll Kartoffelmehl zugesetzt werden. Die Mühlen werden von ihrer bisherigen Verpflichtung entbunden, bestimmte Vorräte zu halten. Künftig werden auch Hirse, Buchweizen, Mais, Hülsenfrüchte und alle Futtermittel von der Regierung bewirtschaftet, d.h. sie werden verteuert und der Verbrauch wird eingeschränkt. Der wachsende Eisen- und Stahlmangel hat dazu geführt, dass jetzt auch die kleinsten Mengen in privater Hand angezeigt werden müssen. Diese Tatsachen sprechen bedeutend dafür, dass Hitlerdeutschland heute nicht fähig ist, einen grossen Krieg zu führen, dass sein Auftreten in der spanischen Frage, in der Frage der Tschechoslowakei und Österreich einseitigen nur Bluff ist.

Ein Ausdruck der wachsenden inneren Spannungen ist die verschärfte Verfolgung der kirchlichen Opposition. Die massenhaften Verhaftungen der Vertreter der sogenannten Bekenntniskirche (protestantische kirchliche Opposition) die Verordnungen, die der Kirche die Verwaltung ihrer eigenen Finanzen aus der Hand nehmen und sie unter staatliche Verfügung stellen; offenbaren die Schärfe der Spannungen. In der kirchlichen Opposition kommt die Unzu-

friedenheit der kleinbürgerlichen Massen zum Ausdruck. Da sie unaufhörlich steigt, versucht das Naziregime jetzt auch sie organisatorisch zu zerschlagen. Es schafft damit nur Bedingungen, die mindestens einen Teil der kleinbürgerlichen Massen auf das Gebiet des politischen Kampfes treiben.

Ein Ablenkungsmittel für diese inneren Spannungen sind die ständigen Droh- und Blaufkampagnen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Ihre ständige Wiederholung ist dem Naziregime ein ebensolches Bedürfnis wie dem Morphinanisten die ständige Erneuerung seiner Spritze und die Steigerung der Dosen.

Die letzte Geschichte auf diesem Gebiet, ist die Forderung an die österreichische Regierung, vier Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen und Franco als kriegsführende Macht anzuerkennen. Das wird begleitet von dem üblichen Presselärm wegen der angeblichen Misshandlung von 31 gefangenen Nazis in den Gefängnissen Schuschnigg's.

JAPAN TABET DIE SOWJETUNION AB.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Amurkonflikt war ein Versuch Japans, nach der Enthauptung der Roten Armee die Sowjetunion mit dem Bajonett abzutasteten. Der Zwischenfall ist anscheinend auf dem Wege der Reglung, wobei die Sowjetunion vor der japanischen Provokation zurückgewichen ist.

"FRANKREICH WILF. RUHE".
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Damit begründete Léon Blum in seiner Rede in Bordeaux, warum die Sozialisten vor dem Senat und vor Chautemps kapituliert haben. Im selben Atem aber erklärte er, dass wenn die Sozialdemokratie den Kampf im Parlament aufgenommen hätte, "er sich jedoch auf das Land ausgedehnt und sich zu grossen Volksbewegungen ausgewachsen hätte, die unaufhörlich an Umfang und Energie gewonnen hätten". Damit widerlegt Blum sich selbst. Es sind die französische Bourgeoisie und die von ihr gewonnenen Teile des Kleinbürgertums, die von der Arbeiterklasse "Ruhe" fordern, die aber selbst im Lande eine heftige Kampagne betreiben, die die SFIO, die KPF und die Gewerkschaften für den Zusammenbruch der Finanzen und der Währung verantwortlich machen. Die Bourgeoisie versucht jetzt, auf dieser Grundlage die Massen gegen die Volksfront in Bewegung zu setzen. Die SFIO antwortet darauf mit der Aufzählung der wunderbaren Dinge, die sie für das Volk gemacht hätte, wenn man ihre Regierung nicht gestürzt hätte. Das lockt aber keinen Hund vom Ofen, denn der reaktionäre Charakter des Programms Blum-Juriel ist bekannt. Weitere Begründungen für die Kapitulation, die von Blum gegeben werden, sind 1) dass die Radikalsocialisten bei einem Kampf gegen den Senat nicht mitgemacht hätten (sie haben ja selbst die Aktion des Senats, in dem sie eine Mehrheit haben, aufgezogen), 2) das Schreckgespenst der Kriegsgefahr von seiten Hitlers. Mit dieser orthodox-reaktionären Logik kommt man folgerichtig zur nationalen Einheit, zum Burgfrieden, worauf die Radikalsocialisten die SFIO hinweisen.

Der Franc ist inzwischen bereits um 14 % gesunken. Der Index der Engrospreise ist bereits um eine Reihe von Punkten in die Höhe gegangen. Die Einzelpreise und die der Lebensmittelkosten werden unausbleiblich folgen trotz des illusorischen Regierungsedikrets, das ein Steigen der Preise (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Produkte) verbietet. Die Bourgeoisie fordert, dass die Nominalhöhe unbedingt auf ihrer jetzigen Höhe festgehalten werden. Das würde bedeuten, dass die Realhöhe noch unter den Stand vor den Junikämpfen 1936 heruntergedrückt werden. Dies ist der Hauptzweck der ganzen Operation. Die kleinbürgerlichen Massen werden durch den verstärkten Rückgang des Franc verstärkt ausgeplündert. Insbesondere die kleinen Rentiers und gleichzeitig auf die Volksfront als die dafür Schuldigen gehetzt. Die Wirkung kommt dem Faschismus zugute.

---0-0-0-0-0---

Léon Jouhaux "tiefsinnige" Betrachtungen zur Regierung
=====
Chautemps.
=====

Durch die Presse macht ein Artikel Jouhaux die Runde, der den bezeichnen-

den Titel "Die Regierung Chautemps darf nicht die Regierung Brüning werden" trägt Jouhaux erklärt bedrückt, "dass in unserem Geiste das Experiment Chautemps uns an jenes denken lässt, welches in Deutschland von dem Kanzler Brüning unternommen worden war". Jouhaux weist darauf hin, wie dieses Experiment endete: bei Adolf Hitler und dem Sieg des Faschismus in Deutschland. Und Jouhaux erklärt:

"Die CGT kann nicht zulassen, dass die Volksfront von Blum zu Chautemps, von Chautemps zur Union Nationale, und dann zu irgend welchem Faschismus-Ersatz geführt werde."

Nach einer längeren Untersuchung der finanziellen Situation kommt Jouhaux zu dem Schluss, dass weder Ausgabenbeschränkungen, noch Steuererhöhungen die Finanzlage zu sanieren vermögen, um dann zu sagen:

"Die erste Volksfrontregierung hat gezeigt, dass es vergebens ist, auf den Geist der Mitarbeiter der Besitzenden und der Industrietruste zu zählen; die einen führen ihr Kapital aus, andere weigern sich, ihre Kreditmöglichkeiten zu verwenden; die Letzteren schliesslich liefern ihre Produkte mit dem Tropfenzähler, die halten ihre Industrie- und Finanzmacht aufrecht, desorganisieren aber die kleine und mittlere Industrie."

Darzu zieht Jouhaux den Schluss, man müsse dem Druck der Finanzmächte und der Industrietruste ein Ende bereiten, ein wirkliches Arbeitsbeschaffungsprogramm aufstellen, den alten Arbeitern die Pension geben und einschneidende Reformen in der Wirtschaftsstruktur des Landes durchführen. Und Jouhaux erwartet, dass die zweite Volksfrontregierung unter radikaler Führung das tut, was die erste unterliess und die notwendigen Wirtschaftsreformen in Angriff nimmt.

Jedermann weiss, dass das Regierungsprogramm Chautemps die Ausgabendrosselung, den Verzicht auf jede Neuausgabe für soziale Zwecke, die Belastung der Armen durch neue Steuern, die Inflation und erneute Devaluation enthält. Man darf wohl annehmen, dass diese Tatsachen dem Generalsekretär der CGT nicht unbekannt geblieben sind. Trotz dieser Massnahmen aber hat sich die CGT für das Kabinett Chautemps ausgesprochen und Léon Jouhaux (zwei Stellen wohnen ach in seiner Brust!) selbst anerkennt diese Massnahmen, obzwar sie den Brüningischen gleichen wie ein Ei dem Anderen. Seine Erklärung, dass die Chautempschen Finanzmassnahmen nur in Verbindung mit durchgreifenden Wirtschaftsreformen ihren Zweck erreichen werden, ist keinen Schuss Pulver wert und offensichtlich nur eine Beruhigungspille für die Mitglieder der CGT.

Wenn Jouhaux schreibt:

"Brüning respektierte die Orthodoxie der Finanzmänner und die Freiheit der Besitzenden. Brüning schränkte die Ausgaben ein, erhöhte die Steuern, verkleinerte die Programme der öffentlichen Arbeiten"

und dem hinzufügt:

"Wir wollen nicht, dass Chautemps ein Brüning werde!", so bedeutet dies nicht als eine oberflächliche Phrase, wenn die CGT der Regierung Chautemps und der Volksfront ihr Vertrauen erneuert, in einem Augenblick wo sie in den Fusstapfen eines Brüning wandelt, statt die Arbeiter zum Kampf gegen die Brüningpolitik der Chautemps-Bonnet-Blum aufzurufen. Die Arbeiter handeln nur in ihrem Interesse und im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, wenn sie der Jouhauxschen Politik des Selbstmords die Gefolgschaft versagen. Nur wenn die Arbeiterorganisationen sich von der Politik Chautemps distanzieren, wenn sie den Kampf gegen diese Politik organisieren und ihre Kräfte gegen die Finanzmächte und die Industrietruste einsetzen, wird Chautemps, selbst wenn er Brüning kopiert, nicht die Arbeiterorganisationen mit in den Bankrott hineinreissen.

FAULE ARGUMENTE.

oooooooooooooooooooo

Die SFIO befindet sich ob der unvermeidlichen Resultate ihrer Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in einiger Verlegenheit.

Der "Republikaner" glaubt sich den Folgen dieser Politik dadurch zu entziehen, dass er beständig die Schuld des Senats an den Massnahmen der Regierung Chautemps-Bonnet-Blum feststellt, da er der Regierung Blum die Vollmachten zur Verteidigung des Frankens verweigerte, während der Chautemps die Vollmachten bewilligte, obzwar sie eine neue Frankensabwertung einschlossen.

Auf den sehr naheliegenden Einwand, dass die SFIO-Fraktion, ebenso wie die KPF derselben Vollmachtenvorlage zustimmte, die der Senat Chautemps bewilligte, sucht der "Republikaner" damit zu antworten, dass er erklärt, dass es nie soweit gekommen wäre, wenn der Senat der Regierung Blum vierzehn Tage vorher die Vollmachten bewilligt hätte.

So kommt er denn zu dem Schluss:

"Die Schuld an dieser neuen Frankensabwertung, die Schuld an den viel weitergehenden Massnahmen als jene, welche die Regierung Blum geplant hatte, trifft also den Senat und jene, die hinter ihm stehen."

Wir wollen hier die von Blum geplanten Massnahmen nicht noch einmal besprechen; Wir haben dies bereits getan. Aber wir fragen den "Republikaner":

Ist es wahr, dass im Senat die Radikalsozialisten die Mehrheit haben, dieselben Radikalsozialisten, mit denen die SFIO und KPF in der Volksfront vereinigt ist?

Hat die Führung der SFIO von der Radikalen Partei gefordert, dass sie die ihre Besetzung des Senats zur Einhaltung der gemeinsamen Regierungsvorschläge zwingt?

Hat die SFIO irgendwelche Folgerungen aus der Tatsache gezogen, dass ihr die radikale Partei im Senat in den Rücken fiel? Hat sie irgendeine Folgerung aus der Tatsache gezogen, dass die radikale Parteiführung nichts gegen ihre Parteifreunde im Senat unternahm, sondern deren Angriff billigte?

Hat die Regierung Blum nicht auf den Kampf gegen den Senat verzichtet? Hat sie sich nicht einer Regierung angeschlossen, die unter der Führung derselben Radikalen steht, die den Dolchstoß gegen Blum ausführten? Hat sie nicht, statt den Kampf gegen die Frankentöter aufzunehmen, sich erneut mit den Frankentöttern verbündet, um gemeinsam die Fahrt in die Devaluation und Inflation, in die Ausgabenbeschränkung und die Belastung der Armen zu unternehmen.

Indem die SFIO sich mit den Inspiratoren des Senatsangriffs verbündete, indem sie sich einer Regierung des Ausgleichs mit dem Senat anschloss, indem sie ihre Stimme und ihre Minister für ein solches Werk zur Verfügung stellte, hat sie gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt und gleichzeitig ihre Verantwortung für alle daraus folgenden Massnahmen zu tragen. Das ist kein Kampf gegen die Kapitaloffensive, kein Kampf gegen die Goldmauer, kein Kampf gegen die "200 Familien", kein Kampf gegen den Faschismus. Das aber haben doch SFIO und KPF den Massen im Namen der Volksfront versprochen? Statt aus der Tatsache, dass man die verkündigte Politik nicht mit Hilfe der Radikalen und in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie durchführen kann, die sich aufdrängenden Folgerungen zu ziehen, ziehen SFIO und KPF daraus die Folgerung, vor dem Senat zu kapitulieren und sich an der Durchführung einer Politik zu beteiligen, die mit den gegebenen Versprechungen und den Interessen der breitesten Massen im direkten Widerspruch steht.

Die Arbeiter handeln nur in ihrem Interesse, wenn sie mit einer solchen Politik brechen und mit aller Kraft eine Politik des Klassenkampfes gegen das Kapital durchsetzen.

Noch so klug ausgedachte Argumente können die Wirkung der Politik aufheben, die die SFIO mit Unterstützung der KPF betreibt. Nur eine vermag diese Wirkungen abzuschwächen und letzten Endes aufzuheben; die völlige Umstellung der bisherigen Politik im Sinne einer revolutionären Politik des Bedingens der Arbeiterklasse mit dem Kleinbürgertum gegen das Grosskapital und seine Trabanten.

Die Reaktion wittert Morgenluft.

=====
=====

Die Zustimmung der SFIO und KPF zur Politik Chautemps blüht der Reaktion, die sich im Juni vorigen Jahres angesichts der gewaltigen ausserparlamentarischen Massenbewegung gesenkten Hauptes und mit schlotternden Knien mit den Sozialgesetzten abfand, wieder Wind in ihre schlaffen Segel. Sie erhebt wieder frech ihr Haupt und geht, gestärkt und gekräftigt durch die Politik der Volksfront wieder zur Offensive über. SFIO und KPF erhalten jetzt die Wechsel präsentiert für das, was sie infolge ihres Bündnisses mit den Radikalen nicht tun konnten, dafür, dass sie sich Schritt für Schritt den Erpressungen und Drohungen der reaktionären Canaille fügten und auf jeden ausserparlamentarischen Kampf gegen die Finanzmächte und die Industrietrusts verzichteten.

So schreibt der "Eclair" des berüchtigten und mit allen Wassern faschistischen Demagogie gewaschenen H. Rossé in einem Artikel:

"Wenn morgen die Eisenbahntarife aufschlagen, dann verdanken wir das den Sozialisten und den sie unterstützenden Kommunisten."

Wenn morgen der Tabak 20 % teurer ist, wenn morgen die Steuern um 20 % erhöht werden, wenn morgen die Lebenssteuerung um 4 % zunimmt, wenn heute schon alle ersparten Franken des braven, stillen französischen Bürgers einen schönen Teil seines Wertes verloren haben, dann sind unsere Sozialisten daran schuld.

Die Herren haben es gewollt. Sie sollen zu ihrem Werke stehen. Wir werden nicht erlauben, dass sie sich davon drücken."

Man sieht, Schwäche und Verzicht auf den Kampf gegen das Kapital, ein unvermeidliches Resultat der Politik der Zusammenarbeit mit der radikalen Bourgeoisie, sind immer Wasser auf die Mühlen der Reaktion. Man glaubte mit einer solchen Politik das Kapital und seine Trabanten zu besänftigen, in Wahrheit hat man sie damit nur gestärkt und frecher gemacht. Sie zum Schweigen zu bringen und wieder in jene Lächer zu jagen, in denen sie sich im Zeichen des Sturms der proletarischen Massenbewegung verkrochen hatten, ist nur möglich, wenn man jede Gemeinschaft mit der Bourgeoisie ablehnt und die Kraft der Arbeitermassen ausserparlamentarisch zur vollen Entfaltung bringt. Das ist nötig und das einzig wirksame Mittel um die sich frech wieder erhebende Reaktion zur Reason zu bringen.

Ein Tritt für Léon Blum.

=====
=====

Die Rufe wider den Senat, die jetzt die SFIO zur Irreführung der Arbeitermassen von sich gibt, veranlassen die Radikalen hier und da sich der reaktionären Demagogie gegenüber dem Kabinett Blum anzuschließen. So schreibt Fritz Hecker in "La République" in einem Artikel "Die Regierung Chautemps im Sattel" (1. Juli) u. a.:

"Die Empfindung der kleinbürgerlichen Massen, dass die 200 Familien, d. h. der wahre französische Grosskapitalismus, unter dem Regime Léon Blum keinen Doubt zu opfern hatten, dass jedoch gerade der Mittel- und Kleinbesitz Gefahr liefen, bluten zu müssen, hat die Änderung in der Führung der Volksfront erzwingen. Das hat niemand besser herausgeführt als Herr Léon Blum selber."

Der Verzicht auf einen entschlossenen Angriff gegen die "200 Familien" durch die Volksfront wird also jetzt bereits in demagogischer Weise selbst von radikaler Seite gegen Léon Blum ausgenützt. Léon Blum und die SFIO wird noch merken, dass die Kapitulation vor dem Kapital ihm und ihr ebensowenig gedankt wird, wie der deutschen Sozialdemokratie die Rettung der deutschen Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution 1918 gedankt wurde. Alles zeigt, dass die Reaktion die kleinbürgerlichen Massen, die jetzt bereits ein zweites Mal durch eine Devaluation geschröpft werden, mit aller Kraft gegen die Volksfront, als den dafür Verantwortlichen zu mobilisieren

versucht.

Wenn Fritz Hecker jetzt zur Verteidigung der radikalsozialistischen Senatsmehrheit auch in diese Herbe haut, so zeigt dies nur, von welchem Kaliber die radikalen Volksfrontgenossen sind und dass sie nichts hindern wird, morgen zu sagen, dass sie eine Zeitlang soz. Führung folgten, nur um zu zeigen, wie es um den Kampf der Sozialisten gegen die 200 Familien bestellt ist.

Die SFIO Strassbourg nach der Demission Blums.

=====
 =====
 =====

Die SFIO Strassbourg nahm in einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung zur politischen Lage und zur Demission Blums Stellung.

Die Parteileitung hatte zur Unterstützung der Position Blums Georges Weill als Referent des Abends aus Paris kommen lassen. G. Weill musste zugestehen, dass die Bildung der Regierung Chautemps von den breiten Massen als ein Rückschlag empfunden werde. Er erklärte, dass wenn dem Volke Gelegenheit gegeben werden wäre, sich zum Konflikt mit dem Senat zu äussern, sich die übergrösse Mehrheit gegen den Senat ausgesprochen hätte - weshalb anscheinend die SFIO darauf verzichtete, denn die Austragung des Konflikts hätte unvermeidlich den Bruch mit den Radikalen zur Folge gehabt. Was Weill über die Ursachen des Scheiterns Blums angab, ist bereits von soz. Seite wiederholt ausgeführt worden.

Über die Konsequenzen des Regierungswechsels äusserte sich Weill sehr lakonisch u. wahrhaft "tiefsinnig", "dass sie die sein werden, die wir selbst wollen". Für Weill ist die Hauptsache, dass die Volksfront intakt geblieben sei. Weill drückte die Meinung aus, dass es notwendig sei das Rassemblement Populaire zu einer erneuten Untersuchung seines Programms zu veranlassen, um festzustellen, ob dieses Programm der jetzigen Zeit entspreche. Nach der Ansicht Weills könnten die schwebenden Probleme nur durch die vollständige Umgestaltung der Gesellschaftsordnung gelöst werden.

Erhaltung der Volksfront mit den Radikalen, Teilnahme am Kabinett Chautemps und Formulierung eines Programms der vollständigen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Rahmen der Front Populaire, klobigere Widersprüche als diese unter einen Hut zu bringen, hat sich wohl kaum jemand vorgenommen, wie sie hier von G. Weill in Worten höchst einfach vereinigt werden.

In der Debatte äusserten eine ganze Reihe Redner ihre tiefe Enttäuschung darüber, dass Blum den Fehlschuss ausgewichen sei. Aus den Reden klang auch eine ziemliche Desillusionierung über die Volksfront. Hinker, der ja auch ein Meister der Vereinigung nicht zu vereinbarender Widersprüche ist, empfahl die Festigung der Volksfront, gleichzeitig aber eine kritische Würdigung der Leistungen der Volksfront und ein schärferes Vorgehen gegen die Finanzmächte - also mit Bonnet und Chautemps. Gleichzeitig äusserte er seine Unzufriedenheit mit der Nichtinterventionspolitik gegenüber Spanien. Die Hinkersche Opposition, wenn man sie überhaupt so nennen darf, ist wirklich eine hinkende. H. verzichtete auf jede Resolution zur Festlegung eines politischen Standpunktes. Imbs verwies darauf, dass die meisten Senatsmitglieder der Radikalsozialisten seien und die Krise durch diesen radikalen Senat heraufbeschworen worden sei. Leider verfiel es Imbs aus seinen Feststellungen die sich aufzwingenden Konsequenzen zu ziehen. Das dürfte ihm auch schwer fallen, da er in der Strassbourger Kommunalpolitik ja zu den Verfechtern der Zusammenarbeit mit der Fabrikantenpartei gehört.

Der Schluss der Versammlung war: man muss die Volksfront beleben, begeistern und ausbauen. Erstens wird es sehr schwer sein, die Massen für das Programm und die Finanzmassnahmen der Chautemps-Bonnet-Blum zu begeistern. Die Belebung der Volksfront, also der Zusammenarbeit mit den Radikalen, wird nicht nur schwer fallen. Sie zu begeistern ist auf dem Boden, auf dem sie jetzt lustwandelt, unmöglich. Die Schaffung eines neuen Programms der vollständigen Umgestaltung der Gesellschaftsordnung bei gleichzeitigem Festhalten an der Volksfront, also der Zusammenarbeit mit den Radikalen, ist ein Nonsens. Nachdem man das erste Programm fallen liess, weil man auf den ausserparlamentarischen Kampf verzichtete, fehlt nicht ein Programm, sondern eine andere politische Linie.

Verantwortlich: EMILE HIRZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 29/IV. Jahrgang.

Dritte Juliwoche 1937.

DER FERNE OSTEN FLAMMT AUF .

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Amur-Zwischenfall war ein Versuch Japans, nach der Zerschlagung der Roten Armee die Sowjetunion mit der Fajonett abzutasten. Der Zweck war offenbar nicht, schon einen Grossangriff gegen die Sowjetunion zu unternehmen, sondern festzustellen, ob und inwieweit damit zu rechnen sei, dass die Sowjetunion bei einem Angriff gegen Nordchina eingreifen werde. Wie der japanische Imperialismus diesen Versuch beurteilt, geht daraus hervor, dass der Grossangriff gegen China jetzt tatsächlich eingeleitet wird. Die übliche japanische Provokation ging voraus. Japan hat bereits 20 000 Mann nach Nordchina geschickt. Immer neue japanische Truppen strömen zu. Der Kampf tobt dicht an den Mauern Pekings. Die Nanking-Regierung hat die allgemeine Mobilwache angeordnet. Sie hat davon abgesehen, an den Völkerbund zu appellieren - es lohnt sich nicht einmal wehr, mit einem solchen Versuch die Zeit zu verlieren. England, Frankreich und die Vereinigten Staaten wollen sich bei der japanischen und chinesischen Regierung "erkundigen", ob es die japanische Absicht sei, jetzt Nordchina zu erobern, und in diesem Falle einen gemeinsamen "Protest" erheben. Da keine dieser Mächte daran denkt, dem japanischen Angriff militärisch entgegenzutreten, so wird sich Japan durch blosse Wortproteste nicht aufhalten lassen. Wie weit Japan jetzt gehen wird, wird also in erster Linie davon abhängen, welchen Widerstand die Nanking-Regierung aufbieten kann. Es ist dies eine Probe darauf, ob die Kuomintang-Regierung imstande sein wird, einen wirklichen nationalen Verteidigungskrieg zu organisieren. Indirekt wird hier auch eine Probe gemacht werden auf die gegenwärtige Politik der Komintern in China, die die chinesische Revolution geopfert hat in der Erwartung, dass die Kuomintang dadurch zum nationalen Verteidigungskrieg gegen Japan veranlasst werden könne und imstande sei, ihn zu führen. Es ist im Grunde dieselbe Politik wie in Spanien; dort wird die proletarische, in China die nationale Revolution geopfert und auf dem militärischen Erfolg auf bürgerlicher oder halbfeudaler konterrevolutionärer Basis spekuliert. Der Angriff Japans auf Nordchina berührt natürlich die Sowjetunion viel direkter als der auf Spanien. Japan sucht in Nordchina die Erweiterung seiner Angriffsbasis gegen die Sowjetunion.

Die Stellungnahme des französischen Imperialismus in diesem Konflikt wird beleuchtet durch folgende Äusserungen des "Temps" vom 14. Juli:

"...unter diesen Bedingungen kann die Angelegenheit nur nützlich behandelt werden, durch die japanischen militärischen Behörden zusammen mit dem politischen Rat von Tschahar und Hopei... der beunruhigende Funke in China sind die Treibereien gewisser revolutionärer Elemente, die der russische Bolschewismus unaufhörlich ermutigt hat und die dauernde Unruhe gegen den japanischen Einfluss unterhalten; aber in Wirklichkeit bleibt das Prinzip der chinesisch-japanischen Zusammenarbeit, die äusserst komplizierte Politik der beiden Regierungen."

So spricht der französische Partner des sowjetisch-französischen Hilfspakts. Das ist eine direkte Ermunterung zu einer Verständigung zwischen Tokio und Nanking gegen die Sowjetunion.

Es liegt auf der Hand, dass das Vorgehen Japans ausgelöst ist nicht nur durch die Krise des bürokratischen Regimes in der Sowjetunion, sondern auch durch den Zusammenbruch der sogenannten Nichtinterventionspolitik in Spanien.

-o-o-o-o-

DER SCHACHER UM SPANIEN.
oooooooooooooooooooooooooooo

Der internationale Schacher um Spanien geht weiter, während Deutschland u. Italien die Gelegenheit ausnützen um Franco neue militärische Unterstützung zuzuführen. Ob der Anleiheversuch Francos in London und Paris wirklich gescheitert ist, wie der "Daily Herald" berichtet, bleibt erst noch abzuwarten. Aus der französischen Drohung mit der Öffnung der Pyrenäengrenze ist eine leere Geste geworden. Die Pyrenäengrenze bleibt, dem Willen der französischen Bourgeoisie entsprechend auch weiter für Waffenlieferungen und Freiwillige geschlossen und Deutschland und Italien atmen erleichtert auf. Es ist dies ein abermaliger glatter Verrat an revolutionären Spanien, ein Verrat, der gedeckt wird durch die KPF, die SFIO und die CGT, ohne deren Zustimmung die Regierung Chautemps keine Stunde leben kann. Die Zustimmung des des Marseiller Parteitage der SFIO zum Verbleiben der sozialistischen Minister in der Regierung Chautemps ist nicht ohne die Mitwirkung der KPF zustande gekommen. Zyrowski kann als Mundstück der KPF in der SFIO betrachtet werden. Ungefähr ein Drittel seiner Richtung ging auf dem Parteitage in der Regierungsfrage zum Flügel Elum-Faure über.

Emerkenwert ist auch das erstrahlige offene Eintreten Elums für die "Vermittlung" in Spanien. Elum erklärte in Marseille, "dass er Anhänger einer billigen Vermittlung bleibe, die fähig sei, den Krieg in Spanien zu beenden."

Inzwischen ist auch der Edensche Kompromissplan bekannt gegeben worden. Es ist ein ziemlich umfangreiches Dokument, das hier von den englischen Diplomaten ausgeheckt worden ist. Der Edensche Plan passt sich in den entscheidenden Punkten den Wünschen und Forderungen Mussolinis und Hitlers an. Die Aufhebung der Patrouillen in der Seekontrolle und ihre Ersetzung durch Einsetzung internationaler Kontrolleure in den spanischen Häfen und in Verbindung damit die Anerkennung Francos als kriegführende Partei durch alle am Nichtinterventionsabkommen verpflichteten Regierungen, ist ein offenes Eingehen auf die Pläne und Forderungen Hitlers und Mussolinis. Die Zugeständnisse an den deutschen und italienischen Imperialismus werden lediglich abhängig gemacht von ihrer Zustimmung zur Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen. Sie sollen in Kraft treten, sobald der Nichteinmischungsausschuss festgestellt hat, dass die Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen in "befriedigender" Weise vor sich geht. Gleichzeitig sieht der Edensche Plan die sofortige Wiederherstellung des Kontrollsystems an den Landgrenzen vor.

Dieser Edensche Plan, der von der englischen Diplomatie als "ultima ratio" dergestellt wird, zeigt ein übriges Mal, dass die demokratischen Mächte sich um die spanische Demokratie keine besondere Sorge machen. Der englische Plan ist ausschliesslich von den Interessen des englischen Imperialismus inspiriert, der die Beziehungen zu den in Spanien aktiv am Kriege gegen die spanische Republik teilnehmenden faschistischen Mächten nicht abbrechen will und lediglich danach strebt den deutschen und italienischen Einfluss auf Spanien im Interesse des englischen Imperialismus auszuschalten.

Die Arbeiterklasse muss angesichts dieses Planes endlich zu selbständigen Aktionen für die Unterstützung des antifaschistischen Spaniens auftreten und durch ausserparlamentarische Aktionen ihre Regierungen im Sinne der Hilfeleistung für die spanischen Antifaschisten unter den stärksten Druck setzen, statt im Namen der Volksfront gehorsam und unter Verzicht auf jede selbständige Massenaktion hinter den Regierungen herzulaufen.

-o-o-o-o-o-o-o-

DIE WIRUNG DER INTERNATIONALEN AKTION ZUR VERTEIDIGUNG DER POUK.
oo

Die internationale Aktion zur Verteidigung der POUK und zur Abwehr des von

Stalin inspirierten und von seinen Werkzeugen durchgeführten Terrors gegen die revolutionären Elemente in Spanien beginnt sich bemerkbar zu machen, wie von der Spanische Delegation der ILP (Unabhängigen Arbeiterpartei Englands) bei ihrer Rückkehr fest gestellt werden konnte. Die Leitung der CNT hält Protestversammlungen im Lande ab, sie hat den Führern der POUM einen Vorbehälter zur Verfügung gestellt. Die Gefangenen sollen nach den Versicherungen der Valencia-Regierung von Madrid (wo die Polizei dominiert und die GPU sie tatsächlich in der Hand hat) nach Valencia gebracht und nicht vor das Sondergericht, sondern vor das ordentliche Volksgericht gestellt werden. Es ist bezeichnend, dass in Barcelona alle Parteien, natürlich mit Ausnahme der PSUC (katalanische Kominternaktion), aber einschliesslich Companys, Protest gegen das Verfahren erhoben haben, da es eine grobe Missachtung der katalanischen Autonomie darstelle. Von der PSUC hat sich Vialla, der von der Sozialdemokratie kommt, dem Protest angeschlossen. Das deutet darauf hin, dass selbst in der PSUC das proletarische Element die Methoden des weissen Terrors ablehnt. Aus den Gewerkschaften der UGT laufen massenhaft Proteste ein.

Für die internationale Arbeiterbewegung ist die Tatsache beachtenswert, dass die ausländischen Helfer des antifaschistischen Kampfes in Spanien sofort verhaftet werden, wenn die dort anwesenden Vertreter der ausländischen kommunistischen Parteien erklären, dass die Betroffenen einer der Gruppierungen angehören, die zur KP ihres Landes in Opposition stehen. So sind sämtliche Genossen der KPD-Opposition, soweit sie der Polizei erreichbar waren, verhaftet worden, darunter auch die Frauen der Genossen. Dabei ist kein Unterschied zwischen den an der Front kämpfenden und den im Hinterlande Tätigen gemacht worden. Selbst Genossen, die einzig und allein im Interesse des Aufbaus der Rüstungsindustrie nach Spanien gingen und denen keinerlei Beziehungen zur POUM nachgewiesen werden können, werden widerrechtlich in Gefängnis gehalten, obwohl ihnen selbst die vernehmenden KP-Vertreter bescheinigen mussten, dass die gegen sie erhobenen Anklagen jeder Grundlage entbehren.

Die politische Haltung der Leitung der CNT ist nach wie vor äusserst schwach. Sie versucht jetzt, alle antifaschistischen Kräfte auf der Grundlage eines - völlig unzureichenden - Minimalprogramms zu sammeln. Dagegen geht aus der Haltung der Leitung der CNT selbst hervor, dass die Masse der CNT-Mitglieder auf energische Aktion drängt, um die weiteren Fortschritte der Konterrevolution aufzuhalten, und dass die CNT-Leitung alle ihre Bemühungen darauf richtet, das in Aktion tretende Massen zu verhindern. Dies obwohl erst kürzlich vier ihrer Leute in Tortosa zum Tode verurteilt worden sind (wegen der Malero-Affäre in Katalonien), und in den letzten Tagen weit über 100 Mitglieder der CNT-FAL in Barcelona verhaftet worden sind.

Die POUM hat nach kurzer Unterbrechung ihre Arbeit (natürlich illegal) wieder aufgenommen. So hat sie zwei illegale Flugblätter in Massen verbreitet. Es ist nicht gelungen, sie zu vernichten!

-o-o-o-o-o-o-o-

DIE ANERKENNUNG DES KOMMUNISTISCHEN PROGRAMMS IST UNNOTIG.
 ooo

Die KP-Spaniens hat an die Sozialistische Partei Spaniens zur Frage der Verschmelzung einen offenen Brief gerichtet. Wir zitiieren daraus folgende Stelle, die in der "Deutschen Zentralzeitung" für die Walgadeutsche Sowjetrepublik vom 9. Juli wiederggegeben wird:

"Die notwendige Basis für die Verschmelzung der beiden Parteien ist in der ideologischen Übereinstimmung in den Grundfragen des Klassenkampfes gegeben. Die Ausarbeitung eines ausführlichen gemeinsamen Programms ist daher nicht unbedingt notwendig. Das Fol-Büro der KP-Spaniens schlägt vor, vor allem ein Programm über die militärischen Fragen auszuarbeiten, darüber sich zu einigen, denn der Sieg über den Feind bedeutet den Sieg der Revolution."

Auf die Anerkennung des kommunistischen Programms wird also verzichtet. Das ist leicht begreiflich, denn die ideologische Übereinstimmung zwischen der KP-Spaniens und dem rechten Flügel der spanischen Sozialdemokratie über die

ze Österreichs bereit. Der Widerstand Papens und der Reichswehr bewirkte, dass der Handstreich noch einmal aufgeschoben worden ist, anstatt dessen vorläufig wieder ein langsames Tempo eingeschlagen wird. Das Ziel selbst also bleibt.

-o-o-o-o-

Der indische Nationalkongress schliesst ein Kompromiss mit dem
=====
=====

englischen Imperialismus.
=====

Das ist die Bedeutung der jetzigen Erklärung des indischen Nationalkongresses zur Bereitschaft in den Provinzen, in denen der Kongress eine absolute Mehrheit bei den letzten Provinzialwahlen bekommen hat, Regierungen zu bilden. Es handelt sich um 6 Provinzen. Die Mehrheit des indischen Nationalkongresses scheint also noch zurück vor der offenen revolutionären Auseinandersetzung mit dem englischen Imperialismus.

DER SINN DER SOWJETWAHLN - EIN PLEBIZIT FÜR STALIN.

oo

Bei der Beratung des Statuts der Sowjetwahlen auf der 4. Session des Zentralen Exekutiv-Komitees der SU erklärte der Berichterstatter Jakowlew, es sei die Aufgabe der Partei und der Sowjetorganisationen dafür zu sorgen, damit nicht ein einziger von den sogenannten Volksfeinden in den Sowjet gewählt wird.

Verbunden mit dem Terror, der weiter gegen alles wütet, was nicht hundertprozentig für Stalin-Jeschow ist oder scheint, bedeutet das, dass die Sowjetwahlen zu einem Plebizit für die persönliche Machtstellung Stalins und das "Stalinesche ZK" gemacht werden sollen. Unter diesen Umständen ändern alle offiziellen Phrasen von der Sowjetdemokratie nichts daran, dass das bürokratische Regime es unternimmt, die Sowjetwahlen zu einer grossen Fälschung auszunützen.

Es bestätigt sich die Nachricht von der Verhaftung Rudsutak, ferner von Krestincki und Karachan, der Gehilfen Litwinows. Der verhaftete Leiter der Tass (russischen Telegraphenagentur), Dolotki, war wegen seiner unbegrenzten Servilität berüchtigt. Meshlauk, der Nachfolger Chrennikidzes in Volkowomissariat der Schwerindustrie, ist auch bereits in Ungnade gefallen und zum "Volksfeind" avanciert.

-o-o-o-o-

Ein Brief aus dem III. Reich:

DIE "RUFST"-PRODUKTE DES III. REICHES.

oo

Der nachfolgende Brief, den wir auszugsweise, aber in seinen entscheidenden Partien wiedergeben, zeigt die wachsende Missstimmung im Kleinbürgertum. Er zeigt zugleich die wachsende Unzufriedenheit mit der mit dem 4. Jahresplan verstärkteingeführten Kriegswirtschaft. (Die Redaktion.)

"...viele hat sich seither geändert. Wir sind gewiss gute Deutsche, auch Ihr habt immer viel für unser Land übrig gehabt. Darum seit nicht böse, wenn ich Euch einiges schreibe, was mit dem früheren nicht übereinstimmt. Wir haben Euch nur immer gutes zu berichten gewusst und versehen, wesentlich die Fehler verschwiegen. Von der Hühnerzucht wäre zu berichten: wir sind heute so weit, dass wir auch für die Hühner schon "künstliche Körner" erfunden haben. Da wir aber nun alles künstlich herstellen, ist es klar, dass nun auch die künstlichen Mittel küsseret knapp werden müssten und die Hühner daran gewöhnt werden müssten, mal 3 - 4 Tage nichts küsseret zu fressen - oder sich gutwillig den Kopf abhacken zu lassen. Tut so oder so... Ja, das ist kein Spass, denn solange gibt es manchmal nichts. Dabei sind wir noch nicht an schlechtesten dran, da wir an günstigen Transportwegen liegen. Jeder Hühnerler tut so, als wäre es ein persönlicher Gefallen wenn er Dir einen Sack Futter liefert. Bei der Milchwirtschaft ist dasselbe. Hochleistungs- und

DIE KLERIKALEN UFER DER VOLKSFRONTREGIERUNG NR.2. Der "Elsässer", das Organ der UFR für Bas-Rhin schrieb in einem Artikel zur neuen Regierung Chautemps, die ja auch von der KPF des Vertrauens würdig befunden wurde:

"Die beiden Urheber der Nichtinterventionspolitik, die sie im Sommer gegen den Willen der kommunistischen Massen durchsetzten, Chautemps und Yvon Delbos, führen heute das Steuer Frankreichs. Kriegsminister Daladier, dessen starke Hand gegen die kommunistische Propaganda in der Armee bekannt ist, Albert Sarraut, Georges Bonnet, die aus ihrer feindseligen Haltung gegenüber dem Bolschewismus nie ein Hehl machten, sind die massgebenden Berater der Regierung.

Von Camille Chautemps schreibt ein massgebender Politiker, dass er zu den Radikalen gehöre, die vom Sozialismus am meisten Distanz bewahrten. Die sprichwörtliche Geschicklichkeit des H. Chautemps paart sich mit seiner Loyalität."

Diese Charakterisierung der Volksfrontregierung Nr.2. durch das Organ Michel Walters, zeigt nur erneut, welchen Kalibers die radikalen Führer sind, denen die KPF im Namen der Volksfront ihr Vertrauen entgegenbrachte.

Die Radikalen sind ob dieser Beurteilung ihrer Regierungsmänner durch die Klerikalen sehr erfreut. In "La Republique" beeilt sich H. Minck festzustellen, "dass der elsässische Klerikalismus endlich die Bedeutung des Radikalismus und seiner Führer für die französische Politik begriffen hat."

Kann werden die Arbeiter diese Bedeutung des Radikalismus und seiner Führer begreifen und ihren eigenen Führern die Gefolgschaft bei der Fortsetzung einer Politik versagen, die im Zeichen der Volksfront und unter der Mitverantwortung der Arbeiterorganisationen die Finanzkrise auf Kosten der Armen zu lösen versucht?

GEGEN DIE VERFOLGUNG DER REVOLUTIONÄRE IN SPANIEN. "Le Libertaire", das Organ der französischen Anarchisten nimmt in einem besonderen Artikel zu den Verfolgungen der Revolutionäre durch die Organe der KP in Spanien Stellung. Es schreibt u/a.:

"Die Tageszeitung der CNT von Madrid, "Castilla Libre" ist verboten, ebenso "Nosotros", Tageszeitung der FAI von Valencia...

"Solidariad Obrera" zeigt in einem ziemlich zensurierten Artikel... dass eine Anzahl Ausländer verhaftet wurden. In einer anderen Nummer protestiert das gleiche Organ gegen die papierverschmierenden Quälereien, deren Gegenstand die heimatlosen revolutionären Militanten in Spanien sind. In "Inventud libre" erschien ein Artikel, der sich auf das Verschwinden von Marinco, Sekretär der revolutionären Jugendfront von Katalonien bezieht und durch die Zensur vollkommen verstümmelt wurde.

Eine andere Taktik des Wegschaffens wird gegen die confederalen Kolonnen von Madrid ausgeübt: sie sind an die gefährlichsten Stellen gesetzt und die Protestierenden sind gemäss dem neuen in Kraft getretenen Militärgesetzbuch erschossen worden..."

Zur Verfolgung der POUM schreibt das Organ: "Die schändlichsten Verleumdungen sind gegen diese Organisation ausgeschüttet. Diese Revolutionäre, welche seit dem 19 Juli an der Front u. im Hinterland kämpfen, welche auf seiten der anarchistischen Comitees während der Maitage standen, sind angeklagt, gemäss den traditionellen stalinschen Verfahren- Spione im Solde Francos zu sein, der 5 Kolonne anzugehören, kurz Faschisten zu sein.

Es wäre an der Zeit, dass die Polizei-u. Provokationsmethoden, welche die GPU versucht, in Spanien einzuführen, energisch durch das internationale Proletariat aufgedeckt werden.

Führen wir besonders den an die spanische Gesandtschaft gerichteten Brief einer Reihe wichtiger Gewerkschaftler an, die zeitlebens aktiv in der Arbeiterbewegung standen... Das AO der anarchistischen Union ist entschlossen, das Maximum für die eingeleitete Aktion zu machen, sich nicht abzugrenzen von den Protesten u. dass sie sich zu einer die ganze Arbeiterklasse alarmierenden Kampagne bis zur Manifestation vor der Pariser Vertretung der Valenciaregierung entwickelt."

EIN SCHEINKAMPF GEGEN DIE PREISSTEIGERUNGEN. Der nationale Preisüberwachungsausschuss, der von der Regierung mit der Überwachung der Preisbildung beauftragt ist, hat seine erste Sitzung abgehalten. In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Vertreter der Volksfrontregierung Nr. 2., dass die Aufgabe des Ausschusses in der Anwendung des Regierungsdekrets vom 1. Juli bestehe, dessen Eruchigkeit und Unzulänglichkeit im Kampfe gegen die Preistreiberi wir bereits verzeichneten.

Nach der Auserung des Regierungsvertreters soll sich der "Kampf" gegen die Preissteigerungen so vollziehen, dass die Änderung des Frankenwertes in Verhältnis zu den ausländischen Währungen kein Vorwand für ungerechtfertigte Preiserhöhungen sein soll. Wir werden also die Genugtuung haben, dass die bereits eintretenden Preiserhöhungen uns als gerechtfertigte Preiserhöhungen serviert werden. Dieser Unterschied wird allerdings für die grosse Masse der Verbraucher völlig belanglos sein. Wie wir bereits in einem anderen Zusammenhang vermerkten, sind die Erzeugnisse der Landwirtschaft von den Bestimmungen des Dekrets vom 1. Juli ausgenommen. Dies wurde auch in der Sitzung des nationalen Preisüberwachungsausschusses vom Regierungsvertreter nachdrücklich hervorgehoben. Inbezug auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die ja im Haushaltesats des Arbeiters eine hervorragende Rolle spielen, sind die Preiserhöhungen bereits von vornherein und ohne nähere Prüfung als gerechtfertigte Erhöhungen qualifiziert. Inbezug auf die anderen Erzeugnisse erklärte der Regierungsvertreter in der bereits erwähnten Sitzung, dass die Regierung der Ansicht sei, dass gewisse Preiserhöhungen unvermeidlich seien und die Aufgabe des Ausschusses lediglich darin bestünde die Grösse dieser Schwankungen und Anpassungen zu prüfen. Wenn man dann noch die Preiserhöhungen berücksichtigt, die als Ergebnis der Finanzmassnahmen der Regierung auf Grund des Vollmachtengesetzes eingetreten sind und noch weiter eintreten werden, dann darf man wohl ohne Übertreibung sagen, dass eine besondere Geistesverfassung und ein nicht unerhebliches Mass von Wendigkeit dazu gehört, um das Regierungsdekret vom 1. Juli als einen Schritt gegen die Preisspekulation darzustellen, wie das im blinden Volkfronteifer in der sozialistischen u. kommunistischen Presse geschah. In Wirklichkeit besteht die Aufgabe des nationalen Preisüberwachungsausschusses gerade den Bestimmungen des Dekrets v. 1. Juli darin, die Preiserhöhung zu regulieren und staatlich zu sanktionieren, um im übrigen dem Volke den Eindruck zu vermitteln als ob etwas gegen die Preissteigerungen unternommen würde.

Die Arbeiter dürfen sich durch diesen Scheinkampf gegen die Preisspekulation nicht täuschen lassen. Sie müssen wissen, dass die Gesamtheit der Regierungsmassnahmen dem Zweck dient, den Realwert ihrer Löhne unter das Niveau vor dem Juni 1936 herabzudrücken. Dagegen müssen sie sich zur Wehr setzen. Sie müssen in ihren Gewerkschaften unverzüglich den Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne fordern und durchsetzen.

DER JUGENDKONGRESS DER RADIKALEN FÜR DEN SENAT. Der radikalsozialistische Jugendkongress, der am 5. Juli in Pau stattfand, entschied sich für die Weiterarbeit an der Volksfront unter Wahrung der Selbständigkeit der Radikalen u. Gewährleistung der Ordnung und der Gesetzlichkeit. Inbezug auf die verflozene Ministerkrise billigte der Kongress die Haltung des Senats und drückte in einer einmütig angenommenen Tagesordnung dem Senat die Anerkennung und Hochachtung der radikalen Jugend aus. Gleichzeitig entschied sich der Kongress für die Verteidigung des Senats gegenüber den "ungerechtfertigten" Angriffen, denen er ausgesetzt ist.

Damit hat sich die Jugendorganisation des radikalen Volksfrontpartners der KPF und SFIO hinter den "im Auftrage der 200 Familien handelnden Senat" gestellt. Das wird allerdings die Kommunistische Jugend nicht hindern, ihren Plan der Verwirklichung der Einheit der französischen Jugend unter Ausschaltung der Trotzlisten und Faschisten pro-deutscher Orientierung aufzugeben.

An die Bezieher der "Arbeiterpolitik": Wir ermahnen erneut zu pünktlicher und regelmässiger Bezahlung des Abonnementgeldes.

Erscheint wöchentlich.
= =;=;=;=;=;=;=;=;=;=

Bezugspreis: Exemplar 0.50 Cts.
Monat Frs. 2.-

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 31/IV. Jahrgang.

Fünfte Juliwoche 1937.

VOLKSFRONT, EINHEITSPARTEI UND ÄHNLICHES.
oo

Auf der Tagung des Plenums ihres ZK, die vor kurzem stattfand, hat die KPF von neuem ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, sich an der Regierung zu beteiligen. Auch diesmal hat niemand von der Bereitschaft der Thorez u. Duclos Notiz genommen, den Chautemps u. Bonnet bei ihrer Politik der Ausplünderung der Werktätigen in der Eigenschaft von Ministern beizustehen. Die Radikalsozialisten sind der Auffassung, dass es für sie genügt, die Kommunisten als parlamentarische Stimmvieh zu benutzen, Ministerposten wollen sie ihnen aber keine geben. So ist Thorez wieder einmal um das Unterstaatssekretariat für schöne Künste gekommen. Er muss sich damit begnügen, von der Parteibürokratie nach den Riten des in der KI vorgeschriebenen Führerkultus als "geliebter Führer" tituliert zu werden.

Auf die Absage des Pariser Parteitag der SFIO an die Vorschläge der KPF wegen der organischen Einheit reagierte das ZK-Plenum, indem es behauptete, die Pariser Resolution sei gerade das, was die KPF schon immer gewollt habe u. man solle doch endlich mit gemeinsamen Mitgliederversammlungen der KPF u. SFIO anfangen. Die Antwort war, dass die Leitung der SFIO der KPF eine neue Absage erteilte u. erklärte, von gemeinsamen Mitgliederversammlungen könne keine Rede sein.

Die politische Verwahrlosung der KPF geht ständig weiter. Dass Reklamegeschäft, das "Tour de France" genannt wird u. die Parade der Militärflugzeuge in Villacoublay erwecken ihre Begeisterung u. interessieren sie mehr, als solche Kleinigkeiten, wie dass der sozialistische Innenminister der Volksfrontregierung Dormoy systematisch Polizei, Mobilgarden u. Truppen gegen streikende u. zum Schutz von Streikbrechern einsetzt, so beim Streik der Pariser Hotel- u. Caféhausangestellten u. jetzt wieder beim Binnenschifferstreik. Indem die KP diese empörenden Dinge zu bagatellisieren bez. ganz zu verschweigen sucht, deckt sie praktisch die Unterdrückung von Streiks mit Polizeigewalt.

Die SFIO hat bekanntlich auf ihrem Pariser Parteitag beschlossen, von der Volksfront die Ausarbeitung eines neuen Programms zu verlangen. Die Blum u. Paul Faure haben diesen Vorschlag als ein demagogisches Manöver gemacht, um die Unzufriedenheit der sozialistischen Arbeiter mit ihrer Politik der Unterstützung von Chautemps u. Bonnet etwas zu dämpfen. Aber Chautemps, der im Auftrag der Grossbourgeoisie handelt u. unter ihrem Druck steht u. der aller Wahrscheinlichkeit nach bereits mit den Rechtsparteien im Hinblick auf die nächste Regierung konspiriert, will augenblicklich keine auch nur rein demagogisch gemeinte, irgendwie radikal klingende Programme. Er hat deshalb erklärt, das Programm seiner Regierung sei die Pause, SFIO und KPF hätten seinem Programm zugestimmt u. von irgendwelchen neuen programmatischen Forderungen könne nicht die Rede sein.

Auf dem Kongress der Union Socialiste Républicaine hielt Frossard eine Rede, in der er für den Herbst den Rücktritt der Regierung Chautemps ankündigte u. für die Bildung eines Kabinetts der Union nationale eintrat. Frossard, einst Generalsekretär der KPF, später Abgeordneter der SFIO, dann Arbeitsminister von Laval ist einer der gerissensten politischen Schieber, die Frankreich kennt u. wenn er jetzt als Fürsprecher der Union nationale auftritt,

so tut er das, weil er offenbar darüber informiert ist, dass hinter den Kulissen die Vorbereitungen für eine Wiederkehr von Laval u. ähnlichen Gestalten bereits sehr weit gediehen sind. Die Führer der SFIO u. KPF erzählen den Massen immer wieder, sie müssten sich im Namen der Volksfront still verhalten u. sich ja nicht gegen das Kapital u. dessen Angriff wehren. Dabei ist bereits der Tag abzusehen, an dem die Radikalen, die dank der Haltung der Führer der SFIO, KPF u. CGT keinen Druck von links mehr spüren, die Volksfront sprengen werden, um den Faschistenfreunden von der Rechten in die Arme zu fallen...

Die Arbeiter sind nicht daran interessiert, den SFIO-Führern ihre Ministerposten zu erhalten u. den KP-Führern weiche zu verschaffen. Ihr Interesse diktiert ihnen, dafür zu sorgen, dass dem Volksfrontbetrug möglichst bald ein Ende gemacht wird, vor allem müssen sie sich dafür einsetzen, dass ohne Rücksicht auf die Volksfront u. gegen die Politik der Volksfrontregierung, die Politik der Massenbelastung u. der Unterdrückung von Streiks mit Polizeigewalt, der Kampf zur Verteidigung der Lebenshaltung u. der Rechte der Massen organisiert wird.

-o-o-o-o-

DIE LAGE IN SPANIEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Franco hat 20 - 30 000 Mann vom Baskenland abgezogen, um aufs Neue den Sturm auf Madrid aufzunehmen. Er greift auch an der Aragonfront an. Die militärische Lage kann für die Regierung Negrin gegenwärtig als nicht günstig bezeichnet werden. 10 neue italienische u. deutsche Divisionen sollen nach Spanien geschickt werden, um eine Entscheidung vor dem Winter zu erzielen. Aber die spanische Arbeiterklasse hat noch nicht ihr letztes Wort gesprochen, weder politisch, noch militärisch.

Unter dem Druck der englischen u. französischen Regierungen verschlechtert sich zusehends auch die diplomatische Lage für Valencia. Die Nachrichten über die englischen Verhandlungen mit Franco sind widersprechend. Klar ist nur, dass England den Schacher mit Franco mit grosser Zähigkeit weiterbetreibt.

Auf Anfang August will die Valencia-Regierung die Cortes wieder einberufen. Bezeichnend ist, dass zu dieser Sitzung auch der Konservative MAIRA u. der "Unabhängige" Valladarez geladen werden sollen. Der Zweck ist die Verstärkung des bürgerlichen Flügels u. das Brückenschlagen nach rechts.

Wieweit die spanische Bourgeoisie wieder Kräfte u. Selbstbewusstsein gewonnen hat, zeigt eine Versammlung, die die republikanische Linke in den letzten Tagen in Valencia abgehalten hat.

"Sie (die republikanischen Redner) betonten, dass die republikanische Linke ihren Lösungen treugeblieben ist, die heute die Lösungen der spanischen Nation sind: Verteidigung des kleinen Eigentums, Schutz der individuellen Freiheit, wenn diese nicht die Freiheit aller bedroht, Kampf für die demokratische Republik."

-o-o-o-o-

KRIEG UND DIPLOMATIE IN CHINA.

oooooooooooooooooooooooooooo

Es ist unmöglich, aber auch überflüssig, die Kreuz- u. Querzüge der japanischen u. chinesischen Diplomatie zu verfolgen... Das allgemeine Bild ist, dass Japan immer neue Forderungen u. neue Ultimaten stellt u. Nanking immer neue Versuche macht, auszuweichen. Japan ist daran interessiert, den Krieg zu beschleunigen, Nanking, ihn hinauszuschieben. Während die diplomatischen Schachzüge einander folgen, ist aber der Krieg bereits im Gange. Japan scheint entschlossen, jetzt mindestens Hopei u. Tschahar in seine Gewalt zu bekommen. Die diplomatischen Schachzüge sind auch bedingt durch die beiderseitigen Bedürfnisse, für den militärischen Aufmarsch Zeit zu gewinnen.

VON DER "REINIGUNGSKAMPAGNE" IN DER SU.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Absetzung von Rudsutak wird jetzt offiziell bestätigt durch die Ernenn-

ung von Mikoian zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion.

Ebenso die Beseitigung von Bulganin als Präsident der RSFSR. An seine Stelle ist Bulganin getreten, der Vertrauensmann Stalins im Moskauer Bezirk.

Für das Tempo u. die Methoden der Aufräumungsarbeit ist bezeichnend die Absetzung des Kommandierenden des Nordkaukasischen Militärkreises, Kaschirin, der der Richterkollektiv gegen Tschachschowaki usw. angehörte.

Ein offiziöser Artikel des "Temps" (25.7.37.) beschäftigt sich mit den "sowjetischen Mysterien". Der Artikel kommt zu dem Schluss, dass Stalin vollkommen wisse, was er wolle u. wohin er gehe. Es handle sich darum, mit den "Schindären" der Leute aufzuräumen, die die Revolution gemacht haben. Es sei unmöglich, sie zu überzeugen. "So bleibt das ebenfalls im Orient klassische Mittel von Feuer u. Schwert". Den Ausgang sieht das führende Blatt der französischen Grossbourgeoisie entweder "in einem blutigen Despotismus, der durch Verschwörungen gemässigt ist", oder in der Organisation eines "totalitären Staates, der sozialisierend, jedoch hierarchisch u. stark ist, von einem Modell, das dem benachbart ist, das der Faschismus u. der Nationalsozialismus uns vorschlägt".

Nach allem, so beruhigt das Blatt die französische Bourgeoisie über den Verbündeten im Osten, "ist das Land wie die Blutetränen, die Iwan der Schreckliche und Peter der Grosse vergossen haben, stärker hervorgegangen."

Das Orakel der französischen Grossbourgeoisie vorgibt nur, dass bei den Blutbädern Iwan des Schrecklichen und Peter des Grossen die Opfer historisch-reaktionäre Kräfte darstellten, während im Falle Stalins umgekehrt, die Opfer des Terros die historisch progressiven Kräfte vertreten, nämlich den Drang der Volksmassen zur Lockerung u. Abschüttelung des bürokratischen Regimes.

--o-o-o-o-o--

KOLLEKTIVWIRTSCHAFTEN IN SPANIEN.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Genosse Fenner-Brockway von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der kürzlich in Spanien weilte, um dort gegen die Verfolgung der FOUM zu protestieren, veröffentlicht in "New Leader" v. 23. Juli den nachstehenden interessanten u. aufschlussreichen Artikel über die Art u. Weise, wie die spanischen Arbeiter u. Bauern ihre Kollektivwirtschaften organisieren. Genosse Fenner-Brockway schreibt u. a.:

"Wir gehen eine Seitenstrasse herunter zu einem Haus an der Ecke des ... Squares. Wir kommen in eine gutförmige Empfangshalle, in der sich ein grosser Spiegel, ein altmodischer Kladderständer u. eine ordentlich eingerichtete Telefonzelle befinden. Es war früher die Empfangshalle des Klubs der Faschisten. Jetzt ist es die Empfangshalle der Friseurkollektive. Das Gesellschaftszimmer ist in einen Warteraum verwandelt worden. An der Tür sitzt ein Arbeiter, der fragt, ob man wünscht, sich rasieren oder Haare schneiden zu lassen, der das Geld in Empfang nimmt u. einem eine Nummer gibt. Etwa 30 Arbeiter u. Bauern warten. Das Gesellschaftszimmer hat dieselbe reiche Tüfelfung, aber die Einrichtung des Klubs ist nicht mehr da. Wir sitzen auf Bänken oder komischen hohen Stühlen an den Wänden entlang. Einige lesen Zeitung, andere diskutieren eifrig über die militärische u. politische Lage.

Zwei offene Türen führen in den Friseursalon. Ein Junge von 12 Jahren mit kurz geschnittenem Haar erscheint in der Tür u. ruft die Nummern auf. Man wartet, bis seine Nummer aufgerufen wird.

In dem Salon befinden sich 16 Klappessoi von modernsten Typ vor Waschbeken. Man glaubt, sich in einem Friseursalon im Westen Londons zu befinden. Die Friseure haben alle saubere weisse Kittel an. Rasieren u. Haarschneiden ist eine fast feierliche Handlung in Spanien.

Ich erkundige mich über die Friseurkollektive. Vor einem Jahr gab es 17 Friseure in Segorbe, jeder in seinem kleinen Geschäft. Jetzt arbeiten sie alle zusammen. Sie haben niedrigere Preise als früher u. haben trotzdem ein sicheres Einkommen, das höher ist als vorher. Die Lehrjungen bekommen einen Teil, die Friseure den anderen. Die neue Einrichtung haben sie sich von den Ubor-

schüssen gekauft. Sie zahlen eine gewisse Abgabe an den Arbeiterrat, der die Stadt verwaltet.

Die Friseurkollektive in dem früheren Klub der Faschisten ist typisch für das, was sich in vielen Städten u. Dörfern Spaniens, die vom Faschismus befreit sind, ereignet hat.

Wir gehen wieder hinaus in die weissen Strassen u. kommen an Häusern vorbei, die "Textilkollektive", "Bauarbeiterkollektive" usw. heissen. Wir betreten eins, ein altes Gebäude auf der Hauptstrasse, das "Landwirtschaftliche Kollektive" heisst.

Es war das Haus des Obersten der Armee gewesen. Er war im Juli vorigen Jahres zu den Faschisten übergelaufen u. die Bauern hatten sein Haus in Besitz genommen. Die alte Einrichtung war geblieben - geschnitzte Holzstühle, dick gepolsterte Sitze. Die alten Bilder hingen noch an den Wänden - Ölgemälde mit Schlachten, Königen, Königinnen u. Stierkämpfen. Wir werden in ein Zimmer geführt, wo hinter dem Schreibtisch des Obersten jetzt der Bürgermeister der Stadt sitzt - ein junger Arbeiter unter dreissig Mitglieder der Leitung der Kollektive kommen herbeigelaufen u. erzählen geschwind ihre Geschichte.

Die grosse Mehrheit der Bauern war mit Begeisterung der Kollektive beigetreten. Nur einige wenige wohlhabende Bauern hatten sich geweigert Mitglied der Kollektive zu werden. Sie waren abseits geblieben u. nicht zum Beitritt gezwungen worden. Man zeigte uns die Mitgliederliste, in der die Namen der Landbesitzer, der der Kollektive zugeführt worden war, seine Beschaffenheit, der Viehbestand, die Grösse der Familie des Bauern. In vielen Fällen hatte der Bauer nicht seinen Namen schreiben können. Am Schluss der Seite befand sich anstatt dessen sein Daumenabdruck.

Die Kollektive ist aus dem Land u. dem Viehbeständen der Bauern, die ihr beigetreten sind, u. ebenfalls aus dem Land u. den Viehbeständen der faschistischen Grundgrundbesitzer, die enteignet worden waren, gebildet worden...

Ein Verzeichnis der Bestimmungen wurde uns gezeigt, darunter die Löhne, die "des Genossen" in der Kollektive gezahlt wurden. Ein verheirateter Mann bekommt 5 u. seine Frau 2 Peseten. Bei einer Familie von 3 Köpfen erhält der Mann 4,5 Peseten, seine Frau 2 u. der Satz für das Kind bewegt sich von 1 Peso im ersten Lebensjahr bis zu 3 Peseten im 18. Lebensjahr usw. Ausser diesem Lohn erhält die Familie Wohnung u. Essen. Bei dem Grossgrundbesitzer hatten die Löhne 3 - 4 Peseten betragen...

Wir begaben uns zu einer der Farmen. Es war wie eine Szene aus einem russischen Film. Vor uns saessen ungefähr ein Dutzend Männer, die sich in der heissen Mittagssonne ausruhten. Sie waren einfache, rauhe Bauern, freundlich, ihre Augen strahlten vor Begeisterung. Sie führten uns mit grossem Stolz durch die Farm, gaben uns ihre Birnen zu essen, zeigten uns den neuen Speicher, den sie vor den Ställen bauten, und die Weizenschober, die auf die Dreschmaschine warteten. Sie waren sehr stolz auf ihre zahlreichen Schweine - ihre Ställe für die Mutterschweine. Sie schlugen Mandeln von den Ästen herunter, um sie uns kosten zu lassen, zeigten uns Reihen gefüllter Schweinbälge, in denen Wein gährte..., sie gaben uns von dem Wein zu trinken. Sie waren entzückt über die Schüsseln voll essbarer Schnecken, die sie gesammelt hatten.

Am meisten stolz waren sie über ihre Pferde. Drei waren wunderbare braune Rennpferde, die von den reichen Grossgrundbesitzern enteignet worden waren. Unsere englische Aristokratie wäre von ihnen begeistert gewesen. Es gab vier schwarze Füllen, von denen je eins von einem Bauern dem gemeinsamen Viehbestand zugeführt worden war...

Man zeigte uns die Bücher der Kollektive, die Aufstellungen über die Oliven, Birnen, Schweine u. Hühner, die in die Stadt geschickt worden waren. Ich stellte fest, dass in der letzten Woche Jedem Tag 4 500 Birnen versandt worden waren...

Die Kollektive wird von der Stadt mit Geld, sondern mit Waren bezahlt, z. B. Samen, Dünger u. Ziegelsteine für die neuen Gebäude. Sie haben einen Überschuss, aus dem sie einen Fonds für den Kauf eines Traktors gebildet haben.

Die verschiedenen Kollektiven in Segorbe hatten geplant, ein Papiergeld als Berechnungsgeld zwischen sich zu benutzen, aber die Regierung hat das verboten. Ich besitze ein solches Papiergeld. Unsere kommunistischen Freunde machten sich über die Kollektiven lustig, weil sie vorhatten, ohne Geld auszukommen. In der Tat ist nicht einzusehen, warum bei der internen Verrechnung der Kollektiven untereinander das gewöhnliche Geld gebraucht werden sollte. Es gilt viele Gemeinden in Spanien, wo es nie gebraucht worden ist. Überall fehlt es in Spanien jetzt an Kleingeld u. ein solches Mittel für den Zahlungsverkehr zwischen den Kollektivwirtschaften wäre bequem u. harmlos.

ZU DEN KAMPFMETHODEN GEGEN DIE FOUM.
 ooo

Die Dürftigkeit der "Beweisstücke" der GPU-Organ der Valenciaregierung gegen die FOUM ruft selbst in Volksfrontkreisen Tiefschütteln und Bestürzung hervor. So schreibt der ausserpolitische Redakteur von "le Populaire", Leroux in einem Artikel "Ein Jahr Bürgerkrieg in Spanien", "dass die angebliche Korrespondenz zwischen André Nin (FOUM-Führer) und Franco eine offensichtliche Fälschung sei, wie sie von den Polizisten aller Zeiten, aller Länder und aller Regimes fabriziert werden". Dieses Feststellen eines führenden Vertreters der SFIO, der sich offen als Gegner der Politik der FOUM u. Anhänger der Negrinregierung bekennt, ist von besonderem Wert u. zeigt, dass die "Beweisstücke" der Polizeiorgane der Valenciaregierung gegen die FOUM selbst von ehrlichen Volksfrontanhängern offen als Fälschungen denunziert werden können.

Dass eine solche Beurteilung der Machenschaften der GPU-Organ gegen die FOUM nicht nach dem Geschmack der MI-Instanzen ist, braucht nicht zu verwundern. Aber statt die hinreichend gekennzeichneten Kampfmethoden der GPU-Organ aufzugeben, fahren diese Instanzen fort neue "Beweisstücke" für die Spionagetätigkeit der FOUM zu erfinden. Daneben werden die, die die Kampfmethoden der GPU-Organ gegen die FOUM als das qualifizieren, was sie sind, nach altbekanntem Manier angegriffen.

So werden in einem Artikel der "Rundschau" v. 22. Juli "Die Verbrechen des Trotzismus bevierten", "Eine Antwort an die Verteidiger der faschistischen FOUM-Spione" diejenigen antifaschistischen Zeitungen, die die "Dokumente" der GPU-Organ gegen die FOUM als offensichtliche Fälschungen bezeichnen, als "antifaschistisch sein wollende Zeitungen" bezeichnet. Aber der Verfasser des Rundschau-Artikels lässt für die Leroux u. a. mildernde Umstände gelten. Zur "Ehre" der Verfasser nimmt er an, "dass sie in einem Zustand geistiger Umnachtung handelten", als sie die Beweisstücke als Fälschungen denunzierten, um anschliessend zu erklären:

"Die Herrschaften verlangen Dokumente für die Schuld der trotzkistischen Spione. Es genügen ihnen nicht die amtlichen Mitteilungen der spanischen Regierung, es genügt ihnen nicht die Veröffentlichung des neuen Code-Briefes Nins an den "Generalissimus Franco". Nun gut, es liegt ein neues Dokument vor. Das Nationalkomitee der anarcho-syndikalistischen CNT hat am 7. Juli 1937 folgende Mitteilung der Öffentlichkeit übergeben:

"Soeben erhielten wir einen Brief, unterzeichnet von der Sektion der "Bolschewiki-Leninisten" Spaniens (4. Internationale), in dem von der Organisation von Streiks, von der Bildung revolutionärer Komitees u. ähnlichem die Rede ist u. mit den Worten schliesst: "Es lebe die Aktionseinheit der CNT-FAI-FOUM".

Wir stellen Öffentlich folgendes fest: 1. Es gibt zwischen uns u. der FOUM keinen Pakt. 2. Wir haben keinen Streik erklärt. 3. Niemand darf irgendwelche Losungen befolgen, die nicht von den verantwortlichen Stellen unserer Organisation herrühren."

Dazu schreibt der Rundschau-Artikler: "Eedürfte es noch eines Beweises für die Konterrevolutionären Verbrechen der trotzkistischen FOUM, so genügte allein dieses Dokument, um diese Helfershelfer des Faschismus zu entlarven. Wer darüber erstaunt ist, dass sich heute die trotzkistischen Führer in Spanien als Spione entpuppen, der kennt wahrhaftig nicht die lange Liste der Untaten des Trotzismus seit Beginn des Freiheitskrieges."

Dieses neue "Beweisstück" für die Spionagetätigkeit der FOUM-Führer zeigt wieder einmal, was die GPU-Agenten alles heranschleppen um ihre verbrecherische Kampagne gegen die FOUM zu rechtfertigen. Es zeigt aufs Neue, die ganze grauenhafte Dürftigkeit der "Dokumente", mit denen man die spanischen Revolutionäre hängen möchte. Jedermann weiss, dass die "Bolschewiki-Leninisten" nichts mit der FOUM zu tun haben. Aber danach haben die Beauftragten Stalins anscheinend nichts zu fragen. Und zum anderen: Wo ist in diesem "Dokument" auch nur der leiseste Beweis für die Spionagetätigkeit der FOUM-Führer? Dieses neue Dokument ist nur ein schlüssiger Beweis dafür, dass die Polizeiorgane einen Auftrag haben u. dass sie um ihren Auftraggebern zu genügen, zu den hinreichend bekannten Stieberschen Methoden greifen. Schluss, mit solchen Methoden in der Arbeiterbewegung, das muss die Losung aller Arbeiter sein.

gewesen.

Nachdem was ich in Sogorbe gesehen u. später noch aus einem Gespräch mit dem Präsidenten der Aragonprovinz erfahren habe, besteht kein Zweifel daran, dass in vielen Gebieten Spaniens die Bauern die Kollektivisierung willkommengeheissen haben u. in den Kollektiven mit Egoisterung u. ohne Spur von Zwang arbeiten. Bevor ich nach Spanien ging, hatte ich die Forderung der Kommunisten gelesen, dass die Kollektivisierung den Bauern gegen ihren Willen durch die Anarchisten u. die POUM aufgezwungen worden sei. Man muss zugeben, dass -wie das russische Beispiel zeigt- es ein Fehler wäre, die Kollektivisierung zu erzwingen, wenn die Bauern noch nicht bereit zu ihr sind. Aber ich hörte von keinem einzigen solchen Fall.

Es würde eine korrekte revolutionäre Taktik sein, wenn man den Bauern in dem Falle, dass sie gegen die Kollektivisierung sind, ihr individuelles bäuerliches Eigentum liess, bis sie für die Zusammenarbeit erzogen oder die Vorzüge der Kollektivwirtschaft durch die Praxis in anderen Gebieten gesehen haben. Aber ich fand in Spanien dass die Kommunisten nicht nur erklären, dass die Bauern nicht zur Kollektivisierung bereit seien, sondern dass sie sie zum Widerstand ermutigen. In Sogorbe z.B. gab es keine Kommunisten, aber es wurde eine Versammlung von auswärts organisiert, in der die wohlhabenden Bauern u. Geschäftsleute aufgefordert wurden, der komm. Partei beizutreten, weil sie gegen die Kollektivisierung sei u. die Eigentumsrechte des Kleinbürgertums verteidigen. Dies bestätigt die Behauptung von H.W. Brailford, dass viele Kleinbürger die liberale Partei verlassen u. zur komm. Partei gehen, weil diese sich als die entschiedene Verteidigerin des Eigentums erwiesen hat!

Das Bild von der Kollektivisierung in einer einsamen Stadt im Gebirge ist typisch für das, was sich in einem grossen Teil Spaniens abgespielt hat. Ich fuhr 2 000 Meilen im Auto. In jeder kleineren Stadt sah man die Bekanntmachungen der Kollektiven. Auf den Strassen fuhren -ir fortwährend an Lastwagen vorbei, die voll von landwirtschaftlichen u. Industriewaren waren, die Kollektiven gehörten. In den Städten schien alles kollektivisiert worden zu sein. Das gilt sowohl für Valencia als auch für Barcelona. Ich habe Servietten aus Cafés mitgebracht, auf denen gedruckt steht, dass sie unter Arbeiterkontrolle stehen, u. die mit den Gewerkschaftssymbolen, CNT oder UGT, versehen sind.

Die Hôtels sind alle kollektivisiert. Ich wohnte in einem CNT-Hôtel in Valencia. Das Hôtel war voller Arbeiter. Die Köchler u. das Personal zeigten keinerlei Untervorfürigkeit. Die Köchler trugen offene Hemden -die Atmosphäre war der einer Sommerschule der ILP nicht unähnlich.

Wir sprachen mit dem jungen Geschäftsführer. Er hatte vor 15 Monaten einen Streik in demselben Hôtel geführt. Er war entlassen worden. Als die Arbeiter im Juli vorigen Jahres von dem Hôtel Besitz ergriffen hatten, holten sie in als ihren Geschäftsführer zurück. Der betagte Hôtelbesitzer war kurze Zeit nach dem Sieg der Arbeiter gestorben. Die Gewerkschaft der Hotelangestellten gab seinem Sohn u. seiner Tochter Arbeit. Sie gehören zum Personal eines anderen Hôtels -er als Werbeträger, sie als Buchhalterin.

Ich habe von zufälligen persönlichen Eindrücken berichtet, aber was für Friseur, Cafés, Hôtels u. Barmen gilt, das gilt auch für die Industrie, für die Eisenbahnen, die Textilfabriken, die Bauarbeit, das Transportwesen. Das Wichtigste ist folgendes: Die Arbeiterkontrolle geht auf dem Lande, in den kleinen Städten u. in den Grossstädten weiter trotz den Eingriffen der Regierung in die Rechte der Arbeiter. Ich glaube nicht, dass die Arbeiter zulassen werden, dass ihre neugewonnene Freiheit wieder vernichtet wird. Sie wollen nicht zu dem alten System zurückkehren. Der Kern der sozialen Revolution bleibt.

Diese Arbeiter u. Bauern haben durch ihre Durchführung der Arbeiterkontrolle gezeigt, dass sie nicht glauben, dass die politische Demokratie allein die Alternative zum Faschismus ist. Nachdem sie die Faschisten besiegt hatten, haben sie von dem Land und den Fabriken Besitz ergriffen. Welche abriegelnden Lösungen die Regierung auch immer aufstellen mag, sie haben eine neue wirtschaftliche Freiheit gewonnen, und sie werden sie behalten."

o-o-o-o-o-o-o-o-o-o o-o

ZUM MONATSSCHLUSS VERGESST NICHT
OO

Euer Abonnementgeld für die "Arbeiterpolitik" einzusenden oder an unsere Vertrauensmänner abzurechnen. Wir brauchen dieses Geld, nachdem Papier, Farbe und Porto gestiegen sind, dringender denn je.

DUCLOS WEJSHENTEN. Auf der letzten Plenarsitzung des ZK der KPF sprach Duclos auch über die Stellung der KPF zur Regierung Chautemps. Er sagte nach der "Humanité":

"Gegenüber der Regierung Chautemps werden wir die loyale Unterstützung fortsetzen, indem wir für sie stimmen, aber auch die Ungerechtigkeiten u. Wirkungslosigkeit ihrer Finanzpläne nachweisen. Unser Ist-Wille ist, die Einheit der Volksfront gegen den Faschismus intakt zu halten. Das ist unser oberstes Gesetz."

Die KPF wird also nach wie vor für die Regierung Chautemps u. ihre Massnahmen stimmen, aber sie wird uns gleichzeitig nachweisen, dass sie für ungerichte und wirkungslose Massnahmen eingetreten ist. Sie wird, indem sie uns die Ungerechtigkeit u. Wirkungslosigkeit der Massnahmen der Volksfrontregierung beweisen wird, aber gleichzeitig erklären, dass man diese Volksfront als angebliches Kampfinstrument gegen den Faschismus intakt halten muss. Das nennt man im gewöhnlichen Leben Volksbetrug betreiben.

"ALLES FÜR UND ALLES DURCH DIE VOLKSFRONT". Dieser Spruch umschliesst das A und O der Politik der KPF-Führung. Zu welchen Konsequenzen dieses unumstössliche Sprüchlein führt, muss uns aber auch die "Humanité" ungewollt bestätigen. So heisst es in einem Bericht über den Pariser Hotel- und Gastwirtsangestelltenstreik:

"Die steigende Erbitterung unter den Streikenden ist nicht zuletzt auch auf die Haltung der Polizei u. Garde Mobile zurückzuführen, die rücksichtslos gegen alle Streikposten vorgeht. Ministerpräsident Chautemps kündigte ein noch brutaleres Vorgehen der Polizei u. Justiz gegen die Streikenden an." Das wird allerdings die KPF-Führung nicht veranlassen H. Chautemps nicht weiter ihre loyale Unterstützung zuteil werden zu lassen, denn die Erhaltung der Volksfront mit den Chautemps-Bonnet usw. ist ja das oberste Gesetz der KPF-Führung.

DIE BETRIEBSDELEGIRTE VON DMC-MÜLHAUSEN GEGEN DIE HUNGERDEKRETE. In einer Versammlung der Betriebsdelegierten des obengenannten Betriebes wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der es u. a. heisst:

"...und bedauern, dass unter einer Regierung des Volkes, den 200 Familien möglich war, ihren allgemeinen Angriff gegen die weitere Realisierung des Volksfrontprogramms zu organisieren.

Wir sind beunruhigt u. entrüstet über die neuen Steuern... und wir werden nicht dulden u. tatenlos zusehen, wie man das Programm der Volksfront mit Füßen tritt... Die neue Regierung hat versprochen, das Volksfrontprogramm zu achten, und wir verlangen, dass man die Stimme des werktätigen Volkes hört... Überall die Rückgängigmachung der Preiserhöhung auf die Rauchwaren u. die Lebensmittel verlangt."

Es ist bedauerlich, dass man den Arbeitern die unumstössliche Wahrheit verschweigt, dass mit der Volksfront, d. h. mit den Radikalen u. auf parlamentarischen Wege die Forderungen des werktätigen Volkes nicht realisiert werden können. Die Delegierten wären besser beraten gewesen, wenn sie an die CGT die Forderung gerichtet hätten, dass unverzüglich eine allumfassende Aktion für die Durchsetzung der Forderungen des werktätigen Volkes gemäss dem Beispiel der Junktaktion 1936 eingeleitet wird. Und es wäre nützlich gewesen, wenn die Betriebsdelegierten der DMC die Arbeiter aller Betriebe aufgefordert hätte, die von ihnen eingeleitete Kampagne zu unterstützen und an die Bildung überparteilicher Kampfausschüsse auf der Grundlage eines Kampfprogrammes zu gehen. Anders u. Billiger geht es eben nicht.

DIE ERZBERGARBEITER FOLLEN AB 1. AUGUST DIE 40-STUNDENWOCHE. Bedauerlich sind die Erzbergarbeiter bisher noch nicht in Genuss der 40 Stundenwoche. Sie soll nach dem Dekret vom August bis zum Schluss des Jahres Stufenweise eingeführt werden. Die Erzbergarbeiter haben aber das Gefühl, dass sie überhaupt zu die 40 Stundenwoche betrogen werden sollen. Deshalb haben sie ihre Vertreter beauftragt bei der Regierung die unmittelbare Einführung der 40 Stundenwoche ab 1. August zu fordern.

ES LEBE DAS PATRONAT. In der "Huma" v. 20.7. lesen wir über einen Ausflug des Personals der Brasserie Fricur folgende "erbauliche" Zeilen:
"Dann ging's in flotter Fahrt der Heimat entgegen. Die Kohlen waren inzwischen wieder durstig geworden... Dann ging's nach Hause, sichtlich erfreut einen genussvollen Sonntag verbracht zu haben, Dank dem Entgegenkommen u. der Güte unserer verehrten Direktion, denn dieser Tag war wieder ein Beweis des guten Einvernehmens zwischen Direktion u. Personal." Kommentar überflüssig.

DIE TEUERUNG DER BROT- UND MEHLPREISE Am 17. Juli ist der Brotpreis wieder einmal um 5 Centimes erhöht worden. Die Preiserhöhung für die wichtigsten Lebensmittel hat sich nach den Berechnungen der Straßburger Indexzifferkommission gegenüber Mai vorigen Jahres um 27,45 % erhöht. Die Erhöhung beträgt für Ernährung 32,28, für Holz und Beleuchtung 22,13, für Bekleidung 33,06 und für diverse Ausgaben 17,28 %. Wenn man die Auswirkungen der neuesten Finanzdekrete auf die Preisgestaltung ins Auge faßt, so bestätigt sich, was wir hier sagten, daß die Maßnahmen der Volksfrontregierung Nr. 2 den Zweck verfolgen, die Reallohne unter das Niveau vor dem Juni vorigen Jahres herabzudrücken.

Es ist bezeichnend, daß in einer solchen Situation die sozialistische Presse sich um den Nachweis bemüht, daß die Arbeiter keinen Grund zur Unzufriedenheit haben, da der Lohnindex noch um 9 % höher stehe als der Preisindex gestiegen sei. Dabei legt die sozialistische Presse allerdings eine Erhöhung der Löhne von Juni vorigen Jahres bis jetzt um 36 % zu Grunde. Wir fragen über die Arbeiter, wer von ihnen seit Juni vorigen Jahres eine Erhöhung der Nominallohne um 36 % erreicht hat? Die Arbeiter dürfen sich durch solche Berechnungen nicht täuschen lassen. Das lavalaische Lohnniveau kann für die keine Vergleichsbasis sein und zudem arbeiten Staat und Unternehmertum daran, das materielle Niveau der Arbeiter auf das lavalaische Niveau und darunter herabzudrücken. Die Aufgabe der Arbeiter besteht darin, sich dem zu widersetzen, für die Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung und gleichzeitig für die Produktions- und Preiskontrolle durch die Organe der Werktätigen zu kämpfen.

DIE ARBEITSLICHEN ERSCHEINEN ZU VERZWEIFELN. Wir haben hier bereits mehrfach auf die verzweifelte Lage der Arbeitslosen hingewiesen und vermerkt, daß die Vernachlässigung der Interessen der Arbeitslosen durch die CGT der faschistischen Demagogie den Boden bei den Arbeitslosen vorbereitet. In Colmar ist es jetzt bereits so weit, daß sich die Anhänger der IFF und SFIO gegenüber den christlichen Demagogen in der Verteidigung befinden. Dabei wird zwischen den Christen und den Volksfrontvertretern ein jämmerliches demagogisches Spiel getrieben. Die Volksfrontvertreter sagen, daß der Generalrat mit seiner UFR-Mehrheit daran Schuld sei, daß die Arbeitslosen keine Aufbesserung ihrer Existenz und durch die Teuerung entwerteten Unterstützungsstütze bekommen, während die Radikalen auf die Volksfrontgemeinderäte und die Volksfrontregierung als die dafür Verantwortlichen verweisen. Bei diesem Streit steht es in Wahrheit wie bei dem zwischen dem Rabbi und dem Mönch: sie stützen alle beide.

So ging der Streit in einer der letzten Arbeitslosenversammlungen in Colmar, einberufen durch die Christen, darum, ob man nur vor der Mairie oder auch vor dem Generalrat für die Forderungen der Arbeitslosen demonstrieren sollte. Die Christen waren für die Demonstration vor der Mairie, die Volksfrontanhänger wollten das auch vor dem Generalrat demonstrieren.

Das bei einer solchen Lage die Stimmung der Arbeitslosen nichts Besonderes ist, wird niemand wundern. So schreibt ein Arbeitsloser in der "Kuma" v. 22. 7.:

"Als die Teuerung sämtlicher notwendigen Lebensmittel eintrat, wurden die Arbeitslosen ohne ein Centime Aufbesserung ihrer Unterstützung abgefertigt. Alle Proteste, alle Delegationen nach Paris u. Colmar waren vorgebens. Der Generalrat lehnte jede Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ab. Die gleichen Begründungen hörten wir auch immer von unserer Stadtverwaltung, wenn die Arbeitslosen etwas verlangten... Jetzt wird die Lage noch schlimmer. Durch die neuen Steuerdekrete wird eine neue Teuerungswelle anbrechen... Was das so sein? Es ist kein Geld da für die Armen und die Reichen haben im Überflusse. Wenn die Stimmung der Arbeitslosen schon miserabel war, so ist sie jetzt durch die neuen Dekrete noch viel schlechter geworden..."

Wir haben hier immer wieder darauf hingewiesen, daß die Hoffnungen der Arbeitslosen auf die Volksfront illusionär sind. Mit den Radikalen kann man nicht an die Reichen herangehen und sie zahlen machen. Schließen an eine Regierung an, die nicht die Interessen der Armen gegen die Reichen vertritt, können die Arbeiterorganisationen auch nicht die außerparlamentarischen Kräfte der Arbeiter gegen diese Regierung im Interesse der Arbeitslosen einsetzen. Daraus folgt, daß die Arbeitslosen und alle Arbeiter besonders von der CGT die Organisation des außerparlamentarischen Kampfes für ihre Interessen ohne Rücksicht auf die Volksfrontregierung fordern müssen. Sonst werden die Arbeitslosen sich auch durch ihre Organisationen verraten und verkauft fühlen u. damit ist der Boden für die fasch. Demagogie gegeben.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Mr. 30/IV. Jahrgang.

Vierte Juliwoche 1937.

NACH DEM PARTEITAG DER SFIO.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der Parteitag der SFIO in Marseille hat bewiesen, dass sich in den Reihen der sozialistischen Arbeiter die kritische Stimmung gegenüber der bei uns als Volksfront bezeichneten Politik der Koalition mit der Bourgeoisie zunehmend verstärkt. In Marseille war nicht mehr von der Stimmung zu merken, die vor einem Jahre, in den Flitterwochen der Regierung Blum, auf den Tagungen der SFIO herrschte. Damals brauchten Blum u. die Parteiführer praktisch nicht mit der Opposition in ihrer Partei zu rechnen. In Marseille haben Blum u. Paul Faure es nicht leicht gehabt, eine Mehrheit für ihre Beteiligung an der Regierung Chautemps-Bonnet zustandezubringen. Der Bankrott der Regierung Blum, der Milliardenraubzug, den die Volksfrontregierung Nummer Zwei gegen die werktätigen Massen Frankreichs unternimmt, haben dazu geführt, dass die sozialistischen Arbeiter beginnen, sich kritische Gedanken über die Volksfront zu machen.

Auf dem Parteitag traten drei Richtungen auf. Bei der Abstimmung über die einzelnen Resolutionen erhielt die Resolution Blum-Paul Faure 2 949 Mandate gegen 2 439, von denen 1 549 auf die Resolution Bracke-Zyromski und 894 auf die Resolution Marceau-Fivert entfielen. Die unbedingten Anhänger der Parteiführung u. der gegenwärtigen Regierungspolitik haben also nur eine sehr schwache Mehrheit erhalten. In Wirklichkeit ist diese Mehrheit noch geringer, denn in der Föderation des Département du Nord, die allein über 500 Mandate auf dem Parteitag verfügte, hat die Parteibürokratie unter Führung des gegenwärtigen Postministers Lebas durch allerlei Tricks dafür gesorgt, dass die oppositionelle Minderheit bei der Wahl der Delegierten für den Parteitag nicht berücksichtigt wurde. Es gab in Marseille deswegen eine lebhafte Diskussion. Aus dem Haut-Rhin gingen die Delegierten ohne gebundenes Mandat zum Parteitag, was unter den gegebenen Umständen nicht weiter war als ein Manöver, um die Richtung Blum-Paul Faure auf Kosten der Opposition zu begünstigen.

Die Blum u. Paul Faure u. ihre Anhänger haben sich bemüht, ihre Beteiligung an der reaktionären Politik, die die Chautemps u. Bonnet im Auftrage u. im Interesse des Grosskapitals betreiben, durch allerlei demagogische Mätzchen zu verschleiern. In ihrer Resolution fordern sie, dass die Einführung der Altersversicherung vorbereitet, sowie dass ein neues Volksfrontprogramm ausgearbeitet werde, in dem die Nationalisierung der Banken, Eisenbahnen u. Schlüsselindustrien vorgesehen werden soll. Nun wissen die Blum u. Paul Faure ausgezeichnet, dass die radikalen Volksfrontpartner, die jetzt Bonnet auf den Schild gehoben haben, sich auf keinerlei Nationalisierungsmassnahmen einlassen werden. Die Blum u. Paul Faure wollen die Arbeiter mit Versprechungen über zukünftige Kampfmassnahmen gegen das Kapital vergessen machen, dass sie jetzt als Minister Kampfmassnahmen des Grosskapitals gegen die Werktätigen durchführen helfen. In das gleiche Kapitel gehört die von Blum u. Paul Faure geforderte Reform der Rechte des Senats. Sie verlangen, dass die Kammer im Falle eines Konflikts mit dem Senat das letzte Wort haben solle. Blum u. Paul Faure reden also nicht einmal mehr von der Abschaffung des Senats. Aber auch die von ihnen jetzt gepredigte sehr bescheidene Reform der Befugnisse des Senats muss die reine Phrase bleiben, denn jeder ernsthafte Kampf gegen den Senat, der eine Hochburg der Radikalsozialisten ist, kann nur gegen die radikale Partei geführt werden, setzt also den Eruch mit der Volksfrontpolitik voraus. Auch dass die Anhänger der Richtung Blum-

Paul Faure auf den Parteitag für eine Resolution stimmten, in der die Freigabe der Nichtinterventionspolitik und die unbedingte Ablehnung der Anerkennung der spanischen Rebellen als kriegsführende Macht gefordert wurde, ist pure Demagogie. Furs darauf stimmten Blum, Paul Faure u. die anderen sozialistischen Minister dem Beschluss der Regierung Chautemps zu, den Plan Edens, in dem die Anerkennung Francos als kriegsführende Macht vorgesehen wird, als Grundlage für eine internationale diplomatische Diskussion anzunehmen.

Die Blum-Paul Faure scheinen sich jetzt, nachdem sie nicht mehr die führenden Posten in der Regierung innehaben, die demagogische Praxis der Führung der KPF zu eigen machen zu wollen. Die KPF unterstützt bekanntlich im Parlament die reaktionären Regierungsmassnahmen, um dann in der Presse und in Versammlungen radikal klingende Forderungen zu stellen, für deren Verwirklichung sie natürlich keinen Finger rührt. Die SFIO-Führung will offenbar auch dieses Spiel treiben. Andererseits zeigen die radikalen Formulierungen in der Resolution Blum-Paul Faure, dass die Führung der SFIO sich der Radikalisierung der sozialistischen Arbeiter bewusst ist.

Die mittlere Richtung des Marseiller Parteitags, die sich um die Resolution Bracke-Zyromski scharte, war eine durchaus zusammengewürfelte Gesellschaft. Leute wie Bracke sind alte sozialdemokratische Reformisten, Zyromski ist stark von der offiziellen Linie der KI beeinflusst, daneben gibt es in dieser Richtung auch Elemente, die zwar gegenwärtig noch sehr unklar sind, von denen aber eine weitere Entwicklung nach links zu erwarten ist. Die Haltung der Richtung Bracke-Zyromski auf dem Parteitag war weder Fisch noch Fleisch. In der entscheidenden Abstimmung, nämlich über die Frage, ob die Beteiligung der SFIO an der Regierung Chautemps gebilligt werden sollte, fiel die Fraktion Bracke-Zyromski auseinander; ein Drittel von ihr stimmte für Blum-Paul Faure. Aber auch die anderen Vertreter dieser Richtung, die sich weigerten die Teilnahme der SFIO an der Regierung Chautemps ausdrücklich zu billigen, erklärten in ihren Reden, dass sie keineswegs den sofortigen Rücktritt der sozialistischen Minister verlangten; sie wünschten bloß, dass eine neue Volksfrontregierung unter Beteiligung der KPF und der UGT, vorbereitet werde. Diese Sorte Opposition bereitet Blum keine allzu grossen Unbequemlichkeiten, denn sie subvertiert ihn bis auf weiteres, in der Regierung zu bleiben.

Was die Richtung Marceau Pivert, die frühere Gauche révolutionnaire angeht; so unterscheidet sich ihr Auftreten in Marseille vorteilhaft von dem schwächlichen Verhalten, das sie bei früheren Gelegenheiten während des letzten Jahres an den Tag gelegt hatte. Marceau Pivert beschränkte sich nicht darauf, die Volksfrontregierung Nummer zwei zu kritisieren, er warf auch die Frage auf, wieso es zu der Bildung des Kabinetts Chautemps kommen konnte. unbeantwortet sie, indem er die ganze Tätigkeit der Volksfrontregierung Nummer eins, des Kabinetts Blum, einer scharfen Kritik unterwarf. Marceau Pivert u. seine Freunde verlangten ferner den sofortigen Bruch mit der Regierung Chautemps u. brachten dies durch ihre Haltung bei der Abstimmung über die Beteiligung an dieser Regierung zum Ausdruck. Es ist ferner begrüssenswert, dass die Richtung Pivert die Notwendigkeit des ausserparlamentarischen Kampfes als den entscheidenden Mitteln zur Durchführung der Forderungen der Werktätigen betonte.

Auf der anderen Seite muss festgestellt werden, dass die Richtung Pivert in bezug auf die grundsätzlichen Fragen des Klassenkampfes der französischen Arbeiter u. in bezug auf seine Perspektiven noch durchaus unklar ist. Marceau Pivert u. seine Freunde kritisieren - u. mit Recht - so gut wie jede einzelne praktische Äusserung der Volksfrontpolitik und fordern dann zum Schluss eine "Volksfront des Kampfes", ein Bündnis mit den Radikalen auf revolutionärer Grundlage. Diese Forderung ist eine Utopie. Ein Bündnis mit der radikalen Kapitalistenpartei ist nur im Zeichen der Trikolore, nicht aber im Zeichen der roten Fahne des Klassenkampfes möglich. Es ist sehr lobenswert, dass Marceau Pivert u. seine Freunde den Austritt der SFIO aus der Regierung Chautemps fordern, d. h. den Bruch der heutigen Form der Zusammenarbeit der SFIO mit den Radikalen aber im konsequent zu sein, müessten sie sich gegen die Volksfrontpolitik überhaupt, gegen jede Form der Koalition mit der radikalen Kapitalistenpartei aussprechen. Die Bejahung der Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse u. den werktätigen Mittelschichten

steht in keinem Widerspruch zu der Ablehnung der Volksfront. Es hat sich ja gezeigt u. es zeigt sich mit jedem Tage immer mehr, dass die Volksfrontpolitik, d. h. die Unterstellung der Arbeiterorganisationen unter das Kommando der Radikalen, die wiederum vom Grosskapital kommandiert werden, eine Kluft zwischen der Arbeiterklasse u. den werktätigen Mittelschichten schafft u. die letzteren in wachsender Masse der faschistischen Demagogie zugänglich macht.

Auch die Richtung Marceau Pivert fordert eine neue Volksfrontregierung unter Beteiligung der KPF. Marceau Pivert hat in Marseille ganz gut das Versagen der Regierung Blum geschildert. Wie können er u. seine Freunde glauben, dass eine neue Regierung Blum mit Teilnahme der Radikalen besser sein könnte als die erste, auch wenn ihr Jouhaux als Arbeitsminister u. Thorez als Sportminister, Luftminister oder sonst was angehören sollten? Wenn man nicht klar u. entschieden gegen die Volksfrontpolitik überhaupt Stellung nimmt, braucht man sich der Möglichkeit, den ausserparlamentarischen Kampf der Arbeiter wirksam zu organisieren. Es ist notwendig, zur Volksfrontpolitik entschieden Nein zu sagen, um der verderblichen Politik der Elum u. Paul Faure u. der Thorez u. Duclos, die die von Bonnet u. Chautemps durchgeführte Politik der Kapitaloffensive mitmachen u. unterstützen, mit dem nötigen Erfolg entgegenzuwirken. Jetzt Illusionen über eine zukünftige bessere Volksfrontregierung zu säen, heisst, den Bonnet u. Chautemps den von ihnen herbeigewünschten u. vorbereiteten Übergang zu einer Regierung mit Beteiligung der bürgerlichen Rechten, zu erleichtern. Worauf es heute ankommt, ist, ohne Rücksicht auf die Volksfront u. auf irgendwelche vorhandenen oder möglichen Volksfrontregierungen einheitliche ausserparlamentarische Aktionen der Massen - u. zwar vor allem auch gegen den gegenwärtigen Raubzug, dem sie jetzt durch die Bonnetschen Dekrete ausgesetzt sind, - in die Wege zu leiten.

Mit grösster Entschiedenheit gilt es, gegen das perfide Argument aufzutreten, mit dem Elum in Marseille operiert hat u. mit dem auch die KP-Führung eifrig um sich wirft, das Argument nämlich, dass die französische Arbeiterschaft jetzt wegen der auswärtigen Gefahr, die von Hitler drohe, keine revolutionären Aktionen unternehmen dürfe u. überhaupt auf eine Durchfechtung ihrer Interessen im Klassenkampf möglichst verzichten müsse. Dieses Argument ist ein alter Ladenaufhänger der chauvinistischen Reaktion. In allen Ländern hat kapitalistische Reaktion stets erklärt, dass der Klassenkampf der Arbeiter verurteilenswert sei, weil er das "Vaterland" gegenüber dem Ausland schwäche. Durch die Volksfrontpolitik ist dieses Argument, das allmählich sehr verbraucht war, mit eifriger Hilfe der KI u. der KPF - man kann selbst sagen dank ihrer Initiative - neu aufgeblüht u. zum obersten Gesetz der Arbeiterbewegung deklariert worden. Nun gibt es in Frankreich zwei Arten der Gegnerschaft gegen Hitler: die Arbeiter sind gegen Hitler, wie sie gegen de la Rocque sind, nämlich weil Hitler Faschist ist; die französischen Bourgeois (u. darunter auch der Oberst de la Rocque selber) sind gegen Hitler, weil er den imperialistischen Machtbereich des französischen Kapitals bedroht. Wer den Unterschied zwischen diesen beiden Arten der Gegnerschaft gegen Hitler zu verwischen sucht, der stellt sich auf den Standpunkt des französischen Imperialismus, der treibt Burgfriedenspolitik. Unter dem Vorwand der Abwehr gegen den Hitlerfaschismus den Klassenkampf der französischen Arbeiter bremsen u. zu verhindern, heisst nichts anderes als die kapitalistische Reaktion u. ihre entschiedenste Form, den Faschismus, in Frankreich selbst zu fördern. Die de la Rocque, Doriot, die reaktionären Generale u. die kapitalistischen Scharfrichter, die aktuellen und potentiellen Kräfte des französischen Faschismus, sie sind die Nutzniesser der von den Elum u. den Thorez betriebenen antifaschistisch angestrichenen Burgfriedenspolitik.

Die KPF hat anlässlich des Parteitags von Marseille von neuem die Frage der Einheitspartei aufgerollt. Sie verlangt längst nicht mehr, wie das auf der VII. Weltkongress der KI vorgesehen war, das Bekenntnis zu den kommunistischen Grundsätzen als Basis für die Bildung der Einheitspartei - sie hat je die Grundsätze selbst preisgegeben. Aber in der SFIO ist - wenn man von Zyromski u. vielleicht noch einigen anderen absieht - keinerlei Stimmung für die Schaffung einer Einheitspartei mehr vorhanden. Was die Richtung Marceau Pivert anbelangt, so hat die Führung der KPF bekanntlich mehr oder weniger offen erklärt, dass Pivert u. seine Freunde als "Trotzkisten" aus der Ein-

heitspartei ausgeschlossen werden müssten. Die rechten Sozialisten ziehen es vor, reformistische Politik auf eigene Rechnung u. nicht auf Kommando von Moskau zu machen. Die Blumische, vom Parteitag angenommene Resolution verlangt als Voraussetzung für die Schaffung einer Einheitspartei die "Unabhängigkeit von jeder Regierung", das ist eine glatte Absage an die KI und die KPF.

Der Pariser Parteitag hat gezeigt, dass in der SFIO die Gegensätze immer mehr auf einander prallen u. dass diese Gegensätze auf die Dauer unversöhnlich sind. Auf der anderen Seite ist auch in der KPF eine starke Unzufriedenheit der Mitglieder mit der Politik ihrer Führung vorhanden, die allerdings dank dem bürokratischen Parteiregime nur wenig wahr ausgedrückt wird. Es ist auch klar, dass die gegenwärtige oberste Spitze der KPF ebenso unverbesserlich verfault ist wie die Mehrheit der Führung der SFIO unverbesserlich reformistisch ist. Die revolutionäre kommunistische Partei, die das französische Proletariat braucht u. die heute fehlt, kann nur entstehen, wenn die revolutionären Elemente in der KPF u. in der SFIO mit den unverbesserlich reformistischen und unverbesserlich verfaulenden Elementen brechen u. sich zusammenfinden. Die Linke in der SFIO kann hier Wichtiges leisten, aber nur unter der Voraussetzung, dass sie sich zu grundsätzlicher Klarheit durchringt.

-o-o-o-o-o-

DER KRIEG IN NORDCHINA.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der Krieg ist bereits im Gange, während die diplomatischen Manöver weitergehen. Eine Kriegserklärung hat es nicht gegeben, so wenig wie im mandchurischen Krieg. Japan hat den Namen "Strafexpedition" für den Krieg erfunden. Welchen Umfang u. Dauer der Krieg annehmen wird, hängt davon ab, welchen Widerstand die Nankingregierung aufbieten wird. Der Wille des japanischen Imperialismus jetzt Nordchina bis zum "Gelben Fluss" zu säubern, d. h. fest zu erobern, steht fest u. ist offen ausgesprochen worden. England gewährt Japan freie Bahn, es wird nicht einmal diplomatischen Widerstand leisten. Frankreich begünstigt ebenfalls den neuen Angriff des japanischen Imperialismus. Die Vereinigten Staaten werden ohne England nicht offen eingreifen. Die Sowjet-Union wird sich allem Anschein nach zunächst ebenfalls zurückhalten. Dagegen ist damit zu rechnen, dass die Nankingregierung von verschiedenen Seiten unter der Hand Waffen, Instrukteure und Geld erhalten wird.

Dieser Krieg wird sowohl für Japan wie für China eine Probe auf die Festigkeit u. Leistungsfähigkeit des inneren Regimes sein.

In Japan sind die inneren Spannungen in der letzten Zeit gewachsen. Sie haben zu wiederholten Konflikten zwischen dem militaristischen Regime und dem Parlament geführt. In der Arbeiterklasse u. bei den Bauern ist der Widerstand gegen das Regime im Wachsen. Bei den Bauern zählen die lokalen Zusammenstöße mit den Behörden in den letzten Jahren nach tausenden und sind im Steigen. Die Entfesselung des Krieges gibt zunächst den Militaristen auch im Inneren die Vorhand. Aber im Falle, dass ernste Niederlagen kommen wird das Regime die inneren Spannungen nicht aushalten können.

Bei der Nankingregierung haben wir es mit der Militärdiktatur Tschang-Kai-Schecks zu tun, die sich politisch auf die Kuo-ming-tang-Partei stützt. Tschang-Kai-Scheck hat zweifellos in den letzten Jahren die militärische Leistungsfähigkeit Chinas bedeutend gestärkt. Er verfügt heute über mehrere hunderttausend modern geschulter Kadetruppen, einer modernen Luftflotte u. unerschöpflichen Reserven an Menschen. Auch die Finanzkraft der Nankingregierung ist heute nicht unbeträchtlich.

Aber das Kuo-ming-tang-Regime steht einem grundlegenden Widerspruch gegenüber. Es beruht auf der Niederwerfung der revolutionären Bewegung der Arbeiter u. Bauern. Es stützt sich auf die eng miteinander verflochtenen Klassen der chinesischen Industrie- u. Handelsbourgeoisie und der halbfeudalen Grundbesitzer. Wenn der Krieg seine volle Kraft entfalten soll, so muss er als national-revolutionärer Volkskrieg geführt werden. Das schließt vor allem ein die Durchführung der Agrar-Revolution. Nur sie verbürgt die Bereitschaft der ungezählten Millionen chinesischer Bauern den nationalen Befrei-

ungskrieg zu führen, die Kuo-ming-tang-Regierung kann aber den Krieg nicht als national-revolutionären Krieg führen, ohne die Wurzel ihrer eigenen Herrschaft zu untergraben. Dieser grundlegende Widerspruch kann auf verschiedene Weisen gelöst werden. Entweder die Kuo-ming-tang-Regierung führt überhaupt keinen ernsthaften Krieg, sie führt nur einen Scheinkrieg und schließt nach einigen Scheinaktionen ein neues Kompromiss mit dem japanischen Imperialismus, das, diesem Nordchina ausliefert u. so dem nationalen Bestand Chinas einen neuen schweren Schlag versetzt.

Das würde den inneren Widerstand gegen sie steigern. Oder sie versucht, den Krieg ernsthaft zu führen, aber gleichzeitig alle Zugeständnisse an die revolutionären Bestrebungen der werktätigen Masse zu unterbinden. Das würde die Chancen eines militärischen Erfolgs bedeutend mindern. Oder sie macht den revolutionären Forderungen im Interesse der Kriegführung Zugeständnisse, dann besteht die Möglichkeit, dass die in Exekution geratenen Massen weitergehen und über sie weggehen.

Die Aufgabe der chinesischen Kommunisten ist klar. Sie müssen auf der Linie der Entfesselung des national-revolutionären Volkskrieges arbeiten. Im Interesse seiner Entfesselung müssen sie den Klassenkampf gegen das Kuo-ming-tang-Regime führen, um es zu beseitigen und durch die revolutionäre demokratische Diktatur der Arbeiter u. Bauern auf der Grundlage von Räten zu ersetzen. Daher kein Burgfrieden und kein Bündnis mit der Kuo-ming-tang, sondern Kampf gegen sie als selbständige Kraft, im Interesse des Sieges über den japanischen Imperialismus, im Interesse der Herbeiführung und Sicherung der nationalen Einheit Chinas.

Diese Linie steht zwar im Widerspruch mit der von der kommunistischen Internationale verfolgten, die das Bündnis mit Tschang-Kai-Scheck und den Verzicht auf die Agrar-Revolution vorsieht, aber sie ist die einzige, die sowohl den Klassenwünschen als den nationalen Interessen der ungeheuren Mehrheit des chinesischen Volkes entspricht. Sie ist selbst dann richtig u. geboten wenn es der Kuo-ming-tang gelingen sollte im Konflikt mit Japan einen Erfolg zu erringen, so wie die Tatsache, dass im deutsch-französischen Krieg 1871/72 die klassenbewussten Arbeiter dem Bismarckschen Regime ihre eigenen Forderungen und ihren eigenen Klassenstandpunkt gegenüber stellten, sich trotz des Sieges dieses Regimes über Frankreich als fruchtbar und folgenreich erwies.

Die japanische Arbeiterklasse dagegen muss alle Kräfte einsetzen, um die Niederlage des japanischen Imperialismus herbeizuführen und den Krieg, der auf japanischer Seite ein imperialistischer Krieg ist in den Bürgerkrieg umzuwandeln.

Die internationale Arbeiterklasse Amerikas und Europas muss sich mit der Sache der werktätigen Klassen Chinas solidarisieren. Sie muss auftreten einerseits gegen jede direkte oder indirekte, offene oder versteckte Unterstützung des japanischen Imperialismus, gegen das Eingreifen zugunsten der europäischen-amerikanischen imperialistischen Interessen auf Kosten des chinesischen Volkes, wie auch gegen alle Versuche, die von den imperialistischen Regierungen gemacht werden, um gegen die revolutionären Bestrebungen des chinesischen Volkes einzugreifen.

Der nordchinesische Krieg ist der dritte Krieg seit dem abessinischen. Diese Kriege haben sich jeder am vorhergehenden entzündet. Sie existieren gegeneinander (auch der abessinische geht tatsächlich weiter) und greifen ineinander ein. So ist der Umfang des imperialistischen Kriegs und des Bürgerkriegs stufenweise erweitert worden. Im spanischen Bürgerkrieg und Interventionskrieg sind die europäischen Großmächte tatsächlich bereits beteiligt, wenn auch nicht offiziell u. offen. Der nordchinesische Krieg fügt den bisherigen neue Verwicklungen hinzu. Er zieht indirekt auch den amerikanischen Imperialismus mit herein. Wenn Weltkrieg ein Krieg ist, der mehrere Erdteile umfasst, so hat der dritte Weltkrieg bereits begonnen. Das Westende Europas, das Ostende Asiens, die Ostküste Afrikas sind bereits gleichzeitig im Kriegsbrand. Damit wächst mit jedem Tag die Gefahr, dass der Krieg auf der Peripherie in die imperialistischen Zentren zurückschlägt. Der Völkerbund und die bürgerliche Demokratie haben sich als ohnmächtig erwiesen, ihn aufzuhalten.

EIN JAHR BÜRGERKRIEG UND INTERVENTIONSKRIEG IN SPANIEN.

oo

Am Jahrestag des 19. Juli 1936 hat Azana, der Präsident der spanischen Republik eine Rede gehalten, die durch zweierlei bemerkenswert war. Erstens dadurch, dass sie rein nationalistisch eingestellt war u. ausdrücklich den Krieg der "Ideologien" ablehnte (wie Eden). So macht der bürgerliche Republikanismus einen Strich durch die spanische Revolution und steuert damit, trotz aller Beteuerungen des Gegenteils, einem Kompromiss mit dem Faschismus unter dem Kommando der englisch-französischen Bourgeoisie zu. Zweitens dadurch, dass er erklärte "man dürfe sich nicht der Politik der Ausrottung des Gegners hingeben". Daraus geht hervor, dass selbst den bürgerlichen Republikanern der von der offiziellen kommunistischen Parteien inconnierte weisse Terror gegen die POUM (und in den Anfängen auch gegen die CNT) zuviel wird. Dementsprechend hat der rechte sozialdemokratische Kriegsminister Prieto den Obersten Ortega Guttierrez, den Leiter der Polizei, ein Werkzeug der KP, entlassen. Es kann dies als eine Wirkung der internationalen Kampagne zur Verteidigung der POUM betrachtet werden.

Gleichzeitig aber veröffentlicht die Valencia-Regierung ein Dekret, das für das Hinterland batalones de metaguardia (Hinterlandsbatalione) organisiert, die dort die Polizeifunktionen ausüben sollen und ausschliesslich unter militärischen Kommando stehen. Sie sollen aus Frontkämpfern zusammengestellt werden, die mindestens 3 Monate an der Front gekämpft haben, aber nicht mehr vollkriegsfähig sind. Das ist ein Schritt weiter in der Richtung der Militärdiktatur u. zum Abbau nicht nur der revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse seit dem 19. Juli, sondern auch dem Abbau der bürgerlichen Demokratie.

In Barcelona gehen die Verhaftungen in grossem Umfang weiter.

Die anfänglichen militärischen Erfolge um Madrid sind zum Stillstand gekommen. Die Rebellen sind zum Gegenangriff übergegangen.

Der Druck der internationalen Bourgeoisie, sowohl in Gestalt der deutsch-italienischen Intervention, wie der indirekte Druck durch England und Frankreich steigt. Die Entwicklung des Krieges selbst erfordert einen neuen revolutionären Vorstoss der Arbeiterklasse.

DAS SOLLEN DIE "FASCHISTEN" SEIN.

oo

"Workers Age", unser amerikanisches Bruderblatt schreibt:

"In der "New York Times" v. Sonntag, den 27. Juni, berichtet Herbert L. Matthews, von welchem man bestimmt nicht behaupten kann, dass er eine besondere Zuneigung für die POUM hegt, folgenden Vorfall, der sich im Laufe seines letzten Besuchs an der Huescafront ereignete.

"Die Regierungstruppen hatten ungewöhnliches Unglück durch den Verlust ihres Divisionskommandeurs, General Canue, welcher beim Beginn der Aktion fiel. Dann starb General Lukacs, als eine Bombe seinen Wagen traf und letzte Nacht fiel ein dritter Kommandeur.

Fernntnis bekamen meine englischen Kollegen und ich auf einem aussergewöhnlichen Wege davon. Wir waren in der vergangenen Nacht nach Barbastro zurückgegangen um nach Adriano Nathan zu fragen, einem italienischen Radikalen, der Stabschef der Lenin- oder POUM-Division war, welche diese Linie seit Beginn des Krieges gehalten hat. Als wir das Dorf erreichten, in welchem das Divisionshauptquartier eingerichtet war und wir das Haus gefunden hatten verlangten wir den Chef des Stabes zu sprechen. Die Wache sagte uns nur, wir sollten hinaufgehen. Da fanden wir einen Raum mit der Aufschrift "Jefe de Estado Major" und wir traten ein.

Adriano Nathan erwartete uns in einem Sarg liegend, der als Katafalque hergerichtet war. Sein Körper war mit roten und weissen POUM-Fahnen bedeckt. Sein Kopf war verbunden. In der letzten Nacht hatte eine Kugel den augenblicklichen Tod in den vordersten Schützengrabenlinien herbeigeführt. Zwei

POUM-Soldaten stehen reglos Wache.

Die Grösse, die wir Adriano Nathan brachte, konnte nur der schweigende Tribut sein, den alle Toten in diesem schrecklichen Konflikt verdienen."

Das alles sind die "Spione Francos", die in Verbindung mit den "italienischen und deutschen Faschisten arbeitenden POUM-Leute", die Angehörigen der "5 Kolonne", wie die offiziellen Organe der KI in unverschämter Weise zu behaupten wagen. Während die POUM-Kämpfer an der Front gegen den Faschismus fallen, geföhlt sich die Negrinregierung und allem voran die KP-Spaniens und die katzenmännische PSUC darin, die Führer und Funktionäre der POUM unter den unverschämtesten Verleumdungen zu verhaften und ihre Organisation zu zertrümmern. Das alles unter dem schönen Motto "Die Vernichtung der POUM ist notwendig um den Krieg zu gewinnen".

Zum Vernichtungsfeldzug gegen die POUM:

ZEITGENOSSE ERINNERUNGEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Hetze gegen die POUM wird von der offiziellen KI-Presse in massloser Weise fortgesetzt. Die "Deutsche Volkszeitung", das Organ der KPD verspritzt Gift und Gallen gegen die POUM. "Mundo Obrero", das Organ der KP-Spaniens vergleicht die POUM mit einer Bande von Strassenräubern, die nicht verdienen, dass sich eine einzige antifaschistische Stimme für sie erhebe. Aber den Segel schliesst ohne Zweifel das Organ der KPD ab.

In einem Artikel der "Deutschen Volkszeitung" v. 13. Juli "SAP-Führer weinen um Schurken", "Die POUM ein Nest von Spionen", wird, ohne dass auch nur ein einziger Beweis für die ungeheuerlichen Anschuldigungen erbracht wird, die "Vernichtung jener Schurken" gefordert. Aber das genügt der KPD-Führung noch nicht. Sie wünscht, dass auch mit all jenen eben so verfahren wird, die sich zur Verteidigung der POUM und ihrer Politik bereitfinden. So heisst es am Schluss des erwähnten Artikels:

"Trotzkiebliche SAP-Führer weinen um das Schicksal der Agenten Francos, Hitlers und Mussolins, wir aber rufen den spanischen Freiheitskämpfern zu: Ihr habt Recht, hundert Mal Recht! In diesem Kampf auf Leben und Tod muss man Verräter rückwärtslos verachten! Verräter und die um sie weinenden Freunde."

Das heisst nichts anderes, als das, wenn die KPD dazu die Macht hätte, sie selbst ihre bisherigen SAP-Freunde aus dem deutschen Volksratkomitee, die sich gegen die skrupellosen Kampfmethode der KI gegen die POUM wenden, und alle anderen, die für die Verteidigung der POUM das Wort ergreifen, aufs Schaffot schleppen würde.

Im Hinblick auf diese Hetze ist es von einigen Interesse, daran zu erinnern, mit welchen Mittel 1917 die vereinigten Kräfte der demokratischen Konterrevolution in Russland den Kampf gegen die Repräsentanten der sozialistischen Revolution, die Bolschewiki führten.

Darüber heisst es in einem grösseren Artikel "Vor 20 Jahren", "Der grosse Wendepunkt zur sozialistischen Revolution", in der Rundschau Nr. 29. Seite 1543 im Abschnitt "Das schwachvolle Bündnis der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit der Konterrevolution" (Jahrgang 1937):

"Während sich die Bolschewiki, in erster Linie Gen. Stalin, um den Frieden (nach der Julidemonstration) bemühten, und die Vorstösse der konterrevolutionären Regierungstruppen zu verhindern suchten, schloss Gen. Menschewiki und RG ein schwachvolles Bündnis mit der Konterrevolution. Bereits am 17. Juli hatte die Provisorische Regierung den General Polowzew, Wehrkreis-kommandanten von Petrograd, beauftragt, die Stadt von "bewaffneten Leuten zu säubern". Gegen Lenin wurde ein Haftbefehl erlassen und auf Grund gefälschter Dokumente eine Hetze ohne Gleichen entfaltet, er sei angeblich ein deutscher Spion."

Am 19. Juli veröffentlichte der ehemalige sozialdemokratische Dumaabgeord-

nete G. Alexinsky diese Fälschung unter seinen Namen und dem des ehemaligen Anhängers der "Narodnaja Wolja" Fankratow, da die Regierung nicht selbst für diesen Schwindel verantwortlich erscheinen wollte. Auch der Menschewik Dan, der später vor dem Untersuchungsausschuss erklärte, er habe diese Verleumdung nie geglaubt, sprach von der "Beteiligung deutscher Agenten" an den Demonstrationen vom 16. und 18. Juli.

Die Konterrevolution forderte ein Gericht gegen Lenin, der in die Illegalität gegangen war. Trotzky, Rykow, Kamenew rieten Lenin sich zu stellen. Dagegen erhob Gen. Stalin scharfen Einspruch, der sich nachher nur als zu berechtigt erwies. In seinen Lebenserinnerungen schreibt der General Polowzew:

zu
 "Der Offizier, der in Teriuki Lenin festnehmen versuchte, fragt" mich, ob ich diesen Herrn im ganzen oder zerlegten Zustande haben möchte. Ich antwortete ihm, dass Verhaftete sehr häufig Fluchtversuche unternähmen."

Am 20. Juli verfügte die Provisorische Regierung die Auflösung aller Truppenteile, die an der Demonstration teilgenommen hatten. Am gleichen Tage wiederholte Kerenski in einem Radiogramm "An alle" die Lüge von der deutschen Beteiligung an den Julidemonstrationen.

Am 21. Juli wurde Kerenski als Ministerpräsident unter Beibehaltung des Kriegs- und Marineministeriums bestätigt. Die SR und Menschewiki unterstützten die Regierung bedingungslos.

Am 22. Juli bezeichnete ein Beschluss des ZEK und des Exekutivkomitees der Bauernräte das Kabinett als eine "Regierung zur Rettung der Revolution".

Am 26. Juli forderte der Menschewikenführer Dan die Übergabe von Lenin und aller Bolschewiki an das Gericht, ihre Ausschließung aus den Sowjets und die unbedingte Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit. So tief waren die Menschewiki bereits gesunken. Vom Faktieren mit der Bourgeoisie waren sie ausgegangen, als Überläufer endeten sie.

Am 28. Juli wurde die Todesstrafe an der Front wieder eingeführt. Gleichzeitig wurde eine militärische Vorzensur eingeführt, die Entwaffnung der Arbeiter verordnet, und die bolschewistische Presse verboten. Das alles waren Massnahmen, die der britische Botschafter Buchanan in seinem Brief an Außenminister Tereschtschenko am 17. Juli gefordert hatte."

Man sieht, auch die Bolschewiki und besonders Lenin wurde damals von der vereinigten demokratischen Konterrevolution im Namen der "Rettung der Revolution" auf Grund gefälschter Dokumente der Spionage zugunsten Deutschlands beschuldigt. Die Tatsache, dass Lenin u. seine Freunde im plombierten Wagen durch Deutschland gelassen wurden, war für die Menschewiki und Sozialrevolutionäre ein gefundenes Fressen, um Lenin und die Bolschewiki, die Repräsentanten der sozialistischen Revolution, des Einvernahmens mit dem deutschen Generalstab zu bezichtigen. Mit diesen erbärmlichen Kampfmethoden sollten damals die Kämpfer der proletarischen Revolution vor den Massen diskreditiert und der sozialistischen Revolution durch die Vernichtung der bolschewistischen Partei der Todestoss versetzt werden.

Heute, nach zwanzig Jahren, gefallen sich die Organe der KPdSU und der KI darin, eine Partei, deren Führer von den Faschisten ermordet wurde, deren Militanten an der Front ihr Leben im Kampfe gegen den Faschismus lassen und im Hinterland für die sozialistische Revolution kämpfen, auf Grund nicht milderer gefälschter Dokumente, aufs Schaffot zu schleppen.

Die Instanzen der KI und der Negrinregierung müssen wissen, dass die Arbeiter heute genau so wenig wie vor 20 Jahren bereit sind, die ehemals von den Menschewiki gegen die Bolschewiki angewandten Kampfmethoden in der Arbeiterbewegung Eingang zu verschaffen. Wir haben bereits im anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Vertreter der Regierung Negrin den Vertretern der ILP erklärten, dass ihnen das von der Kominternpresse gegen die FOUM veröffentlichte berüchtigte Dokument "N" unbekannt sei und im übrigen könne ja "N" etwas ganz anderes als Nin heißen.

GENDARMERIE UND GARDE MOBILE GEGEN VOLKSFRONTANHÄNGER. Am 14. Juli kam es
ooo
in Erstein zum Einsatz von Polizei gegen die Anhänger der Volksfront. Das lokale Volksfront-
komitee hatte am 14. Juli eine Manifestation beabsichtigt, die auch die Geneh-
migung des Maire fand. Am Vorabend des 14. Juli wurde die Genehmigung zu-
rückgezogen, weil angeblich die Feuerkreuzler des H. de la Rocque die Absicht
geäußert hatten im Falle des Stattfindens der Volksfrontmanifestation
eine Legendemonstration zu veranstalten. Dies war für den Maire Veranlassung
zum Verbot des Volksfrontumzuges und der Sous-Präfekt Alphaud, als der Be-
auftragte der Volksfrontregierung Nr. 2, stellte zur Einhaltung des Verbots
die erforderliche Anzahl von Polizeitruppen zur Verfügung.

Als sich am Vormittag des 14. Juli die Anhänger der Volksfrontorganisationen
zur Manifestation vor dem Mairegebäude einfanden, wurden sie dort von Gen-
darmen und Garde Mobile empfangen, die gegen die Anhänger der Regierung
mit beispielloser Brutalität vorgehen. Ein 13-jähriger Knabe und eine 60-
jährige Frau mussten sich infolge der Behandlung durch die einem sozialisti-
schen Innenminister unterstehende Polizei furchtbare Behandlung unterwerfen.

Die "Humanité" stellt empört fest, dass die Polizeivorgänge gegen die Hül-
diger des 14. Juli und der Volksfrontregierung auf direkte Anleitung des
Sous-Präfekten Alphaud erfolgten, eines Untergebenen des Präfekten und des
Innenministers. Sie fordert, dass endlich gegen solche Verstöße eingeschrit-
ten wird und endlich der republikanische Luftzug durch die Verwaltung
gehe.

Die "Humanité" teilt mit, dass der komm. Deputé Daul beim Innenminister ge-
gen das Vorgehen der Polizei Protest eingelegt habe.

Das Vorgehen der Polizei auf Anweisung des Sous-Präfekt ist wiederum ein
evidenter Beweis dafür, wer in Wirklichkeit unter der Volksfront herrscht.
Wenn einige Faschisten sich über eine Manifestation der Volksfront erreg-
en, und ein faschistenfreundlicher Maire zur Verhinderung einer Manifestation
der Volksfrontanhänger am 14. Juli bei den Regierungsinstanzen Poli-
zei zur Unterdrückung anfordert, dann folgen diese Instanzen bereitwil-
lig dieser Aufforderung. Und eine solche Regierungsaktion sollen wir
als ein Kampfinstrument gegen den Faschismus betrachten.

DIE RAUCHER SIND ÜBER DIE FREISERHÖHUNG ENTRÜSTET. Die KFF hat bekanntlich
ooo
der Regierung Chautemps-
Bonnet-Blum die Vollmachten bewilligt, um unter Ausschaltung des Parlaments
und gemäß den Wünschen des Senats die Finanzkrise zu lösen. Jedermann wusste,
dass die Finanzmassnahmen der Volksfrontregierung Nr. 2 noch nachhaltiger
als die von Blum-Auriol beabsichtigten Massnahmen, die breiten Massen
belasten werden. Angesichts der Auswirkungen der Bonnetschen Massnahmen
schreibt jetzt die "Humanité":

"Man braucht nicht besonders hervorzuheben, dass diese Massnahmen in den
breiten Volksmassen grösstes Befremden und Unwillen erregten...
Die wenig erfreuliche Stimmung, die draussen hörbar wird, hat ihre volle Be-
rechtigung. Und wir stimmen den Kritikern voll und ganz zu.
Das Volksfrontprogramm, für das sich Millionen Bürger aussprachen, hat andere
Wege vorgezeichnet als jene, auf denen sich heute H. H. Chautemps-Bonnet
bewegen."

Hier wird also erklärt, dass die Volksfrontregierung Nr. 2, der die KFF ihr
Vertrauen ausgesprochen und der sie Blankovollmacht zur Durchführung der
Finanzmassnahmen gegeben hat, dem Volksfrontprogramm entgegengesetzt handelt.
Gestern sagte man uns, die Einheit der Volksfront müsste erhalten werden, um
das Volksfrontprogramm durchzuführen. Heute erweist sich, dass die Erhaltung
der Volksfront dem gerade entgegengesetzten Ziel dient. Trotz dieser Fest-
stellungen denkt aber die KFF nicht daran, daraus die Konsequenzen zu zie-
hen. Im Interesse der Erhaltung der Volksfront wirkt sie an Massnahmen mit,
die "voll und ganz" mit Recht kritisiert werden. Das Bekenntnis zur Auf-
rechterhaltung einer Volksfront, die weg wandelt, die nach der "Huma" dem
Volksfrontprogramm entgegengesetzt sind, enthüllt die Kritik der "Huma" als
Irreführung der breiten Massen.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 32/IV. Jahrgang.

Erste Augustwoche 1937.

GENOSSE ANDRES NIN ERMORDET!

oo

PROTESTIERT GEGEN DIE NOSKEMETHODEN DER SPANISCHEN STALINJÜNGER UND

=====

IHRER BUNDESGENOSSEN!

=====

Nach den letzten Nachrichten aus Spanien ist es so gut wie sicher, dass Genosse Andres Nin, der nach der Ermordung von Joaquin Maurin der hervorragendste Führer der POUM war u. der vor einigen Wochen von der spanischen Volksfrontregierung auf Grund froch erlogener Anklagen verhaftet wurde, jetzt von seinen Kerkormeistern weuchlings ermordet worden ist.

In einer Massenkundgebung, die am 21. Juli in dem Olympia-Saal in Barcelona stattfand, erklärte die bekannte anarchistische Führerin Frederica Montseny (früher Minister in der Regierung Largo Caballero):

"Hier in Spanien haben wir stets etwas Anstand u. Ehrlichkeit besessen. Wir kämpfen stets mit sauberen Waffen. Es kommt vor, dass es bei uns Kämpfe zwischen verschiedenen Organisationen gibt, aber schwerlich kam es dabei zu Verbrechen, Infamie u. Verleumdung. Die Monarchie wandte diese Mittel an, aber weder die Republikaner, noch die Sozialisten, noch die Kommunisten, noch die Anarchisten haben dies je getan. Es scheint, dass man die Methoden anderer Länder importiert hat, um alle Mitglieder einer Partei der Spionage anklagen, sie verhaften u. im Dunkeln einen Prozess beginnen zu können. Wenn Vertreter der Sozialisten aus anderen Ländern nach Spanien kommen, lässt man ein paar Verhaftete frei, um den Schein zu wahren. Aber es endet damit, dass uns gesagt wird, dass in Madrid die Leichen von Nin und zweier anderer Genossen gefunden worden sind.

o=Diese Nachricht ist uns noch nicht bestätigt worden, aber solange die o=Regierung sie nicht dementiert hat, indem sie uns sagt, wo sich Nin be=o= findet, sind wir verpflichtet zu glauben, dass sie wahr ist. o=

Es geht nicht, dass man sich straflos über den Willen u. die Würde eines ganzen Volkes hinwegsetzt, einige Personen ergreift, ihnen Vergehen vorwirft, die man nicht beweist, sie in ein Haus setzt, das eigens dazu hergerichtet worden ist, sie in die Nacht hinausführt u. ermordet."

Das von Frederica Montseny geforderte Dementi der Regierung von Valencia ist bis heute nicht erfolgt, obwohl z. B. auch A. Leroux im "Populaire" vom 30. Juli ein solches Dementi verlangte. Diese Haltung der Valenciaregierung ist nichts anderes als ein stillschweigendes Eingeständnis ihrer Schuld an der Ermordung von Andres Nin.

Eine ganze Reihe anderer Tatsachen bestätigen die Nachricht von der Ermordung des Genossen Nin.

Genosse Gorkin hat am 22. Juli aus dem Gefängnis von Madrid eine Postkarte geschrieben. Er erwähnte darin die Namen einiger Genossen, die mit ihm zusammen im Gefängnis saßen, er nannte aber nicht den Namen des Gen. Nin, der nach seiner Verhaftung gleichfalls nach Madrid überführt worden war.

Der Justizminister Irujo teilte einer Delegation der CNT mit, dass er "nicht imstande" (:) sei festzustellen, wo sich Nin befindet.

Gorkin, Andrade u. andere führende Genossen der POUM sind inzwischen von Madrid in das Gefängnis von Valencia überführt worden. Nin ist nicht dabei!

Die spanische Regierung veröffentlicht ein Communiqué in dem gesagt wird, dass Gorkin, Escuder, Andrade, Bonnet u. andere Führer der POUM unter der Anklage der "Spionage u. des Hochverrats" vor Gericht gestellt werden sollen. Der Name Nin wird im Communiqué nicht erwähnt - sicherlich nicht deshalb weil die spanische Regierung ihn schonen wollte, sondern weil Nin bereits ermordet worden ist.

Wer sind die Schuldigen an diesem Verbrechen?

Das sind erstens die spanischen Kommunisten u. ihre Instrukteure aus der GPU, in deren Händen die unmittelbare Organisation u. Durchführung der Verfolgung der POUM lag u. liegt. Der nach dem Sturze Largo Caballeros zum Leiter der spanischen Polizei ernannte Oberst Ortega, der Mitglied der KP-Spaniens ist, fabrizierte zur "Begründung" der erlogenen Spionageanklage gegen die POUM einen gefälschten Brief, der von allen einigermaßen urteilsfähigen Politikern u. Journalisten in Spanien u. ausserhalb Spaniens auf den ersten Blick als eine ebenso dumme, wie freche Fälschung erkannt wurde. Dieser Ortega ist inzwischen von dem rechtssozialistischen Innenminister Zugazacitia abgesetzt worden u. zwar weil er in seiner Eigenschaft als Polizeichef Mitglieder der KP, die sich verschiedener Verbrechen schuldig gemacht hatten, vor der Verhaftung schützte u. in Parteilokal der KP versteckte. Aber Ortega ist nicht der einzige Strolch dieser Art trotz der Absägung Ortegas wirtschaftet die KP nach wie vor mit denselben Methoden in der spanischen Polizei. Es ist bekannt, dass die KP, insbesondere in Madrid, die Polizei beherrscht. Als eine französische Delegation in Valencia weilte, um gegen die Verfolgung der POUM zu protestieren u. sich nach dem Schicksal der gefangenen POUM-Führer zu erkundigen, musste die spanische Regierung einige Tage in den Madrider Gefängnissen herumsuchen lassen, um festzustellen, wo sich die FOUM-Genossen befanden. Dass Nin in Madrid verschwunden ist, beweist nicht nur, dass er ermordet worden ist, (es liegt zudem die von F. Montseny erwähnte Aussage anarchistischer Genossen vor, die erklären, die Leicho Nins erkannt zu haben) - bei der Rolle, die die KP in Madrid spielt heisst das auch, dass die Mörder Nins von der KP bzw. von deren Instrukteuren aus der GPU entsandt worden sind.

Es ist das nicht der erste Fall, dass die KP in Spanien Antifaschisten, die ihr nicht genehm sind, im Dunkel der Nacht umbringen lässt. Ausserdem hat die KP Spaniens, bzw. die PSUC schon seit längerer Zeit Mordpläne gegen die Führer der POUM geschmiedet. Der französische antifaschistische Schriftsteller Marcel Ollivier, der längere Zeit in Spanien weilte, hat in seiner Broschüre über die Kämpfe in Barcelona mitgeteilt, dass die PSUC bereits vor Monaten zu einer Zeit, als sie wenig Aussicht hatte, ein Verbot der POUM von regierungseigenen zu erreichen (das war, als Caballero noch Premierminister war u. die CNT noch an den Regierungen von Valencia u. von Katalonien teilnahm), daran gegangen sei, Attentate gegen die Führer der FOUM vorzubereiten. Die PSUC hatte, wie Ollivier erzählt, nur deswegen von der Ausführung ihrer Mordpläne Abstand genommen, weil die POUM, die davon erfahren hatte, ihr mitteilen liess, dass sie von diesen Attentatsabsichten wisse u. dass Versuche, sie in die Tat umzusetzen, für die PSUC sehr unangenehme Folgen haben würden.

Stalin und die Seinen klagen alle, die mit ihnen nicht einverstanden sind, des individuellen Terrors an. Bisher ist es Stalin nicht gelungen, auch nur einem seiner Opfer irgend ein wirkliches, versuchtes oder vollendetes Attentat nachzuweisen. Seine Jünger in Spanien aber haben bereits ein langes Sündenregister von politischen Meuchelmorden aufzuweisen. Das grösste Verbrechen dieser Art ist aber der Mord an dem Genossen Nin.

Wie die Politik der KP Spaniens von ihren engsten politischen Bundesgenossen aus der Volksfront u. der Valenciaregierung beurteilt wird, zeigt folgende Stelle aus dem rechtssozialistischen "El Socialista", der die Politik der Negrin, Prieto u. Zugazacitia vertritt:

"Die Haltung, die die KP gegenüber allen Antifaschisten einnimmt, die sich nicht ihren offensichtlichen Befehlen beugen wollen u. die sie auf dieselbe Stufe mit Spionen u. Verrätern zu stellen versucht, kann nur in einer Weise gekennzeichnet werden: als Kapuzenhaft."

Diese Bewertung der spanischen "Kommunisten" durch das Organ Prietos darf uns natürlich nicht zu falschen Schlüssen (bezug auf die politische Rolle der Negrin, Prieto, Zugazagoitia, sowie der bürgerlichen Republikaner, die mit der KP zusammen in der Regierung sitzen, verleiten. Die Rechtssozialisten u. die bürgerlichen Republikaner überlassen der KP mit Vergnügen die schmutzige konterrevolutionäre Henker- u. Schergenarbeit, um dann in der Öffentlichkeit mit der Behauptung aufzutreten zu können, sie selbst wüsten nichts davon, was ihre Bundesgenossen aus der KP tun. Aber die KP u. Stalin sind in der spanischen Frage in der Sache nur die Lakaien u. Werkzeuge der spanischen Bourgeoisie u. des englischen u. des französischen Kapitals. Die Rechtssozialisten u. die bürgerlichen Republikaner Spaniens sind die Nutznießer des Verbrochens der KP - und sie sind zugleich auch Komplizen dieser Verbrechen.

Als der Gen Fenner-Brockway von der ILP in Spanien weilte u. die Minister der Valenciarregierung darauf aufmerksam machte, dass bereits das Gerücht umlauge, Gen. Nin sei erschossen, erklärten ihm verschiedene Minister der spanischen Republik, dass Gen. Nin u. die anderen Führer der POUm am Leben seien u. dass ihnen alle Garantien eines ordentlichen Gerichtsverfahrens gewährt werden würden. Diese Zusicherungen hat der Justizminister Irrujol schriftlich in einem Brief an den Verteidiger der POUm-Genossen, Fayan, wiederholt. Die Ermordung Nins zeigt, dass die Versprechungen der Valenciarregierung eine heuchlerische, rechtliche Lüge waren.

Die Ermordung des Gen. Nin erinnert bis in die Einzelheiten an das tragische Ende von Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg. Auch damals war es eine im Dunkel der Nacht handelnde Mörderzentrale, die das Verbrechen unmittelbar ausführte, während die Ebert-Scheidemannregierung mit fremdem Augenaufschlag ihre Blutschuld zu vertuschen u. so² tun suchte, als wisse sie nichts von dem Treiben der Fabst, Flugk-Hartung, Vogel usw. Es ist eine unauslöschliche Schande für die Führer der KPSU, die KI u. die KP Spaniens, dass ihre Leute jetzt in Spanien die Rolle der konterrevolutionären Mörderzentrale übernommen haben, die im Januar 1919 von den weissen Offizieren Noskes gespielt wurde! Die Mitglieder der kommunistischen Parteien müssen sich darüber im Klaren werden, welches verbrecherisches Spiel ihre Führer spielen. Die Methoden des Ausrottungsfeldzuges, den Stalin jetzt in der Sowjetunion gegen alle ihm Unbequemeren führt, ergeben, wie Spanien zeigt, in der Übertragung auf andere Länder den weissen Nosketerror. Gen. Maurin ist von den Henkern Francos ermordet worden, Gen. Nin, der nach Maurins Tode der fähigste Führer der POUm war, ist jetzt den Schergen Stalins zum Opfer gefallen. Gibt es einen stärkeren Beweis dafür, dass diejenigen, die die POUm als "Agentur Francos" verurteilen, in Wirklichkeit selbst den faschistischen Mördern in die Hände arbeiten?

Gen. Andres Nin war seit Jahrzehnten an führender Stelle in der spanischen u. internationalen Arbeiterbewegung tätig. Er war anfänglich Anarchist und nahm eine leitende Funktion in der CNT ein. Er gehörte zu den ersten Vorkämpfern der Ideen der russischen Oktoberrevolution u. der III. Internationale in Spanien. Er war einer der Gründer der kommunistischen Partei Spaniens. Von den reaktionären Regierungen der spanischen Monarchie verfolgt, musste er als Emigrant im Ausland leben. Er hielt sich in der Sowjetunion auf, wo er in der Leitung der Roten Gewerkschaftsinternationale arbeitete. Er schloss sich der trotzkistischen Opposition an u. wurde deswegen nicht nur aus der KP ausgeschlossen, sondern auch aus der Sowjetunion ausgewiesen, was ein dem Asylrecht widersprechender Racheakt an einem in den kapitalistischen Ländern verfolgten Emigranten war. In der Folgezeit trennte sich Gen. Nin von Trotzki. Seine Organisation, der auch der Gen. Andrade angehörte, verschmolz sich mit dem von Maurin geführten "Arbeiter- u. Bauernblock" zur POUm ("Arbeiterpartei für marxistische Einheit"). Nach der Ermordung Maurins war es Nin, dem infolge seiner Kenntnisse u. Fähigkeiten die Hauptrolle in der Führung der POUm zufiel. Nin stand während des ersten Jahres des Bürgerkriegs an der Spitze der POUm, in einem Kampfe gegen eine

Welt von Feinden, gegen eine Schlammlut von Verleumdungen. Wenn die FOUM sich unter den schwierigen Bedingungen der spanischen Revolution, angesichts des Verrats der II. Internationale und der KI, angesichts des an Verrat grenzenden Versagens der anarchistischen Führer als die kommunistische Vorhut der spanischen proletarischen Revolution erwiesen hat u. zwar nicht nur in ihren Reden, sondern auch in ihren Taten, so ist das in erster Linie auch das Verdienst des Gen. Nin, der in seiner Person eine gründliche marxistische Schulung mit einer intimen Kenntnis der Psyche der spanischen Arbeiter, eine revolutionäre Entschlossenheit mit einer kühlen Überlegung vereinigte.

Die Ermordung des Gen. Nin ist ein schwerer Verlust für die internationale revolutionäre Bewegung. Sein Name wird neben denen anderer im Kampfe für die sozialistische Revolution gefallenen Helden des Proletariats, neben denen Liebknecht, Luxemburg, Jogisches, Leviné, Maurin von den Arbeitern aller Länder geehrt werden.

Es ist die Pflicht der revolutionären Arbeiter aller Länder das Ihrige zu tun, damit den Verbrechern, die die Schuld an der Ermordung des Gen. Nin tragen, das Handwerk gelogen wird. Das an dem Gen. Nin begangene Verbrechen ist nicht nur ein Verbrechen gegen die FOUM, sondern gegen die gesamte spanische Arbeiterklasse u. das internationale Proletariat! Wie kann der Krieg gegen Franco erfolgreich geführt werden wenn im Machtbereich der Valenciarregierung revolutionäre Arbeiterführer ebenso abgeschlachtet werden wie in den von Franco beherrschten Provinzen? Konterrevolutionäre Terrormassnahmen gegen Ant-Faschisten sind zugleich Akte der Sabotage der militärischen Abwehr gegen Franco.

Die Protestbewegung in den Reihen der internationalen Arbeiterschaft hat nicht genügt, um das Leben des Gen. Nin zu retten. Es gilt, sie zu verdoppeln u. zu verzehnfachen, um weitere konterrevolutionäre Verbrechen derjenigen, die die politische u. moralische Verantwortung für die Ermordung Nins tragen, zu verhindern. Vor allem muss der an den anderen Führern der FOUM geplante Justizmord vorbereitet werden. Die spanische Regierung hält, wie das von uns oben erwähnte offizielle Communiqué beweist, an der erlogenen Anklage der Spionage u. des Hochverrats gegen die FOUM-Genossen fest. Den FOUM-Führern droht also die Todesstrafe.

In demselben Communiqué wird ferner mitgeteilt, dass zusammen mit dem Gen. Gorkin, Andrade etc. auch ein "Mitglied der spanischen Phalange" vor Gericht gestellt werden soll. Damit, dass sie irgendeinen Faschisten zusammen mit den FOUM-Genossen auf die Anklagebank setzt, will die spanische Regierung offenbar den "Beweis" für die Zusammenarbeit der FOUM u. der Faschisten führen. In Wirklichkeit wird dadurch nur bewiesen, dass die Polizeiorgan der Valenciarregierung mit Faschisten zusammenarbeiten, wenn es gilt, Anklagen gegen die FOUM zusammenzubringen. In ihren Verlautbarungen hat die Valenciarregierung bisher immer erklärt, dass die FOUM-Führer nach dem "gesetzlich" vorgesehnen Verfahren abgeurteilt werden sollen. Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass die FOUM-Genossen vor ein Sondergericht kommen u. dort hinter verschlossenen Türen auf Grund des neuen (nach dem faktischen Verbot der FOUM erlassenen) Spionagesgesetz verurteilt werden. Über dieses neue Spionagesgesetz kann nur gesagt werden, dass es offenkundig nach dem Muster der Landesverratsgesetze der Nazis, nach denen bekanntlich jeder Missliebige hingerichtet werden kann, verfasst worden ist. Es gilt, den geplanten Justizmord an Gorkin, Andrade u. den anderen FOUM-Genossen zu verhindern, es gilt die Freilassung der antifaschistischen Gefangenen in republikanischen Spanien u. die Legalisierung der FOUM durchzusetzen. Nehmt in allen Arbeiterorganisationen Protestresolutionen an!

-o-o-o-o-

PAUL FAURES DREI FRAGEN.
oooooooooooooooooooooooooooo

In seiner Rede, die er am 1. August in Epinac-Les-Mines hielt, stellte Paul Faure folgende drei Fragen:

*Ja oder Nein, haben sich die kapitalistischen Kräfte, die verbündeten in-

industriellen u. finanziellen Oligarchien gegen die Souveränität der Nation und die Unabhängigkeit der demokratischen Regierungen gewandt?

Ja oder Nein, ist ein Konflikt zwischen dem Senat u. dem Willen der Erwählten des allgemeinen Stimmrechts entstanden?

Endlich; Ja oder Nein, ist das gegenwärtige Programm der Volksfront genügend, um Kombinationen zu verhindern, die bestrebt sind, jede Hoffnung auf eine soziale Demokratie zu zerbrechen u. die Realitäten der politischen Demokratie selbst zunichtezumachen?"

Diese Fragestellung benutzt Paul Faure zur Begründung der Kampagne der SFIO für eine Reform des Senats u. für eine Erweiterung des Volksfrontprogramms, einer Kampagne, die den SFIO-Führern zu dienen soll, die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der Mitwirkung der sozialistischen Minister an der arbeiterfeindlichen Politik der Chautemps-Bonnet abzulenken.

Die radikalen Volksfrontpartner haben auf die drei Fragen Paul Faures mit einer höhnischen Absage geantwortet. Die "Oeuvre" v. 2. August weist Paul Faure zur Frage Nummer eins darauf hin, dass Léon Blum nicht nur auf den Widerstand der finanziellen u. industriellen Oligarchien gestossen, sondern auch ein Opfer des Stimmungswechsels in den "Mittelklassen" gewesen sei, die im Jahre 1936 mit der Volksfront gegangen wären. Die "Mittelklassen"-das sind in diesem Falle nichts anderes als die radikalsozialistischen Bourgeois. Die "Oeuvre" macht also keinen Hehl daraus, dass die radikalsozialistische Kapitalistenpartei die Regierung Blum zusammen mit der Grossbourgeoisie gestürzt hat, um dem Cabinet Chautemps-Bonnet den Weg zu bahnen.

Zur zweiten Frage Paul Faures erklärt die "Oeuvre" kühl, dass keinerlei Aussicht auf eine verfassungsmässige Reform der Rechte des Senats bestehe, weil die Nationalversammlung, die zu diesem Zwecke nach Versailles einberufen werden müsste, nicht an den Befugnissen des Senats rütteln würde - denn, wie die "Oeuvre" andeutet, aber nicht ausspricht, würden die radikalsozialistischen Senatoren von Caillaux bis Chautemps dagegen stimmen.

Zur dritten Frage Paul Faures bemerkt die "Oeuvre" schliesslich, dass man zwar ein neues Volksfrontprogramm ausarbeiten könne, dass es aber erst für die Wahlen von 1940 praktisch in Frage komme.

Diese Stellung der Radikalsozialisten offenbart die ganze demagogische Hohlheit der jetzigen Losungen der SFIO-Führung. Wenn die Blum und Paul Faure einerseits erklären, dass die Volksfront aufrechterhalten werden müsse u. andererseits Forderungen aufstellen, von denen sie genau wissen, dass sie innerhalb der Volksfront mit den Radikalen nicht einmal ernsthaft diskutiert, geschweige denn praktisch in Angriff genommen werden können, dann heisst das nur, dass die ganzen mehr oder weniger schönen Losungen der SFIO bloss der Irreführung der Arbeiter dienen. Die SFIO-Führer treiben jetzt dasselbe Spiel wie die Führer der KPF, die auch in der Presse u. in Versammlungen alles mögliche fordern, um dann der Volksfrontregierung zu helfen, das genaue Gegenteil zu tun. Dieses betrügerische Spiel ist dazu bestimmt, die Arbeiter von Klassenaktionen zurückzuhalten, seine Wirkung ist die Demoralisierung der werktätigen Massen.

Fügen wir noch einige Bemerkungen zu den Fragen Paul Faures hinzu. Zur ersten Frage: Ja oder Nein, war die Regierung Blum wirklich von den kapitalistischen Oligarchien unabhängig oder war es nicht vielmehr so, dass die Bourgeoisie sich dessen bewusst war, dass die Regierung Blum von ihr abhängig u. deshalb auch nicht imstande u. nicht willens war, die Manöver, die zu ihrem Sturz führten, mit der einzig wirksamen Methode, nämlich durch den Appell an die Aktion der Massen, einen Appell, der die Bereitschaft zu einem wirklichen Kampfe gegen das Kapital voraussetzte, abzuwehren?

Zur zweiten Frage: Ja oder Nein, haben nicht die radikalen Volksfrontpartner die Mehrheit im Senat u. war nicht der Angriff der radikalsozialistischen Senatoren gegen Blum (wie das jetzt auch die "Oeuvre" bestätigt) mit der radikalen Partei als solcher abgekartet? (Fortsetzung Seite 10)

UBER DEN FALL BILBAOS.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Nachfolgende Angaben entstammen einem Bericht eines Mitgliedes der KPF, das von der Partei nach Bilbao geschickt wurde und vom Dezember 1936 bis zum Fall Bilbaos als Mitraillieur und Artillerist an der baskischen Front kämpfte.

Nach seinem Bericht haben im Verlauf der 6 Monate in seinem Bataillon 2 Zellen Sitzungen, das heisst politische Diskussionen stattgefunden, obwohl die Mehrzahl der Soldaten Parteikommunisten waren. Die Disziplin war, was die Mannschaften betraf, sehr streng. Es gab alle Arten von Militärstrafen (Haare abschneiden etc.) und eine Strafabteilung. Der Unterschied zu den Offizieren war gross, das Verhältnis zu ihnen schlecht. Das Etappenleben der Offiziere, früher in Bilbao, jetzt in Santander, steht in krassstem Widerspruch zum Leben und vor allem zur Ernährung der Soldaten und Zivilisten.

Über die "Leistungen" der baskischen Offiziere erzählt der Berichterstatte Episoden, von denen einige typische wiedergegeben seien.

Die Geschützatterien erhalten Befehl, eine Position, die ihnen genau angegeben wird, zu beschliessen. Nach fast einstündigen Feuer von beiden Seiten mit schweren Verlusten, entdecken sie, dass sie auf eine eigene asturische Truppe, die diese Position zu halten hatte, geschossen haben.

Oder sie erhalten Befehl, eine feindliche Position zu nehmen. Es wird ihnen gesagt, dass alle umliegenden Hügel bereits von baskischen Truppen besetzt seien. Sie stürmen also die betreffende Position, merken aber, dass sie isoliert sind, weil alle umliegenden Positionen den Faschisten gehören.

Ein weiteres Beispiel: ein Angriff wird angesetzt. Fünf Minuten vor der Attacke erhalten sie erst die Maschinengewehre und die Munition. Vor dem Feind, wie sie schiessen wollen, stellen sie fest, dass die Munition nicht zu den Mitraillieusen passt und dass sie folglich zurückmüssen. Sie verteidigen sich mit Revolvern. Bei der Gelegenheit wird der Berichterstatte verwundet.

Dass es sich um Sabotage handelt, ist ihm klar. Dass sie mit Wissen und Duldung der Regierung - die selber wieder von den Kommunisten gedeckt wird - dafür gibt es folgenden Beweis:

Der Konstrukteur des berühmten Ceinturo de fer von Bilbao ist Faschist. Es wird der Regierung gesagt, es wird ihr bewiesen, dass dieser Verteidigungsgürtel nichts taugt oder höchstens als Schützengraben für die Faschisten. Die Regierung tut nichts. Später, nach Beendigung dieser "Befestigungsarbeiten" geht der Konstrukteur mit seinen Plänen zu Franco über und leitet die Operationen gegen Bilbao. (Diese Tatsachen wurden auch im "Oeuvre" dargestellt, nur wurde der Schuldige, die baskische Regierung, nicht erwähnt.) Neben der Sabotage von oben gab es auch Sabotage von unten. In der Kriegszone, die niemals evakuiert worden ist, bestellten während der ganzen Zeit Bauern ihre Felder. Sie gaben oft den Faschisten Signale. Auch ein Teil der Stadtbevölkerung verhielt sich beim Herannahen der Faschisten offen feindlich. Noch vor dem Eintreffen der Francoleute wurden Teile der baskischen Truppen, ohne dass diese Widerstand leisteten, entwaffnet. Die Guardias der baskischen Regierung blieben in Bilbao und versahen sofort den Ordnungsdienst für Franco.

Im Euzkadi gab es ca. 3 000 FAI-Leute, die CNT war bedeutend stärker. Ein anarchistisches Bataillon hielt 48 Stunden eine Stellung und sollte offensichtlich geopfert werden.

Vor dem Eintreffen der Faschisten wurden die Gefängnisse geöffnet und die Gefangenen wurden über den Fluss zu den Faschisten geschickt. Mit dieser "humanen" Tat brüstet sich jetzt die baskische Regierung. Sie verschweigt aber, dass es sich vor allen Dingen um anarchistische und POUM-Gefangene handelte.

Der Berichterstatte bezeichnet die Rolle der KP in Euzkadi als Verrat u. hat nach seiner Rückkehr degoutiert die Partei verlassen.

DIE BROTVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND IST BEDROHT.
oo

Eine neue Verordnung der Naziregierung bestimmt, dass jetzt die Bauern ihr sämtliches Brotgetreide an den Staat abzuliefern haben (abzüglich der für den eigenen Verbrauch und für die Saat bestimmten Quanten). Die Verfütterung von Getreide an Vieh ist künftig grundsätzlich verboten. Bisher wurden nach den Angaben der "Frankfurter Zeitung" jährlich 4 - 500 000 t Weizen u. 2 - 2,6 Millionen Tonnen Roggen verfüttert. Ein ausreichender Ersatz dafür ist nicht möglich. Die Bauern werden also gezwungen sein, massenhaft ihr Vieh zu schlachten. Die Getreidenot wird also die Fleischnot herbeiführen.

Es ist klar, dass der Versuch, diese Verordnung durchzuführen, zu einem erbitterten töglichen Krieg zwischen der Masse der Bauern u. den Nazihörden führen wird.

Der Grund der Verordnung ist das katastrophale Zusammenschrumpfen der Vorräte an Brotgetreide. Diese Vorräte betragen Ende Juni nach der "Frankfurter Zeitung" 720 000 t Roggen u. 480 000 t Weizen. Trotzdem zwischen Januar u. Juni 100 000 t Roggen u. 600 000 t Weizen eingeführt worden waren, für die 85 Millionen Mark an Devisen aufgewandt werden mussten.

Es ist klar, dass unter solchen Umständen Hitlerdeutschland nicht daran denken kann, einen Krieg zu unternehmen. Ein unter solchen Umständen unternommener Krieg wäre von vornherein die sichere Niederlage. Diese Tatsachen haben ihre grosse Bedeutung, um in den verschiedenen Ländern, wo bürgerliche Regierungen die Arbeiterklasse zu immer weitergehenden sozialen und ausserpolitischen Kapitulationen zwingen, indem sie die deutsche Kriegsgefahr an die Wand malen, dieser Demagogie entgegenzutreten. Dies gilt insbesondere auch für Frankreich, wo Léon Blum und überhaupt die Volksfrontparteien mit dem Kriegsschrecken die Arbeiter zur Unterwerfung unter die Forderungen der Bourgeoisie zu bestimmen suchen. Ähnliches geschieht auch in der Tschechoslowakei. Natürlich geht es nicht an, die von Hitlerdeutschland überhaupt drohende Kriegsgefahr zu leugnen. Aber die Tatsachen beweisen, dass augenblicklich Hitlerdeutschland keinen grossen Krieg führen kann.
-o-o-o-o-o-

NEUE OPFER DES STALINSCHEN TERRORS IN DER BOWJETUNION.
oo

Die bereits früher gemeldete Verhaftung von Bela Kun wird erneut bestätigt. Es ist also kaum mehr daran zu zweifeln. Ferner wird gemeldet die Verhaftung von Moskwin, eines der führenden Delegierten der KPdSU in der Kommunistischen Internationale. Weiter wird gemeldet die Verhaftung des früheren Justizkommissars Krylenko, ferner der Admirale Orlov (der einer der Delegierten der Sowjetunion bei der Krönungsfeier in London war), des Admirals Viktorov, des Kommandierenden der Pazifischen Flotte, sowie mehrerer führender Mitarbeiter Litwina in Volkskommissariat des Auswärtigen.

Es ist klar, dass unter diesen Umständen die Sowjetwahlen im Herbst, soweit es auf die Absichten der Stalinschen Führung ankommt, nur eine olende Farce sein können. Welchen Sinn können die Wahlen von Sowjetorganen haben, wenn Stalin u. seine Clique vor den Wahlen im Sowjetapparat, in der KPdSU und in der Komintern beliebig die Leute einsetzt und absetzt, bzw. verhaftet oder erschossen lässt?

DIE KAPITALFLUCHT IN FRANKREICH GEHT WEITER.
oo

Die Massregeln der Regierung Chaumeps haben die Kapitalflucht keineswegs zum Stehen gebracht. Sie stützte sich bisher auf den französischen Währungsfonds. Das ist zu Ende. Sie stützt sich jetzt auf den von Bonnet geschaffenen Fonds zur Stützung der Renten in Höhe von 8 Milliarden Francs. Die grossen kapitalistischen Gesellschaften stossen ihren Besitz an Renten gegen Banknoten ab, die ihnen der Finanzminister aus dem Rentenfonds liefert und deckensich mit diesen Noten in englischen und amerikanischen Werten ein.

Einschränkung der Arbeitsbeschaffungskredite. Eine interministerielle Kommission hat beschlossen, die noch für das laufende Jahr vorgeschlagenen Arbeitsbeschaffungskredite von 2 1/2 Milliarden auf 3/4 Milliarden herabzusetzen.

Diese Massnahme ist eine logische Fortsetzung des politischen Kurses, auf den sich die Regierung Chautemps-Bonnet verpflichtet hat, nachdem die Regierung Blum sich dem Widerstand des radikalen Senats fügte und die Regierung Chautemps auf der Basis der Verständigung mit dem Senat ihr Werk der "finanziellen Wiederaufrichtung" in Angriff zu nehmen versprach.

Die KPF, die der Regierung Chautemps-Bonnet das Vertrauen und das Ermächtigungsgesetz zur Durchführung einer solchen Politik votierte, tut jetzt so, als ob sie in keiner Weise etwas mit diesen Massnahmen zu tun habe. So schreibt z.B. die "Humanité" (Strasbourg) zu dem oben erwähnten Beschluss der Regierung:

"Der Finanzminister Bonnet, der kein Mann der Volksfront ist hat es gut, davon zu reden, dass man Frankreich eine "gesteigerte Produktion" sichern müsste, wenn er auf der anderen Seite, die Mittel kürzt, die die Produktion steigern könnten. Freilich, der gute Mann hat dabei nicht die Beschäftigung arbeitsloser Hände im Auge, sondern die "Steigerung der Arbeitsleistung".

Wir erlauben uns die bescheidene Anfrage:

Gehört Bonnet der der Volksfront angeschlossenen Partei der Radikalen an oder nicht?

Ist Bonnet von den Parteien der Volksfront zum Finanzminister gemacht worden oder nicht?

Hat die Volksfront diesen "Nichtvolksfrontler" Bonnet das Vertrauen votiert (einschliesslich der KPF) und ihm u. seinem Regierungschef die Vollmachten votiert, auf Grund deren unter Umgehung des Parlaments solche Massnahmen beschlossen werden können, wie die der Einschränkung der Arbeitsbeschaffungskredite?

Hat die KPF durch den Mund von Duclos selbst nach der Vorabschiedung der Finanzdekrete durch die Regierung erklärt, dass sie die Regierung Chautemps loyal unterstützen werde?

Kann uns die KPF-Führung sagen, welcher grundsätzliche Unterschied zwischen der Tolerierungspolitik der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinett Brüning und ihrer Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Chautemps besteht?

Steigerung der Produktion durch erhöhte Antrieberei. "Steigerung der Produktion zur Erhaltung der sozialen Reformen", das ist jetzt die neueste Losung der Volksfrontregierung. Bereits vor einiger Zeit erklärte anlässlich einer Volksfrontkundgebung in Troyes der sozialistische Innenminister Dormoy, dass jeder ein Feind der sozialen Reformen sei, der gegen eine Steigerung der Produktion aufträte. Dieser Bruch hat einen sehr klaren Sinn. Er soll den Arbeitern sagen, dass es ausschliesslich an ihnen liege, ob die sozialen Reformen - hier handelt es sich im wesentlichen um die 40 Stundenwoche - erhalten bleiben. Sie müssten die Produktion steigern und dies allein sei die einzige Sicherung ihrer Errungenschaften.

Als die Regierung Chautemps sich der Kammer vorstellte, schrieben wir :

"Chautemps hat in seiner Regierungserklärung behauptet, dass er die unter der Regierung Blum beschlossenen Sozialgesetze aufrechterhalten wolle. In Wirklichkeit zielt die Politik des neuen Kabinetts darauf ab, das reale Einkommen der Arbeiterklasse unter den Stand vor dem Juni 1936, vor den Magtignon-Vorträgen, herabzudrücken. Asl einzige Errungenschaft - ausser den Ferien-der Junikämpfe bleibt nur noch die 40 Stundenwoche. Aber auch dagegen

beginnen die Unternehmung bereits Sturm zu laufen. Die von den Hotelbesitzern geplante Auspassung ist nichts anderes als der von dem gesamten französischen Unternehmertum unterstützte Beginn einer allgemeinen Offensive gegen die 40 Stundenwoche.

Die bereits erwähnte Erklärung Dormoys und die neuerdings von der Regierung arrangierten Konferenzen für die Steigerung der Produktion im Kohlenbergbau, zeigen, dass die Regierung ihrerseits die Offensive gegen die sozialen Erwerbsschaften - gegen die 40 Stundenwoche - einleitet.

Dass es sich bei der Regierungskampagne um die Steigerung der Produktion um nichts anderes handelt, bewiesen auch die Ausführungen des Regierungsvertreters vor den CGT-Vertretern der Lothringischen Bergarbeiter. Der Minister erklärte dass es sich jetzt nicht um die Modernisierung der Schächte und um die Erweiterung der Anlagen handeln könne, sondern um die Steigerung der Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter. Diese Erklärung nebst dem Hinweis, dass mindestens 45 Millionen Tonnen Kohle gefördert werden müssen, läuft auf nichts anderes hinaus, als die Bergarbeiter auf diesem Umwege um die 40 Stundenwoche zu prollen.

Dass dieses Beispiel der Regierung freudige Zustimmung und Nachahmung bei den Unternehmern findet und die republikanischen Gerichte der Durchführung der Unternehmerr Offensive bereitwilligst zur Hilfe eilen, verwundert daher nicht. So berichtet die "Humanité", dass die Gesellschaft "Forclum" - zwei Personaldelegierte entliess, einen dritten mit 14 Tage Arbeitsaussetzung bestrafte und die Delegierten der Filialen von Malakoff u. Boulogne vor dem Gewerbegericht auf 1000 Francs Schadenersatz wegen "Verlangsamung der Produktion" verklagte. Das Gewerbegericht kam den Wünschen der Firma nach. Gleichzeitig mehrten sich die Urteile der Gerichte gegen Arbeiter, die sich an der Besetzung von Betrieben beteiligten.

Die "Humanité" versucht die Dinge so darzustellen, als ob es sich hier um faschistische Provokationen handelte. Sie braucht sich nur das Vorgehen der Volksfrontregierung No. 2 gegen streikende Arbeiter vorgegenwärtigen und sie wird finden, dass die "faschistischen Provokationen" durch das Vorgehen der Regierung abgeleitet und ermuntert werden.

In der Sackgasse. Vor kurzem fand in Colmar eine öffentliche Versammlung für das gesamte Gemeindepersonal statt, um zur Frage der Anpassung der Löhne u. Gehälter an die Teuerung Stellung zu nehmen. Im Namen der Gewerkschaft macht Huglin (Kommunist) den Vorschlag eine Delegation zum Präfecten zu entsenden, um bei diesen eine Audienz beim Minister zu erwirken. Die Aufgabe dieser Delegation soll darin bestehen, dem Minister die Dringlichkeit der Forderungen des Gemeindepersonals darzulegen und zu erwirken dass die Stadtverwaltung die Mittel zur Realisierung der Forderungen durch den Staat erhält.

Im Namen der Stadtverwaltung erklärte der Maire Richard, dass die Stadtverwaltung die Berechtigung der Forderungen des Gemeindepersonals anerkenne, aber keinen Weg sehe wie im Rahmen der Gemeinde und der gegebenen gesetzlichen Bestimmungen die Forderungen erfüllt werden könnten. Das städtische Budget für 1937 werde mit einem Defizit abgeschlossen. Während 1930 der Zuschlagskontingens noch 50 000 Francs eingebracht habe, bringe er jetzt kaum noch 30 000 Francs. Daher sei die Stadt ohne staatliche Hilfe nicht in der Lage den Forderungen des Gemeindepersonals Genugtuung zu gewähren. Deshalb sei die Stadtverwaltung bereit sich der Delegation des Personals zur Unterstützung anzuschließen.

Die Delegation wird bei der Regierung nichts erreichen, denn die Regierung wird genau ihrem Programm unter Hinweis auf ihre finanzielle Lage die Bereitstellung eines Kredits an die Stadt höflich aber bestimmt ablehnen. Und damit wird die Fache für Bewenden haben, wenn man sich weiter wie bisher im Kreise der Volksfront dreht und in loyaler Unterstützung gegenüber der Volksfrontregierung wacht, statt ihr den Druck der Massen für ihre Forderungen öffnen zu lassen. Auch die städtischen Arbeiter dürfen sich durch die demagogischen Reden ihrer Führer nicht täuschen lassen. Die Volksfront führt die Arbeiter in eine Sackgasse. Der Weg heraus erfordert den Bruch mit der Volksfront.

Fortsetzung von Seite 5:

Zur dritten Frage; Ja oder Nein; hat es sich nicht gezeigt, dass die Politik der Koalition, oder wie es jetzt heisst, der Volksfront mit der radikalen Kapitalistepartei nur Programme hervorbringt, die erstens ungenügend sind und die zweitens bald im Namen der "Interessen der Nation", des notwendigen "Vertrauens" der kapitalistischen Eigentümer u. ähnlicher "Belange" ad acta gelegt werden, um einer "faule" Platz zu machen, auf die dann ein Milliardenraubzug gegen die Werktätigen folgt? Ist es nicht klar, dass ein wirklichen Klassenprogramm der Werktätigen nur ausgearbeitet und durchgeführt werden kann, wenn mit der Politik der Koalition mit der Bourgeoisie, der Beteiligung an bürgerlichen Regierungen u. deren Politik gebrochen u. die Bahn der Klassenaktion der Arbeiter u. aller Werktätigen im Zeichen der proletarischen Einheitsfront gegen die Bourgeoisie als Klasse beschriftet wird?

-o-o-o-o-

DER KRIEG UM NORDCHINA .

oooooooooooooooooooooooooooo

Die grosse europäische Presse, die in dieser Hinsicht hauptsächlich von England inspiriert ist, versucht systematisch den Krieg um Nordchina zu bagatellisieren. In Wirklichkeit ist ein umfassender Krieg bereits im Gange. Der japanische Kriegsminister Sugiyama hat im Parlament erklärt, dass die japanische Regierung eine "vollständige Regelung der gegenwärtigen Probleme durch eine militärische Aktion" beabsichtige. Diese Erklärung lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Damit stimmen die Tatsachen überein. Die Einkommensteuer ist in Japan kräftig erhöht worden. In China drängt die Volkstimmung darauf, dem japanischen Angriff auf Nordchina militärisch entgegenzutreten. Wenn die militärischen Aktionen in China nicht schlagartig aufeinanderfolgen, so hat das gute Gründe; die Entfernungen sind gross, das Eisenbahnnetz spärlich, der Aufmarsch braucht also Zeit. Besonders ist das auf der chinesischen Seite der Fall, wo für die Nankingregierung nicht nur geografische, sondern auch politisch-organisatorische Hindernisse zu überwinden sind.

Die japanische Regierung hat sich schroff geweigert, für den Überfall auf das Sowjetkonstat in Tientsin irgendwelche Genugtuung zu geben. Natürlich kann Japan nicht daran denken, zugleich den Krieg mit der Sowjetunion zu führen. Der Zweck ist, das internationale Ansehen der Sowjetunion herabzusetzen. Die Krise in der Sowjetunion wird von Japan zu diesem Zweck ausgenutzt.

DER ENGLISCHE SCHACHER UM SPANIEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Es sind noch keine Einzelheiten über den von Chamberlain eingeleiteten neuen Schacher um Spanien bekannt. Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, dass es sich darum handelt, irgendeine Verständigung zwischen England-Frankreich einerseits, Italien-Deutschland andererseits herbeizuführen, die Spanien in imperialistische Einflussphären der vier Mächte aufteilt, um dann gemeinsam die Lösung in diesem Sinne zu erzwingen.

Die Gerüchte von einem neuen Viererpakt sind von englischer Seite dementiert worden. Das Dementi bestreitet im Grunde aber nur, dass es sich um die Verwirklichung des alten Mussolinischen Planes einer Viererpaktes handelt. In der Tat handelt es sich darum, den neuen Kräfteverhältnissen und Interessen unter den vier Mächten Rechnung zu tragen. Die Sowjetunion wird als fünftes Rad am Wagen behandelt.

"REINIGUNG" AUCH IN DER KPF?

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Leitung der KPF richtete dieser Tage einen Fragebogen von nicht weniger als 78 Fragen an die Mitglieder, auf Grund denen eine "Reinigung" nach sowjetischem Muster vorgenommen werden soll. Die Fragen waren nebenbei früher im Besitz der bürgerlichen Zeitung "Republique" als in dem der kommunistischen Parteimitglieder. Die Fragen sind ein typisches Polizeidokument. Sie erstrecken sich auf die politische Stellung der Mitglieder bei früheren Parteidiskussionen, auf ihre Verbindungen mit der Opposition usw. Auf diesem Wege wird man es sicher fertig bringen, die letzten Reste der alten kommunistischen Kader aus der KPF hinauszureinigen - es sind ganz so schon nicht mehr viele.

Verantwortlich: EMILE HIRTZEL.

Sonderpolizei, die NIN mit anderen Führern der FOUM in Barcelona verhaftete, und nach Madrid in ihr Polizeigefängnis überführte und ihn selbst vor dem Justizminister der Negrinregierung verborgen hielt.

Es war die gesamte Presse der Kommunistischen Internationale und der Sowjetunion, die diese infame Kampagne unterstützte. Es war der Stalin-Jeshov-Kldngel, der die PSUC und die KP Spaniens inspirierte und leitete. Er waren ihre Werkzeuge auf spanischen Boden, die den Meuchelmord von langer Hand, planmäßig vorbereiteten u. durchführten. Die Hauptschuldigen sind klar!

Mitschuldig sind die rechten Sozialdemokraten der Negrinregierung, die den weissen Terror gegen die FOUM, CNF-FAI zuließen und mitmachten. Mitschuldig sind die ehrenwerten bürgerlichen Republikaner, die mit in der Regierung sitzen, die den Präsidenten der Republik stellen, und die ihre Knechte im Lager der Arbeiterklasse das Henkerwerk vollziehen liessen.

Als die Weissgardisten aus dem Berliner Edenhotel als ausführende Werkzeuge der Ebert-Scheidemann Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg geseuchelt hatten, enthüllte Lenin an diesem ruchlosen Verbrechen, dass die Arbeiterklasse der ganzen Welt erschütterte, die Lüge der bürgerlichen Demokratie, die den revolutionären Gegnern gegenüber jede Schranke selbst ihres eigenen Rechts niedertrampelt.

Heute sind es entartete Kommunisten, die im Namen der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie die Vorkämpfer der proletarischen Revolution meucheln, nachdem sie sie zuvor als Spione und Agenten des Faschismus verleumdet haben. Sie sind es, die heute den weissen Schrecken über die Vorkämpfer der proletarischen Revolution in Spanien ausüben. Den weissen Schrecken verschärft durch die zynische Lüge und Verleumdung, den weissen Schrecken zur gewaltsamen Niederwerfung des Widerstandes der revolutionären Arbeiterklasse gegen die Wiederherstellung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Staates.

Der weisse Schrecken, der in Deutschland mit Moske begann, endete folgerichtig mit Hitler.

Der weisse Schrecken, den die Jose Diaz, Prieto, Azana begonnen haben, wird mit Franco endigen, wenn nicht die spanische Arbeiterklasse die Macht den bürgerlichen Republikanern und ihren Bütteln im Lager der Arbeiterklasse aus den Händen windet, die vom Blut der besten Vorkämpfer der proletarischen Revolution triefen, und ihre eigene proletarische Staatsmacht aufrichtet.

Wir fordern alle ehrlichen Revolutionäre, alle wirklichen Sozialisten und Kommunisten auf, ihre Stimme zum Protest gegen den Meuchelmord an NIN zu erheben, die volle Aufklärung des Verbrechens und die Bestrafung der Schuldigen zu fordern und durchzusetzen. Den Mördern und ihren Mitschuldigen, muss die Empörung der internationalen Arbeiterklasse in die Ohren dröhnen:

Erhebt machtvoll Eure Stimme, um die weiteren Hunderte oder Tausende Revolutionäre zu retten, die die Mörder NINS noch in ihren Mordklauen halten!

Der weisse Schrecken, ausgeübt von der Stalinschen Parteibürokratie und ihren Werkzeugen, richtet sich gegen die Vorkämpfer der proletarischen Revolution in allen Ländern, in der ganzen Welt. Heute feiert er Blut- und Verleumdungssiegen in der Sowjetunion u. in Spanien, morgen wird er sie in anderen Ländern feiern, wenn ihn nicht von der revolutionären Arbeiterklasse in den Arm gefallen wird.

Organisiert den internationalen Massenprotest!

Erzwingt die vollständige Aufklärung des Verbrechens und die Bestrafung der Schuldigen!

Nieder mit dem Stalinschen weissen Terror!

9. August 1937.

Büro der IVSO.

WIE REVOLUTIONÄRE ANTI-FASCHISTEN IN REPUBLIKANISCHEN SPANIEN VERFOLGT
 WERDEN.
 OOOOOOOOO

In der Zeitschrift "La Revolution proletarienne" (v. 25. Juli 1937) veröffentlicht R. Louzon einen Bericht über die Reise nach Spanien, die er mit einer französischen Delegation gemacht hat, um das Schicksal der gefangenen Revolutionäre (FOUM, Anarchisten, Linksozialisten) zu untersuchen. Louzon schildert zunächst die Unterredungen, die die Kommission mit Vasquez u. Montseny (CNT), Miravittles u. Companys (katalanische Linke) u. Largo Caballero (Linke der sozialistischen Partei) gehabt hat:

"Die Besuche... haben uns zwei Dinge gelehrt: erstens dass keine einzige politische Partei an die Beschuldigung der Spionage gegen Nin, Gorkin etc. glaubte oder nicht einmal so tat als ob sie sie glaube; zweitens die Ausdehnung der Verfolgungen die nicht nur die FOUM, sondern alle anderen antifaschistischen Organisationen betreffen haben, die sich gegenwärtig nicht an der Macht befinden.

Vasquez u. Montseny finden die Verhaftung von Nin u. den anderen skandalös ihre Stellung... ist folgende: wenn es Spione in der FOUM gibt, so wie es uerer wahrscheinlich in allen antifaschistischen Parteien gibt, so soll man gegen sie vorgehen, aber das berechtigt nicht dazu, die FOUM als Organisation zu vernichten.

Wir erfuhren übrigens von ihnen, dass von der CNT augenblicklich 800 Mitglieder verhaftet und 60 "verhaftungen" sind.

Miravittles erklärte uns spontan, dass er sogleich nach der Verhaftung von Nin wegen Spionage - eine Anklage, an die niemand glauben könnte - zu Companys gerufen worden sei u. dass sie beide beschlossen hätten, sofort einen Brief an die Regierung in Valencia zu schreiben, in dem auf den bedauerlichen Eindruck hinwies, den diese Verhaftung hervorgerufen habe, und in dem sie erklärten, dass "die öffentliche Meinung in Katalonien nicht glauben könne, dass Nin ein faschistischer Spion sei", u. dass er selbst, Companys, sich gezwungen sehe, sich selber einen Stoss zu geben, um das zu glauben. Dieser Brief wurde sogleich von Miravittles selbst nach Valencia gebracht u. von ihm Ortega, dem Leiter der politischen Polizei (dem eigentlichen Minister) übergeben. Ortega erklärte daraufhin, dass man vernichtende Beweise gegen Nin habe, u. er zeigte Miravittles ein Beweisstück (eine Karte von Madrid mit einem Text in chemischer Tinte auf der Rückseite, in dem von einem gewissen N... die Rede war), das eine so offensichtliche Fälschung war, dass, so sagte Miravittles, "ich in Gelächter ausbrach u. dass fortan niemand mehr wagen wird, von diesem Beweisstück Gebrauch zu machen."

Caballero erklärte uns, dass er Nin, Gorkin u. die anderen seit langem persönlich kenne u. dass er, obwohl er ihr politischer Gegner sei, sehr wohl wisse, dass sie weder faschistische Spione seien noch sein könnten. "wenn Nin u. die anderen Mitglieder der FOUM jetzt wegen Spionage verfolgt werden, so geschieht das nur aus persönlichen Gründen, weil die kommunistische Partei die FOUM vernichten will."

"Wenn die kommunistische Partei bei diesem Geschäft die Unterstützung der anderen Regierungsparteien (Rechtsozialisten u. bürgerliche Parteien) hat, so nur einzig u. allein deswegen, weil der rechtsozialistische Flügel die kommunistische Unterstützung in seinem Kampfe gegen den linkssozialistischen Flügel braucht u. weil die bürgerlichen Parteien die kommunistische Hilfe für die Rettung der bürgerlichen Demokratie brauchen. Die Verfolgung der FOUM ist das Lösegeld, dass diese der kommunistischen Partei zahlen".

Andererseits erklärte uns Caballero, dass die Verfolgung der FOUM nur die Vorläuferin eines Unterdrückungsfeldzugs gegen die sozialistische Linke sei, um diese zu erledigen, wie man hoffe, die FOUM zu erledigen. Kürzlich sind eine Reihe von Linksozialisten verhaftet worden.

Companys bestätigte uns die Vorstellungen, die er bei der Regierung in Valencia unternommen u. über die uns Miravittles unterrichtet hatte."

Louzon schildert dann weiter den Besuch der Kommission bei der Rechtsan-
walt Payon, dem Verteidiger von Gorkin etc., u. bei dem Justizminister Jrujé
u. erwähnt dabei die Zusicherungen, die der letztere der Kommission über das
Schicksal Schicksal von Nin, Gorkin etc. gegeben hatte. Die Kommission küm-
merte sich darauf um die Lage der verhafteten ausländischen Antifaschisten
in Barcelona. Sie erfuhr, dass die verhafteten französischen Genossen z.
B. noch heimlich vernommen worden waren, dass ihnen nicht der Grund ihrer Ver-
haftung mitgeteilt worden war usw. Die Kommission intervenierte besonders
für die ausländische Antifaschisten, die in dem Gefängnis Calle Corcega
festgehalten werden.

"In der Tat, wenn die gefangenen Frauen noch einigermaßen untergebracht
sind, so kann man das nicht von den Männern sagen. Diese befinden sich zu
mehr als hundert zusammengepresst in einer früheren Garage, fast ohne Luft-
zufuhr, sie dürfen nie hinausgehen, sie haben nur einige Bänke u. Decken, aber
keine Strohmatten. Diese Bedingungen haben dazu geführt, dass die Gefangenen
einen Hungerstreik von drei Tagen gemacht haben."

Da die Genossen die wir gesehen haben, entsetzlich entkräftet waren, haben
wir den Gefängnisdirektor gebeten, dass man den Gefangenen wenigstens mehr
Luft zukommen lasse u. dass man ihnen erlaube, einige Stunden am Tage sich
in dem anschließenden Garten, der von hohen Mauern umgeben ist, aufzuhalten.
Das wurde uns abgeschlagen mit der Begründung, dass der Gefängnisdirektor,
diese Frage schon bei dem obersten Leiter der Polizei aufgeworfen habe,
dieser sie aber abgelehnt habe, weil die Gefangenen in diesem Gefängnis dem-
nächst entlassen würden, um ausgewiesen zu werden."

-o-o-o-o-o-

DER MORD AN DEZ GENOSSEN NIN,
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der "Libertaire" v. 5. August teilt folgende Einzelheiten über die Ermordung
des Gen. Nin mit:

"Andererseits haben wir erfahren, dass der Mord während des Transports aus
einem der Gefängnisse der Kommunistischen Partei in ein Staatsgefängnis
erfolgt ist. Gangster haben in einem Auto die Gefangenen am Ausgang erwar-
tet u. einen Schusswechsel auf sie - einschliesslich der Wärter- gerichtet."

An dieser Nachricht sind zwei Dinge hervorzuheben: erstens dass Nin in ei-
nem der inoffiziellen Spezialgefängnisse der GPU gefangengehalten wurde u.
dass die KP Spaniens, bezw. ihre Auftraggeber ihn in dem Augenblick ermorden
liessen, als infolge der internationalen Protestbewegung seine Überführung
nach Valencia angeordnet worden war; zweitens die Technik des Mordes, - die
Mörder haben die Gefängniswärter, d.h. ihre eigenen Leute, gleich mitunge-
bracht, um unbequeme Zeugen zu beseitigen.

Die Pariser "Humanité" v. 11. August bringt eine offizielle Erklärung der Va-
lenciaregierung, wonach es Nin "gelungen sei, zu entfliehen, ohne dass die
vorgenommenen Schritte es bisher erlaubt hätten, den Verhafteten u. seine
Wärter aufzufinden." Diese offizielle Regierungserklärung ist eine Bestäti-
gung der Nachricht von der Ermordung Nins. Es ist eine plumpe Lüge, wenn die
Valenciaregierung behauptet, Nin sei ihr entflohen, noch dazu zusammen mit
seinen Wärtern. Aber indem die Valenciaregierung eingesteht, dass sie weder
über das Verbleiben Nins, noch über das seiner Wärter eine Erklärung abge-
ben kann, bestätigt sie nur die Richtigkeit der Darstellung des "Libertaire",
wonach Nin zusammen mit seinen Wärtern ermordet worden ist.

Es gilt, an der ganzen internationalen Arbeiterschaft einen Sturm der Ent-
rüstung über den feigen Meuchelmord an dem Gen. Nin zu entfachen, es gilt,
eine Bewegung dafür zu organisieren, dass die an diesem Verbrechen Schuldigen
zur Verantwortung gezogen werden.

-o-o-o-o-o-

DIE TAGUNG DES NATIONALKOMITEES DER CGT.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Vorige Woche fand eine Tagung des Nationalkomitees der CGT statt. Die von
dieser Beratung angenommene Resolution ist insofern ein sehr wichtiges Do-
kument, als die Gewerkschaftsführung, die die Volksfrontpolitik unterstützt

gezwungen ist, darin die katastrophalen Folgen dieser Politik zuzugeben. Wir zitieren aus dieser Resolution:

"Seit Monaten muss festgestellt werden, dass mehr oder weniger direkte, mehr oder weniger offene Bestrebungen, über deren Zusammenhang u. Ziele kein Zweifel besteht, darauf abzielen, die Grundlagen der Sozialgesetzgebung, die dieses Land sich vor einem Jahre gegeben hat, in Frage zu stellen... Die CGT verlangt die Achtung der bestehenden Kollektivverträge; allein viele Tatsachen zeigen, dass sie für viele Unternehmer nur auf dem Papier bestehen u. dass sie skrupellos ihre Bestimmungen missachten... Die Lebenshaltungskosten sind unaufhörlich gestiegen u. andererseits hat die gegenwärtige Regierung eine neue Devaluation vornehmen müssen, die sich unvermeidlich auf die Preisbewegung auswirken wird, selbst wenn man annimmt, dass die gegen unrochtmäßige Preiserhöhungen angekündigten Massnahmen wirksam sein sollten. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat bereits zum mindesten für einen sehr grossen Teil der Werktätigen die Vachossagung zunichte gemacht, die ihnen die Erhöhung der Löhne gebracht hatte... Es genügt nicht zu sagen, dass das Recht der gewerkschaftlichen Organisation seit einem halben Jahrhundert gesetzlich festgelegt worden ist u. dass dieses Gesetz nicht mehr angegriffen wird, zum mindesten nicht mehr offen. Die Wahrheit ist ganz anders. Man könnte viele Beispiele anführen, die beweisen, dass zahlreiche Unternehmer strebt sind, die Ausübung dieses Rechts zu hindern. Sie nehmen die Gewerkschaft hin, erkennen sie aber nicht als rechtmässige Vertretung der Lohnempfänger, die sie organisiert, an u. versuchen, ihre Tätigkeit mit allen Mitteln selbst den verantwortungswürdigsten, zu hindern oder zu stören. Die volle Ausübung des Rechtes der gewerkschaftlichen Organisation verlangt erstens, dass der Unternehmer keinerlei Massnahmen gegen irgendeinen Lohnempfänger bloss aus dem Grunde trifft, dass dieser einer Berufsorganisation seiner eigenen Wahl angehört, oder wegen seiner persönlichen Betätigung in Rahmen der Organisation; zweitens ist es erforderlich, dass der Unternehmer nicht die Tätigkeit derjenigen Berufsorganisation hindert, die für die Lohnempfänger ihres Berufes am meisten repräsentativ ist... Das Gesetz hat Arbeiterdelegierte geschaffen... Es kann nicht zugelassen werden, dass diese Delegierten deswegen, weil sie das Vertrauen ihrer Kollegen geniessen, der Willkür u. den Repressalien des Unternehmers ausgesetzt sind. Das ist aber allzu oft der Fall. Wenn der Unternehmer das Recht hätte, Arbeiter zu entlassen, weil sie von ihren Kollegen gewählt worden sind, um deren Interessen zu vertreten, dann wäre es klar, dass der Mechanismus des Gesetzes selbst nicht mehr existiert u. dass es für einen feindseligen Unternehmer leicht ist, durch fortgesetzte Entlassungen die vom Gesetz gewollte Einrichtung der Delegierten faktisch zu schaffen..."

Dahin hat uns also die von der Führung der CGT betriebene Politik der Arbeitsgemeinschaft, der Volksfront, der Unterstützung der Koalitionsregierungen Blum u. Chautemps gebracht. Die Führung der CGT zieht entsprechend ihrer politischen Einstellung aus den von ihr in der Resolution angeführten Tatsachen natürlich nicht die Folgerung, dass sie ihre Haltung zu ändern habe. Die CGT-Führung registriert die Nöte u. Bedürfnisse der Arbeiter nur, um der Empörung u. Unzufriedenheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Rechnung zu tragen u. um zu verhindern, dass diese Empörung u. Unzufriedenheit sich wie im Juni des vorigen Jahres in ausserparlamentarischen Aktionen Bahn bricht. Die Führung der CGT hält nach wie vor an der Unterstützung der Volksfront u. der Volksfrontregierung fest. Sie bekennt sich zum Zwangsschlichtungsgesetz, das sich als ein Instrument zur Verhinderung der Anpassung der Löhne an die Teuerung, zur Senkung der Lebenshaltung der Massen erwiesen hat. Statt einen Appel an die Massen zu richten u. sie zur Einsetzung aller Kräfte der Gewerkschaften gegen die Angriffe der Unternehmer zu mobilisieren, richtet die Führung der CGT untertänige Bitten an die Regierung, an Chautemps u. Bonnet, die jetzt überall erklären, die Arbeiter müssten mehr arbeiten, d.h. einen noch geringeren Lohn als heute für ihre Arbeitsleistung erhalten.

Bezeichnend ist, dass die Führung der CGT in ihrer Resolution erklärt, dass im Falle der Einführung einer Altersunterstützung auch die Arbeiterklasse zur Aufbringung der Kosten beitragen solle. Aus der Losung "Die Reichen sollen zahlen" ist so die Losung "die Armen sollen zahlen" geworden. Es war u. ist das A u. O jeder wirklich u. vollständig den Interessen der Arbeiter ent-

sprechenden Sozialpolitik, dass nicht die Werktätigen, sondern die Kapitalisten die Kosten für die Versorgung der bedürftigen Opfer des Kapitalismus zu tragen haben. Die Stellung der CGT zur Aufbringung der Kosten für die Altersunterstützung ist umso gefährlicher, als sie erfolgt ist, nachdem der Radikalsozialist Elbel die Einführung einer unbegrenzten täglichen Überstunde aller Arbeiter für die Finanzierung der Altersunterstützung gefordert hatte. Elbels Vorschlag ist weiter nichts als ein Vorstoß gegen die 40 Stundenwoche, der mit sozialpolitischen Phrasen verkrümt ist. Und die CGT-Führung kommt den Vorschlägen dieses Unternehmensvertreter entgegen...

In allen Gewerkschaftsversammlungen muss die Resolution der CGT-Führung ernsthaft diskutiert werden, u. zwar in dem Sinne, dass gefordert wird, dass aus den dort angeführten Tatsachen die nötigen Folgerungen gezogen werden, d. h. dass mit der bisherigen Politik der CGT-Führung Schluss gemacht u. eine Politik des Klassenkampfes, der außerparlamentarischen Aktion eingeschlagen wird.

Auf die Frage der Beziehungen zwischen der CGT und der KPF, die auf dem Nationalkomitee eine Rolle spielte, werden wir in einem weiteren Artikel eingehen.

—O—O—O—O—O—

"WENIGER ESSEN UND MEHR ARBEITEN",
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Das ist die Devise, nach der die Volksfrontregierung Nr. 2 handelt. H. Bonnet, neben H. Chautemps das eigentliche Haupt der Regierung, hat in seiner Rede in Périgueux dies sehr klar ausgedrückt. "Frankreich das von der Last seiner Schulden u. seiner Ausgaben erdrückt wird, gibt zuviel aus", sagte H. Bonnet. Die Folgerung der Regierung aus diesen Feststellungen liegt in den Finanzdekretes vor: Geschenke an das Kapital, um dessen Vertrauen zu erwerben und es auf diese Weise freiwillig zur Rückkehr und zur Betätigung anzulocken; Belastung der breiten Massen, also Überwälzung der Schulden und Fehlbeträge des Staates auf den Haushalt der kleinen Leute. Die von der Volksfront im Reiches des Kampfes gegen die lavalische Deflationspolitik verfochtene Kaufkrafttheorie, deren eifrigster Verfechter die CGT war, ist zu den Akten gelegt worden. Laval ist nunmehr das Vorbild der Volksfrontregierung.

Aber das Frankreich der Arbeit soll nicht nur weniger essen, es soll auch mehr arbeiten. H. Bonnet hat in seiner Rede in Périgueux hervorgehoben, dass die von der Regierung eingeleiteten Sanierungsmassnahmen nur durchgeführt werden können, wenn die nationale Produktion gesteigert wird. Die industrielle Produktion sei nicht gestiegen, der Aussenhandel sei noch immer passiv und die Frage der Produktionssteigerung werde der Hauptgegenstand der Wirtschaftsmassnahmen sein, die die Regierung gegenwärtig prüft. Wie die Regierung der Volksfront dieses Problem anzufassen gedenkt, beweist ja hinreichend die Kampagne, die z. B. gegen die Arbeiterschaft betrieben wird und von der wir bereits einige Zeugnisse zum besten gaben.

Es bedarf nach diesen Darlegungen keines Beweises dafür, dass die Volksfrontregierung, trotz der üblichen Beschwörungformeln in der kommunistischen Presse, doch zum gewissen beschworenen Programm zurückzukehren, ihren einmal eingeschlagenen Weg nicht zu verlassen gedenkt. H. Bonnet hat in Périgueux deutlich gesagt, dass es für ihn kein anderes Programm, als das von Chautemps dem Parlament unterbreitete gibt, dass für ihn keine Rede davon sein könne, sich auch nur einen Augenblick von der Politik der Atempause - Atemperringerungspause wäre präziser - abzuwenden.

In den Rahmen der Politik "Weniger essen und mehr arbeiten" gehören auch die neuesten Anweisungen des nationalen Preisüberwachungskomitees, die das Finanzministerium durch Rundschreiben den Préfekten mitgeteilt hat. Diese Anweisungen regeln erneut das Dekret v. 1. Juli, das von der Volksfrontpresse der Arbeiterklasse als ein Schlag gegen die Preisspekulation angepriesen wurde. Die Anweisungen regeln die Überwälzung aller Lasten aus den Finanzmassnahmen der Regierung auf die Schultern der breiten Massen, soweit diese Lasten formell vom Kapitalisten als Steuerzahler an den Staat abgeführt werden. Sie besagen, dass Industrielle und Grosskaufleute die infolge der Frankenabwertung eingetretenen Preiserhöhungen für eingeführte Rohstoffe und Fertigfabrikate auf ihre Warenpreise schlagen dürfen, dass sie die Erhöhung

der Produktionsstare und der Transporttarife auf die Warenpreise abwälzen dürfen. Das Dekret vom Juli offenbart so seinen Gebrauchswert für die Galerie, zur Täuschung derjenigen, die weniger essen und mehr arbeiten sollen.

Es bedarf da wohl keiner besonderen Erwähnung, dass die Regierung, die so um die Anpassung der Warenpreise für die Kapitalisten u. Großkaufleute besorgt ist und peinlich darauf bedacht ist, dass die Kapitalisten alle Auswirkungen der Finanzmassnahmen, soweit sie sie zu zahlen haben, restlos auf die breiten Massen abgewälzt werden dürfen, keinerlei Sorge dafür trägt, dass die Einkünfte der Lohn-, Gehalts-, Renten- u. Unterstüzungsempfänger mit der gleichen Automatik den neuen Lasten angepasst werden. Die breite Masse der Arbeiter, Beamten, Angestellten, Rentner u. Arbeitslosen soll einfach die neuen Milliardenlasten auf ihr bereits sehr schmales Haushaltsbudget nehmen und sich weiter einschränken.

Den Sozialrentner Elsass-Lothringens, die bisher noch keine Anpassung ihrer kümmerlichen Hungerrenten an die vorausgegangene Teuerung erhalten haben, hat H. Chautemps auf ihren Notschrei erwidert, dass er ohne Beschlussfassung der beiden Kammern keine Erhöhung ihrer Hungerrenten vornehmen dürfe, da sich die Dekretvollmachten ausdrücklich auf die Herstellung des Budgetgleichgewichts beziehen. Die Anpassung der Warenpreise an die Auswirkungen der Finanzdekrete erfolgt mittels Rundschreiben an die Präfekten. Die Anpassung der Hungerbezüge der Sozialrentner u. Arbeitslosen an die vorausgegangene Teuerung aber übersteigt die Kompetenzen der Volksfrontregierung. Für diese Schichten gilt eben die Devise "Weniger essen" und für die um die Anpassung ihrer Löhne an die Teuerung liegt es in der Kompetenz der Regierung die Mobilgarde und die Gerichte in Bewegung zu setzen, damit der Bonnetsche Grundrutz "Weniger essen und mehr arbeiten" nicht gefährdet wird.

Diese Politik "Weniger essen und mehr arbeiten" wird uns als Liberalismus gepriesen und der Liberalismus wird uns als stiefmütterlicher Ausdruck der Demokratie vorgestellt. Wir haben dieses armselige Argument schon ad absurdum geführt. Wir möchten heute nur hinzusetzen, dass dieser sogenannte Wirtschaftsliberalismus zu dessen eifrigsten Befürworter die repräsentativsten Vertreter der Volksfrontregierung gehören, automatisch auch die letzten Sozialreformen letzten Endes in Frage stellen muss, wenn die Arbeiterklasse nicht weiter geht, dem Kapital seine Freizügigkeit entzieht und es seiner harten Kontrolle unterwirft. Das Kapital wandert immer dorthin, wo ihm die höchsten Profite und die grössten Sicherheiten geboten werden. Der vorjährige Aufschwung der Arbeiterbewegung und seine Resultate haben das Kapital zur Zurückhaltung und Flucht veranlasst. Die Regierungen der Volksfront haben dieser Aktion mit verechränkten Armen zugesehen, Mahnungen an die Arbeiter gerichtet u. um Vertrauen beim Kapital gebettelt. Sie haben und mussten mit dieser Politik eine Lage vorbereiten, wie sie nunmehr eingetreten ist und nur simple Spießbürger konnten ein anderes Ergebnis erwarten. Heute ist die Lage so, dass die Fortsetzung dieser Politik nicht nur zur Deflation, sondern auch zu der Devise "Weniger essen und mehr arbeiten" führt und die 40 Stundenwoche gefährdet, wenn die Arbeiterklasse sich nicht beginnt und die jämmerliche Volksfrontpolitik aufgibt.

Man täusche sich nicht durch die Ergebnisse der Teilwahlen für die Volksfront. Vorerst äussert sich die Enttäuschung der Massen in einem Anwachsen der kommunistischen Stimmen, weil die Kommunisten nicht unmittelbar mit der Regierungsverantwortung zusammenhängen. Aber die Kommunisten unterscheiden sich nicht mehr prinzipiell von ihren Volksfrontpartnern u. hängen der Politik der Zusammenarbeit mit der radikalen Kapitalistenpartei an, der keine anderen als die vorliegenden Ergebnisse entspringen können. Man muss verhindern, dass die in ihrer Lebenshaltung völlig degradierten Schichten ein Opfer der politischen Kräfte der äussersten Reaktion werden, die sich in demagogischer Weise zum Mundstück der Interessen dieser Massen machen, um sie im Interesse des Kapitals gegen die Arbeiterbewegung zu mobilisieren, die man ihnen als Träger der Volksfrontpolitik gar bald als Verantwortlichen ihres Missgeschicks darzustellen vermag. Man denke an die Folgen, die in Deutschland die direkte und indirekte Mitwirkung der SPD und der freien Gewerkschaften an der Brüning'schen Politik hatte. Dem muss heute und nicht erst morgen vorgebeugt werden. Es liegt an allen Arbeiter, die diese Entwicklung zu sehen beginnen, daraus die Konsequenzen ziehen und in den Arbeiterparteien u. der CGT gegen die Politik "Weniger essen u. mehr arbeiten" kraftvoll aufzutreten.

FESTSTELLUNGEN, DIE OHNE KONSEQUENZEN BLEIBEN. Der wachsenden Unzufrieden-
ooo heilt der Massen Rechnung tra-
gend, sieht sich die "Humanité" hier und da gezwungen gegen die Regierung
etwas vom Leder zu ziehen. So schreibt sie z. B. in einem Artikel "Schluss mit
der Massenbelastung" v. 7. August:

"Wenn die Erhöhung der Tabakpreise u. der Eisenbahntarife schon untragbare
Massnahmen darstellten, die in erster Linie die breiten Massen belasten, so
ist die hundertprozentige Verteuerung der Radfahrsteuermarke von 12 auf
24 Francs noch mehr zu verurteilen. Die Luxusautobesitzer sind nämlich von
einer ähnlichen Massnahme völlig verschont geblieben, hier tritt der Klas-
sencharakter der einseitigen Besteuerung klar zu Tage, denn radfahrende Rei-
che sind so selten, dass man sie an den Fingern abzählen kann.
Noch mehr ist geplant: das grosse Hausbesitzertum kündigt eine Erhöhung der
Miete um 10 Prozent für Oktober an u. es scheint, dass der Finanzminister
ein derartig einschneidendes Dekret zu erlassen gedenkt.
Dieses Spiel gegen die werktätigen Massen wird durch die Kräfte des Finanz-
kapitals beeinflusst. Man hofft offenbar unter den Volksmassen eine Bewegung
gegen die Volksfront auslösen zu können. Aber die Volksfrontbewegung ist
nicht mit der Regierung u. auch nicht mit einer parlamentarischen Kombina-
tion zu verwechseln."

Die "Humanité" stellt also fest, dass die Regierung der Volksfront - doch
wohl eine parlamentarische Kombination mit Unterstützung der KPF? - statt
die Reichen zu belasten die Armen schröpft, welchen Schluss zieht die "Hu-
manité" daraus? Dass das arbeitende Volk gegen diese Regierung den Kampf
aufnehmen muss, dass man mit den Bonnet, Chautemps usw. keinen Kampf gegen
die Belastung der Armen und für die Belastung der Reichen führen kann? Nein.
Sie hält an der Volksfront mit den Bonnet, Chautemps fest, an der Volksfront,
die die Armen belastet und den Reichen Geschenke macht. Das heisst, die "Hu-
manité" betreibt ein elendes Doppelspiel!

U: DAS SCHICKSAL DER SOZIALRENTNER. Die Sozialrentner sind im Zeichen der
oo Volksfront bitter enttäuscht worden.
Statt einer Erhöhung ihrer kümmerlichen Renten, hat die Regierung sie in ei-
ne Lage des Hungern versetzt. Jetzt macht sich die Union Nationale des In-
valides et Accidentés du Travail zum Mundstück ihrer so drastischen Nöte
u. Proteste. Wir haben bereits an anderer Stelle das Schicksal der Eingabe
der eis-Loth. Sozialrentner an die Regierung erwähnt. Die Exekutive der Ar-
beitsinvalidenorganisation hatte sich neben der Eingabe an die Regierung
auch in einem besonderen Schreiben an die CGT und den UGB gewandt. In die-
sem Schreiben werden die Gewerkschaftsleitungen aufgefordert, eine Stell-
ungnahme ihrer Organisation zu den Forderungen der Arbeitsinvaliden her-
beizuführen und die Frage zu prüfen, ob sie bereit seien, zu deren Unter-
stützung einen Generalstreik anzusetzen. Die CGT des Sas-Rhin hat in ihrer
Antwort betont, dass sie sich seit ihrer Gründung der Verteidigung der Ar-
beitsinvaliden widme und sich im Übrigen, getreu ihren "Prinzipien der ge-
werkschaftlichen Unabhängigkeit" sich von Aussenstehenden nicht das Gesetz
des Handelns diktieren lasse. Statt klar zu sagen, welche Aktionsmassnahmen
die CGT im Einvernehmen mit der Organisation der Arbeitsinvaliden zur Durch-
setzung ihrer Forderungen zu ergreifen bereit, redet die Exekutive der Union
départementale der CGT von dem angeblich erfolgten Angriff auf ihre sonst
keineswegs so beschützte Unabhängigkeit. Das ist ein ganz faules und er-
bärmliches Manöverchen, um sich um die Sache selbst herum zu drücken.

Es ist unzweifelhaft, dass die reaktionären Kräfte die Notlage der Arbeits-
invaliden, die sich mehr und mehr von der Volksfront als verkauft betrachten,
für ihre Zwecke auszubeuten versuchen. Die "Elz" und andere Organe, selbst
der Saarbrücker Sender, haben sich bereits in diesem Sinne betätigt. Und es
ist kaum daran zu zweifeln, dass der UGB, gemeinsam mit den klerikalen Par-
teien die steigende Erregung der Arbeitsinvaliden für seine Bestrebungen
einzufangen versucht. Aber gerade dies hätte für die Leitung der CGT Veran-
lassung sein müssen, sich mit einem wirklich aufrichtigen Streben der Inte-
ressen der Arbeitsinvaliden anzunehmen u. ihnen wirkliche Aktionsmassnahmen
vorzuschlagen, statt das Ersuchen der Union der Invaliden als ein Attentat
auf angeblich unantastbare Prinzipien darzustellen. Die CGT muss klar er-
klären, dass sie alle Kampfmethoden auch in den Dienst der Arbeitsinvaliden
stellen wird, sonst besorgt sie das Geschäft, der anderen Seite.

festsetzt, verlangen wird.

Der englisch-italienische Schacher bedeutet eine grosse Gefahr für die spanische Arbeiterklasse u. ihre Revolution. Besitzt England einmal die Gewissheit, dass seine imperialistischen Interessen in Spanien gewahrt bleiben, so wird es dem Siege Francos keine Hindernisse mehr in den Weg legen, so wird z. B. die Anerkennung Francos als kriegführende Macht nicht mehr lange auf sich warten lassen. Die französische Regierung hat den Verhandlungen des englischen Kabinetts mit Mussolini zugestimmt, nachdem Chamberlain-Eben ihr versprochen haben, die französischen Interessen im westlichen Mittelmeer, vor allem die Freiheit der Verbindungswege zwischen Frankreich u. seinen Kolonien zu vertreten. Die französische bürgerliche Demokratie ist bereit, dem Verrat an den spanischen Arbeitern u. Bauern durch die Nichtinterventionspolitik eines neuen Verrat durch die Anerkennung Francos hinzuzufügen. (Dadurch, dass die Valenciaregierung mit Unterstützung u. auf Betreiben der SU eine konterrevolutionäre Innenpolitik betreibt, fördert sie die imperialistischen Manöver zugunsten Francos. Wenn die Valenciaregierung sich als Schachfigur der Imperialisten betätigt, hat das auch zur Folge, dass sie als Schachfigur behandelt wird).

Zur selben Zeit, da Chamberlain liebenswürdige Briefe mit Mussolini wechselt, haben sich die Beziehungen zwischen der englischen Regierung u. dem Bundesgenossen Italiens, Nazideutschland, sehr verschlechtert. Die Ausweisung dreier niederländischer Gestapogenten aus London haben die Nazis mit der Ausweisung des Berliner Korrespondenten der "Times" beantwortet. Eine heftige Pressepolemik ist in beiden Ländern im Gange. Die Absichten, die die englische Regierung mit ihrer unfreundlichen Haltung gegenüber den Nazis bei gleichzeitigen Koketterien mit dem italienischen Faschismus verfolgt, sind un schwer zu erraten. Sie zielen auf die Sprengung der Achse Rom-Berlin, auf die Trennung der beiden Bundesgenossen hin. Das bedeutet nicht, dass der englische Imperialismus darauf verzichtet hat, seine Kompromisspolitik gegenüber Hitlerdeutschland fortzusetzen. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass England, wenn es ihm gelungen ist, Mussolini u. Hitler gegeneinander auszuspielen u. den Nazis einen Dämpfer zu geben, versuchen wird, auch mit den Nazis ins Geschäft zu kommen. Die Gerüchte, dass England auf einen neuen Viermächtepakt hinarbeite, stehen also in keinem Widerspruch zu der augenblicklichen Reserviertheit der englischen Regierung gegenüber Hitlerdeutschland. Ein neuer Viermächtepakt würde, wie der alte, eindeutig gegen die SU gerichtet sein u. die Ausschaltung der SU aus der europäischen Politik bedeuten. Die Aussenpolitik des englischen Kabinetts (u. in seinem Schlepptau die der Regierung Chamberlain-Blum) ist also nicht nur gegen die spanischen antifaschistischen Werktätigen, sondern auch gegen die SU gerichtet. Dieses Spiel der Imperialisten wird erleichtert dadurch, dass die SU sich immer mehr als blosses Anhängsel Frankreichs u. Englands gebärdet u. dadurch als unabhängiger Faktor der Weltpolitik im fortschreitenden Masse selbst ausschaltet.

Eine Politik von dem gleichen Kaliber wie in der spanischen Fragen verfolgen die demokratischen imperialistischen Mächte jetzt auch im dem japanisch-chinesischen Krieg. Beim Anblick des japanisch-chinesischen Krieges sind die demokratischen Imperialisten von zwiespältigen Gefühlen bewegt: einerseits fürchten sie aus imperialistischen Konkurrenzgründen die Eroberung Chinas durch Japan, andererseits aber wünschen sie auch nicht den Sieg Chinas, denn sie befürchten (mit Recht), dass ein siegreiches China nicht nur mit der japanischen Herrschaft, sondern mit den Privilegien aller imperialistischen Mächte in China Schluss machen wird. Der erfolgreiche Widerstand, den die chinesischen Truppen bisher dem japanischen Angreifer geleistet haben, u. die energische Erklärung des Shanghaier Bürgermeisters anlässlich des unbeabsichtigten Bombardements der internationalen Konzession durch chinesische Flugzeuge, dass die internationale Bourgeoisie sich auf chinesischem Territorium befindet u. dass die Nankingregierung inoffiziell dort die Lufthoheit besitzt, lassen die ausländischen Imperialisten, ganz gleich welcher Schattierung, nichts Gutes ahnen. Die praktische Konsequenz, die sich aus dieser Stellung der demokratischen imperialistischen Mächte ergibt, ist, dass diese ein offenes Auftreten an der Seite Chinas ablehnen, China aber soweit indirekt unterstützen, als dadurch die weitere japanische Expansion aufgehalten wird. Charakteristisch ist in dieser Beziehung die Haltung der Vereinigten Staaten. Roosevelt hat -unter Berufung auf die japanische Er-

klärung, dass es sich in China nicht um einen Krieg handle, - die Anwendung des Neutralitätsgesetzes, das die Waffenausfuhr nach kriegsführenden Ländern verbietet, aufgehoben, um die Versorgung Chinas mit amerikanischen Waffen zu ermöglichen. Aber auch hier besteht dieselbe Gefahr wie in Spanien, nämlich die, dass die demokratischen Imperialisten ein faules Kompromiss mit dem japanischen Imperialismus abschliessen. Schon ist die englische Regierung im Verein mit der französischen, eifrig dabei, hinter den Kulissen mit Japan zu verhandeln.

Spanien u. China warnen die internationale Arbeiterklasse, nicht auf die demokratische Bourgeoisie ihrer Länder zu vertrauen, sondern eine selbständige proletarische Politik des Kampfes gegen den Krieg zu führen.

-o-o-o-

CGT UND KPF.
oooooooooooooooooooo

Auf der letzten Tagung des Nationalkomitees der CGT fand eine heftige Debatte über die Beziehungen der CGT u. der KPF statt. Der Sekretär der CGT für das Département du Nord Dumoulin richtete heftige Angriffe gegen die "Kolonisierung" der Gewerkschaften durch die KPF, d.h. gegen das Bestreben der KPF, alle entscheidenden Posten in der CGT mit ihren Leuten zu besetzen u. die Funktionäre der alten (konföderierten) CGT, dort, wo diese in der Minderheit sind, völlig auszuschalten. Dumoulin wurde von Belin unterstützt, der der Zentrale der CGT angehört u. Herausgeber des Wochenblattes "Syndicats" ist. In diesem Blatt wird die Gewerkschaftspolitik der KPF einer systematischen Kritik unterworfen. Die Debatte auf dem Nationalkomitee der CGT schloss damit, dass Jouhaux, der zwar innerlich wahrscheinlich mit Dumoulin u. Belin sympathisiert, jedoch als Generalsekretär der CGT bestrebt ist, nach aussen möglichst über den Fraktionen zu stehen, den salomonischen Vorschlag machte, das Wochenblatt "Syndicats" mit der "Vie ouvrière", der von der KPF herausgegebenen u. ihren Betriebszellen vertriebenen Gewerkschaftszeitung, zu einer gemeinsamen Diskussionsorgan zu vereinigen. Wird dieser Vorschlag durchgeführt, dann ist das ein Erfolg für die Richtung Belin-Dumoulin, denn die "Syndicats" haben eine kleinere Auflage als die "Vie ouvrière" u. verfügen auch mit über deren Vertriebsapparat.

Die Opposition der Belin u. Dumoulin gegen die Gewerkschaftspolitik der KPF betrifft keineswegs die allgemeinen Aufgaben des gewerkschaftlichen Kampfes, sondern ist im wesentlichen ein Kampf um organisatorischen Einfluss, oder grüber gesagt, um Posten. Die Belin u. Dumoulin sind, ebenso wie die KPF, für die Volksfrontpolitik, für die Unterstützung der Volksfrontregierungen, für die Zwangsschlichtung u. die damit verbundene Politik der Streikabwägung. In dieser Beziehung besteht höchstens die Differenz, dass solche Leute wie Belin u. Dumoulin es als "gelernte" Reformisten in mancher Hinsicht vermeiden, sich bei der Durchführung einer im Wesen arbeiterfeindlichen Politik in den Augen der Massen solche Blößen zu geben wie die "ungelernten" Neo-Reformisten aus der KPF. Was die Belin u. Dumoulin wollen, ist, die organisatorische Selbständigkeit der CGT gegenüber der KPF wahren; sie wollen auf eigene Rechnung reformistische Politik machen u. nicht auf Kommando des ZK der KPF oder nach den Befehlen von Stalin. Dumoulin erklärte, dass die Parteien sich in den Wahlkreisen in Hinblick auf die Wahlen zu betätigen hätten, nicht aber in den Betrieben, die ausschliesslicher Aktionsbereich der Gewerkschaften sein müssten.

Aber ausser bei solchen reformistischen Führern wie Belin u. Dumoulin sind auch gerade unter den aktivsten, kampfwilligsten Mitgliedern der CGT in wachsender Masse Stimmungen gegen jede parteipolitische Betätigung der Gewerkschaften zu beobachten. Angesichts der Gewerkschaftspolitik der KPF gewinnt die anarchosyndikalistische Auffassung, dass die Gewerkschaften mit Politik u. Parteien nichts zu tun haben dürfen, unter den revolutionär gesinnten CGT-Arbeitern an Boden. Nun haben diese Arbeiter zweifellos recht, wenn sie die Sorte Politik u. die Sorte von Parteiarbeit, die die KPF in der CGT betreibt, ablehnen u. bekämpfen. Die KPF vertritt heute in der CGT eine arbeitgemeinschaftliche Politik, eine Politik der Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Unternehmern u. den bürgerlichen Parteien, eine Politik der Unterstützung der bürgerlichen Regierungen u. des imperialistischen Milita-

rismus, einer Verleugnung des Klassenkampfes im Namen der sogenannten nationalen Interessen, d.h. der Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. Eine solche Politik, die den Grundaufgaben der gewerkschaftlichen Organisation, die eine Organisation zur Verteidigung der Interessen des Proletariats gegen die Kapitalisten sein u. bleiben muss, widerspricht, eine solche Politik muss im Interesse des Klassencharakters der Gewerkschaften, im Interesse des proletarischen Klassenkampfes auf das Schärfste bekämpft werden. Ebenso verurteilenswert sind die im Widerspruch zu den Grundregeln der proletarischen Demokratie stehenden Methoden, die die KPF in den Gewerkschaften überall dort anwendet, wo sie die Mehrheit hat. Es ist Zersetzung u. Zerstörung der Gewerkschaften, wenn die KPF in den Organisationen der CGT, die von ihr beherrscht werden, die Minderheit systematisch unterdrückt, ihr die Möglichkeit der Diskussion u. Kritik zu nehmen sucht, wenn sie diejenigen, die gegen den Volksfrontschwundel, gegen die Zwangsschlichtung, für die Anwendung der Waffe des Streiks eintreten als "Agenten des Faschismus" usw. zu verleumden u. niederzuhetzen trachtet. Das sind unzulässige Methoden, die es zu bekämpfen gilt.

Aber es heisst, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wenn man aus der Verderblichkeit der heutigen Gewerkschaftspolitik der KPF die Folgerung zieht, der Anarcho-Syndikalismus habe recht, u. jede Berührung der Gewerkschaften mit Politik u. politischen Parteien sei von Übel. In Spanien hat es sich gezeigt, wie der sogenannte Apolitizismus der CNT sie zu einer falschen Politik u. in eine Sackgasse geführt hat. Der anarchistische Apolitizismus bedeutet in Wirklichkeit keine Ablehnung der Politik, denn es ist für eine Arbeiterorganisation unmöglich keinerlei Politik zu betreiben; dieser Apolitizismus ist praktisch eine falsche Politik, eine Politik, bei der entscheidende Fragen vertuscht u. verschwiegen werden, was letzten Endes auf eine Förderung der Politik des Reformismus u. der Bourgeoisie hinausläuft. Wie wenig die anarchistische Theorie auf die Praxis passt, zeigt z.B. die Tatsache, dass die Union anarchistische sich ganz wie eine politische Partei betätigt, dass sie Betriebszellen schafft um mit deren Hilfe in der CGT ihre politischen Auffassungen durchzusetzen. Die Tatsache, dass wir heute in Frankreich keine Organisation haben, die die Aufgaben einer revolutionären kommunistischen Partei erfüllt, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die französische Arbeiterklasse dringend eine revolutionäre Partei braucht. Es ist falsch, aus der Not eine Tugend zu machen u. Theorien zu vertreten, wonach politische Parteien eigentlich überflüssig seien, vielmehr muss auch die revolutionäre Tätigkeit darauf gerichtet sein, die Wiederherstellung einer revolutionären kommunistischen Partei der französischen Arbeiter, die diesen Namen verdient, zu fördern. Die Stellung aller revolutionären Gewerkschafter muss sein: Gegen reformistische, arbeitgemeinschaftliche Politik, gegen die Unterdrückung der proletarischen Demokratie, für das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder der Gewerkschaften, für den Sieg einer revolutionären, klassenkämpferischen Politik in der CGT!

-o-o-o-o-

DIE VERFOLGUNG DER REVOLUTIONÄRE IM REPUBLIKANISCHEN SPANIEN GEHT
 ooo
 WEITER.
 oooooooo

In Lerida ist der POUM-Genosse Marcial Mena, der politischer Kommissar im Heere war, unter der Anklage der "Meuterei" zum Tode verurteilt u. erschossen worden. Die Regierung von Valencia hatte dieses Todesurteil bestätigt. Die Verantwortung für diesen konterrevolutionären Justizmord fällt deshalb auf die Regierung Negrin-Frieto u. die in ihr vertretenen Parteien.

Nachdem die POUM faktisch verboten worden ist, hat die Valenciaregierung jetzt einen Generalangriff gegen die Anarchisten u. ihre Organisationen eingeleitet. Die Barcelonaer "Solidaridad Obrera", die grösste anarchistische Zeitung wurde auf 5 Tage verboten. Auch bei den POUM-Zeitungen begann man mit befristeten Verboten, bevor man sie ganz unterdrückte. Der anarchistische Vorsitzende des Rates von Aragon Joaquin Ascaso ist von der Valenciaregierung seines Amtes enthoben u. wegen "Juwelenschmuggels" verhaftet worden. Dieser "Juwelenschmuggel" ist offenkundig eine ebensolche Polizei- und GPU-Phantasie wie die der POUM vorgeworfene "Spionage". Der Schlag gegen den Rat von Aragon ist aus verschiedenen Gründen bedeutsam. Einmal ist Ara-

gon eine der stärksten Positionen der CNT; zweitens ist diese Provinz die unmittelbare Etappe der Aragonfront. Die Absetzung von Ascaso soll offenbar die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Valenciaregierung die an der Aragonfront stehenden anarchistischen Divisionen ebenso aufgelöst u. entwaffnet, wie sie es mit der POUm-Division Lenin gemacht hat. Das nennt sich die Stärkung der Front gegen Franco!

Ferner handelt es sich bei dem konterrevolutionären Anschlag gegen Aragon um eine Offensive gegen die wirtschaftlichen Errungenschaften der Werktätigen. In Aragon war die Kollektivisierung der Landwirtschaft von allen spanischen Provinzen vielleicht am weitesten fortgeschritten. Die werktätigen Bauern von Aragon hatten hervorragendes geleistet. Im "Libertaire" v. 12.8. schreibt Robert Lefranc darüber:

"Die (die Kollektivwirtschaften von Aragon) haben durchschnittlich um 30 % mehr Getreide angebaut als früher. Sie haben Hafer, Mais u. Kartoffeln angebaut, sie haben in ihren Ställen die Anzahl des für den Verbrauch bestimmten Viehs vergrößert, sie haben die Kleinbetriebe zusammengefasst, Schulen und Spitäler gebaut oder eingerichtet u. die Gesundheitspflege fast überall sozialisiert."

Lefranc schildert, wie die Valenciaregierung u. die von der PSUC geführte katalanische UGT die Kollektivisierung in Aragon aus allen Kräften zu sabotieren suchten, um den Privatbetrieb in der Landwirtschaft wieder zum Sieg zu verhelfen, d.h. als im Interesse der Grossbauern u. der Grossgrundbesitzer. Es wurde systematisch versucht, die Kollektivwirtschaften durch willkürliche Requisitionen, die ohne Bezahlung vorgenommen wurden, zu desorganisieren u. zu ruinieren. Die revolutionären Bauern wurden entwaffnet. Schliesslich wurde der Rat von Aragon aufgelöst, von dem Lefranc sagt, dass er "die Manöver der Zentralregierung u. der politischen Parteien nie in einer wirklichen Weise gestört" habe. Seine "Sünde" sei gewesen, dass er den Kollektivwirtschaften geholfen habe.

Das Schicksal des Rats von Aragon zeigt, wie verfehlt die Auffassung der Anarchisten war, die Arbeiterschaft könne passiv den politischen Vormarsch der Konterrevolution hinnehmen, es genüge wenn sie sich dem Ausbau ihrer wirtschaftlichen Positionen widme. Aragon zeigt, dass, wenn die Bourgeoisie den Arbeitern u. Bauern die Waffen genommen hat, sie auch daran geht, ihnen die Kontrolle der Betriebe zu rauben, - auf dem Lande u. bald auch in den Städten. Die Arbeiterklasse kann keine sozialistische Wirtschaft aufbauen, wenn sie sich nicht die politische Macht sichert.

Die Zahl der in republikanischen Spanien verhafteten Anarchisten soll bereits über 5 000 betragen.

Eine von der Pariser "Eugenité" mitgeteilte Verordnung der Valenciaregierung bedroht alle Zeitungen, die "Angriffe auf die SE" veröffentlichen, mit dem dauernden Verbot. Das richtet sich gegen die Organe der Anarchisten und der Caballeros, die die Einmischung der SU zugunsten der bürgerlichen Konterrevolution in republikanischen Spanien kritisieren.

Auch gegen Caballeros u. seine Anhänger geht die Valenciaregierung mit Unterdrückungsmaßnahmen vor. Als Caballero nach Barcelona gehen wollte, um dort einige Versammlungen abzuhalten, wurden alle politischen Versammlungen in Barcelona verboten. Der amerikanische Journalist Louis Fischer, der ein journalistischer Vertrauensmann der Sowjetregierung ist, erklärt in einem Artikel im "New Statesman" v. 31. Juli, dass Caballero u. seine Freunde binnen drei Monaten "ausserhalb des Gesetzes" gestellt sein, d.h. das Schicksal der POUm erleiden würden, wenn sie ihre gegenwärtige Politik nicht änderten.

Der Verfolgung aller revolutionären Strömungen steht auf der anderen Seite die Wiederezulassung der katholischen Kirche der öffentlichen Religionsausübung im Machtbereich der Valenciaregierung entgegen. Man wird vielleicht darauf hinweisen, dass auch in der russischen Revolution die religiöse Glaubensbetätigung nicht verboten worden sei. Aber in Spanien handelt es sich um etwas anderes. Die katholische Kirche ist in Spanien Partei im Bürgerkrieg, sie ist eine der Hauptstützen von Franco. Deshalb haben die spanischen Werktätigen zu Beginn des Bürgerkriegs die Kirchen niedergebrannt u. den Geistlichen jede kirchliche Betätigung untersagt. Man könnte sich vorstellen, dass die spanischen Antifaschisten erklären, nach dem Siege über den Faschismus werde man der katholischen Kirche unter bestimmten Umständen u. nach Kasgabe ihres Verhaltens im Kriege wieder eine gewisse Betätigungsmöglichkeit gewähren. Aber die Wiederezulassung der kirchlichen Betätigung im gegenwärtigen Augenblick bedeutet weiter nichts als die Legalisierung der faschistischen Propaganda im Machtbereich der Valenciaregierung. Es ist

ganz klar, dass eine gute Anzahl der jetzt wieder legalisierten Geistlichen Kanzel u. Beichtstuhl zur Propaganda für Franco ausnutzen wird. Es ist bezeichnend, dass die Valenciarregierung ein Bedürfnis danach empfindet, sich ihre konterrevolutionäre Politik durch die Kirche segnen zu lassen. Das Bündnis von Weltsedel u. Polizeistahl war bisher in jeder Konterrevolution üblich u. es scheint noch dazu nicht entbehrt werden zu können, wenn Stalin u. die KI die Akteure der Konterrevolution sind. Die Lage ist also so, dass man im republikanischen Spanien zwar ungestört an Christus u. alle Heiligen glauben darf, dass man aber ins Gefängnis wandert, wenn man an die proletarische Revolution u. den Sozialismus glaubt und diesen Glauben auszuüben versucht.

Die Regierung Negrin hat den Mord an Nin auf dem Gewissen, sie hat Tausende von revolutionären Arbeitern in Kerker lassen... Gleichzeitig zeigt es sich immer deutlicher, dass diese konterrevolutionäre Politik im Inneren, eine direkte Sabotage der Kriegführung gegen Franco ist. Die Regierung Negrin hat Bilbao verloren, auf ihr Konto kommt die misglückte Offensive bei Brunete, die Niederlage bei Teruel u. jetzt die Bedrohung Santanders. Die Tätigkeit der Regierung Negrin beweist, dass der Sieg der proletarischen Revolution in Spanien notwendig ist, um den Sieg über Franco zu sichern.

-o-o-o-o-

DER JUSTIZMINISTER UND DIE FREISTREIBER.

oo

Wir haben hier aufgezeigt, dass der mit dem Dekret v. 1. Juli angekündigte Kampf gegen die Freistreiber, ein demagogisches Manöver ist. Eine Bemerkung des Ministerpräsidenten Chauteau, dass man jetzt die Preisermäßigung aufhalten müsse, veranlasst die "Freie Presse" zu der Erklärung, dass, solange Wucherer nur mit 100 Francs bestraft werden, dies nur ein Anreiz zu weiteren Wucherpreisen sei. Die "Humanité" stimmt dieser Erklärung zu und betont, dass nachdem man nun einen sozialistischen Justizminister habe, es sich ermöglichen lassen müsse, dem Preiswucher energisch zu Leibe zu gehen.

Wir haben an Hand der Ausführungsbestimmungen zum Dekret v. 1. Juli gegen unberechtigte Preissteigerungen bereits gezeigt, dass alle Massnahmen der Regierung auf eine erneute Preissteigerung hinauslaufen. Wenn die KPF als Teilhaber der Volkfront und Stütze der Regierung Chauteau jetzt an die bürgerliche Justizmaschine im Kampf gegen die zangenkäuflich aus der Politik Chauteau folgenden Preissteigerungen appelliert, so heisst dies den Teufel bei seiner Grossmutter anklagen. Auf diese Weise aber, dass sollte auch bereits in den Redaktionsstuben der "Humanité" bekannt sein, kann und wird kein wirksamer Kampf gegen die Freistreiber und die Freistreibereien geführt.

WER SOLL DIE KOSTEN DER ALTERSUNTERSTÜTZUNG TRAGEN?

oo

Chauteau hat in einer Rede in Remorantin sich auch zur Tagung des Nationalkomitees der CGT geäußert. In seiner Rede erklärte er, dass die Resolution der CGT wichtige Verhandlungselemente enthalte, "wie das edle Angebot durch eine zusätzliche Arbeit zur Unterstützungskasse der alten Arbeiter beizutragen".

Hier zeigt sich bereits welche Wirkungen das vom Nationalkomitee der CGT in seiner Revolution ausgesprochene Angebot hat, dass die Arbeiterklasse auch an der Aufbringung der Kosten für eine Altersunterstützungskasse teilnehmen werde. Die Regierung der Volkfront nimmt dieses Angebot der CGT an, um es in ein Instrument der Offensive gegen die 40 Stundenwoche umzuwandeln.

Angeachtet dieser Erklärung des Nationalkomitees der CGT, in dem auch die Kommunisten zahlreich vertreten sind, ist es nützlich, dass die Arbeiter in ihren Syndikaten eine deutliche Sprache sprechen. Sie müssen daran halten, dass die Altersunterstützung auf Kosten der Reichen realisiert wird und jeder Anschlag auf die 40 Stundenwoche, unter welcher Begründung er auch verkiert sein möge und von welcher Seite er auch komme, mit allen Kampfmitteln abgewehrt werden wird. Dabei gilt es auch die kommunistisch orientierten Gewerkschaftsführer beim Wort zu nehmen. So schrieb z. B. der kommunistische Député Daul, ein bedeutender Militant in der einloth. Eisenbahnerbewegung am 10.8. in einem Artikel "Jawohl, nach wie vor verlangen wir eine

(Fortsetzung Seite 9)

TROTZKI UND DIE SOWJETUNION.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo
 I.

In seinem jüngsten Buch "La Révolution trahie" ("Die verratenene Revolution"), das am Vorabend des ersten Moskauer Prozesses geschrieben worden ist, hat Trotzki eingehend (auf 346 Seiten) seine Stellungnahme zur Entwicklung Sowjetrusslands geschildert u. sein politisches Programm in bezug auf die SU dargelegt. Trotzki will in diesem Buch nachweisen, wie die Oktoberrevolution von Stalin verraten worden sei. In Wirklichkeit führt aber seine Untersuchung zu einem ganz anderen Resultat, nämlich zu der Schlussfolgerung, dass die russische Revolution von Beginn an "verpfuscht" gewesen, dass sie schon in ihren Anfängen "verraten" worden u. dass Stalin nur der Vollstrecker u. Vollender einer notwendigen historischen Entwicklung gewesen sei. Das Trotzki'sche Werk wird dadurch nicht zu einer vernichtenden Anklageschrift (wie T. das beabsichtigt hatte), sondern zu einer ungewollten Entschuldigung Stalins.

Wir bekämpfen die KI-Politik Stalins u. seine heutige Politik in der SU, die auf die Errichtung u. Verteidigung seiner persönlichen Diktatur mit Hilfe eines blutigen Terrorfeldzuges hinausläuft, deshalb, weil sie antileninistisch ist. Die internationale Sozialdemokratie behauptet, Stalin sei der rechtmässige Erbe von Lenin, denn Lenins Politik habe das Stalinsche Regime vorbereitet. Nun kommt Trotzki u. beweist, dass Sowjetrussland u. die KPSU bereits von vornherein, noch unter Lenin, eine Entwicklung eingeschlagen hätten die zwangsläufig u. unabänderlich zu dem Stalinschen Regime führen musste. Ist dies nicht eine Entschuldigung Stalins u. stärkt es nicht die Legende, die Stalin jetzt verbreitet, nämlich dass seine Politik der wahre u. vervollkommnete Leninismus sei?

Nach Trotzki's Meinung hatte die Geschichte schon in negativem Sinne über das Schicksal des Sozialismus in Russland entschieden, als die Oktoberrevolution ausbrach. Trotzki vertritt nämlich die Auffassung, dass im ökonomischen Sinne Sozialismus nicht nur die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sondern auch einen bestimmten Grad der Arbeitsproduktivität voraussetze, und zwar einen Grad, der höher als der des entwickeltsten kapitalistischen Landes sei. Trotzki behauptet, dass auch Marx dieser Auffassung gewesen sei, unterlässt es aber, dafür einen Beweis beizubringen. Ein solcher Beweis existiert auch nicht. Trotzki befindet sich mit seiner neuen Theorie nicht in der Gesellschaft von Marx, sondern der Reformisten. Es ist nämlich die alte Theorie des Reformismus, die dieser bisher gegen alle revolutionären Bewegungen des Proletariats im 20. Jahrhundert vorbrachte u. in deren Namen er die bolschewistische Oktoberrevolution verdamnte, die Trotzki jetzt übernommen hat, - die Theorie, dass eine sozialistische Revolution nur in einem technisch hochentwickelten kapitalistischen Lande erfolgreich sein könne. Als die Reformisten der II. Internationale S. Zt. im Kampfe gegen die Bolschewiki dieses Argument anführten sparte Trotzki nicht an Schärfe u. Spott bei seinen Auseinandersetzungen mit den Kautzky u. Co. Es ist nur ein Zeichen für den theoretischen Abstieg Trotzki's, dass er sich heute bei seinem Kampfe gegen die SU der alten reformistischen Ladenaüter bedient.

Immerhin hätte sich - nach Trotzki - der Fehler der Geschichte, die sozialistische Gesellschaft in einem ökonomisch zurückgebliebenen Lande zu gebären, noch wieder reparieren lassen, wenn die proletarische Revolution in den westlichen kapitalistischen Ländern gesiegt hätte. Aber die Niederlagen des deutschen, bulgarischen, englischen Proletariats zerstörten diese Hoffnung. "Die widerspruchsvolle soziale Struktur der SU u. der ultrabürokratische Charakter des Sowjetstaates sind die direkten Konsequenzen dieser eigenartigen, unvorhergesehenen historischen "Schwierigkeit" . . .", schreibt Trotzki (Seite 74/75). "Verraten" von der Geschichte, wurde die russische Revolution also jetzt nach Trotzki's Auffassung zum zweiten Mal durch die internationale Arbeiterklasse "verraten". Es ist bekannt, dass Lenin die Folgen des Ausbleibens der westeuropäischen Revolution für Sowjetrussland anders beurteilte. Er erkannte, dass dieses Ausbleiben die Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus in Russland vermehren würde, aber er war nicht der Ansicht, dass dadurch der sozialistische Aufbau unmöglich gemacht werde.

Von diesen, seinen historischen Voraussetzungen ausgehend, untersucht Trotzki den heutigen Stand der Sowjetgesellschaft. Er behauptet, dass weder in ökonomischem, noch in politischen Sinne von Sozialismus in der SU die Rede sein könne, aber es existiere dort auch kein Kapitalismus mehr. Vielmehr sei das gegenwärtige Sowjetregime mit allen seinen Widersprüchen ein Übergangsstadium zwischen dem Kapitalismus u. dem Sozialismus.

Die Sowjetwirtschaft, das ist Trotzki's Gedankengang, ist nicht mehr kapitalistisch, weil die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, aber sie ist auch noch nicht sozialistisch, weil die Arbeitsproduktivität noch niedrig ist u. die Normen der Verteilung der Konsumtionsmittel bürgerlich, d.h. ungleich sind. Trotzki behauptet dass der Sozialismus (als "niedrigste Stufe des Kommunismus" Marx) "auf dem Niveau beginnt, dem der fortgeschrittenste Kapitalismus sich genähert hat". (S. 73). Ehe also die Sowjetwirtschaft nicht den Stand der amerikanischen Technik überschritten hat, kann man nach Trotzki nicht von einer sozialistischen Wirtschaft in der SU sprechen. Eine solche technoglistische Auffassung hat mit Marxismus nichts zu tun. Die sozialistische Planwirtschaft führt notwendigerweise infolge ihrer Überlegenheit gegenüber der kapitalistischen Anarchie zu einer höheren Arbeitsproduktivität. Aber in welcher Zeitdauer u. in welchem Masse eine sozialistische Planwirtschaft in einem einzigen Lande die höchstentwickelte kapitalistische Arbeitsproduktivität erreicht u. überschreitet, das hängt von einer Reihe konkreter Faktoren ab (Entwicklungsgrad der eigenen Produktivkräfte, klimatische und geographische Bedingungen, Rohstoffreichtum etc. etc.) die die sozialistische Wirtschaft vorfindet.

Um die Arbeitsproduktivität zu steigern, um aus Bauern Industriearbeiter u. aus unqualifizierten qualifizierte Arbeiter zu machen, war die Sowjetregierung gezwungen, den Leistungslohn einzuführen. Trotzki erkennt die Notwendigkeit dieser Massnahme an, er gibt auch zu, dass dadurch die Arbeiter aufmerksamer mit den Maschinen umgehen u. die Arbeitszeit besser ausnutzen, dass die Menge der Waren zunimmt, die Preise fallen u. so die Lebenshaltung der Massen verbessert wird. Aber diese Anerkennung ökonomischer Notwendigkeiten begleitet Trotzki mit der Erklärung, die Ungleichheit der Einkommen beweise eben, dass in der SU noch kein Sozialismus existiere. Nun hat niemand behauptet, dass die gegenwärtige Ungleichheit der Löhne ein Idealzustand sei, u. etwa darin etwas anderes als ein Übergangsstadium gesehen. Aber wenn Trotzki erklärt, Ungleichheit der Löhne u. Sozialismus seien unvereinbar, so befindet er sich in offenem Widerspruch zu den Lehren des Marxismus-Leninismus. In seiner "Kritik des Gothaer Programms" schrieb Marx:

"Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Merkmalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoss sie herkommt. Demgemäss erhält der einzelne Produzent nach den Abzügen -exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum... Der eine ist aber physisch oder geistig dem anderen überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten, und die Arbeit, um als Mass zu dienen, muss der Ausdehnung oder Intensität nach bestimmt werden, sonst hört sie auf, Massstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere, aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung u. daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht."

Von dieser Stelle von Marx ausgehend, schrieb Lenin in "Staat u. Revolution"

"Gerechtigkeit u. Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht geben; Unterschiede im Reichtum u. ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die Ausbeutung eines Menschen durch den anderen, denn es ist nicht mehr möglich, die Produktionsmittel, die Fabriken, Maschinen, den Grund u. Boden usw. als Privateigentum an sich zu reißen. Indem Marx die kleinbürgerliche, unklare Phrase von der "Gleichheit" u. "Gerechtigkeit" überhaupt zerschlägt, zeigt er den Entwicklungsgang der kommunistischen Gesell-

schaft, die gezwungen ist, zunächst nur jene "Ungerechtigkeit" zu beseitigen, dass die Produktionsmittel von einzelnen Menschen angeeignet sind u. vorerst nicht imstande ist, mit einem Schlag auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, dass die Verteilung der Konsumtionsmittel "nach der Arbeitsleistung" (u. nicht nach den Bedürfnissen) erfolgt."

Bei seiner Kritik der Ungleichheit der Einkommen in der SU vertritt Trotzki Auffassungen, die mehr Ähnlichkeit mit dem Anarchismus als mit der marxistischen Theorie haben. Inzwischen haben allerdings auch die Anarchisten bei der ersten Probe aufs Exempel - ähnlich in Spanien - ihre Gleichheitslehren preisgeben müssen, weil sie auf Illusionen beruhen.

Die Frage der Verteilung der Konsumtionsmittel nimmt einen wichtigen Platz in der Kritik der SU durch Trotzki ein. Auch für ihn gilt, was Marx den Verfassern des Gothaer Programmentwurfs vorwarf, nämlich dass es "überhaupt fehlerhaft" sei, "von der sogenannten Verteilung Wesens zu machen u. den Hauptakzent auf sie zu legen."

Trotzki reduziert die Fragen des Bürokratismus u. der proletarischen Demokratie auf eine Gerechtigkeitsfrage. Nach seiner Auffassung kommt es so heraus, dass die Inhaber höherer Einkommen infolge ihrer besseren materiellen Lage notwendigerweise der Masse der Werktätigen mit bürokratischen Methoden, mit einem Kostenhochmut, mit "Führeralldüren" entgegentreten müssten. Andererseits erhebt Trotzki ein Abbau der hohen Gehälter als die wichtigste Garantie gegen bürokratische Methoden u. für die proletarische Demokratie. In Wirklichkeit stehen die Dinge in der SU so, dass es gilt, die proletarische Demokratie zu gewährleisten u. den bürokratischen Unrat wegzuräumen, ohne eine Gleichheit der Einkommen durchzuführen, denn eine solche Gleichheit ist eine utopische Forderung. Es ist übrigens nicht wahr, wenn Trotzki darauf anspielt, dass ein Abbau der Spitzeneinkommen in der SU eine ins Gewicht fallende Verbesserung der Lebenshaltung der grossen Masse ermöglichen könnte.

-o-o-o-o-o-o-

(Fortsetzung folgt).

WER SOLL DER KOSTEN DER ALTERSUNTERSTÜTZUNG TRAGEN?

(Fortsetzung von Seite 6)

auskömmliche Rente für die Alten" in der Strasbourger "Humanité":

"Niemand wagt es mehr die Berechtigung, die dieser Forderung (Altersrente) zu Grunde liegt, abzustreiten. Lediglich schreien unsere Volksfeinde, wo man denn eigentlich das Geld hierzu hernehmen solle. Heute, wie gestern antworten wir, dass man das Geld dort holen kann u. muss, wo es wirklich auch in Hülle u. Fülle ist, - bei den Reichen."

Député Daul wird kaum behaupten wollen, dass die Reichen in der CGT organisiert seien. Als sein Artikel erschien, war bereits der Vorschlag der CGT bekannt. Es ist wohl nicht anzunehmen, dass der komm. Député seinen Artikel schrieb um nur eine demagogische Stilleben zum Besten zu geben. Man darf daher wohl annehmen, dass er für ihn und die Redaktion der "Humanité" verpflichtend ist. Daraus aber folgt doch wohl die Verpflichtung zur Ablehnung des CGT-Vorschlages, der jetzt von der Volksfrontregierung in so eindeutiger Weise gegen die Arbeiterschaft interpretiert wird. Die Arbeiter handeln also auch in Übereinstimmung mit dem Député Daul, wenn sie in den Gewerkschaften gegen den Vorschlag des Nationalkomitees der CGT protestieren u. fordern, dass die Altersunterstützung keine neuen Verpflichtungen für sie bringt, sondern dass man das Geld zu ihrer Realisierung dort holen möge, wo "es in Hülle und Fülle vorhanden ist, - bei den Reichen", wie es uns auch Député Daul sagt.

In seiner Rede in Remorantin hat sich Chautemps auch zu dem Vorschlag der CGT geäußert, der feindseligen Kampagne der Reaktion u. des Unternehmertums die die Arbeiter der Produktionsabschotage beschuldigt, durch eine Enquete zur Feststellung der wirklichen Lage der Industrie entgegenzutreten. Chautemps hat sich sehr lobend über diesen Vorschlag geäußert, indem er der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass diese Untersuchung die "glückliche Anpassung der Arbeit an die Notwendigkeiten der Produktion zur Folge" haben werde.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass der Chef der Volksfrontregierung Nr. 2 die Fähigkeit besitzt aus allen Blüten Honig zu saugen.

Was die Arbeiter von der CGT fordern müssen und wofür sie kämpfen müssen, ist nicht eine sogen. "unparteiliche" Untersuchung über die Produktion durch irgendwelche Regierungsbehörden, die sich auf die Angaben des Patronats, als die "legitimen Autoritäten der Produktion" stützen und deren Zweck bereits heute offensichtlich verkündet wird. Die Arbeiter müssen von der CGT, die Organisation der ersten Schritte für den Kampf um die Verwirklichung der Arbeiterkontrolle der Produktion fordern, die, durch geführt durch die Organe der Arbeiter u. gestützt auf die Masse der Arbeitenden, die Praktiken des grossen Patronats, der Trusts und Syndikate ins helle Licht des Tages rückt, um daraus den Werktätigen die Notwendigkeit der Umstellung der kapitalistischen Profitwirtschaft auf die Geleise einer planmässig produzierenden sozialistischen Bedarfswirtschaft näherzubringen.

MICHEL WALTERS NEUE WAHLKOMBINATIONEN. H. Michel Walter, der Chef der UPR des Unterelsass hat sich in einem Artikel zur Lage geäussert und den Vorschlag auf Bildung eines elsässischen Volksblocks lanciert. Dieser Volksblock soll eine möglichst dauerhafte überparteiliche Zusammenfassung aller politischen Kräfte herbeiführen, soweit sie auf dem Boden der Erhaltung der Demokratie gegen Bolschewismus und Faschismus stehen. Um die Zusammenfassung in einem volksfreundlichen Gewand vorzustellen, empfiehlt H. Walter die Anerkennung der sozialen Erneuerungen im Prinzip. Diese Formulierung würde es gestatten, so meint offensichtlich H. Walter sowohl die Demokraten, als auch die Radikalen und möglichst auch noch die Sozialisten in die von ihm gewünschte Koalition hineinzuziehen. H. M. Walter lehnt untagessprochen die von Rosaé und den Elzianern mit soviel Kraft und Aufwand propagierte Elsassfront ab, die sich nach Rosaé und Schall ja besonders der speziellen elsässischen Fragen annehmen sollte, also eine betont regionale Front mit autonomistischer Tendenz sein sollte. Das von M. Walter dem "Elsässischen Volksblock" zugrunde zu legenden Programm enthält keine spezifischen als Forderungen, sondern hat einen allgemeinen Charakter, denn M. Walter will, dass dieser "Elsässische Volksblock" für ganz Frankreich richtungweisend sein soll. Dies lässt auch den bereits geäusserten Schluss zu, dass hinter diesem Vorschlag Herr Valot steht, der Herr der elsass-lothringischen Angelegenheiten. Als Bedingung für die Aufnahme in den "Elsässischen Volksblock" hebt H. Walter hervor, dass ihm nur Parteien angehören können, die von ausländischer Beeinflussung, sei es nun Moskau oder eine andere Macht, frei seien. Das bedeutet, dass H. M. Walter wohl Dahelt, Hueber und eventuell auch Schall in die Front nehmen möchte, aber die turbulenten Autonomen herauslassen möchte. Gleichzeitig aber bezeugt er damit, dass er zwar Radikale und Sozialisten, aber die Kommunisten nicht haben möchte.

Der Vorschlag H. Walters, der in der els. Presse zu einer umfassenden Diskussion geführt hat, entspringt zwei Motiven. Einmal möchte H. Walter für die bevorstehenden Wahl Hilfstuppen für die UPR, um deren hervorragende Stellung im Hinblick auf die seit dem Juni vorigen Jahres eingetretene Schwenkung breiter Massen nach links zu erhalten, zum anderen will H. Walter -und sein Verhalten in letzter Zeit haben diesen Wunsch sehr deutlich werden lassen- Radikale und Sozialisten von den Kommunisten trennen und so für seinen Teil das Volksfrontgebilde durch eine neue politische Kombination, die ihre Basis nach rechts ausdehnt, ablösen. Der Hinweis Walters, dass es sich für ihn um ein Gebilde von längerer Dauer handelt und nicht nur um eine Wahlkombination, sowie die Erklärung, dass es sich darum handelt soll, von Elsass aus dem übrigen Frankreich ein Beispiel zu geben, unterstreichen dies nur.

Die Aussichten für die Realisierung eines solchen Blocks sind vorerst äusserst beschränkt. Die Radikalen lassen zwar offen Ihre Sympathie für einen solchen Plan und Block bekunden, aber sie gelten politisch im Elsass nicht. Die "Freie Presse" äusserst sich nicht strikt ablehnend, sondern polemisiert in einer Weise dagegen, die darauf hinausläuft, ob es denn H. Walter überhaupt ehrlich meine. Dazu im Gegensatz nimmt der "Republikaner" eine entschiedene ablehnende Haltung ein. Für die Arbeiter kann es sich nicht darum handeln, dass Volksfrontgebilde durch einen solchen Block zu ersetzen, sondern allein um die Ablösung der Volksfront durch die proletarische Einheitsfront.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 35/IV. Jahrgang.

Vierte Augustwoche 1937.

DER CHINESISCH-JAPANISCHE KRIEG. oo

Niemand kann heute mehr daran zweifeln, dass ein wirklicher grosser Krieg, ein Krieg auf Leben und Tod, zwischen dem japanischem Imperialismus und China im Gange ist. Von diesem Krieg kann man sagen, was vom letzten Weltkrieg gesagt worden ist: dass man in ihn "hinsingeschlittert" ist. Die japanischen Militärs wollten nach der schweren politischen Niederlage, die sie bei den letzten parlamentarischen Wahlen erlitten hatten, einen lokalen Krieg in Nord-China, der in einem kurzen Feldzug einige neue Provinzen von China losreissen und ihr innerpolitisches Prestige wieder heben sollte. Die chinesische Bourgeoisie zögerte sichtlich, den Kampf jetzt aufzunehmen, sie hätte vorgezogen, die Auseinandersetzung später mit weiter fortgeschrittener militärischer und politischer Vorbereitung aufzunehmen, aber die japanische Militärsclique wurde vorwärtsgetrieben durch die ersten Schlägen, die sie in Zusammenstoss mit China erlitt. Das Aussehen nicht nur der Militärsclique, sondern des japanischen Imperialismus stand auf dem Spiele. In China tauchte hinter dem Rücken der Militärdiktatur Tschang-Kai-Schecks die Masse des chinesischen Volkes auf, die die herrschende Kuomintang-Partei vorantreibt. Jetzt ist eine Lage geschaffen, wo es sowohl für den japanischen Imperialismus, wie für die chinesische Bourgeoisie nicht mehr nur um das Prestige, sondern um die Existenz selbst geht.

Und nicht nur um die Existenz als imperialistische Macht auf japanischer Seite, oder um die nationale Unabhängigkeit und Einheit auf chinesischer Seite. In beiden Ländern steht die Existenz der herrschenden Klasse auf dem Spiel. In Japan in noch höherem Grade als in China. In Japan reifen die Kräfte der Agrarrevolution auf dem Lande heran. Im Vorjahre wurden nicht weniger als 4 000 lokale Zusammenstösse der Bauern mit den Behörden gezählt. Die letzten Wahlen zeigten den Aufschwung der proletarischen Kräfte in den Städten. Aber auch die Bourgeoisie trat in Opposition zu der herrschenden Clique von Militärs und Bürokraten, die sich in der Hauptsache aus der alten Junkerkaste rekrutieren. Eine militärische Niederlage oder auch nur ein unentschiedener Ausgang des Krieges setzt in Japan die Revolution auf die Tagesordnung.

In China hat der Krieg die ungeheure Masse des Volkes, vor allen Dingen Arbeiter, städtische Kleinbürger und Bauern, in Fluss gebracht. Ob und wie lange die Massen der Kuomintang folgen, wird davon abhängen, ob und wie lange die Kuomintang sich als fähig erweist, den Krieg für die nationale Unabhängigkeit und Einheit mit Erfolg zu führen. Die Lage in China ist völlig verschieden von der in Japan. In Japan sammeln sich die Kräfte der Revolution im Widerstand gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Opfer, die er den Volksmassen erleidet. In China dagegen ist es der Wille der Volksmassen, die nationale Unabhängigkeit und Einheit im Kampf gegen den japanischen Imperialismus zu erkämpfen, der unter bestimmten Bedingungen die revolutionären Kräfte auslösen kann.

In Japan haben die Kommunisten die Aufgabe, den revolutionären Befehlismus zu vertreten und den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln.

In China ist die Aufgabe der Kommunisten, die Arbeiter und Bauern als selbst-

sich die Massenkräfte für den nationalen Krieg zu organisieren, für den Sieg zu kämpfen und im Interesse des Sieges, sich für die revolutionären Forderungen der Arbeiter und Bauern gegenüber der Kuomintangregierung einzusetzen. Mit anderen Worten: die Aufgabe in China besteht darin, den Krieg, der begonnen wird unter Führung der chinesischen Bourgeoisie umzuwandeln in einen revolutionären Befreiungskrieg.

Die Kommunistische Internationale gibt jetzt wieder das Stichwort von der Sammlung der "demokratischen Kräfte zur Verteidigung des chinesischen Volkes" aus. Wer sind in diesem Falle die demokratischen Kräfte? Es sollen die englische, französische und amerikanische Imperialismen sein. Um was ab diese Mächte in China kämpfen ist von der englischen Regierung mit voller Klarheit ausgesprochen worden. England verteidigt die 200 Millionen Pfund englisches Kapital, die in China angelegt sind und die Privilegien, die sie auf Grund ihrer Machtpolitik gegenüber China sich erobert hat. Frankreich und Amerika verteidigen ihre Kapitalanlagen die von geringerer Umlaufung sind und ebenfalls ihre imperialistischen Privilegien in China. Die Annäherung der demokratischen imperialistischen Mächte zum Posten des chinesischen Volkes ist in diesem Falle völlig einleuchtend.

Wenn etwas bei diesem Kriege mit einiger Sicherheit vorhergesagt werden kann, so dies, dass die imperialistischen Privilegien und Machtstellungen Englands, Frankreichs und Amerikas in China höchstwahrscheinlich verlorengehen werden. Wenn Japan siegt wird es damit zufrieden sein. Und wenn China siegt wird es darauf bestehen, sich die amerikanischen, englischen und französischen Arbeiter für die Verteidigung der imperialistischen Kapitalanlagen und Privilegien ihrer Länder in China einzusetzen? Sollen sie verlangen, dass dafür die betreffende Macht ihrer Länder eingesetzt und der asiatische Kriegsbrenn zu einem Weltkrieg erweitert wird? Es ist klar, dass sie dies nicht tun können, sondern dass in Gegenteil entschieden gegen jede Teilnahme ihrer Regierungen an chinesisch-japanischen Krieg auftreten müssen.

Und wo ist die Demokratie, die in Lachar Tschang-Vai-Scheke zu verteidigen wäre? Nicht einmal die sozialistische Journalistik wagt davon zu reden.

Die internationale Arbeiterklasse hat kein Interesse an der Verteidigung der 200 Millionen Pfund englischen Kapitals in China und der entsprechenden amerikanischen und französischen Kapitalanlagen. Sie hat kein Interesse an der Stärkung der Herrschaft Tschang-Vai-Scheke und seiner Kuomintangoligarchie. Sie hat lediglich Interesse an dem Sieg der chinesischen Arbeiter und Bauern über den japanischen Imperialismus und über die Kuomintangregierung in China, selbst. In der Tat, nur die Ersetzung der Kuomintangregierung durch eine revolutionäre demokratische Regierung der Arbeiter und Bauern kann in China die Kräfte des Widerstandes gegen den japanischen Imperialismus zur vollen Schließung bringen.

Unter diesen Umständen ist der Appell an die demokratischen imperialistischen Staaten zur Hilfe für das chinesische Volk eine grobe Irreführung der internationalen Arbeiterklasse.

—o-o-o-o-o—

DIE RESULTATE DER POLITIK DES "KLEINEREN ÜBLS", oo

Der Faschist Berillio, der dafür bekannt ist, dass er von dem unwiderstehlichen Drang besetzt ist, alles was er auf dem Herzen hat, getreulich zu Papier zu bringen und der deshalb oft aus der Schule plaudert, schrieb dieser Tage, dass es für ihn u. seine Freunde doch schwierig sein werde, bei den Kantonswahlen gegen Chauteups u. Bonnet zu stimmen, wo sie doch mit dem, was Chauteups u. Bonnet praktisch täten, ganz einverstanden seien. In der Tat, für den Augenblick könnte keine andere Regierung der kapitalistischen Reaktion mehr bringen als die Chauteups-Bonnet. Den Massen werden neue Milliardenlasten aufgehäuft, zu gleicher Zeit erhält das Groskapital fette Liebesgaben, denn Bonnets Lösung lautet offenbar: "Die Reichen sollen bezahlt werden". So ist z. B. der Govino, der für die Staatskasse aus der zweiten Bonnetschen Devaluation entstanden war, nicht dazu verwandt worden, die Frankenkürzung zu sichern oder das Defizit der Staatsfinanzen zu erleichtern, sondern für die

Schaffung eines Fonds zur Stützung der Renten, auf diese Weise können die Grossbanken an den Staat für 6,8 Milliarden Francs Staatsanleihen leihen, um dann dafür Dollar- u. Pfundwerte zu kaufen u. so ihre Spekulationen gegen den Franc fortsetzen. Die Chautemps u. Bonnet versuchen keine Gelegenheit, um darzulegen, dass die Arbeiter mehr arbeiten müssten, was nichts anderes heisst, als dass die Volkfrontregierung Nummer zwei ihren offiziellen Segen zu der Offensive der kapitalistischen Unternehmer gegen die 40 Stundenwoche u. die Löhne der Arbeiter gibt.

Seiner Zeit hat die KPF ihr Eintreten für die Regierung Chautemps damit begründet, dass es geübe, die Wiederkehr des Lavalismus zu verhindern, was wir seither erlebt haben, zeigt, dass die Politik des "kleineren Übels", auf Frankreich angewandt, nicht besser ist als die, die die Sozialdemokratie einst in Deutschland betrieb. Unter den heute gegebenen Umständen könnte kein Laval u. keine andere Rechtsregierung die Wünsche der Bank- u. Trustmagnaten, der "200 Familien" besser erfüllen als die Regierung Chautemps-Bonnet. Der Unterschied zwischen dem "Lavalismus" u. der Politik der zweiten Volksfrontregierung besteht nicht in dem Inhalt der Regierungstätigkeit, sondern darin, dass die Arbeiterorganisationen unter Laval immerhin die Dinge bei ihrem Namen liessen u. auch dann, wenn sie keinen entschiedenen Kampf dagegen führten, zumindestens nicht die Mitverantwortung für die von der Regierung im Dienste der kapitalistischen Reaktion getroffenen Massnahmen übernahmen. Heute dagegen unterstützen die Führungen der grossen Arbeiterorganisationen in Namen der Volksfront die von den "200 Familien" diktierte Politik der Chautemps u. Bonnet u. versuchen es, die Arbeiter systematisch über das, was gespielt wird, anzulügen. Der Effekt ist, dass die Kapitaloffensive, die jetzt von der Volksfrontregierung oder unter ihrem Segen durchgeführt wird, fast keinen Widerstand bei den Massen findet u. dass gerade infolge der schonen unterwürfigen Haltung der grossen Arbeiterorganisationen die Tendenzen zur Wiederherstellung einer Regierung der "union nationale" in dieser oder jener Form bei der Bourgeoisie an Boden gewinnen. Letzten Endes führt die Politik des kleineren Übels gerade zu dem, was sie angeblich verhindern sollte, die Unterstützung des Notverordnungsregimes der Chautemps-Bonnet, die im Namen einer Verhütung der Wiederkehr zum "Lavalismus" erfolgt, führt in Wirklichkeit den Weg für eine Rückkehr der Laval u. Consorten zur Macht an.

In der Kunst, den Massen ein X für ein U zu machen, haben die Volksfrontregimentführer der grossen Arbeiterorganisationen allerdings neue Erfindungen geschaffen aufzuweisen. Sie verstehen es ausgezeichnet, Lösungen, die aus dem Bedürfnis der Arbeitermassen zum Kampf gegen das Kapital entstanden sind, bzw. diesem Bedürfnis entgegenkommen, in Ansatzpunkte des Kapitalangriffs gegen die Arbeiter zu verwandeln. Wir haben schon erwähnt, wie die CGT-Führung aus dem Kampf für die Altersunterstützung ein Entgegenkommen an die Scharfmacherforderung der Durchlöcherung der 40 Stundenwoche gemacht hat. Etwas Ähnliches steht uns offenbar mit der von der SFIO erhobenen Forderung der Nationalisierung der Eisenbahnen bevor. Die Nationalisierungspropaganda der SFIO-Führung scheint dazu bestimmt zu sein, die von der Regierung geplante Reform des Eisenbahnwesens den Massen schmackhaft zu machen. Was bisher über die Absichten der Regierung in bezug auf die Eisenbahnen durchgesickert ist, ist sehr alarmierend. Danach soll eine Gesamtverwaltung der französischen Eisenbahnen geschaffen werden, in der die Vertreter der privaten Eisenbahnen sein, die Vertreter der staatlichen Netze, der Regierung sowie der Eisenbahnarbeiter u. -betriebe insgesamt neue Stellen haben sollen. Auf diese Weise würden die beiden jetzt dem Staat gehörigen Netze (darunter die elsass-lothringischen Bahnen) auch nach dem Faktat der privaten Kapitalisten unterstellt werden. Das Ganze soll dann unter der Firma der "Nationalisierung der Eisenbahnen" segeln.

Es ist höchste Zeit, dass die Arbeiterklasse sich gegen die Angriffe des Kapitals u. gegen die Regierungspolitik der Chautemps-Bonnet, die nichts anderes ist als eine Politik im Dienste der Kapitaloffensive, zur Wehr setzt. Es ist notwendig, dass die Gewerkschaften ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die Verteidigung der Lebenshaltung u. der Rechte der Arbeiter, erfüllen, statt dass sie, wie sie das jetzt tun, hinter der Regierung herlaufen u. die Initiative zu solchen Dingen übernehmen, wie zu der Produktionsenquete die den Unternehmern eine neue Gelegenheit für ihre Propaganda gegen die 40 Stundenwoche u. für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geben wird. Die CGT-Führung hatte diese Enquete vorgeschlagen, um sich öffentlich

bescheinigen zu lassen, dass sie für das Gedeihen der französischen Wirtschaft Sorge. Die Regierung hat sich diesen Vorschlag zu eigen gemacht, weil er ihr die Möglichkeit bietet, eine Revision der 40 Stundenwoche usw. in die Wege zu leiten. Solange die Wirtschaft kapitalistisch ist, solange die Betriebe unter der Leitung kapitalistischer Unternehmer stehen, bedeutet das Eintreten der Gewerkschaften für das "Gedeihen der Wirtschaft", für die Steigerung der Produktion nichts anderes als die Vernachlässigung u. Hinanstellung ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Verteidigung der Interessen der Arbeiter gegen die Unternehmer. Es ist notwendig, dass die Arbeiter zeigen, dass sie sich nicht alles gefallen lassen, statt auf Enquêtes zu hoffen, bei denen die Regierung u. die Unternehmer untersucht werden, welche Verschlechterungen man ihnen noch bieten kann.

-o-o-o-o-o-o-

DIE OFFENSIVE GEGEN DIE 40 STUNDENWOCHE IM ERZBERGBAU.
 ooo

Nach einem ministeriellen Dekret soll für den Erzbergbau die 40 Stundenwoche ab 1. August bis zum Jahresschluss stufenweise eingeführt werden. Die Unternehmer und an ihrer Seite die Regierung haben aber gefordert, dass die 6. Schicht weiter verfahren werden soll. Auch einige namhafte CGT-Führer haben sich der Unternehmerwünsche angeschlossen. Als Begründung wird auch neuerdings wieder angeführt, dass das Interesse der französischen "Landesverteidigung eine gesteigerte Erzproduktion nötig mache und deren Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, wenn auf die sechste Schicht verzichtet wird. Die Kumpels sind sich darüber klar, dass die Begründung von einer ganz besonderen Beschaffenheit ist, denn im Erzgebiet selbst können die Bergarbeiter täglich mit eigenen Augen feststellen, dass die gesamte Erzförderung ganzer Gruben in Spezialwagen der deutschen Firma Halbacherhütte Brebach-Saargebiet verladen wird und laut Frachtbriefen auch nach dort geht. Diese Feststellung genügt, um zu zeigen, was die Proleten von Unternehmer u. Regierung zu erwarten haben. Damit Hitlers Aufrüstung ungestört vorstatten geht, schien die Erzbergarbeiter auf die 40 Stundenwoche verzichten.

Vor kurzem ist nun ein Spruch gefällt worden. Nach diesem Schiedsspruch, der von der Leitung der CGT angenommen wurde, soll dreimal im Monat die sechste Schicht verfahren werden und einmal Ruhetag sein. Für die Überwachungen gibt es 25 % Zuschlag zum üblichen Lohn. Dieser Entscheid soll bis zum 15. Januar 1938 gelten. Eine Lohnerhöhung hat es trotz der Preissteigerung mit Ausnahme für die 18 - 21 jährigen, die bisher sehr erbärmlich im Lohnstand nicht gegeben. Da die CGT den Spruch angenommen hat, hat sie im Hinblick auf die Stimmung der Arbeiter verabsäumt eine klare Parole zu geben. So haben die Arbeiter aus sich selbst heraus zu handeln versucht. Ein großer Teil der Erzbergarbeiter hat das Verfahren der sechsten Schicht bisher abgelehnt. Auf einer Grube hat darauf die Leitung den Arbeitern ihren Lohn vorenthalten, worauf auch die Mittagschicht nicht anfuhr, worauf sich die Grubenverwaltung zur Auszahlung des Lohnes bereit fand. Am folgenden Montag aber hat dann die Belegschaft die sechste Schicht verfahren. So wird langsam die Front ausgehöhlt. Unternehmer und Regierung arbeiten zusammen gegen die 40 Stundenwoche und die CGT-Führung hält ihnen dabei die Steigbügel und die Arbeiter wissen nicht mehr woran sie sind. Diese Zustände können natürlich das Vertrauen in die CGT nicht stärken. Es wäre daher an der Zeit, dass sie Erzbergarbeiter sich auch innerhalb ihrer Gewerkschaft zu rühren beginnen und gegen den verhängnisvollen Kurs der CGT-Führung anzukämpfen beginnen.

oo

"ZUR KRISE IN DER SOWJETUNION"

oo

so nennt sich die soeben erschienene Broschüre der IVKO zu der gegenwärtigen Krise des bürokratischen Regimes in der Sowjetunion. Die Broschüre veröffentlicht die letzte Erklärung des Büros der IVKO zu den jüngsten Vorgängen in der SU und in Spanien, um daran anschliessend die Ursachen der Krise des bürokratischen Regimes aufzudecken und die Ziele, Mittel und Formen ihrer Lösung aufzuzeigen. In einem Kapitel "Stalin, Trotzki oder Lenin?" wird dann gezeigt, dass weder der Weg Stalins, noch der Trotzki die Lösung der Krise enthält, sondern allein der Lenins. Die Broschüre kostet 4,5F Francs und gehört in die Hand eines jeden revolutionären Arbeiters.

TROTZKI UND DIE SOWJETUNION.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

II.

Den Mittelpunkt des Buches von Trotzki ("La Révolution trahie") bildet die Frage der Bürokratie.

Wir beobachten heute in der SU eine fortschreitende Bürokratisierung, eine Verstärkung des staatlichen Zwangsapparats. Die offizielle Theorie dazu behauptet, dass sich, je mehr sich die sozialistische Gesellschaft entwickle u. die Klassen verschwinden, die Diktatur des Proletariats, der proletarische Staat u. sein Apparat verstärkt werden müssten. Diese Theorie widerspricht vollkommen der Staatslehre des Marxismus-Leninismus. Marx, Engels u. Lenin lehrten bekanntlich, dass der proletarische Staat ein absterbender Staat sei, dass er in der Masse, in der die Gesellschaft sozialistisch werde, absterbe u. dass er in der kommunistischen Gesellschaft schliesslich ganz verschwinden sei; sie hatten also von dem Entwicklungsprozess der Diktatur des Proletariats eine andere Vorstellung als die heutigen Führer der Sowjetunion.

Wenn Trotzki erklärt, der Kurs Stalins auf einen Ausbau des staatlichen Polizeiapparats, statt auf seinen Abbau, sei unioninistisch, so ist er im Recht. Aber nicht das ist das Entscheidende. Wichtiger als der theoretische Nachweis, dass Stalin unrecht hat, ist es, die Mittel u. Wege aufzuzeigen, durch die die Bürokratisierung beseitigt, die proletarische Demokratie verwirklicht u. der Prozess des Absterbens des Staates beschleunigt werden kann. Die Vorschläge, die Trotzki hierzu macht, sind jedoch untauglich u. bedeuten ebenso ein Verlassen der marxistisch-leninistischen Staatstheorie wie Stalins Politik.

Trotzkis Kampf gegen die Bürokratie läuft in Wirklichkeit auf einen Kampf gegen das Berufsbeamtentum in der SU hinaus. Für Trotzki sind Beseitigung des Bürokratismus u. Abschaffung des Berufsbeamtentums, dass er mit der Bürokratie identifiziert, identisch. Das war keineswegs Lenins Meinung. Erstens unterschied Lenin immer sorgfältig zwischen dem Berufsbeamtentum u. der Bürokratie, d.h. den verkümmerten, armassenden Beamten, der die Unkultur der Bürokratie des Zarismus beibehalten hatte, sich als "etwas Besseres" dünkte als die Arbeiter, der seine Stellung zu persönlichen Vorteilen zu missbrauchen versuchte, der Unwissenheit mit Unständigkeit u. Hochmut vereinte. Dieser Bürokratie u. diesen bürokratischen Methoden galt Lenins Hass u. Kampf. Mit steigender Besorgnis betrachtete er in seinen letzten Lebensjahren das Eindringen des Bürokratismus in der Sowjetstaatsapparat u. in die Partei. Seine letzten Massnahmen u. Ratschläge an die Partei betrafen gerade den Feldzug gegen den Bürokratismus. Dagegen erkannte Lenin, dass der proletarische Staat auf lange Zeit das Berufsbeamtentum nicht werde entbehren können. Lenin schrieb in "Staat und Revolution":

"Es kann keine Rede davon sein, mit einem Schlag überall das Beamtentum zu beseitigen. Das wäre eine Utopie. Aber sofort die alte Verwaltungsmaschine zerstören, um sogleich damit zu beginnen, eine neue Maschine zu konstruieren, die die schrittweise Beseitigung des Beamtentums ermöglicht, das ist keine Utopie, das ist die Erfahrung der Kommune, das ist die erste u. unmittelbare Aufgabe des revolutionären Proletariats. Der Sozialismus vereinfacht die Verwaltungsaufgaben des "Staates", er erlaubt es, die "Hierarchie" beiseitezuschicken u. alles auf eine Organisation der Proletarier als herrschende Klasse zurückzuführen, die auf Rechnung der ganzen Gesellschaft Arbeiter, Werkmeister u. Buchhalter anstellt. Wir sind keine Utopisten. Niemals haben wir davon "geträumt". Uns plötzlich, von einem Tag zum anderen, jeder Verwaltung, jeder Unterordnung zu entledigen; das sind anarchistische Träume, die von dem Unverständnis der Rolle der Diktatur des Proletariats herrühren, Träume, die nichts mit dem Marxismus gemein haben u. die in Wirklichkeit nur dazu dienen, die sozialistische Revolution bis zu der Zeit zu vertagen, da die Menschen anders sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen, so wie sie heute sind u. die weder "Unterordnung", noch "Werkmeister", noch "Buchhalter" entbehren können."

Lenin schildert dann, wie er sich den Prozess des Absterbens des Berufsbeamtentums denkt:

"Organisieren wir die Grossindustrie nach dem Kuster, das uns der Kapitalis-

mus bietet, organisieren wir sie selber, wir anderen Arbeiter, auf Grund unserer Erfahrung als Arbeiter, indem wir eine strenge Disziplin, eine eiserne Disziplin einführen, die von der politischen Macht der bewaffneten aufrecht erhalten wird; verwandeln wir die Beamten in einfache ausführende Organe unseres Willens, die verantwortlich u. absetzbar sind, in "Werkmeister" u. "Buchhalter", die bescheiden entlohnt werden (indem wir natürlich die Techniker u. Spezialisten aller Art u. jedes Ranges beibehalten); das ist unsere proletarische Aufgabe; das ist die Art u. Weise, wie die proletarische Revolution beginnen muss. Dieses Programm angewandt auf der Grundlage der grossen Produktion, zieht von selbst das allmähliche "Absterben" jedes Beamtentums nach sich, die schrittweise Einführung eines Regimes, das ganz verschieden ist von der Lohnklaverei, eines Regimes, in dem die mehr u. mehr vereinfachten Funktionen der Überwachung u. der Buchhaltung der Reihe nach von allen ausgeübt werden, die dann zur Gewohnheit werden u. schliesslich als besondere Funktionen einer besonderen Kategorie von Menschen ganz verschwinden."

Lenin war der Auffassung, dass während der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, des Sozialismus, "alle Staatsbürger sich in bezahlte Angestellte des Staats, der selber durch die bewaffneten Arbeiter personalisiert wird verwandeln. Alle Staatsbürger verwandeln sich in Angestellte eines einzigen "Staatstrusts".

Man vergleiche damit Trotzki's Ausführungen über die Sowjetbürokratie. Trotzki rechnet zur Sowjetbürokratie nicht nur die Beamten des Staatsapparats im eigentlichen Sinne, sondern auch das Verwaltungs u. technische Personal der Industrie u. der Kolchosen. Ja sogar die Stachanowisten u. andere qualifizierte Arbeiter in Industrie u. Landwirtschaft. Diese "Bürokratie" will Trotzki beseitigt wissen. Lenin nahm, wenn er über das Berufsbeamtentum sprach immer ausdrücklich das technische Personal, geschweige denn die qualifizierten Arbeiter, aus. Wie wir gesehen haben, war Lenin der Auffassung, dass der Weg zur Beseitigung des Berufsbeamtentums über den Ausbau der sozialistischen Wirtschaft, der Schaffung eines immer breiteren Kreises von qualifizierten Kräften, die befähigt sind, die "Kontrolle" u. "Buchhaltung" zu besorgen, geht. Trotzki dagegen bekämpft gerade die qualifizierten Kräfte als "Bürokraten", d.h. die Arbeiter, die Instande wären, die Funktionen der Berufsbeamten mit zu übernehmen. Er versperrt damit in Wirklichkeit den Weg zur Überwindung des Bürokratismus. Der Bürokratismus kann nicht beseitigt werden, indem man plötzlich alle Beamten abschafft, wie sich das Trotzki vorstellt. Das ist heute in der SU noch genau so eine Utopie wie vor 20 Jahren, als Lenin dagegen kämpfte. Der Bürokratismus kann nur überwunden werden durch eine Erweiterung der proletarischen Demokratie, durch die Erweiterung der Selbstverwaltung, die Heranziehung immer breiterer Massen zur Ausübung der staatlichen Funktionen; u. es ist klar, dass die Träger dieses Prozesses in erster Linie die qualifizierten Arbeiter in Stadt u. Land sein werden.

Auch die Vorstellungen, die Trotzki von dem Absterben des Sowjetstaats hat, sind reichlich utopisch. Trotzki wundert sich, dass 20 Jahre nach der sozialistischen Revolution der Sowjetstaat immer noch nicht abgestorben ist. Der Marxismus-Leninismus rechnet mit anderen Zeiträumen. Wir erinnern an Marx, der annahm, dass die Bürgerkriege ein Menschenalter dauern würden. Wir erinnern an die Ausführungen Lenins in "Staat und Revolution" Marx, Engels und Lenin haben uns gelehrt, dass das völlige Absterben des Staates an bestimmte ökonomische Voraussetzungen gebunden ist, nämlich an die Entwicklung zu einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft. In unserem vorhergehenden Artikel zitierten wir Marx, dass in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, im Sozialismus, noch Ungleichheit in der Verteilung der Konsumtionsmittel besteht. Marx fährt dann fort:

"In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knackende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger u. körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind u. alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fliessen - erst dann kann den enge bürgerliche Rechts-horizont ganz überschritten werden u. die Gesellschaft auf ihre Bahnen schreiten; Jeder nach seinen Fähigkeiten, Jedem nach seinen Bedürfnissen."

ERSCHEINT WÖCHENTLICH.

==:==:==:==:==:==:==:==:==:==

Einzelexemplar: 0.75 dts.

Monatlich: 2.50 Frs.

Ausland: 3.50 "

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der I.V.K.O.)

Nr. 36/IV. Jahrgang.

Erste Septemberwoche 1937.

DIE VALENCIA-REGIERUNG ZUM FRIEDEN MIT FRANCO BEREIT.

oo

Wir haben des Öfteren darauf hingewiesen, dass die konterrevolutionäre Politik der Regierung Negrin-Frieto auf ein Kompromiss der spanischen republikanischen Bourgeoisie und der um Franco gruppierten faschistischen Kräfte gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern hinsteuert. Jetzt hat die Valencia-Regierung die Karten auf den Tisch gelegt. Der Außenminister der Regierung Negrin-Frieto, José Giral, hat in einem Interview mit dem amerikanischen Berichterstatter M.H.V. Kaltenborn, der das "Columbia Broadcasting System" vertritt, öffentlich die Bereitschaft der spanischen Volksfrontregierung zum Frieden mit Franco kundgetan. Giral sagte unter anderem: "Unsere Aussicht auf Verhandlungen hängt vor allem von einer Geste der Rebellen ab. Es ist notwendig, dass sie anerkennen, dass sie nicht im Stande sind, das Land für sich allein zu erobern. Auf dieser Grundlage könnte man etwas versuchen. Wir werden keineswegs auf Repressalien bestehen". Giral schlug gleichzeitig den amerikanischen Präsidenten Roosevelt als möglichen Vermittler vor. In demselben Interview lobte Giral die spanischen sogenannten Kommunisten, weil sie keineswegs an die "Errichtung eines kommunistischen Staates" dächten. Die "Hauptgefahr" erblickt Giral in dem "anarchistischen Druck auf die Syndikalist". Giral hat in diesem Gespräch mit einem Vertreter der amerikanischen bürgerlichen Presse den Inhalt der Politik der Valenciaregierung sehr gut zusammengefasst. Diese Regierung streckt Franco und seinen Bluthunden die Bruderhand entgegen und erklärt, sie werde keinerlei Repressalien gegen die faschistischen Mörder anwenden. Dagegen fühlt sich die Regierung Negrin-Frieto durch die Anarchisten und überhaupt durch alle revolutionären Arbeiter bedroht. Und gegen die FOUM sowie gegen die revolutionären anarchistischen und linkssozialistischen Arbeiter geht die Regierung Negrin-Frieto bekanntlich mit den allerbrutalsten Repressivmassnahmen vor. Diese Regierung, die von der KP als "Regierung des Sieges" bezeichnet wurde, hat eine ganze Reihe von militärischen Niederlagen auf dem Gewissen, so zuletzt den Zusammenbruch der Front bei Santander. Jetzt bettelt sie den amerikanischen Imperialismus an, er möge ihr bei der Versöhnung mit Franco behilflich sein. Die von der KP vertretene Losung, dass von der proletarischen Revolution keine Rede sein könne, solange der Krieg nicht gewonnen sei, bedeutet also in der Praxis eine Politik, die vor allem die konterrevolutionäre Niederschlagung der Vorkämpfer der Revolution bezweckt, und zwar auch um den Preis, dass dabei der Krieg gegen Franco verloren geht.

-o-o-o-o-o-

DER WEISSE TERROR IM REPUBLIKANISCHEN SPANIEN.

oo

Der amerikanische Staatsbürger, Harry Milton, der den Milizen der FOUM angehörte u. der in Paris angekommen ist, nachdem er in dem Carcel Modelo (den Zentralgefängnis in Barcelona), dem Polizeigegefängnis u. dem Schloss von Montjuich gesessen hatte, hat folgendes erklärt:

"Jeden Tag kommen neue Elemente der FOUM u. der CNT in die Gefängnisse von Barcelona. Von den sechs Galerien, aus denen das Carcel Modelo besteht, wobei jede Galerie 150 Mann beherbergt, haben die Arbeiter der FOUM u. der CNT jetzt mehr als zweiundeinhalbe inne. Dasselbe wiederholt sich in den anderen Gefängnissen Kataloniens u. des übrigen Spaniens, nach dem zu schliessen, was

ich von den Genossen gehört habe, die aus anderen Orten kamen u. den Polizei- u. Justizbehörden von Barcelona überwiesen worden waren.

Man erlebt den paradoxalen Fall, dass die verhafteten faschistischen Elemente, die in den Nächten, wenn Barcelona von Francos Flugzeugen bombardiert wird, aus vollem Halse rufen: "Es lebe Franco", am nächsten Morgen freigelassen werden, während diejenigen, die im Gefängnis bleiben, sehen, wie die leer gewordenen Zellen von neuem belegt werden, aber diesmal mit Männern, die viele Monate an der Front gegen die Faschisten gekämpft haben.

In den Gefängnisse von Barcelona haben die antifaschistischen Gefangenen Komitees gebildet, die den Namen "Komitees der Gefangenen der POUM, der CNT-FAI u. der UGT" tragen. Die letzteren sind Elemente der UGT, die in Opposition zu der bürgerlich-demokratischen Orientierung stehen, die die Stalinisten in Katalonien, die die Führung der UGT beherrschen, dieser Organisation geben wollen". (Independent News)

Aus Lerida berichtet man uns die näheren Umstände der Hinrichtung von Marcial Mena, dem politischen Kommissar der POUM.

Nach diesem Bericht wurde Mena infolge eines Protestes der Soldaten, die in dem Kastell von Lerida untergebracht waren, verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Dieser Protest bezog sich auf die schlechte Qualität des Essens.

Man beschuldigte Mena, den Protest zusammen mit dem neuen politischen Kommissar, der der CNT angehört, organisiert zu haben. Sie wurden beide kurz u. bündig vor Gericht gestellt u. zum Tode verurteilt. Der diensttuende Kommissar wurde begnadigt. Es war unmöglich, von der Regierung von Valencia die Begnadigung Menas, die dem anderen Genossen gewährt worden war, zu erlangen. Das Begnadigungsgesuch war von allen politischen Parteien ohne Unterschied der Tendenz u. von allen Gewerkschaften unterzeichnet worden. Nur die Elemente der PSUC u. der Gewerkschaften, die von ihnen geleitet werden, weigerten sich, das Gesuch zu unterzeichnen.

Mena war der Kommissar des Kastells seit Beginn des faschistischen Aufstandes gewesen u. er blieb es bis zum Beginn der Verfolgungen gegen seine Partei. Er war es, der den grössten Teil der Bataillone von Kämpfern aus der Provinz Lerida organisiert hatte, die seit Juli 1936 an die Aragonfront gegangen waren.

Nach dem Bericht von Zeugen, die der Hinrichtung beiwohnten, starb Mena sehr mutig. Er rief: "Es lebe die POUM! Es lebe die sozialistische Revolution!" Er kommandierte selber die Hinrichtungsabteilung.

--o-o-o-o-o-o-o-o-o-o--

DIE POUM KLAGT AN!

oooooooooooooooooooo

Einem Aufruf des Exekutivkomitees der POUM v. 23. Juli 1937 entnehmen wir: "Wir klagen die PFSpaniens u. die PSUC vor dem internationalen Proletariat an:

- dass ihr Abgeordneter von Malaga, Carnetano Bolivar, politischer Kommissar dieser Stadt dafür verantwortlich gewesen ist, dass sie in die Hände der Faschisten gefallen ist;
- dass sie alle Anstrengungen des katalanischen Proletariats an der Aragonfront mit Hilfe einer systematischen Sabotage untergraben haben, indem sie die Waffen, die für diese Front bestimmt waren, in Carthagena zurückhielten, um die Divisionen der POUM u. der CNT-FAI, die den Hauptteil der in Aragon kämpfenden Armee bildeten, aktionsunfähig zu machen;
- dass sie mit Hilfe der Zentralregierung bis nach den Maitagen die Entwicklung der katalanischen Rüstungsindustrie sabotiert haben, um zu verhindern, dass diese sich in den Händen der revolutionären Arbeiter der CNT-FAI u. der POUM befand;
- dass sie der baskischen Bourgeoisie geholfen haben, alle revolutionären Möglichkeiten im Baskenland zu ruinieren, was dazu geführt hat, dass die

wichtigen industriellen Betriebe von Bilbao ohne grössere Schwierigkeiten den faschistischen Generalen u. Deutschland ausgeliefert worden sind;
 dass sie der Aragonfront grosse Mengen von Waffen in Hinblick auf die Konterrevolution in Katalonien entzogen haben, insbesondere 12 Tanks;
 dass sie aus derselben Front Hunderte von Mannschaften herausgezogen haben, die in den zwei Wochen, die den Maitagen vorausgingen, als Carabiniers u. Sturmgarden (Polizeitruppen) in Dienst gestellt wurden;
 dass sie versucht haben, die 29. Division, die von der POUM organisierte u. geleitete Division Lenin trotz deren Kampfleistungen an der Front zuzerstören u. dass sie die Entfernung von zwei Bataillonen dieser Division von ihrer Basis dazu benutzt haben, um sie zu entwaffnen, während sie im Schützengraben gegen die Faschisten kämpften;
 dass sie bei der Demoralisierung von Bilbao mitgewirkt haben, denn ihre beiden Vertreter in der baskischen Regierung verliessen ihre Posten, als der Feind vor den Toren der Stadt stand, u. zwar noch vor den bürgerlichen Ministern.

Wir klagen die EF u. die PSUC an:

dass sie den weissen Terror gegen das revolutionäre Proletariat organisiert haben;
 dass sie in der Karl Marx-Kaserne in Barcelona während der Maitereignisse 12 anarchistische Genossen gefoltert u. ermordet haben;
 dass sie während derselben Tage zwei Genossen der POUM in dem zentralen Parteilokal der PSUC in Barcelona festgehalten u. ermordet haben;
 dass sie die Ermordung des Führers der libertären Jugend von Katalonien, Alfredo Marín u. des anarchistischen Philosophen Camillo Berneri organisiert u. durchgeführt haben;
 dass sie die Ermordung der anarchistischen Führer von Tarragona während der Maitage organisiert u. durchgeführt haben;
 dass sie den Terror durch Massenmorde von anarchistischen Führern in Ortschaften der Provinzen Madrid, Almeria, Albacete, Murcia u. Valencia organisiert haben;
 dass sie Militanten der POUM, die an den Fronten im Süden u. im Zentrum gekämpft haben, ermordet haben;
 dass sie jede Solidaritätsbestrebung des internationalen Proletariats untergraben haben, indem sie innerhalb der internationalen Brigaden bisher unerhörte Terrormethoden anwandten;
 dass sie an verschiedenen Orten Spezialgefängnisse geschaffen haben, deren Zentrum das von Sanit Urula in Valencia ist, wo in sadistischer Weise Dutzende von spanischen u. ausländischen revolutionären Arbeitern gefoltert wurden, die sich geweigert haben, sich den vom Stalinismus in Spanien eingeführten Methoden zu unterwerfen.

Wir klagen die EF u. die PSUC an:

dass sie die spanische Revolution verraten haben, indem sie Comorera, den Generalsekretär der PSUC zu einer Tagung in Brüssel geschickt haben, an der Politiker teilnahmen, die mit der faschistischen Regierung in Salamanca sympathisieren, sowie republikanische Politiker, die aus dem antifaschistischen Spanien geflohen waren."

-o-o-o-o-o-

DER BLUTIGE FOSSENREISSER.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Die "Prawda" v. 25. August 1937 veröffentlicht einen Artikel ihres spanischen Korrespondenten Michael Kolzow unter der Überschrift "Die trotzkistischen Spione in Spanien". In diesem Artikel, der von phantastischen Lügen über die POUM wimmelt, erklärt der journalistische Repräsentant Stalins in Spanien, dass die spanische Volksfrontregierung u. ihre Organe bei der Verfolgung der POUM "milde und Don-Quijote-artige Sitten" an den Tag legten, u. versucht, sie zu noch brutaleren Repressalien gegen die POUM aufzustacheln. Stalin genügt offenbar die Ermordung Mins und anderer spanischer Revolutionäre nicht, er möchte wahrscheinlich in Spanien ebensolche Massenerschiessungen sehen wie in der SU. Deswegen lässt er die Valenciaregierung öffentlich durch seinen journalistischen Handlanger Kolzow rüffeln.

Wer ist dieser Koltzow? Er ist zu seiner heutigen Rolle in gewisser Hinsicht durch seine Vergangenheit prädestiniert. Während des Bürgerkrieges war er Mitarbeiter welschgardistischer Zeitungen in der Ukraine. Als Denikin's Herrlichkeit zu Ende war, entdeckte Koltzow seine Sympathien für den Bolschewismus. Damals herrschte in der Sowjetpresse starker Mangel an journalistischen Kräften. Koltzow, der flott schreiben kann, kam schliesslich in der "Pravda" als Mitarbeiter unter. Allerdings schrieb er dort keine politischen Artikel, sondern satirische Feuilletons. Als Fossenreisser war er keine schlechte Kraft. Stalin hat diesen Fossenreisser, der ihm natürlich hundertfünfzigprozentig ergeben war, zu einer politischen Figur gemacht. Jetzt kann dieser Clown auf internationalen Schriftstellerkongressen auftreten, um der Weltliteratur ihre "Aufgaben" zu weisen. Und in Spanien übt Koltzow seine Funktion als Berichterstatter der "Pravda" aus, indem er ungefähr in demselben Tone wie ein Agent einer imperialistischen Macht in einem halbkolonialen Lande den spanischen Behörden Anweisungen gibt, wie sie die Politik der Konterrevolution durchzuführen haben.

Es ist für uns unmöglich, hier auf alle Lügen einzugehen, die Koltzow in Bezug auf die FOUM in seinem Artikel erzählt. Er wiederholt den von den Mördern Mins ausgedachten Schwindel von der angeblichen Flucht dieses Opfers der spanischen Stalinjünger. Er behauptet, dass die FOUM bei einer Mobilisierung ihrer Mitglieder in ganz Spanien für den Frontdienst nur 30 Mann aufgebracht habe, dabei waren bis zuletzt allein in der Division Lenin Tausende von Parteimitgliedern der FOUM an der Front.

Dem blutigen Fossenreisser Koltzow behagt die Tatsache, dass die FOUM in der Illegalität ihre Tätigkeit fortsetzt, u. dass insbesondere das Zentralorgan "La Batalla" regelmässig erscheint und weiteste Verbreitung findet, nicht. Koltzow erzählt über den Inhalt der "Batalla" Dinge, die geeignet sind, nicht nur Balken, sondern die stärksten Eisenträger zum Biegen zu bringen. Er behauptet frischweg, dass die "Batalla" einen "bestialischen Hass" gegen alle spanischen Kommunisten ohne Ausnahme, Arbeiter, Bauern, Soldaten an den Tag lege.

Der journalistische Komplize der Mörder Mins, der zu weiteren Morden an FOUM-Führern auffordert, zielt aus der unerschöpflichen Tiefe seiner Phantasie angebliche Flugblätter der FOUM, in denen die Köpfe von Prieto und Comorera gefordert worden seien. Dabei war es Koltzows Freund Comorera, der kürzlich der FOUM und den Anarchisten in einer öffentlichen Rede mit dem Köpferrollen drohte.

Das politische, mit Verlaub zu sagen, Niveau Koltzows kann an folgenden Sätzen aus seinem Artikel ermassen werden:

"Bekanntlich wird in Valencia binnen kurzem die Tagung des Parlaments der spanischen Republik eröffnet werden. Die faschistischen Rebellen stehen dieser Tatsache mit grosser Wut gegenüber... Wie verhalten sich die trotzkistischen Spione u. Diversanten zur Einberufung des Parlaments? Absolut in der gleichen Weise. Sie behaupten, dass "es notwendig sei, das bürgerliche Parlament aufzulösen, und an seiner Stelle eine konstituierende Versammlung für ganz Spanien zu schaffen". Bei den Wahlen zur Konstituante schlagen die FOUM-Leute den Kampf "gegen die bürgerliche Demokratie" vor. Wie man sieht, geben sich die Agenten des Faschismus im republikanischen Gebiet nicht einmal die Mühe, ihre Abstammung aus Salamanca u. Berlin auch nur einigermassen zu verhüllen."

Bekanntlich hat ein gewisser Lenin seinerseits die Auflösung des bürgerlichen Parlaments gefordert u. durchgeführt, und bei dieser Gelegenheit den Kampf gegen die bürgerliche Demokratie als Aufgabe des gesamten Weltproletariats bezeichnet. Allerdings war Koltzow 1918, als die Sowjetregierung die Konstituante auflöste, noch welschgardistischer Journalist, und es ist nicht unwahrscheinlich, dass er damals Artikel schrieb, in denen er erzählte, Lenin bekämpfe die bürgerliche Demokratie im Auftrage Wilhelm II. u. Ludendorffs.

Koltzow beschwert sich, dass die FOUM-Genossen sich im Gefängnis "wie zu Hause" fühlen. Er verlangt also, dass sie noch mehr gequält werden. Er beschwert

tarischen Einschlag, die von der Regierung Blum unter Zustimmung der KPF aufgelöst wurde. Der Berichterstatter der "Humanité" schreibt zu diesen Verhaftungen:

"Messali und die nationalistische Partei betreiben die Abenteuerpolitik, die ihnen von dem Trotzkiisten Ferrat inspiriert war und spekulierten auf die religiösen Gefühle und die Bestrebungen des algerischen Volkes nach einem freieren Leben."

Sie werden ausgerechnet vom Zentralorgan der KPF angeklagt, dass sie "das algerische Volk gegen das französische Volk richten" wollen.

Es ist schamloser Verrat an nationaler Befreiungskampf der Völker Nordafrikas, den hier das Organ der Kommunistischen Partei Frankreichs zum Besten der Volksfrontpolitik, zum Schutze der französischen Kolonialherrschaft und zum Besten der französischen Kolonialarmee in Nordafrika betreibt.

-o-o-o-o-o-

Das EKKI predigt Terrorismethoden gegen die revolutionären Gegner
=::=

der Volksfrontpolitik.
=::=

Eine Resolution des Präsidiums des EKKI der KI, die in der Zeitschrift "Kommunistische Internationale", Heft 7, abgedruckt ist, verlangt den "systematischen Kampf" ... gegen den Trotzkiismus als Agentur des Faschismus". Als "Trotzkisten" und "Agenten des Faschismus" gelten bei der KI-Bürokratie bekanntlich alle Kommunisten, die Stalin nicht "schrankenlos ergeben" sind bezw. den kontrarevolutionären Volksfrontreformismus bekämpfen. Mit welchen Methoden das EKKI seinen "systematischen Kampf" zu führen gedenkt, zeigt folgende Stelle der Resolution:

"Diese Schlingenspielerrolle des Trotzkiismus in der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder erfordert von Seiten der Sektionen der Komintern um so grössere Aufmerksamkeit, als die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern nicht über diejenigen Mittel der Verteidigung gegen die trotzkistischen Spione und Provokateure verfügt, über welche der proletarische Staat verfügt..."

Das EKKI ist also tief betrübt, dass es die "Trotzkisten" in den kapitalistischen Ländern nicht ebenso "legal" werden lassen kann, wie Stalin das mit den wirklichen, vermeintlichen und möglichen Gegnern seiner persönlichen Diktatur in der SU tut. Dieser Satz der EKKI-Resolution ist weiter nichts als eine versteckte Aufforderung zu solchen Mordmorden wie der, den der Genosse Min zum Opfer gefallen ist. Es gilt dafür zu sorgen, dass diesen Versuchen, die Stalinschen Terrorismethoden in die internationale Arbeiterbewegung einzuführen, Halt geboten wird.

-o-o-o-o-o-

TROTZKI UND DIE SOWJETUNION.
oooooooooooooooooooooooooooo
III.

Wenn wir von dem Stalinschen Terrorregime in der SU sprechen, so verstehen wir darunter eine Politik, die den Grundsätzen u. der Praxis der Sowjetchemokratie u. der innerpolitischen Demokratie, wie sie unter Lenin verfochten wurden, diametral entgegengesetzt ist. Für uns trennt eine Kluft das Stalinsche Sowjet- und Parteiregime von dem Sowjet- u. Parteiregime zu Lenins Lebzeiten. Nicht so bei Trotzki. Nach Trotzki ist das Stalinsche Regime nur die notwendige Folge einer Entwicklung, die bereits von Lenin eingeleitet worden war. Den ersten Sündenfall sozusagen, der die Stalinschen Sündenfälle notwendigerweise nach sich gezogen habe, erblickt Trotzki in dem Verbot der Parteien der Menschewiki u. der Sozialrevolutionäre, das während des Bürgerkriegs erfolgte, u. in dem Verbot von Fraktionen innerhalb der Partei, das der 10 Parteitag der KP Russlands im Jahre 1921 beschloss. Trotzki schreibt

dazu:

"Das Verbot der Oppositionsparteien führte zum Verbot der Fraktionen; das Verbot der Fraktionen gipfelte im Verbot, anders zu denken als der unfehlbare Führer."

Das Verbot der Menschewiki u. der Sozialrevolutionäre erfolgte bekanntlich, weil sie grundsätzliche Gegner des Sowjetregimes waren. Lenin hat das Verbot der nichtkommunistischen Parteien keineswegs bloss, wie Trotzki das jetzt behauptet, als eine vorübergehende Massnahme im Bürgerkrieg, als eine "episodische Notwendigkeit der Verteidigung" betrachtet. Er hat gerade nach Beendigung des Bürgerkriegs, als die NEP eingeführt wurde, besonders nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Unterbindung der Agitation der Menschewiki u. der Sozialrevolutionäre hingewiesen. Soviel wir wissen, hat Trotzki u. St. nichts gegen die Auffassungen Lenins in dieser Frage einzuwenden gehabt.

Was das Verbot der Bildung von Fraktionen in der KPSU, d. h. von dauernden Sonderorganisationen mit eigener Presse usw. in der Partei, betrifft, so bedeutete dieses Verbot unter dem Leninschen Parteiregime keineswegs, dass damit das Recht auf Kritik u. die Freiheit der Diskussion in der Partei unterbunden wurde. Es ist einfach eine Geschichtsfälschung, wenn man, wie Trotzki das tut, die Leninschen u. die Stalinschen Parteimethoden gleichsetzt.

Wie in seinen früheren Arbeiten über die SU so bedient sich Trotzki auch in "La Révolution trahie" ("die verratenen Revolution") Analogien aus der bürgerlichen Revolution, der grossen französischen Revolution, um die Entwicklung des Sowjetregimes zu charakterisieren. Nach Trotzki ist das Stalinsche Regime der "Sowjet-Thermidor".

Der Thermidor von 1793 war der Sturz der revolutionären Diktatur der Jakobiner, der Robespierre usw., die die Vertreter der revolutionären Volksmassen waren, war der Sieg der bürgerlichen Konterrevolution. Die Jakobinerdiktatur konnte gestürzt werden, weil sie ihre historische Aufgabe erfüllt, weil sie sich überlebt hatte. Sie war notwendig gewesen, um die bürgerliche Revolution konsequent durchzuführen, um den Feudalismus völlig zu zerschlagen u. damit die ökonomischen Voraussetzungen für die Herrschaft der Bourgeoisie zu schaffen. Die Bourgeoisie war selber in ihren Spitzen eng mit dem Feudaladel verbunden, so richtete sich denn auch die Jakobinerdiktatur z. T. gegen die Bourgeoisie. Aber nachdem einmal das Feudalsystem zertrümmert u. damit die ökonomischen Bedingungen für die freie Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft geschaffen waren, musste auch der Überbau sich dem anpassen, d. h. die politische Herrschaft an die grosse Bourgeoisie übergehen. Das geschah durch den Thermidor.

Hat sich in der SU ein Vorgang abgespielt, der mit dem Thermidor der grossen französischen Revolution verglichen werden könnte, wie das Trotzki tut? Wir antworten: nein. Trotzki definiert den "Sowjet-Thermidor" als "Sieg der Bürokratie über die Massen". Aber ist die Bürokratie in der SU eine Klasse, die die Herrschaft der Arbeiterklasse abgelöst hat, wie die französische grosse Bourgeoisie 1793 die Herrschaft der revolutionären kleinbürgerlichen Massen? Trotzki selbst wagt nicht zu behaupten, dass die Sowjetbürokratie eine neue Klasse sei. Er schreibt:

"Die Bürokratie hat sich keine soziale Basis für ihre Herrschaft in der Form besonderer Eigentumsverhältnisse geschaffen, sie ist gestiegen, das Eigentum des Staates, die Quelle ihrer Macht u. ihrer Einkünfte zu verteidigen. Von diesem Gesichtspunkt aus bleibt sie das Instrument der Diktatur des Proletariats."

Wenn aber in der SU noch die Diktatur des Proletariats herrscht, wieso kann es dann einen Thermidor gegeben haben? Bei Trotzki finden wir keine Erklärung für diesen Widerspruch. Es kann auch keine geben, denn die ganze Analogie mit der bürgerlichen Revolution ist verfehlt. Der Thermidor von 1793 war die Anpassung des politischen Überbaus an den ökonomischen Unterbau, der politische Überbau, die Jakobinerdiktatur, hatte den ökonomischen Unter-

bau überholt. Engels sagte (in seinem Artikel "Über historischen Materialismus") über die bürgerliche Revolution:

"Darin selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeharnt wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, dass die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde."

Der Rückschlag war die bürgerliche Kontorrevolution, der Thermidor. In der SU ist heute der ökonomische Unterbau weiter entwickelt als der politische Überbau. Die ökonomischen Voraussetzungen für eine Erweiterung der Sowjetdemokratie sind längst gegeben. Der politische Überbau ist infolge des Stalinregimes hinter der ökonomischen Entwicklung zurückgeblieben. Worauf es in der SU jetzt ankommt, das ist, den Überbau dem Unterbau anzupassen, d. h. die persönliche Diktatur Stalins zu beseitigen u. den Weg für die Entfaltung der Partei- u. Sowjetdemokratie freizumachen. Man sieht, dass Trotzki's Theorie über den "Sowjet-Thermidor" nicht nur widerspruchsvoll ist, sondern die Dinge direkt auf den Kopf stellt.

Ebenso unglücklich ist Trotzki's Theorie des "Sowjetbonapartismus". Trotzki schreibt:

"Der Cäsarismus oder seine bürgerliche Form, der Bonapartismus, erscheint auf der historischen Bühne, wenn der erbitterte Kampf zweier Gegner die Regierungsgewalt über die Nation zu erheben u. den Regierenden eine scheinbare Unabhängigkeit gegenüber den Klassen zu sichern scheint, wobei ihnen jedoch nur in Wirklichkeit die Freiheit gelassen wird, die sie brauchen, um die Privilegierten zu verteidigen. Das Stalinsche Regime, das sich über eine politisch atomisierte Gesellschaft erhebt u. sich auf die Polizei- und das Offizierkorps stützt, ohne irgendeine Kontrolle zuzulassen, stellt offensichtlich eine Abart von Bonapartismus dar, von einem neuen Typus, ohne Parallele bisher. Der Cäsarismus wird in einer Gesellschaft geboren, die sich auf die Sklaverei stützt u. durch innere Kämpfe erschüttert ist. Der Bonapartismus war eines der Instrumente des kapitalistischen Regimes in seinen kritischen Perioden. Der Stalinismus ist eine Abart davon auf der Grundlage des Arbeiterstaates, der durch den Antagonismus zwischen der organisierten u. bewaffneten Sowjetbürokratie u. den entwaffneten werktätigen Massen zerrissen ist".

Einige Zeilen weiter heisst es bei Trotzki:

"Trotz dem tiefgehenden Unterschied zwischen ihren sozialen Grundlagen sind der Stalinismus u. der Faschismus symmetrische Phänomene."

Nun ist der Faschismus im 20. Jahrhundert das, was der Bonapartismus im 19. Jahrhundert war. Wenn aber, wie Trotzki selber sagt, ein tiefgehender Unterschied zwischen den sozialen Grundlagen des Diktaturregimes Stalins und der faschistischen Diktatur bestehen, wie kann man dann "Stalinismus" und Bonapartismus gleichsetzen? Als gemeinsamer Zug des Stalinschen Regimes mit dem Bonapartismus bleibt dann nur übrig, dass Stalin ein persönlicher Diktator ist u. dass auch Bonaparte einer war. Aber persönliche Diktatoren hat es schon viele gegeben. Auf die ganze Theorie Trotzki's vom "Sowjetbonapartismus" trifft zu, was Marx in seinem Vorwort zur 2. Auflage des "Achtzehnten Brumaire" geschrieben hat:

"Schliesslich hoffe ich, dass meine Schrift zur Beseitigung der jetzt namentlich in Deutschland landläufigen Schulphrase vom sogenannten Cäsarismus beitragen wird. Bei dieser oberflächlichen geschichtlichen Analogie vergisst man die Hauptsache, dass nämlich im alten Rom der Klassenkampf nur innerhalb einer privilegierten Minderheit spielte, zwischen den freien Reichen und den freien Armen, während die grosse produktive Masse der Bevölkerung, die Sklaven, das bloss passive Piedestal für jene Kämpfer bildete. Man vergisst Sismondis bedeutenden Ausspruch: das römische Proletariat lebte auf Kosten der Gesellschaft, während die moderne Gesellschaft auf Kosten des Proletariats lebt. Bei so gänzlicher Verschiedenheit zwischen den materiellen ökonomischen Bedingungen des antiken u. des modernen Klassenkampfes können auch seine politischen Ausgebirten nicht mehr miteinander gemein

haben als der Erzbischof von Canterbury mit dem Hochpriester Samuel."

So dachte Marx über die von Trotzki beliebte Methode, Analogien zwischen durchaus verschiedenartigen geschichtlichen Erscheinungen herzustellen. (Fortsetzung folgt)

--o-o-o-o-o-o--

Varga und die Volksfrontpolitik.
==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==:==

Zur Kennzeichnung der Politik der französischen Volksfrontregierung zitiert der bekannte Kommunist Varga in seinem letzten Bericht über "Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im ersten Halbjahr 1937" in der Sondernummer der "Rundschau" v. 18.8. die "Times" v. 14. April d. J., wo sie schreibt:

"Alles in allem wurde den Kapitalisten durch die Regierung der Volksfront kaum ein Haar gekrümmt; sie haben sicherlich nicht mehr gelitten als unter irgendeiner anderen Regierung der Nachkriegszeit; aber sie wurden durch Herrn Auried sehr erschreckt, der als Schaf im Wolfspelz auftrat..."

Varga vergisst allerdings zu erwähnen, dass die V.F. diese Regierung den Massen als eine Regierung des Kampfes gegen die "200 Familien" darstellte und sie restlos unterstützt hat.

Varga schreibt in seinem Bericht über die Volksfrontregierung Nr. 3:

"Bonnet hat das Vertrauen der Grossbourgeoisie nicht getäuscht." Obzwar die Grossbourgeoisie in Bonnet ihr Vertrauen setzte, hinderte dies die K.F. nicht auch ihr Vertrauen der Regierung Chautemps-Bonnet zu schenken.

Über die Bonnetsche Steuerreform schreibt Varga:

"Zweitens führte Bonnet eine Steuerreform durch, die auch von einer gewöhnlichen bürgerlichen Regierung (die Regierung Chautemps-Bonnet ist also eine ungewöhnliche bürgerliche Regierung!) wohl weil die K.F. sie unterstützt? hätte eingebracht werden können, so günstig ist sie für das Grosskapital... Von der vorgesehenen Steuererhöhung von 10,2 Milliarden Franken entfallen über 7 Milliarden auf Massensteuern auf den Verbrauch u. den Verkehr; von den restlichen 3 Milliarden wird ein bedeutender Teil der Einkommenssteuer, der Stempelsteuer und der Wertpapiersteuer von den "kleinen Leuten", dem Kleinbürgertum in Stadt u. Land getragen. Auf die Grossbourgeoisie entfallen höchstens 10 bis 15 Prozent der Mehreinnahme. Eine Regierung der bürgerlichen Parteien hätte unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum eine andere, für die Grossbourgeoisie günstigere Steuerreform vorschlagen können."

Deshalb hat wohl das ZK der K.F. nach dem Erlass der Bonnetschen Finanzmassnahmen der Regierung eracat ihre loyale Unterstützung zugesichert? Auf jeden Fall ist es sehr nützlich festzuhalten, dass nach dem Urteil eines prominenten Kommunisten, die Volksfrontregierung mit Unterstützung der K.F. eine Steuerreform durchgeführt hat, die auch von einer Regierung der bürgerlichen Parteien kaum günstiger für die Grossbourgeoisie hätte ausfallen können. Aber Varga widert sein Urteil mit Rücksichtnahme auf die Mitwirkung der K.F. an dieser Politik. In Wahrheit hätte unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine aus nur bürgerlichen Parteien bestehende Regierung, einem solchen Anschlag auf die Werktätigen nicht so leicht durchführen können, weil sie statt auf die Unterstützung der Arbeiterorganisationen zu rechnen, mit deren Widerstand hätte rechnen müssen. Wenn Varga die Konsequenzen aus seinen Feststellungen zu ziehen vergisst, so sollten es auf jeden Fall die Arbeiter tun.

--o-o-o-o-o--

MAN ERINNERT SICH DER "VERGESSENEN". Die "Humanité" schreibt in einem Artikel über die Notlage der Kleinpensionäre und der Arbeitsinvaliden:

"Die Sache der bis jetzt "Vergessenen" muss zur Sache der Arbeiterklasse, zur Sache der ganzen Volksfront werden, sollen diese Opfer der Lohnsteu-

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Sektion der IVKO.)

Nr. 37/IV. Jahrgang.

Zweite Septemberwoche 1937.

DAS MITTELMEER UND SPANIEN. ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die wachsende Bedrohung der imperialistischen Interessen Englands in China haben in Verbindung mit dem offenkundigen Zusammenbruch der Nichtinterventionspolitik die Bemühungen der englischen Regierung verstärkt, den Krieg in Spanien durch ein Kompromiss zugunsten des Faschismus zu beenden. Wie die Haltung des Quai d'Orsay und die anonymen Artikel Léon Blums im "Populaire" zeigen, geht die französische Politik mit der englischen hierin Hand in Hand.

Der Hauptzweck, der von England-Frankreich gemeinsam einberufenen Mittelmeerkonferenz, ist nicht der Öffentlich vorgeschobene, mit dem anonymen U-Bootskrieg Italiens im Mittelmeer fertig zu werden, - dazu sind die englischen und französischen Flotten jederzeit ohne fremde Hilfe fähig, - sondern Kulissenverhandlungen, um mit Deutschland u. Italien zu einem Kompromiss über Spanien zu gelangen. Zu diesem Zweck hält England bereits einen monarchistischen Kandidaten bereit. Nach hieher gelangten Nachrichten verlangt Amerika die Entsendung von sechs englischen Kreuzern aus dem Mittelmeer in die fernöstlichen Gewässer. Es ist klar, dass dies nur möglich ist nach Abschluss eines englisch-französisch-italienisch-deutschen Kompromisses über Spanien. Ein solches Kompromiss würde sich nicht nur gegen das republikanische Spanien, sondern auch u. vor allem gegen die Sowjetunion richten. Die sowjetische Note an Italien ist ein in letzter Minute unternommener Versuch dieser internationalen Verschwörung der "demokratischen" u. "friedliebenden" Mächte zu begegnen. Die sowjetische Aussenpolitik hat diese Verschwörung ebenso erleichtert, wie die sowjetische konterrevolutionäre Politik in Spanien.

Wie der Bericht der Maxton-Delegation, die jetzt aus Spanien zurückgekehrt ist, plastisch zeigt, befindet sich die Valencia-Regierung in einem Krieg aller gegen alle, der immer heftigere Formen annimmt u. jede wirksame Kriegführung lähmen muss. Daneben ist die Hauptsorge dieser Regierung, jetzt den Kampf gegen die Anarchisten-Syndikalisten und den Caballero-Flügel der spanischen Sozialdemokratie aufzunehmen.

Der Bericht der Delegation zeigt, dass die gesamte Regierung sich bemüht, die internationale Öffentlichkeit über die Ermordung Nins in die Irre zu führen u. den Anschein zu erwecken, dass Nin noch lebe. Der Bericht der Delegation weist auf den sowjetischen Generalstabskommandeur "Orlov" als den Ausführer des Mordes hin. Der Bericht ergibt ferner, dass die Gefahr für die summarische Erledigung der übrigen Führer der FOUM nicht nur nicht beseitigt ist, sondern weiter wächst. Die Sowjet- u. Komintern-Agenten in Spanien, denen die Negrinregierung keinerlei ernstzunehmenden Widerstand leistet, versuchen jetzt, die Führer der FOUM der Verbindung mit "Gestapoagenten" zu beschuldigen. (Zu "Gestapo-Agenten" werden die deutschen Revolutionäre gestempelt, die an der Seite der FOUM und der CNT-FAI an den spanischen Fronten gekämpft haben.) Der internationale Druck darf nicht nachlassen, um Rechenschaft für die Ermordung Nins zu verlangen u. die verhafteten Mitglieder der FOUM, der CNT-FAI u. der Ausländer, die mit ihnen kämpften, zu verteidigen.

Besonders bemerkenswert ist in der Bericht noch eine Äusserung Caballeros

u. anderer, "dass sie nicht die Möglichkeit einer Volkserhebung ausschlies- sen, ähnlich der, die sich in der ersten Maiwoche in Barcelona ereignete, aber von viel grösserem Umfange u. mit viel schwereren Folgen". Diese Voraus- sicht gründet sich sicherlich auf die Beobachtung der Wirkung der Provoka- tionen, die die KP Spaniens u. die PSUC in den letzten Wochen planmässig ge- gen die revolutionäre Arbeiterklasse Kataloniens u. des übrigen Spaniens aufgezogen haben.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

DIE BETRIEBSESETZUNG BEI SIMCA-FIAT UND DIE GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE.
oo

Seit einigen Tagen steht die Belegschaft der Autoverke Simca-Fiat in Nan- terre bei Paris im Streik. Die Arbeiter dieses Grossbetriebs haben in ih- rem Kampfe zu der im Juni vorigen Jahres bewährten Methode gegriffen u. ha- ben den Betrieb besetzt. Die Haltung der Simca-Arbeiter u. die Sympathien, die sie bei der arbeitenden Bevölkerung von Paris finden, sind ein Beweis dafür, dass der Kampfgeist der französischen Arbeiterschaft trotz der ver- heerenden Politik der Volksfrontpropheten noch nicht gebrochen worden ist. Die Simca-Arbeiter geben durch ihren Kampf ein praktisches Beispiel für alle Proletarier, indem sie zeigen, welches die richtigen Mittel sind, um die Unternehmeroffensive, die sich im Schatten der Chautemps-Bonnetschen Poli- tik entfaltet, zurückzuschlagen.

Das scheint aber nicht die Auffassung der Gewerkschaftsbürokratie zu sein. Das Exekutivbüro der Metallarbeiterföderation veröffentlicht eine Erklä- rung zum Simca-Streik, die eine zwar nicht offene, aber tatsächliche Desavou- ierung der tapferen Simca-Arbeiter ist. Die Erklärung des Exekutivbüros der Metallarbeiterföderation (in dem bekanntlich KP-Mitglieder die Führung ha- ben) sagt u.a.:

"Unsere Föderation ist ein übriges Mal verpflichtet, zu konstatieren, dass die Direktion der Simca, indem sie den Kollektivvertrag, die geschlossenen Vereinbarungen verletzte, sowie 50 Arbeiter ohne vorherige Kündigung ent- liess, gezeigt hat, dass sie bestrebt ist, in der Pariser Region die Unzu- friedenheit zu verschärfen, wobei sie hoffte, auf diese Weise einen allge- meinen Konflikt herbeizuführen."

Während die Simca-Arbeiter im Kampf stehen, haben die pseudokommunistischen Gewerkschaftsbürokraten keine andere Sorge, als die sich darüber zu beklä- gen, dass das brutale Vorgehen der Simca-Direktion sich daran hindere, dafür zu sorgen, dass die Arbeiter mit den Schlägen u. Unternehmerplackereien, de- nen sie im Zeichen der ach so "erfolgreichen" Volksfrontpolitik ausgesetzt sind, hübsch "zufrieden" bleiben. Und unsere traurigen Helden aus der Metall- arbeiterföderation beeilen sich noch hinzuzufügen, dass sie keineswegs an eine allgemeine Abwehrbewegung aller Pariser Metallarbeiter gegen die Un- ternehmerprovokationen dächten. Sie wagen es zu behaupten, die Unternehmer wünschten einen allgemeinen Konflikt, als ob die Kapitalisten bei ihren Pro- vokationen nicht darauf spekulierten, dass die Gewerkschaftsbürokratie es ihnen durch ihr Verhalten gestatten würde, die Arbeiter der einzelnen Be- triebe einzeln klein zu kriegen.

Das Dokument der Metallarbeiterföderation erklärt aber noch weiter:

"Die Föderation denunziert vor der öffentlichen Meinung den Willen des Un- ternehmertums, in der gegenwärtigen Periode alles zu tun, um in unserem Lan- de verschiedene Streikbewegungen hervorzurufen..."

Den Metallarbeiterbürokraten ist eine kleine Verwechslung unterlaufen. Nicht der gewerkschaftliche Kampf u. seine wirksamste Form, der Streik, son- dern die Politik der Gewerkschaftsbürokratie, so wie sie in diesem Dokument zum Ausdruck kommt, liegt im Interesse der Unternehmer. Die Mitglieder der CGT sollten sich ernsthaft die Frage vorlegen, ob sie noch länger zuschauen wollen, wie die Gewerkschaftsführer eine derart scharlose Antistreikpropa- ganda betreiben, wie das im vorliegenden Fall geschieht.

Die Schanderklärung der Metallarbeiterföderation weist dann auf die Masseregulungen von gewerkschaftlichen Militanten hin u. erklärt, dass es "paradoxal u. bezeichnend" sei, dass gerade die verantwortlichen Militanten und die Betriebsdelegierten gemassregelt würden. O kindliche Gemüter, die sich wundern, dass die Unternehmer gegen gewerkschaftliche Militanten vorgehen, wenn die Gewerkschaftsführung erklärt, dass sie nichts Ernsthaftes dagegen tun wolle. "Paradoxal" ist nicht die Haltung der profitlüsternen Kapitalisten, sondern der pseudokommunistischen Gewerkschaftsbürokraten, die auf alle Grundsätze des gewerkschaftlichen Kampfes pfeifen. Die Erklärung der Metallarbeiterföderation schliesst mit der Ankündigung, dass die Metallarbeiterinstanzen mit anwesend sein würden, wenn die Regierung der CGP die von dieser verlangte Zusammenkunft gewähre u. dass sie dann den Ministern inbezug auf den Entlassungsschutz Fragen vorlegen würden. Von einer Solidaritätsaktion für die kämpfenden Sinca-Arbeiter wird weiter kein Wort gesagt.

Den Unternehmern werden sicherlich die Knie vor Angst flattern, wenn sie hören, dass die Metallarbeiterföderation sich bei Chateaux u. Bonnet beschweren wollen. Chateaux u. Bonnet, die um nichts so sehr besorgt sind, als um das Vertrauen des Grosskapitals, sollen den Unternehmerprovokationen Einhalt gebieten! Wem wollen die Gewerkschaftsbürokraten diesen Schwinkel einreden?

Es muss verlangt werden, dass die Metallarbeiterföderation eine wirkliche Solidaritätsaktion für die kämpfenden Sinca-Arbeiter einleitet. Es muss verlangt werden, dass die Organisationen der CGP mobilisiert werden, um den Unternehmerprovokationen mit dem einzig wirksamen Mittel, mit der Anwendung der gewerkschaftlichen Kampfmittel in machtvollen Aktionen zu begegnen. Es muss Schluss gemacht werden mit der Politik der Gewerkschaftsbürokratie, die darin besteht, dass sie statt die Arbeiter zum Kampf zu mobilisieren, bei der Regierung antichambriert, dass sie, statt dafür zu sorgen, dass der Reallohn der Arbeiter verteidigt wird, sich an einer Enquête beteiligt, deren Zweck es ist, den Lohndruck u. die Durchlöcherung der 40 Stundenwoche zu fördern u. die schliesslich zu solchen, für die Gewerkschaftsbewegung schwachvollen Aeusserungen führt wie die zitierte Erklärung des Exekutivbüros der Metallarbeiterföderation.

-o-o-o-o-o-

Die Altersrente:

Ein Mittel zum Angriff auf die 40-Stundenwoche und um die Armeen zahlen
 =:~::
 zu machen.
 =:~::

Wir schrieben in Nr. 36 der "Arbeiterpolitik", "dass in der Kunst, den Mussen ein X für ein U zu machen, die volksfrontfreundlichen Führer der grossen Arbeiterorganisationen neue Errungenschaften aufzuweisen haben. Sie verstünden es ausgezeichnet, Lösungen, die aus dem Bedürfnisse der Arbeitermassen zum Kampf gegen das Kapital entstanden seien, in Absatzpunkte des Kapitalangriffs gegen die Arbeiter zu verwandeln.

Die "Humanité" hat auf diesem Gebiete ohne Zweifel eine Rekordleistung erreicht. Wir haben laufend die Haltung der KPF registriert, angefangen bei der Stellung des Député Paul über die Polemik gegen den UPR-Führer Schiess, bis zu der Feststellung, dass "glücklicherweise" nicht die rückständigen Reaktionen, wie Schiess u.a. "über das Schicksal des Projekts und darüber zu bestimmen haben, wer die Lasten zu tragen hat".

Diesem demagogischen Spiel zur Irreführung der Arbeiter gegenüber ist es angebracht, eine Stimme zu zitieren, die den wahren Tatbestand zum Ausdruck bringt. So schreibt der "Republikaner" in einem Artikel "Die kommende Altersrente" v. 2.9.37. zur Frage der Aufbringung der Mittel für die Altersrente u.a.:

"Heute scheint man auf dem Wege zu sein, die praktischen Mittel zu Über-

windung der finanziellen Hindernisse zu finden. Eine Unternehmergruppe des Departements Nord hat die Idee lanciert, dass eine wöchentliche Überstunde, die Einundvierzigste, eingeführt würde, deren Ertrag von Unternehmern wie Arbeitern diesem nationalen Solidaritätswerk zugeführt werden müsste, und die CGT hat in der Resolution ihres Nationalkomitees vom verflorenen 4. August gezeigt, dass sie sich dieser Idee anschliessen würde, wenn Unternehmertum u. Staat sich gewillt zeigen, eine gleiche Anstrengung wie die Arbeiterklasse zu vollziehen, "die sich der Solidarität, welche sie mit der ganzen Nation verbindet, bewusst ist".

Der "Republikaner" weist denn daraufhin, dass der Präsident der radikalen Kammerfraktion, Elbel, sich in verschiedenen Artikeln, mit der auf dieser Basis zu schaffenden Altersrentenvorlage der Regierung einverstanden erklärt habe. Unter Hinweis darauf, dass die Komm. Partei sich kürzlich mit der Haltung der CGT in dieser Frage einverstanden erklärte, seien, wenigstens für die Kammer die parlamentarischen Voraussetzungen zu einer schnellen Annahme der Vorlage geschaffen.

Diese Ausführungen besagen klar, dass die Volksfront die Einlösung eines Wahlversprechens nicht auf Kosten der Reichen, sondern auf der Grundlage eines Unternehmervorschlages im Sinne der Belastung der Arbeiter und der Durchlöcherung der 40 Stundenwoche zu verwirklichen gedenkt.

Die Kosten für die Altersrente nach dem unter Blum ausgearbeiteten Vorschlag, nach dem mit 1 Million 866 000 Rentenbezieher über 65 Jahre gerechnet wird und die Jahresrente 1800 - 3000 Franken betragen soll, würden sich auf 2 Milliarden 500 Millionen belaufen.

Nimmt man nur 8 Millionen Gehalts- u. Lohnempfänger an - eine Zahl bei der die landwirtschaftlichen Arbeiter unberücksichtigt sind - und einen Durchschnittsstundenlohn von 5 Franc, so ergibt dies bei einer wöchentlichen Überstunde über 2 Milliarden Francs Jahreseinnahme. Wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter mit in die Berechnung einbezogen würden, würde sich herausstellen, dass die Kosten der Altersrente ausschliesslich durch die Arbeiter getragen würden.

Wie man sieht bezweckt der Unternehmervorschlag, auf dessen Boden mit Zustimmung der CGT und der Volksfront die Altersrente realisiert werden soll, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: erstens die Kosten restlos auf die Arbeiter zu wälzen, zweitens einen entscheidenden Einbruch in das Prinzip der 40 Stundenwoche vorzunehmen, ohne dabei mit einem Widerstand der Arbeiter rechnen zu müssen.

Statt die Arbeiter gegen einen solchen Anschlag zu mobilisieren, lügt die LPF die Arbeiter über die Altersrente bewusst an. Die Arbeiter müssen dieses traurige Spiel durchkreuzen, sie müssen in den Gewerkschaften gegen den Führenden der CGT-Führung mit den Unternehmern, die Altersrente auf ihre Kosten und unter Bruch der 40-Stundenwoche durchzuführen, schärfsten Protest erheben. Sie müssen fordern, dass die lauten Deklamationen, "dass man das Geld dort holen kann und muss, wo es wirklich auch in Hülsen u. Fülle vorhanden ist, - bei den Reichen" (Daul in der "Humanité" v. 10. August 1937) durch die Aktion der Massen wahr gemacht werden.

-o-o-o-o-o-

TROTZKI UND DIE SOWJETUNION.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

IV.

Inbezug auf die Zukunft der SU hat Trotzki zwei Perspektiven. Die eine ist die Restauration des Kapitalismus. Trotzki schreibt:

"Je länger die SU in einer kapitalistischen Umgebung bleiben wird, desto tiefer wird die Zersetzung ihrer sozialen Gewebe werden. Eine unbegrenzte Isolierung muss unzweifelhaft nicht die Errichtung eines nationalen Kommunismus, sondern die Restauration des Kapitalismus herbeiführen."

Auf welche Tatsachen, bzw. Erkenntnisse Trotzki diese Prophezeiung stützt, verrät er uns nicht. Er behauptet zwar in seinem Buch, dass die Bürokratie "unvermeidlich in der weiteren Folge eine Stütze in den Eigentümervershältnissen suchen" müsse. Aber er scheint selber keine klare Vorstellung von dieser "unvermeidlichen" Entwicklung zu haben. Er deutet an, dass die Bürokraten zu Aktionären der Staatsbetriebe werden könnten, fügt jedoch hinzu, dass ein solcher Schritt nur möglich sei, wenn der Widerstand der Arbeiter dagegen vorher besiegt worden sei. Woher weisse Trotzki, dass in einem solchen Falle (der eine blosse Annahme ist) die Arbeiter nicht über die noch kapitalistischer Restauration westlichen Bürokraten siegen würden?

Trotzki hat noch eine andere Perspektive für die SU im Auge. Für den Fall, dass die proletarische Revolution ausserhalb der SU eintritt, kündigt Trotzki eine "zweite Revolution" in der SU an ("es ist dazu ein Aufleuchten der Revolution im Westen oder im Osten notwendig", schreibt er in "Die Revolution trahie", S. 321). Diese werde die Bürokratie stürzen, denn "die Bürokratie wird nur auf revolutionärem Wege beseitigt werden können..."

Der Träger der "zweiten Revolution" soll nach Trotzki "eine revolutionäre Partei sein, die alle Eigenschaften des alten Bolschewismus besitzt und darüber hinaus durch eine Erfahrung im Weltmassstab der letzten Zeit bereichert ist". Für Trotzki ist die KPSU tot, und deshalb fordert er die Bildung "einer neuen 'revolutionären Partei' in der SU. Trotzki sieht nur den bürokratischen Apparat, er starrt nur auf die bürokratisierte Leitung der Partei, die Mitglieder massen ignoriert. Aus der Tatsache, dass durch den Stalinschen Terror das innerparteiliche Leben erstarbt ist, dass die Mitglieder aus Furcht vor Verfolgungen öffentlich schweigen, schliesst Trotzki fälschlicherweise, dass die Parteimitglieder nur noch Marionetten in der Hand der Parteibürokratie seien. Die Ereignisse der letzten Monate bezeugen gerade das Gegenteil. Als Stalin im Frühjahr dieses Jahres Zugführer dieses an das Verlangen der Massen nach Sowjet- u. innerparteilicher Demokratie machte, indem er eine teilweise Kritik an den Partei-, Gewerkschafts- u. Sowjet-Instanzen ausschrieb, da zeigten sich die Parteimassen so lebendig, so politisch gewachsen, so kritisch gegenüber dem Bürokratismus, dass Stalin und seine Clique bestürzt die Schloesen der innerparteilichen Demokratie wieder schlossen. Ferner lässt die sich steigende Verschärfung des Stalinschen Terrorfeldzugs darauf schliessen, dass die Unzufriedenheit mit seinem Regime und die Kritik an ihm wachsen u. immer breitere Kreise erfassen. Wenn die Parteimitglieder auf die Stufe von Eseln, die zu den Taten Stalins nur stumpfsinnig Ja sagen, herabgesunken wären, dann wäre dieses Wüten Stalins gegen die Parteimitgliedschaft absolut unverständlich. Bisher richtete sich der Stalinsche Terror vornehmlich gegen die älteren Generations der Partei- u. Sowjetfunktionäre (die bei Trotzki alle unter der Kategorie "Bürokratie" figurieren und mit Stalin identifiziert werden). Ganz bewusst versuchte Stalin, die jüngere Generation gegen die Ältere auszuspielen u. für sich zu gewinnen. Jetzt aber haben die Verfolgungen auch auf den kommunistischen Jugendverband übergegriffen. Das zeigt, dass Stalins Manöver nicht gelingt, dass auch die jüngeren Kommunisten mehr u. mehr in Opposition zu der persönlichen Diktatur Stalins geraten.

Diese Entwicklung kann nur für jemand Überraschend sein, der als Trotzki das Ergebnis der Industrialisierung u. Kollektivierung seit 1928 nur eine Zunahme sozialer Ungleichheit sieht, aber nicht bemerkt, wie die grosse Masse der Werktätigen kulturell u. auch in ihren politischen Anforderungen gewachsen ist. Trotzki glaubt, dass die Folge der materiellen Verbesserung der Lebenslage der Sowjetmassen nur eine Verbürgerlichung sein werde. Aber er nimmt damit Stalins Wunschträume bereits als Tatsachen hin. In Wirklichkeit beobachten wir heute, dass, nachdem die harten Jahre des ersten Fünfjahresplans, die Jahre der Not u. der Entbehrungen überstanden sind, breite Massen in verstärktem Masse wirkliches Selbstbestimmungsrecht in allen Fragen des Sowjetlebens erstreben, und es ist anzunehmen, dass, je mehr die materiellen Sorgen schwinden, die Menschen in der SU Zeit u. Kraft haben werden, auch ihr politisches u. kulturelles Leben zu gestalten und das heisst, den Kampf gegen das Stalinsche Terrorregime, für die Sowjet- und Parteidemokratie zu führen.

Der von ihm propagierten neuen Partei in der SU stellt Trotzki nach dem Sturz der Bürokratie die Aufgabe, die "Freiheit der Sowjetparteien" wiederherzustellen, wozu Trotzki die Wiederdulassung der Parteien der Menschewiki u. der Sozialrevolutionäre vorseht. Wir haben schon darauf hingewiesen, dass die Parteien der Menschewiki u. der Sozialrevolutionäre unter Lenin verboten wurden, weil sie grundsätzliche Gegner des Sowjetregimes waren. Ihre Zulassung würde nichts anderes bedeuten als die Legalisierung des Kampfes nicht bloss gegen die Stalinsche Entartung der proletarischen Diktatur, sondern gegen diese Diktatur als solche. Das Programm der Menschewiki läuft bekanntlich auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie hinaus. Es ist charakteristisch für Trotzki, für die Mischung von Ultraradikalismus und Konterrevolution in seiner Politik, dass er am Beginn seines Buches die anarchistische Auffassung von der "Abschaffung des Staates" in wesentlichen übernimmt und am Schluss sich in einen verschnittenen Sprecher der bürgerlichen Demokratie verwandelt.

Wollte man die GPU-Phantasien, die uns ^{in der} von Stalin und den Seinen kommandierten Presse geboten werden, Glauben schenken, dann müsste man annehmen, dass Trotzki über eine riesige illegale Organisation in der SU verfügt und dass die Trotzkiisten bis zuletzt in den führenden Instanzen der KPSU und des Sowjetstaates, bis in das ZK der KPSU hinein, starken Einfluss, wenn nicht gar die Mehrheit, gehabt hätten. In Wirklichkeit zeigt das, was Trotzki in den letzten Jahren über die innere Lage in der KPSU geschrieben hat, dass er völlig von dem Parteileben in der SU abgeschnitten ist. Stalin lässt heute Leute als "Trotzkisten" verhaften u. erschiessen, die entweder nie etwas mit Trotzki zu tun gehabt oder längst mit dem Trotzkiismus gebrochen haben. Das, was Stalin seinen Opfern als angebliches "trotzkistisches Programm" zu untergeschoben sucht, hat mit den wirklichen Auffassungen Trotzkis nichts gemein, sondern ist ein Produkt der polizeilichen Erfindungsgebe der GPU. Stalin benutzt den Trotzkiismus, der in der SU praktisch einflusslos ist, als Schreckgespenst in seinem Kampfe gegen die heranreifende nichttrotzkistische Bewegung in der KPSU, die sich gegen seine persönliche Diktatur richtet.

Aber die Ablehnung des verbrecherischen Schwindels, der uns jetzt von Stalin und seinen Kreaturen unter der Firma des Kampfes gegen den Trotzkiismus präsentiert wird, bedeutet nicht den Verzicht auf die notwendige politische Bekämpfung der schädlichen Auffassungen des wirklichen Trotzkiismus. Im Gegenteil, nur unter der Voraussetzung, dass die Front gegen den Trotzkiismus klar und scharf gezogen wird, ist es möglich, der verderblichen Politik Stalins in der SU und in der KI wirksam und in wirklich konsequenter Weise entgegenzutreten.

-o-o-o-o-o-

DER KRIEG IM FERREN OSTEN. oooooooooooooooooooooooooooo

Die japanischen Angriffe auf Schanghai stossen auf zähen u. wirksamen Widerstand der Chinesen. Die Zeit ist vorbei, wo die Japaner nach Belieben militärische Spatiergänge in China machen konnten. Der erfolgreiche chinesische Widerstand vor Schanghai ist bereits ein schwerer Schlag für das militärische Prestige Japans. Der japanische Imperialismus wird durch diese Rückschläge dazu getrieben, das Feld seiner Operationen immer weiter auszuweiten, immer neue Mittel in den Kampf zu werfen u. dadurch sowohl den militärischen, wirtschaftlichen u. finanziellen Aufwand für den Krieg weiter zu steigern, als die Konfliktmöglichkeiten mit seinen imperialistischen Konkurrenten in China, vor allem England u. Amerika, zu vermehren. Die Besetzung der Insel Lin-Ting - 350 km südöstlich von Hongkong - durch die Japaner, die ihnen erlaubt, die englische Seeverbindung Singapur-Hongkong zu bedrohen, sowie die Durchführung der Seeblockade an den chinesischen Küsten, steigern die englisch-amerikanische Empfindlichkeit.

Wir wiederholen jedoch, dass die Aufgabe der englischen u. amerikanischen Arbeiterklasse nicht darin bestehen kann, ihre imperialistischen Regierungen im Namen der "Demokratie" auf den Weg der Teilnahme an imperialistischen

führt werden. Daneben befürwortete F.H. einen Unternehmensvorschlag, der vorsieht, dass die in der Saisonzeit erzielten Mehrverdienste infolge Mehrarbeit einer Ausgleichskasse zugeführt werden sollen, aus denen der Bauarbeiter während der Winterzeit den Betrag zurückerhält. Das Ganze läuft -unbewertet um seine Ausführbarkeit - darauf hinaus, dass der Bauarbeiter in der Saisonzeit Überstunden schiebt, unbekümmert um die noch vorhandenen arbeitslosen Berufskollegen und im Winter anstelle der Arbeitslosenunterstützung von seinen in der Saisonzeit erparten Verdiensten lebt. F.H. will also die Bauarbeiter vom Bezug der Arbeitslosenunterstützung ausschliessen, was nichts anderes heisst, als sie in ihrer Lebenshaltung herabsetzen. Daneben will er in der Saisonzeit den Bauarbeitern die Vierzigstundenwoche nehmen.

Da F.H. sich hierbei auf den radikalen Kammerfraktionsvorsitzenden bezieht, heisst dies, dass die radikalen Volksfrontpartner sich zum Fürsprecher der Unternehmerwünsche machen.

Nachdem F.H. aus Bauarbeiterkreisen eine abweisende Antwort erhalten hat, sucht er sich auf ein neues Ross zu schwingen. Jetzt erklärt er, dass das Bauen zu teuer u. die Mieten zu niedrig seien. Teuerung des Baumaterials und 40 Stundenwoche hätten zu solchen Kreisbildungen geführt, die den Anreiz zum Wohnungsbau zum verschwinden gebracht hätten. So werfe ein Haus von 500 000 Frs heute keine Rendite von 3 % mehr ab, wodurch der Privatbau erdrosselt würde. (Die Angaben sind offensichtlich vom Hausbesitzerverein. Die Red. der "AP"). Die heckerischen Folgerungen liegen auf der Hand: man muss zur Belebung des Baumarktes die Mieten erhöhen, die lawasche Mietensenkung aufheben, die Rendite erhöhen, um so einen Anreiz zur Bauen zu schaffen. Dabei will F.H. dem Publikum einreden, dass die Hausbesitzer in der Mehrzahl keine Leute seien, die aus dem Hausbesitz ein Geschäft machen.

Die Tatsache, dass F.H. die 40 Stundenwoche im Baugewerbe mit diesen Dingen in Zusammenhang bringt, zeigt, dass es mit seinen prinzipiellen Bekenntnissen zur 40 Stundenwoche nicht besser bestellt ist, wie mit denen des H. Walter: sie erfolgen dem Schein nach.

Nachdem F. Hecker sich bei seiner ersten Attacke in die Meselein gesetzt hat, möchte er nach seinem Klagegesang über die Not der Hausbesitzer jetzt die Bauarbeiter anwerben, im vorgeblichen Interesse des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit in ihrem Gewerbe, am Strang der Hausbesitzer zu ziehen.

Hecker muss selbst eine bedeutende Steigerung der Produktivität im Baugewerbe konstatieren. Auf der anderen Seite aber konstatiert er eine ungeheure Vertroterung der Produktionskosten im Baugewerbe. Seine Lösung ist einfach: Erhöhung der Mieten, immer druff auf die Proleten u. Kleinbürger. Für die Arbeiter u. Kleinbürger ergibt sich aber eine andere Folgerung; dass nur die Rohstoffindustrien und die Bauunternehmer der Preis- und Produktionskontrolle durch die Organe der Arbeiter unterwirft und die Bauwirtschaft zu einer öffentlichen Angelegenheit machen muss, zu einer Angelegenheit, die nicht dem Profitinteresse, sondern dem Wohle der Arbeitenden diest. Dafür müssen die Bauarbeiter, dafür müssen alle Schaffenden kämpfen.

-o-o-o-o-o-

UR DIE EINHEITSPARTEI. Die Regionalleitung der KP des Untereisass hat an ooooooooooooooooooooooooooooo die Leitung der SFIO des Untereisass einen Brief zur Herstellung der organisatischen Einheit geschrieben. In dieser Briefe werden im wesentlichen die bereits durch Paul Faure verworfenen Vorschläge des ZK der KP zur regionalen Verwirklichung angeboten. Die SFIO hat durch Irbe eine höfliche aber bestimmt ablehnende Antwort gegeben und auf die Haltung ihrer zentralen Instanzen hingewiesen. In "Republikaner" wird fortlaufend in oft sehr heftiger Form gegen die Versuche der KP polemisiert, die Einheit auf dem Wege von unten herbeizuführen. Dabei wird immer stärker auf die Tatsache verwiesen, dass es in der KP keine wirkliche Freiheit der Tendenzen gibt und jeder jeweils das für allein richtig anerkennt, was gerade von oben als richtig verordnet wird.

H. Walters Wahlstrategie. H. Walter schlägt jetzt vor bei den Wahlen die Taktik zu befolgen, überall den Kommunisten eine Niederlage zu bereiten. Dazu soll selbst dazu übergegangen werden, dort im ersten Wahlgang einen SFIO-Kandidaten zu wählen, um zu verhindern, dass der Kandidat im ersten an die Spitze kommt.

Verantwortlich: E. ILS HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IUKO.)

Nr. 38/IV. Jahrgang.

Dritte Septemberwoche 1937.

DIE PARISER ATTEMATS.

Die Bombenattentate, die in Paris gegen die Büros von Unternehmerverbänden verübt worden sind, tragen den deutlichen Stempel faschistischer Provokateurarbeit. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass hier Agenten des italienischen Faschismus die Hand im Spiel hatten. Aber die Beteiligung ausländischer Faschisten bedeutet keineswegs, dass die französischen Faschisten mit den Bombenanschlägen nichts zu tun hätten. Dass von Mussolini ausgesandte Provokateure sich in Frankreich alle möglichen herausnehmen können, ist vor allem auf die Sympathie und die Unterstützung zurückzuführen die sie bei französischen Faschisten finden. Deshalb war es ganz unangebracht, dass die CGT sich bei der Organisation des Patronats wegen eines Artikels im "Peuple", in dem die französischen Kapitalisten der Mitschuld an den Attentaten angeklagt wurden, förmlich entschuldigte. Die französischen Unternehmer finanzieren die faschistische Bewegung und sind moralisch dafür verantwortlich, was diese Pariser Aktion allein oder mit Hilfe von Agenten Mussolinis oder Hitlers anrichten. Deshalb ist es gerade nach den Pariser Attentaten notwendig die Auflösung der faschistischen Organisationen zu fordern. Auf das höchste muss die schamlose Hetze zurückgewiesen werden, die jetzt von der gesamten bürgerlichen Presse, einschliesslich solcher vorkriegstreuer Zeitungen wie die "Oeuvre", gegen die Massen der in Frankreich lebenden proletarischen u. antifaschistischen Emigranten betrieben wird.

-o-o-o-o-

DIE BESCHLÜSSE VON NYON.

Die Presse der KPF ist mit den Beschlüssen der Konferenz von Nyon sehr zufrieden. Ihre Begeisterung rührt daher, dass die demokratischen imperialistischen Mächte England und Frankreich, Beschlüsse über die Bekämpfung des Piratentums im Mittelmeer gefasst haben, ohne sich um die Zustimmung der faschistischen Diktatoren Hitler und Mussolini zu kümmern.

Die Presse der KPF vertuscht die Tatsache, dass die Beschlüsse von Nyon sich entsprechend der bisherigen Politik der französischen und der englischen Regierung nicht nur gegen Hitler und Mussolini, sondern ebenso gegen die spanischen antifaschisten richten. Obwohl die Resolution der Konferenz von Nyon erklärt, dass Franco nicht als kriegsführende Macht anerkannt werde, bleiben spanische Schiffe noch wie vor ungeschützt gegen Piratenangriffe der U-Boote Francos, bzw. der "unbekannten" U-Boote Mussolinis. Den Handelsschiffen, die das Mittelmeer befahren, wird empfohlen sich an bestimmte Routen zu halten. Unter diesen Routen wird sicher die Verbindung zwischen Gibraltars, Malta und dem Suezkanal, die für England wichtig ist, die zwischen Marseille und Nordafrika, die für Frankreich in Frage kommt, aber vorgeschoben sein, nicht aber die Routen nach Valencia und Barcelona und anderen Häfen des republikanischen Spaniens. Schiffe die ausserhalb der vorgeschriebenen Routen laufen, werden noch wie vor grosse Gefahr laufen, von Mussolinis oder Francos U-Booten angegriffen zu werden.

Die Beschlüsse von Nyon zeigen ein übriges Mal, dass der englische und fran-

zösischer Imperialismus nichts gegen einen Sieg Francos haben, dass sie diesen immer wieder begünstigen, dass sie nur besorgt sind, ihre Einflussphären im Mittelmeer gegen die Appetite Hitlers und Mussolinis zu schützen.

--o-o-o-o--

DER KRIEG IN CHINA .

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Tatsache, dass der japanische Premierminister Yonoye ankündigen musste, dass der Krieg gegen China voraussichtlich nicht mehr in diesem Jahre zu Ende geführt werden könnte, bestätigt, dass die Hoffnung der japanischen Militaristen, einen raschen und entscheidenden Schlag gegen China zu führen, sich endgültig als falsch erwiesen hat. Japan hat jetzt bereits die Hälfte seiner Armee in China stehen. Der wirtschaftliche und finanzielle Druck in Japan wächst. Umso wichtiger ist es, dass die internationale Arbeiterklasse alles aufbietet, um die Versorgung Japans mit Kriegsmitteln, Rohstoffen, Krediten zu verhindern.

Bezeichnend für die internationale Lage ist, dass nach hiesigen Nachrichten Hitlerdeutschland China mit Kriegsmitteln versorgt und an Japan und China ein Vermittlungsangebot gemacht hat. Hitlerdeutschland handelt so entsprechend seinen grossen Handelsinteressen in China und mit dem Ziel, seinen Einfluss bei Tschang-Kai-Schek zu verstärken. Hitlerdeutschland sieht ungern, dass Japan sich auf China geworfen hat und so als Kriegsmaschine gegen die Sowjetunion für die nächste Zeit ausfällt. Auch Italien beteiligt sich an Kriegslieferungen für China.

Die frühere Rote Armee des chinesischen Sowjetgebiets hat sich als 3. Chinesische Marscharmee unter dem Kommando Tschang-Kai-Scheks gestellt. Die Kommandeure haben Tschang-Kai-Schek Treue geschworen. Die ehemalige Rote Armee hat ihr Zeichen, den roten Stern, aufgegeben und dafür den "Knopf" Han-Kiang angenommen. Die Kriegsberichte der Frau Tschang-Kai-Scheks werden von der "Wespennachricht" die sich rühmt, sie als Spezialkriegsberichterstattung gewonnen zu haben, in grosser Aufmachung abgedruckt. - Diese Tatsachen sind sprechende Zeugnisse dafür, wie die Kommunistische Partei Chinas der Stalinischen Kominternpolitik entsprechend ihr revolutionäres Erstgeburtserrecht preisgegeben hat und nur noch ein Anhängsel Tschang-Kai-Scheks und der Kuomintang ist.

--o-o-o-o-o--

DER NÜRNBERGER PARTEITAG.

oooooooooooooooooooooooooooo

Der diesjährige "Parteitag" der Kazi ist wiederum mit dem üblichen Aufwand und Pomp vor sich gegangen. Diese sogenannten Parteitage sind ja nichts anderes als Paraden des deutschen Imperialismus und der Nazidiktatur, sie tragen ausgesprochen militärischen Charakter. Der Inhalt der Reden beschränkte sich auf die bekannten, schon bis zum Überdruess gehörten demagogischen Phrasen. Die Marxisten, Bolschewisten und die Juden sind an allem Übel in der Welt schuld.

Die Kirchenfrage ist in Nürnberg nicht angeschnitten worden, und das ist recht bezeichnend. Nach dem heftigen Feldzug gegen die Erkenntniskirche und gegen die katholische Kirche in den ganzen Monaten vorher war eigentlich ein entscheidender Schritt in dieser Frage - etwa durch Gründung einer Nationalkirche - zu erwarten. Wenn dies nun doch nicht geschehen ist, so sicherlich darum, weil die wirtschaftliche Lage viel schlechter ist, als nach success hin in Erscheinung tritt und weil noch eine weitere Verschlechterung zu erwarten ist. Als im Sommer 1935 der Fleisch- und Eutermangel einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte, konnte man in den Versammlungen der Kazi oft ganz ungehörte versöhnliche Töne hören. Sie spürten gar wohl die beginnende Mürung und waren bereit, Konzessionen zu machen.

Jetzt die Kirchenfrage auf die Spitze treiben und sie gewaltig lösen, das hiesse, breite Schichten, die sich heute noch mit den Redensarten der Pfaffen zufrieden geben, auf die Bahn der offenen politischen Opposition stossen. Man darf sich durch die Kraftmeiereien der Kazi nicht täuschen lassen,

dieses Regime ist von den Massenstimmungen und ihren wechselnden Strömungen viel abhängiger als jedes andere.

Es wäre natürlich vollkommen falsch, wenn man nun etwa behaupten sollte, dass die Grundlagen der Nazidiktatur bereits zu rücken begännen. Sowie es erst sein, wenn die Arbeitermassen in Bewegung kommen. Davon ist noch keine Rede. Trotzdem ist es die ständige Sorge der Nazis sich gegen unangenehme Überraschungen von dieser Seite möglichst zu sichern. Sie wissen sehr wohl, dass der Zusammenhalt der Arbeiter im Betrieb auf der einen Seite und die ablehnende Haltung gegenüber der Hitlerei auf der anderen Seite geworden sind. Man versucht jetzt vielfach, die "verdächtigen" Elemente in den Betrieben in besondere Abteilungen zusammenzufassen und sie von den anderen Arbeitern zu isolieren. Das ist eine recht zweischneidige Sache und kann direkt gegenteilige Wirkungen als die gewünschte hervorbringen. Die Arbeiter wissen dann wenigstens bei wer sie sich Rat zu holen haben.

Recht interessant war es auch, dass diesmal die Gesandten der "demokratischen" Grossmächte ebenfalls in Nürnberg waren. Herr Francois Poncet, als Botschafter der französischen Volksfrontregierung, hat sogar einen ganz besonders herrlichen Glückwunsch für das Wohlergehen "des dritten Reichs u. seiner Führer" ausgesprochen. Da es sich in diesem Fall um einen Vertreter des Imperialismus, also um eine Respektsperson handelt, hat sich die "Demokratie" damit begnügt, einige Beußer und Ermahnungen auszusprechen, obwohl seine sofortige Erschiessung als trotzkistischer Gestapo-Agenten zu fordern.

-o-o-o-o-

DAS TEMPO DES STALINISCHEN TERRORES BESCHLEUNIGT SICH.

oo

Wird ist der folgende Fall bezeichnend: In der weissrussischen Räterepublik war der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Golodan abgesetzt worden und verurteilt dann angeblich Selbstmord. Sein von Stalin eingesetzter Nachfolger wird nach nur zwei monatlicher Tätigkeit nurmehr seinerseits abgesetzt und zur "Volksfeier" erklärt. An seine Stelle tritt jetzt ein junger Kommunist von 35 Jahren. Das Tempo, in dem Stalin seine eigenen Leute erledigt, beschleunigt sich immer mehr. Wenn je eine "Pause" während des Sommers beobachtet war, so hat sie nicht durchgeführt werden können.

Eine Probe des neuen grossrussischen Nationalismus gibt das vom Kommissariat des Auswärtigen herausgegebene "Journal de Moscou" von 7. 9. 1933. In einer Gedenkartikel dieses Blattes an die Schlacht von Borodino heisst es:

"... Trotz der Behauptungen gewisser Historiker ist Russland nicht gerettet worden durch die strenge Fatis und die Wehrfähigkeit Russlands, sondern durch den Mut und den Patriotismus des grossen russischen Volkes, das bereit war von dem Gedanken der Vaterlandverteidigung und von der Willen zum Siege."

Im Programm der Kommunistischen Internationale wird die Vaterlandverteidigung im bürgerlichen Staate als ein Bruch mit der Sozialismus, als ein Verrat an den werktätigen Klassen gekennzeichnet - ein Ausschreitung offenbart.

-o-o-o-o-o-o-o-

DIE KPD-Führung versucht den Mörder Nina nachzuemulern.

=====
=====

Von der KPD wird uns geschrieben:

Eine von Irksidium des EWKI jüngst angenommene Resolution weist die Sektionen der K.I. an, die Methoden des Auerrottungsfeldzuges, den die stalinische Clique in der SU gegen alle führt, die dem "genialen Führer" nicht "scharfenlos ergeben" sind, auf die gesamte internationale Arbeiterbewegung zu übertragen. In Spanien hat die dortige Sektion der KI schon bevor

des EKKI-Präsidium diesen Beschlusse gefasst hatte, damit begonnen, die stalinischen Methoden anzuwenden. Die Verfolgung der FOM und die Ermordung des Genossen Min zeigen dies.

Jetzt kommt das Z.K. der KPD der Anweisung des EKKI-Präsidiums nach und versucht den Mörderin Nina nachzueifern. Es hat eine Sondernummer der "Internationale" erscheinen lassen, die ausschliesslich der Kampagne für die "Auslöschung des Trotzkismus aus der Arbeiterbewegung" dient. Nach bewährtem Muster werden dabei alle diejenigen Kräfte in der Arbeiterbewegung, die die Volksfrontpolitik kritisieren, als "Trotzkisten" hingestellt. Welchen Zweck die Sondernummer der "Internationale" dient, erhellt aus dem in ihr (auf Seite 22) ausgesprochenen frommen Wunsch: "Es darf deshalb für die trotzkistischen Schufte kein Asylrecht in den demokratischen Ländern geben!" Das ZK der KPD fordert also seine Getreuen auf, die antifaschistischen Emigranten, die nicht nach seiner Pfeife tanzen wollen, durch Denunziationen aus den Ländern, in denen sie Asyl gefunden haben, zu vertreiben! Wir wissen aus Erfahrung, dass die Stalinjünger, wenn sie anfangen zu denunzieren, nicht vor den schlimmsten Lügen und Verleumdungen zurückschrecken. Es ist notwendig, dass alle ehrlichen Elemente der deutschen antifaschistischen Emigration von vornherein gegen die Achtgroschenjüngermethoden der KPD-Führung Stellung nehmen.

Den Hauptartikel der Sondernummer der "Internationale" hat Philipp Dengel geschrieben. Dengel war noch bis vor kurzer Zeit ziemlich kaltgestellt. Jetzt spielt er wieder eine führende Rolle in der KPD. Wenn man seinen Aufsatz und auch die anderen Artikel der Sondernummer liest, sieht man förmlich, wie ihren Verfassern der kalte Angstschweiss von der Stirne perle, wie sie am ganzen Körper zitternd, um ja nicht unter die stalinische Guillotine zu kommen, um ihre armseligen Pöstchen zu erhalten, sich direkt bemühen, möglichst unflätig und niederträchtig zu sein.

Für das politische Niveau der neuesten Geistesprodukte des ZK der KPD ist folgender schöne Satz Dengels kennzeichnend: "Sie (die KPD-Mitglieder in Deutschland) müssen verstehen, warum wir heute für eine demokratische Republik eines neuen Typus kämpfen und nicht für die proletarische Diktatur als nächstes Ziel. Und sie müssen gleichzeitig verstehen, dass die Komintern und die KPD nicht auf den Boden der bürgerlichen Demokratie und des Reformismus herabgestiegen sind..."

Wie sollen die Genossen im Lande verstehen, was Dengel offenbar selbst nicht versteht? Und welcher hohler Schädel gehört dazu, um in einem Atemzug die bürgerlich-demokratische Republik zu fordern und zu erklären, dass das kein "Herabsteigen" auf den Boden der bürgerlichen Demokratie bedeute?

Und es ist ein Zeugnis der ideologischen Verkommenheit der KI-Bürokratie, wenn Dengel weiter die Auffassung, "dass bis in die Reihen einzelner Teile der Fouregoisie hinein das ganze deutsche Volk die revolutionäre Aufgabe des Sturzes der feschistischen Diktatur vor sich hat" als "leninischen Weg des Weltproletariats wie des deutschen Proletariats" anpreist. Die Anrufung Lenins als einen Kronzeugen für die "revolutionäre Rolle" der deutschen Bourgeoisie im Jahre des Heils 1937 ist eine ebensolche Unverachämtheit, wie die Tatsache, dass die "Internationale" nach wie vor den Vermerk trägt, dass sie von Rosa Luxemburg und Franz Mehring begründet worden sei. Die Verteidiger der Mörderin Nina berufen sich auf Rosa Luxemburg, die von den Jüngern Moskés aus den gleichen Gründen und mit den gleichen Methoden ermordet worden ist, wie Andres Nin von den Jüngern Stalins!

Die Sondernummer der "Internationale" beschäftigt sich lang und breit mit der deutschen Gruppe der IV. Internationale. Bei dieser Gelegenheit werden die deutschen Trotzkisten durch die Bank als Gestapospitzel an die Polizei der "demokratischen Länder" denunziert. Mit dem ideologischen Kampf gegen den Trotzkismus, den wir für notwendig halten, hat diese Methode der Denunziantenarbeit für die kapitalistische Polizei nichts zu tun. Was übrigens die "Beweise" anbelangt, die die "Internationale" für ihre Behauptung anführt, dass die deutschen Trotzkisten eine Filiale der Gestapo seien, so

Leser sehr zahl einzuschätzen, wenn er glauben machen will, dass unter Umgehung der äusserst scharfen spanischen Grenzkontrolle, die doch von den Carabineros Prietos ausgeübt wurde, grosse Waffenbestände für "private" Zwecke eingeschmuggelt werden konnten. Für jeden Waffentransport mussten alle Formalitäten nicht nur an der Grenze, sondern auch auf den zahlreichen Kontrollstellen im Inneren des Landes erfüllt werden. Es gab freilich "geheime" Waffenlager, so z.B. im Hafen von Barcelona, die aus den Ladungen der russischen Schiffe aufgestapelt wurden u. monatelang dort liegen geblieben sind, weil man sie nicht den revolutionären Milizen an der Aragonfront ausliefern wollte. Diese grossen Bestände wurden erst gelöscht, als das "Volksheer" auf die Beine gestellt und das Milizheer aufgelöst worden war. Aber für diese Zustände ist nicht die FOUM, sondern die FSUC verantwortlich zu machen. Was die "private" Waffenversorgung betrifft, so ist noch ein Fall in Erinnerung, wo die FSUC aus einer Tankfabrik in Barcelona 12 Tanks auf gefälschte Ausweise hin in die Carlos Marx Kaserne überführte - in der Untersuchung durch die proletarischen Kontrollpatrouillen ist ausdrücklich festgestellt worden, dass die gestohlenen Tanks für das Hinterland (siehe Maitage) verwendet werden sollten! Die FSUC musste damals die Tanks wieder ausliefern, da die Arbeiterschaft in heller Empörung war. Wenn das der "DVZ" nicht genügen sollte, können wir noch mit anderen Tatsachen aufwarten, die oft das Tagesgespräch der katalanischen Presse bildeten - nicht einmal der Zensor konnte solche stadtbekanntere Dinge ungeschehen machen.

Die "DVZ" rügt den obigen Schwindel noch die Bemerkung bei, dass die Waffenkäufe der FOUM "aus der Löhnung der FOUM-Milizen" bezahlt worden sein sollen. Gleichzeitig aber wurden diese gegen die katalonische Regierung aufgeputscht, weil sie mit der Löhnung angeblich im Rückstand sei! - heisst es weiter. Wahr ist, dass die 2. Aprilhälfte der Löhnung von der katalonischen Generalidad nicht mehr aufgebracht werden konnte, und dass infolgedessen erst Mai die gesamten Milizen von der Valencia-Regierung besoldet worden sind. Die Militianos verzichteten selbstverständlich auf den Sold für die 2. Aprilhälfte, denn die gehörten freilich nicht zu den Fremdenlegionärstypen, zu denen sie die "DVZ" stempeln möchte. Die Löhnung wurde ausser diesem einen Fall, an dem die FOUM ganz schuldlos ist, sonst immer pünktlich und vollumfänglich bezahlt, es ist also unerfindlich wie die FOUM aus der Löhnung Waffen bezahlt haben soll.

Ebenso dumme, vorlogene u. plump sind die weiteren Angriffe gegen die FOUM u. ihre Milizen. Über die Maitage wird erklärt:

"Das Bataillon "Choque" der FOUM-Division wurde einige Tage vor dem Aufstand in Barcelona, ohne Wissen des Kommandos des Frontabschnittes aus der Front herausgezogen u. in den Maitagen zum Sturm auf ein Gebäude der republikanischen Polizei in der Rambla angesetzt."

Wahr ist, dass das Bataillon "Choque" (in Wirklichkeit handelt es sich um einen militärischen Stosstrupp von insgesamt 150 Mann!) in den Maitagen überhaupt nicht in Barcelona, sondern an der Front war. Nur der Divisionskommandant Rovira, der an völlig legalen Sitzungen der FOUM-Exekutive oft teilgenommen hat, ist über die Angelegenheit vernommen, später verhaftet u. durch Einspruch des Kriegsministers Prieto wieder freigelassen worden. Das sind Tatsachen, die jedem Arbeiter in Barcelona bekannt sind.

Während des Aufstandes in Barcelona berieten die Polit-Kommissare der FOUM-Division an der Front in allem Ernst die Entblössung der Klassen-Front und den Marsch auf Barcelona". Wahr ist, dass durch die Provokation der FSUC in den Maitagen in Barcelona an der Front eine begriffliche Erregung Platz gegriffen hatte u. es gab unter den Militianos Stimmungen, ihren bedrängten revolutionären Brüdern im Hinterland zu Hilfe zu eilen. Dem energischen Einsatz gerade der Polit-Kommissare der FOUM ist es zu danken, dass dieser absurde Gedanke - auf den die FSUC durch ihre blutige Provokation angepielt hatte, um die FOUM-Milizen zu kompromittieren - nicht zur Ausführung gelangt ist. Nicht ein einziger Militiano hat während der Maitage und später, als die FOUM als "faschistische" Partei gehetzt u. verfolgt wurde, die Front verlassen. Die revolutionäre Disziplin an der Front auszuharren, siegte, während die republikanische Regierung, gerade auf Grund dieser Disziplin

der Milicianen und der POUM-Führung, die geliebte revolutionäre Partei in Hinterland massakrieren konnte.

Schliesslich wirft die "DVZ" den POUM-Milizen vor, dass sie "zum Misslingen der republikanischen Offensive auf Huesca beigetragen hätten. Wahr ist, dass die Teilnahme der POUM-Milizen an der Junioffensive auf Huesca in Nachtangriffen auf das Maniconio und auf die Loma Verdá bestand. Diese Angriffe, die programmässig durchgeführt wurden, scheiterten nicht weil die POUM-Führung "sabotierte", sondern weil die republikanischen Asaltos, die dreimal stärker und besser ausgerüstet als die POUM-Milicianos waren, versagten, indem sie die ihnen zugewiesenen Positionen einfach nicht besetzten. Unsere Milicianos mussten noch die neuen Gewehre auflesen, die die Asaltos z.T. "verloren" hätten. Ubrigs war bei diesen Angriffen das Kommando geteilt zwischen POUM- und Asaltos Kommandanten. Die POUM verlor in diesen Angriffen allein einen Brigadechef Cahugé, einen Offizier des Generalstabs, den italienischen Genossen Nathan, und einen Bataillonschef, Sertram und zahlreiche Milicianos. An der eigentlichen Offensive der Brigade "Garibaldi" bei Huesca, auf Chimilla, hatte die POUM überhaupt keinen Anteil, ist also für ihr Misslingen nicht verantwortlich zu machen. Verantwortlich ist General Paza, ein alter reaktionärer General, der heute der FSUC nahesteht.

-o-o-o-o-

Kleine Mittelungen:

Maurin lebt. Aus Spanien kommt die Meldung, dass der für oooooooooo ermordet gehaltene Führer der POUM, Maurin, sich in der Gefangenschaft der Francobanden befindet. Maurin befand sich bekanntlich bei Beginn der Francerevolte in dem Gebiet, dass sofort unter die Herrschaft der Rebellion geriet und da man seither nichts von ihm hörte, musste man annehmen, dass er von den Faschisten ermordet wurde. Maurins Rettung hängt im wesentlichen davon ab, dass er auf dem Wege des Gefangenenaustauschs aus den Händen der Faschisten befreit wird. Dies zu fordern ist eine Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung, die diese Forderung an die republikanische Regierung stellen muss.

ROSSÉ IST MIT MICHEL WALTER NICHT EINVERSTANDEN. Bekanntlich hat H. Walter, oo der Führer der unterelsässischen UFR den Vorschlag lanciert, dass die bürgerlichen Parteien, soweit sie Gegner der Volksfront sind, dort auf eigenen Kandidaten verzichten, wo sie von vornherein keine Aussicht auf Erfolg haben und die Gefahr besteht, dass ein Kommunist gewählt wird. H. Walter empfiehlt in solchen Fällen die Wahl eines soz. oder radikalen Kandidaten um den Kommunisten zu schlagen. H. Rossé, der Machter der UFR im Oberelsass hat jetzt in einem Artikel erklärt, dass die UFR "Gegen die Kommunisten, Sozialisten und ihre Verbündeten" den Wahlkampf führen werde. Das bedeutet, dass Rossé mit der Walterschen Taktik nicht einverstanden ist. Die KPF, die vom Walterschen Vorschlag eine Zersetzung der Volksfront befürchtete und nach der Erhaltung der Einheit der Volksfront rief, wird sich nun wohl beruhigen. Von Interesse ist aber, dass die SFIO die KPF auf ihre Winzenheimer Taktik und die Politik der ausgestreckten Hand gegenüber den Katholiken aufmerksam macht und sagt, die KPF möge sich nun nicht zünden, wenn die andere Seite ihre Hand ins Volksfrontlager zu strecken versucht, aber dabei die Kommunisten zu übergeben versucht.

Wir haben an dieser Stelle die Taktik der UFR bereits ausführlich besprochen. Das Ganze was sich jetzt abspielt ist nichts als ein Wahlmanöver um Sozialisten und Kommunisten auseinander zu bringen, in der Erwartung, dass es auf diesem Wege noch leichter möglich sein werde die Arbeiter an wirklichen Aktionen gegen das Kapital zu hindern, als dies bereits durch die Mitwirkung der Radikalen an der Volksfront und durch die Politik der Erhaltung der Volksfront durch SFIO und KPF geschieht.

An die Lesler der "Arbeiterpolitik". Wir machen nochmals darauf aufmerksam, dass die "Arbeiterpolitik" ab 1. September monatlich 2.50 Frs kostet. Wir bitten dies bei der Zahlung des Abonnementsbetrages zu berücksichtigen.
Berichtigung: Im Artikel "DVZ-Schwindeln über die POUM" muss im 6 Absatz Ziffer 4 hinter Rovira hinzugesetzt werden: "war mit einer Begleitung von einigen Mann, wie sie jedem Stabschef zur Verfügung steht in B. Das war dem Oberkommando bekannt. Rovira, ..." Verantwortlich: EILIE HIRTZEL.



Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der UKO)

Nr. 39/IV. Jahrgang.

Vierte Septemberwoche 1937.

 DIE FASCHISTISCHEN PROVOKATIONEN.
 ooo

Die Urheber der Pariser Bombenattentate sind jetzt festgestellt. Es sind Franco-Faschisten, die mit französischen Faschisten zusammengearbeitet haben. Es wäre jedoch falsch, die Tatsache, dass eine Anzahl von faschistischen Provokateuren hinter Schloß und Riegel sitzen, als einen Beweis dafür zu betrachten, dass die Volksfrontregierung u. ihre Behörden von energischem Willen zum Kampfe gegen den Faschismus besetzt seien. Der bisherige Verlauf der Dinge liefert uns ein ganz anderes Bild. Man gewinnt den Eindruck, als seien die Regierung und ihre Behörden erst dann notgedrungenen Weise gegen ein oder mehrere faschistische Attentäter vorgegangen, als ihnen nichts mehr übrig blieb, weil dann der Skandal zu gross gewesen wäre. Wir erfahren jetzt aus einer offiziellen Erklärung der "Büro National", dass sie bereits im Mai über Attentatspläne der Francofaschisten, die auf französischem Boden ausgeführt werden sollten, informiert war. Die Behörden der Volksfrontregierung haben nicht zugegriffen, sondern erst gewartet, bis in Paris Bomben explodierten. Auch dann gingen sie nicht gegen die ihnen bekannten Urheber der Attentate vor. Vielmehr kündigte der Ministerpräsident Chautemps neue Massnahmen zur Schikanierung antifaschistischer Emigranten an. Der Innenminister Dormoy liess Hausdurchsuchungen bei Anarchisten vornehmen. Als der "Libertaire", das Organ der Union anarchiste in kräftigen Worten gegen den Versuch protestierte, seinen Gesinnungsgenossen die jüngsten Pariser Bombenattentate in die Schuhe zu schieben, wurde gegen ihn vom Untersuchungsrichter, der bekaudlich dem sozialistischen Justizminister Auriol untersteht, Anklage wegen "Aufforderung zum Mord" erhoben. Die faschistischen Provokateure mussten erst ein neues Attentat versuchen - den Anschlag auf das republikanische spanische U-Boot in Brest - bis die Polizei des Sozialisten Dormoy geruhte, sie zu bewerken. Auch dann musste der Häuptling der faschistischen Attentäter, der Francooffizier Trancoso, sich direkt um seine Verhaftung bemühen. Erst als er das zweite Mal die Grenze überschritten hatte, wurde er festgehalten, beim ersten Mal hatte ihn der Commissaire special von Hendaye laufen lassen.

Es ist kein Wunder, dass die französischen Faschisten, bzw. ihre ausländischen Bundesgenossen, angesichts dieser Entschlossenheit der Behörden der französischen Republik, ihre Provokationen möglichst nicht zu bererken, immer frecher werden. In Tunis haben Offiziere und Matrosen der italienischen Kriegsmarine eine regelrechte Strafexpedition gegen das Lokal der italienischen Liga für Menschenrechte unternommen und einen italienischen Antifaschisten gewässermassen unter den Augen der französischen Behörden kaltblütig ermordet.

Die Aufdeckung der Organisation der "Cagoulards" ist kein Gegenbeweis für die hier festgestellte Begünstigung der faschistischen Provokateure durch die Volksfrontregierung und ihre Behörden. Die "Cagoulards" sind eine kleine faschistische Gruppe, die in Opposition zu den grossen faschistischen Organisationen der de la Rocque, Doriot etc. steht. Wenn Dormoy wirklich gegen die geheime Bewaffnung der Faschisten vorgehen will, dann soll er sich nicht nur auf die "Cagoulards" beschränken, deren Verfolgung die grossen Häuptlinge des französischen Faschismus, die de la Rocque, Doriot etc. von einer unbequemen Opposition befreit. Wir sind sicher, dass bei de la Rocque und Doriot zehnmal mehr an geheimen Waffenlagern, Verbindungen zur Armee, Fehmemordorga-

nisationen etc. festzustellen ist, als bei der kleinen Gruppe der "Cagoulauds". Aber hier machen die "republikanischen" Behörden nichts, und zwar gerade deswegen, weil die de la Haque und Doriot ganz andere Stützen in "Polizei und Armee" haben als die "Cagoulauds".

Nun, da ersienen ist, welche Verbrechen die französischen Faschisten zusammen mit den Agenten Mussolinis, Hitlers und Francos begangen, ist es erst recht notwendig, die wirkliche Auflösung aller faschistischen Organisationen, die Verhaftung ihrer Führer, das Verbot ihrer Presse zu fordern. Nur doch so werden die Franco- und Mussolini-Banden in Frankreich so frech, weil sie sich auf die Beihilfe der französischen Faschisten stützen können. Gleichzeitig zeigt die schwächliche Rolle der Volksfrontregierung und ihrer Behörden, wie notwendig es ist, dass die Arbeiterklasse sich einen einheitlichen Massen-selbstschutz schafft, um ihren Forderungen in Bezug auf die Bekämpfung des Faschismus den nötigen Nachdruck zu verleihen.

-o-o-o-o-

DER NEUE FRANKENTUM UND DIE REDE BONNETS.

oo

Die Führer der SFIO und der KPF benutzen die Kampagne für die Kantonalwahlen um den Arbeitern die üblichen Versprechungen in Bezug auf die Möglichkeit der Volksfront zu machen, Versprechungen die reine Demagogie sind, die gerade von ihren Urhebern am wenigsten ernst genommen werden. Die KPF-Führer kündigen zum x-ten mal die vollständige Verwirklichung des Volksfrontprogramms an, die SFIO-Größen erzählen durch welche Massnahmen sie dieses Programm ergänzen wollen.

Während die Führer der SFIO und der KPF so bestrebt sind, die Massen durch schöne Redecarten von dem wirklichen Inhalt ihrer Volksfrontpolitik abzulenken, hat der Finanzminister Bonnet, der der führende Kopf in der Volksfrontregierung Nummer Zwei ist, am letzten Montag eine Rundfunkrede gehalten, in der er ziemlich klar ausgesprochen hat was die Volksfront wirklich tut, was die von der SFIO und KPF unterstützte Volksfrontregierung wirklich will.

Der Franc hat neuerdings eine starke Einbusse seines Kurses erlitten. Was sagt nun der von deswegen dazu berufene Hüter der französischen Finanzen dazu? Bonnet spricht offen aus, was allen Einsichtigen von vornherein bei der Bildung der Regierung Chautemps klar war, nämlich, dass das jetzige Kabinett nicht daran denkt, den Kurs des Franc ernsthaft zu verteidigen, ihn zu stabilisieren, dass es vielmehr eine Inflationspolitik, ähnlich wie wir sie in den ersten Nachkriegsjahren in Deutschland gesehen haben, betreibt. Bonnet erklärte offen heraus: "Es ist trügerisch und gefährlich sie (die Währung) auf einem künstlichen Niveau halten zu wollen, indem man einfach auf den Goldschatz der Bank zurückgreift. Es ist noch trügerischer und gefährlicher sie durch polizeiliche oder administrative Zwangsmassnahmen halten zu wollen".

Man wird vielleicht einwenden, dass dieser Ausspruch Bonnets kein Bekenntnis zu einer Politik der Inflation, der weiteren Entwertung des Franc bedeute, weil er in der gleichen Rede denjenigen, die gegen die Frankenfährung spekulieren mit einem Eingreifen des Währungsausgleichsfonds gedroht habe. Aber dieser Wink mit dem Zaunpfahl an die Börsenspekulation bedeutet nur, dass Bonnet gegen allzu jähe Abwürfe des Frankenkurses vorgehen will. Auch in Deutschland hat in den Jahren von 1921 - 1923 die damalige Regierung öfters interveniert, nicht um die Mark zu stabilisieren, sondern um zu verhindern, dass sie allzu rasch fällt. Im Endeffekt haben diese Interventionen zur Stützung des Markkurses bekanntlich so gut wie keine Wirkung ausgeübt.

Weßhalb die französische Grossbourgeoisie und ihr getreuer Sachwalter Bonnet jetzt eine Politik der Inflation, des dauernden Abrutschens des Franc einschlagen, haben wir schon wiederholt erwähnt. Es ist für den kapitalistische Frankreich nicht möglich, auf die Dauer zugleich die infolge des letzten Weltkrieges riesig aufgeblähte innere Schuld und die gegensätzlichen ungeheuren Rüstungsausgaben zu tragen. Die französische Kapitalistenklasse - und auch die Radikalsozialistische Partei ist eine Interessenvertretung dieser Klasse - ist natürlich bestrebt, alle Lasten, die die staatliche Finanzpolitik

mit sich bringt, auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen. Die Inflation, die Entwertung der Währung, ist ein sehr bequemes Mittel dazu. Die Inflation, die Entwertung der Währung gestattet es, die innere Schuld des Staates herabzusetzen und zwar in einer Weise, dass dabei die kleinen Sparrer, die im Besitze von Staatspapieren sind, geschoren werden, während die Banken und sonstigen grosskapitalistischen Gruppen nicht nur nichts verlieren, sondern fette Gewinne einstreichen. Das ist besonders bei der heutigen Politik der Chautemps und Bonnet der Fall, die Milliardensummen ausgeben, um die Kurse der Staatspapiere zu stützen. Diese Milliardensummen wandern in die Taschen der Grossbanken, die der Regierung auf diese Weise ihre Bestände an französischen Staatspapieren aufhalten und in Dollar- oder Pfundwerte flüchten. Schliesslich und endlich sind es dann nur noch die kleinen Leute, die auf den Staatspapieren sitzen bleiben und die die Suppe auszulöffeln haben, wenn das Abrutschen der Währung sich in einer faktischen Enteignung ihrer gesparten Sous ausdrückt.

Herr Bonnet erzählt uns, dass der Kurs des Franc letzten Endes von der Produktion abhängt. Wenn in Frankreich mehr produziert und wenn insbesondere, wie das die Regierung Chautemps-Bonnet jetzt beabsichtigt, die 40-Stundenwoche abgeschafft, werden, den Notwendigkeiten der Wirtschaft "angepasst" werden, dann sei auch die Währung gesichert. Herr Bonnet verflucht eine etwas vereinfachte Nationalökonomie. Die Finanzen eines Landes hängen nicht nur davon ab, wieviel produziert wird, sondern auch davon, was produziert wird und davon, welches der Anteil der verschiedenen Klassen an der Aufbringung der Steuerlasten ist. Der Aufschwung der Produktion für Rüstungszwecke hat die Währungen der faschistischen Länder keineswegs gestärkt, sondern dazu geführt, dass sie dahinsiechen. Das Budget der französischen Regierung für das kommende Jahr gleichfalls einen gesteigerten Rüstungsbedarf vor. Der Überschuss rein rechnerischer Art, den Bonnet für das ordentliche Budget auskalkuliert hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass er für die Aufbringung des ausserordentlichen Budgets, in dem die Rüstungen enthalten sind, auf allerlei inflationistische Manöver angewiesen ist. Bonnet soll uns also nicht erzählen, dass z. B. eine Steigerung der Rüstungsproduktion, die durch Ausgabe von kurzfristigen Bons und letzten Endes durch die Notenpresse bezahlt wird, zur Stabilisierung des Franc beitragen werde.

Andererseits ist es auch klar, dass die Staatsfinanzen und die Währung sehr jämmerlich aussehen können, wenn die Produktion des Landes steigt, wenn aber die steuerliche Belastung der Kapitalisten nicht nur nicht erhöht, sondern wie das heute bei uns geschieht, faktisch gesenkt wird. Trotz der "Energie" mit der Bonnet die steuerliche Belastung der breiten Massen vermehrt wird, er, auch wenn er die Werktätigen noch so bepackt, aus ihnen nicht die Summen herausholen, die notwendig sind, um das Budget in Ordnung zu bringen. Die Reden werden aber trotz den Deklamationen der KP-Führer - die allerdings nur Deklamationen sind - nicht nur nicht zum Zehlen herangezogen, sondern ihnen werden, wie gesagt, die Steuern faktisch gesenkt. Es ist doch ganz klar, dass für die grossen Kapitalisten, die ihr Vermögen und ihre Gewinne zu einem erheblichen Teil in ausländischen Werten bzw. in Waren, die gegen die Frankentwertung gesichert sind, das Abrutschen des Franc sich in einer Minderung ihrer steuerlichen Verpflichtungen auswirkt.

Die ganzen Betrachtungen Bonnets über die Vermehrung der Produktion dienen nur dazu, die Unbernehmeroffensive zu fördern, die jetzt gegen die 40-Stundenwoche vorbereitet wird, sowie dazu, um die auf das weitere Abrutschen des Franc, d. h. auf die weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die weitere Senkung der Reallohne, die weitere Verelendung der kleinen Geschäftleute und kleinen Sparrer gerichtete Politik der Regierung zu entschuldigen.

Die Volksfrontpolitik, das ist bekanntlich eine Politik der Erhaltung der bürgerlichen Demokratie. Bonnet hat in seiner Rede eine ganz gute Erläuterung der bürgerlichen Demokratie gegeben, die zeigt, weshalb die Arbeiterklasse sich nicht für die bürgerliche Demokratie, für die demokratischen Freiheiten für alle Klassen, sondern nur für die demokratischen Freiheiten der Werktätigen einsetzen darf. Bonnet begründete seine Ablehnung jeder Art von Devisenkontrolle, jeder Zwangsmassnahme gegen die Grosskapitalisten, die ihre

Vermögen ins Ausland verschoben und gegen den Franc spekulieren, folgendermassen: "Zwangsmassnahmen führen unvermeidlich zu immer gewaltsamerer polizeilicher und administrativer Stränge, die immer unwirksamer wird und die der republikanische Geist nicht weniger ablehnt als die finanzielle Weisheit".

Nicht nur die "finanzielle Weisheit", d.h. die Interessen des Groszkapitals, verlangen es also nach Bonnet, dass Kapitalflucht und Devisenspekulation nicht gestört werden, sondern auch der "republikanische Geist". Bonnet hat sehr hübsch formuliert, was die demokratische Bourgeoisie, die die radikal-sozialistische Partei beherrscht, unter "demokratischen Freiheiten" versteht. Für sie ist das die Freiheit, nach Belieben über ihr kapitalistisches Privatigentum zu verfügen.

Wir empfehlen den Mitgliedern der KPF, die Bonnetsche Definition der bürgerlichen Demokratie zu studieren. Sie werden daraus mehr lernen, als aus den Reden, die ihre Führer über "nationale Einheit" und sonstige Formen der Klassenversöhnung halten.

Die Bonnetsche Rede zeigt den Arbeitern, was sie von der Volksfront und ihrer Regierung zu erwarten haben. Auf die Frage aber, wieso und warum Bonnet in der Lage ist, eine Politik zu betreiben, wie sie sich die "200 Familien" nicht besser wünschen können, hat uns Blum in seiner Rede, die er am letzten Sonntag in Roubaix gehalten hat, Auskunft gegeben. Blum beschränkte sich bitterlich darüber, dass die Bourgeoisie ihn und die anderen SFIO-Führer so scharf angreife. Er zählte die Verdienste auf, die sich die Führer der SFIO um die französische Bourgeoisie und deren Interessen erworben haben. Blum sagte:

"Ohne uns, ohne unseren aktiven Willen, war es nicht möglich gewesen ein neues Volksfrontkabinett zu schaffen, und vielleicht nicht einmal eine friedliche Übergabe der Regierungsmacht zu sichern; ohne unseren aktiven Willen, wäre es nicht möglich gewesen, die Massnahmen, die die gegenwärtige Regierung für notwendig erachtet hat, um der Lage der Finanzen und der Währung zu begegnen, zu ergreifen und anzunehmen zu lassen".

Jetzt wissen die Arbeiter, wem sie es zu verdanken haben, wenn Tabak und Briefmarken teurer geworden sind, wenn ihr Reallohn dauernd sinkt, wenn nächstens die 40-Stundenwoche abgeschafft oder wie man jetzt zu sagen pflegt, den Betrieb "in Anpassung der Produktion" angepasst wird. Übrigens hat Blum in seiner Sonntagsrede, nachdem er erklärt hatte, dass sie Sozialgesetze auf einem Felsen ruhten, sich selbst für eine "Anpassung" des Gesetzes über die 40-Stundenwoche, d.h. für seine Durchlöcherung ausgesprochen. Die Felsen Leon Blums scheinen aus Gummi zu bestehen.

Die gleiche Verantwortung wie die SFIO-Führer tragen auch die Führer der KPF. Auch sie sind in voller Masse an allen arbeiterfeindlichen Massnahmen und Absichten der Chaatempu-Bonnet mitschuldig.

-o-o-o-o-

DAS MISSGLÜCKTE "TANNENBERG".
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Tatsache, dass die japanischen Militärs prahlerisch die bevorstehende Umzingelung einer grossen chinesischen Heeresmasse in Korea nach dem Muster der berühmten Schlacht von Tannenberg angekündigt hatten, eine Umzingelung, aus der dann nichts wurde, ist in mancherlei Hinsicht bedeutsam.

Eine solche prahlerische Vorankündigung widerspricht allen soliden militärischen Gewohnheiten und wirft ein sehr ungünstiges Licht auf die Geistesverfassung der japanischen militärischen Leitung. Ferner kann man daraus schliessen, dass die öffentliche Meinung Japans ungeduldig geworden ist und sich bereits in einem gewissen Gegensatz zur militärischen Clique befindet, die das Publikum durch falsche Siegesnachrichten zu befriedigen sucht.

Auf chinesischer Seite zeigt dieses Ereignis, dass die chinesische militärische Leitung fähig ist zu grossen schwierigen strategischen Manövern auf ei-

nen weit ausgehöhten Kriegsschauplatz - sehr im Gegensatz zum Spanien der Volksfront. Diese Manövrierfähigkeit setzt einerseits voraus eine gute militärische Ausbildung der leitenden militärischen Kadern und eine gute militärische Moral der Mannschaft; andererseits weist sie hin auf die Fortschritte, die die politische Einheit des Landes gemacht hat.

Die entschlossene Stimmung der chinesischen Volksmassen kommt weiter zum Ausdruck in der von Tschang-Kai-Schek der Zeitung "Paris Soir" abgegebenen Erklärung, dass China den Krieg nicht einstellen werde, solange noch ein japanischer Soldat auf chinesischem Boden stehe.

Auch die chinesischen Operationen vor Schanghai werfen ein günstiges Licht auf die militärischen Fähigkeiten und die Kampfmoral der Chinesen.

Vieles wird davon abhängen, in welchem Masse China instande sein wird, seine Bedürfnisse an Kriegsmitteln zu decken und dies wiederum ist ebensovohl eine Frage, inwieweit das Kucmintangregime instande sein wird, alle Hilfsmittel des Landes für diesen Zweck zu mobilisieren, als auch der Aktion der internationalen Arbeiterklasse, um dem chinesischen Volk die Versorgung mit Kriegsmitteln von aussen zu erleichtern und sie den japanischen Militärs zu erschweren.

Die unerwartete Dauer und Kraftanstrengung des Krieges begannen sich in Japan bereits wirtschaftlich auszuwirken. Die Textilindustrie, die Hauptexportindustrie Japans, hat ihre Produktion bereits zugunsten der Kriegsinindustrie beschränken müssen.

Eine andere Wirkung ist die relative Stärkung und Sicherung der Sowjetunion durch die Erschwerung eines Angriffs von Hitlerdeutschland auf die Sowjetunion auf längere Zeit.

-o-o-o-o-

SPANIEN, NYON UND DER VÖLKERBUND .
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der "Manchester Guardian" hat das Verdienst, die Bedeutung des Abkommens von Nyon für Spanien mit erfreulicher Deutlichkeit auszusprechen, indem er schreibt:

"Eine der Folgen der Konferenz von Nyon ist deshalb, dass der Zustand der Unentschiedenheit in Spanien auch weiter erhalten wird.... Die hier (in London) bestehende Ansicht ist, dass eine solche Lösung (eine "painspanische Lösung") das Beste sowohl für Spanien, als auch für Europa sein würde".

Es handelt sich also für die sogenannten demokratischen imperialistischen Mächte, für England und Frankreich, darum, den "Zustand der Unentschiedenheit" solange fortzusetzen, bis sie beiden Seiten in Spanien ihre Bedingungen diktieren können. Und die spanische Volksfrontregierung hat bis heute nicht die Fähigkeit gezeigt, diesen Zustand zu beenden durch den Übergang zu einer umfassenden und einheitlich geleiteten Offensive.

Die Nichtwiederwahl Spaniens zu einem Ratsitz im Völkerbund kann nur den Sinn haben, das republikanische Spanien bereits jetzt "abzuschreiben" und den Weg freizuhalten für ein Kompromissregime, das den Wünschen des englisch-französischen Kapitals entspricht. Diese Nichtwiederwahl wäre nicht möglich gewesen, wenn diejenigen Staaten, die gegen Spanien stimmten, nicht das englischen Einverständnis sicher gewesen wären.

Frankreich und England haben im Anschluss an Nyon die Seeblockade aufgehoben - ohne dass in der französischen Volksfront sich ein Finger gerührt hat - und jetzt ist es das Frankreich der Volksfront, das nach wie vor die Pyrenäengrenze für das republikanische Spanien gesperrt hält, während von italienischer Seite die Entsendung von 100 - 150 000 Mann angekündigt wird um nach den Plänen Badoglio eine rasche Entscheidung herbeizuführen.

Es zeigt sich so, dass das Abkommen von Nyon ausschliesslich die Sicherung

des Mittelmeeresweges für England-Frankreich im Auge hatte. Das energische Auftreten dieser Mächte zum Schutze ihrer unmittelbaren imperialistischen Interessen hat Italien dazu geführt, jetzt seine Mitwirkung an diesem Abkommen anzubieten. Dies ist ein offenkundiges Rückzugsmanöver, das zeigt, dass von Frankreich-England so wollten, wie sie nicht wollen, die durchaus die Möglichkeit hätten, der deutsch-italienischen Intervention in Spanien ein Ende zu machen.

-0-0-0-0-

JOAQUIN ASCASO ERMORDET?
oooooooooooooooooooooooooooo

Wie der "Libertaire" mitteilt, soll der anarchistische Genosse Joaquín Ascaso, der frühere Vorsitzende des Rates von Aragon, der von der Regierung Negrín unter der verleumdnerischen Anklage des Juwelenschmuggels verhaftet worden war, ermordet worden sein. Die Ermordung soll sich so abgespielt haben, dass Ascaso freigelassen und dann beim Ausgang aus dem Gefängnis erschossen worden sei. Die GPU hat also Ascaso in genau derselben Weise gemordet, wie den Genossen Hin. Dieser neue, von den spanischen Stalinjüngern begangene feige Mord, muss alle klassenbewussten Arbeiter erst recht dazu veranlassen, die Solidaritätskampagne für die POUM-Führer, die in ständiger Lebensgefahr schweben und für die anderen, von der spanischen Volksfrontregierung eingekerkerten Revolutionäre zu verstärken.

oo

Die Septembernummer

"DER INTERNATIONALE KLASSENKAMPF"

=====

ist erschienen. Der Inhalt beschäftigt sich mit folgenden Themen: Zum Krieg im Fernen Osten/Die beginnende Neugruppierung der internationalen Arbeiterbewegung/Volksfrontpolitik und Kriegsführung in Spanien/Ist Hitlerdeutschland kriegsbereit?/Die Regierung Chautemps-Bonnet an der Arbeit/Zur Frage der Einheitspartei/Eine "Theorie" der Volksfront/Anmerkungen zu einem Agentenbericht/Stalinsche GPU-Methoden in der internationalen Arbeiterbewegung/Länderberichte und Dokumente.

Die 16 Seiten umfassende Nummer kann bei allen Funktionären der IVKO und bei Alois Guri Wolfshain (Bas-Rhin) bestellt werden. Die Einzelnummer kostet 1.50 Francs.

oo

SANTANDER.

oooooooooooo

Ein längerer Artikel der "Batalla", des Zentralorgan der POUM, das seit 4 Verfolgung der Partei illegal erscheint, entnehmen wir einen Abschnitt der sich mit den militärischen Niederlagen in Nordspanien beschäftigt.

Die Red. der "Arbeiterpolitik"

"Die Regierung Negrín u. vorher schon die Regierung Caballero hatten sich mit besonderer Liebe der regulären Polizeikörper angenommen, die an Zahl noch bedeutend von ihnen vermehrt wurden. Eben diese Polizeiformationen waren es, die den Arbeitern Santanders u. den Basken, die sich in diese Stadt zurückgezogen hatten, den Dolch in den Rücken stießen. Die gleichen Militärfachleute, die die baskische Hauptstadt nicht verteidigen konnten oder es nicht wollten, die sie denn aufgaben - sie waren es auch, die jenen "glorreichen" Rückzug über die Berge von Santander organisierten, um dann ihre Reste den Faschisten auszuliefern. Die faschistischen Berichte sprechen von 10 000 Kämpfern, die so den Truppen Franco bei Santander in die Hände fielen. Auf die Zahl übertrieben sein, das ändert nichts an der Tatsache selbst. Die Arbeiter, die sich in grosser Zahl unter diesen Zehntausend befinden, von denen die faschistischen Berichte sprechen, wurden hinterrücks angegriffen von den gleichen Kräften, denen die Regierung ihr ganzes Vertrauen schenkte, die die Regierung der Niederlagen mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betraut hatte, denen sie täglich 30 Peseten auszahlte, um sie so von den Arbeitern fernzuhalten und um sie jeden Augenblick gegen sie einsetzen zu können, wie es im Mai in Barcelona geschah und wie es seitdem auf dem ganzen

republikanischen Gebiet unter weniger dramatischen Formen geschieht. In Wirklichkeit kann man diese Polizeikräfte nicht einmal des Verrats bezichtigen. Sie werden geschaffen und unterhalten mit der nahezu ausschliesslichen Bestimmung, sie gegen die Arbeiterklasse auszuspielen. Man gab ihnen die gleiche Aufgabe, die ähnliche Kräfte in jedem bürgerlichen Staat haben. Als sie sich verlassen sahen von der Obrigkeit in Valencia, die nur einen Teil des bürgerlichen Staates repräsentiert, schwankten sie keinen Augenblick, um die ihnen anvertraute öffentliche Ordnung aufrechtzuhalten. Sie lieferten den Arbeitern, die bis dahin voller Vertrauen an ihrer Seite gekämpft hatten, blutige Schlächten im Interesse der neuen bürgerlichen Obrigkeit, die mit starken Kräften herandrückte, um die Macht in Santander zu übernehmen. Genau so handelten ihre Kollegen im Juli 1936. Soweit sie sich auf dem von der beherrschten Territorium befanden, waren sie regierungstreu; wo jedoch die Faschisten zu sagen hatten oder wo die Macht der Zentralregierung bereits ins Wanken geraten war, standen sie auf Seiten der Faschisten. Diese Tatsache kann einen Revolutionär weder überraschen, noch verwirren, aber sie sollte ihn warnen. Sehen wir ab von der revolutionären Dialektik, die einen solchen Ausgang voraussehen liess, so hatten wir ja als Beispiel den Fall von Malaga. Die Zirkelgarde in dieser Stadt war der Regierung von Valencia "treugeblieben". "Mit Freude" hatte sie auf ihren traditionellen Dreispitz verzichtet und ebenso "gern" die Bezeichnung "Republikanische Garde" angenommen. Als nun die "Tropfen Queipo de Llano" sich der Stadt näherten, folgten sie nicht den Tropfen der Regierung, die sich in neue Stellungen zurückzogen, sondern sie zogen es vor, den Rebellengeneral zu empfangen unter Entfaltung ihrer alten Fahnen und in ihren alten Uniformen. Könnte man etwas anderes von den Kräften, deren Gesinnung keine Wandlung erfahren hatte und deren Aufgabe die gleiche geblieben war, erwarten. War nicht jeder von ihnen mit Strafe bedroht, der christlich bedroht war, sich der Arbeiterklasse zu nähern? Die Truppe war gesäubert von allen Elementen, die verdächtig waren, der Sache des Proletariats ergeben zu sein. Ja, man ging noch weiter - man flößte ihnen einen Abscheu ein gegen die Arbeiter, um sie so besser für die Bedürfnisse der Konterrevolution gebrauchen zu können. Diese Truppe war über die Massen verstärkt und straff diszipliniert. Sie wartete nur auf den Befehl zu kämpfen, nicht nur im Hinterland gegen die Arbeiter im Arbeitsmittel, sondern auch gegen die militarisierten Arbeiter an der Front, wenn diese sich eines Tages gegen den grossen Betrug an der spanischen Arbeiterklasse erheben sollten. Gegen diesen Betrug, den die Stalinisten im Bunde mit der spanischen und internationalen Bourgeoisie in unserem Lande organisierten vom ersten Tage der Revolution an. Diese Polizeikräfte haben jetzt in Santander und vorher in Malaga ganz dem Sinn und Zweck entsprechend gehandelt, für den sie verhätschelt u. für den sie an Zahl ausserordentlich vermehrt wurden - von oben dieser Regierung der Volksfront.

Zweifelles finden sich unter den Tausenden, die diese Polizeiformationen bilden, auch solche, die der Sache der Arbeiter ehrlich zugewandt sind. Besser gesagt, ein grosser Teil der Arbeiter sind von ihren eignen Organisationen in dieser Truppe hineingeschickt worden, in der Hoffnung, durch ihr blosses Dasein zu verhindern, dass sie jemals gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden könne. Die Stalinisten, Reformisten und Bourgeois wussten wohl, wie unehrlich ihr vages Versprechen gemeint war. Ihnen lag in erster Linie daran, diese Polizeiformationen in ihrer alten Schlagkraft wieder herzustellen, indem die ihnen besonders Verrechte gegenüber den übrigen Männern im Waffenrock und auch gegenüber den Arbeitern u. Bauern, die ihrer Arbeit weiter nachgingen. Dies allein genügte schon, um über kurz oder lang unter den neuen Faktoren des alten Polizeikörpers - vielfach Elemente mit unentwickeltem Klassenbewusstsein - einen neuen Klassengeist zu schaffen, sodass sie bereit waren, auf Befehl gegen ihre alten Kameraden zu marschieren, solange ihnen die Regierung ein gutes Gehalt und umfassende Straflosigkeit zusicherte. Was diesen schmutzigen Verrat widerstrebt, wurde ausgestossen...

Eine andere nicht minder wichtige Erscheinung bei dem Fall von Santander, ist die offenbarte Demoralisierung eines grossen Teiles der Bataillone des Volksheres. Das darf man bei der Wirkung der Fortschritte der stalinistisch-bürgerlichen Konterrevolution, die sich in dem sogenannten regierungstreuen Spanien vollzieht, nicht aus dem Auge verlieren. Die Bataillone, die zuerst zurückgingen, waren die Reste des baskischen Nationalheeres, die mit der Arbeiterklasse und ihren Zielen kaum etwas gemein haben. Diese baskischen Natio-

Halbtruppen, die sich aus Ehrgefühl oder was es auch sei, bei dem Fall von Bilbao nicht ergeben hatten, mögen bei der Verteidigung von Euzkadi eine vortreffliche Moral gehabt haben - bei der Verteidigung von Santander haben sie versagt. Das war die logische Folge davon, dass die Zentralregierung sie im Stich liess, wie es vorher in gewissem Grade auch schon bei Bilbao der Fall war. Für diese Truppen war der Kampf gegen den Faschismus ein Kampf um die Verteidigung ihrer nationalen Freiheiten. Wie sollen sie mit Begeisterung eine Regierung verteidigen, die jeden Tag neue Massnahmen traf, um die Freiheit Kataloniens u. der übrigen Nationalitäten zu vernichten, eine Regierung, die nach den Worten ihrer stalinistischen Führer die Absicht hatte, alles bis zum Letzten der Zentralgewalt zu unterwerfen.

Nicht minder verständlich ist die Demoralisierung der übrigen Bataillone, die in ihrer Mehrheit aus Arbeitern bestehen. Vielleicht waren sie sich über die letzten Absichten der Führer ihrer Parteien u. Organisationen nicht im Klaren. Aber ihr revolutionärer Instinkt sagte ihnen, worauf die Sache hinauslief. Ihre ursprünglichen Militärformationen mit ausgesprochenem Klassencharakter waren zerstört. An die Stelle ihrer Arbeiteroffiziere waren in der Mehrzahl Berufs-Offiziere getreten, die immer wieder angesichts des Feindes glatten Verrat übten. Oder es waren Elemente von zweifelhafter revolutionärer Gesinnung, in der Hauptsache dem Kleinbürgertum entnommen. Diese bewaffneten die Kriegsschulen u. waren meist darauf bedacht, sich auf die bequemste Art eine Zeitlang vor der Front zu drücken. Ist es verwunderlich, dass die früheren Militärs nicht mehr von dem alten Kampfgeist besetzt waren? Sie sahen sich betrogen um ihre ursprünglichen revolutionären Kampfziele aus den Tagen des Juli. Schlecht ausgerüstet standen sie einem zahlenmässig überlegenen Gegner gegenüber, der in bester Ausrüstung u. vortrefflich organisiert, von erfahrenen Fachleuten kommandiert wurde. Die "wilden Volkstämme", von denen der Führer der katalanischen Stalinisten kürzlich in einer Rede sprach, konnten nur deswegen in den Städten siegen u. an der Front einen an Zahl u. Kriegsmaterial überlegenen Gegner in Schach halten, weil sie über eine hohe revolutionäre Moral verfügten. Aber diesen "Wilden" nahm man ihren Glauben an die Revolution. Man unterwarf sie der Disziplin eines Heeres, das ihren Klassenzielen feindlich war. Man verdrängte sie an der Front und im Hinterland aus ihren politischen Positionen. Nach solchen Geschehnissen ist es schwer, mit diesen Soldaten einen technisch u. strategisch überlegenen Feind zu schlagen. Japan läuft sogar Gefahr, dass diese Soldaten sogar einem gleichwertigen oder gar unterlegenen Feind gegenüber nicht so kämpfen können wie sie, dass sie vielleicht sogar kampfmüde werden und eine Niederlagenstimmung sich ihrer bemächtigt. ..

Unter dem Diktat der Stalinisten schafft die Regierung Negrin überall in Spanien, soweit ihre Herrschaft reicht, die gleiche Niederlagenstimmung, die gleichen materiellen u. moralischen Voraussetzungen der Niederlage, wie sie in kurzer Zeit zum Fall von Santander geführt haben. Und darum verfolgt u. verfolgt diese Regierung auf Geheiss der Stalinisten die Mitglieder der POUM und der CNT.

Innerhalb der Arbeiterklasse hat die Regierung Negrin so gut wie nichts hinter sich. Unter dem Diktat des Stalinismus u. des internationalen Kapitals ist sie zu einer Regierung der Niederlagen geworden. ... Wichtiger als ein Sieg über den Faschismus ist ihr die Unterwerfung der Arbeiterklasse. Zuerst soll ihre revolutionäre Vorhut, die POUM, vernichtet werden, um dann auch die CNT zu entwachen u. um schliesslich die härteste Diktatur gegen die Arbeiterklasse zu errichten - auch gegen jenen Teil, der heute noch in gutem Glauben den stalinistischen Konterrevolutionären u. den Reformisten folgt, und, ohne es zu wissen, an der Liquidierung der Revolution mitwirkt. Gleichwohl können weder Negrin, noch die Stalinisten in Siegesgeschrei ausbrechen. Die spanische Arbeiterklasse ist noch nicht besiegt, und sie wird diesen Herrschaften noch manche Überraschung bereiten."

-o-o-o-o-

Die UPR und die Kantonalwahlen.

=====

Der Delegiertentag der UPR für das Oberelsass hat im Hinblick auf die Kantonalwahlen beschlossen, den Wahlkampf "zur Verteidigung der sozialen Errun-

Vorworte der Aushöhlung der sozialen Reformen.

Wie es mit der prinzipiellen Anerkennung der 40-Stundenwoche bei den Radikalsozialisten bestellt ist, wird ja in "La Republique" fortlaufend unter Beweis gestellt. Und F. Hecker mag uns zeigen, worin er seine Partei sich im Prinzip von den Attacken gegen die 40-Stundenwoche unterscheidet, die in den rechten Organen geritten werden. Man betrachte sich nur die Wahllosungen der UFR zu den bevorstehenden Wahlen, nach denen die UFR sich den Wählern als der Retter der Sozialreformen vor den Kommunisten u. Sozialisten darstellt. Man denke daran, dass z. B. H. Walter den Sozialreformen im "Prinzip" seine Anerkennung ausspricht - worauf wohl die Zuneigung Heckers zu den Walterschen Blockvorschlägen zurückzuführen ist? Man schaue in die "ELZ" und man wird finden, dass dort die Gedanken, zu deren Fürsprecher sich seit geraumer Zeit "La Republique" macht, dort schon etwas früher, aber nicht ganz so konkret und offen vertreten wurden. Unter dem Motto des Schutzes des Mittelstandes werden die ersten Angriffe gegen die 40-Stundenwoche vorgetragen, werden die Geschäfte des grossen Kapitals besorgt. Und die ganze Kampagne um die Steigerung der Produktion, die sich wie ein roter Faden durch alle Ministerreden zieht, worauf läuft sie denn hinaus? Handelt es sich dabei um eine durch technische Verbesserungen zu erzielende Produktionssteigerung? Nein. Wir haben dafür bereits die Beweise für den Bergbau geliefert. Also kann es sich nur um eine Verlängerung der Arbeitszeit, um die Aushöhlung der 40-Stundenwoche handeln.

Wir haben auf das Lamento Heckers über die Not der uneigennütigen Hausbesitzer, darauf hingewiesen, dass die Arbeiterschaft aus der Krise des Baugewerbes andere Folgerungen ziehen müsse. Wir sagten, dass die Arbeiter und alle Werktätigen die Rohstoffindustrien und das Baugewerbe der Preis- und Produktionskontrolle der Organe der Arbeiterschaft unterwerfen muss und die Bauwirtschaft zu einer öffentlichen Angelegenheit, die den Profitinteressen der Kapitalisten zu entziehen ist, gemacht werden muss.

Was weiss uns H. Hecker darauf zu erwidern? Er erklärt kategorisch, dass er sich auf eine solche Diskussion überhaupt nicht einlasse, dass die Volksfront mit solchen Forderungen nichts zu tun habe und dass das Volksfrontprogramm darüber gar nichts enthalte. Dabei kann sich aber F. Hecker nicht enthalten, unseren Forderungen eine Auslegung zu geben, die sie garnicht haben. So behauptet er, wir hätten die Verstaatlichung jeglicher menschlicher Tätigkeit gefordert. Das ist mit Verlaub zu sagen ein Heckerscher Blödsinn, der von ihm eigens zurecht gemacht wurde um als Kleinbürgerschreck Verwendung zu finden. Im Übrigen braucht uns F. Hecker nicht zu versichern, dass die Radikalsozialisten nicht mit unseren Forderungen einverstanden sind. Das wussten wir ohnehin. Aber F. Hecker soll nicht meinen, weil er und seinesgleichen mit unseren Vorschlägen nicht einverstanden sind, habe die Arbeiterschaft sich Kraft der von Hecker angerufenen Demokratie ganz einfach den Vorschlägen auf Durchlöcherung der 40-Stundenwoche anzuschliessen und das Maul zu halten. F. Hecker erinnert sich wohl noch der Junibewegung vorigen Jahres. Vorher war doch gerade F. Hecker unter denen zu finden, die mit einem umfangreichen Zahlenmaterial die Unmöglichkeit der 40-Stundenwoche im nationalen Rahmen nachzuweisen versuchten. Als dann die Junibewegung kam hat er sich vorerst mit den Tatsachen abgefunden und heute, nachdem die Arbeiterschaft mittels der Volksfrontpolitik an die Kandare gelegt worden ist, kommt der alte F. Hecker wieder zum Vorschein, der es als seine Spezialaufgabe betrachtet gestützt auf das Material der Patrons die "Unsinnigkeit" der 40-Stundenwoche hier, da und dort zu beweisen. F. Hecker glaubt offenbar, seine Zugehörigkeit zur Volksfront ist für ihn ein Schutzschild, durch das er sich vor der klaren Aufdeckung seiner Kampagne gesichert habe. Er irrt sich zumindestens in Bezug auf uns in diesem Punkte. Unsere Aufgabe ist es auf keinen Fall den Versuch, der 40-Stundenwoche mittels der Volksfront schrittweise den Garau zu machen Beifall zu spenden.

Was wir den Arbeitern an Hand der radikalen Kampagne gegen die 40-Stundenwoche zeigen wollten, war gerade das, dass die Unterordnung der Interessen der Arbeiter unter das Bündnis mit den Radikalen, selbst die Erfolge zu torpedieren droht, die sie als Ergebnis ihrer ausserparlamentarischen Aktivität trotz der Volksfrontpolitik der Blum und Chautemps nach bewahrt haben.

Verantwortlich: EMILE HIRZEL.

ERSCHEINT WÖCHENTLICH.

=====

Einzel Exemplar: 0.75 Cts.

Monatlich: 2.50 Frs.

Ausland: 3.50 Frs.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opportunisten Elsass (Section der I.V.K.O.)

Nr. 40/IV. Jahrgang.

Erste Oktoberwoche 1937.

ZU DEN KANTONSWAHLEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Das Ergebnis der Parlamentswahlen von 1936 brachte erstens eine starke Radikalisierung der werktätigen Massen Frankreichs, ihre gewachsene Kampfbereitschaft, zweitens aber die Illusionen dieser Massen, die durch die Volksfrontpolitik der Führungen der SFIO, KPF u. CGT gefördert, bzw. überhaupt erst hervorgehoben wurden, zum Ausdruck. Die Radikalisierung der Massen zeigte sich in der gewaltigen Streikbewegung vor Juni des vorigen Jahres. Die Illusionen der französischen Arbeiter über das Wesen der Volksfront gestatteten es den Blum, Thorez, Jouhaux usw., die außerparlamentarische Bewegung der Massen zu brechen, abzurufen u. schliesslich eine Lage herbeizuführen, in der das Proletariat passiv eine Regierungspolitik erduldet, die nichts weiter ist als die Einleitung u. Durchführung einer allgemeinen Kapitaloffensive.

Die jetzigen Kantonswahlen sind die ersten, nicht nur auf einzelne Orte beschränkten Wahlen, die seit der Mai 1936 stattfinden. Was den jetzigen Wahlkampf kennzeichnet, ist, dass er ganz deutlich zeigt, wie die Arbeiterklasse u. die Masse der ausgebeuteten u. werktätigen Kleinbürger in Stadt u. Land durch die Volksfrontpolitik der grossen Arbeiterorganisationen betrogen u. zurückgeworfen worden ist.

Für den revolutionären Marxismus waren u. sind Wahlen immer nur Mittel zur Mobilisierung der Massen für den außerparlamentarischen Kampf, denn die wirklichen grossen Entscheidungen des Klassenkampfes fallen ausserhalb des Parlaments. Sie werden nicht durch eine Stimmzettelausgabe bewirkt. Für die SFIO u. die KPF sind die gegenwärtigen Kantonswahlen nicht nur keine Mobilisierung der Arbeiter zum außerparlamentarischen Widerstand gegen die Vorherrschaft des Kapitals. Im Gegenteil: die Blum, Thorez usw., die durch ihre Volksfrontpolitik, durch ihre Politik des Bündnisses mit den Radikalsocialisten die Kapitaloffensive gegen die Werktätigen mit durchführen helfen, wollen die Kantonswahlen benutzen, um die Massen auch weiterhin für die Volksfront, d.h. für das passive Erdulden der Angriffe des Kapitals einzuspinnen.

Die Haltung der SFIO u. der KPF bringt es mit sich, dass der gegenwärtige Wahlkampf weniger denn je die wirklichen Fragen des Klassenkampfes widerspiegelt. Es gab wohl selten eine Lage, wo die Wahlagitator der verschiedenen Parteien so wenig ihrer wirklichen Politik entsprach. Die reaktionären, faschistischen oder faschistenfreundlichen Kandidaten können dank der antisozialen Politik der Volksfrontregierung in verlogener sozialer Demagogie weichen und dadurch verhüllen, dass sie in Wirklichkeit nicht nur nicht alle kapitalfreundlichen Massnahmen der Chautemps-Bonnet unterstützen, sondern die völlige Entrechtung der Massen, ihre Ausplünderung bis aufs Letzte erstreben. Die von den Führern der SFIO u. KPF gepriesene Einigkeit der Volksfront, um derentwillen sie die Massen zu immer neuen Opfern auffordern, verdeckt nur schlecht die Tatsache, dass die Radikalsocialisten alle Vorbereitungen treffen, um gegebenenfalls eine Neuaufgabe der Union nationale verwirklichen zu können. Die Radikalsocialisten sind für die Volksfront, um Arbeiterstimmen ergöttern zu können, aber die PKI hoffen sich, dass radikal-socialistische Kandidaten als Sammelkandidaten der bürgerlichen Reaktion, als faktische Vertreter der Union nationale auftreten. Die SFIO verspricht

eine Ergänzung des Volksfrontprogramms u. ergeht sich in Deklamationen gegen den Senat, um die Tatsache zu verhüllen, dass die SFIO-Minister die von den reaktionären Senatoren verlangte Politik getreulich mitzumachen. Die KPF erzählt überall, dass das Volksfrontprogramm nun endlich vollständig u. wirklich durchgeführt werden müsse. Sie mit Unzufriedenheit mit dieser und jener Massnahme der Regierung, in Wirklichkeit geht sie mit den Bonnet-Chautemps, die für eine dauernde "Pause" in der Durchführung des Volksfrontprogramms sind, durch Dick und Dünn. Sie unterstützt praktisch alle arbeiterfeindlichen Massnahmen der Bonnet-Chautemps. Was die KPF als das Höchste ihrer Ziele betrachtet, sind ein paar Ministerposten in der Volksfrontregierung, d.h. die Möglichkeit, die reaktionäre Regierungspolitik durch direkte Mitarbeit im Kabinett zu unterstützen.

Was müsste die Aufgabe aller wirklich kommunistischen, wirklich revolutionären, aller Arbeiter, die es mit dem Klassenkampf ernst meinen, bei den Kantonewahlen sein?

Vor allem handelt es sich darum, überall dort, wo die Möglichkeit dazu da ist, die wirklichen Kampfaufgaben des Proletariats aufzuzeigen. Es handelt sich darum, einzutreten:

Für die Mobilisierung der Massen u. insbesondere der Organisationen der CGT zum ausserparlamentarischen Kampf gegen die Offensive des Kapitals u. die Politik der Regierung Chautemps-Bonnet, die dieser Offensive dient!

Gegen die Zwangsgleichung, für die Einsetzung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Verteidigung der Reallohne der Arbeiter u. ihrer sozialpolitischen Errungenschaften!

Gegen die Inflationspolitik, die die Massen der Arbeiter u. der werktätigen Kleinbürger ausplündert! Für wirkliche Belastung der Kapitalisten, für Unterbindung der Devisenspekulationen des Grosskapitals! Kontrolle der Steuerzahlungen der Kapitalisten u. der Geschäftsgobührung der Banken durch Organe der Arbeiter u. Angestellten!

Wirkliche Auflösung und Entwaffnung aller faschistischen Organisationen! Schaffung eines überparteilichen, antifaschistischen Selbstschutzes!

Solidarität mit der proletarischen Revolution in Spanien u. ihren Vorkämpfern! Schluss mit dem Nichtinterventionspolitik!

Gegen die imperialistische Unterdrückung der Völker der französischen Kolonien!

Gegen die Volksfront mit der Bourgeoisie, gegen die Politik der Koalition mit den Radikalsozialisten!

Für die proletarische Einheitsfront! Für ein Bündnis der Arbeiter u. der werktätigen städtischen Kleinbürger- u. Bauern für den gemeinsamen Kampf gegen das Kapital, gegen die Ausbeuterpolitik der Trusts u. Grossbanken!

Von den einzelnen Kandidaten der SFIO u. der KPF müsste eine Stellungnahme zu allen diesen Forderungen verlangt werden.

Wir empfehlen den proletarischen Wählern, am Wahltag ihre Stimme möglichst solchen Kandidaten der Arbeiterparteien zu geben, die sich verpflichten und die Gewähr dafür bieten, dass sie den ausserparlamentarischen Kampf der Arbeiter fördern wollen u. dass sie bereit sind, arbeiterfeindliche Massnahmen der Volksfront u. der Volksfrontregierung nicht nur zu kritisieren, sondern auch vom Standpunkt des Klassenkampfes praktisch zu bekämpfen. Wir denken hierbei vor allem an Vertreter der äussersten Linken der SFIO. Sind solche Kandidaten nicht vorhanden, so gilt es dafür zu sorgen, dass auf keinen Fall Vertreter einer bürgerlichen Partei (u. dazu gehört heute auch die sogenannte "Arbeiter- u. Bauernpartei" der Kueber u. Mourer), sondern ein Kandidat der Arbeiterparteien gewählt wird.

DER "TEMPS" UND DIE FINANZPOLITIK BONNETS.
 ooo

In der Finanzbeilage des "Temps" vom 27. September nimmt der Wirtschaftskorrespondent des Blattes das Comité des Forges, F. Jenny, zu den "Perspektiven der Währung" Stellung. Jenny spricht ziemlich unverblümt aus, was die Grossbourgeoisie von der Finanzpolitik der Chautepe-Bonnet denkt u. von ihr erwartet über den inflationistischen Charakter der Finanzpolitik der gegenwärtigen Regierung u. ihre Auswirkung auf den Frankenkurs schreibt Jenny:

"Wenn die Bank von Frankreich, die verpflichtet ist, dem Staat Vorschüsse zu gewähren, Bankkonten in Umlauf bringt, vermehrt sich die Menge von Francs, die geeignet ist, in ausländische Devisen umgetauscht zu werden, um denselben Betrag und das Angebot (von Francs gegen Pfunde u. Dollars. "Arbeiterpolitik") wird notwendigerweise ermutigt. (Die Interventionen des Rentenstützungsfonds bringen das gleiche Ergebnis hervor, wenn dieser Wertpapiere aufkauft u. einen entsprechenden Betrag von Banknoten in Umlauf bringt, der aus der Aufwertung des Goldschatzes herrührt.) Zum Beispiel ist es wahrscheinlich, dass, als der Staat für seine Rechnung ungefähr zwei Milliarden an Vorschüssen zur Deckung seines Bedarfs am Augustultimo erheben musste, diese Summe fast automatisch gegen Devisen ausgetauscht wurde, u. zwar vornehmlich von Kaufleuten u. Industriellen, die für ihre zukünftigen Bedürfnisse Sorge tragen."

Jenny schildert ganz offenherzig, wie die Bonnetische Politik die Devisenspekulation gegen den Franken u. damit den Frankensturz fördert u. wie die Unternehmer die Kapitalflucht in Pfund- und Dollarwerte organisieren, um "für ihre zukünftigen Bedürfnisse Sorge zu tragen", d.h. um sich auf Kosten der breiten Massen an der Inflation zu bereichern. Und dieses Spiel wird nach Jennys Meinung weitergehen. "Was die Inflation anbelangt", schreibt er, "ist ein gewisses Anschwellen der Vorschüsse der Bank (an die Staatskasse) während der letzten Monate des laufenden Budgetjahres schwerlich vermeidbar". Und Jenny fügt hinzu, dass die Inflation stets geeignet sei, "auf dem Markt der Währungen die oben beschriebene materielle Wirkung auszuüben". Für das nächste Jahr kündigt Jenny allerdings, gestützt auf Aeusserungen von Bonnet, ein Abstoppen der Inflation an, der Bedarf der Staatskasse würde dann nicht mehr durch die Notenpresse gedeckt zu werden brauchen. Jenny stützt sich darauf, dass Bonnet gesagt habe, dass die Lasten der Staatskasse im nächsten Jahre nicht grösser sein würden als die "Anstrengung", die man den Sparern zuzurechnen könne. Aber die Versprechungen Bonnets und Jennys in bezug auf das nächste Jahr sind nur dazu da, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit davon abzulenken, dass Regierung u. Grosskapital hätte mit Vollstampf einen inflationistischen Kurs steuern. Wenn der Frankenkurs weiter rutscht - und Jenny gibt die Möglichkeit einer weiteren Frankenkentwertung vor Jahresende zu - dann wird die damit verbundene Preiserhöhung die ganzen Budgetberechnungen Bonnets für 1938 über den Haufen werfen. Und andererseits werden die Aussichten auf eine "Anstrengung" der Sparer, d.h. auf eine innere Anleihe, umso geringer; je mehr die Kapitalflucht, die Flucht der Kapitalisten aus dem Franc fortgeschritten, je von der Regierung durch ihre Politik gefördert wird u. zu der Finanzpolitische Fachmann des führenden Organs der französischen Grossbourgeoisie, Monsieur Jenny, seine kapitalistischen Leser direkt aufmuntert. Der ganze Artikel Jennys ist ja nichts weiter als eine Aufforderung an die Kapitalisten, Frankenwerte abzusetzen u. ihr Vermögen in Pfunden und Dollars anzulegen.

Monsieur Jenny äussert sich auch über die politische Lage, von der er sagt, dass "ihr Einfluss die eigentliche Kapitalbewegung beherrscht". Er schreibt:

"Um die Bedeutung dieses Elements zu ermassen, genügt es, sich an die sofortige Umkehrung der Kapitalbewegung zu erinnern, die im Jahre 1928 durch die Bildung einer Regierung der "Union nationale" unter der Leitung von Monsieur Poincaré hervorgerufen wurde. Obwohl sie schlichter Natur ist, müsste die gegenwärtige politische Entwicklung, wenn sie verstärkt u. verdeutlicht wird, auf die Kapitalwanderungen einen nicht minder heilsamen Einfluss ausüben. Die Verfeinerung der Reglementierung der Arbeit, die vom Ministerpräsidenten u. dem Finanzminister versprochen u. von Blum selbst zugelassen worden ist, wird

in diesem Zusammenhang ein sowohl charakteristisches, wie wertvolles Anzeichen sein.

Notwendig ist es nicht wahr, wenn Jenny so tut, als ob Inflation u. Kapitalflucht zu führen würden, wenn die Regierungspolitik sich weiter nach rechts entwickelt. Wenn er das glaubte, würde er seinen Lesern nicht den Tip. geben, auf die weitere Frankonentwertung zu spekulieren. Aber Jennys Artikel zeigt, dass das Grosskapital bestrebt ist, die Finanzkrise - die durch die von diesem Grosskapital geforderte Inflationspolitik hervorgerufen wird - dazu auszunutzen, um die Regierungspolitik immer reaktionärer zu gestalten. Jenny neigt mit Behagen, dass die Volksfront u. ihre Regierung zwar "schüchtern", aber im Grunde genommen dieselbe Politik betreiben, die früher von den Kabinetten der Union nationale durchgeführt wurde. Blum, Thorez u. die anderen Propheten der Volksfrontpolitik haben es also erreicht, dass die Grossbourgeoisie es ihnen bescheinigt, dass sie die Politik der Feincaré, Doumergue, Laval mit der verechämten "Schüchternheit" junger Mädchen betreiben, die an ihre verlorene Unschuld zurückdenken.

Jenny ist besonders mit der von der Regierung versprochenen "Verfeinerung" der Arbeitsgesetzgebung, lies Durchlöcherung der Sozialgesetze, zufrieden. Dabei erwartet Jenny von der Produktionsenquete, dass sie die Begründung für die Verstümpelung der Sozialgesetzgebung liefern werde. In der Tat hat Chauvets auch dieser Tage erklärt, dass die Produktionsenquete zu einer Umgestaltung, d.h. faktischen Abschaffung des Gesetzes über die 40 Stundenwoche führen müsse. Von vornherein war abzusehen, dass die sogen. Produktionsenquete nichts anderes sein wird als eine Enquete gegen die 40 Stundenwoche. Es ist ein Skandal sondergleichen, dass die CGT-Führung sich an diesem Unternehmen zum Besten der grosskapitalistischen Hintermänner des "Temps" beteiligt.

Es ist notwendig, in den Gewerkschaften gegen die Beteiligung der CGT-Leitung an der Produktionsenquete zu protestieren. Es ist notwendig zu verlangen, dass die Organisationen der CGT zum ausserparlamentarischen Kampf für die durch die Frankonentwertung u. die neuen Bonnetschen Steuern notwendig gemachte Erhöhung der Löhne, für eine wirkliche Belastung der Reichen, für wirkliche Massnahmen zur Unterbindung der Devisenspekulation (wie z.B. Beschlagnahme der Bankguthaben der Kapitalisten u. Kontrolle von Organen der Werktätigen über ihre Verwendung) mobilisiert werden.

-0-0-0-

DER FASCHISTISCHE "FRIEDE".

Die Zusammenkunft Hitlers u. Mussolinis wollte zunächst eine Demonstration der beiden faschistischen Diktaturen nach innen sein. In beiden faschistischen Ländern sind die wirtschaftlichen u. finanziellen Schwierigkeiten und die Massenunzufriedenheit im Wachsen, aber beide Länder sind heute noch nicht in der Lage, den grossen Schlag zu führen, um ihre imperialistischen Eroberungsprogramme durchzusetzen. Die Demonstrationen u. Reden sollen eine Ersatzbefriedigung nach innen gewähren. In Wirklichkeit zeigen sie nur die Furcht des deutschen u. italienischen Volkes vor kommenden kriegerischen Abenteuern ihrer "Führer".

Nach aussen ergingen sich die beiden "Führer" in geschwollenen Kampfansagen gegen die "Isen von 1789", gegen die Dritte Internationale u. die "Demokratie". Mussolini unterstrich den Willen, den Faschismus in Europa mit der Waffe in der Hand auszubreiten.

Gleichzeitig wurde der faschistische "Friede" definiert als die Befriedigung der imperialistischen Machtansprüche der beiden faschistischen Diktaturen. Die drohende Note überzog die Beruhigungstöne, die letzteren tragen dem Umstand Rechnung, dass die beiden Staaten noch nicht zur imperialistischen Generalabrechnung bereit sind. Inzwischen versuchen sie es, ihre Politik des Bluffs u. der Erpressungen durch gemeinsames Auftreten grösseren Nachdruck zu verleihen. Das Echo in der führenden Presse der Länder des demokratischen Imperialismus u. in Genf zeigt, dass diese Politik auch weiter ihre Früchte trägt. So schreibt z.B. der "Temps" v. 25.9.37.:

"Gerade wegen ihrer ursprünglichen Sorge, den Kommunismus zu bekämpfen, und die Entwicklung des Einflusses Sowjetrusslands zu hemmen, wäre es nicht im Interesse der beiden autoritären Mächte, endgültig für jede Zusammenarbeit mit den liberalen u. demokratischen Nationen die Türen zu verschließen und jenen eine internationale Ordnung aufdrängen zu wollen, die sie auf keinen Fall annehmen könnten".

Die Behandlung der spanischen u. chinesischen Frage in Genf durch die spanisch-französischen Regierungsvertreter zeigt, dass die Politik der Zugeständnisse an die faschistischen Mächte weitergeht. Dies kann auch nicht anders sein, solange die Arbeiterklasse dieser Länder unter Führung der Parteien der 2. und 3. Internationale sich im Namen der Demokratie von ihren Regierungen an der Nase führen lassen und auf jede selbständige Klassenaktion Verzicht leisten.

Wie die konkreten Fragen, die gegenwärtig zwischen beiden faschistischen Ländern stehen, nämlich die der deutschen Unterstützung der spanischen u. Mittelmeerpolitik Italiens u. der italienischen Zugeständnisse für die Politik Hitlerregimes in Zentral- u. Südosteuropa (insbesondere Österreich und Tschechoslowakei) zwischen beiden behandelt worden sind, ist einstreifen noch nicht beendet u. wird erst durch die weitere tatsächliche Entwicklung aufgeklärt werden.

Es sei darf man nicht vergessen, dass die aktuellen Aktionsmöglichkeiten der beiden faschistischen Staaten stark gehemmt sind durch das Engagement Japans in China. Davor ist nicht zu vergessen, dass Abessinien noch nicht erobert ist u. die enorme schwere militärische u. finanzielle Belastung für Italien darstellt. Die letzten Meldungen über den Aufstand der ganzen nordabessinischen Provinz Tigre u. die Massakrungen der italienischen Garnisonen in Kalle, Ade u. Axar unterstreichen diese Tatsachen. Tatsächlich ist der abessinische Krieg nicht beendet u. in Wirklichkeit sind es heute nicht zwei, sondern drei Kriege, die nebeneinander herlaufen.

-o-o-o-o-

DER KRIEG IN CHINA . oooooooooooooooooooo

Der deutsch-italienische Wunsch, nach möglichst rascher Beendigung des japanischen Engagements in China, tritt deutlich zutage in einer Meldung der "Frankfurter Zeitung" aus Tokio (22.9.37.), in der es unter anderem heißt:

"Wie als unfreundlich gefundene Haltung Englands u. der Sowjetunion, die spürbare Belastung der Wirtschaft u. die Schwierigkeiten der Währung verstärken den Wunsch nach einer baldigen Beendigung der militärischen Aktionen, ohne jedoch eine Milderung der japanischen Bedingung nach völliger Aufgabe des militärischen u. politischen Widerstandes in China zuzulassen".

Derselben Wunsch spricht der "Temps" aus, das offizielle Sprachrohr des Quai d'Orsay, der den "starken Druck" beklagt, dem Tschang-Kai-Schek unterliege. von "Seiten der fortgeschrittensten Elemente der Kuomintang, die mehr und mehr der Kommunismus und der bolschewistischen Propaganda der Dritten Internationale verfallen sind" und der sogar von bereits in Gang befindlichen Geheimverhandlungen zwischen Tschang-Kai-Schek und den Japanern wissen will. ("Temps" 24.9.37.)

Die Proteste der sechs Mächte gegen das Luftbombardement von Nanking, Kanton usw. haben nur platonischen Wert. Eine reelle Bedeutung könnte nur die Abschneidung der Kriegslieferungen an Japan haben, sowie die nachgiebige Versorgung von China mit Kriegsmaterial, aber auch das ist ohne die direkte und selbständige Intervention der Arbeiterklasse nicht zu erreichen.

Wie absehr die Politik der KI in China das Gegenstück in Spanien ist, zeigt authentisch ein offizieller Artikel von Tan Min in der Basler "Rundschau" Nr. 41 v. 25.9.37. über "Die Aufgabe der KI Chinas in der augenblicklichen Lage":
Als Ziele dieser Politik werden angegeben die "Schaffung einer einheitlichen

allchinesischen demokratischen Republik, mit einer allchinesischen Regierung der nationalen Verteidigung u. einer vereinten allchinesischen antijapanischen Armee".

"Daher erklärt die KP Chinas offen, dass sie in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes des chinesischen Volkes die Losung "Sowjetchina" aufstellt.

Aus dem Artikel geht aber gleichzeitig hervor, dass diese Freigabe der revolutionären Ziele der Arbeiter u. Bauern Chinas auf starken Widerstand unter den chinesischen Kommunisten stößt, besonders bei den "alten Parteikadern", die vielfach "von Bauern abstammen" die Erfahrungen des bewaffneten Kampfes gegen die Kuomintang haben, aber keine Erfahrung des Kampfes in den Massen dort, wo keine Sowjetherrschaft besteht". Daher sei eine "Umorientierung" und eine Heranziehung "neuer Kader", "vor allem von Arbeitern nötig".

Es ist begreiflich, dass gerade die alten bäuerlichen Kader sich besonders stark gegen die Freigabe der Agrarrevolution auflehnen, die in Wahrheit zugleich die Freigabe der bäuerlichen Revolution in China bedeutet.

Die Losung der "allchinesischen demokratischen Republik" ist unter diesen Umständen nur ein Betrug an den werktätigen Massen Chinas, denn der Verzicht auf die Agrarrevolution, die die grundlegende Masseregul der bürgerlichen Revolution in China ist, fällt zusammen mit der tatsächlichen Anerkennung u. Unterstützung des ahinföudalen militaristischen Regimes der Kuomintang-Generale, die im Namen der chinesischen Bourgeoisie u. Grossgrundbesitzer regieren u. wie ihr Verhalten zu Beginn des Konfliktes zeigt, einem Kompromiss mit dem Japanischen Imperialismus nicht prinzipiell abgeneigt sind. Die chinesischen Arbeiter u. Bauern können sich gegen den eventuellen Verrat ihres Kampfes für die Nationale Befreiung und Einheit nur unter der Bedingung sichern, dass sie an ihren revolutionären Programm festhalten, dass sie unter diesem Programm sich als selbständige Klassenkraft organisieren u. gegebenenfalls die Führung des nationalen Befreiungskrieges in die eigenen Hände nehmen, um ihn als einen wahrhaft revolutionären Krieg durchzuführen.

-3-3-3-

DER FALL JULIUS ALPARI.
oooooooooooooooooooooooooooo

Mette: "Leider, man muss". (Julius Alpari)

1. Die verzweifelte Jace nach Marx- und Leninzitate für die Volkfront.

Für die "International Press Correspondence" hat Julius Alpari einen Artikel geschrieben, der sich mit meinem angeblichen Artikel (in Wirklichkeit einer verkürzten Wiedergabe eines Vortrags) im "New Leader" (Organ der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei) v. 20.8.37. befasst. Der Artikel ist auch in deutscher Übersetzung in der Basler "Rundschau" Nr. 39 v. 9.9.37. abgedruckt. (Deshalb bringen wir die Antwort des Gen. Stahlheimer auch hier. "Arbeiterpolitik").

Der Artikel selbst lehnt keine Antwort. Der Titel zeigt hinlänglich, um was es sich handelt. Er lautet:

"Freie Bahn für Franco, Hitler und Mussolini - das ist das wahre Ziel der revolutionären Phrasendrescherei der Brandlerianer".

Es handelt sich also darum, dass Julius Alpari den Auftrag erhalten hat, die Brandlerianer in dem für diesen Zweck heute vorgeschriebenen Agenten Stil als "Bundgenossen der Trotzkisten" zunächst moralisch "auszureiten" und nebenbei irgendwelche Marx- oder Leninzitate zugunsten der Volkfrontpolitik aufzutreiben. Diese Muss-Arbeit ist Julius Alpari sehr sauer gefallen. Das spürt man in jeder Zeile des Artikels. Begreiflicherweise, denn Julius Alpari kennt Marx und Lenin und er hat auch einmal gewusst, was intellektuelles Gewissen ist.

Aber "leider, man muss", seufzt Julius Alpari selbst.

Man muss sich in der Rolle Julius Alparis intellektuell u. moralisch prosti-

tuieren, wenn man Kominternangestellter bleiben will. Die Spuren seines alten Kampfgefährten u. Freundes Bela Kun schrecken.

An dem Artikel Julius Alparis ist nur interessant der Fall Alpari selbst, insofern er an einem nicht alltäglichen Beispiel zeigt, in welchem Abgrund das Stalinsche Regime in der Kommunistischen Internationale Leute hinabschiebt, die einst bessere Tage gesehen haben.

Diese Seite der Sache hat Gen. Brandler zu beleuchten übernommen.

Ich will hier nur in aller Kürze das Ergebnis der verzweifelten Zitatensucht beleuchten, die Alpari auftragsgemäß angestellt hat, um wider besseres Wissen u. Gewissen den Anschein zu erwecken, dass sich auch nur irgendeine Zeile von Marx und Lenin für die Volksfront und die gegenwärtige Linie der KI in der Kriegsfrage anführen ließe.

Nebenbei bemerkt: ich habe in dem betreffenden Vortrag, der in dem Bericht des "New Leader" nur ganz summarisch wiedergegeben ist, keinerlei Zitate aus Marx und Lenin angeführt. Ich habe mich gestützt und berufen auf die durch alle Schriften und Handlungen von Marx und Lenin durchgehende Grundlinie des Marxismus-Leninismus, nämlich die des Klassenkampfes. Alpari macht aus guten Gründen nicht einmal den Versuch den Gegenbeweis zu führen: Stattdessen hat er sich auf die Jagd nach Zitaten begaben.

Sieht man sich das Ergebnis dieser Jagd näher an, so könnte man fast zu dem Schluss kommen, Alpari habe aus einer letzten Regung intellektueller Scham solche Zitate herausgegriffen, bei denen ein auch nur oberflächlich geschulter Leser mit leichter Mühe herausfinden muss, dass sie in Wahrheit gegen die Volksfrontpolitik und gegen die jetzige Linie der Kommunistischen Internationale in der Kriegsfrage sprechen.

Mustern wir Sie von A. angeführten Zitate.

1. Das erste ist die bekannte Stelle von Marx aus der "Neuen Rheinischen Zeitung" auf dem Jahre 1848, worin er von dem damaligen Deutschland die bürgerliche Revolution den Krieg gegen das zaristische Russland fordert und erklärt "der Krieg mit Russland ist ein Krieg des revolutionären Deutschland, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seiner eigenen Autokratie befehlen kann, worin es... sich nach innen freimacht, indem es sich nach aussen befreit".

Was war der konkrete Sinn dieser Forderung?

"Von dem Kriege gegen Russland erwartete die Zeitung eine Karl ohne Entfesselung revolutionärer Kräfte, wie sie der französischen Revolution von 1789 durch den Krieg mit dem feudalen Deutschland beschieden gewesen",

so charakterisiert ganz richtig Franz Mehring in seiner Marx-Biographie den Sinn dieser Forderung. (F. Mehring, "Karl Marx, Geschichte seines Lebens", 6. Kapitel, 3. Abschnitt).

Marx u. Engels erwarteten, dass nach dem französischen Vorbild der revolutionäre Krieg gegen das zaristische Russland eine Verschärfung u. Beschleunigung des Klassenkampfes in Deutschland selbst mit sich bringen müsse (Besiegung der eigenen Autokraten), dass der Krieg nacheinander alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien in Deutschland zum Abwirtschaften u. schließlich die Arbeiterklasse als die energiegelichste Klasse der Nation und die kommunistische Partei als ihre einzige konsequent revolutionäre Partei zur Herrschaft bringen müsse, da diese allein fähig sind, einen revolutionären Krieg zu führen. Es schwebte ihnen also das Beispiel der Jakobinerklasse vor, wo der revolutionäre Krieg nach aussen zur fortschreitenden Verschärfung u. Beschleunigung des revolutionären Klassenkampfes im Inneren führte - vom Sturz der Monarchie über den Sturz der Girondisten bis zur revolutionären Diktatur der Jakobiner.

Es hiess die Leser beloidigen, wenn man ihnen noch ausdrücklich auseinandersetzen wollte, dass die Auffassung, die der Marxschen Forderung des Krieges

gegen das zaristische Russland 1848/49 zugrundelag, das gerade Gegenteil der sowohl der Volksfrontpolitik (der Klassenzusammenarbeit mit der liberalen Bourgeoisie), als auch der Kriegspolitik der KI (Verzicht auf den Klassenkampf mit evtl. Bundesgenossen der Sowjetunion).

Das zweite Zitat, das aus Lenin genommen ist, bedarf nicht einmal historischer Wirklichkeiten, um ersichtlich zu machen, dass es geradewegs einen Stillschluss gegen die Gegenüberstellung der Länder des "demokratischen" Imperials als gegen die des faschistischen Imperialismus und die Zusammenkoppelung der ersteren mit dem Proletariat. "Damals" (in den 40er, 50er Jahren) erklärte Lenin, "war die westeuropäische Demokratie, die die größten Nationen befreite, gegen den Zarismus, der einzelne nationale kleine Bewegungen zu reaktionären Zwecken ausnützte. Jetzt steht das Bündnis des zaristischen mit dem fortgeschrittensten europäischen Imperialismus auf der Basis der gemeinsamen Unterdrückung einer Reihe von Nationen dem sozialistischen Proletariat entgegen, das in ein chauvinistisches, sozialimperialistisches und revolutionäres gespalten ist".

Lenin stellte also fest:

- a) dass die Zeit vorbei ist, wo die "westlichen Demokratien" fortschrittliche Gegner des Zarismus waren,
- b) dass sie infolge ihrer Entwicklung zum Imperialismus heute reaktionäre Kräfte geworden sind, die zusammen mit dem zaristischen Imperialismus fremde Nationen unterdrücken, und
- c) dass sowohl die Einen, wie die Anderen dem sozialistischen Proletariat entgegenstehen.

Wofür muss A seine Leser halten, wenn er ausgerechnet diese Stelle Lenins auführt, da der er nachwies, dass die Vorstellung von der "Gegensetzung" der westeuropäischen Demokratien gegen das reaktionärste Staatsgebilde der Welt den Zarismus, infolge der Entwicklung des Imperialismus historisch falsch ist? Oder haben inzwischen die Länder der "westeuropäischen Demokratien" aufgehört, Länder des Imperialismus zu sein, haben sie aufgehört, fremde Nationen zu unterdrücken?

Wenn irgendwo, so liegt hier die Vermutung nahe, dass der gewesene ehrliche Marxist Alpari seinen Lesern gerade das Material unter die Augen hält, das seinen erzwungenen Fälschungsversuch selbst enthüllt und widerlegt.

3. Ein Zitat aus Stalin, worin dieser einen jugoslawischen Genossen darauf hinweist, "welche Bedeutung kann nach alledem die Berufung des Genossen Semlisch auf die bekannte Stelle in der Broschüre Stalins, die in der Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution geschrieben wurde, heute haben, da wir infolge der neuen historischen Situation in die Epoche der proletarischen Revolution eingetreten sind?"

In der Tat, der ganzen Volksfrontpolitik und nicht minder der jetzigen Linie der KI liegt theoretisch die Verwechslung dieser zwei historischen Perioden zugrunde, die falsche Übertragung der Politik, die der Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution entspricht auf die Periode des Imperialismus.

Wollte Alpari durch dieses Stalinzitat den heutigen Kurs der KI durch Stalin selbst widerlegen lassen?

Jedenfalls muss dass die Wirkung bei jedem Leser sein, der über das nachdenkt was er liest.

Das mag genügen, um die Zitate Alparis u. ihre Methoden zu beleuchten. Und damit erledigt sich auch das Gerücht Alparis von der Notwendigkeit der kontinuierlichen Analyse jedes gegebenen Krieges, wovon bei ihm selbst keine Spur zu finden ist.

Es kann sogar ein gewisser Trost sein zu sehen, wie selbst der noch so willige Versuch, Marx und Lenin zu intellektueller Prostitution auszunutzen, von selbst in sein Gegenteil umschlägt. Diese objektive Dialektik, die den subjekt-

tiven Fälschungsversuch siegreich überwältigt, macht allerdings diese subjektive Seite um nichts weniger abstoßend.

2. Einfache Lügen.

Wo alle Versuche der Kabbalistik aussichtslos sind, begnügt sich A. mit der einfachen Lüge.

Nur zwei Beispiele:

1. "Es ist noch in aller Erinnerung, dass Thalheimer seinerzeit den Faschismus als Bonapartismus analysierte".

Die Wahrheit ist, dass die KPD (O) die Marxsche Analyse des Bonapartismus beibehält, um sowohl die gemeinsamen, als die unterscheidenden Züge des Faschismus aufzuzeigen, dass sie niemals den Faschismus dem Bonapartismus gleichgesetzt hat und sich gegen Trotzkis gewandt hat, der dies tat. Die KPD (O) hat zuerst und allein eine richtige Analyse des Faschismus gegeben, als die KI nach dem Unsinn von "Sozialfaschismus" offiziell ihren Parteien verschrieb und Alpari diesen Unsinn gelehrt nachplapperte, verbreiten und "begründen" half.

2. "Er (Thalheimer) wüßte, dass den französischen Arbeitern beigebracht wurde, wenn Hitler und Mussolini Frankreich überfallen, dann hätten sie dafür zu sorgen, dass ihr Land die Niederlage erleide".

"Es ist noch in aller Erinnerung", dass die KPD (O) das gerade Gegenteil davon gesagt hat und sagt und in jedem ihrer Dokumente, das über diese Frage handelt, schriftlich niedergelegt hat.

Derart sind die einfachen Lügen nicht erschöpft, die in dem Artikel Alparis enthalten sind. Aber diese Proben mögen genügen, um die Methoden dieses Ex-Marxisten und des heisst zugleich eines gewissen Anhängers wissenschaftlicher Wahrheit und Gewissenhaftigkeit zu beleuchten.

"Weißt man, was nun?" - und nun lasse ich dem Genossen Brandier das Wort, um den Fall Alpari näher zu beleuchten.

A. Thalheimer.

Nachbemerkung: Den Artikel des Gen. Brandier bringen wir in der nächsten Nummer der "Arbeiterpolitik".

(Die Redaktion)

-o-o-o-

Der Kampf gegen die wirklichen Gestapobeamten:

... alle Kommunisten und Antifaschisten!

.....

Werde Genossen!

Lenin sagte einmal: der Kommunismus kann nur von Kommunisten selbst diskreditiert werden. Jetzt leben wir in einer Periode, wo das mit einer Gründlichkeit besorgt wird, die vor kurzem noch niemand für möglich gehalten hätte. Die Stalinelique zwingt die KPD-Bürokraten die Kampfmethoden, die Stalin zur Verurteilung seiner politischen Gegner in Russland anwendet, auf Deutschland und die deutsche Emigration zu übertragen. Die besahlten Revolutionsbeamten und gehorsamen Dankköpfe der KPD folgen diesem Befehl, weil sie Angst haben, sonst selbst Opfer dieser Methoden zu werden.

Alle wirklichen Kommunisten und alle Antifaschisten müssen sich gegen diese Kampfmethoden und Diskreditierung des Kommunismus mit allen Kräften widersetzen.

Dieses Wüten der Stalinelique und der von ihr abhängigen Bürokratie ist die Folge des Bankrotts ihrer konterrevolutionären Politik und Freigebe der kommunistischen Grundsätze. Weil diese bankrotten Politikanten keine politischen Argumente zur Verteidigung ihrer verkrachten Politik haben, deshalb versuchen sie, ihre Gegner unschädlich zu machen, indem sie sie als "Gestapo-Agenten, Spione von Franco oder der japanischen Imperialisten" verleumdern. Die

se Verleumdungskampagne erleichtert der Gestapo ihre unsauberen Geschäfte, weil es den Antifaschisten immer schwerer wird, die wirklichen Gestapospitzel u. Spione von den nur zu Fraktionszwecken von der KPD-Bürokratie ernannten zu unterscheiden. Um diese Gefahren von den illegal tätigen deutschen Kommunisten u. Antifaschisten abzuwenden, die in Deutschland oder in der Emigration diesen Kampf führen, sind wir deshalb gezwungen, Mittel u. Wege zu finden, die sowohl der Gestapo ihre Spitzelarbeit, wie der Stalinliquen ihr Verleumderhandwerk unmöglich machen.

Wir fordern alle Antifaschisten, Parteien u. politischen Gruppen, sowie Gewerkschaften auf, sich schleunigst untereinander zu verständigen, um eine überparteiliche Instanz zu schaffen, die alles Material über die Gestapotätigkeit sammelt u. in den einzelnen Ländern der deutschen Emigration ein überparteiliches Schiedsgericht schafft, wo alle Anschuldigungen gewissenhaft nachgeprüft u. Verleumdungen zurückgewiesen werden. Jede illegale Gruppe muss mit der Gefahr rechnen, dass sich Spione u. Gestapopagenten in ihre Reihen einschleichen. Der Apparat der KPD ist nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zu allen anderen Parteien u. Gruppen am meisten von Gestapopagenten durchsetzt gewesen u. noch durchsetzt. Keiner ernsthaften Politiker ist deshalb eingefallen zu behaupten, die KPD sei ein Organ der Gestapo. Die Apparatschiki der KPD erschweren den Kampf gegen die Gestapo, weil sie sehr oft vertuschen u. den anderen Antifaschisten keine Mitteilung machen, wenn sie Gestapopagenten in ihrem Apparat entdecken u. unschädlich machen. Die Methode, erkappte Gestapo-Agenten als "Trotzkisten, Versöhler u. der mindestens Oppositionelle" zu bezeichnen, ist nicht nur verbrecherisch, sondern auch dumm. Alle Erfahrung beweist das Gegenteil. Die beste Methode der Gestapo-Agenten, in den KPD-Apparat einzudringen, ist ihr bloßes Bekanntheit zur jeweiligen politischen Kurie. Die eigenen Anhänger der KPD in Deutschland lehnen möglichst jede Verbindung mit dem KPD-Apparat ab, um sich auf diese Art gegen die Gestapo zu schützen. Das ist nicht der richtige Weg. Hier hat die Emigration eine wichtige Aufgabe. Sie muss eine überparteiliche Institution zum Kampf gegen die wirkliche Gestapogefahr schaffen u. diese Institution muss gleichzeitig den berufsmässigen Verleumdern ihr schändliches Handwerk legen. Wir bitten alle ehrlichen Kommunisten u. Antifaschisten in ihrem Troise dafür zu wirken, dass die notwendigen Verbesseuerungen zur Organisation dieser Arbeit bald aufgenommen werden können. Wir wenden uns noch direkt an die Leitungen der deutschen antifaschistischen Arbeiterorganisationen wenden.

Ende September 1937.

Auslandskomitee der KPD(C)

Die Madrider Sozialisten klagen die K. Spaniens an.

=====
 Die Madrider Ortsgruppe der K. Spaniens (Richtung Caballeró) hat an die Ex-

ekutive dieser Partei (Richtung Prieto) einen offenen Brief gerichtet, indem es u. a. heisst:

"Wir machen vor allem diese Partei (die K. Spaniens) verantwortlich für die Fehlschläge, die die Sache der Republik bereits seit drei Monaten erlitten hat, u. die noch schwereren, die kommen werden, wenn nicht rasche Gegenmassnahmen getroffen werden..."

Fis vor 3 Monaten bestand in Spanien eine wahre antifaschistische Aktions-einheit. Heute bröckelt diese... von Tag zu Tag mehr ab. Durch wessen Schuld? In erster Linie durch die Schuld der K., die als erste eine Verschwörung organisiert hat, um die K. Männer u. die Organisation von der Macht zu entfernen, die sich nicht den improbierten Lösungen des Kommunismus unterwerfen. Diese Partei hat einen Krieg bis aufs Messer gegen diejenigen provoziert, die sich in der UGT u. CNT ihrer totalitären Politik, die keineswegs die Diktatur des Proletariats ist, entgegenzusetzen..."

Der Brief erhebt dann die Anklage gegen die K., nutzlos u. entgegen dem Urteil militärischen Fachleute, eine Offensive bei Brunete eingeleitet zu haben, nur um politisch gegen die ihr entgegenstehenden Kräfte der Arbeiterbewegung vorgehen zu können... Politik der Spaltung u. der Schaustellungen um den Preis von Tausenden ohne irgendwelchen strategischen Gewinn... das war die Politik der K... Eine Partei, die diese Politik betreibt, ist unfähig, die Leitung u. die Verantwortung des Krieges zu übernehmen... Entweder - oder: entweder wird die K. ihre Politik der Niederlage ändern oder klar es ist notwendig, sie von den öffentlichen Geschäften als Feind des republikanischen Spaniens zu entfernen".

Verantwortlich: EILS HIRTZEL.



Organ der kommunistischen Partei-Opportunisten Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 41/IV. Jahrgang.

Zweite Oktoberwoche 1937.

 DIE BESCHLÜSSE VON RAMBOUILLET.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die offizielle Erklärung, die am vorigen Sonnabend nach dem Ministerrat in Rambouillet bekanntgegeben wurde, ist ein offenes Bekenntnis der Volksfrontregierung Chautemps-Bonnet zu einer Politik der unverhüllten kapitalistischen Reaktion auf allen Gebieten. Am Schluss der Erklärung wird noch einmal unterstrichen, dass sie in ihr festgelegte Politik "nicht durch die bevorstehenden Kantonalwahlen in Frage gestellt werden könne"; das bedeutet, dass die Regierung Chautemps-Bonnet, an der die SFIO beteiligt ist u. der die KPF ihre "lifckenlose" Unterstützung gewährt, von vornherein erklärt, dass alle radikal klingenden Versprechungen, die von den Kandidaten der SFIO und der KPF anlässlich der Kantonalwahlen gemacht werden, keinerlei praktische Bedeutung haben u. von ihren Erhebern nicht ernst genommen werden.

Die Regierung Chautemps-Bonnet erklärt, dass sie "jede Massnahme der Devisenkontrolle, des Zwanges oder der Autarkie" absolut ablehne, d.h. dass sie fest entschlossen ist, der Kapitalflucht u. der Spekulation gegen den Franken, wie sie jetzt vom Grossekapital systematisch betrieben werden, keinerlei wirksame Hindernisse entgegenzusetzen. Die Regierung u. alle möglichen Leuchten der finanzpolitischen "Orthodoxie" stellen die Dinge so dar, als bestünde die einzige Methode, um einer "Autarkie", einer kapitalistischen Zwangswirtschaft nach dem Muster Hitlerdeutschlands oder des faschistischen Italiens zu entgehen, darin, dass im Namen des "ökonomischen Liberalismus" eine Politik der Inflation, ähnlich wie in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren, betrieben wird. Wenn aber die Regierung u. die wirtschaftspolitischen Fachleute der Bourgeoisie auf diese Weise eingestehen, dass der niedergehende französische Kapitalismus in eine Sackgasse geraten ist, so ist das nur ein Beweis für die Notwendigkeit des Kampfs gegen die Inflation u. die Devisenspekulation mit Hilfe revolutionärer Massnahmen der Arbeiterklasse, so z.B. einer Kontrolle der Bankoperationen durch Organe der Arbeiter u. Angestellten, zu führen. Der Kampf für solche revolutionären Massnahmen kann natürlich nur unter dem Gesichtspunkt der Beseitigung des Kapitalismus wirksam organisiert werden.

Die Erklärung der Regierung, dass sie den Franken dadurch "schützen" wolle, dass sie den grosskapitalistischen Spekulanten frei Bahn lässt, ist von den Börsen sofort mit einem neuen Frankensturz quittiert worden. Das Pfund ist auf 150 Francs gestiegen. Der Franc ist heute nur noch die Hälfte dessen wert, was er vor der ersten Devaluation im vorigen Jahre galt.

Die Regierungserklärung behauptet allerdings, dass keinerlei finanztechnische Gründe für den Fall des Frankensturses in den letzten Wochen vorliegen, denn die finanzielle Situation Frankreichs sei "gesund". Dem Beweis dafür sieht die Regierung in folgenden Umständen: "das Budget ist ins Gleichgewicht gebracht worden, die Lage der Staatskasse ist erleichtert, die Verpflichtungen zum Oktoberultimo sind gesichert, ohne dass der Staat zu Zwangsmaßnahmen, die Hilfsquellen in Anspruch zu nehmen, die bei der Bank zu seiner Verfügung stehen". Nun ist das diesjährige Budget nur dadurch ausgeglichen worden, dass die Regierung die Vollmacht erhalten hat, die "Hilfsquellen" der Bank von Frankreich, d.h. die Notenpresse, in Anspruch zu nehmen. Sie hat sie bereits in Anspruch genommen, und sie wird sie noch vor Jahresende in Anspruch nehmen, auch wenn sie erst nach dem Oktoberultimo auf sie zurückgreifen sollte. Ausserdem hört die Weltgeschichte nicht am 1. Januar 1938 auf. Das "Gleichgewicht"

gewicht", das Bonnet in seinen Budgetberechnungen für das nächste Jahr erzielt hat, ist eine rein papierne Angelegenheit. Er hat das ordentliche Budget balanciert, indem er das Defizit im ausserordentlichen Budget konzentriert hat. Schen wir davon ab, dass auch das "Gleichgewicht" in dem Vorschlag für das ordentliche Budget für 1938 höchst fragwürdig ist, da die mit der Frankentwertung verbundene Preiserhöhung droht, alle Bonnetschen Berechnungen über den Haufen zu werfen, bevor sein nächstjähriges Budget in Kraft ist. Es ist überdies schwerlich anzunehmen, dass das französische Grosskapital bereit sein wird, die Staatsanleihen zu zeichnen, die zur Deckung des Defizits im ausserordentlichen Haushalt für 1938 notwendig sind, wenn die Regierung Chautemps-Bonnet alles tut, um es zur Kapitalflucht zu ermuntern.

Werud erzählt uns aber die Regierung Ammenmärken darüber, dass die finanzielle Lage Frankreichs durch u. durch gesund sei u. dass keinerlei finanztechnische Ursachen für den Rückgang des Frankenkurses beständen? Die Regierung will selbstverständlich nicht zugeben, dass der Franken deswegen fällt, weil einerseits die ohnehin riesige innere Schuld Frankreichs durch die gegenwärtige Aufrüstung ständig anschwillt u. andererseits die reale materielle Belastung des Kapitals nicht nur nicht erhöht, sondern sogar gesenkt wird. Statt dessen behauptet die Regierung in ihrer Erklärung ganz in Stile der Propaganda der Trusts, der faschistischen u. sonstigen Reaktionskräfte, dass Kapitalflucht u. Frankenkurs der Gefahr droht, dass die Kapitalisten "angst vor einer Wiederkehr der sozialen Unruhe" hätten. Das Rezept der Chautemps-Bonnet zur Stabilisierung und Hebung des Frankenkurses besteht also darin, den Kapitalisten jede Angst vor den Arbeitern zu nehmen? Und Blum, Laroze und Jouhaux sind natürlich nach wie vor bereit, die armen, eingeschüchterten Kapitalisten dadurch von ihren Ängsten zu befreien, dass sie alle Aktionen der Arbeiter systematisch zu unterbinden suchen. Was die Regierung als Angst der Kapitalisten bezeichnet, kann man ebensogut gestiegene Unternehmerfröhenheit nennen. Je mehr die ausserparlamentarische Aktivität der Arbeiter zurückgeht, desto mehr Ängste empfinden die feinen Seelen der Kapitalisten oder besser gesagt, desto frecher fordern sie die Ausdehnung ihrer Ausbeutungsmöglichkeiten auf Kosten der Lebenshaltung u. der Rechte der Werktätigen. Das ganze Geschwätz der Regierung, dass man zum Schutze des Franken die Kapitalisten beruhigen müsse, besagt weiter nichts, als dass die Chautemps-Bonnet das geflüchtete Kapital auf die Weise nach Frankreich zurücklocken wollen, dass sie ihm erhöhte Profitmöglichkeiten auf Kosten der französischen Arbeiter in Aussicht stellen.

Diesem Zweck dient der Appell der Regierung die Produktion zu "beschleunigen". Es ist sehr interessant, dass die Regierung jetzt nicht mehr von einer Erhöhung, sondern nur noch von einer "Beschleunigung" der Produktion spricht. Die Absatzmöglichkeiten der französischen Industrie auf dem Weltmarkt sind nicht sehr berührt u. deshalb handelt es sich für unsere Kapitalisten nicht so sehr darum, die industrielle Produktion zu vermehren, als darum, den Profit den sie dabei macht, auf Kosten des Anteils der Arbeiter am Wertprodukt zu erhöhen. Das spricht die Regierungserklärung offen aus, indem sie als Mittel, wie die Engländerkommission zur Beschleunigung der Produktion vorschlagen soll, einmal die "Rationalisierung der Unternehmungen" (d. h. die Erhöhung der Arbeitsproduktivität u. Arbeitsintensität) u. zweitens eine "Anpassung" der 40-Stundenwoche (d. h. eine Verlängerung der Arbeitszeit) nennt. Wenn jetzt Léon Blum u. andere Arbeiterführer uns vorzählen, dass man doch für die Erhöhung der Produktion eintraten müsse, genügt es, demgegenüber auf Max Hinzewalden, der dargelegt hat, dass in kapitalistischen Wirtschaft Rationalisierung der Produktion auf Verlängerung der Arbeitszeit nichts anderes als Mittel zur Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter sind. Die Regierungserklärung zeigt von neuem, welchen schändlichen Anschlag gegen die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder die Beteiligung der CGT-Leitung an der Produktionsengpässe ist.

In der Erklärung von Rambouillet werden ferner Unternehmer u. Arbeiter aufgefordert, auf "alle Ungesetzlichkeiten (Verletzung der Kollektivverträge gegen die gewerkschaftliche Freiheit, Betriebsbesetzungen usw.)" zu verzichten, und es wird erklärt, dass die öffentliche Autorität entschlossen sei, eine "Wiederholung solcher Ungesetzlichkeiten zu verhindern". Hier werden also die Praktiken der Ausbeuter u. der Kampf der Ausgebeuteten auf eine Stufe gestellt. Zudem wird diese Ankündigung in der Praxis so durchgeführt werden, dass bei Betriebsbesetzungen die Polizei sofort mit aller Brutalität ein-

greifen wird. Dagegen wird natürlich kein Unternehmer wegen Massregelung von CGT-Militanten verhaftet oder verprügelt werden, sondern die Gewerkschaften werden höchstens das Recht erhalten, gegen den betreffenden Unternehmer eine langwierige Prozedur einzuleiten, deren Ergebnis sie dann geduldig abwarten müssen, während die arbeitslos u. ohnmächtig sind.

Die Regierung kündigt in Ihrer Erklärung weiter Massnahmen zur Überwachung u. Verfolgung... gegen alle ausländischen Agitatoren, wer sie auch sein mögen" an. Wie diese Ankündigung in der Praxis durchgeführt werden soll, zeigt die gegenwärtige barbarische Austreibung von über 50 000 spanischen Flüchtlingen aus Frankreich. Die spanischen Faschisten dürfen in Frankreich bleiben, weil sie die Mittel zum Aufenthalt haben. Die spanischen antifaschistischen Proletarier werden vertrieben, weil sie mittellos sind. Besonders skandalös ist dabei die Haltung der grossen französischen Arbeiterorganisationen u. insbesondere der KPF. Die KPF geht jetzt mit der Losung "Frankreich den Franzosen" hausieren. Diese Losung ist die traditionelle Losung der extremen chauvinistischen Reaktion in Frankreich. Diese Losung ist der Schlachtruf der Banden de la Rocque, Doriot's u. des sonstigen faschistischen Gesindel's in Frankreich. "Frankreich den Franzosen" das ist das französische Pendant zu dem Naziruf "Deutschland erwache". Und ebenso wie mit dem "Deutschland erwache" das "Jude verrecke" untrennbar verbunden ist, so das "A bas les nébégues" mit dem "Le France aux Français". Wenn die KPF-Führung jetzt erzählt, bei ihr bedeute das "Le France aux Français" natürlich die Freundschaft mit den ausländischen Antifaschisten, so erinnert das nur allzu sehr an die Aussage jenes Pferdediebs, der da vor Gericht erklärte, er habe nur einen Strich gefunden u. könne doch nichts dafür, dass daran eine Stute angehängt war. Wenn die KPF jetzt "Frankreich den Franzosen" brüllt, so unterstützt sie damit die Hetze der Reaktion gegen die antifaschistischen Emigranten u. gibt der Regierung das Stichwort für die von ihr geplante Austreibung der antifaschistischen Flüchtlinge aus Frankreich. Die französischen Faschisten können sich keine bessere Förderung ihrer Propaganda wünschen als die, die ihnen die KPF-Führung gewährt, indem sie Losungen des Faschismus in die organisierte Arbeiterbewegung trägt.

-o-o-o-o-

NIN NIN ERMORDET WURDE.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die zweite internationale Delegation, die von dem Kartell für die Verteidigung der revolutionären Antifaschisten in Spanien entsandt worden war und an deren Spitze sich der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands James Maxton befand, hat einen Bericht veröffentlicht, der wir die folgenden Stellen, die die Nachforschungen der Delegation in Spanien nach dem Schicksal von Andres Nin schildern, entnehmen:

Herr Jrujo, der Justizminister, erklärte wörtlich: "Nin ist niemals in einem Regierungsgefängnis gewesen... Nin ist in einem "Privathaus verschunden, das kein Gefängnis war"; es war, sagte Herr Jrujo "eine Villa, ein Privathaus in Alcalá de Henares, ein kleines Haus, das die Polizei zu dem besonderen Zweck besetzte, um hier Nin hinzubringen". Er könne daraus entführt werden kein, sagt Herr Jrujo, "durch Faschisten, eine Hypothese, die nicht sehr wahrscheinlich erscheint, oder durch Elemente der Internationalen Brigade, eine Hypothese, die viel wahrscheinlicher ist".

Herr Jrujo klärt, dass die Polizei sich quasi unabhängig gemacht habe u. dass ausländische Elemente die wirkliche Kontrolle über sie hätten. Er klagt über den Einfluss der kommunistischen Partei auf die Polizei. Er erklärt, dass Nachforschungen nach Nin eingeleitet seien, die von ausgewählten Personen, die unabhängig von der Polizei arbeiteten, angestellt würden.

Der Minister beklagt, dass die Nachricht von der Flucht Nins absolut falsch sei. Sein Kommentar über diese Angelegenheit spräche von "Verackindan", aber er habe niemals an die Möglichkeit einer Flucht geglaubt.

Herr Zugazaitia, der Innenminister, erklärt, dass es unrichtig sei, dass Nin nicht in einem Staatsgefängnis gewesen sei. Ein Haus, in dem sich die offizielle Polizei festsetze, werde zu einem offiziellen Lokal. Der Minister be-

klagt sich lebhaft über die Polizei... Das Verschwinden von Nin sei gegen den Willen der Regierung erfolgt. Herr Zugazagoitia hat zuerst geglaubt, es sei das Werk der Kommunisten; aber er glaubt jetzt, dass es das Werk von Elementen ist, die ein Interesse daran haben, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Er fügt übrigens hinzu, dass er den lebhaften Wunsch habe, dass es ihm gelingen werde zu beweisen, dass die Kommunisten nichts mit der Sache zu tun hätten, denn, sagt er, es wäre in politischer Hinsicht sehr peinlich, wenn man entdeckte, dass sie den Raub gemacht haben. Auf Fragen der Delegation gibt der Minister zu, dass es richtig ist, dass Nin gesondert verhaftet worden ist, dass er allein u. unter besonderer Bewachung von Barcelona nach Valencia, von Valencia nach Madrid u. von Madrid nach Alcalá de Henares gebracht worden ist u. dass er in jeder dieser Städte in besonderen Lokalen untergebracht worden ist... u. dass schließlich die Hypothese einer Flucht nicht in Erwägung gezogen werden könne. Ein Mitglied der Delegation fragt daraufhin den Minister, ob er glaubt, dass Nin entführt worden sei, ohne dass ein Kampf zwischen der Polizei, die Nin bewachte, u. den Entführern stattgefunden habe. Der Minister ruft heftig, dass es nicht angehe, dass man einen Minister einem regelrechten Verhör unterwerfe... Er erklärt, dass die Untersuchung mit ausserordentlicher Langsamkeit geführt werden müsse, denn wenn die Sache überstürzt, bestände die Gefahr, dass man nur einen Leichnam wiederfände.

Herr Prat Garcia (Unterstaatssekretär bei der Ministerpräsidentschaft) erklärt, man könne nicht wissen, ob Nin lebt oder tot sei. Wenn er lebt, könne er sich eventuell in einer Botschaft befinden."

Die Delegation hat zusammenhänger Unterredung mit den Ministern über das Verschwinden von Nin folgende Momente hervorgehoben:

1. Die Beschwörden von Herrn Jrujo gegen die Kommunisten u. die "wahrscheinliche" Hypothese der Entführung Nins durch Elemente der Internationalen Brigade; die Hypothese von Herrn Prat Garcia, dass Nin in einer Botschaft festgehalten sei (es gibt keine deutsche Botschaft; die einzige Botschaft, die in Frage kommt, ist die der SU); die Weigerung des Herrn Zugazagoitia auf ein "Verhör" zu antworten; "alles das lässt darauf schliessen, dass die Entführung von Nin das Werk der Kommunisten ist u. dass die Minister sich wenig Illusionen hinsichtlich machen."

2. Keine konkrete Tatsache ist vorhanden, die die Annahme erlaubt, dass Nin noch lebt. Die Herren Jrujo u. Zugazagoitia erklären, dass er noch leben müsse. Herr Prat Garcia ist weniger bestimmt. Die Behauptungen der beiden ersten scheinen keine ernste Grundlage zu haben. Aber es scheint, dass man in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken will, dass Nin lebt, um Zeit zu gewinnen, u. wahrscheinlich um zu erreichen, dass man sich nicht der Entführung Nins zu Alena, um eine Atmosphäre der Entrüstung vor dem nahen Prozess gegen die PCUM zu schaffen".

Über die Entführung Nins berichtete der Genosse Gorkin von der PCUM, den die Delegation im Gefängnis in Valencia gesprochen hat, folgendes:

"Nin befand sich in Madrid bei der GPU von Antocha, von wo er zu der GPU von Henares gebracht wurde, von wo er dann entführt worden ist. Nach seiner Entführung entdeckte man in seiner Zelle Dokumente der Gestapo. Der Sozialist Vasquez, von dem Gorkin diese Mitteilung hat, liess sich diese Dokumente geben u. sah, dass sie aus seinen eigenen Archiven stammten, aus denen sie irgendein kommunistischer Polizeibeamter hat stehlen müssen, um sie Gorkin zu bringen, wo sie gefunden worden sind. Vasquez betrachtete diese Tatsache als so ernst, dass er sofort nach Valencia fuhr und der Innenminister Zugazagoitia darüber berichtete. Als Gorkin am 31. Juli von dem Gefängnis San Anton in Madrid in das Gefängnis in Valencia überführt wurde, sagte ihm Herr Garmionés, Mitglied der baskischen Nationalistischen Partei, dass er es für ziemlich sicher halte, dass Nin lebt u. sich bei der GPU des Prado befinde. Die Polizeibeamten, die die ganze Angelegenheit Nin in Madrid gehabt haben, von Barcelona bis Alcalá de Henares heissen Ramallo, Valentin, Rosell. Nin hat von dem russischen Generalstabsoffizier Orloff entführt u. ermordet worden."

Der Fall Nin war für die Kommunisten besonders hinderlich, da Nin als gewaltiger Minister nur von dem Gericht für Verfassungsrechte geächtet werden konnte".

-o-o-o-

DER MORD AN JONAS REISS.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die französische Polizei hat dieser Tage einige Forenchen verhaftet, die an der Ermordung des polnischen Kommunisten Jgnaz Reiss beteiligt waren. Jgnaz Reiss hatte jahrelang im Geheimdienst der Sowjetregierung ausserhalb der Sowjetunion gearbeitet. Die Moskauer Prozesse u. die Ereignisse in Spanien veranlassten ihn dazu, vor einigen Monaten einen Brief an das ZK der KPSU zu schreiben, in dem er mit der Stalinclique brach u. erklärte, seine Arbeit nicht mehr fortsetzen zu können, weil Stalin u. die Seinen Verweg an der proletarischen Revolution trieben. Gleichzeitig sandte Reiss dem ZK der KPSU den Orden der Roten Fahne zurück, den er seinerzeit für besondere Verdienste an die proletarische Revolution erhalten hatte. Nach seinem Bruch mit Stalin bekannte sich Reiss zur trotzkistischen IV. Internationale. Seitdem wurde Reiss von der GPU verfolgt, die ihn schliesslich in der Schweiz in einen Hinterhalt locken und ermorden liess.

Die Pariser "Humanité" erklärt jetzt, Reiss habe einer "terroristischen Organisation" angehört u. seine Mörder seien "faschistische Provokateure". Die "Humanité" hat sich also so sehr in ihre Lügen verstrickt, dass sie jetzt die U als faschistisch bezeichnet. Das tragische Schicksal von Jgnaz Reiss beleuchtet verschiedene Tatsachen. Wenn Reiss zu dem Entschluss gekommen war, dass es für ihn notwendig sei, die strenge militärische Disziplin, der er als Mitarbeiter des Geheimdienstes der Sowjetregierung unterworfen war, um der Treue zur proletarischen Revolution willen zu brechen, so lässt das auf die Stimmung schliessen, die unter den alten Käufern der verantwortlichen Funktionäre der GPU u. ähnlicher Apparate gegenüber der Stalinclique herrschte. Deswegen lässt Stalin diese Kader unter allen möglichen Beschuldigungen "ausrotten", gefangen setzen u. ermorden. Der Fall Reiss zeigt ferner, dass die Stalinclique, wie auch die Ermordung von Nin bewiesen hat, daran ist, die proletarischen Gegner ihrer Politik ausserhalb der SU mit allen Mitteln, auch den des Meuchelmords, zu bekämpfen. Solche Verbrechen wie die Ermordung von Reiss sind ein gefundenes Fressen für die faschistische Propaganda. Die Schweizer reaktionäre Bourgeoisie und die Berliet, de la Rocque etc. in Frankreich nutzen diesen Fall auch wildlich aus. Unsa nützlich ist es, dass die kommunistischen Arbeiter mit ihren der Stalinclique gehörigen Parteiführungen brechen. Dieser Bruch mit einer Parteibürokratie, die immer mehr zu einer Zuchtstätte für gewöhnliches Verbrechen wird, ist eine Pflicht für jeden, dem die Sache des Kommunismus am Herzen liegt.

-o-o-o-

MUSSOLINI IN DEUTSCHLAND.
oooooooooooooooooooooooooooo

Mit wachsenden Augen haben die westlichen Imperialisten den Besuch Mussolinis bei Hitler verfolgt und sie haben sich nichts Besondere beunruhigt. Es ist in erster Linie ein innenpolitisches Ereignis für die beiden Länder, in Szene gesetzt von den faschistischen Diktatoren, die ihren Volkern von Zeit zu Zeit etwas "bieten" müssen. Ausserpolitisch umfasst es nur den bisherigen Kurs der beiden faschistischen Staaten: Gemeinsam ausdrücken, was sich gemeinsam ausdrücken lässt. Es ist kaum anzunehmen, dass ausser dieser allgemeinen Linie noch besondere Abmachungen, etwa für ein neues aussenpolitisches Abenteuer, vereinbart wurden. Der spanische Bürgerkrieg und der japanisch-chinesische Krieg zeigen mit aller Deutlichkeit, dass es Saigig ist mit rassen, antechidien militärischen Stüssen, von denen die Deutschen u. italienischen Faschisten sich so viel erhoffen. Man sieht bei diesen Dingen wohl den Anfang, aber nicht das Ende. Dies gilt auch von Abyssinien, von dem wieder Nachrichten durchsickern, dass der Krieg noch nicht zu Ende ist. Finanziell und militärisch ist die abyssinische Eroberung jedenfalls vorläufig eine Belastung für den italienischen Imperialismus.

Hitler wollte seinen Besucher aus Italien nicht zuletzt die militärische

Stärke der heutigen Deutschlands und sein "Kriegspotential" zeigen. Deshalb die Teilnahme an den Manövern und der Besuch in Kasan. Diese Demonstration hat ihren guten Grund. Für Italien ist ein Wettstreit mit den englischen Imperialisten eine vollkommen hoffnungslose Sache. Ist in ein paar Jahren die englische Aufrüstung erst fertig, so muss es mit Grossbritannien zogenwie je keine kommen. Die Zeit der Abenteuer à la Abyssinien und Spanien ist jaun verüber.

Hier geht es nun, Mussolini zu zeigen, dass die deutsche Militärvacht auch nicht von Farbe ist. Das Bündnis mit England wäre der Nazis zwar lieber, aber in der Not frisst der Teufel Fliegen und in Berlin hätte man nichts dagegen, wenn dafür die berühmte "Achse Berlin-Rom" sich in ein handgreifliches Militärbündnis verwandeln würde.

Am Schluss des Besuches haben die Österreichischen Nazis bei Mussolini auf den Busch geklopft und die deutsche Presse brachte mehr als unzufriedene Kommentare zu dem gleichzeitigen Besuch Schuschnigg's bei Hitler. Das Echo aus Italien war ein Danktelegramm Mussolinis nach Wien für die gute Bewachung bei der Durchfahrt durch Tirol. Das lässt darauf schliessen, dass Österreichische und die Balkanfragen in Berlin nicht beseitigt wurden, und dass auch von einem Militärbündnis keine Rede ist. Trotz aller gegenseitigen Liebeserklärungen und aller Hervorhebung der gemeinsamen Ideologie hält jeder der beiden den anderen für minderwertig. Mussolini weiss wohl, dass die finanziellen, die wirtschaftlichen und die Versorgungs- und Rohstoffschwierigkeiten der deutschen Aufrüstung ganz andere Grenzen setzen als etwa der französischen oder englischen. Und der deutsche Generalstab hält nach den Erfahrungen des Weltkrieges und nach den Schlappen in Spanien das italienische Heer für minderwertig.

Dazu kommt, dass der dritte Kreisboxer gegen den "Bolshewismus", der japanische Imperialismus sich in China offensichtlich schwer überwinden hat. Er scheitert für eine aktive Unterstützung der beiden anderen nicht aus. Dafür hat die Sowjetunion wieder mehr Luft bekommen und kann sich trotzdem in Nyon und in Genf nur als ihr "arme Versandte" erscheint, so ist davon nur die Stalinische Politik schuld, die die Schlagkraft der Roten Armee mehr geschwächt hat, das durch die Volksfrontpolitik die Kräfte der internationalen Arbeiterklasse lähmt und durch aktive konterrevolutionäre Handlungen die spanische Revolution wie dem Untergang bedroht.

-o-o-o-o-

WIE SICH DIERKSTÄNDERE DREIFORTSETZUNG DER VOLKSPRONTPOLITIK
DEKKEN.
DIE SICH DIERKSTÄNDERE DREIFORTSETZUNG DER VOLKSPRONTPOLITIK
DEKKEN.
DIE SICH DIERKSTÄNDERE DREIFORTSETZUNG DER VOLKSPRONTPOLITIK
DEKKEN.

In "La Republique" gibt F. Hecker einen gedrängten Bericht über den radikal-sozialistischen Kongress von Ostfrankreich in Laon.

In dem Bericht heisst es u.a.:

"Es ist wohl keinem Parteimittant entgangen, dass innerhalb der Volksfront Spannungen bestehen, die entweder in den nächsten Wochen Sberbrückt werden oder die, wenn dies nicht der Fall sein sollte, zu einem Bruch der alten Formel führen können".

Als Voraussetzung der Erhaltung der Volksfront werden genannt: Produktionssteigerung, Ruhe, Ordnung und Disziplin.

Dann wird berichtet, dass auf dem Kongress grosse Aufregung über die Agitation gegen die Trusts und die Spekulanten herrschte. Man Sozialisten wurde empfohlen, nur nicht das Maul so voll zu nehmen, denn sie hätten ja ein Jahr Zeit gehabt für den Kampf gegen die Trusts und die Spekulanten, dass sie kein Haar gekrümmt hätten. Dabei wurden die Worte eines sozialistischen Ministers zitiert, der vorher den Banken und Bankiers mit Schliessung und Wisperrung gedroht habe und zur Macht gekommen, weder einen Bankier eingesperrt noch eine Bank geschlossen liess. Also möge man heute nicht von den Radikalen etwas verlangen, wozu man selber keinen Mut gehabt habe.

Zur Kampagne der SFIC gegen den Benat, heisst es, dass der Kongress en bloc und aufs schärfste gegen diese Kampagne aufgetreten sei.

Das alles hinderte den Kongress nicht, einstimmig für die Erhaltung der Volksfront zu plädieren, wohl wissend, dass sich die Sache noch immer lohnt und vom Standpunkt der Allgemeininteressen der Bourgeoisie noch das Gegebene ist. Aber die Fortsetzung der Pause, die Ablehnung jeder neuen Forderung und das Aufhören jeder "sterilen" Agitation werden als die Voraussetzungen dafür bezeichnet.

-o-o-o-o-

WIE DIE KF FÜR DIE EINHEIT IN SPANIEN KÄMPFT.
oo

Registrieren wir kurz die Tatsachen:

1) Die Führung der KF und der ISUG haben jetzt die reformistischen Gewerkschaften, die UGT, gespalten; lediglich zu dem Zweck, Caballero und seine Anhänger von der Leitung der UGT zu beseitigen, obwohl zweifellos die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder noch hinter Caballero steht. Die KF hat begonnen mit der Beitragsparre der von ihnen beeinflussten Gewerkschaften. Diese wurden ausgeschlossen. Sie hat dann ultimativ die Einsetzung einer neuen Gewerkschaftsleitung verlangt, dann selbst eine Gegenleitung eingesetzt. Die rechtmässige Gewerkschaftsleitung mit Caballero an der Spitze wird in ihrem Büro von Polizeikräften unter der Leitung der KF belagert...

„In der Sitzung der Cortes, die am 1. Oktober begann, erschien der "konservative Republikaner" Valladares, der im Juli des Vorjahres sofort geflüchtet war und gab eine Loyalitätserklärung für die Regierung Negrin ab. Passionaria im Auftrage der KF richtete ein Angebot an die Leitung der UGT zur Zusammenarbeit in der Regierung (man erinnert sich, dass seinerzeit die CNT auf Veranlassung der KF aus der Valenciarregierung entfernt worden war), aber gleichzeitig wurden massenhaft Anarchisten verhaftet und wird nicht nur in Spanien, sondern auch ausserhalb eine Kampagne eingeleitet, die die Anarchisten der Zusammenarbeit mit Franco und Mussolini beschuldigt und eine umfassende Terroraktion gegen sie vorbereiten soll.

Das Manöver zielt also auf die Spaltung und Zerstörung der CNT-FAI ab.

Gleichzeitig muss das Politbüro der KF Spaniens in seiner letzten Kundgebung zugestehen, dass die Kampf-moral im Sinken ist, allerdings ohne zu zugeben, dass dies gerade die Folge ihrer eigenen konterrevolutionären Terror- und Spaltungspolitik ist.

Von der allgemeinen Offensive, mit der die Bildung der Negrinregierung, die Schaffung des "Volksheeres", der Abbau der revolutionären Erzeugnisse begründet wurde, ist immer noch keine Rede - vielmehr steht eine erneute und verstärkte Offensive der Faschisten bevor. Asturias, wo die Bergarbeiter mit verzweifelter Mut kämpfen, wird sich selbst überlassen.

-o-o-o-

SPANNUNGEN IN DEN REGIERENDEN KREISEN JAPANS.
oo

Mit der Dauer und den Schwierigkeiten des chinesischen Krieges wachsen die Spannungen in den regierenden Kreisen Japans. Sie zeigen sich schon offen im Kabinett, wo der Premierminister Konoje u. der Kriegeminister u. Innenminister sich gegenüberstehen. Andererseits verstärken sich die Bestrebungen in der Grossfinanz, in der Grossindustrie, den Krieg gegen China einzuschneiden u. möglichst rasch zu Ende zu führen. Diese Bestrebungen hängen zusammen mit den wachsenden finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Japans.

In England u. Amerika gewinnt die Boykottbewegung gegen Japan an Boden. Sie zielt darauf ab, den Zwiespalt in den herrschenden Klassen Japans zu verstärken, und die japanische Aktion wo möglich von Mittel- u. Südchina abzuwenden und auf Nordchina zu beschränken, um so die wirtschaftlichen Interessen der europäischen Rivalen Japans in China sicherzustellen. Weder die II. noch die III. Internationale haben bisher etwas unternommen, um eine selbst

ständige Aktion der internationalen Arbeiterklasse gegen den japanischen Imperialismus zu erzielen, eine Aktion, die nicht einfach ein Hilfsdienst für die imperialistischen Interessen des eigenen Landes ist, sondern die von den Interessen der werktätigen Klassen in Japan, China und überdies geleitet ist.

-o-o-o-

Die 40-Stundenwoche:

Einige Fragen an Herrn Hecker.

=====
=====
=====
=====
=====
=====
=====

Sie reden beständig davon, dass sie ein prinzipieller Anhänger der 40-Stundenwoche sind. Im gleichen Atemzuge aber reden - oder schreiben sie davon, dass die Bedürfnisse der französischen Konsumtion infolge der 40-Stundenwoche nicht befriedigt werden können. Sie belegen dies nicht, sie beweisen das nicht, sie behaupten das einfach.

Sie reden von der unumgänglichen Notwendigkeit der Produktionserhöhung. Auf welchem Wege soll diese Produktionserhöhung erreicht werden? Sie sagen man muss einen anderen Modus für die 40 Stundenwoche finden. Dabei begreifen sie einen kleinen Betrug. Sie behaupten, dass es selbst in der SU keine 40-Stundenwoche gebe. Wir bitten sie ihre eigenen Prozessurzeugnisse aus der Zeit, wo man es auch in radikalen Kreisen für zweckmäßig hielt mit einem lachenden und einem weinenden Auge für die 40-Stundenwoche zu pläzieren, nachzufragen Sie werden finden, dass sie damals das genaue Gegenteil betrieben. Sie mögen sehen wie sie mit diesem Widerspruch fertig werden - denn wir kennen die Gründe dieses Gesinnungswechsels und haben sie bereits notiert. Wir haben nur hervor, dass selbst in einem durchaus kapitalistischen Lande, wie der USA, in der Großindustrie tatsächlich nicht mehr als 35 - 40 Stunden wöchentlich gearbeitet wird. Wir haben auch nicht gekürrt, dass die amerikanische Industrie die Konsumtionsbedürfnisse Amerikas nicht befriedigen konnte.

Sie schlagen nun Zwecke der Produktionssteigerung vor, die 5 tägige 40 Stundenwoche mit einer täglichen Arbeitszeit von 8 Stunden zunächst für die Industrie überstufen und dafür das System 6 mal 7 und 1 mal 8 Stunden pro Woche einzuführen. Damit wollen sie die Produktion steigern? Wem wollen sie das antun? Keinen Sie im Ernst, dass wenn der Arbeiter die 40 Stunden in anderen Verhältnissen in der Woche verarbeitet, ergibt dies eine Produktionssteigerung alle anderen Umstände gleichgesetzt? Das ist eine Milchmädchenrechnung. Nichts der etwas anderes steckt. Eine Produktionssteigerung ist, alle anderen Umstände gleichgesetzt - Zahl der beschäftigten Arbeiter, Fabriken, Maschinen usw. - nur erreichbar, wenn man die Arbeitszeit verlängert.

Das lehnt die Arbeiterschaft ab. Also ist eine Produktionssteigerung bei Beibehaltung der 40-Stundenwoche nur erreichbar, wenn die Produktion entsprechend der verkürzten Arbeitszeit mit neuen, besseren Maschinen u. Apparaten ausgerüstet wird, d.h. das sich das Kapital der verkürzten Arbeitszeit mit seinen Arbeitsmethoden anpasst. Das ist Sache des Kapitals - und nicht der Arbeiter, denn noch sind die Herren der Produktionsmittel, noch ist es ihre Aufgabe an ihre Interessen zu denken, während der Kapitalist an seine Profitinteressen denkt. Also, Herr Hecker, wenden sie sich samt ihrer Partei an die richtige Adresse und beenden sie endlich ihren Tanz um die eigene Achse und seien sie offen.

Wir haben schon gezeigt, dass das ganze Geschrei von der Produktionssteigerung an die Adresse der Arbeiter, nur einen Sinn haben kann: die Verpeilung der 40 Stundenwoche. Dagegen müssen sich die Arbeiter mit aller Kraft zur Wehr setzen, statt wie die CGT, dem Unternehmerrgeschrei Rechnung zu tragen.

Die Arbeiter werden die 40-Stundenwoche behalten, wenn sie von Fabrikat keine Kompensation machen u. jeden Angriff - wie er auch maskiert sei - zurückzuschlagen. Reichen sie - wie das die Volksfront u. die CGT tut - dem Teufel den kleinen Finger, so wird er bald die ganze Hand nehmen.

Ein Metallprolet.

DIES UND DAS

Arbeiteropposition bei den Liniar-Metallarbeitern. Wir lassen hier eine Resolution folgen, die in der Generalversammlung der Firma R.S.V in Paris in der Generalversammlung angenommen wurde. Sie lautet:

Die Arbeiter der Fabrik R.S.V. des 20 Arrondissements sind erregt über das Resultat des Streiks der S.I.M.C.A.

Sie fragen, bis zu welchem Punkte die CGT (5 Millionen Mitglieder) und das Syndikat der Metallarbeiter (250 Tausend Mitglieder) in der Fortführung der Initiative gehen wollen;

Sie lehnen sich gegen das obligatorische Schiedsgericht auf, das immer im Sinne und zu Nutzen des Unternehmers entscheidet;

Sie protestieren gegen die Sekretäre des Metallarbeiter-Syndikats wegen ihrer im Verlauf des Konflikts der SIMCA eingenommenen Haltung, d.h. zur Ehre der Fabrik, gegen die sich die Fabrikabteilungen stets erhoben haben mit Rücksicht darauf, dass die Fabrikbesetzung die allein wirksame Waffe des Kampfes ist;

Sie -...- erheben sich über den Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie, indem sie wahrnehmen mussten, dass Diskussionen über die Abänderung des Gesetzes über die 40-Stundenwoche und über das Projekt für die Rente der Alten auf Kosten der Arbeiter (41 Stundenwoche) im Gange sind, ohne dass sie sich selbst als durch die Zeitungen informieren konnten, die mehr oder weniger im Solde gewisser Prediger der sogenannten "Front-populaire" stehen. Die Arbeiter der Fabrik REV erhoben sich mit Kraft gegen alle Beeinträchtigungen an 40-Stundengesetz.

Sie halten daran, dass die Enquete über die Unterproduktion solange keine Berücksichtigung finden kann, solange die Kollektivverträge nicht durch das Patronat respektiert werden und solange man gewerkschaftliche Militanten entlässt.

Doch es gibt eine wirkliche Notwendigkeit der "aufrichtung der Revolution", die nichts anderes sein kann und darf, als die Einstellung der Arbeitlosen.

Die fordern von der CGT im Rahmen der gewerkschaftlichen Grundsätze zu bleiben und ihre Freiheit der Aktion gegenüber der Regierung zurückzunehmen.

Diese Resolution gibt den dringendsten Erfordernissen der Arbeiter Ausdruck. Es liegt an allen revolutionären Gewerkschaftsmilitanten in ihren Syndikaten im gleichen Sinne zur Politik der CGT Stellung zu nehmen.

Ein Brief aus Sinesseantrich. Ein Leser, der seine Ferienreise nach Sinesseantrich reich machte, schreibt uns:

"Während meines Urlaubs kam ich auch nach Agen, welches ich bereits vor zwei Jahren einmal besuchte. Das "rote" Agen ist inzwischen ziemlich blass geworden und wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird es wohl, dank der funktion Volksfrontpolitik bald weiss sein. Vor einiger Zeit hatten die Defätisten eine öffentliche Versammlung auf der Esplanade, die von circa 2000 Personen besucht war. Von der KPF und den anderen Volksfrontlern war an diesem Tage weit und breit nichts zu sehen.

Ein Kamerad erfuhrte mir, dass in einer Betäubung mit angeblich 800 Beschäftigten, die Croix de Feu und die Doriotfaschisten die Mehrheit haben, wenn man von den Indifferenten abieht. Die Faschisten entfalten eine lebhaft propagandistische und leider sind die Volksfrontler nicht in der Lage die herabgeworfenen Argumente der Faschisten wirksam zu widerlegen. Für die Tölpel machen die Faschisten - wie bei uns die Clerikalen à la Rosé - die Volksfrontregierung verantwortlich und man muss konstatieren, dass selbst die Volksfrontler dies nicht einmal ernst abstreiten. Es ist daher auch erklärlich, dass der Faschismus beginnt, selbst innerhalb der Arbeiterschaft Fuss zu fassen.

Man teilt mir auch mit, dass in der Ortsgruppe der KPF gegen ein halbes Dutzend Funktionäre ein Ausschlussverfahren eingeleitet wurde, weil sie innerhalb der Mitgliedschaft die Parole herausgaben: "Zurück zum Klassenkampf", gegen jede Koalition mit kapitalistischen Elementen". Das Ausschlussverfahren wurde mit dem Motiv "Gegen die Trotzkisten innerhalb der eigenen Reihen" eingeleitet. So sucht die Bürokratie die Opposition gegen ihren verkehrten politischen Kurs tot zu setzen".

Joaquin Ascaso ist frei. Wir geben in der Nr. 39. eine Meldung der "Libertaire" unter Vorbehalt weiter, nach der der frühere Präsident des Rates von Aragon, Ascaso, bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis errechnen worden sein sollte. Eine Meldung der Havasagentur v. 18. September aus Valencia berichtet nun, dass Joaquin Ascaso am 18.9. nach einigen Wochen Haft wieder in Freiheit gesetzt werden musste.

Da der "Libertaire" diese Meldung weitergibt, muss sie als richtig betrachtet werden. Die Freilassung Ascasos zeigt, dass der ihm angehangene Juwelen schmuggel erfunden wurde, um den Rat von Aragon liquidieren zu können. Der

"Libertaire" führt die Freilassung Accasos auf die Drohung der CNT mit dem Generalstreik zurück, falls Accaso nicht freigelassen würde. Der Fall Accaso zeigt, dass der Schutz der revolutionären Antifaschisten gegenüber den SU-Methoden nur wirksam ist, wenn ihnen ausserparlamentarische Aktionen der Arbeiter entschlossen entgegentritt. Die CNT-Führer wissen, dass die Anklagen gegen die POUM-Führer von der gleichen Beschaffenheit sind wie die gegen ihren Freund Accaso. Werden sie es bei der Verteidigung der POUM-Führer nur bei Worten belassen? Werden sie, wie es die Interessen der Revolution erfordern, die Macht ihrer Organisation für die Freilassung der POUM-Führer und für die Bestrafung der an Bord King Verantwortlichen einsetzen? Die revolutionären Arbeiter erwarten das von ihnen!

Einiges zum Kampf gegen die "Gestapo-Agenten". Ein altes Mitglied der KPD schreibt uns zu dem neuesten Heft der ZK der KPD gegen die "Trotzkisten-Gestapogänger": "Die 'Deutsche Volkszeitung' unterrichtet reichlich über alle 'Trotzkisten' und dass SAJ und KIO zunächst in Valencia beim POUM-Prozess mit antirev., provokativ und tot gefährdet wurden. Die letzte Nummer der 'Volksfront' der SAJ glaubt noch 5 Minuten vor dem Gehenswerden sich an der KPD weiden zu können. Das riecht beinahe nach 'Würde' ähnlich der 'Gestapo-Agenten' in Norkau-Prozessen.

Dass Dangel gelangt wird ist in Ordnung. Man sollte ihn aber nach eine Schelle umhängen. Die DVE schrieb vor etwa 2 Monaten eine Notiz über Maslow-Ruth Fischer, bezw. ihre Tätigkeit in Paris und nannte beide als Gestapogänger unter Doriot's schützender Hand. Dazu soll man mal die Hand nehmen u. feststellen, dass Dangel und fast alle Konstanten aus der ZK der KPD die Schildknappen u. Süßlinge eben dieser Gestapogänger waren: ihre Gesinnungsfreunde und Gehaltsempfänger. Sie waren dort materiall. und geistig Kaufgänger, obwohl sie wussten, dass Lenin vor Maslow gewarnt hatte, obwohl sie wussten, dass die ZK der KPD vor 1923 Maslow nach der SU abstoßen sollte (wo er hergekommen ist) und obwohl Geralt als Präsident der Komintern beschlossen hatte Maslow einige Monate zur Beobachtung dort zu behalten. (Gebenheit: wie damals schon Stalin Internationaler Körperschaftsautorität verachtete, geht daraus hervor, dass die Subkommission unter seiner Leitung, die Maslows Zwangsarrest technisch formulieren sollte, entgegen dem Protest von Clara Zetkin beschloss, Maslow die KPD auszuliefern).

Bela Kun nach dem 'Trotzkist'. Wir geben vor einiger Zeit die Meldung weiter, dass Bela Kun, der bekannte ungarische Kommunist und Führer der ungarischen Arbeiterpartei in der SU verhaftet und wahrscheinlich erschossen worden sei. Der Fall Bela Kun sollte jetzt gleichsam eine offizielle Bestätigung. In einem Artikel der 'Kommunistischen Internationalen' über Ungarn wird erklärt, dass das bisherige ZK der KP Ungarn unter Führung Bela Kuns sich der aktiveren Trotzkisten schuldig gemacht habe, indem es die Politik der Volksfront und der Verteidigung der ungarischen Demokratie ignorierte.

Bela Kun war langjähriges Mitglied der KPSU. Wenn Bela Kun sich gegen die Volksfrontpolitik gewandt hat, so kann man mit ziemlicher Sicherheit darauf schließen, dass in der KPSU selbst die Volksfrontpolitik bereits auf Widerspruch stieß.

Eine nette Doppelklinge. Margharita Nalken, kommunistisches Parlamentariermitglied in Spanien, hat kürzlich in Paris in einem Interview das verhaftete Mitglied der POUM-Exekutive, Gorkin, ihnen Spiro Francos genannt. Als Beweis für ihre Behauptung verwies sie darauf, dass Gorkin während der Zeit seiner Expiration Beziehungen zu Doriot unterhalten habe. Sie gab dafür das Jahr 1934 an, also eine Zeit wo Doriot noch kein Faschist war. Wenn die verhaftete Margareta Nalken alle, die einmal in Argentinien eine Verbindung zu Doriot unterhalten, heute als Spione Francos qualifiziert, dann ist auch Thorez und Stalin Franco-Spione.

Die Fläcker sehr oft dazu unter anderem: "Man muss sehen, was die K. Nalken ein besonderes Recht hat gegen Gorkin einen solchen Vorwurf zu erheben. Entwürfe der Letztere nicht vor zwei Jahren, dass sie während des Krieges in Diensten der 'deutschen Spionage in Spanien gestanden war?' Und an anderer Stelle von 'La Fläcker' heisst es: 'Mae Nalken war eine parasitische Freundin von Primo de Rivera, welcher ihr während seiner Diktatur wichtige Missionen anvertraute. Man braucht nur eine Kollektion span. Zeitungen dieser Zeit zu nehmen, um die Spuren der monarchistischen Überzeugung von Mae Nalken zu finden'. Sie ist also besonders geeignet Revolutionäre in den Druck zu schieben.

Demokratiepolitik hatten sie auch die Kampagne für die Kantonalwahlen geführt. Aber die reiche Bourgeoisie, die sie bei dieser Gelegenheit für die KPF erheferten, ist nicht eingetroffen. Die Massen, die nach den Wahlen von 1936 unter dem Mißbrauch der Junistrolche u. der spanischen Revolution zur KPF strömten, weil sie sie für eine revolutionäre Partei hielten, kehren ihr wieder den Rücken, weil sie sehen, dass sie in Wirklichkeit eine Politik des Reformismus u. der Streikabwägung, des Verrats an der spanischen Revolution, des Hochverrats Chauvinismus betreibt. So hat z. B. die Übernahme der faschistischen Lösung "Frankreich den Franzosen" durch die KPF weite Kreise der Arbeiterschaft angezittert.

Unter den angeführten Umständen deutet die Tatsache, dass die SFIO ihren Stanz von Frühjahr 1936 gehalten hat, darauf hin, dass die sozialistische Partei gegenwärtig auf Kosten der KPF im Vorrücken ist, während im zweiten Halbjahr 1936 die umgekehrte Bewegung festzustellen war. Eine Bestätigung dafür finden wir in den Wahlergebnissen in einigen wichtigen Industriebezirken, wo die SFIO ihre Stellung gegenüber der KPF auch im Vergleich zu den Resultaten der Kommunalwahlen von 1936 verbessert hat. So hat die KPF bei den Generalratswahlen im Département Seine-et-Oise (zu dem die westliche Banlieue von Paris gehört) 42 044 Stimmen gegen 47 342 im Jahre 1936 erhalten. Die SFIO aber hat in der Seine-et-Oise, die zu den Hochburgen der KPF gehört, 20 157 Stimmen gegen 24 308 im Jahre 1936 aufzuweisen. In Département Ess-de-Calais wurden für die KPF bei der Generalratswahl 23 094 Stimmen (1936 - 26 476), für die SFIO 48 814 (1936 - 38 441) abgegeben. In der Seine-Inférieure hat die KPF jetzt 2 950 Stimmen (1936 - 12 454), die SFIO 8 801 (1936 - 3 750).

Dass unter den Arbeitern in der Pariser Banlieue, in Rouen u. a., die zu den fortgeschrittensten Zirkeln des französischen Proletariats zählen, jetzt die Auffassung zu Boden gelangt, es sei besser sozialistisch zu wählen und nicht kommunistisch, ist nicht aber keineswegs, dass sie für die reformistische Politik der SFIO-Führer u. SFIO-Minister begeistert was dem SFIO bei den Wahlen zugute kommen würde. In der Tat sieht sie das der "Populaire" behauptet, die Arbeiter der Massen für die Leistungen der Regierung Blum. Für die Haltung der SFIO, die man derart bestreift, dass die KPF heute in Punkte Reformismus noch weiter geht als die SFIO. Viele Arbeiter, die früher für die KPF stimmten, weil sie die radikalste der politischen Parteien war, wählen heute lieber die SFIO, weil sie finden, dass trotz Blum u. seiner Politik immer noch linker ist, als die KPF mit ihrem ekelverregenen Chauvinismus. In der Seine-et-Oise spielt auch die Tatsache eine Rolle, dass in der dortigen Föderation der SFIO die linke Opposition, die die Volksfrontpolitik kritisiert, ziemlich stark ist.

Die Presse der SFIO u. der KPF hat angesichts des Stagnierens des Einflusses der Arbeiterparteien, bzw. der verhaltenen Siegeshoffnungen der KPF, den Umstand hervor, dass bei diesen Wahlen die Volksfront als Ganzes doch noch weitere Fortschritte gemacht habe. In der Tat, der bürgerliche Partner der Volksfront, die radikalsozialistische Partei, hat bei den Kantonalwahlen ziemlich viel gewonnen. Im Jahre 1936 war sie bei den Wahlen von der SFIO überflügelt worden. Jetzt sind die Radikalsozialisten wieder, was die Anzahl der Wählerstimmen anbelangt, die stärkste Partei Frankreichs. Aber gerade dieser Wähler Sieg der Radikalsozialisten stellt keinen Grund zur Freude für die Arbeiter der KPF dar. Der Erfolg der Volksfront, der in der Stimmzunahme der Radikalsozialisten zum Ausdruck kommt, ist nur ein neuer Beweis dafür, dass die Volksfront, das Bündnis der Arbeiterparteien mit den Radikalsozialisten, die Koalitionspolitik mit dem Chautemps-Bonnet-Balossier etc. gegen die Interessen der Arbeiterklasse u. aller Werktätigen überhaupt gerichtet ist. Die Radikalsozialisten haben auf Kosten der Rechtsparteien, der Parteien Flandins und Marins gewonnen. Zum Teil mag das rein lokale Ursachen haben, die ja bei Kantonalwahlen eine ziemlich große Rolle spielen. Aber zum überwiegenden Teil haben zahlreiche Wähler, die sonst zur ständigen politischen Kundschaft der antifaschistischen u. faschistischen Rechtsparteien gehören, deswegen für die Radikalsozialisten gestimmt, weil sie der Ansicht sind, dass die Politik der Bonnet u. Chautemps das Höchstmögliche an politischer u. sozialer Reaktion im Innern, sowie an imperialistischer Aussienpolitik u. Aufrüstung verwirklicht, das heute überhaupt verwirklicht werden kann, dass kein Flandin u. kein Laval u. selbst kein de la Rocque u. Doriot heute in der Lage wäre, dem französischen Kapital mehr auf Kosten der Werktätigen zu geben als die gegenwärtige Volksfrontregierung. Deshalb haben z. B. ausgesprochene Faschisten wie Kerillis u.

Leitungen von vornherein aufgefordert, in allen Zweifelsfällen nicht für die Wahl eines Anhängers der Rechtsparteien, sondern für die Wahl eines Radikalsozialisten einzutreten."

Im Jahre 1936 war der Wahlsieg der Volksfront von einer Abwanderung grosser Wählermassen von den Radikalsozialisten zu den Arbeiterparteien begleitet. Er brachte die Illusionen der werktätigen Massen über die Volksfront zum Ausdruck, ihre später durch die Tatsachen widerlegte Hoffnung, man könne die Macht des SOO Familien, d.h. des Grosskapitals, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie u. durch ein Bündnis mit der radikalsozialistischen Kapitalistenpartei brechen. Der heutige Wahlsieg der Volksfront bringt nicht die Illusionen über die Volksfront, sondern die Realität der Volksfront zum Ausdruck. Er beruht darauf, dass grosse Teile der reaktionären Bourgeoisie und ihres Lehens sich zu den Radikalsozialisten bekennen, weil sie sich inzwischen überzeugt haben, dass die Volksfrontpolitik es gestattet, die Ziele der Kapitaloffensive mit der Zustimmung und der aktiven Beihilfe der Führungen der grossen Arbeiterorganisationen durchzusetzen. Der Wahlsieg der Volksfront d.h. in diesem Falle der Radikalsozialisten, auf dem die SFIO u. besonders die KPF so stolz sind, ist weiter nichts als ein neuer handgreiflicher Beweis dafür, dass die Volksfrontpolitik ganz ordinäre kapitalistische Koalitionspolitik ist, dass die bürgerliche Demokratie stets eine Diktatur des Kapitals bleibt.

Die ausgesprochenen Faschisten haben bei den Kantonalwahlen sehr schlecht abgeschnitten, und zwar die Doriotisten noch schlechter als die Anhänger de la Rocque. Die Gründe dafür sind verschiedener Art. In der Agitation der französischen Faschisten spielte das aussenpolitische Konzept stets eine sehr erhebliche Rolle. Die Ereignisse der letzten Zeit waren aber eine ziemlich drastische Widerlegung der Behauptungen der französischen Faschisten, dass es möglich sei, eine für den französischen Imperialismus günstige "Verständigung" zwischen diesen u. Hitler, Mussolini u. Franco zu erzielen. Und die enge Zusammenarbeit zwischen den de la Rocque u. Doriot einerseits u. den deutschen, italienischen u. spanischen Faschisten andererseits beginnt selbst Eingebildeten bürgerlichen Reaktionskreisen auf die Nerven zu fallen, denn der deutsche u. der italienische Imperialismus u. ihr spanischer Vasall Franco bedrohen die imperialistische Machtstellung Frankreichs immer offener. Auf der anderen Seite sind es die bürgerlichen Demokratien Englands u. der Vereinigten Staaten, mit denen die französische Bourgeoisie politisch u. wirtschaftlich so engsten verbunden ist.

Was den französischen Faschisten ferner Abbruch getan hat, ist der Umstand, dass wir gegenwärtig in Frankreich einen Konjunkturaufschwung haben, der er auch noch so langsam u. schwächlich sein. Die französische Bourgeoisie will zunächst diesen Konjunkturaufschwung möglichst in Ruhe gelassen u. möchte sich dabei ihre Ruhe auch nicht durch die Faschisten stören lassen. Das bedeutet keineswegs, dass die faschistische Gefahr in Frankreich vorbei sei, er ist z.B. der gegenwärtige Konjunkturaufschwung sehr fragwürdig und muss über kurz oder lang einer neuen Krise Platz machen, wozu noch kommt, dass die Frankeninflation jetzt erst am Anfang ist. Mit der unvermeidlichen Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation des französischen Kapitalismus werden auch die faschistischen Tendenzen innerhalb der französischen Bourgeoisie neue Nahrung erhalten.

Keineswegs ist der gegenwärtige Rückgang des Faschismus darauf zurückzuführen, dass die Volksfront eine so energische Aktion gegen den Faschismus geführt habe, es sei denn, man könne darin eine "antifaschistische Aktion", dass die Volksfront u. ihre Regierungen es sich angelegen sein lassen, der mit dem Faschismus liebäugelnden Bourgeoisie zu weichen, als könne die Ziele der Kapitaloffensive auch mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie durchsetzen u. Brauche dazu nicht erst die faschistische Diktatur.

Von welcher Seite wir auch die Ergebnisse der Kantonalwahlen betrachten mögen, sind sie ein Zeugnis gegen die Volksfrontpolitik der grossen Arbeiterorganisationen.

-o-o-o-o-o-o-o-

An alle Leser. Wir erinnern an die umgehende Zahlung des Septemberabonnements!

VOR EINER NEUEN FASCHISTISCHEN OFFENSIVE IN SPANIEN.
oo

Gestützt auf die Zusagen Hitlerdeutschlands hat Italien auf die Einladung Englands-Frankreichs zu einer Besprechung zu Dreien über die Rückziehung der Freiwilligen mit einer glatten Ablehnung geantwortet u. schickt für eine neue Offensive massive Kräfte an Menschen und Material (Tanks, Flugzeuge usw.) nach Spanien. Die englische und französische Regierung leisten auch weiter passive Hilfe für die italienische Verschleppungstaktik. Von einer Öffnung der französischen Pyrenäengrenze ist keine Rede mehr. Wiederum bestätigt sich, dass dem englischen u. französischen Imperialismus das Schicksal der spanischen Republik -mag diese noch so sehr sich bürgerlich-parlamentarisch aufspielen- gleichgültig ist, dass sie lediglich die Währung ihrer imperialistischen Interessen im Auge haben. In diesem Zusammenhang ist jetzt bei ihnen der Gedanke der Besetzung von Minorca aufgetaucht, was nichts anderes bedeutet, als dass sie jetzt selbst die Aufteilung Spaniens ins Auge fassen.

Die Negri-Regierung setzt ihren konterrevolutionären Kurs folgerichtig weiter fort. Es wird jetzt die bevorstehende Übersiedlung der Valenciaregierung nach Barcelona angekündigt u. gleichzeitig der bevorstehende Rücktritt von Companys als Präsident der katalanischen Republik. Unter den gegebenen Umständen bedeutet die Übersiedlung der Valenciaregierung nach Barcelona die Absicht: 1) die Autonomie Kataloniens vollständig zu vernichten (deshalb der Rücktritt von Companys); 2) nach der Spaltung der reformistischen Gewerkschaften (UGT) auch die syndikalistisch-anarchistische Bewegung, deren Kraftzentrum Katalonien ist, zu zerschlagen. Sollte das gelingen, so würde damit ein entscheidender Schlag geführt gegen die moralischen Kraftfaktoren des antifaschistischen Kampfes im Hinterlande, wie an der Front.

Der Kampf gegen Caballero als Leiter der UGT und des linken Flügels der spanischen Sozialdemokratie wird von der Kf Spaniens direkt mit polizeilichen Mitteln geführt und erinnert lebhaft an die Methoden, die die Nazis zur Gleichschaltung der Gewerkschaften in Deutschland gebrauchten. Das Organ Caballeros ist verboten worden. Die Kf Spaniens hat jetzt, um ihren zahlenmäßigen Einfluss in der UGT zu verstärken, ihren korporativen Eintritt in die UGT erklärt. Dabei geht aus den eigenen Angaben der Kf Spaniens hervor, dass höchstens ein Drittel ihrer Mitglieder wirkliche Arbeiter sind. Der korporative Eintritt der Kf Spaniens in die UGT bedeutet also gleichzeitig den Versuch, die UGT als eine wirkliche Gewerkschaft zu vernichten. All das geschieht im Namen der Einheit. So wird an der Front und im Hinterland von der Kf und ihren sozialdemokratischen und bürgerlichen Vertretern die Niederlage organisiert.

-o-o-o-

DIE AUSSENPOLITISCHE REDE ROOSEVELTS.
oo

Über die letzte aussenpolitische Rede Roosevelts tröstet sich die deutsche Nazipresse damit, dass sie erklärt, unmittelbare praktische Ergebnisse im japanisch-chinesischen und spanischen Konflikt seien davon nicht zu erwarten. Das mag richtig sein, aber es darf deshalb nicht die Bedeutung der Tatsache verkannt werden, dass durch die Rede Roosevelts der amerikanische Imperialismus sein künftiges aktives Eingreifen in die imperialistischen Weltkämpfe vorbereitet, indem er die psychologischen Voraussetzungen dafür in den Massen zu schaffen versucht.

Die offiziellen kommunistischen Parteien beider Kontinente überschlagen sich in Lobeshymnen für Roosevelt als den Verkämpfer der Weltdemokratie. Wirkliche Kommunisten hätten gerade umgekehrt die Aufgabe, die demokratische Maske, die dem amerikanischen Imperialismus gerade jetzt (wie dem englisch-französischen) so vorzügliche Dienste leistet, um die werktätigen Klassen für die imperialistischen Zwecke einzuspinnen, zu lüften, stattdessen tun sie das gerade Gegenteil davon und machen sich so zu Zutreibern und Helfershelfern für diese imperialistischen Interessen.

-o-o-o-o-o-o-o-o-
-o-o-o-o-o-o-o-
-o-o-o-o-

DER FASCHISTENMARSCH IN LONDON.

oo

Aus London wird uns geschrieben:

Schon seit Wochen u. Monaten begannen die Faschisten ihre Provokationen zu vermehren, die im 5. Faschistenmarsch ihren Höhepunkt fanden. Die Geschichte dieser Märsche zeigt, dass es bis jetzt den Faschisten nie gelungen war, ihr Ziel zu erreichen, da der Widerstand der Arbeiter zu stark war. Diese Widerstandsaktionen der Londoner Arbeiterschaft sind Meilensteine in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, und der beste u. reichhaltigste Boden für die Einheitsfront.

Doch wäre es falsch, daraus den Schluss ziehen zu wollen - wie das einige Führer der Labour Party tun -, dass der Faschismus in England gescheitert sei u. dass das englische Volk für solche Ideen gar nicht zugänglich sei. Ein Blick in die tägliche Presse beweist uns das Gegenteil. In den letzten Wochen sprengten die Faschisten einige Versammlungen der Labour Party, provozierten Schlägereien u. das alles mit indirekter Unterstützung der Nationalregierung und deren Behörden.

Als die Faschisten für den 3. Oktober ihren Marsch wieder durch das East End angesetzt hatten, wurde die Welle der Proteste so gross, dass das Innenministerium dort alle Demonstrationen auf 3 Monate verbot, was sich natürlich vor allem gegen antifaschistische Demonstrationen richtete. So suchte denn Mosley die Arbeiterviertel im Süden Londons für seinen Marsch aus, parlamentarische Abgeordnete der betreffenden Bezirke, lokale Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskomitees u. andere sandten Proteste zum Innenministerium u. verlangten das Verbot des Marsches, doch vergebens. Man erlaubte den Marsch, kündigte einen genügenden Polizeischutz an u. drohte gegen jede Art von "Störungen" energisch vorzugehen.

Die Haltung der Arbeiterparteien dazu, war selbstverständlich verschieden. So erhielten einige Führer der Labour Party den Befehl, dass es das Beste sei, zu Hause zu bleiben u. Tür u. Fenster zu verschliessen. Andere sprachen sogar davon, dass in der Demokratie jeder das Recht zum Marschieren habe, also auch die Faschisten. Im allgemeinen betrieb die englische Labour Party dieselbe Politik der "Nichteinmischung" wie auch die SPD in Deutschland, deren Resultate wir ja genügend kennen. Trotz dieser Satzungs- u. den Faschisten freie Bahn für ihre Provokationen geben sollte, beschlossen die lokalen Organisationen der betreffenden Bezirke, auf die Strasse zu gehen u. zu demonstrieren. Die Komm. Partei bezog dank ihrer Volksfronttaktik eine ziemlich klägliche Stellung. Sie gab nicht eine einzige klare Lösung an, sondern begnügte sich, ebenso wie die Labour Party u. auch bürgerliche Stadträte, den Staatsapparat anzurufen u. Delegationen zum Innenministerium zu schicken. Als es bekannt wurde, dass der Marsch auf jeden Fall stattfinden werde, rief die KP zur Gegendemonstration auf, "um die Demokratie zu retten". Auffällig dabei war, dass man immer wieder betonte, dass nur eine "disziplinierte" Demonstration Sinn habe, um zu beweisen, dass "nur der Faschismus Unruhe stiftet". Wie in Frankreich so will man auch hier zeigen, dass die Kommunisten eigentlich die wahren Ordnungshüter auch im bürgerlichen Staat sind, doch die Arbeiter haben sie eines Besseren belehrt.

Die KP verdient das Lob, dass sie als einzige Partei von vornherein die klare Lösung: "Sie sollen nicht durchkommen" vertreten hat, zur Gegendemonstration aufrief, ohne sich an die bürgerliche "Disciplin" zu halten.

Als am Sonntag, den 3. Oktober die Stunde des angesetzten Marsches herankam, waren die Strassen bereits dicht mit Arbeitern besetzt. Die Polizei, die von vornherein den Faschisten den nötigen Schutz zugesagt hatte, war im Gegensatz zur East-End-Demonstration vorigen Jahres, sehr wohl vorbereitet. Die Schreie ungefähr 3 - 4000 Mann stark gewesen sein. Als die Polizei begann, die engen Arbeiterstrassen, die schwarz vor Menschen waren, für die Faschisten zu säubern, merkte sie, dass es diesmal nicht ohne Gewalt abgehen werde. Ihre Taktik war die, dass Berittene, die sich schon immer durch ihre Brutalität auszeichneten, in zickeligen Tempo in die Masse ritten und dass der so freigewordene Raum sofort mit Doppelreihen von Mannschaften auf jeder Strassen- seite befestigt wurde. Um weitere Durchbrüche zu verhindern, führen ausserdem

Autobusse, mit Polizei besetzt, die freien Strassen hin u. her, da auch alle Nebenstrassen, die an die vorgesehene Route grenzten, von Arbeitern besetzt waren. Je näher die Stunde des Marsches herankam, desto aufgeregter wurde die Polizei. Die Stimmung der Massen war fabelhaft u. die Kampflieder nahmen kein Ende. Die Angriffe der Polizei mehrteten sich, wobei sie von ihren langen Stöcken rücksichtslos Gebrauch machte. Ebenso stieg die Wut der Arbeiter. Balken wurden herangeholt, Bäume entwurzelt, Zäune abgerissen und langsam formte sich die erste Barrikade. Das entschlossene Handeln der Arbeiter feuerte auch die Anderen an u. immer höher wuchs die Barrikade. Eine rote Fahne wurde unter dem Gesang der "Internationale" gehisst u. die Erregung stieg. Die Arbeiter Londons waren bereit, die Faschisten gehend zu empfangen. Da sah die Polizei zuerst entstand eine Panik u. ein Teil lief davon. Doch bald gelang es, die Massen wieder zum Stehen zu bringen u. man begann das Strassenpflaster aufzureissen. Ein Hagel von Steinen u. anderen Baumaterialien empfieng die Polizei. Hier zeigte sich, wie gut es war, dass auch die kleineren Nebenstrassen besetzt waren, so dass es für die Polizei schwierig war, der Masse in den Rücken zu fallen. Sobald die Polizei die erste Barrikade niedergelassen hatte, traf sie ca. 100 Meter weiter auf eine neue. Die Haltung der Arbeiter veranlasste den Polizeichef, den Marsch der Faschisten umzuleiten. Soweit man beurteilen konnte, wären die Faschisten nie durch diese Strassen gekommen u. für beide Teile wäre es ein verlustreicher Kampf geworden. Auf die Nachricht der Umleitung hin, zogen sofort einige Gruppen an die betreffende Strasse. Auch hier war alles schwarz von Menschen u. als die Prozession langsam herankam, wurde sie mit Eiern, weichen Tomaten, faulen Äpfeln u. anderen Gegenständen von den Häusern u. aus der Menge heraus beworfen.

Die Spitze bildeten Berittene, dann einige Autos voll Polizei u. eingefasst in doppelte Reihen kamen dann verängstigt ca. 2500 Faschisten. Obwohl der weltbekannte Teil der Masse noch immer an den Strassen wartete, durch die Mosley nicht gewagt hatte, zu marschieren, wuchs doch die Zahl derer, die sich Mosley entgegenwühlten. Nachdem in Long Lane bekannt wurde, wo die Faschisten waren, versuchte Mosley vorzeitig sein Meeting abzuhalten, um einem größeren Andrang zuvorzukommen. Zu diesem Zweck räumte die Polizei wieder den Platz u. hielt die Arbeiter immer in einem gehörigen Abstand. Als Mosley seine Rede mit den Worten begann: "Wir sind zuletzt durchgekommen...", konnten sich selbst die Polizisten eines Lächelns nicht erwehren. Viel mehr konnte er auch nicht sagen, denn die Rufe der Arbeiter, das Singen der "Internationale" u. ein anti-faschistischer Lautsprecherwagen, machten seine Rede, nur den direkt Umstehenden zugänglich. Die Faschisten schienen beinahe froh, als sich die Prozession wieder in Bewegung setzte, um aus dieser "gefährlichen" Gegend über die Thakgebrücke geleitet zu werden. Nachdem die Polizei sie so in Sicherheit gebracht hatte, wandte man sich wieder den Arbeitern zu und das "Aufräumen" dauerte bis zum Abend.

Das Resultat des Marsches? 111 Verhaftungen, 28 Verwundete (kein einziger Faschist), aber ein Sieg der Arbeiter. Mosley konnte nicht durch seine geplante Route marschieren, er wurde an den Toren der Arbeiterviertel gestoppt.

Besonders hervorzuheben ist das Verhalten der ILF, die nicht nur die Initiative zur Gegendemonstration ergriffen hatte, sondern beim Barrikadenbau die organisatorische Kraft darstellte. Long Lane, die Strasse der Barrikade, war der Sammelplatz der ILF u. zweifellos ist ihr Ansehen dadurch stark gestiegen.

-o-o-o-o-

NEUE VERHAFTUNGEN IN BARCELONA. "Independent News" meldet: Vor einigen Tagen ist in Barcelona der Lokale Rechtsanwalt u. ehemalige Cortesabgeordnete M. Barricero verhaftet u. eingekerkert worden. Zusammen mit dem Rechtsanwalt Rusinol. Beide sind Mitglieder der Rechtsanwaltsvereinigung, die unter dem Präsidenten Fabon sich der Verteidigung der FCUM-Führer angenommen hat.

Als der ehemalige Unterstaatssekretär der Justiz, Rechtsanwalt Sanchez Roca, zusammen mit M. Fabon u. Garcia Cliver gegen die Verhaftung von Barricero u. Rusinol protestierten, wurde dieser ebenfalls im Büro des Chefs der Delegation der Valencianerregierung in Barcelona verhaftet. (Der Chef der Delegation heisst Carreras).

Als Grund der Verhaftung Sanchez Roca wurde von M. Burillo, dem Leiter der öffentlichen Ordnung in Katalonien, angegeben, dass man ihn gegen ein möglich-

ge Material von "extremistischer" Seite schützen wollte. Der Advokat Sanchez Romo befindet sich in Einzelhaft, die geheimgehalten wird. Die Behörden haben erklärt, dass der Staatsgefangener ist (Friedenler "gouvernemental"), also nicht von Schutzhaft, die in Spanien für alle revolutionäre Führer angeordnet wurde und seit der PCUM-Affaire wieder eingeführt worden ist.

UBER DIE HALTUNG DER VOLKSARMEE. Die Zeitung "Amigo des Pueblo", das Organ der Freunde Durrutis, das in Barcelona illegal erscheint, schreibt unter dem 21. September:

"Bei den Operationen die vor wenigen Tagen im Sektor von Zuera stattfanden, nahmen zwei Formationen mit je drei Brigaden teil: zwei Brigaden von der Division Karl Marx (PSUC), eine Brigade der Division Durruti (CNT) (Brigade schwarz-rot) und der Rest der Kräfte wurde von der Division Lister (Volksarmee) ausgesprochen politische Tendenz gestellt.

Die Gefechtsaktion sollte in der Einnahme von Zuera bestehen, um die Regionen von Terüiguava und Lecincha zu isolieren und die feindlichen Kräfte dieser beiden Dörfer abzuschneiden.

Der Misserfolg des Angriffs auf Zuera muss auf die Zersetzung der Division Karl Marx zurückgeführt werden. Fünfzig Offiziere dieser Division u. 500 Soldaten liefen zu den Faschisten über. Auf Grund dieser Desertion wurde ein Bataillon abgeschnitten.

Trotz der Anstrengungen der confederalen Kräfte konnte die Kampfhandlung nicht zu einem günstigen Resultat geführt werden. Der Feind verfügte über die notwendige Zeit um Verstärkungen zu erhalten u. es war unmöglich den Angriff auf Zuera fortzusetzen.

Auf Grund der Standgerichte, die sofort zusammentraten, wurden 30 Offiziere der Division Karl Marx erschossen. Ausserdem wurde der politische Kommissar der Division, Trucha (Mitglied der PSUC) abgesetzt und an seiner Stelle Dol Barrio ernannt.

Die Zeitung bemerkt, dass man viel die Tatsache bespricht, dass es die "marxistischen" Kräfte (stalinistische) sind die vor dem Feind weichen, während sie in der Steppe die Kraft darstellen, die die Revolutionäre unterdrückt."

(Independent News)

KONTREREVOLUTIONÄRE UNTERDRÜCKUNG IN ARAGON. In den ersten Septembertagen kam die Division Lister (Volksarmee) in die Gegend von Caspe. Im Vorlauf weniger Stunden drang sie in Caspe und Alcaniz ein. Stosstruppen dieser Division drangen stark bewaffnet ein u. umzingelten die Gebäude des Rates von Aragon und der Gewerkschaften. Diejenigen welche einige Kilometer von Caspe verhaftet wurden, wurden von der Division Lister so unmenschlich behandelt, dass sie glauben, man führe sie zur Erschießung, als sie in die Stadt abtransportiert wurden.

Nach diesen Verhaftungen wandte sich der Führer der Division Lister an das aragonische Volk u. erklärte, dass die Kollektive verschwinden müssten u. dass der freie Handel auf aragonischen Boden wieder hergestellt werde. Angriffe fanden gleichzeitig statt auf die Syndikate, die Kulturverbände, auf die Lokale der libertären Jugend. Die Zeitung "Neues Aragonien" wurde verboten.

(Independent News)

MARCEAU BLAVET GEGEN DEN KONTREREVOLUTIONÄREN TERRORE GEGEN REVOLUTIONÄRE. Marceau Blavet hat in der "Frieden Tribune" des "Populaire" v. 3. Okt. die gegen die Verfolgungen der Revolutionäre durch die Organe der Valencieregierung u. d. geschrieben:

"Wenn man die Exekution im Lager der Aufständlichen begünstigen will und wenn man das revolutionäre Gewissen in Deutschland u. Italien unterstützen will, muss man ohne Aufschub die grundlosen Einkerkierungen von Militärs einstellen, sowohl derjenigen, die von der Front kommen, wie der Verhafteten und Amputierten, die man aus ihren Krankenbetten herausschleift, um sie in das Gefängnis zu werfen. Das gleiche gilt gegenüber den Angehörigen von Kämpfern, die man durch ein solches Vorgehen zwingen will aus der Illegalität hervorzutreten, wie gegenüber zwölfjährigen Kindern oder Rechtsanwältinnen oder von Führern der CNT, die, wie man behauptet, vor "Extremisten" schützen will. Wenn es Spione u. Verräter gibt, so soll man unversehentlich sein. Aber man soll sie vor den Augen des internationalen Proletariats und seiner Delegierten aburteilen. Aber wenn ich die kommunistische Zeitung von Barcelona "Tribune"

v. 11. September 1937 lese, die kaltblütig ihre Leser wie folgt informiert: Marceau Fivert ist niemand andere als derjenige, der auf dem Kongress der SFIO in Marseille eine Annäherung an das III. Reich vorgeschlagen hat und die spanische Revolution opfern will, so bin ich erschüttert bei der Gedanke, dass die Hinrichtungen vielleicht auf ebenen unehaltbaren und lugenhaften Beschuldigungen beruhen. Deshalb werden wie nicht um Fingerbreite von unserer Aufgabe abweichen, zu informieren und klarzustellen, die unerlässlich ist, die Revolution wiederaufzurichten u. die nötige Festigung der antifaschistischen Front herzustellen."

WAS WILL MAURA IN VALENCIA? Unter diesem Titel schreibt die "Freie Presse", das Organ der SFIO für Bas-Rhin u. a.:

"Um eine Entradikalisierung in Spanien bewirken sich England u. Frankreich, diese Weise Deutschland u. Italien das Gerüde von der bolschewistischen Gefahr in Spanien erschweren, wenn nicht unmöglich machen wollen. Für die Verhandlungen von Dalbés mit Italien wäre dies von Bedeutung. Der "Welt Anzeiger" verwies kürzlich darauf, dass die Einmischung in Spanien - die faschistische - nicht länger durch den Kampf gegen den Bolschewismus zu rechtfertigen sei, dessen Festsetzung auch von England u. Frankreich nicht geduldet werden würde. Hier hat man die Ursachen des Eintreffens der beiden spanischen Politiker (Miguel Maura und Fortela Valladares) zu suchen". (Fr. 10. Okt. 1937)

Das, was hier die "FP" über das Eintreffen der beiden spanischen Politiker in Valencia zu berichten weiss, zeigt nur, von welchem Kaliber die von der spanischen Volksfront unter Führung der K.F. gelieferte Spionagedecke gegen die FOUM u. von welchen Gesichtspunkten die Verfolgungen der CNT-FAI und des linken Flügels der SF um Caballero diktiert sind. Um Italien u. Deutschland gutta zu stimmen, also um die Bundesgenossen Franco zu Koncessionen an die imperialistischen Interessen Frankreichs u. Englands zu veranlassen, werden die Valladares u. Maura von der Volksfront nach Spanien geholt, nachdem sie durch den proletarischen Sturm am 19. Juli 1936 aus dem Lande gefegt worden waren. Von besonderem Interesse ist auch das Eingeständnis, dass auch Frankreich - das der Volksfront - die Festsetzung des Bolschewismus in Spanien nicht dulden kann. Mit dem "Bolschewismus" ist natürlich nicht die Spannpolitik der KI-Spaniens und Stalins gemeint, die ja gerade auf der Linie der Entradikalisierung Spaniens mit Hilfe des Konterrevolutionären "erra" s in Übereinstimmung mit den übrigen Volksfrontparteien liegt. Damit ist allein die wirkliche bolschewistische Politik der FOUM gemeint, die auf die Wiedereinrichtung der Revolution und die Verwirklichung einer revolutionären Kriegsführung gegen den Faschismus ausgerichtet ist. Eine solche Politik aber, das lässt uns die "Freie Presse" wissen, wird auch das Frankreich der Volksfront nicht zulassen. Man traucht sich die Politik der französischen Volksfront auf Mussolini u. Hitler nur anzuschauen, um mit Leichtigkeit zu konstatieren, dass diejenigen, die für eine solche Politik vorverantwortlich zu sein, die Spaltung der spanischen Arbeiterklasse organisieren, die Demokratisierung und damit auch das Ende der bürgerlichen Demokratie in Spanien aktiv betreiben. Gerade deshalb ist die Verteidigung der FOUM eine erstrengige und zugleich überaus wichtige politische Aktion im Interesse aller Arbeiter und letzten Endes auch im Interesse aller Antifaschisten.

WAS WIL DER VOLKSFRONT ALLES ZU VERDANKEN HABEN. Ein Leser macht uns auf einen Artikel der Straßburger "Humanité" v. 2. Okt. aufmerksam, in dem es unter dem Titel "Unsere kommunikativen Partei für die restlose Durchführung der Bauernforderungen" u. a. heisst: "Wir registrieren, dass sich der Preis des Hopfens, dass sich der des Weins, der Kartoffeln und des Kruts, dass endlich der Viehpreis in einem stetigen Wachsen begriffen sind. Und nicht nur das, es ist Absatz da, der Bauer wird seine Ware los."

Das ist das Werk der Volksfront: Tatsachen, die sich unläugbar in diskreter Weise von demjenigen eines Laval auswirken".

Die K.F. registriert also mit Befriedigung die Preissteigerung für die lebensnotwendigsten Lebensmittel. Nun weiss aber jedermann, dass die Politik der Aufwertung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, auf Kosten der breiten Masse geht. Der Kleinbauer aber profitiert von dieser Politik der generellen Preiserhöhungen fast nichts. Die eigentlichen Profiteure dieser Politik sind die Gutbesitzer und fetten Bauern, die ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse in wirklichen Mengen auf den Markt bringen. Dafür verweigern sie

Ihren Landarbeitern das Koalitionsrecht, die Kollektivverträge und die Anwendung der sozialen Gesetze auf die Landwirtschaft. (Siehe die Aktion de Schlumberger). Deshalb ist es ja auch nicht verwunderlich, dass ein solcher "Kleinbauer" wie K. Urban mit der Landwirtschaftspolitik und der Politik des Weizenanbaues einverstanden ist. Die Kleinbauern, die überwiegend für ihren eigenen Bedarf produzieren und nur einen verschwindenden Rest ihrer Erzeugnisse auf den Markt bringen können u. dabei noch oft die Grosshändler als Zwischenglieder benützen müssen, profitieren von dieser Politik faktisch nichts, da sie z. T. sogar in ihrer Eigenschaft als Konsumenten von Brot die Kosten dieser Politik mitbezahlen müssen.

Deshalb haben wir uns im Interesse der Arbeiter und der breiten Masse der Kleinbauern gegen diese Politik der generellen Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgesprochen. Wir haben statt dessen die städtische Entlastung der bäuerlichen Schichten gefordert, die keine ständigen fremden Arbeitskräfte ausbeuten, die Streichung ihrer Fachtzinsen und die Aufhebung ihrer Schuldverpflichtungen an Grosshandel, Banken u. Industrie verlangt. Daneben haben wir die direkte Organisation des Austausches zwischen den Kleinbauern und den städtischen Konsumgenossenschaften, sowie dem Kleinhandel für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zwecks Ausschaltung der Zwischengewinne des Grosshandels gefordert. Eine solche Politik allein liegt sowohl im Interesse des Kleinbauern, wie der breiten Masse der städtischen Konsumenten. Eine solche Politik allein vermag dem Kleinbauer zu helfen, ohne die Arbeiter zu schröpfen. Eine solche Politik allein trägt den Klassenkampf ins Dorf und schafft reale Voraussetzungen für ein wirkliches Kampfbündnis zwischen der Arbeiterklasse und den kleinbäuerlichen Schichten des Dorfes, ausgerichtet auf den Kampf gegen die Trusts und die Profiteure der Teilung. Eine solche Politik allein ist imstande die Masse der Kleinbauern aus der Gefolgschaft der Graf Andlau, Schlumberger und Konsorten zu lösen und sie in enger Zusammenarbeit mit den Landarbeitern als selbständige Kraft gegen die Gutsherrscher, die fetten Bauern und den mit ihnen verbundenen Grosshandel u. die Trusts - seien es die Zuckerraffinerien, die Erbsenmühlen, Grossmühlen usw. - zu organisieren.

Eine solche Politik aber ist das gerade Gegenteil derjenigen, die von der "Humanité" schmönchend als die Politik der Volksfront gepriesen wird und die den Arbeitern und städtischen Kleinbürgern die Lebensmittel verteuert und den wirklichen Kleinbauern keine realen Erfolge bringt.

DER I. WAHLGANG IN ELIASZ. Das Wahlergebnis des I. Wahlganges zu den Kantonsparlamenten im Elsass hat sich im Wesentlichen nicht von dem im ganzen Lande. Die KPF hat geradeüber den Kommunalwahl 1936 einen erheblichen Stimmengewinn zu verzeichnen. Dieser Stimmengewinn geht aber zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Arbeiterpartei in Strasbourg, die in den drei proletarischen Kantonen von Strasbourg nebst dem Autonomen Kreis dazu anzusehen war, der Volksfront das Wasser abzugraben. Ein kleinerer Teil ihres Gewinns - rund 10 000 Stimmen oder 25 % - resultiert aus früheren Wählerkreisen der SFIO. Und nur ein verschwindender und kaum ins Gesicht fallender Rest kommt aus jenen Arbeiterschichten, die erst im Anschluss an die Juni-Bewegung 1936 zum Klassenbewusstsein erwachten. Wenn man aber daran denkt, dass im Mai 1936 der allgemeine Lohnstreik im Lande im Elsass fast gänzlich in Erscheinung trat und die Volksfront als eine Massenbewegung erst als Auswirkung der Juni-Bewegung der Arbeiter in Erscheinung trat, so muss man das Wahlergebnis als Ausdruck einer bereits eingesetzten rückläufigen Bewegung der Volksfront bezeichnen. Dass die Anhänger Hueber-Moursers sich in erheblicher Masse der KPF zu wenden und nicht der SFIO, hat seine speziellen lokalen Gründe. Die Politik der SFIO im Bas-Rhin, wie sie sich auf dem Gebiet der kommunalen Politik in Form der Zusammenarbeit mit den Demokraten und der UFR Massette, hat verhindert, dass die von Hueber-Moursers Politik unterstützten Massen sich der SFIO zuwenden. Das ursprüngliche kommunistische Engagement im Oberelsass resultiert im wesentlichen aus der Tatsache, dass die SFIO dort die entscheidenden Industriebetriebe verwaltet, die sich infolge der noch anhaltenden Arbeitslosigkeit und infolge ihrer staatsstreuen und reformistischen Kommunalpolitik in einer Lage befinden, die keine grosse Anziehungskraft auf die Massen ausstrahlen vermag.

Zusammenfassend kann man also konstatieren: unter Berücksichtigung der Tat-

sache, dass der allgemeine Linksruck von 1936 bei den Maiwahlen, sich damals im Elsass kaum auswirkte, dass in der Junibewegung die rückständigsten Gebiete von der außerparlamentarischen Massenbewegung erfasst wurden und die CGT einen nie gekannten Aufschwung nahm, dass die Kommunisten in den Gewerkschaften zu führenden Einfluss gelangten, ist das Wahlergebnis im Elsass ein Anzeichen einer beginnenden rückläufigen Bewegung der Arbeiterparteien. Diese rückläufige Bewegung wird vorerst durch den Zusammenbruch der Hueberpartei, aus der die KPF profitierte, sowie durch die Resultate in den Gebieten verdeckt, in denen früher die Arbeiter fast restlos in der Gefolgschaft der Klerikalen marschierten. Die Fortsetzung der Koalitionspolitik wird die im Wahlresultat bereits sichtbar werdende Tendenz weiter verstärken. Dies ist besonders dann - und das zeigt das Ergebnis im Oberelsass - wenn die Politik der sozialen Phrase, die besonders von dem Teil der U.R. um Kossé praktiziert wird, von der U.R. verallgemeinert wird.

Die Folgerung die sich aus diesen Feststellungen ergibt liegen auf der Hand und sind von uns wiederholt auseinandergesetzt worden. Es liegt an unseren Freunden die beginnende kritische Einstellung der Arbeiter gegenüber der Volksfront zu einer bewussten revolutionären Einstellung zu gestalten, in dem sie sich beflüssigen, neben einer grundsätzlichen, an Hand der Tatsachen erläuterten Propaganda gegen die Koalitionspolitik mit der radikalen Bourgeoisie, die Versprechungen von KPF und SFIO zum Gegenstand von Aktionen in den Gewerkschaften zu machen versuchen, zumal die Kapitaloffensive durch das Wahlergebnis für die Radikalen beflügelt und forciert werden wird.

Im zweiten Wahlgang gilt es die Kandidaten der Reaktion zu schlagen und da dies im Hinblick auf die Situation und das Nichtvorhandensein einer revolutionären Partei nur durch die Wahl von SFIO- und KPF-Kandidaten geschehen kann, muss man auch dies tun, aber ohne auch nur einen Augenblick unsere Kritik an der Volksfrontpolitik und an der Politik der beiden grossen Arbeiterparteien auch nur um ein Jota einzuschränken, und ohne den Eindruck zu erwecken, als ob durch die Wahl der Vertreter der Arbeiterparteien die Reaktion auf wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gebieten geschlagen werden könnte.

WILLI MÜNZENBERG AUS DER KPD AUSGESCHLOSSEN. Im Hinblick darauf, dass vor längerer Zeit eine Notiz über den bekannten KPD-Führer Willi Münzenberg durch die elssässische Presse ging, wonach Münzenberg bei der Führung der KI in "Ungnade" gefallen sein sollte, gaben wir folgender Zuschrift Raum, die den Sachverhalt richtig darstellt: "Im Zusammenhang von Konflikten innerhalb der sogenannten deutschen Volksfront ist jetzt Willi Münzenberg nach vertrauenswürdigem Nachrichten aus der KPD ausgeschlossen worden. Das Zentralkomitee der Komm. Partei Deutschlands hatte den Ausschluss der SAP aus der Volksfront verlangt und Thomas Mann und den früheren Zentralführer Spijcker ersucht, zum Ersatz einzutreten. Mit der Begründung, dass durch den Ausschluss der Soz. Arbeiterpartei Deutschlands die Volksfront von allen sozialistischen Bestrebungen freigebracht werde. Unglücklicherweise ist aber Thomas Mann ein Sympathisierender der Sozialdemokratie und auch sonst klug genug, um zu wissen, dass ohne mindestens die sozialistische Phrase eine Werbung für ein bürgerlich-demokratisches Regime in Deutschland aussichtslos ist. Münzenberg zog die Fäden dieser Komödie der Irrungen, daher sein Ausschluss."

Münzenberg soll jetzt beabsichtigen, mit Breitscheid von der S.D. und mit Eda Fimmen von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zusammen eine eigene Volksfront aufzubauen. Es könnte sehr wohl sein, dass die irische Leitung der deutschen Sozialdemokratie die Gelegenheit günstig findet, um unter dem Titel der Volksfront ihre alte Koalitionspolitik wieder aufzurichten und gleichzeitig die KPD, die der Sozialdemokratie erst diese Möglichkeit geschaffen hat, auf dem Trockenen sitzen zu lassen.

DUCLUX MACHT WIKEN RÜCKZIEHER. In der Frage der Einheitspartei will es bekanntlich nicht klappen. Die Verwaltungskommission der SFIO, die gemerkt hat, dass die KPF keinerlei Prinzipien mehr kennt und nur einem Prinzip huldigt; die wirklichen und die unsichtbaren Trotzkisten zu erledigen, hat jetzt einen Angriff der "Humanité" auf Marcelle Fivort benutzt, um von der KPF die Zurücknahme dieser Verleumdung zu fordern. Das ist jetzt durch einen Brief Duclos geschehen. Die Einheitspartei wird die KPF dafür auch nicht einhandeln. Verantwortlich: HELE HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Sektion der I.V.K.O.)

Nr. 43/IV. Jahrgang.

Vierte Oktoberwoche 1937.

NACH DEN KANTONALWAHLEN . oooooooooooooooooooooooooooo

Vor dem zweiten Wahlgang hat es eine Auseinandersetzung innerhalb der Volksfront gegeben. Die Führer der Volksfrontparteien hatten sich auf einen Aufruf geeinigt, in dem für den zweiten Wahlgang die Wahl desjenigen Kandidaten einer Volksfrontpartei, der die meiste Stimmenzahl erhalten hatte, empfohlen wurde. Der Generalsekretär der SFIO, Paul Faure, erklärte dabei, dass er erst die Bestätigung seiner Parteileitung für diese Regelung einholen müsse. Die Parteileitung der SFIO lehnte aber den Vorschlag der Parteiführer, dem Paul Faure zugestimmt hatte, ab. Sie erklärte, sich nur in dem Falle bereit, ihre Kandidaten zugunsten von Vertretern anderer Volksfrontparteien, die mehr Stimmen erhalten hatten, zurückzuziehen, wenn diese sich bereits vor dem 1. Wahlgang für die Volksfront ausgesprochen hätten. Diese Stellungnahme der Führung der SFIO besagte, dass sie es unter dem offenkundigen Druck ihrer Mitglieder u. ihrer unteren Organisationen abzieht, für die Wahl solcher Radikalsocialisten einzutreten, die als bürgerliche Beweiskandidaten gegen die Arbeiterparteien auftraten. Die "Humanité" veröffentlichte nichtsdestoweniger den Aufruf der Parteiführer mit der Unterschrift Paul Faures, worauf dieser gegen den Missbrauch seines Namens durch die KP-Pressen protestierte. Die KP-Führung stellte sich bei dieser Auseinandersetzung also auf die Seite der Radikalen, was die Radikalen natürlich nicht hindern wird, bei der nächsten Gelegenheit zusammen mit der SFIO gegen die KP zu handverlieren.

Die SFIO hat in allgemeinen dort, wo sie den Radikalen den Kampf ansagte, nicht schlecht abgeschnitten. So ist es ihr z.B. in der Vauclouse, dem Wahlkreis des Kriegsministers u. Präsidenten der radikalen Partei Dalsador, gelungen, den Radikalen zwei Generalratsmandate abzunehmen. Das ist sehr lehrreich. Es wird uns immer gesagt, man müsse um jeden Preis die Einheit der Volksfront aufrechterhalten u. je einen Bruch mit den Radikalen vermeiden. Man zeigt es sich, dass die SFIO mit ihrer jämmerlichen reformistischen Politik imstande ist, sobald sie das will, Massen gegen die radikale Partei zu sammeln. Das heisst, dass eine revolutionäre Politik, die an die ausserparlamentarische Aktivität der Massen appelliert, erst recht in der Lage wäre, die wirklichen Anhänger der radikalen Partei von ihrer kapitalistischen Führung zu trennen. Aber die Führer der grossen Arbeiterorganisationen behaupten immer wieder, dass der Bruch mit den Radikalen das grösste Unglück für die Arbeiterschaft u. eine Art Weltuntergang sein würde.

Was die Radikalen anbelangt, so veröffentlicht der "Temps" vom 19. Oktober eine interessante Zusammenstellung. Danach verteilen sich die gewählten Generalräte der Radikalsocialisten u. der republikanischen Sozialisten (USR) folgendermassen: 211 sind im ersten Wahlgang gegen Kandidaten sowohl der Rechtsparteien als auch der Arbeiterparteien gewählt worden; 150 sind im zweiten Wahlgang dank der Unterstützung durch die SFIO u. die KP durchgekommen; und schliesslich sind 243 im ersten u. im zweiten Wahlgang gegen die Arbeiterparteien ohne Gegenkandidaten von rechts gewählt worden. Diese Zusammenstellung bestätigt das, was wir in der vorigen Nummer über die Unterstützung der Radikalen durch die reaktionäre Bourgeoisie gesagt haben und sie zeigt, dass die radikale Partei bereits in voller Fahrt zur Wiederher-

stellung der Union nationale begriffen ist. Fast die Hälfte der Generalräte ist bei den letzten Wahlen auf der Basis der Union nationale, d.h. des Zusammenschlusses mit den Rechtsparteien gegen die Arbeiterparteien gewählt worden. Die Koalitionspolitik der SFIO u. der KPF verhindert also keineswegs die Entwicklung zu einer Rechtsregierung. Sie gestattet es lediglich den Cahutemps u. Bonnet, mit Hilfe der Führer der SFIO, KPF u. CGT die Arbeiterklasse zu diskreditieren, ihnen jeden Kampfwillen zu rauben, alle möglichen reaktionären Massnahmen durchzuführen, damit eine künftige Regierung der Union nationale sich dann ungehindert nach Horzenverlust gegen die Werktätigen austoben kann.

Die offenen Faschisten haben auch im 2. Wahlgang schlecht abgeschnitten. De la Rocque sucht seine Anhänger damit zu trösten, dass er verschiedene Kandidaten, die unter der Firma der UED oder der Linksrepublikaner gewählt worden sind, für den FPF in Anspruch nimmt. Das zeigt einerseits, dass die Herren Reaktionäre es im Augenblick nicht für vorteilhaft halten, sich offen zum Faschismus zu bekennen, auch wenn sie faschistische Sympathien haben u. andererseits, dass es ein Fehler wäre, den Faschismus als erledigt zu betrachten, denn in den bürgerlichen Parteien sitzen überall Leute, die, sobald eine günstige Situation rittern, mit fliegenden Fahnen in das Lager des Faschismus übergehen werden.

-o-o-o-o-o-

DER II. WAHLGANG IM ELSSASS.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Der Autonomismus in Liquidation/ Niederlage der Volksfront in Oberelsass.

Die Generalrats- und Freiratswahlen haben im II. Wahlgang mit Ausnahme des Oberelsass keine Überraschungen gebracht. Im Unterelsass werden 3 Sozialisten und ein Kommunist im Generalrat vertreten sein. Die Volksfront hat hier also drei Mandate gewonnen, zwei auf Kosten der Autonomisten u. eins auf Kosten der UFR (Gaispolsheim).

Das Resultat im Unterelsass wurde für die Volksfront durch den Umstand begünstigt, dass die Leute de la Rocque in Strasbourg der Michel Wolferschen Wahltaktik die Gefolgschaft versagten und dort, wo die Entscheidung zwischen einem Autonomisten und einer Volksfrontler stand, ihren Kandidaten nicht zugunsten der hitlerisch orientierten Autonomisten zurückgaben, wie es M. Wolfers u. offensichtlich auch der Fabrikantenmaire Frey wünschten. Der Gegensatz in der nationalen Frage hat diesmal zugunsten der Volksfront gespielt, nachdem infolge der kompromittierenden Zusammenarbeit der Hueberlianer mit der kirchlichen Reaktion u. den alten Rechtsparteien ein beachtlicher Teil der Hueberanhänger zu den Volksfrontkommunisten als das kleinere Übel übergegangen ist. Ein Zeichen dafür, dass die national besessenen bürgerlichen Rechtsparteien sich angesichts dieses Dilemmas in einer heiklen Lage befanden, beweist das "Journal d'Alsace", dass sich kräftig dagegen wehrte, dass die französisch orientierte Rechte für einen autonomisten Roos'scher Prägung votieren sollte. Der Umstand ist zumindestens der Volksfrontsieg in Strasbourg-West zu verdanken. Dieser Umstand erleichterte auch den Sieg in Strasbourg-Süd und machte einen Sieg des Autonomisten Roos im Kanton Strasbourg-Ost völlig aussichtslos.

Diese Besonderheit ist bei der Bewertung des II. Wahlganges im Unterelsass in Rechnung zu stellen. Die Entscheidung in Strasbourg war infolge des Vorhandenseins der hitlerisch orientierten Autonomisten von Schlege Houwer-Hueber-Roos keine rein klassenmäßige. Der Sieg der Volksfront ist daher zu einem nur sehr beschränkten Teil ein Sieg der Volksfrontpolitik. Nach der verdienten Abfuhr des hitlerisch orientierten Autonomismus, werden auch im Unterelsass die klassenmäßigen Einstellungen stärker als bisher in den Vordergrund rücken. Dabei aber wird bei Fortsetzung der Volksfrontpolitik durch die Arbeiterparteien, sich zeigen, dass die Politik des Bündnisses mit der radikalen Kapitalistenpartei die Massenbasis der Arbeiterparteien schaffen muss.

Die Niederlage der Hueberlianer setzt einen gewissen Schlussstrich unter die mehr als besorgniserregende Kapitel der Straßburger Arbeiterbewegung. Leider ist die Beendigung dieses Kapitels mit dem Verrat der kommunistischen Grundsätze durch die KPF zusammen. Der Wiederaufstieg der Straßburger Arbeiterbewegung

mann aber nur dauerhaft und gesund sein, wenn er vom Boden der kommunistischen Grundsätze und einer wirklich kommunistischen Taktik aus erfolgt. Dafür aber kämpft allein die IVKO, deren Stärkung daher heute dringender denn je ist.

Das Resultat im Oberlages bedeutet eine Niederlage für die Volksfront und einen Sieg der von Rossé vertretenen reaktionär-faschistisch orientierten Politik der sozialen Demagogie. In Mühlhausen, wo die Sozialisten seit vielen Jahren die Generalratsmandate besaßen, hat die Volksfront eine glatte Niederlage erlitten. Das gleiche ist von Colmar zu sagen, wo der zweite Wahlgang einen Sieg der reaktionären UIR-Kandidaten über die Volksfront brachte. Dies in zwei Städten mit sozialistischer Gemeindevorwaltung und nach einjähriger Betätigung der Volksfront als Regierungsformation. Man betrachte nur folgende Zahlen: In Colmar erhielten die Volksfrontparteien im I. Wahlgang 4 804, die Rechte 4 502 Stimmen. Im II. Wahlgang erhielt die Volksfront 5 004 und die von der UIR geführte Rechte 5 243 Stimmen. In Mühlhausen-Süd erhielt die Volksfront im I. Wahlgang 7 719 und die Rechte 6 597 Stimmen. Der II. Wahlgang brachte für die Volksfront 7 490 und für die Rechte 7 594 Stimmen. Hier hat die Volksfront gegenüber dem I. Wahlgang sogar Stimmen verloren. Das gleiche ist von Kanton Mühlhausen-Nord zu sagen, wo die Volksfront knapp ihren Kandidaten durchsetzte. Sie erhielt rund 300 Stimmen weniger als im I. Wahlgang, während die Gegenseite rund 1000 Stimmen gewann.

Der "Republikaner" sucht nach Gründen für diese Niederlage. Er führt als unabweisendes Argument die Tatsache an, dass die Gegner ein Übergewicht an Einkommensmöglichkeiten besaßen. Dieses Argument erklärt gar nichts, denn die Tatsache, dass die Volksfront sogar gegenüber dem I. Wahlgang an Stimmen verlor, zeigt, dass die Gründe auf anderem Gebiet zu suchen sind. Sie liegen in der Wirkung der Volksfrontpolitik selbst begründet, und in der Tatsache, dass die Reaktion sich in einer sozialen Gewandtheit vorantrieb und alle negativen Seiten der Volksfrontpolitik im allgemeinen und der sozialistischen Kommunalpolitik in Colmar u. Mühlhausen in besonderen mit ganzer Kraft ausnützte. Die Gemeindepolitik in Colmar und Mühlhausen, geleitet durch die Rücksichtnahme auf die Volksfrontregierung, brachte gerade für die sozial am schlechtesten gestellten Schichten (Unterstützungsempfänger) Verschlechterungen statt Verbesserungen. Colmar wutete die lokalen Zuschüsse zu den Unterstützungen ab, nachdem vorher unter Leval bereits das Ganzer System beseitigt wurde und Colmar und Mühlhausen führten das neue vom Generalrat revidierte Einkommensabgrenzungs-Gesetz. Die Unterstützungenempfänger ein. Dazu kam die Wirkung der Teuerung. Die Mühsachen, die die Volksfront und die CGP zur Entlastung dieses Volkes ins Feld führte und die den Generalrat unter direkter Führung als den Schuldschleicher dafür vorstellte, hatte keine Wirkung, da die Volksfront das Reglement selber in ihren Händen hatte und daher sehr wohl in der Lage war, die gesetzlichen Bestimmungen entsprechend den Interessen der Unterstützungenempfänger zu ändern. Das Gericht der Unterstützungenempfänger aber ist in Colmar und besonders in Mühlhausen von einiger politischer Bedeutung. Es ist dies, dass gerade diese Schichten zu einem erheblichen Teile von der mit der sozial aufstrebenden Reaktion mobilisiert werden konnten.

Da die nationale Frage im Oberlages fast keine Rolle spielte, die „pne durch die Rossésche Liquidation der Botengruppe faktisch liquidiert wurde und die gesamten Kräfte der bürgerlichen Reaktion mit Einschluß der CGP geschlossenen gegen die Volksfront zum Einsatz kamen, russien naturgemäß die sozialen Fragen der Wahlkampf beherrschen. Das Resultat von Colmar und Mühlhausen zeigt, dass es der Reaktion gelungen ist, einen Einbruch in die Arbeiterklasse herbeizuführen. Die Fortsetzung der Volksfrontpolitik wird die Gefahren, die sich hier anzeigen, noch verschärfen und in dieser Hinsicht drückt das Ergebnis von Mühlhausen u. Colmar nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft der Volksfront aus.

Das Ergebnis von Mühlhausen u. Colmar zeigt noch etwas anderes. Es zeigt, dass die städtische Kleinbürgertum durch die Volksfront nicht auf die Seite der Arbeiterklasse gezogen worden ist, sondern, dass sich eine gegenteilige Entwicklung anzubahnen beginnt. Die Politik der Schröpfung der Kleinen zugunsten der Grossen, wie sie von Chautemps-Schaat und der Volksfront betrieben wird, muss diese Elemente gerade der Arbeiterklasse entfremden, die hier im Masse als die Volksfront in Erscheinung tritt, da die Radikalen hier kein politisches Gewicht besitzen.

Das Wahlergebnis im Oberelsass, einem Gebiet in dem die Klassengegensätze im mer ausgeprägter als im Unterelsass waren, zeigt, dass die Volksfront keine Anziehungskraft mehr auszuüben vermag. Das Wahlergebnis bestätigt im vollen Umfange unsere Kritik an der Volksfront. Das Oberelsässische Wahlergebnis wird die Position Rossés in der UR stärken, also den radikal und sozialdemagogisch auftretenden und clerikofaschistisch orientierten Flügel in der UR. Daraus folgt in noch stärkerem Masse die Verpflichtung für die Arbeiter sich von den Fesseln der Volksfrontpolitik zu befreien und eine wirklich revolutionäre, gegen das Kapital gerichtete Politik der proletarischen Einheitsfront und der Herstellung des direkten Bündnisses mit den werktätigen Mittelschichten in Stadt und Land auf dem Boden einer solchen Politik durchzusetzen.

-o-o-o-

TEUERUNG UND LÖHNE.
 ooooooooooooooooooooo

Seit Monaten verlangen die Arbeiter der verschiedensten Kategorien eine der wachsenden Teuerung entsprechende Erhöhung ihrer Löhne. Die Bürokratie der CGT, die infolge der Volksfrontpolitik nichts mehr fürchtet als einen Kampfeinsatz der Gewerkschaften, hat sich damit begnügt, entsprechend dem Zwangsschlichtungssystem bei den staatlichen Instanzen Forderungen inbezug auf eine Anpassung der Löhne an die Teuerung einzureichen. Es zeigt sich dabei, dass das Zwangsschlichtungsgesetz, das von den Führern der CGT z.B. als eine ernste Erziehungsschule gepriesen wurde, weil es den Arbeitern angeblich gestattet sei, ihre Forderungen ohne Streike durchzusetzen, in Wirklichkeit nur ein Mittel ist, das es den Unternehmern ermöglicht, auf die Forderungen der Arbeiter zu pfeifen. Seit Monaten schweben Verhandlungen über eine Teuerungssatzung für die Pariser Metallarbeiter. Inzwischen ist die ursprüngliche Forderung längst durch das Fortschreiten der Teuerung überholt worden, aber die Schlichtungsinstanzen haben sich bisher noch nicht getraut u. die Pariser Metallindustriellen können sich die Hände reiben, denn sie zahlen die alten Löhne, während sie gleichzeitig entsprechend der Frankenabwertung die Preise für ihre Erzeugnisse erhöhen. Die Pariser Metallarbeiter beginnen allmählich die Geduld zu verlieren. Sie verlangen, dass etwas geschähe u. die Gewerkschaftsbürokratie sah sich unter ihrem Druck genötigt, nicht nur gegen die Verschleppung der Lohnforderungen durch die Schlichtungsinstanzen zu protestieren, sondern auch zu erklären, dass sie bei einer weiteren Verschleppung den Tarifvertrag als gebrochen ansehen.

Aber die Gewerkschaftsbürokratie ist keineswegs bereit, die Massen zum Kampf für eine der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung zu mobilisieren u. die auf- zu den Streike in diesem Kampf anzuwenden, auch wenn sie unter dem Druck der Massenstimmung erklärt, es müsse jetzt unbedingt etwas gegen die Teuerung geschehen. Ein Beweis dafür ist ein in "Populaire" v. 18. Oktober veröffentlichter Artikel von R. Amblard, der förmlich zur Hinderknappung solcher CGT-Mitglieder auffordert, die verlangen sollten, dass die arbeitgemeinschaftliche Politik der Gewerkschaftsbürokratie einer klassenkämpferischen Platz mache. Amblard wendet sich gegen die "revolutionäre Übertriebung", wobei er den Versuch zu entdecken sucht, dass diejenigen, die in der CGT einen revolutionären Standpunkt einnehmen, das Spiel der Trusts spielen, wenn sie nicht direkt Spiel der Unternehmer seien. Es wird also versucht, die berüchtigten sozialistischen Methoden in die CGT hinauszutragen. Ferner verlangt Amblard die Schaffung eines Ordnungsdienstes in den Gewerkschaftsvereinigungen, der vornehmlich soll, dass "einige zweideutige Individuen Zwischenfälle provozieren u. dadurch brechen, was sie wollen, nämlich die Verhinderung praktischer Erwerbsaktionen". Was hinter den Redensarten von Amblard steht, zeigt eine Note des "Libertaire" v. 14. Oktober, in der gemeldet wird, dass RTF-Leute versucht haben, oppositionelle Gewerkschaftsmilitanten zu verprügeln u. so aus den Betrieben hinauszutackeln. Der ganze Ton des Amblardschen Artikels zeigt, dass er das von ihm geforderte Ordnungsdienst vor allem die Aufgabe zuweilen, zu verhindern, dass in der CGT eine klassenkämpferische Opposition zu Worte kommt.

Die CGT-Mitglieder müssen dafür sorgen, dass die Manöver der Gewerkschaftsbürokratie scheitern u. dass die Gewerkschaften für den Zweck mobilisiert werden, für den sie da sind, nämlich zum Kampf für die Forderungen der Arbeiter.

DIE PRAKTISCHE SEITE DES ZWANGSSCHLICHTUNGSSYSTEMS.
oo

Nachheren wir einige Fälle, die die "Wirksamkeit" des obligatorischen Schlichtungsgerichtsverfahrens für die Arbeiter eindringlich illustrieren.

Bei der Firma Hizard in St-Etienne befinden sich 1.800 Arbeiter seit 70 Tagen im Streik für die Fortsetzung eines Kollektivvertrages und einen Teuerungsausgleich. Das Schlichtsgericht funktioniert nicht.

In der Tuilerie Gilardoni in Corbail sind 220 Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich weigerten den 14 Juli nachzuholen.

Nach 3 Monaten Wartezeit wird endlich ein Schiedspruch im Konflikt der "Magasins Réunis" gefällt. Im Konflikt der Fa. "La Soie" gar erst nach 4 Mo. mon. Die Syndikatsleitung der Metallarbeiter der Pariser Region (250.000 Mitglieder) hatte Ende Juli eine Forderung auf Erhöhung der Löhne um 12 % gestellt, nachdem sie eine Forderung auf Erhöhung um 10 % im März eingereicht hatte. Sie wartet noch heute auf Antwort.

Die Bauarbeitergewerkschaft wartet auf einen Schiedspruch wegen ihrer Forderung auf Lohnausgleich und Familienzulagenenerhöhung, gestellt am 7. Juni.

Das Büro der CGT hat sich jetzt unter der Druck der Arbeiter zu einem Protest gegen diese Verunsicherungsmanöver mittels des Zwangsschlichtungssystems bereitgefunden. In seiner Erklärung wird auch gesagt, dass die Unternehmer "die Personaldokumente auf die Straße setzen, ohne sich um das Schlichtungsgerichtsverfahren zu kümmern, was eine Gesetzesübertretung sei."

Die Leitungen der Metallarbeiter- u. Bauarbeitergewerkschaften weisen in einer Erklärung daraufhin, dass sie seit 4 Monaten auf eine Antwort auf ihre Forderungen warten. Trotzdem den Instanzen durch das Arbeitsministerium ein Schlichtungsverfahren in Aussicht gestellt erhalten, sei nichts in dieser Hinsicht geschehen. Wenn es sich aber um eine Abänderung der 60 Stundenwoche handelt, dann müsste dies in 48 Stunden erledigt.

Wenn die Instanzen der CGT jetzt der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Schlichtungsapparatur öffentlichen Ausdruck geben, so nicht, um die gewerkschaftlichen Aktionsmittel in Anwendung zu bringen. Es scheint vielmehr, dass die Forderungen auf Vereinfachung u. Beschleunigung des Schlichtungsgerichtsverfahrens auf eine weitere Fesslung der gewerkschaftlichen Aufkraft hinauslaufen. Die Leitung der CGT hütet sich ihre Vorschläge den organisierten Arbeitern zur Stellungnahme zu unterbreiten. Sie treibt übliche Geheimdiplomatie. Aber alles deutet daraufhin, dass die CGT-Führung auf einen Zustand hinstrebt, der das Prinzip der Verbindlichkeitsverpflichtung und der Haftpflicht der Gewerkschaften unter der Krone erstrebt, die Unternehmer zur Beachtung der Gesetze zu zwingen.

Wir haben die Gefahren eines solchen Verfahrens für den Kampf der Arbeiter und für die gewerkschaftliche Bewegung selbst bereits aufgezeigt. Die Arbeiter dürfen nicht zulassen, dass man sie unter dem Vorwand, die Unternehmer zur Einhaltung der Gesetze zu zwingen, an die Krone legt und die gewerkschaftliche Aktion der Erhaltung der Freundschaft mit der radikalen Kapitalistenpartei u. der Fortsetzung der Politik der Chautemps-Donnet aufopfert. Sie müssen sich auf die Kraft stützen, die sie selbst darstellen und der allein sie sich um ihre Interessen vertreten dürfen. Der Kraft, der sie ihre Erfolge verdanken: der geschlossenen gewerkschaftlichen Massenaktion.

-o-o-o-o-

DIE JAPANISCHEN ERWERBUNGEN.
oo

Die Meldungen über Einzelserfolge der Achten Armee (der ehemaligen Roten Armee) in Shensi u. den hartnäckigen chinesischen Widerstand um Schanghai dürfen nicht darüber verbläuen, dass der japanische Feldzug in Nordchina, der das eigentliche Objekt des jetzigen Angriffs bildet, außerordentlich erfolgreich für Japan verlaufen ist. Der größte Teil der fünf chinesischen Nordprovinzen ist bereits in japanischer Hand. In Tschahar gibt es nur vereinzel-

ten chinesischen Widerstand. In Suyen ist die chinesische Armee vom übrigen China abgeschnitten u. kämpft unterlegen gegen die japanischen Truppen und ihre mongolischen Verbündeten. In Hopey fliehen die chinesischen Kräfte völlig geschlagen in der Richtung zum Gelben Fluss. In Shansi marschieren die Japaner von drei Seiten vor. Die Eisenbahnverbindungen mit dem übrigen China sind abgeschnitten. Schantung nördlich vom Gelben Fluss ist in japanischer Hand.

Die Japaner haben in zwei Monaten ein Gebiet erobert, das fast doppelt so gross ist wie Frankreich. Wenn nicht irgendwelche grundlegenden Veränderungen in China eintreten, so kann die Eroberung des Gebietes bis zum Gelben Fluss in kurzer Zeit vollständig erledigt sein.

Diese Tatsachen zeigen, dass das China Tschangkaischeks und der Kuomintang nicht bestanden ist, die militärischen u. moralischen Kräfte zu entwickeln, die dem japanischen Eroberer Halt gebieten u. von der Verteidigung zum Angriff übergehen könnten. Die grundlegende Voraussetzung dafür ist die Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution, deren Kernstück die Agrarrevolution ist. Sie allein kann in der breiten Masse der Bauern u. Arbeiter die moralischen Kräfte auslösen, die auf längere Sicht den japanischen Imperialismus zerstören u. schlagen könnten. Aber ihre Durchführung ist nur möglich gegen Tschangkaischek und die Kuomintang und durch die Herausbildung einer revolutionären Partei, die die Volksmassen zur Revolution führt.

Wie in Spanien, so ist heute in China die Kommunistische Partei zu einem Hebel der Revolution geworden. Für diese Rolle der KP Chinas ist bezeichnend die Meldung der "Humanité" aus Schanghai v. 13. Oktober, dass "72 trotz klistische Banditen und der Führer ihrer Bande Wan Gun Dun, die versucht hatten, in der Provinz Kwangsi einen Staatsstreich zu machen, erschossen worden sind", das heisst mit Zustimmung u. Hilfe der KP Chinas erschiesst heute Tschangkaischek in hergebrachter Weise die Elemente, die sich gegen die Kapitulationspolitik der KP Chinas wenden u. die revolutionären Ziele der Arbeiter u. Bauern nicht aufgegeben haben. Der Gang der militärischen Ereignisse in China zeigt noch rascher u. schlagender als in Spanien, dass die Konterrevolution zugleich das entscheidende Hindernis für die Entfaltung der militärischen Kräfte der breiten Volksmassen gegen die imperialistische Invasion ist. Die Besonderheit Chinas im Vergleich zu Spanien ist, dass das Regime Tschangkaischeks, der Kuomintang u. der Provinzgenerale kein bürgerlich-demokratisches, sondern ein halb-feudal-militäristisches ist u. dass es in China die bürgerlich-demokratische Revolution der Arbeiter u. Bauern ist, die auf der geschichtlichen Tagesordnung steht.

-0-0-0-

VORWÄRTS MIT BERLIN FÜR GOTT UND WATERLAND !
 ooo

Die Politik der K. der Vereinigten Staaten.

Die Volksfrontpolitik der K. hat dazu geführt, dass unter ihren verschiedenen Sektionen ein förmlicher Wettlauf nach rechts, ein wahrer konterrevolutionärer Wettbewerb stattfindet. Die traurigen Leistungen der K. Spaniens u. der ISUC sind bekannt. Die K. F. hat es bereits soweit gebracht, dass sie mit der faschistischen Lösung "Frankreich den Franzosen" hausieren geht. Aber auch die anderen Sektionen der K. lassen sich nicht lumpen. Dafür ist die Haltung der K. der Vereinigten Staaten ein gutes Beispiel.

In Staat Massachusetts ist vor kurzem eine Parlamentskommission gebildet worden, die "die Tätigkeit kommunistischer, faschistischer, nazistischer und anderer imperialistischer Organisationen" untersuchen soll. Von dieser Kommission heisst jetzt der "Führer" der K. der Ver. Staaten Earl Browder u. der Organisationssekretär der K. für den Staat Massachusetts Aussagen über Programm u. Tätigkeit ihrer Partei gemacht. Sie haben sich redlich bemüht, den Würdenträgern von Massachusetts (Massachusetts ist nebenbei bemerkt der Staat, in dem George u. Vanzetti zur Tode verurteilt u. trotz der Weltbekanntheit hingerichtet wurden) zu beweisen, dass sie keine imperialistische, keine revolutionäre, sondern 100 prozentig amerikanische Patrioten seien. Nach der Bericht des "Daily Worker", das Zentralorgan der K. der Ver. Staaten, vom 1. Ok-

Immer 1937, erklärte Earl Browder vor der Parlamentskommission:

"Die kommunistische Partei betreibt keine Tätigkeit u. vertritt keine Lehre, die gegenüber der amerikanischen Regierung umstürzlerisch wären. Ich will das weit verbreitete Vorurteil gegen die Partei zerstreuen, indem ich beweise, dass sie nicht unamerikanisch ist u. die Verfassung u. die Demokratie unterstützt."

Nach dem "Boston Herald" v. 1. Oktober sagte Browder weiter, dass "die Revolution, die er für unvermeidlich halte, ihren Höhepunkt in der Weise erreichen würde, dass die Kommunisten durch den Prozess der Wahlen in den Besitz der Regierung gelangen".

Nach dem gleichen Blatt erklärte er, dass die Kommunisten keineswegs beabsichtigten, die Regierung durch Gewalt zu stürzen. "Gewalt wird nur von unseren Gegnern angewandt", sagte er nach dem "Daily Worker".

"Browder sagte, dass die gegenwärtige Partei an die demokratische Regierungsform, an die Verfassung, die Unabhängigkeitserklärung, an Washington, Lincoln, u. Jefferson glaube. Er machte sich über die Annahme von Mitgliedern der Kommission lautig, dass sie (die Partei) auch nur daran dächte, ihre Ziele durch Gewalt zu erreichen". ("Boston Globe" v. 1. Oktober 1937.)

Auf die Frage, wie er zum Militärdienst der KI-Mitglieder im Meer u. Flotte stehe (in Amerika besteht bekanntlich keine allgemeine Wehrpflicht) antwortete Browder nach dem "Daily Worker":

"Früher war die KI gegen den Eintritt in das Meer. Aber jetzt ist es möglich, dass sie ihren Standpunkt ändert, u. zwar wegen der Bedrohung Amerikas und der Welt durch den Faschismus".

Dieses Bekenntnis zur Landesverteidigung für den amerikanischen Imperialismus genügte aber den Kommissionsmitgliedern nicht. Nach dem "Boston Herald" stellten sie ihm die Frage: "Würden Sie für die Vorstaaten gegen Sowjetrussland Waffen tragen?" Darauf antwortete Browder:

"Russland u. die Vorstaaten haben gegenwärtig zu freundschaftlichen Beziehungen, als dass man überhaupt den Fall eines Krieges zwischen ihnen in Betracht ziehen könnte".

Nach dem "Boston Globe" erklärte er immerhin, dass "seine Treue vor allem Amerika" gehöre. Wenn das in diesem Zusammenhang einen Sinn hat, so heißt das, dass Browder, vor die Wahl zwischen der Verteidigung der SU u. der des amerikanischen Imperialismus gestellt, bereit ist, sich für den letzteren, dem ja "vor allem seine Treue gehört", zu entscheiden.

Indem Stalin seine Kreaturen zum Verrat an der proletarischen Revolution zwingt, züchtet er auch Verräter an der Sowjetunion.

Browder erklärte nach dem "Daily Worker" weiter, dass die kommunistische Partei für religiöse Freiheit eintrete u. dass "manche gläubigen Mitglieder der KI bessere Parteilernerbeit leisteten als ungläubige Mitglieder". Der Glaube an den lieben Gott scheint also den Glauben an Stalin zu stärken.

Eine Ergänzung zu den Ausführungen von Browder, die nichts sind als schmutziges Renegatentum gegenüber den Prinzipien des Kommunismus, ist das von der KP-Organisation des Staates Massachusetts herausgegebene "Glaubensbekenntnis" (Broschüre), das gleichfalls dazu bestimmt ist, den Parlamentariern von Massachusetts zu beweisen, dass die KI eine gesetzmäßige u. patriotische Partei sei. In diesem Dokument beruft sich die KI auf Washington, Jefferson usw., sie erzählt, dass die Kommunisten "wirkliche Patrioten, wirkliche Amerikaner" seien, dass der Kommunismus "der Amerikanismus des 20. Jahrhunderts" sei. Die Namen von Marx, Engels und Lenin, der Lehrmeister des wirklichen Kommunismus, sucht man in dem "Glaubensbekenntnis" vergebens. Mit diesen "treulichen Ausländern" hat der 100 prozentig amerikanische Pseudokommunismus der Browder u. sonstigen Stalinjünger in der Vorstaaten nichts zu tun.

Interessant ist in dem "Glaubensbekenntnis" insbesondere der Absatz über die

Familie. Es heisst da:

"Die Kommunisten glauben nicht an die "freie Liebe". Die Kommunisten sind für Eheschliessung entsprechend den gegebenen Gesetzen unseres Gemeinwesens u. für die Standesamtliche Ehe. In Beantwortung der Anklage der "freien Liebe" wollen wir der Kommission mitteilen, dass diejenigen, die nach Reno, im Staate Nevada, oder nach Mexiko gehen, um sich scheiden zu lassen, keine Kommunisten sind. Sie kommen aus unseren besten Familien."

Dieser Satz des "Glaubensbekenntnisses" scheint einer der von Browder so geliebten religiös-gläubigen Militanten der KI verfasst zu haben, denn diese Auffassungen über Eheschliessung u. Ehescheidung sind das, was man von jedem katholischen oder protestantischen Pfaffen zu hören bekommt.

Wie wirkliche Kommunisten über die Politik der amerikanischen Stalinisten denken, zeigt ein Brief, den das Organ unserer amerikanischen Bruderorganisation, der "Workers Age", v. 16. Oktober veröffentlicht. In diesem Brief schreibt der Gen. Eugene Kreinin, der bisher der KI angehört hat:

"Der Verrat an den kommunistischen Grundätzen ist zu weit gegangen, wenn man die zahlreichen Reden Browders hört oder den "Daily Worker" liest, muss man zur Schlussfolgerung gelangen, dass sie eine andere Sprache sprechen u. zwar nicht die Sprache von proletarischen Revolutionären. Was mich anbetrifft, habe ich so lange ausgehalten, als ich konnte. Jetzt bitte ich um Aufnahme als Mitglied in die Unabhängige Kommunistische Liga (Sektion der IVKO), die einzige politisch organisierte Organisation in den Ver. Staaten, die in all diesen Jahren die Interessen der Arbeiter u. Farmer konsequent im Lichte der Lehren von Lenin verfochten hat".

-o-o-o-o-o-

NEUE VERBRECHEN DER STALINISTEN IN SPANIEN.
 ooo
Rettet Admiral u. Landau!

Der "Populaire" vom 20. Oktober teilt mit:

"Wir erhalten eine tragische Nachricht: unser Genosse Gaston Admiral, französischer Freiwilliger (im republikanischen Spanien), der seit mehreren Wochen verhaftet war, ist unter der unwahrscheinlichen Anklage der Spionage zu Gunsten Hitlers zum Tode verurteilt worden.

Alle, die Admiral in Frankreich gekannt haben, werden, auch wenn sie Vorbehalte in Bezug auf seine Auffassungen haben, mit den Achseln zucken, wenn sie erfahren, welche Anklage gegen Admiral erhoben wird. Ein mutiger Militant, der lange Zeit in Österreich in den Reihen des Schutzbundes mitgekämpft hat, der im Oktober 1934 mit der Waffe in der Hand an der Aktion der katalanischen Arbeiterallianz teilnahm, hat Admiral das Recht auf die Unterstützung aller Sozialisten. Das Urteil ist nicht sofort vollstreckbar: unser Genosse kann rettet werden!"

Admirals einziges "Verbrechen" war, dass er mit seinen Sympathien auf der Seite der IOUM stand. Der Fall Admiral ist ein neuer Beweis für die Erblichkeit der Anklagen wegen "Spionage" etc., die von den spanischen Stalinjüngern u. ihren Komplizen gegen die Führer der POUM, gegen die Verkämpfer der proletarischen Revolution erhoben werden.

Ein weiteres Verbrechen der spanischen Stalinjünger, von dem wir erfahren, ist die Verschleppung des deutschen antifaschistischen Genossen Kurt Landau (Wolf Bertram) der GPU-Banden.

Am Mittwoch, den 22. September wurde Kurt Landau von 2 Männern, einer in Uniform, einem in Zivil, aus einem Häuschen in der Umgebung Barcelonas entführt. Seither fehlt jede Nachricht über ihn. Die Polizeipräfektur von Barcelona gab auf weitere Anfragen die Auskunft, dass sie von einer Verhaftung Landaus nichts wüsste und dass er sich nicht im Polizeigefängnis befände. Aus den Umständen seines Verschwindens geht hervor, dass es sich nur um eine Entführung durch Agenten der Stalinisten handeln kann.

Der Gen. Landau war zuerst in der österreichischen Arbeiterbewegung tätig. Er trat 1921 in die KP-Österreichs ein u. war eine Zeitlang Redakteur der

"Roten Fahne" in Wien. 1926 wurde er als Trotzkiist aus der Kf Oe ausgeschlossen. 1931 trennte er sich mit einer Gruppe von Freunden, die sich um die Zeitung "Der Funke" zusammenschlossen, von Trotzki. 1933 musste er aus Deutschland flüchten. Im Oktober 1936 ging er nach Spanien u. trat der FOUM bei, um seine Kräfte der spanischen Revolution zur Verfügung zu stellen.

Das Schicksal des Gen. Landau gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlass. Landau ist offensichtlich in eines der berüchtigten "Privatgefängnisse", die die GPU sich in Spanien eingerichtet hat, verschleppt worden. Diese "Privatgefängnisse" sind reine Mörderhöhlen. In einem solchen Gefängnis wurde Nin ermordet. In ein solches Gefängnis wurde auch der deutsche Sozialdemokrat Mark Rein, der Sohn des menschenwristischen Führers R. Abramowitsch, verschleppt. Von Mark Rein fehlt seit Monaten jegliche Nachricht. Die anarchistische Zeitung "Libertad" hat behauptet, Mark Rein sei auf einem russischen Schiff nach der Sowjetunion gebracht worden.

Es ist notwendig, alles aufzubieten, um die Genossen Admiral u. Landau zu retten! Verstärkt die Kampagne gegen die Verfolgung von revolutionären Antifaschisten im republikanischen Spanien! Protestiert gegen die Verbrechen, die die GPU in Spanien unter dem Schutze der Regierung Negrin begeht! Zeigt eure Solidarität für die FOUM, die revolutionäre Vorhut des spanischen Proletariats!

JOSE CULLARES ZUM TODE VERURTEILT. Vor einigen Wochen wurde das Mitglied der FOUM u. Mitglied der CNT von einem militärischen Ausnahmegerichtshof angeklagt. Cullares wurde beschuldigt gesagt zu haben, "dass es im Hinterland zu Hinterhältige gegeben habe", eine Bemerkung die sogar in der legalen spanischen Presse geläufig ist. Im vorliegenden Falle aber handelte es sich um einen Militanten der FOUM u. zudem der CNT.

Der Anklagevertreter erachtete einen Strafe von einem Monat gegen Cullares für hinreichend. Das Gericht aber, zusammengesetzt aus Stalinanhängern, wandelte das beantragte Strafmaß in die Todesstrafe um.

Diese Verurteilung bewirkte im Lande eine grosse Erregung, die noch dadurch gesteigert wurde, als man erfuhr, dass die Regierung von Valencia das Todesurteil mit 5 gegen 4 Stimmen ratifiziert hatte. (Sozialisten und Kommunisten stimmten in der Regierung für das Todesurteil);

Kam Cullares wurde vor das Exekutionspolen gebracht. In diesem Augenblick kam ein Befehl ihn ins Gefängnis zurück zu bringen. Seither wartet Cullares auf die Strafvollstreckung. Es sind bereits mehr als fünfzig Tage inzwischen verflossen.

Cullares ist ein alter Arbeiterfunktionär. Er war einer der Ersten, der freiwillig an die Front ging. Er ist dreimal an der Front von Aragon verwundet worden.

Alle Antifaschisten müssen gegen das Schandurteil gegen einen so untadeligen revolutionären Kämpfer protestieren und die Freilassung Cullares fordern.

NEUE VERHAFTUNGEN REVOLUTIONÄRER MILITANTEN IN KATALONIEN.

In den letzten Tagen des Monats September sind, ohne dass eine Anklage gegen sie erhoben worden wäre, Gen. Joseph Mart, Sekretär der FOUM-Leitung von Barcelona und Gemeinderat von Barcelona; Gen. Wilbaldo Solano, Generalsekretär der Iberischen kommunistischen Jugend (FOUM); Joseph Comabella, ZK-Mitglied der FOUM, Jean Vila, ZK-Mitglied der FOUM und Kommissar der 23 Division (Division Lonin) bis zu ihrer Auflösung, verhaftet worden.

GENOSSE MANUEL MAURIN GESTORBEN. Im Hospital von Barcelona verschied der Funktionär der FOUM, Manuel Maurin, der Bruder des in faschistischer Gefangenschaft befindlichen Generalsekretärs der FOUM, Joaquin Maurin.

Manuel Maurin ist in wenigen Tagen an einer Lungenentzündung gestorben. Die Gefängnisbehörden - Gen. Maurin befand sich im Gefängnis - transportierten ihn erst ins Hospital als die Krankheit schon weit fortgeschritten war. Gen. Maurin war, wie viele Revolutionäre in Gefängnis zurückgehalten worden, obgleich der Richter seine Freilassung verfügt hatte. Die Polizei, ganz in den Händen der Stalinisten, hat sich, wie gewöhnlich, weder um die Anordnungen

gen des Gerichts, noch die des Justizministers gekümmert. Diesem Umstande ist Gen. Manuel Maurin zum Opfer gefallen. Auch dieses Opfer stalinistischer Rache gegen die proletarischen Revolutionäre, wird nicht vergessen werden.

UM DAS SCHICKSAL DES GENOSSEN NIN. Aus Meldungen des "Independent News" über die bisherigen Untersuchungsergebnisse im Falle des Verschwindens des Genossen Nin, geht hervor, dass als der Hauptschuldige, der Ex-Direktor der Sicherheitspolizei, Oberst Ortega, in Frage kommt. Ortega ist gegenwärtig Kommandant einer der Armeen an der Aragonfront.

Man weiss jetzt, dass zwei Chargierte der Armee des Zentrums Nin im Gefängnis der GPU von Alcalá de Henares abholten. Sie waren mit einem Befehl auf Auslieferung Nins versehen, der von David Vazquez und General Miaja unterzeichnet war. Vazquez war in dieser Zeit Chef der Polizei von Madrid. Die Unterschriften wurden als gefälscht wiedererkannt. Sowohl Vazquez, als auch General Miaja erklärten, nie eine Unterschrift für einen solchen Zweck gegeben zu haben. Anscheinend sind die beiden Befehlsausführenden auf Widerstand von Seiten des Chefs des GPU-Gefängnisses gestossen, oder man hat sie, um unbequeme Augenzeugen loszuwerden, zusammen mit Nin beseitigt.

Bis zur Gegenwart wurde bisher, trotz der tatsächlichen Beweise, jede Anklage zurückgehalten. Dies besonders durch die Schuld des Obersten Ortega. Vazquez damals Polizeichef von Madrid war erscheint als der Kompromittierteste in der Angelegenheit, obwohl er nachweisen konnte, dass seine Unterschrift auf dem Befehl zur Auslieferung Nins gefälscht war. Daneben muss man sich erinnern, dass Vazquez darlegte, dass die Dokumente, die man in der Zelle Nins gefunden zu haben behauptete, den Archiven der Madrider Polizei entwendet worden waren. Ein Akt, der nur durch einen Beamten, also einen Untergebenen Vasquezs ausgeführt worden sein kann.

DIE OPOSITIONELLE STIMMUNG IN DER CGT WACHST. Einem Bericht des "Liberaire" über eine Versammlung der Gewerkschaftsaktion S.N.C.A.S.E. von Argenteuil entnehmen wir aus einer dort angenommenen Resolution:

"Die Kameraden der Gewerkschaftsaktion SNCASE von Argenteuil, versammelt am Sitz der Gewerkschaft in einer Anzahl von 350, erklären zu dem Bericht, der sich auf die Prüfung der allgemeinen Situation bezieht, dass sie nachdrücklichste Reserven zu gewissen Vorschlägen des confederalen Büros der CGT zu machen haben. Besonders zu dem Vorschlag, den alten Arbeitern eine Unterstützung durch eine Belastung der Arbeiter zu bewilligen. Die Kameraden hoffen, dass die Verpflichtung zur Aufbringung der Mittel einzig denen obliegt, die die alten Arbeiter ausbeuteten.

Die Versammlung kann sich auch nicht der Einschätzung der Antwort des Ministerpräsidenten Chautemps v. 11. September auf die Denkschrift der CGT vom 4. August 1937 anschliessen. In dieser Antwort sind in der Tat im Voraus Geldstrafen gegen die Arbeiter vorgesehen, die sich einem gefällten Schiedspruch nicht unterwerfen, auch wenn er gegen ihre Interessen gerichtet ist. Die Antwort Chautemps lässt auch baldigst Forderungen auf Abweichungen von der 40-Stundenwoche voraussehen. Wir denken aber, dass das Gesetz über die 40-Stundenwoche zur Hauptsache auch deshalb eingeführt wurde, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, von der noch heute 350 000 Arbeiter betroffen werden. Es kann daher keine Rede davon sein, sich über Abweichungen von der 40-Stundenwoche zu verständigen.

Nachdem alle Beschwerden dargelegt wurden, denkt die SNCASE dennoch, dass die Metallarbeiterfederation und die CGT wieder zu sich kommen werden und mit zunehmender Kraft die Arbeiterinteressen verteidigen werden".

Diese Hoffnung wird sich allerdings nur realisieren, wenn sich eine breite revolutionäre Opposition in den Mitgliedermassen der CGT entwickelt. Dazu beizutragen, ist die Aufgabe aller wirklichen Kommunisten.

AUS DER SOWJETUNION. Im Zusammenhang mit den jetzt stattfindenden Gewerkschaftskongressen ist nach der Parteipresse der Gewerkschaftsapparat zu 90 % erneuert worden. Nur 30 % der Vorsitzenden der Verbände behalten ihre Posten. Die alten Parteileute, die bisher die Gewerkschaften leiteten werden jetzt als "Schurken", als "faule, moralisch-gesunkene, dem Sozialismus feindlich gesinnte Elemente" bezeichnet. An ihre Stelle treten "Leute der Stalinschen Generation, talentierte Jugend", unbeschriebene Blätter.

ERSCHEINT WOCHENTLICH.

Einzel exemplar 2.75 Cts.
Monatlich: 2.50 Frs.
Ausland: 3.50 Frs.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elzas (Section der IVKO)

Nr. 44/IV. Jahrgang.

Fünfte Oktoberwoche 1937.

DIE LONDONER KOMÖDIE. oooooooooooooooooooooooooooo

Als der Londoner Nichtinterventionsausschuss zu einer jüngsten Tagung zusammentrat, deutete die Presse der KPF u. der SFIO an, jetzt würden die Regierungen Englands u. Frankreichs endlich mit Hitler u. Mussolini Fraktur reden u. der Intervention des deutschen u. des italienischen Faschismus zugunsten Francos ein Ende bereiten. Der Interventionsausschuss hat nun getagt, es bleibt alles beim Alten. Keiner der italienischen u. deutschen Zwangsfreiwilligen verlässt einstweilen Spanien. Eine internationale Kommission soll zunächst an Ort u. Stelle die Zahl der ausländischen Kriegsteilnehmer sowohl im Lager Francos als auch der Valenciaregierung feststellen. Die italienischen Faschisten haben von vornherein erklärt, dass sie die Feststellungen dieser Kommission nicht anerkennen würden, u. sie hoffen, nachdem es Franco jetzt gelungen ist, den holdenhaften Widerstand der asturischen Bergarbeiter zu brechen, dass der Bürgerkrieg in Spanien zugunsten des Faschismus entschieden sein wird, bevor die Kommission mit ihrer Tätigkeit fertig ist. Von einer Kontrolle der Küsten u. Grenzen Spaniens zur Verhinderung weiterer italienischer, deutscher u. portugiesischer Treppen- und Waffentransporte für Franco ist keine Rede. Ebenso aber ist auch keine Rede davon, dass Frankreich die Pyrenäengrenze öffnet, um eine Belieferung der spanischen Antifaschisten mit Kriegsmaterial zu ermöglichen.

Dieses Resultat der Londoner Beratungen wirkt nicht überraschend, wenn man sich dessen bewusst bleibt, worum es dem englischen u. dem französischen Imperialismus eigentlich ging, als sie begannen, Unbehagen wegen der deutschen u. italienischen Intervention in Spanien zu äussern u. drohend anzudeuten, dass sie sich gegebenenfalls ihre "Handlungsfreiheit" wiederholen würden. Dem englischen u. dem französischen Imperialismus ging u. geht es nur darum, zu verhindern, dass die Beteiligung Mussolinis u. Hitlers am spanischen Bürgerkrieg ihre Machtpositionen im Mittelmeer, ihre Verbindungen zu ihren afrikanischen Kolonien gefährdet. Deswegen haben sie zu vorzucken gegeben, dass sie bereit seien, die Insel Minorca militärisch zu besetzen, um ihre Verbindungslinien im Mittelmeer zu sichern. Man kann es als sicher annehmen, dass neben den offiziellen Sitzungen des Nichtinterventionsausschusses in London allerlei Geheimverhandlungen stattgefunden haben, bei denen die englische u. die französische Regierung den Standpunkt vertreten haben, den öffentlich zuzugeben, sie sich zwar scheuen, der aber die Richtlinien ihres ganzen tatsächlichen Verhaltens gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg gewesen ist: den Standpunkt nämlich, dass sie bereit sind, eine Herrschaft des Franco-Faschismus über Spanien hinzunehmen, falls ihnen Garantien dafür gegeben werden, dass ein faschistisches Spanien nicht zur ausschliesslichen Domäne des imperialistischen Einflusses Italiens u. Deutschlands wird. Würde in London hinter den Kulissen gesprochen wurde, davon gibt eine Mitteilung des Madame Tabouis in der "Oeuvre" (v. 26. Okt.) einen kleinen Einblick. Mme Tabouis erklärte, dass Franco, falls er als kriegführende Macht anerkannt werde (was nach den Beratungen geschehen soll, sobald die Zurückziehung der ausländischen "Freiwilligen" im "Gange" sei), beabsichtige, Anleihen im Auslande aufzunehmen. Nun ist es bekannt, dass weder Hitler, noch Mussolini imstande sind, grosse Auslandsanleihen zu vergeben, wohl aber die englische u. die französische Bourgeoisie. In der englischen bürgerlichen Presse wurde

berolts des öfteren zynisch erklärt, England brauche einen Sieg Francos nicht zu fürchten, denn, wenn Franco siege, brauche er erstens Geld u. da er das nicht von Italien bekommen werde, könne England sich ihn dann kaufen u. dadurch den italienischen Einfluss auf den spanischen Faschismus zurückdrängen. Alles deutet daraufhin, dass in London zwischen der englischen u. der französischen Regierung einerseits u. der deutschen u. der italienischen andererseits über eine "Regelung" der spanischen Frage geschachert worden ist, die darauf hinausläuft, dass die spanischen Arbeiter Franco zur Abschlichtung ausgeliefert werden u. dass Spanien dann von den verschiedenen Imperialisten gleichmäßig "beeinflusst" werden soll.

Der Vertreter der Sowjetregierung wurde in London als das fünfte Rad am Wagen behandelt. Die englische u. die französische Regierung wiesen ihm keine andere Rolle zu als die, dem zuzustimmen, was sie zusammen mit den Vertretern Hitlers u. Mussolinis ausgeknobelt hatten. Diese wenig erhebende Rolle des Sowjetvertreters ist eine direkte Folge der verräterischen Politik, die von der SU u. der KI in bezug auf die spanische Revolution betrieben wird. Wenn die KI in der spanischen Frage ebenso wie die imperialistischen Regierungen kapitalistische Interessen schützt, dann braucht sich die Sowjetregierung nicht zu wundern, wenn die Imperialisten sie wie Luft behandeln, denn in einer Welt, wo die andere Seite auch kapitalistische Politik macht, haben die imperialistischen Staaten das dickere Ende in der Hand.

Das Ergebnis der Londoner Beratungen zeigt, wie falsch u. verhängnisvoll die Argumentation der KPF u. der SFIO ist, die zur spanischen Frage vom Standpunkt der "Sicherheit" des französischen Imperialismus Stellung nimmt. Diese Seite der Agitation hat die schändliche Nichtinterventionspolitik der französischen Regierung um keinen Deut geändert. Sie trägt lediglich dazu bei, die französische Arbeiterklasse mit dem Gift des Chauvinismus, der Burgfriedensideologie zu versetzen. Das französische Finanzkapital u. der französische Generalstab bemühen sich auch ohne die Ratschläge der "Humanité" um die "Sicherheit" des französischen Imperialismus, u. zwar tun sie das in der Weise, dass sie sich mit Mussolini, Hitler u. Franco auf Kosten der spanischen Arbeiter zu verständigen suchen. Die französische Arbeiterklasse hat kein Interesse an der "Sicherheit" des französischen Imperialismus, an dem Schutz seiner Kolonialherrschaft, seines Ausbeutungsbereichs. Sie hat aber ein Lebensinteresse daran, dass die spanischen Arbeiter nicht Franco zum Opfer fallen, sie hat ein Interesse an ihrer eigenen Sicherheit vor dem Faschismus, die sie nur erlangen kann, wenn sie Schulter an Schulter mit den Arbeitern der anderen Länder den Kampf gegen den Weltfaschismus als Klassenkampf führt.

Alle Proteste gegen die Nichtinterventionspolitik, die wir von den Führungen der SFIO und der KPF hören, sind eine Komödie, solange sie Hand in Hand gehen mit einer Unterstützung der Volksfront u. ihrer Regierung und dies umso mehr, wenn sie mit einer chauvinistisch-imperialistischen Agitation verbunden sind. Die Nichtinterventionspolitik kann nur dann zugunsten der spanischen Antifaschisten beseitigt werden, wenn die Arbeiter dies durch ihre ausserparlamentarische Klassenaktion erzwingen.

-o-o-o-o-

NACH DEM FALL VON GIJON.
oooooooooooooooooooooooooooo

Beim Fall von Gijon spielte sich derselbe Verrat ab, wie bei dem von Santander. Der kommandierende Vorkämpfer ging den Franco-Truppen entgegen und forderte sie auf, die Besetzung von Gijon zu beschleunigen, um mit den Arbeitern die noch Widerstand leisten, Schluss zu machen. Die Guardia Civil samt den regulären Truppen ging zu den Franquisten über. Das ist der typische militärische Ausdruck der Volksfront. Hätten die Arbeiter die Macht in die Hand genommen, die bürgerlichen Verräter entwaifnet u. unschädlich gemacht, so wäre Gijon noch lange zu halten gewesen. Aber die bürgerlichen Militärs und die bürgerliche Polizei sind ja für die bürgerliche Republik unerlässlich, um die Arbeiter im Zaun zu halten. Die Feststellungen nach dem Fall von Gijon ergeben, dass die Negrinregierung die asturische Front völlig ungenügend mit Waffen, Munition u. Flugzeugen versorgt hatte. Asturien war längst abgeschrieben worden. Die Valenciarregierung zog vor, die baskische.

Bourgeoisie statt der asturischen Bergleute mit Waffen zu versorgen. Die baskische Bourgeoisie lieferte die guten Waffen Franco in die Hände.

Der Fall Cluj macht mindestens 70 000 Mann frei für den Angriff auf anderen Fronten. Das Londoner Komitee gibt gleichzeitig Muscolant u. Hitler für mindestens 2 1/2 Monate die Hände frei, um neue massive Sendungen von Truppen u. Material nach Spanien zu schicken.

Die einzige Chance, um den Krieg zu gewinnen, besteht darin, dass die revolutionären Arbeiter die Regierung Negruin stürzen, mit der Volksfront Bündnis machen u. im Bündnis mit den kleinbürgerlichen Schichten, selbst die Macht übernehmen. Man kann nicht über den Faschismus abgeben mit 50 000 revolutionären Arbeitern in den Gefängnissen der Republik.

-o-o-o-o-

ÖSTERREICHISCHE SOZIALISTEN ÜBER DIE POLITIK DER FRANZÖSISCHEN VOLKSPRONT.
oo
VOLKSPRONT.
oooooooooooo

In dem "Informationsdienst der Revolutionären Sozialisten", d. h. der österreichischen Sektion der II. Internationale lesen wir in der Nr. 7 (Oktober unter der Überschrift "Kapital und Volksfront in Frankreich"

" Die letzten Beschlüsse des französischen Ministerrats (gemeint sind die Beschlüsse von Rambouillet) bedeuten einen deutlichen Rechtsruck des französischen Volksfront... Die Regierung bleibt, die Volksfront wird nicht gesprengt - aber um welchen Preis? Nur um den Preis eines neuerlichen Zurückweichens der Arbeiterklasse vor der Bourgeoisie. Das Kapital schlägt eine Bresche in die 40-Stundenwoche, erzwingt reaktionäre Polizeimaßnahmen u. ein neues Friedensangebot an die faschistischen Mächte, indem es eine (die vielleicht) finanzielle Panik heraufbeschwört u. seinen Vertrauensmann in der Volksfrontregierung, den Finanzminister Bonnet mit der Demission drohen läßt... Die Geschichte der französischen Volksfront ist das anschaulichste Kapitel in der Geschichte der Ohnmacht der Demokratie gegenüber dem Willen des Finanzkapitals. Unter dem Druck der in revolutionäre Bewegung geratenen Massen wich das Kapital im Vorjahr zurück. Die Volksfront konnte ihr großes politisches Programm ohne besonderen Widerstand durchsetzen. Nun zeigte sich, dass die Volksfront unfähig ist, dieses Programm, um dessentwillen nachpolitische Auseinandersetzungen vermeiden wurden, gegen das wiedererstarrte Kapital zu verteidigen, geschweige denn zu vertiefen, wie es das Programm der Volksfront vorgesehen hatte... Das Kapital erzwang nacheinander den Verzicht auf die Fortführung des Sozialprogramms (Pause), den Rücktritt der Regierung Blum, den Wechsel in der Führung der Volksfrontregierung u. im Finanzministerium u. nun die Durchführung einer Wirtschafts- u. Finanzpolitik mit einer sich vielleicht sehr bald voll auswirkenden Tendenz zur Aufhebung der materiellen Folgen der Finanzgesetz... Die Regierung Chautemps begann ihre Laufbahn mit der zweiten Abwertung des Franc... Wenn man die Erhöhung des Arbeitereinkommens durch Lohn erhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, bezahlten Urlaub, Leistungen der Sozialversicherung etc. mit 30 % berechnet, so kann man unsicher ersprechen, dass infolge der 2. Abwertung diese Einkommenserhöhung langsam durch Preissteigerungen zunichtegemacht wird, denn bereits die 1. Abwertung hat nach dem offiziellen Index eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 22 % gebracht..."

Der Artikel geht dann weiter auf die Bonnetschen Steuerdekrete ein, stellt fest, dass sie vor allem eine Belastung der breiten Massen gebracht haben u. fährt dann fort:

"Wer vorsteht, dass Budgetfragen Machtfragen sind, muss feststellen, dass hier die Bourgeoisie einen grossen Sieg über die Arbeiterklasse davon getragen hat. Die Macht des französischen Kapitals ist eben ungestrichen. Das Kapital setzt seinen Willen durch: innerhalb der demokratischsten politischen Organisation der kapitalistischen Gesellschaft muss jede Regierung letzten Endes vor den Schranken der Kapitalsinteressen Halt machen - auch die Regierung der Volksfront. Auf diese Schranken ist die französische Arbeiterklasse nun nach ihrem prächtigen Vorstöße vom Vorjahre gestoßen. Sie macht die selben Erfahrungen, die die Arbeiterklasse anderer Länder in jeder solchen

Lage machen musste.. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Arbeiterklasse kampflos die eroberten Positionen räumt. Die Führung der sozialistischen u. der kommunistischen Partei wird daher nicht mehr lange in der Lage sein, diese Politik mitzumachen u. vor den Massen zu vertreten. Sie werden sich dann entscheiden müssen; entweder mit der "Volksfront" nach dem Willen der Bourgeoisie zu regieren oder ausserhalb der Regierung den Kampf für die Interessen der Arbeiter u. Kleinbürger gegen das Finanzkapital zu führen".

Die Österreichischen Parteigenossen der SFIO stellen also fest, dass die bürgerliche Demokratie auch unter der Volksfrontregierung eine Zepatalediktatur bleibt u. dass die Volksfrontpolitik dieselben Folgen hat, wie sie die Arbeiter anderer Länder in "jeder solchen Lage" erleben mussten, mit einem Worte, dass die Volksfrontpolitik nichts ist als ganz ordinäre Koalitionspolitik. Das Organ der Österreichischen Sozialisten ist ferber der Ansicht, dass der Bruch mit der Volksfront, mit der Koalitionspolitik und die Schaffung einer Front der Arbeiterparteien gegen die Regierung des bürgerlichen Staates der einzige Weg ist, um die Errungenschaften der französischen Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Bourgeoisie zu verteidigen. Das Urteil der Österreichischen Sozialisten ist um so beachtenswerter, als es erwachsen ist aus den traurigen Erfahrungen, die sie in ihrem eigenen Lande mit der reformistischen Politik, die ihre Parteiführer betrieben, gemacht haben.

ALTE UND NEUE LÜGEN ÜBER DIE FOUM.

oo

In der Basler "Rundschau" Nr. 45 v. 21. Oktober finden wir einen Artikel von Georges Soria unter der Überschrift "Der Trotzkiismus im Dienste Francos". Georges Soria, der zu den übelsten Pressestroichen der KI-Bürokratie gehört, unterzieht sich in seinem Artikel der Aufgabe, die Behauptung, dass die FOUM "Spionage im Solde des deutsch-italienisch-spanischen Faschismus" betrieben habe, von neuem zu "beweisen", denn dieser Schwindel wird sowohl in Spanien, als auch im Ausland allmählich auch von treuen Linkenorten immer weniger geglaubt. Soria zitiert in seinem Artikel den berüchtigten "Dokument N", das längst als Fälschung erwiesen ist u. von dem auch die Behörden der Valenciarregierung zugegeben haben, dass es eine Fälschung ist. Den verschiedenen internationalen Delegationen, die nach Spanien gekommen waren, wagte kein Minister u. kein sonstiger Regierungsvertreter zu erzählen, dass das "Dokument N" keine Fälschung sei. Soria aber glaubt in den Lesern der "Rundschau" die seltene Sorte von Dummköpfen gefunden zu haben, die fähig wären, dieses Machwerk für echt zu halten.

Ausser den alten Lügen über die FOUM kommt aber Soria mit neuen Produkten der Erfindungsgebe der GPU. So erzählt er, dass in Barcelona ein "geheimes Zentrum der FOUM" aufgedeckt worden sei, unter den Verhafteten, die "mit den Agenten Francos in Verbindung standen", befände sich "der deutsche Staatsbürger Walter Schwarz". Die Erwähnung des Gen. Walter Schwarz, der seit Jahren der KPD-Opposition angehört u. der als aufrechter antifaschistischer Kämpfer bekannt ist, entlarvt nur die Lügen Sorias. Dem Gen. Schwarz irgend eine Verbindung mit Francoagenten auch nur zuzutrauen, ist eine Perfidie.

Der Artikel ist nur ein Teil der neuen Lügenoffensive gegen die FOUM. Die "Humanité" berichtete dieser Tage von einem "trotzkistischen" Attentatsversuch auf den PSUC-Führer Comorera. Zu der alten Lüge von der "Spionage" kommt also der neue Schwindel des "individuellen Terrors", den die FOUM angeblich betreiben soll, hinzu. Der neue Schwindel ist ebenso dumm wie der alte. Die FOUM hat den individuellen Terror stets, so noch zuletzt in einer der illegalen Nummern der "Batalla", abgelehnt. Die neue Lügenoffensive gegen die FOUM deutet daraufhin, dass die GPU neue Verbrechen gegen unsere Genossen in Spanien plant. Deshalb muss die Solidaritätskampagne für die FOUM verstärkt weitergeführt werden.

-o-o-o-

Wo sind die wahren Agenten Francos?
=::=::=::=::=::=::=::=::=::=::=::=::=::=::=::=::

Anlässlich der letzten Sitzung des spanischen Parlaments erschien auch der ehemalige Ministerpräsident Fortela Vialladares, um in einer gewissen Er-

klärung der Regierung Negrin sein Vertrauen auszusprechen. Valledares be-
tätigte sich 1934 an der "Befriedigungsaktion" gegen Asturien und Katalo-
nien. Er flüchtete nach dem 19. Juli 1936 nach Frankreich und sandte am 8.
Oktober 1936 aus Nice einen untertänigen Ergübensheitsbrief an Franco, der
jetzt als photographisches Chliche von den Faschisten veröffentlicht wird.
Der Brief lautet:

Nice, den 8. Oktober 1936.

Sehr geehrter General und verehrter Freund,

im Augenblick, da Sie als Chef des neuen Staates und Generalissimus der
spanischen Armee eingesetzt worden sind, will ich Ihnen meine tiefsten und
aufrichtigsten Glückwünsche übermitteln, die sich mit denen der ganzen Na-
tion treffen. Ich versichere Ihnen meiner innigsten Zuneigung für Ihr aus-
sergewöhnliches Werk, dass unserem Lande eine Zukunft in der Ordnung, der
Gerechtigkeit und dem Frieden und ihm die Kraft und Prosperität geben soll,
um den Platz in der Welt zu sichern, den es fähig ist zu besetzen.

Auf Euch ist die göttliche Mission gefallen eine zweite Erneuerung Spani-
ons durchzuführen, es von der Barbarei, vom Verbrechen, von der Zerstörung
zu befreien, die durch das System der Regierung aufgerichtet wurden. Man
kann sich niemals gegen das Vaterland auf die politischen Ideen oder die
Herkunft der Macht berufen, diese Faktoren können nur ein die untergeord-
netes Mittel sein, um zu seinem Besten zu dienen. In dieser schrecklichen
Stunde, denke ich nur an Spanien und nur an Sie; an Ihre Intelligenz, Ruhe,
harakterstärke, gepaart mit einem Mut, welchen man nur in den schönsten
Seiten unserer Geschichte vorfindet, die Ihr wiedergibt.

Mein Alter, dass ich heute beklage, erlaubt mir nicht Sie mit der Bitte an-
zugehen, der Ehre teilhaftig zu werden, unter Euren Befehlen Soldat zu sein.
Ich habe kein Vermögen, weil man mich von allem beraubt hat. Ich habe nur
mein Leben, das nichts gilt, aber das danach strebt dem Vaterlande zu nüt-
zen, dem ich auch gut gedient habe, so weit ich es gekonnt und vermocht ha-
be. Ich habe bis hierher der Autorität gedient und kämpfte ohne Sorge um
das Risiko gegen die Unordnung und die Anarchie. Der beste Soldat muss es
anerkennen.

Das sind die wahren Gefühle, mit denen ich, von Rührung erfüllt, so wie ich
es bisher tat, Eurem grandiosen Unternehmen folgte. Ich bin immer, in voll-
ständiger Ergebenheit, Eurer Bewunderer und Freund

M. Fortela Valladares.

Das ist der Mann, der von der Regierung der spanischen Republik mit allen
Ehren im republikanischen Spanien empfangen wurde. Das ist der Mann, dem die
Regierung sein Vermögen zurückgab. Das alles geschieht in einem Augen-
blick, wo die revolutionären Arbeiter, die am 19. Juli den Faschismus in den
Industriestädten mit ihren Fäusten niederschlugen, zu Tausen-
den die Gefängnisse der Republik füllen und von der stalinistischen Pres-
se und der republikanischen Polizei, als Spione und Agenten Francos, Hitlers
und Mussolinis zu Tode gehetzt werden sollen.

-o-o-o-o-

DIE UNRUHE DER ARBEITER U. DIE MANÖVER DER CGT.
oo

Die steigende Unruhe in der französischen Arbeiterklasse über die wachsen-
de Forderung und die damit verbundene Herabdrückung ihrer Reallohne kam
stürmisch zum Ausdruck in der Forderung der Pariser Metallarbeiter nach
einem sofortigen Streik mit Betriebsbesetzungen. Diese Forderung wurde von
den Bauarbeitern unterstützt. Zu gleicher Zeit haben auch die Postbeamten
beschlossen, ihre Forderungen durch den Streik zu unterstützen, falls das
Parlament ihrer Forderungen nicht Rechnung trägt. Die Führung der CGT ist
aber bemüht durch die verschiedenartigsten Manöver ernsthafte Kämpfe der
Massen zu verhindern. So hat das Beamtenkartell die Beamten zur Ruhe aufge-
fordert und seine Forderungen auf die Schlichtungsinstanzen abgeschrieben.
Die Metallarbeiter hat man damit von der Durchführung eines Streiks mit
Betriebsbesetzung abgehalten, in dem man ihnen versprach, für einen zlige-

meinen Proteststreik einzutreten. Dieser Proteststreik wird jedoch hinausgeschoben. Einmal, damit die Regierung keine Schwierigkeiten auf dem bevorstehenden radikalen Parteikongress in Lille bekommt, damit die radikale Bourgeoisie nicht erschreckt wird. Zweitens um ein faules Kompromiss vorzubereiten, dass sich letzten Endes gegen die Arbeiter auswirken wird. Das Bestreben der Arbeiterführungen die Volksfront zu erhalten, kann kein anderes Ergebnis haben. So erklärte Chautemps in seiner letzten Rede:

"Ich würde es für gefährlich für den sozialen Frieden und infolgedessen gegen das Interesse des Landes halten, wenn man in einer Stunde, die nicht ohne Gefahr ist, Parteien in die Opposition zurückwerfen würde, die in zusehendem Masse das Ohr der Arbeitermassen haben und deren Aktion bis jetzt im Sinne der Mäßigung ausgeübt worden ist."

Chautemps hat in der gleichen Rede auch eine Ergänzung des staatlichen Zwangsschlichtungssystems angekündigt. Diese Ergänzung soll darin bestehen, dass Zuwiderhandlungen gegen die Schiedssprüche der hohen Verwaltungsbürokratie des kapitalistischen Staates, mit Sanktionen bedacht werden.

Die Arbeiterklasse darf um keinen Preis an einem solchen Anschlag gegen die Interessen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften mitwirken. Im Gegenteil. Sie muss all ihre Kräfte einsetzen, um den hier geplanten Anschlag abzuwehren. Die Arbeiter dürfen nicht zulassen, dass unter dem Vorlogenen Vorwand, die Unternehmer mit Hilfe des Schlichtungssystems zur Einhaltung der Gesetze zu zwingen, der Arbeiterklasse die Schlinge um den Hals gelegt wird die dann zur gegebenen Zeit von der Bourgeoisie zugezogen wird.

Die Arbeiter müssen jetzt mit ganzem Nachdruck die Forderungen erheben, die ihren unmittelbaren Interessen entsprechen. Sie müssen nachdrücklichst gegen das Zwangsschlichtungssystem und seine Vervollkommnung auftreten. Sie müssen, um sich gegenüber der fortschreitenden Inflation und der sie begleitenden Teuerung zu schützen, Goldlöhne, d. h. die gleitende Lohnskala auf Grund des Frankenkurses oder des Verhältnisses des Franken zum Golde fordern. Auch diese Forderung ist keine sichere Gewähr für die automatische Anpassung der Löhne an die steigende Teuerung, aber sie gibt der gewerkschaftlichen Aktion eine solidere Basis als die auf der Grundlage eines Lebenshaltungsindex beruhende gleitende Lohnskala. Daneben müssen die Arbeiter eine wirkliche Kontrolle der Freigebarung der Trusts, des Großhandels usw. durch die Organe der Werktätigen fordern. Die Appelle an die Regierung, den Kampf gegen den Freiwucher aufzunehmen, haben sich nun hinreichend als leere Redensarten enthüllt. Der Schutz der Betriebsdelegierten, die Kontrolle der Entlassungen und Neueinstellungen, die Erweiterung der Rechte der Betriebsdelegierten im Sinne einer Kontrolle der Produktion, all diese Forderungen lassen sich nur im Kampf realisieren. Diesen Kampf müssen die Arbeiter organisieren und in diesem Sinne müssen sie ihren Einfluss in der CGT geltend machen.

-o-o-o-o-

AUS SPANIEN:

DIE FOUM WIRD AUS DEN GEMEINDERÄTEN BESEITIGT. Im offiziellen Organ der katalanischen Generalität (v. 9. 10.) wird ein Dekret veröffentlicht, dass den Mitgliedern der FOUM jede Mitwirkung an den Gemeinderäten verbietet. Die Gemeinderatsitze werden zu gleichen Teilen zwischen der FSUC, der republikanischen Linken und der CNT und in kleinerer Zahl zwischen der Union Rabassaires (Pächter) und der Aktion Catalana verteilt. Der "neue Typus" der Demokratie äußert sich also darin, dass der revolutionär-Marxistische Arbeiterpartei, der FOUM, ihre Gemeinderatsitze geraubt werden. Die Organe der FSUC kommentieren mit Befriedigung die Beseitigung der FOUM aus den Gemeinderäten, nur finden sie ihre Vertretung im Hinblick auf ihre Verbundenheit mit der UGT zu schwach. Das Organ der CNT "Solidaridad Obrera" protestiert gegen die Ausschaltung der FOUM und gegen den Vergleich der CNT und gewissen kleinen Parteien, wie die FSUC und die Katalanische Linke. "Manana", das Organ von Costana erhebt Protest gegen die Ausschaltung der FOUM. Das gleiche tut "Catalunya", das katalanische Organ der CNT. "Frente Rojo", das Organ der Vereinigten Sozialistischen Jugend, sucht die Massnahme gegen die FOUM mit den hinreichend bekannten Argumenten der Linie zu verteidigen.

DIE ANTIFASCHISTISCHEN GEFANGENEN FODERN EINE GENERALAMNESTIE. Gelegenheitlich der vierjährigen Wiederkehr des asturischen Oktoberkampfes, haben die antifaschistischen politischen Gefangenen an den Präsidenten der Republik, den Ministerpräsidenten, den Präsidenten des Parlaments, an den Justizminister u. an alle Parteien und antifaschistischen Organisationen einen Brief auf Erlass einer Generalamnestie für die antifaschistischen politischen Gefangenen gerichtet. Das Dokument ist von allen republikanischen Organisationen durch folgende Kameraden unterzeichnet: Bautista Cuquerella von der UGT; Joaquin Sanakaja von der CNT; O. Abella von der Izquierda Republicana; A. Duado von der Union Republicana; Candido Dominguez von der Esquerre Valenciana; F. Casamayor von der Esquerre Catalana; Antonio Chamorro von der Partido Syndicalista; Julian G. Gorkin von der FOUM; S. Sierra von der FAI. Es ist zu bemerken, dass die Gefängnisse nicht die Gastfreundschaft von Stalinisten erhalten. Der Brief war durch die kommunistischen Organisationen nicht unzeichnet. Die Presse hat dem Protest im allgemeinen eine sehr breite Publizität eingeräumt. Die KI-Presse musste ebenfalls von diesem Dokument sprechen. Die Reservisten, mit der sie ihre Zustimmung zu der Forderung auf Generalamnestie verband, richteten sich vor allem gegen die FOUM. So schrieb "Frente Rojo":

"Freiheit, ja! Für die Antifaschisten. Für die Faschisten und ihre Komplizen, für die Banditen der FOUM, das Gefängnis und die Strafe, die Verräter verdienen."

Die KI besteht also selbst in den gegenwärtigen kritischen Augenblicken auf ihrer vorliegenden und verbrecherischen Kampagne. Es ist die Aufgabe aller Antifaschisten den Kampf der spanischen Antifaschisten für die Generalamnestie zu unterstützen. Dies geschieht am besten, wenn die Negrierung durch Telegramme der Arbeiterorganisationen überschwenkt wird, die ihre Solidarität mit der Forderung aller antifaschistischen politischen Gefangenen auf Generalamnestie ausdrücken.

DIE VERHAFTUNG DES GENERALIS ASENSIO. Aus Spanien kommt die Meldung von der Verhaftung der Generale Asensio, Martinez und Cabrera. Asensio war zur Zeit Caballeros Sekretär des Letzteren im Kriegsministerium. Die Anklagen gegen die drei Generale sind schon alten Datums. Bereits vor mehreren Monaten forderten die Arbeiterorganisationen mit Ausnahme der KI die Verhaftung der Generale. Für die KI war für den Fall von Malaga der Oberst Villalba, früherer Chef im Nordsektor der Front von Aragon verantwortlich, der abgesetzt wurde, weil er die Direktiven der KI nicht akzeptieren wollte. Villalba antwortete auf die Attacke der KI gegen ihn mit einem Dokument, welches die wahren Schuldigen am Fall von Malaga aufzeigte: General Asensio und den KI-Député Bolivar, den politischen Kommissär von Malaga.

In gewissen politischen Kreisen, die der Regierung nahe stehen, wird die Verhaftung der Generale als eine erste vorbereitende Massnahme zur Einleitung der Verhaftung Largo Caballeros dargestellt. Die Verhaftung erfolgt also nicht um die wahren Schuldigen am Fall Malagas zur Verantwortung zu ziehen. Sondern man verhaftet die Generale um einen Schlag gegen Caballero durchzuführen, der mit der Niederlagenpolitik der Regierung und der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht einverstanden ist.

DIE VERFOLGUNG DER FOUM. Die Zensur der Presse in republikanischen Spanien befiehlt sich den Befehlen der Stalinisten zu folgen. José Ricard Sala, Hauptstempel der Presse von Barcelona, der kürzlich seines Postens enthoben wurde, sagte dem Direktor einer Zeitung, dass es absolut unterläge sei, günstig über die FOUM zu berichten, dass es aber gestattet sei, alles was man will, gegen diese Partei zu publizieren. Die KI- und ISUC-Verleumdungen gegen die FOUM bestätigen nur diese Direktive.

In Katalonien sind alle Versuche der ISUC-Bürokratie, die von Mitgliedern der FOUM geleitete Gewerkschaftsbewegung der Handelsangestellten in die Hände zu bekommen, gescheitert. Die Bewegung bleibt in den Händen der FOUM und der von Largo Caballero. Das ist es, was die ISUC-Elemente nunmehr veranlasst hat, ein neues Syndikat für Katalonien zu bilden.

In Valencia war für den 30. September ein Meeting angekündigt, an dem alle Organisationen durch Reiner vertreten sein sollten, die im Provinzialrat von Valencia vertreten sind. Darunter befand sich auch Kamerad Fortela von

der FOUM. Um zu verhindern dass ein Vertreter der FOUM das Wort in der Öffentlichkeit ergreift, unterzogen die Regierung das Meeting. Im Augenblick da das Meeting stattfinden sollte, versammelte sich eine grosse Menge vor den Türen des Versammlungslokals u. protestierte gegen die Aufhebung der Kundgebung. Die Protestationen gegen die Aufhebung der Kundgebung verarbeiteten sich in eine Manifestation der Missbilligung gegen die Regierung.

Die Frau des Genossen Gorkin ist endlich den Händen der Kf-Polizei entrisen worden. Sie ist nach Valencia in ein Frauengefängnis überführt worden, wo sie durch den Richter des Spionage- und Hochverratsgerichts als Zeugin zum Verhör angefordert wurde.

Das Spionagegericht von Valencia hat die Freilassung mehrerer FOUM-Funktionäre, darunter auch mehrerer Mitglieder des Zentralkomitees, angeordnet. Da es sich gezeigt hat, dass Militanten der FOUM und der CNT, die durch den Richter in Freiheit gesetzt worden waren, durch die Polizei der Kf wieder verhaftet wurden, haben sich die Freigelassenen in die Illegalität begeben, um sich den Verfolgungen der Polizei zu entziehen.

-o-o-o-o-o-o-o-

Wie "Massenzustimmungen" gemacht werden. Am Dienstag, den 26. Oktober hat das Lokalkomitee des 15 Arrondissement von Paris gleich nach Betriebsschluss im Velodrom d'Hiver eine überfüllte Versammlung abgehalten, die nach dem Bericht der "Humanité" von 15 000 Arbeitern - hauptsächlich von Citroën- besucht war. Die Ereignisse in Spanien waren das Thema. Neben anderen sprach auch Marceau Tivert von der Linken in der SFIO. Schon bevor er anfing, versuchten zwei bis drei Dutzend Kf-Radauhelden in einem bestimmten Sektor der ersten Galerie ein Freif- und Brüllkonzert zu veranstalten, bei dem das ganze liebliche Schimpflexikon der ultralinken Zeit mit Ausdrücken wie "Sozialfaschist", "Sozialverräter" usw. wieder zu hören war. Der kommunistische Versammlungsleiter Hénaff musste diese seine Parteigenossen dreimal energisch zur Ruhe mahnen, worauf es dieses Häuflein Unortswagter vorzog unter dem ironischen Beifall der Arbeiter die Riesenversammlung zu verlassen. Kaum hatte Tivert seine stark kritischen Ausführungen beendet, aus gut dreiviertel der Zuhörer aus der Versammlung weggingen. Offenbar waren sie nur gekommen, um ihn zu hören. Als letzter hielt André Marty eine endlose Rede, die halb wie eine Entschuldigung der Kf Spaniens klang. Als die überwältigende Mehrheit der Arbeiter schon zuhause beim Diner sass und in der Arena nur noch einige 3 - 400 Mann anwesend waren - wahrscheinlich der kommunistische Wahlverein des Bezirks - wurde eine fudminante Resolution vorgelegt, die u.a. der Regierung Negrin ausgerechnet das Vertrauen der französischen Arbeiter aussprach u. sie zu ihren Erfolgen gegen die Spione unter der Maske der FOUM beglückwünschte.

So wird's gemacht!

Der Bericht der "Humanité" bringt kein Wort von der Rede Tiverts, offenbar weil man in Moskau eine gemeinsame Versammlung mit diesen "Abenteurer" Übel vermerken könnte. Doch in der Resolution wird sein Name unter den Redner genannt. Entweder ist dies das Werk eines anderen "bucharinistisch-japanischen Gestapo-Spions" oder man hat ihn mit Absicht so "nebenbei" hingesetzt, um den Arbeitern vorlügen zu können, die Linke in der SFIO billige, jetzt auch den Stalinschen konterrevolutionären Terror in Spanien.

Die 8 Punkte des Londoner Büros für die internationale Konferenz. Auf der letzten Sitzung des Londoner Büros, die Anfang Oktober in Paris stattfand, sind die dem Londoner Büro angeschlossenen Parteien über folgende 8 Punkte als vorzuschlagende Grundlage für die auf Februar angesetzte internationale Konferenz übereingekommen, die jetzt in dem Organ der ILF, dem "New Leader", veröffentlicht werden.

1. Der Klassenkampf gegen Kapitalismus, den kapitalistischen Staat, Faschismus, Krieg und Imperialismus.
2. Ablehnung der Volksfront.
3. Ablehnung des Sozialpatriotismus im Kriege.
4. Unterstützung für den Kampf um die politische u. wirtschaftliche Freiheit der Kolonialvölker.

- 5. Verteidigung der sozialen Revolution in Spanien.
- 6. Verteidigung der Sowjetunion auf einer Klassenbasis u. Befürwortung der proletarischen Demokratie in der Sowjetunion.
- 7. Verwirklichung einer Arbeiterfront in konkreten Fragen.
- 8. Anerkennung der Notwendigkeit, eine revolutionäre Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten, die die Macht der kapitalistischen Klasse zerstört und für Demokratie in der Arbeiterklasse sorgt, um den Übergang vom Kapitalismus durchzuführen.

Die Resolutionsentwürfe der IVKO für die Konferenz sind übersetzt u. für die internationale Konferenz den in Betracht kommenden Organisationen zugestellt worden.

-o-o-o-

AUS DEM ELSSASS:

Wirkung der Wahlen auf die Gemeindepolitik in Straßburg? Das Verhalten der Demokraten beim II. Wahlgang in Straßburg gegenüber den Autonomisten, hat die Radikalen zum einen Schritt zur Änderung ihres Verhältnisses zu den Demokraten geführt. H. Becker, das Gemeinderatsmitglied der Radikalen, der bisher als Hospitant der demokratischen Fraktion angehörte, hat seinen Austritt aus dieser Formation vollzogen. Gleichzeitig haben die Radikalen kundgetan, dass ihr Vertreter gegen die Demokraten, die bekanntlich den Maire stellen, in Opposition gehen werde. Diese Wendung ist von der KP lebhaft begrüßt worden, obwohl sie aus Motiven erfolgte, die nichts mit den Interessen der Arbeiterschaft zu tun haben. H. Becker hat an der reaktionären Gemeindepolitik des H. Frey nichts auszusetzen, er findet nur, dass H. Frey in seiner Abneigung gegen die Volksfront die Interessen Frankreichs im Elsass gefährdet. Die KP wünscht nun, dass auch die Vertreter der SFIO sich dem Vorgehen der Radikalen anschließen. Sie verfiel den Gedanken des Rücktritts der SFIO-Vertreter aus der Gemeindevorwaltung, um auf diese Weise Frey zu einem offenen Bündnis mit der Heimatfrontlern zu zwingen oder Neuwahlen auszusprechen. Die SFIO hat in der "Freie Presse" verkünden lassen, dass sie sich das Gesetz ihres Handelns nicht vorschreiben lasse. Diese Stellungnahme ist bezeichnend für die SFIO.

Was nützlich ist eine allgemeine Kampagne in den Arbeitermasse und Arbeiterorganisationen für die Realisierung einer wirklichen proletarischen Einheitsfront auf dem Boden eines kommunalen Aktionsprogramms unter Ablehnung jeder Volksfront. Die Arbeiterschaft braucht keinen Personalwechsel sondern einen grundlegenden politischen Wechsel, eine Arbeitermehrheit auf dem Rathaus und eine klassenkämpferische, von den ausschliessigen Interessen der Werktätigen inspirierte Gemeindepolitik.

Die Unternehmer lehnen ab, weil sie den Rasen verloren haben. In der unternormischen Textil-, Papier-, Leder- und chemischen Industrie sind die Lohnverhandlungen gescheitert. Trotz allem Entgegenkommens der CGT lehnten die Unternehmer die geforderte Erhöhung der Stundenlöhne um 50,40 und 30 Centimes ab. Selbst nach Reduzierung dieser Forderungen durch die CGT-Vertreter verzichteten die Unternehmer darauf von sich aus ein entgegenkommendes Angebot zu machen. Dieses Verhalten der Unternehmer ist im Hinblick auf die mehr als launfröhliche Haltung der CGT-Vertreter nicht verwunderlich. Die Unternehmer wissen sehr gut, dass die CGT-Führer sich im Zeichen der Volksfront längst zu harmlosen Lämmlein durchgemausert haben, von denen sie wenig und gar nichts zu befürchten haben. Die CGT hat denn auch nichts anderes zu tun gehabt, als die Forderungen der Schlichtungsmaschinerie zu überantworten, deren Rad sich gewöhnlich dreht. So gewinnen die Unternehmer Zeit u. Geld u. da der ganze komplizierte Instanzenweg durchlaufen ist, sind die Forderungen durch den Lauf der Zeit schon zum erheblichen Teile entwertet. Es dürfte aber kaum noch lange dauern und die Arbeiter werden sie darauf besinnen, die geeigneten Mittel zur Durchsetzung ihrer Lohnansprüche geltend zu machen.

Der besetzte Generalsekretär und Fritz Hecker. Fritz Hecker hat während des Wahlkampfes seine Kampagne gegen die 40-Stundenwoche vorübergehend unterbrechen müssen, um sich anderen Volksfrontaufgaben zu widmen. Dazu gehörte auch eine ultrapatriotische Rede, die er zwischen dem I. u. II. Wahlgang vor einem durch die SFIO u. KP gestellten Arbeiterforum im Sängersaal halten durfte. Diese Rede

war neben einem übereifrigen Nationalismus darauf abgestellt, den Arbeitern weise Massigungsvorschläge zu erteilen u. ihnen unbedingte Ruhe u. Vertrauen zu H. Chautemps-Bonnet zu verordnen. Dabei bezog sich F. Hecker auf den "begabten" Generalsekretär der KfF, Maurice Thorez, der "einmal an einem gewissen schwierigen Punkte gesagt hat: "Camarades, tout n'est pas possible". Das gefällt unserem radikalen Volksfrontler F. Hecker ausgezeichnet. Und wie schön ist es doch, die Politik der Chautemps-Bonnet ohne Störung und unter Bezugnahme auf den "begabten" Generalsekretär der KfF den Arbeitern näher zu bringen. Wie sich die Zeiten ändern! Der ehemals mit glühendem Hass verfolgte Chefredakteur der "Republique", der uns als die sprechendste Verkörperung des französischen imperialistischen Cahuvinismus u. der Assimilation dargestellt wurde, der auf der ständigen Suche nach neuen Beweismitteln gegen die 40 Stundenwoche ist, legt für einen Augenblick seinen Federhalter weg, um vor einer Arbeiterversammlung dem Realismus der Bonnet-Chautemps Gehör und Anerkennung zu verschaffen.

Die Sache mit der Volksfront lohnt sich schon noch eine Weile, wird Freddo befriedigt denken, vor allen, wenn man sich so auf den "begabten" Generalsekretär der irrevolutionären KfF stützen kann.

Die Teuerung steigt - die Volksfront appelliert an Bonnet. Der Lebenshaltungskostenindex für Strasbourg, der im September auf 126,18 Punkten stand, weist für Oktober 127,74 Punkte aus. Seit Mai 1936 sind nach diesem Index die Nahrungsmittel um 38,36, die Bekleidung um 38,82 und Heizung u. Licht um 34,06 % gestiegen. Die "Humanité" fordert in einem längeren Artikel die Organisation des Kampfes gegen die Lebenssteuerung. Praktisch sieht das so aus:

"Von der Regierung und allen verantwortlichen Körperschaften muss verlangt werden, dass sie dem Volkswillen Rechnung tragen, der fordert, dass die Spekulanten am Kragen gepackt und ins Gefängnis geworfen werden". Als aufmerksamer Leser der "Huma" muss ich feststellen, dass der Volkswille, auf den sich die "Huma" beruft, von der Volksfrontregierung sehr nachdrücklich und seit geraumer Zeit mit Füßen getreten wird. Und H. Bonnet, den Vertrauensmann des Finanzkapital, als die Kraft darzustellen, die die Spekulanten an den Kragen fasst und ins Gefängnis werfen soll, heisst uns doch etwas zuviel Naivität zu traun. Solche Spässe sind oder sollten nur in der Fastenzeit in einer Arbeiterzeitung zu finden sein. Wir meinen, dass der Kampf gegen die Teuerung vor allem einen entschiedenen Klassenkampf der Gewerkschaften für die Anpassung der Löhne notwendig macht. Unsere Kapitalisten lassen ihr Gold nur gegen besondere Vergünstigungen und auf Basis des Dollar- oder Pfundkurses in Anleihepapieren anlegen. Was die Herren Kapitalisten können, sollten den Arbeiter - die von der Hand in den Mund leben - auch recht sein. Sie sollen daher auch Goldlöhne fordern, um die Kaufkraft ihres Lohnes zu sichern, um mit der steigenden Teuerung Schritt zu halten. Dafür allerdings darf man nicht an Herrn Bonnet appellieren, sondern allein an die breiten Massen und ihre ausserparlamentarische Aktivität. Andererseits redet man in der "Huma" immer vom Kampfe gegen die Diktatur der Trusts. Auch davon kann, will und wird uns die Volksfrontwirtschafts- und Finanzminister nicht befreien. Hier gilt es gestützt auf die Betriebsdelegierten und in enger Zusammenarbeit mit dem Kleinhandel eine wirkliche Preis- und Produktionskontrolle der Trusts zu organisieren. Das zu erklären dazu aufzurufen, dafür organisierend zu wirken, dass wäre eine würdigere Aufgabe für eine Arbeiterzeitung, als uns beständig mit dem Spruch zu begegnen: "Alles für und alles durch die Volksfront".

Die Wehnen haben der Volksfront in Colmar gezeigt, welcher Weg zu beschritten ist. So überschreibt sich ein Artikel in der "Humanité" v. 23. Oktober. Welcher Weg soll nun beschritten werden? Man vernähme folgendes:

"Die Volksfront ist nicht geschlagen. Sie lebt u. wird weiterhin kämpfen - den Gedanken der Volksfront auszudehnen. Nichts leichter als das, wenn alle Organisationen der Volksfront sich mit voller Hingabe dieser edlen Aufgabe widmen. Geschlossener denn je müssen wir alles Trennende aus dem Wege räumen..." So ähnlich geht es in dem Artikel weiter. Das Ganze läuft also darauf hinaus, noch einiger zu sein, als man schon ist. Politische Ursachen für die Wahlniederlage zieht unser "Wegweiser" nicht. Sein Wegweiser zeigt nur noch weiter in den Sumpf des Opportunismus, dem die Niederlage in Colmar zu danken ist. Solche Wegweiser sollten schleunigst ausgerissen werden, da sie in die Irre führen.

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

Einzel exemplar: 0.75 Dhs.
Monatlich: 2.50 Frs
Ausland: 3.50 Frs

ARBEITER POLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Sektion der IVKO)

Nr. 45/IV. Jahrgang.

Erste Novemberwoche 1937.

ZWANZIG JAHRE SOWJETUNION.
oooooooooooooooooooooooooooo

Der 20. Jahrestag ihres Bestehens trifft die Sowjetunion in einer Lage an, die durch eine schwere innere Krise gekennzeichnet wird. Der Ausrottungsfeldzug gegen alle vergangenen, wirklichen u. möglichen Gegner der persönlichen Diktatur, die Stalin über die KPSU u. damit über die SU ausübt, setzte im Sommer des vorigen Jahres mit dem Prozess gegen Kamenev u. Sinowjew ein u. geht seit dieser Zeit ununterbrochen weiter gegen immer grössere Teile der KPSU, gegen alte Parteimitglieder u. gegen Jungkommunisten, gegen hohe Staats- u. Parteifunktionäre ebenso wie gegen kleine Funktionäre in den industriellen Betrieben u. in den Kollektivwirtschaften, gegen bekannte Armeeoffiziere u. gegen unbekannte Eisenbahner. Mit lärmenden Ergebenheitsadressen für den "Vater der Völker der SU" oder gar den "Vater der Werktätigen der ganzen Welt" wird die Kampagne für die Wahl des Obersten Rates der SU in ein Plebiszit für die Person Stalins verwandelt. Aber die Einstimmigkeit, mit der die Volksmassen der SU, mit der die Mitglieder der bolschewistischen Partei angeblich dem persönlichen Regime Stalins ergeben sind, wird täglich Lügen gestraft durch die Veröffentlichung immer neuer Listen von "Volksfeinden" in allen Teilen des Partei- und Sowjetapparates.

Der 20. Jahrestag der SU fällt in eine Zeit, da im Namen u. auf Veranlassung der Stalinschen Führung der KPSU die Parteien der kommunistischen Internationale der imperialistischen Bourgeoisie der "grossen Demokratie" auf allen politischen Märkten der Welt zu herabgesetzten Preisen als gehässige Lebkuchen feilgeboten werden, in eine Zeit, da nach dem Kommando Stalins in Spanien die Verkämpfer der proletarischen Revolution verfolgt u. gemordet werden, da der Einfluss u. die Macht der SU in Spanien für die Sache der Konterreolution eingesetzt worden.

Deshalb bogehen alle wirklichen Kommunisten den 20. Jahrestag der SU in der Erkenntnis, dass ihre Wege u. die der gegenwärtigen Führung der KPSU u. der SU sich getrennt haben, dass die Stalinqlique das Recht verliert, noch im Namen der proletarischen Revolution u. des Kommunismus zu sprechen. Aber gleichzeitig bekunden wir als wirkliche Kommunisten am 20. Jahrestag der SU unsere unzerreissbare Verbundenheit mit der SU, unsere revolutionäre Solidarität mit der proletarischen Diktatur in der SU. Wir sind der Ansicht, dass wir u. nicht die Stalinjünger in den verschiedenen Ländern, die sich jetzt in den vorgeschriebenen Jubiläumslobpreisungen ergehen, die wirklichen Verteidiger der SU als eines proletarischen Staates mit einer sozialistischen Wirtschaft sind. Die Lobredner der persönlichen Diktatur Stalins sind Freveler gegenüber den Interessen der Werktätigen der SU u. der ganzen Welt, des Sozialismus in der SU u. der proletarischen Revolution in den kapitalistischen Ländern. Die Stalinsche Politik ist nämlich in Wirklichkeit eine schwere Schädigung der Interessen der SU. Indem Stalin einen richtigen Krieg gegen die KPSU führt, schwächt er das politische Rückgrat der proletarischen Diktatur. Indem wir unsere Stimme für die Verteidigung der KPSU gegen den Stalinschen Terror erheben, verteidigen wir die proletarische Diktatur in der SU. Der bürokratische Terror der Stalinqlique lähmt die schöpferische Initiative der Arbeiter, Techniker u. Kollektivbauern der SU, die eine unerlässliche Voraussetzung für die wirkliche Ausnutzung der neugeschaffenen sozialistischen Grossbetriebe, für die Weiterentwicklung der sozialistischen

Industrie u. Landwirtschaft ist. Indem Stalin im Interesse seiner persönlichen Diktatur u. der faulen Bürokratschicht, die sich um ihn sammelt, einen grossrussischen Chauvinismus zu züchten versucht, begeht er Hochverrat an den Grundlagen des Sowjetstaates, der als proletarische Diktatur unter dem Banner des revolutionären Internationalismus, des Kampfes für die proletarische Weltrevolution entstanden ist u. der sich nur unter diesem Banner wirksam gegen seine imperialistischen Feinde verteidigen kann. Indem Stalin u. die Seinen die SU, die ein Vorposten der Weltrevolution sein muss, wenn sie ihre sozialistischen Errungenschaften wahren u. ausbauen will, zu einem Hilfswortzeug der Imperialisten im Kampfe gegen die proletarische Revolution machen, indem sie an sich zulässige Bündnisse zwischen dem proletarischen Staat u. kapitalistischen Ländern dazu missbrauchen, dass sie dem proletarischen Staat die schliessliche Rolle eines Wachhundes der Imperialisten zuweisen, bekämpfen sie den stärksten u. einzig verlässigen Bundesgenossen der SU im Kampfe gegen den Imperialismus, die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung. Deshalb sind wir die wahren Verteidiger der SU, gerade weil wir diese Verteidigung mit einem Kampfe gegen die Stalinsche Politik verbinden.

In den 20 Jahren der Sowjetmacht hat sich das Land, in dem früher die Zaren herrschten, gründlich verändert. Eine gewaltige moderne Industrie ist entstanden, in der Landwirtschaft hat sich der kollektive Grossbetrieb durchgesetzt. Diese Vervielfachung der Produktivkräfte des Landes ist nicht auf kapitalistischer, sondern auf sozialistischer Basis, auf der Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln erreicht worden. Die wirtschaftlichen Errungenschaften der SU geben uns die Zuversicht, dass die Arbeiterklasse der SU, die sich diese Fortschritte des sozialistischen Aufbaus erkämpft hat, auch schliesslich u. endlich trotz allem Terror Stalins u. der Seinen die gegenwärtige Entartung der proletarischen Diktatur beseitigen, Partei und Staat von der persönlichen Diktatur Stalins befreien u. eine wahre, nicht bloss papierne Partei- u. Sowjetdemokratie herzustellen wird. Stalin hat sicher grosse Machtmittel zu seiner Verfügung, der er rücksichtslos ausnutzt. Aber eine persönliche Diktatur ist auf die Dauer nicht mit sozialistischen Produktionsverhältnissen zu vereinbaren. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse, d.h. das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, sind in der SU tief in den Denken u. Fühlen der Massen verwurzelt. Daran wird Stalin schliesslich scheitern; der sozialistische Unterbau der Gesellschaft, die Wirtschaftsordnung wird früher oder später die Anpassung des politischen Überbaus an ihre Bedürfnisse, an die Bedürfnisse der Entfaltung des Sozialismus, erzwingen. Das wird sich in der Masse durchsetzen, als die Massen der KP-Mitglieder u. der Werktätigen der SU erkennen, dass der Stalinsche Ausrottungsfeldzug keine innere Auseinandersetzung innerhalb der Parteibürokratie sondern eine Attacke gegen die Partei selbst ist, u. dass die Stalinsche Führung nicht daran denkt, ihre Versprechungen in bezug auf Partei- u. Sowjetdemokratie wirklich in die Tat umzusetzen.

Am zwanzigsten Jahrestag der SU grüssen wir die Werktätigen der SU mit dem Ruf:

Es lebe die Sowjetmacht, es lebe die proletarische Diktatur!
 Es lebe die Partei- u. Sowjetdemokratie in der Sowjetunion!
 Es lebe die Weltrevolution!

-o-o-o-o-o-o-

DER INNERE KAMPF IN DER SPANISCHEN VOLKSFREONT.

Die brutale Verfolgung der proletarischen Revolutionäre im republikanischen Spanien, der I.O.M., der revolutionären Teile der CNT, FAI u. UGT wird bekanntlich von den Verteidigern der Volksfrontpolitik mit der "Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der antifaschistischen Einheit" begründet. Nachstehende Darstellung der inneren Kämpfe in der spanischen Volksfront, die wir den "Independent News" entnehmen, zeigt, welcher Hexenkessel von gegenseitigen Intrigen sich hinter der Einheitsfassade verbirgt. Als die Regierung Madrid u. ihre Verteidiger der Öffentlichkeit in Spanien u. ausserhalb Spaniens vorführen. Diese traurige Gesellschaft ist nur im Hesse gegen konsequente Revolutionäre einig, sonst aber fallen sich die Parteien der Volksfrontregierung wie hungrige Hunde an, was zu einer faktischen Sabotage der militärischen Abwehr gegen Franco führt. Es heisst in dem betreffenden Artikel der "Independent

tant News", der eine Darstellung der letzten Verhandlungen zwischen der Kri-Spaniens u. der Führung der CNT gibt:

"Der anarchistische Führer Garcia Oliver hat mit seiner Meinung nicht zurückgehalten, dass man ein für allemal den Forderungen Moskaus nachgeben und den Fakt annehmen müsse, den die Kri den Anarchisten kürzlich vorgeschlagen habe. Der anarchistische Führer hat im Verlauf dieser Besprechungen nicht die mindeste Hoffnung gelassen, dass den Verfolgungen gegen die revolutionären Elemente Einheit getan werden würde. Und das nicht allein in bezug auf die FOUM, sondern ebenso auch im Hinblick auf die Elemente der CNT selber, die nicht mit der Liquidationspolitik einverstanden sind. Wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt, dass die Kri sich an die CNT gewandt und sich hinter sie gesteckt hätte, um ihre zweideutigen Manöver durchzuführen. Wir waren der Haltung der CNT in einem solchen Fall nicht sehr sicher. Wir sind es heute ebensowenig. Die Ratschläge Garcia Oliver sind nicht dazu angetan, uns zu beruhigen u. die Tatsache, dass er an einer Konferenz teilgenommen hat, die von den Mördern so vieler seiner eigenen Parteigenossen organisiert worden ist, kann unsere Befürchtungen nur bestätigen.

Wird Largo Caballero eines der Opfer dieser Manöver sein oder wird er sie selber mutmachen? Wir glauben, dass man schon Mittel und Wege finden wird, um ihn zu Fall zu bringen oder ihn zum mindesten zum Schweigen zu zwingen.

Aber es ist schon möglich, dass wir bald einen Kampf zwischen Prieto und den Stalinisten erleben werden, ähnlich dem, der vor kurzem noch Largo Caballero geliefert wurde. Das könnte ebensowohl bedeuten, dass die Stalinisten Prieto nicht mehr nötig hätten und dass sie sich seiner mit gewisser Unterstützung der Anarchisten entledigen möchten, als auch, dass Prieto seine reaktionäre Position für genügend stark hält und dass er, in der Hoffnung darauf, eine Unterstützung vom Ausland aussserhalb der USSR zu finden, den Kampf begonnen hat, um die Verantwortung für die Unterdrückung und die Morde an den spanischen Revolutionären loszuwerden. Die beiden Hypothesen könnten auch beide gleicherweise zutreffen, und wir würden dann einen Kampf auf Leben und Tod erleben zwischen denen, die bis jetzt zusammen in der Regierung sitzen.

Paris ist in den letzten Wochen der Treffpunkt der Emissäre der verschiedenen Gruppen gewesen. Die rechten Elemente der Sozialisten um Prieto haben Zusammenkünfte mit rechten Republikanern gehabt, insbesondere mit Cortela Valladares und anderen, die kürzlich der Cortes-Sitzung beiwohnten. Diese bereiten ihrerseits auch einen Angriff von der anderen Seite her vor. Ist die Anklage der Stalinisten, nach der Prieto mit diesen Elementen das Terrain für einen "affenstilischen" vorbereite, begründet? Ist es wahr, dass man in Spanien eine Militärdiktatur unter der Führung eines populären Generals (Mija?) ins Auge fasst, der die "Ordnung" in den im Kampf befindlichen beiden Lagern wiederherstellen soll?

Die Wahrheit ist die, dass die Stalinisten eines glaubhaften Vorwandes bedürfen, um die Hilfe der Anarchisten zu gewinnen. Diesen könnte die vorhin genannte Anklage gegen Prieto liefern - der eher das wesentliche Element bei der Unterdrückung war, für die er in den Augen der Arbeiter nicht die Hauptverantwortung trägt.

Bei den Beschuldigungen der Stalinisten gegen Prieto muss man eine Tatsache besonders beachten. Dieser letztere hat als Minister der Nationalen Verteidigung das Verbot des Verbens für politische Parteien in der Armee wieder in Kraft gesetzt, ein Verbot, das gerade die Stalinisten trifft. In der Tat sind sie die einzigen, die die Kommandoposten innehaben, was ihnen die grössten Propagandamöglichkeiten erlaubt. Die Stalinisten, die dank Alvarez del Vayo die tatsächliche Befehlsgewalt über den grössten Teil der militärischen Einheiten des Landes ausüben - sei es durch Ernennung ihrer eigenen Leute, sei es durch die teils freiwillige, teils erzwungene Aufnahme der alten Militärs in die Partei - würden es Prieto nie verzeihen, wenn er sie ihre Übergewichts beraubte, um das seinige zu gewinnen.

So ist es in Wahrheit um die Einheit bestellt! Was die Militärdiktatur betrifft, so halten wir Prieto sehr wohl dazu in stande, daran zu denken. Aber wenn die Stalinisten sich ihm widersetzen, so nicht deshalb, weil sie eine sol

che an sich fürchten, sondern mehr, weil sie dann von Leuten ausgeübt werden würde, denen man eine Unabhängigkeit gegenüber den Direktiven Moskaus zu- trauen könnte. Bleibt die Frage des Waffenstillstandes. Diese wird sicherlich in London gestellt werden, wo gleichfalls die Haltung der K. Spaniens zur Debatte stehen wird.

Die K. Spaniens wird sich nach den aussenpolitischen Interessen Moskaus orientieren. Sie wird sich einer Militärdiktatur widersetzen, wenn sie sie nicht selbst ausüben kann. Sie wird sie verurteilen, wenn sie sich aller Gegen- entledigt hat. Sie wird jede Berührung mit Franco zurückweisen, wenn Sta- lin glaubt, dass die aussenpolitische Lage der SU es erfordert. Im umgekehr- ten Fall wird sie sie nicht nur hinnehmen, sondern ausserdem noch eine Kam- pagne zu ihren Gunsten führen. So sieht der eventuelle Verbündete der CNT ihr einige ihrer Führer aufzwingen wollen. Wir wissen sehr wohl, dass mit die ganze Mitgliedschaft der CNT einem solchen Fakt feindselig gegen- übersteht, aber die anarchistischen Führer wollen ihre Position verteidigen.

Es ist wirklich traurig, wenn der Mangel an politischem Weitblick einiger Leute, die durch die Angst vor einer Intervention oder aussenpolitischen Is- lierung geblendet sind, die CNT - die bis jetzt trotz mancher ihrer Irrtümer mit der proletarischen Revolution in Spanien verbunden war - selber zur Un- terdrückung dieses selben Proletariats führen würde. Wir wollen hoffen, dass die Vernunft siegen wird.

-o-o-o-o-

BLÜTEN AM BAUME DER VOLKSFRONT.
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Eine Schweizer Zeitung veröffentlichte vor kurzem folgende Darstellung der Parade der 3. Division der Schweizer Armee. Der patriotische Verfasser des betreffenden Artikels schrieb u.a.:

"Unter den Klängen des Berner Marsches ritten Bundesrat Klinger u. Oberst- korpskommandant Irizi über das Defilierfeld u. fassten hoch zu Ross Posten vor der Sitztribüne der offiziellen Gäste. Schlag 10 Uhr 30 begann der Ver- beir marsch der Truppen... Jetzt kamen sie daher, die Milizen der 3. Division. Kerngesunde Leute, ernste Mienen, stramme Haltung, martialischer Schritt, Kopf- hoch und Augen rechts, vorbei an dem sie jubelnd begrüssenden Volk in Zivil, den Behörden, fremden Offizieren u. dem Inspektor, Bundesrat Klinger... Beson- ders lobhaft begrüsst wurden die Landwehrtruppen, die gereiften Männer, die Familienväter, Kraft u. Mark des Volkes. Gewehre, leichte Geschütze, Kferde in Zucht und Ordnung, ein prächtiges Bild von Sch"nheit, Kraft u. Geschlossenheit. Links, rechts, links, Rythmus, Schwung, Selbstbewusstsein... Der Eindruck war r"chtig. Und er wird nachhaltig sein auf alle, die es miterleben durften. Ein Volk in Waffen, mit dem Einsatz des Letzten bereit zu schaffen, zu kämpfen - zu opfern, zu bluten für Freiheit u. Unabhängigkeit. Was es ererbte von seinen Vätern, es will es erhalten für seine Nachkommen. Volk u. Armee eine Einheit in der Gleichheit: Freiheit u. Vaterland, der höchste Ausdruck Schweizerischer Nation. Lebendige Kraft, wenn immer wieder genährt u. geläutert am reinen Ur- quell der Demokratie: einer für alle, alle für einen! Das zu erhalten, das zu fördern u. auszugestalten, dafür wirken auch die Kommunisten, ob im Bürger- kleid oder in der Uniform des Wehrmannes."

Aus dem letzten Satz dieses schönen Zitats haben unsere Leser wahrschein- lich erraten, um was für eine Schweizer Zeitung es sich hier handelt. In der Tat, es ist die "Freiheit", das Zentralorgan der K. der Schweiz. In der sich diese wilde Militärbegierstörung auslebt. Wie alle Sektionen der K., beschne- sen sich auch die Schweizer Stalinjünger in einer Weise, die bei Klassenbewusst- ten Arbeitern den lebhaften Drang vorherrufen muss, nicht nur die K. zu ver- lassen, sondern die steilsten Alpengipfel hinaufzuklettern. Das Renegatentum der schwei- zerischen K.-Führung, die vor den Offizieren der Schweizerischen Armee, deren Sympathien für die faschistische u. sonstige Reaktion bekannt sind, stramm steht u. die bereit ist, die Arbeiter als Kanonenfutter in den Dienst der Schweizer bürgerlichen Demokratie zu stellen, die bekanntlich das reaktionäre Regime einer Bourgeoisie ist, die auf das Engste mit den internationalen Kon- zernen des Finanzkapitals (nicht zuletzt des deutschen u. des italienischen) verbunden ist, dieses Renegatentum ist sowohl schmachlich als auch grotesk.

Wir sind in der "Arbeiterpolitik" bereits auf die Haltung führender Vertreter der Kf der Ver. Staaten vor der parlamentarischen Untersuchungskommission des Staates Massachusetts über "umstürzlerische Bewegungen" eingegangen und bringen heute einige weitere Bröckchen aus den Aussagen der Kf-Größen vor. Die Kommission, die zeigen, mit welchem renegeatenhaften Eifer sie ihre Bröckchenheit für die "vaterländischen Belange" der amerikanischen Bourgeoisie bekunden. Wir folgen hier dem Bericht von Al Hamilton im "Socialist Call", dem Organ der Sf der Ver. Staaten, vom 23. Oktober. Einem Kf-Führer wurde von einer Kommissionsmitgliede die Frage gestellt: "Sie unterstützen die Diktatur des Proletariats in Russland. Sie unterstützen den Sozialismus in Russland. Sie unterstützen die Herrschaft der Kf in Russland. Sollen sie diese Dinge in den Ver. Staaten haben?" Der geistige Sohn des "Vaters der Völker" antwortete auf diese Frage: "Nein, wir glauben an die amerikanische Demokratie." Unter anderem wurde auch Dave Grant, der Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes für den Staat Massachusetts, von der Kommission vernommen. Es entspann sich folgender Dialog:

Senator Burke: Glauben Sie daran, dass man Jungen lehren soll, dass sie nicht mit der Landesverteidigung zu tun haben sollen?

Dave Grant: Ich habe niemals etwas dergleichen gesagt. Ich glaube nicht daran.

Senator Burke: Glauben Sie an die Abschaffung der Nationalgarde wenn die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg entsprechend der Resolution des S. erarbeiteter der Kf?

Dave Grant: Nein.

Senator Burke: Glauben Sie an die Verteidigung Ihres Landes im Kriegsfall? Würden Sie denn kämpfen?

Dave Grant (betkräftigend mit dem Kopf nickend): Ja!

Holmes: Unterscheiden Sie, wie das Ihr Führer Lenin getan hat, zwischen "bürgerlicher Demokratie und Sowjetdemokratie", wie das ein anderes Mitglied der Kommission zitiert hat? (In der Kommission war eine Rede von Lenin in die Kf Russlands zitiert worden).

Grant: Nein, wir machen keinen solchen Unterschied."

Jeder Kommentar ist hier überflüssig. Die Kf bleibt natürlich in dem konterrevolutionären Wettbewerb der Sektionen der Kf nicht zurück. Sie ruft mit den Faschisten "Frankreich den Franzosen". Sie lässt den neu einrückenden Rekruten durch die Lippen des kommunistischen Jugendverbandes erklären, dass es eine "Lust" sei, Soldat (nämlich im Dienste des französischen Imperialismus) zu sein. Die kommunistischen Arbeiter müssen begreifen, dass das, was die Kf-Führer tun, nichts weiter ist als eine fortwährende Verleugrung und Beschmutzung des Kommunismus.

-o-o-o-o-

FERNÖSTLICHE SCHACHZÜGE.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Wenn sie von chinesischer Seite stammenden Nachrichten zutreffen, so wird sie eine der japanischen Vormarschlinien in Nordchina abgeschnitten werden. Die zweite gestört, und zwar durch Partisanenoperationen. Die Kämpfe um Schanghai fesselten mindestens 120 000 japanischen Soldaten. Aus alledem ergibt sich, dass der chinesische Widerstand Japan zu militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Anstrengungen nötigt, die weit grösser sind als diejenigen, die gegen die Militäreliten ursprünglich gerechnet hatte. Japan ist zu grossen Goldverschiffungen genötigt (191 Millionen Dollar seit dem 8.5.37, nach Amerika). Es musste seine Einfuhr an Textilrohstoffen u. seine Ausfuhr an Textilfabrikaten stark einschränken.

Die Pazifische Konferenz ist am 3. November in Brüssel zusammengetreten. Die Schachzüge gegen sie hat Japan unternommen: 1. ein "Friedensangebot" an China, das folgendermassen aussieht: a) Anerkennung der Unabhängigkeit des Königreichs von Japan proklamierten "Unabhängigen Mongolischen Staates"; b) Unabhäng-

gigkeit der fünf chinesischen Nordprovinzen; c) Abtretung der von den Japanern besetzten Gebieten um Schanghai; d) Fischereirechte für Japan an der ganzen chinesischen Küste bis nach Indochina; e) Austritt Chinas aus dem Völkerbund; f) Verzicht Chinas auf eine Luftflotte. 2. Eine offizielle japanische Bereitschaftserklärung, eine "deutsche Friedensvermittlung" zuzulassen. 3. Die Ankündigung, dass der Anschluss Italiens an den deutsch-japanischen sogenannten antikommunistischen Pakt bevorstehe. 4. Die Nichtteilnahme Japans und Deutschlands an der Brüsseler Konferenz. 5. Eine verstärkte antibritische Pressekampagne.

Alle diese Manöver sollen die englisch-amerikanischen Versuche zur Hinterrückung durch die Brüsseler Konferenz ihrerseits eine "Friedensvermittlung" propagandistisch u. diplomatisch einzuleiten, die die imperialistischen Interessen dieser Mächte gegen Japan und China zur Geltung bringen.

Darum allein handelt es sich bei der Brüsseler Konferenz. Die Beschwerden an die Brüsseler Konferenz, die von den Parteien der Kommunistischen Internationale ausgehen, dass die "grosse Demokratie" dem japanischen Angriff in den Arsen fallen, sind aussichtslos, sie können nur die internationale Arbeiterklasse irreführen, sie zu tatsächlichen Zutreibern des englisch-amerikanischen Imperialismus machen u. ihre eigene selbständige Klassenaktion hemmen. Die unentbehrliche Voraussetzung für die eigene internationale Klassenaktion des Proletariats wäre die rücksichtslose Aufdeckung u. Zurückweisung der imperialistischen Ziele des englisch-amerikanischen Imperialismus in China u. die Gegenüberstellung eines eigenen anti-imperialistischen Aktionsprogramms der Arbeiterklasse in der chinesischen Frage, deren Kernpunkt die Ablehnung sowohl der japanischen Kriegsziele in China, als die Aufhebung der europäisch-amerikanischen imperialistischen Privilegien in China sein müsste.

Die Brüsseler Konferenz ist schon so organisiert, dass sie keinen anderen Zweck dienen kann als der öffentlichen imperialistischen Propaganda und der geheimen imperialistischen Schacher der "grosse Demokratie" um China. Sie ist keine Völkerbundskonferenz - also sind Sanktionen ausgeschlossen. Sie ist auch keine Neun-Mächtekonferenz, ihr Hauptzweck ist, einen gemeinsamen Nenner für die Vertretung der europäisch-amerikanischen imperialistischen Interessen in China gegenüber Japan u. China zu finden, die anderen Teilnehmer an der Konferenz für diese Interessen einzuspannen u. nicht zuletzt die internationale Arbeiterklasse in diesem Sinne zu beeinflussen.

-o-o-o-

MAURICE GEHT UNTER DIE HEILIGEN.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Generalsekretär der KPF, Maurice Thorez, hat am 26. Oktober 1937 vor den "Kadern" der fünf Pariser Regionen der KP einen Vortrag über das Thema: "Kommunisten und Katholiken" gehalten, in dem er die Politik der (nach der Wehrmachtskessel) "ausgestreckten Hand" behandelte. Wie sind nachgerade schon daran gewöhnt, dass die Führer der KPF uns allen möglichen reaktionären Mist als neue "Bereicherung" der marxistischen Theorie versetzen. Aber der letzte Vortrag von Thorez ist selbst für die Verhältnisse der KPF-Führung eine Leistung. Die unterwürfige Reklame, die Thorez für die Katholische Kirche macht, ist nicht nur vom Standpunkt des Kommunismus, des revolutionären Marxismus u. Lenismus eine Schande. Die KPF liegt uns sonst bei der Verteidigung ihrer Volksfrontpolitik mit grossen Reden über die Traditionen der bürgerlichen Revolution u. des bürgerlichen Fortschritts in Frankreich in den Ohren. Nun hat die bürgerliche Revolution gerade in Frankreich eine sehr mächtige Tradition des Antiklerikalismus hinterlassen, eine Tradition, die nicht nur von den klassenbewussten Arbeiter weitergeführt u. weiterentwickelt worden ist, sondern auch in breiten Schichten von städtischen Kleinbürgern, Intellektuellen, Bauern lebt. Jetzt kommt Thorez u. hält eine Rede, die vorzutragen sich ein durchschnittlicher Radikalsozialist schämen würde, von den Reformisten des rechten Flügels der SFIO garnicht erst zu reden.

Thorez erklärte in seiner Rede:

"Der philosophische Materialismus der Kommunisten ist weit von dem religiösen Glauben der Katholiken entfernt. Aber wenn auch ihre Lehrauffassungen so entgegengesetzt sind, ist es unmöglich, nicht festzustellen, dass die

einen u. die anderen von dem gleichen edlen Eifer besetzt sind, dem tausendjährigen Streben der Menschen nach einem besseren Leben eine Antwort zu geben."

Es ist demnach erfreulich, dass Thorez zugibt, dass zwischen katholischer Religion u. dialektischem Materialismus ein Gegensatz vorhanden ist. Leider scheint er nicht zu wissen, worin dieser Gegensatz nun eigentlich besteht. Lassen wir zu der von Thorez angeschnittenen Frage Marx selber sprechen. Wir wollen hier an eine Debatte über das Verhältnis von Christentum und Kommunismus erinnern, an der Marx sich beteiligte.

Im Jahre 1847 erschien in der Zeitung "Rheinischer Beobachter" ein (von dem besagten Mitarbeiter Bismarcks, Hermann Wagemann verfasster) Artikel, in dem es u. a. hieß:

"Was ist nun das A und O des christlichen Glaubens? Das Dogma von der Erbsünde u. von der Erlösung u. darin liegt die solidarische Verbindung der Menschheit in ihrer höchsten Potenz; einer für alle u. alle für einen... Wir bitten auch im Vater unser: "Führe uns nicht in Versuchung". Und was wir uns erbiten, das sollen wir selbst gegen unsere Nebenmenschen üben. Unsere sozialen Zustände versuchen aber allerdings die Menschen, u. das Übermass der Not reizt zum Verbrechen. Solche Zustände darf ein christlicher Staat nicht dulden, er muss dem abhelfen. Geschichte das, so hat man die kommunistischen Umtriebe nicht weiter zu fürchten. Auch das ohnehin langweilige Gerede über den Kommunismus kann man sparen. Wenn nur diejenigen, die den Beruf dazu haben, die sozialen Prinzipien des Christentums entwickeln, dann werden die Kommunisten bald verstummen müssen."

Wenn Thorez damals gelobt hätte, so wäre er dem Verfasser eines solchen Artikels wegen dessen "edlen Eifers" im Interesse des "tausendjährigen Strebens der Menschen nach einem besseren Leben" sicher um den Hals gefallen. Marx Marx antwortete aber in der "Deutschen Brüsseler Zeitung" v. 12. September 1847 in einem Artikel unter der Überschrift "Der Kommunismus des Rheinischen Beobachters" folgendermassen auf die Versuche Wagemanns, eine Ähnlichkeit zwischen dem Kommunismus u. den Soziallehren des Christentums festzustellen:

"Solche Zustände, erklärt der Herr Konsistorialrat, darf ein christlicher Staat nicht dulden, er muss dem abhelfen. -

Ja, mit absurden Windbeutelereien über die solidarischen Verpflichtungen der Gesellschaft, mit imaginären Überschüssen u. nicht akzeptablen Wechseln auf Gott Vater, Sohn u. Kompanie. -

Sach das ohnehin langweilige Gerede über den Kommunismus kann man sparen, meint unser beobachtender Herr Konsistorialrat. Wenn nur diejenigen, die den Beruf dazu haben, die sozialen Prinzipien des Christentums entwickeln, dann werden die Kommunisten bald verstummen. -

Die sozialen Prinzipien des Christentums haben jetzt 1800 Jahre Zeit gehabt, sich zu entwickeln u. bedürfen keiner ferneren Entwicklung durch preussische Konsistorialräte.

Die sozialen Prinzipien des Christentums haben die antike Sklaverei gerechtfertigt, die mittelalterliche Leibeigenschaft verherrlicht u. verstecken sich ebenfalls im Notfall dazu, die Unterdrückung des Proletariats, wenn auch mit etwas jüngerlicher Miene zu verteidigen.

Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Notwendigkeit einer herrschenden u. einer unterdrückten Klasse u. haben für die letztere nur den frommen Wunsch, die erstere möge wohlthätig sein.

Die sozialen Prinzipien des Christentums setzen die konsistorialrätliche Ausgleichung aller Infamien in den Himmel u. rechtfertigen dadurch die Fortdauer dieser Infamien auf der Erde.

Die sozialen Prinzipien des Christentums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrücker gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde oder sonstige Sünden oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlössten nach seiner unendlichen Weisheit verhängt."

Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut - kurz alle Eigenschaften der Kanaille, u. das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz u. seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot.

Die sozialen Prinzipien des Christentums sind duckmäuserig, u. das Proletariat ist revolutionär.
So viel über die sozialen Prinzipien des Christentums".

Die Polemik von Marx richtete sich zwar nicht gegen einen katholischen, sondern gegen einen Vertreter der protestantischen Kirche. Aber sie trifft auch die Lehren der katholischen Kirche.

Lassen wir aber den heiligen Maurice in seiner Predigt fortfahren. Er zitiert eine Stelle aus Engels über das Urchristentum u. sagt dann:

"Die progressive Rolle des Christentums erscheint auch noch später in der Organisation der Wohltätigkeit, der Solidarität, in dem Versuch, die Beziehungen unter den Menschen der Epoche des Feudalismus gerechter u. friedlicher zu gestalten, in den Bestrebungen der religiösen Gemeinschaften, die der Absicht, der Sache und der Tat nach kommunistische Gruppierungen waren..."

Der heilige Maurice unterschlägt ganz einfach die Tatsache, dass die Kirche die mächtigste Verteidigerin u. Nutznieherin der feudalen Ausbeutung im europäischen Mittelalter gewesen ist, dass ihre Versuche, die Beziehungen der Menechen des Feudalismus "gerechter u. friedlicher" zu gestalten, darin bestanden, dass z. B. durch die Einrichtung von "Gottesfrieden" der Versuch gemacht wurde, die Kämpfe innerhalb der ausbeutenden Schichten der feudalen Gesellschaft einzuschränken. Die Kriege der verschiedenen Päpste u. Bischöfe im Mittelalter, die Kreuzzüge gegen Ketzer u. Mohammedaner sind nach Thorez offenbar Beispiele des kirchlichen Faschismus der feudalen Epoche. Der historische "Kommunismus" des Mittelalters, den Thorez entdeckt haben will, hat bekanntlich darauf beruht, dass die Klöster riesige Ländereien besaßen (1) dass ihre Insassen von dem Ertrag der Arbeit der leibeigenen u. hörigen Bauern lebten, die diese Ländereien bearbeiteten. Maurice aber erzählt uns Parasitendasein der Mönche, von dem noch heute das schöne Lied über "la vie que les moines font" erzählt, sei wirklicher Kommunismus gewesen.

Thorez behauptet weiter, dass der französische Klerus während der großen Revolution es verstanden habe, "nahe beim Volke zu bleiben". Er führt als Beweis für diese kühne Behauptung die Haltung verschiedener Landesgeistlichen an. Das ist eine ganz frische Geschichtsfälschung. Die Geistlichen, die sich der Revolution anschlossen, wurden von der Kirche verfolgt u. diejenigen unter ihnen, die mit der Revolution Schritte nichten, gaben ihren geistlichen Beruf auf. Die Kirche als Institution aber, u. mit ihr die Mehrheit des Klerus, war ein erbitterter Feind der Revolution, vor allem aber auf dem Höhepunkt der Revolution, während der Diktatur der Jakobiner.

Ein besonderer Glanzpunkt in der Rede von Thorez ist das, was er in Bezug auf die Enzykliken der Päpste Leo XIII. u. Pius XI. über die Arbeiterbewegung sagt. Also sprach der heilige Maurice:

"Die Enzyklika "Rerum novarum" des Papstes Leo XIII. hat dieses Übel ("die wirtschaftliche Unterdrückung der ungeheuren Mehrheit der Proletarier... durch eine kleine Anzahl von Reichen) im Jahre 1891 fast in denselben Ausdrücken geißelt wie das um ein halbes Jahrhundert ältere "Kommunistische Manifest" von Marx u. Engels.

entweder

Nach Thorez müssen wir also annehmen, dass Marx u. Engels bescheidene Vorläufer seiner Heiligkeit Leo XIII. gewesen sind oder aber dass die Lehren von Marx u. Engels nicht durch Lenin, Rosa Luxemburg usw., sondern durch die katholische Kirche weitergeführt worden sind. Welche Unverschämtheit gehört dazu, um die Arbeiterbewegung u. ihre Tradition auf diese Weise zu wachsmachen!

Damit jeder schon kann, was es mit der "Ähnlichkeit" der Enzyklika "Rerum Novarum" u. des "Kommunistischen Manifestes" auf sich hat, wollen wir hier einige Sätze aus der erwähnten Enzyklika zitieren. Es heisst das:

"Die Sozialisten wecken, um dieses Übel (es handelt sich wie schon erwähnt, um die Unterdrückung der "ungeheuren Mehrheit der Proletarier... durch eine kleine Anzahl von Reichen") zu heilen, den eifersüchtigen Hass der Armen gegen die Besitzenden u. behaupten, dass alles Eigentum an privaten Gütern aufgehoben werden soll... Aber eine solche Theorie würde, weit davon entfernt

dem Konflikt ein Ende zu machen, bei ihrer praktischen Durchführung den Arbeiter schädigen. Übrigens ist sie durch u. durch ungerecht, da sie die legitimen Rechte der Eigentümer verletzt, die Funktionen des Staates verflüchtigt u. darauf abzielt, das gesellschaftliche Gebäude vollständig umzustürzen".

Die Enzyklika des Papstes Leo XIII. war ein Kampfdokument gegen den Sozialismus zur Verteidigung der "legitimen Rechte" der Kapitalisten, des Privateigentums der Ausbeuter gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen den Marxismus. Und jetzt kommt ein politischer Schwindler wie Thorez u. erklärt, Marx u. Leo XIII. hätten eigentlich das gleiche gewollt. Wir erwarten, dass Thorez uns nächstens beweist, dass der Leninismus die unbefleckte Empfängnis der Jungfrau Maria anerkenne...

-o-o-o-

DER LILLER PARTEITAG DER RADIKALEN.
oo

Der Liller Parteitag der Radikalen hat keine besonderen Überraschungen gebracht. Die vom Parteitag angenommene Erklärung zur politischen Lage fordert als Bedingung für das weitere Verbleiben der Radikalen in der Volksfront die unbedingte Unterordnung derselben unter die Wünsche der Grossbourgeoisie. Die "Pause", die Beschlüsse von Rambouillet, die Bonnetsche Finanzpolitik werden nochmals feierlich bestätigt. Der radikale Parteitag erklärt, dass die Radikalen nur dann die Volksfront beibehalten werden, wenn die Arbeiter sich den Forderungen des Kapitals fügen - u. jetzt werden die Führer der SFIO, der KLF u. der CGT wieder mit ihrem Sprüchlein kommen, dass die Proletarieat im Namen der Aufrechterhaltung der Volksfront darauf achten müssen, dass sie nur ja keine Aktionen unternehmen, die das gute Einverständnis mit den Radikalen stören könnten.

Es ist noch zu notieren, dass Bonnet, der immer mehr zum erklärten Führer des rechten Flügels der Radikalen wird, die Annahme einer, zwar später desavouierten, Resolution durchsetzte, die eine offene Kampfansage an die SFIO war. Dagegen soll darüber privatim gesagt haben, dass die Resolution "verfrüht" gewesen sei. Sie zeigt allenfalls, wie die radikale Partei sich immer mehr auf eine Rückkehr zur "union nationale" einrichtet.

Herriot forderte in seiner Rede die nationale "Einigkeit", liess den Burgfrieden gegenüber dem äusseren Feind. Bezeichnend ist, dass die SU in der aussenpolitischen Resolution des Parteitages überhaupt nicht erwähnt wird.

DIE VOLKSFRONT IN MAROKKO. In Marokko, wo es in der letzten Zeit zu einer Reihe von gewaltsamen Zusammenstössen der französischen Kolonialbehörden mit den Eingeborenen gekommen ist, unter denen als Folge der kolonialen Ausbeutungsmethoden der nackte Hunger wütet (vor allem unter den Bauern) ist jetzt ein Regime der rücksichtslosen Unterdrückungsmassregeln eingeführt worden.

Wie dieses Regime sich auf die französischen Volksfrontparteien in Marokko auswirkt, kann man einem Artikel von Marceau Rivart, dem Führer des linken Flügels der SFIO, entnehmen (Populaire 30.10.37) in dem u.a. folgende erbauliche Dinge zu lesen sind:

"Wir sagen, dass es nicht zu dulden ist, dass Zeitungen der Partei, wie "Das sozialistische Marokko" verboten sind, dass Militanten der Partei, wie Ben Salom verhaftet werden, dass die Vertrauensleute des antifaschistischen marokkanischen Volkes ins Gefängnis geworfen werden, dass die hohle Verwaltung offen die heiligsten Interessen der demokratischen u. proletarischen Sache verrät. Wir sagen, dass die Aufbesserung der Gehälter der Beamten seit langer Zeit schon hätte durchgeführt werden müssen.

Wir werden ihnen (den soz. Ministern) sagen, dass man damit Schluss machen muss u. dass, auf die Gefahr hin die Unruhe der Bourgeoisie hervorzurufen (da sie die Fest die Bildung einer revolutionären Opposition fürchtet), unsere Minister eine andere Politik verlangen oder gehen müssen".

VOR EINEM NEUEM THEATERCOUPE HITLERDEUTSCHLANDS? In der internationalen Presse zirkuliert das Gerücht, dass Hitler einen neuen Theatercoup u. zwar diesmal in der Kolonialfrage, durchzuführen beabsichtige. Hitler wolle in seiner nächsten Reichstagsrede offiziell ankündigen, dass Deutschland von nun ab die Kolonialmandate, die durch den Versailler Vertrag geschaffen worden

sind, und durch die u.a. die früheren deutschen Kolonien in Afrika an England u. Frankreich gegeben worden sind, als null u. nichtig betrachte u. sich vorbehaltlos weitere Folgerungen aus diesem Akt zu ziehen. Die internationale Lage wäre einem solchen Theaterecup nicht günstig. Ein unmittelbares Ergebnis in der Kolonialfrage selbst kann aber kaum die Folge sein. Deutschland ist weder imstande, in seinen ehemaligen afrikanischen Kolonien eine militärische Aktion zur Durchsetzung seiner Ansprüche durchzuführen, noch ist es zu einem allgemeinen Krieg bereit. Das Manöver zielt darauf ab, mindestens auf irgendeinem anderen Gebiete für seine imperialistischen Forderungen irgendetwas herauszuschlagen.

GASTON LADMIRAL IN FREIHEIT. In Nr. 43 der "Arbeiterpolitik" berichteten wir, dass das SFIO-Mitglied Admiral (französischer Freiwilliger im republikanischen Spanien) unter der unwahrscheinlichen Anklage der Spionage zu Gunsten Hitlers in Spanien zum Tode verurteilt worden war.

Der Parteivorstand der SFIO beschäftigte sich nun in seiner Sitzung v. 25. Oktober mit der Verurteilung Admirals. Der Parteivorstand beschloss einen Protest an die Regierung Negrin zu richten. Gleichzeitig unternahm Paul Faure eine Demarche beim frz. Aussenministerium, um es zu veranlassen sich für Admiral einzusetzen. Die sozialistische Rechtsanwaltsvereinigung schloss sich dem Protest an und forderte von der spanischen Regierung Einsichtnahme in die Anklage- u. Protestakten gegen Admiral. Die Wirkung des Protestes war, dass Admiral nach zwei Tagen freigelassen u. auf das französische Konsulat in Barcelona geführt wurde.

Dieser Fall zeigt wieder, mit welcher verbrecherischen Leichtfertigkeit revolutionäre gestimmte Arbeiter von Valencia zu Spionen Hitlers, Francos u. Mussolinis ernannt worden. Der Fall Admiral -L. sympathisierte mit der "Ocul"- zeigt aber zugleich, wie die erlogenen Beschuldigungen gegen die FOUM-Führer zu beurteilen sind.

DIE SOZ. RECHTSANWALTSVEREINIGUNG ZUM FOUM-PROZESS. Die genannte Vereinigung nahm zur Anklage gegen die FOUM-Führer folgende Entschliessung an;

Nach Anhören eines Berichts über die im republikanischen Spanien eingeleiteten politischen Prozesse gegen die FOUM, nach Kenntnisnahme der Dokumente u. Informationen, die ihr unterbreitet worden sind über die gegen sie erhobenen Vorwürfe,

konstatiert sie, dass die anfängliche Anschuldigung der Spionage einer verschiedenartigen Anschuldigung Platz gemacht hat,

konstatiert sie mit Bedauern das Eindringen der Polizei, besonders seitens einer Partei, in die Angelegenheiten der Justiz,

äussert sie den dringenden Wunsch, dass die republikanische Regierung Spaniens den Angeklagten alle Rechtsgarantien, die Nichtrückwirkbarkeit des Strafgesetzes, die Öffentlichkeit der Debatten, die Freiheit u. die Unverletzlichkeit der Verteidigung gewährleistet.

DIE RADIKALEN SETZEN IHRE KAMPAJNE FÜR DIE VERSCHLECHTERUNG DER SOZIAL-GESETZE FORT.

F. Hecker lässt sich in "La République" wie folgt vernehmen: "Unsere Regierung wird also wahrscheinlich nicht darum herumkommen, wenn sie ernstlich der Schraube ohne Ende das notwendige Ziel setzen will, eine Revision auf Zeit der sozialen Gesetzgebung ins Auge zu fassen. Das wird ein schwieriges Stück Arbeit werden. Es gilt daher, die Syndikate der Arbeiterschaft von der Ehrlichkeit u. der Notwendigkeit der kommenden Revision restlos zu überzeugen."

Veranlassung zu diesen tief sinnigen Betrachtungen gibt diesmal das Defizit der Handelsbilanz. Wir haben uns mit diesem "Argument" schon auseinandergesetzt. Die Handelsbilanz ist kein Gradmesser für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage u. erst recht keine Rechtfertigung eines Angriffs auf die Sozialgesetzgebung. F. Hecker möge uns doch einmal sagen, wann die französische Handelsbilanz einmal aktiv gewesen ist. "Behobung der Handelsbilanz" (Mehrarbeit), "Stabilisierung der Löhne u. Gehälter" (Keine Anpassung an die steigenden Preise also), "Anpassung der sozialen Errungenschaften an die wirklichen Bedürfnisse einerseits u. an die wirtschaftlichen Möglichkeiten andererseits" (also ihren Abbau), das bezeichnet F. Hecker im Namen der radikalen Partei als das Programm, das durchgeführt werden muss und wozu sie die Volksfront u. die Mitwirkung der Arbeiterparteien verlangt.

Erscheint wöchentlich.

Einzel exemplar: 0.75 Cts.
Monatlich: 2.50 Fr.
Ausland: 50. Cts.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 46/IV. Jahrgang.

Zweite Novemberwoche 1937.

DES NEUE DREIBUND .
oooooooooooooooooooo

Der Beitritt Italiens zu dem deutsch-japanischen Antikominternabkommen leitet eine neue Phase in dem Kampf um die imperialistische Neuverteilung der Welt ein, der seit der Eroberung Mandchukos durch Japan u. Abessinians durch Italien im Gange ist.

Das Abkommen, unter das Italien jetzt seine Unterschrift gesetzt hat, wurde - wie erinnerlich - im November vorigen Jahres in Berlin zwischen der Hitlerregierung u. der japanischen Regierung geschlossen. Es besagt (in Artikel I), dass Deutschland u. Japan übereinkommen, "sich gegenseitig über die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale zu unterrichten, über die notwendigen Abwehrmassnahmen zu beraten u. diese in enger Zusammenarbeit durchzuführen" (es kündigt ferner (in Artikel II) an, dass Deutschland u. Japan "dritte Staaten, deren innerer Friede durch die Zersetzungsbearbeit der Kommunistischen Internationale bedroht wird, gemeinsam einladen" werden, "Abwehrmassnahmen im Geiste dieses Abkommens zu ergreifen oder an diesem Abkommen teilzunehmen" In einer Zusatzabkommen werden ein "Austausch über die Tätigkeit der Kom. Internationale", "Aufklärungs- u. Abwehrmassnahmen" gegen sie, "strenge Massnahmen" gegen diejenigen, die sich im Dienste der Kom. Internationale betätigen, u. die Schaffung einer ständigen Kommission zu diesem Zwecke vorgesehen.

Schon vor einem Jahre konnte nicht daran gezweifelt werden, dass der Kampf gegen die Kom. Internationale, der scheinbar der Zweck dieses Abkommens ist, nur eine Fälschung der wahren Absichten des deutschen u. japanischen Imperialismus darstellte, dass dieses Abkommen vielmehr eine Verständigung zweier imperialistischer Räuber über ihre Raubpläne bedeutete. Das Jahr, das seit dem Abschluss des Abkommens verfloßen ist, hat diese Einschätzung des Abkommens bestätigt. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus begannen Hitler u. Mussolini ihren Eroberungszug in Spanien, unter der Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus entfachte Japan den Krieg gegen China. Und ebenso werden morgen unter der Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus Deutschland, Italien u. Japan irgendein anderes Land überfallen, das ihnen für einen Überfall reif erscheint. Mit zynischer Offenheit hat M. Sayda, das aussenpolitische Sprachrohr Mussolinis, in der "Giornale d'Italia" anlässlich des Beitritts Italiens zu dem Antikomintern-Abkommen die kriegerischen Absichten des neuen Dreibundes enthüllt, in der er darauf hinwies, dass dieser über 200 Millionen Menschen u. eine Flotte von 2 Millionen verfügt.

Das Zustandekommen der neuen Tripleentente hat besonders in England grosses Aufsehen u. starke Unruhe hervorgerufen. Die englische Bourgeoisie fürchtet, dass das deutsch-japanisch-italienische Abkommen sich weniger gegen die Sowjetunion, als gegen die Ver. Staaten, Frankreich u. vor allem England richtet. In der Tat sind unmittelbar in erster Linie die Interessen des englischen Imperialismus durch das Zusammengehen des deutschen, italienischen u. japanischen Imperialismus bedroht. Im Mittelmeer gefährdet Mussolini durch seine Festsetzung in Spanien, auf den Balearen u. in Spanisch-Morocco englisches Kapital u. die englischen Verkehrswege. Mussolini versucht, die nationale Unabhängigkeitsbewegung der Araber in Palästina, Ägypten usw. für die Zwecke des italienischen Faschismus auszunützen. Deutschlands For-

derungen, ihm seine afrikanischen Kolonien zurückzugeben - die Mussolini unbedingt unterstützt -, richtet sich gegen England, Japan unterminiert in China die Positionen des englischen Imperialismus. Jetzt deutet verschiedene Anzeichen, dass Deutschland u. Italien auch in Asien als Konkurrenten Englands auftreten werden.

Obwohl Deutschland seit dem Abschluss des Abkommens mit Japan Italien gedrängt hatte, ebenfalls dem Abkommen beizutreten, hat sich Mussolini ein Jahr Zeit gelassen, bis er seine Unterschrift unter das Dokument setzte. Mussolinis Zögern, die Achse Rom-Berlin bis nach dem Fernen Osten auszudehnen u. sich durch ein Abkommen fest an diese Achse zu binden, lässt sich aus seinen Verhältnis zu England erklären. Solange der italienische Faschismus noch die Hoffnung hatte, mit dem englischen Imperialismus zu einer Verständigung zu gelangen, ging er jeder festen Bindung an Berlin u. Tokio aus dem Wege. Aber die erhoffte Verständigung mit England kam nicht. Die englischen Forderungen: Trennung von Berlin, Verzicht auf jeden Festsetzung in spanischen Territorien, Einstellung der antienglischen Propaganda unter den Arabern schienen Mussolini zu hoch für das, was er von englischer Seite erwarten konnte: Anerkennung Abersiniens u. finanzielle Hilfe. Die nachherlichen Versuche Englands, Italien um die spanische Siegesbeute durch eine direkte Verständigung mit Franco zu prollen, zeigten Mussolini, dass der englische Imperialismus nicht daran denkt, die italienischen Herrschaftsansprüche im Mittelmeer anzuerkennen. Die Unterzeichnung des deutsch-japanischen Abkommens durch Italien ist die Antwort des italienischen Imperialismus auf diese Versuche Englands.

Der neue Dreibund tritt in dem Augenblick auf die geschichtliche Bühne, da in Erüssel schreckliche Forderungen von Seiten Englands, der Ver. Staaten u. Frankreichs gemacht worden, ihre imperialistischen Interessen in China zu retten. "Hände weg von China", rufen jetzt Deutschland u. Italien gemeinsam mit Japan der Erüsseler Konferenz zu.

Der Dreibund hofft, dass ihm weitere Staaten beitreten werden, die bereits mehr oder minder unter deutsch-italienisch-japanischen Einfluss stehen u. genannt werden u. a. Portugal, Polen (dessen außenpolitische Beziehungen zu Nazideutschland sich durch den Abschluss des Minderheitsabkommens nach Wochen der Spannung wieder verbessert haben), Jugoslawien (dessen Außenminister Stojadinowitsch das Abkommen lobhaft begrüßt hat), Ungarn u. Brasilien. Ob die genannten Staaten sich dem Dreibund anschließen werden, ist bei den meisten von ihnen nur eine Opportunitäts-, aber keine Prinzipienfrage. Bisher ist, dass das deutsch-italienisch-japanische Zusammengehen nicht verfallen wird, auf eine Reihe von kleinen Staaten, die sich durch das Vorgehen des Völkerbundes, angesichts der Haltung der bürgerlich-demokratischen Regierungen, infolge der aussenpolitischen Schwächung der Sowjetuni- scheitern fühlen, einsehüchternd wirken wird.

Der faschistische Dreibund ist eine neue Mahnung an die internationale Arbeiterschaft, mit der verhängnisvollen Politik der II. International. und der KP zu brechen, die darin besteht, den selbständigen Kampf der Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg zu vereiteln u. ihnen einzureden, die demokratischen Imperialisten Englands, Frankreichs u. Amerikas würden die Erhaltung des Friedens sichern u. einen neuen Weltkrieg abwenden.

-o-o-o-o-

DER NATIONALRAT DER SFIO.
oooooooooooooooooooooooooooo

Der Nationalrat der SFIO hat mit 4 426 Mandaten gegen 909 die weit we Verbleiben der sozialistischen Minister in der Regierung Charbonis abgelehnt. Die Richtung Zyromski oder vielmehr das Sammelurium von Richtungen, das sich bei Parteikonferenzen hinter Zyromski sammelt, ging diesmal mit Bismarck und Paul Faure u. forderte lediglich in einem Zusatzantrag zur offiziellen Resolution die Teilnahme der KP an der Regierung. Dieser Zusatzantrag wurde abgelehnt, denn die radikalen Regierungspartner denken bekanntlich an eine Erweiterung der Regierung nach rechts, nicht aber daran, der KPF Ministerposten zu geben.

Die von dem Nationalrat angenommene Resolution beauftragt die sozialistischen Minister, sich innerhalb der Regierung um die Verwirklichung einer ganzen Reihe von Massnahmen, wie Altersunterstützung, nationaler Arbeitslosenfonds, Nationalisierung der Versicherungen u. verschiedener Trusts zu "bemühen". Die Führer der SFIO wissen sehr gut Bescheid, wie ihre "Bemühungen" gescheitern werden, sind sie doch selber für die "Fausc". Sie haben in ihrer Resolution nur deshalb eine Reihe von radikal klingenden Forderungen aufgeschrieben, um die allgemeine Unzufriedenheit der SFIO-Mitglieder mit der gegenwärtigen Regierungspolitik zu beschwichtigen. Es ist bezeichnend, dass auf dem Nationalrat so gut wie alle Delegierten die gegenwärtige Regierungspolitik kritisierten, u. zwar auch solche die im Namen des bekannten "kleineren Übels" für das Verbleiben in der Regierung waren.

Blum hat in seiner Rede erklärt, dass die SFIO-Minister in der Regierung keineswegs die "Rolle der Bremse" spielten, d.h. also wohl, dass sie dort eine verhängnisvollere Kraft darstellen. Uns scheint, dass Chateauge in seiner Rede in Châteauneuf am 24. Oktober die Rolle der SFIO-Führer besser gekennzeichnet hat. Chateauge sagte damals:

"Es wäre für den sozialen Frieden gefährlich... Parteien in die Opposition zurückzuwerfen, die einen starken Einfluss unter den Arbeitervätern haben und deren Action sich bisher im Sinne der Massigung ausgedrückt hat".

Die SFIO-Minister scheinen sich also gernicht von den Blum u. Paul Faure vorbestritten, sie sind vielmehr mit Recht der Ansicht, dass deren Rolle darin besteht die Action der Arbeiter zu bremsen.

Die Antwort-Gruppe hat den sofortigen Rücktritt der sozialistischen Minister gefordert. Ihre Resolution leidet zwar unter den bekannten Schwächen dieses Gruppenkeins (grundsätzliche Ablehnung der Volksfront), enthält aber einen sehr scharfen Protest gegen die Politik der Volksfrontregierung u. auch gegen die Bergfriedensideologie.

-o-o-o-o-

DIE ENGLISCHEN GEMEINDEWAHLN. oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Ergebnisse der Gemeindevahlen in Grossbritannien zeigen, dass abgesehen von den Londoner Gemeinden die Labour Party (Arbeiterpartei) keinen wirklichen Fortschritt gemacht hat. Die Labour Party u. die kommunistische Partei weisen darauf hin, dass der Stand von 1934 in London überschritten u. in der Provinz im ganzen gehalten worden ist. Aber sie überschauen dabei, dass die Wahlen von 1934 der Labour Party nur einen Teil der Sitze wiederbroughten, die sie 1931 bei den allgemeinen Wahlen u. den darauffolgenden Gemeindevahlen verloren hatte. Nur in bezug auf London kann man sagen, dass hier der höchste Stand, der je erreicht worden war, überschritten worden ist. Ausser dem Londoner Grafschaftsrat beherrscht die Labour Party jetzt 17 von den 26 Gemeinden von Gross-London. (Gross-London besteht aus einer Reihe einzelner Stadtgemeinden, die zusammen eine besondere Grafschaft (département) bilden). In 5 von diesen Gemeinderäten befindet sich nicht ein einziger Konservativer oder Liberaler. In Stepney siegte ein Kommunist über einen Labour-Kandidaten. Drei Kandidaten sind hier gewählt worden, von denen zwei Mitglieder der Labour Party sind. Die CP stellte nur einen Kandidaten auf, den sie mit einer schwachen Mehrheit durchbrachte.

Die Wahlergebnisse in der Provinz enttäuschen. In Lancashire hat die Labour Party verloren. Lancashire ist eines der grössten Industriegebiete des Landes. Birmingham wurde von den Konservativen zurück erobert. In Liverpool verlor die Labour Party 8 Sitze. Hier trat die Labour Party nie der Forderung auf, die öffentlichen Zuschüsse an die katholischen konfessionellen Schulen zu erhöhen. In Liverpool haben in der Labour Party reaktionäre katholische Elemente, die nach der Auflösung der katholischen Partei in die Labour Party gekommen sind, entscheidenden Einfluss. Der Einfluss der katholischen Kirche auf die Labour Party ist eine wachsende Gefahr für diese u. muss bekämpft werden.

Die Labour Party verlor weiter Sitze in Bolton, Manchester u. Salford etc.

Dagegen wurden zum ersten Mal Städte wie Coventry u. Bristol erobert. Es ist behauptet worden, dass Bristol, wo Cripps Einfluss hat, eine die starke Hilfe zur Einheit vorhanden ist, infolge dieses Ansehens nach Bristol gewonnen werden soll. Aber dieselben Bedingungen waren in Manchester vorhanden, wo die Labour Party auch der Einheit günstig gegenübersteht u. doch wurde hier ein Sitz verloren.

Die Zahlen zeigen, dass die KP die faschistische Gefahr stark überschätzt hat. Im ganzen Lande, mit Ausnahme von Bethnal Green, erhielten die Faschisten trotz einer grossen Kampagne nur unbedeutende Stimmzahlen. Aber selbst in den Londoner Bezirken Bethnal Green u. Stepney machten sie keine Fortschritte, sondern verloren sogar an Boden. Die Labour Party besetzte hier die Faschisten u. anderen Reaktionäre, die zusammen gingen. Der Vorschlag der KP an die Labour Party in Bethnal Green, den Liberalen einige Sitze zu geben um die Faschisten auszuschalten, wird jetzt wohllich belächelt. Aber man darf doch nicht die faschistische Gefahr unterschätzen, wie dies die Labour Party zu tun versucht. Wenn die faschistische Gefahr im Osten Londons besänftigt werden soll, dann müssen die Gemeinden, in denen die Labour Party herrscht, eine Politik vom Klassenstandpunkt aus treiben u. mit der geringfügigen Korruption, die es gibt, Schluss machen, um so den Faschisten das Hauptargument zu nehmen. Dass die Faschisten in zwei Bezirken in Bethnal Green 20 % der abgegebenen Stimmen für sich buchen konnten, darf nicht überschätzt werden.

Von Bedeutung ist die Tatsache, dass die ILP (Unabhängige Arbeiterpartei) den Bezirk Shettleston in Glasgow, den sie voriges Jahr verloren hatte, mit einer klaren Mehrheit sowohl gegen die Labour Party, die von der KP unterstützt wurde, als auch gegen die Konservativen wiedererobert hat.

-o-o-o-o-

JEDER SEINE EIGENE VOLKSFRONT.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Unter den Befürwortern der Volksfrontpolitik in der deutschen Emigration ist ein heftiger Kampf im Gange, so heftig wie das bei diesem Presseausbruch überhaupt nur möglich ist. Die nicht der KPD angehörenden Mitglieder des Pariser Volksfrontausschusses, des sogenannten Lutetiaauschusses, verbreiten einen von ihnen an Heinrich Mann, den Vorsitzenden des Volksfrontausschusses am 9. Oktober gerichteten Brief. In diesem Brief an Mann, der von Max Braun als Vertreter der Sozialdemokraten, von einem Vertreter der SAP u. von Georg Bernhard im Namen der bürgerlichen Vertreter unterzeichnet ist, heisst es, "dass der augenblickliche Wortführer der KPD im Volksfrontausschuss sich bereits als oberster Kontrollleur der Volksfront und als ihr Diktator fühlt. Er erteilt den Angehörigen aller übrigen Gruppen Wohlverhaltenszensuren u. spielt sich dadurch als Chef der ganzen Volksfront auf. Er träumt sich anscheinend schon als Führer eines neuen Deutschlands, wie er es sich vorstellt."

Zu den Angriffen der KPD auf die SAP erklärt der Brief:

"Die Mitglieder des Volksfrontausschusses haben festgestellt, dass bisher keinerlei Gründe dafür vorliegen, dass die SAP ihre Verpflichtungen aus ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Volksfront nicht loyal erfüllt habe".

Der SAP wird also bescheinigt, dass sie den Volksfrontreformismus treu u. blöder mitmacht u. dass ihr Unrecht geschehe, wenn man ihr eine revolutionäre Opposition gegen die Volksfrontpolitik zutraue.

Die KPD macht jetzt den Versuch, ihre sogen. "Friends'reise" in der Emigration als "Massenbasis" der deutschen Volksfront aufzuziehen. Darüber beklagt sich der erwähnte Brief lobhaft. Es heisst da:

"Der Volksfrontausschuss lässt es allen Gruppen, Parteien oder Einzelpersonen unbenommen, eigene Bewegungen oder eigene Volksfronten aufzuziehen. Wenn Herr Klepper (ehemaliger preussischer Finanzminister) seinen "Bund für Freiheit u. Recht" organisiert u. wenn die "Deutsche Freiheitspartei" eigenen Wegen Erfolg sucht, so kann das für uns nur ein Ansporn sein, unsere Anstrengungen zur Zusammenfassung aller Hitlergegner zu verstärken. Wenn die SPD glaubte, in den Friendskreisen eine bessere Volksfrontbewegung

aufziehen zu müssen, so war u. ist dies ihre Sache. Wogegen sich aber der Volksfrontausschuss energisch zur Wehr setzen muss, ist, dass solche Sonderbewegungen fälschlich als ein Teil der von ihm vertretenen Volksfrontbewegung ausgegeben werden. Denn der Volksfrontausschuss ist ohne jeden Einfluss auf solche Bewegungen u. hat mit deren absolut anderen Linie und Organisationsprinzipien nicht das mindeste zu tun."

Wir werden also bald in der deutschen Emigration den Zustand haben, dass jede Gruppe, die darauf Wert legt, ihre eigene Volksfront hat. In die Grössen des Pariser Volksfrontausschusses fassen bereits die Möglichkeit im Auge, dass einzelne Personen sich als "Bewegungen" oder "Fronten" konstituieren. Das alles spiegelt die völlige Unfruchtbarkeit der deutschen Aufgabe der Volksfrontpolitik wieder, die von vornherein eine kümmerliche rein auf die Emigration beschränkte Hotel-Zimmerpflanze (im buchstäblichen Sinne dieses Wortes) war, und mit der wirklichen illegalen Arbeiterbewegung in Deutschland so gut wie nichts zu tun hatte.

Der heutige Kampf innerhalb der deutschen Volksfront, oder soll man sagen der "deutschen Volksfronten" ist also andere als ein Kampf um Prinzipien, es ist ein kleinliches Gezänke im Rahmen derselben reformistischen Politik.

Die KPD wirft (in einem Brief des Sekretariats des ZK der KPD an die Mitglieder des deutschen Volksfrontausschusses v. 26. Oktober) der SA-Führung die Losung des Sozialismus als Volksfrontlösung aufstellen. Die KPD-Führung erklärt dazu:

"Man müsse die reale Tatsache schon, dass die Mehrheit der Arbeiterklasse u. der werktätigen noch nicht bereit ist, für die Diktatur des Proletariats u. für den Sozialismus ihr Leben hinzugeben, sondern dass sie vor allem die Vernichtung des Faschismus u. die Errichtung der demokratischen Republik erstreben, in der das Volk selbst über seine Geschichte entscheidet."

Der Streit geht also zwischen zwei Spielarten der reformistischen Politik. Die SA-Führung will durch die Volksfront zum Sozialismus kommen, was nichts anderes heisst, als dass sie sich die alte reformistische Auffassung vom "demokratischen Weg zum Sozialismus", von der Verwirklichung des Sozialismus mit Hilfe der bürgerlichen Demokratie zu eigen gemacht hat. Die KPD-Führung ist für die Losung der kapitalistischen Republik ohne Beimischung sozialistischer Phrasologie. Sie will die bürgerliche Demokratie, "in der das Volk selbst über seine Geschichte entscheidet", wobei die Frage, ob das Volk weiter vom Kapitalismus ausgebeutet werden soll oder nicht, ausdrücklich nicht zur Entscheidung steht.

Es ist deshalb kein Wunder, wenn die SA-Führung "Die Neue Front" in ihrer letzten Nummer (Nr. 15) die Überzeugung ausdrückt, "dass es in nicht ferner Zeit gelingen wird, über die in Paris vorhandenen Schwierigkeiten auf einer neuen Vertrauensbasis in gemeinsamer konkreter Arbeit hinwegzukommen."

Für alle wirklich revolutionären antifaschistischen Arbeiter ist der heutige Krach unter den Anhängern der Volksfrontpolitik nur ein neuer Beweis für die Unfruchtbarkeit u. Schädlichkeit dieser Politik.

-o-oo-o-o-o-

DIE PRESSEVERECHTERUNG GEGEN DEN AUTOARBEITERVERBAND IN DEN VER. STAATEN.
oo
oooooooooooooooooooo

In den Diskussionen innerhalb der amerikanischen Arbeiterbewegung spielt die Lage in der Gewerkschaft der Autoarbeiter eine grosse Rolle. Die Pseudokommunisten aus der Offiziellen KP hatten versucht, die Leitung dieses Verbandes in die Hand zu bekommen. Sie vertraten eine Politik der faktischen Sabotage der Konsolidierung dieser bekanntlich sehr jungen Gewerkschaft. Sie forderten ein Organisationsstatut, das unter dem Vorwand der Gewerkschaftsdemokratie der Führung des Verbandes so gut wie keine Aktionsmöglichkeiten liess. Auf dem Verbandstag der Autoarbeiter in Milwaukee wurde die stalinistische sogen. "Einheits"-Fraktion geschlagen, u. zwar unter tatkräftiger Mitwirkung unserer amerikanischen Genossen. Die KP Amerikas hat deswegen unsere Genossen von der Unabhängigen, Kommunistischen Arbeiterli-

ge (IVMO) zum Gegenstand besondere heftiger Angriffe gemacht. Bei ihren Angriffen auf die Führer des Autoarbeiterverbandes u. auf unsere Genossen, die sich innerhalb des Verbandes eines berechtigten Unschens erfreuen, finden die Stalinisten bezeichnenderweise den Beifall der reaktionären u. bürgerlichen Presse. Der folgende Artikel, den wir unserem Bruderblatt "Workers Age" entnahmen, zeigt die amerikanischen Stalinisten in ihrer neuen Rolle als Schusskinder der Presse der Trusts:

Bei dem gigantischen Versuch, die Arbeiter der amerikanischen Autoindustrie zu organisieren, führt den Automobilarbeitern u. ihrer Gewerkschaft (UAW), die in den am meisten mechanisierten aller mechanischen Industrien tätig sind, eine zentrale u. entscheidende Rolle zu. Die Gründung des Ver. Automobilarbeiterverbandes u. die Aufnahme von Beziehungen zu General Motors, Chrysler u. faktisch allen anderen Autokonzernen auf Grund von Kollektivverträgen waren Schritte von historischer Bedeutung in der Entwicklung des CIO u. der Arbeiterbewegung überhaupt. Und heute ist der Autoarbeiterverband mehr als je die entscheidende Schlüssel-Gewerkschaft der Grossindustrie.

Der Aufbau u. die Festigung des UAW ist nicht ohne erbitterten Kampf von-statten gegangen. Brinnern wir uns an die grossen Betriebsbesetzungen in den Werken von Chrysler und General Motors im vorigen Jahre u. vergessen wir nicht die zahllosen kleineren Streiks in Dutzenden von Orten im ganzen Lande, jeder mit seiner eigenen Geschichte von Heroismus u. Solidarität. Aber es gab auch einen internen Kampf, einen Kampf gegen die gefährlichen Tendenzen politischer Fraktionstreiberei u. Dezentralisation, ohne deren Überwindung eine Gewerkschaft in der Autoindustrie nicht existieren kann. Einen Höhepunkt erreichte dieser interne Kampf auf der kürzlich stattgefundenen Tagung des UAW in Milwaukee, wo die progressive Führung von Martin u. Frankenstein, die Kampfbereitschaft, Verantwortungsbeusstsein u. Disziplin repräsentierten, einen entscheidenden Sieg über die stalinistische "Einheits"-Fraktion davontrug u. die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedschaft erlangte.

Die Feinde der Arbeiterbewegung haben nicht lange gebraucht, um die Bedeutung dieses internen Konflikts zu erfassen u. zu erkennen, dass Desorganisation u. Unverantwortlichkeit den Autoarbeiterverband vielleicht erfolgreicher zu zerstören vermögen als Schläge von aussen. In rührender Einnütigkeit haben sie deshalb ganz offen u. schamlos der "Einheits"-Fraktion, ihrem Programm u. ihrer zerstörenden Tätigkeit ihre Unterstützung geliehen.

Am 26. August, während der Tagung in Milwaukee, veröffentlichte die New Yorker "Herald-Tribune", die Bannerträgerin der reaktionären Freiheitliga in der Hauptstadt, einen Leitartikel, in dem das Programm der "Einheits"-Fraktion in jedem Punkte unterstützt wurde. Die erste grosse Streitfrage war in Milwaukee die Frage der organisatorischen Stabilisierung u. Verantwortung, die von den progressiven Elementen verfochten u. von den "Einheitslern" bekämpft wurde. Was schreibt die "Herald-Tribune"?:

"Von hier aus erscheint sie (die Streitfrage in Milwaukee) die Wahl zwischen einer internationalen Gewerkschaft, die als eine zentralisierte Selbstherrschafft nach dem Muster des Ver. Bergarbeiterverbandes verwaltet wird, u. einer Gewerkschaft, deren lokale Gruppen einen gewissen Grad von Autonomie besitzen, zu betreffen... Ein grosser Teil der Delegierten widersetzt sich der Ausrüstung Martins mit den Machtbefugnissen, die Lewis bei den Bergarbeitern besitzt. Die leiseste Ahnung von der Tyrannei, der der Bergarbeiterverband ausgesetzt wird, macht diesen Widerstand erklärlich... kein Wunder, dass ein grosser Teil der Autoarbeiter, der bezeichnenderweise von den Älteren unter ihren Funktionären vertreten wird, einen Despotismus dieser Art vermeiden möchte..."

Die "Herald-Tribune" knüpft daran - ganz natürlich - die Forderung, dass die Gewerkschaften staatlich geleitet werden, um eine Dezentralisation und Schwächung der Autorität der Führung zu erzwingen - mit einem Worte ein Gesetz, um das Programm der "Einheits"-Fraktion durchzuführen!

Die zweite grosse Streitfrage in Milwaukee war die Frage der Führung. Die

progressiven Elemente treten für die Hartinsche Führung u. die Verwirklichung der Führung durch solche Leute ein, die das progressive Programm vertreten. Die "Einheits"-Fraktion sann auf einen Staatsstreich; sie war bereit für Martin zu stimmen, weil sie schlecht anders konnte, aber sie bemühte sich, ihn mit Funktionären u. einem Vorstand zu umgeben, die seine Auswüchungen paralisieren u. seine Politik vereiteln sollten. Den Delegierten in Milwaukee standen somit zwei verschiedene Gruppen gegenüber, die zwei verschiedene Arten einer Führung repräsentierten.

Und die "Herald-Tribune"? In dem oben erwähnten Leitartikel besetzte man sie wohlwollend von den "Älteren" Kanonern unter ihren Funktionären". Damit Kortimer u. seine Freunde von der "Einheits"-Fraktion gemeint sind, gesprochen wird. Am Sonntag, den 5. September, erschien in demselben Blatt ein Artikel von einem gewissen Geoffrey Parsons Jr., der die "Einheits"-Gruppe ohne Scheu oder Verstellung lobt. Der Ton ist sogar noch erbitterter und fraktionsmäßig, als ihn sich der "Daily Worker" (das Organ der KP der Ver. Staaten) erlaubt. In dem erprobten stalinistischen Stil erzählt uns Parsons, dass die Lovestonisten - die nach diesem "Lachverständigen" in Wirklichkeit hinter der ganzen Geschichte stecken - sich mit "trotzkistischen Gepölkeln gegen die offizielle Komm. Partei" beschäftigen, dass nur "die Bereitschaft der "Einheits"-Gruppe nachzugeben", die Tagung gerettet habe, dass die Mitglieder der Komm. Partei die "erfahrensten" Organisatoren seien u. was dergleichen mehr ist.

In ihrer Ausgabe v. 11. Oktober 1937 bringt die von Morgan kontrollierte, halbfaschistische Wochenzeitung "Time" einen Bericht über die abstoßende Episode der Demonstration einiger unverantwortlicher Verbandsmitglieder, die von den Stalinisten geführt wurden, vor dem Hotel, in dem der Vorsitzende Martin wohnte. Und - eigentümlich - der Bericht ist voller Feindseligkeit gegen die Verbandsführung, aber mehr als freundlich für die "Einheits"-Spalter!

In ihrer Ausgabe v. 25. Oktober 1937 veröffentlicht das notorische Brandblatt "Newsweek" einen Artikel über die CIO-Konferenz in Atlantic City. Das Blatt versucht, indem es sich des billigen u. gemeinen Tricks der Andeutungen bedient, die Führer des CIO zu diffamieren u. zu verleumden - zuerst John L. Lewis; dann - schon boshafter - David Dubinsky; aber mit schlimmster u. gesteigerter Bosheit Homer Martin von dem UAW. In der Nummer vom 1. November 1937 desselben Sumpfblasses findet man ein anonymes Geschreibsel, in dem erklärt wird, dass "Homer Martin als Führer des Autoarbeiterverbandes abgesetzt werden müsste u. würde", u. Wynham Kortimer, der Führer der "Einheits"-Fraktion, schon als sein Nachfolger präsentiert wird!

Aber natürlich würde das Bild nicht vollständig sein ohne die Hearst-Fresse. Und deshalb wenden wir uns dem "New York Mirror" v. 15. Oktober zu. In einem Artikel über die CIO-Konferenz in Atlantic City ist mehr als die Hälfte gefüllt mit Verleumdungen gegen Dubinsky u. einer Schimpfattacke gegen Homer Martin - u. mit ihm zusammen wie gewöhnlich gegen Jay Lovestone - und mit einem ungeschwächten Lob für die "Älten unter den Automobilarbeitern.. Männer, die die erste Organisationsarbeit leisteten" etc., etc., d.h. die Führer der "Einheits"-Fraktion. Und natürlich wird eine Hearstsche Träne wegen der abscheulichen "Verfolgungen" vergossen, denen die "Einheits"-Führer durch die Verbandsführung ausgesetzt sein sollten!

In diesem Chor der Reaktion lässt unvermeidlich auch William Zeeb, dessen Feindseligkeit gegen das CIO nicht weniger intensiv ist, seine Stimme ertönen. In einem Artikel der "Liberty" (Nr. v. 16. Oktober 1937) über Betriebsbesetzungen hält es der Vorsitzende der A.F. of L. für notwendig, die letzte Tagung des UAW zu erörtern:

"Eine andere Streitfrage, die während der Tagung des Autoarbeiter auftraute u. die ebenfalls bezeichnend u. beunruhigend ist, war das Problem der Leitung. Soll Autonomie innerhalb des Verbandes herrschen oder soll von der Spitze aus geleitet werden? ... Eine Gruppe war entschlossen, die Leitung bei der Führung zu konzentrieren u. ihr die Vollmacht zu geben, die Politik des Verbandes zu bestimmen. Eine andere Gruppe wollte diese Vollmacht der Mitgliedschaft geben, wie es in den Gewerkschaften, die der amerikanischen Gewerkschaftsföderation angeschlossen sind, der Fall ist. Diese

letztere Gruppe ist der Ansicht, wie ich auch, dass vor jeder wichtigen Aktion eine Abstimmung der Mitglieder stattfinden müsse."

Natürlich verdröht Green die Dinge nicht wenig, aber seine Stellungnahme ist klar. Er ist gegen das Programm der Zentralisation u. der Verantwortung, das von der progressiven Majorität unter Führung von Martin-Frankenstein auf der Tagung vertreten wurde; er identifiziert sich mit der "Einheits"-Gruppe u. ihrem Programm der Dezentralisation, Unverantwortlichkeit u. dem Unsinn von der lokalen Autonomie. Green's Heuchelei u. unehrlichen Absichten sind offenkundig, aber das macht nur seine öffentlich bekundete Sympathie für die "Einheits"-Gruppe, die stalinistische Agenter in dem UAW unso bezeichnet.

Aber sicher würde die Kette, die von der "Herald-Tribune" u. dem Hearst'schen "Mirror" zu William Green führt, nicht vollständig ohne die Stalinisten sein. Sie sind in der Hetzkampagne gegen die Führung des Autoarbeitervereins nicht weniger aktiv gewesen als irgendeine gewerkschaftsfeindliche Zeitung. Innerhalb der Arbeiterbewegung entfalten die Stalinisten eine Tätigkeit, die in ihrer Wirkung dieselbe Demoralisation u. Zerstörung hervorruft, die die Reaktionäre versuchen von aussen her hervorzurufen. In ihrer eigenen Presse müssen sich die Stalinisten ein gewisses Mass von Zurückhaltung - wenn auch nur in der Form, aufserlegen; hier richten sie ihr Hauptfeuer gegen die "Levostanisten". Aber durch den Mund ihrer Volkstrogenschriftsteller können sie offener sprechen. Nehmen wir z.B. den verurteilten dieser widrigen Kreaturen - Harry Wood Brown, dessen groteske Passion in den letzten Jahren ihn verachtungswürdig gemacht haben. In der "New Republic" (v. 27. Oktober 1937) u. in dem New Yorker "World-Telegram" ein paar Tage vorher schreibt dieser neugebackene Arbeiterführer lang u. breit über die CIO-Tagung in Atlantic City mit dem einzigen Ziel, Homer Harbo zu schwächen u. seine Autorität als Führer des UAW zu untergraben. Diese seltsame Einheitsfront imbezug auf die "Einheits"-Fraktion, die von der "aggressiv-konk." "Herald-Tribune", der pro-faschistischen "Time", der Hearst'schen "Mirror" bis zu William Green u. Harry Wood Brown geht, ist kein Zufall. Sie ist die Einheitsfront aller derjenigen, die aus diesem oder jenem Grunde, unverschämliche Feinde des Autoarbeitervereins u. seiner Führung sind u. die darauf ausgehen, dem UAW soviel, wie nur eben möglich, zu schaden. Sie ist die Einheitsfront der Reaktion, die sich gegen die Gewerkschaften in der Automobilmindustrie u. gegen den CIO richtet!

Zum Glück ist diese Einheitsfront so unverschämt u. so diskreditiert, dass sie nur ihrer eigene Zerstörung bewirken kann. Die Arbeiter in der Automobilmindustrie wissen, wer ihre Freunde u. wer ihre Feinde sind. Sie werden die Führer der stalinistischen "Einheits"-Fraktion nicht nur nach ihren Behandlung innerhalb des Vereines, sondern auch nach ihren Verbündeten, die sie sich aussserhalb des Vereines aufgelesen haben, beurteilen.

-o-o-o-

MAURICE GERT UNTER DIE HEILIGEN,
oooooooooooooooooooooooooooooooooooo
(Fortsetzung)

Die gleichen Fälscherkünste wie mit der Enzyklika "Rerum Novarum" des Papstes Leo XIII. versucht Thores auch an der Enzyklika "Quadragesimo Anno" des gegenwärtigen Papstes Pius XI. Maurice, der ungeratene "Sohn des Volkes" findet, dass die Enzyklika des Paschistenfreundes Pius XI. Ähnlichkeiten mit der "genialen Art" aufweise, mit der Lenin "die Zersetzung des bei seinem letzten Stadium, dem Imperialismus, angelangten Kapitalismus analysiert habe. Rien que ça!

So Thores schwindelt, dafür ein kleines Beispiel. Ir lesen bei unserem Maurice:
"So ist das Heilmittel, wenn nicht im Abschluss jener fortschreitenden Entwicklung der Formen der Produktion, die die Urgemeinden zur antiken Sklaverei, von der Sklaverei zum Feudalismus, vom Feudalismus zum Kapitalismus geführt hat u. die, unpausendlich zum Sozialismus, zum Kommunismus führt? Was schon heute allen vernünftigen Menschen zugegeben wird, von allen wehren Republikanern ist, dass die grossen Produktionsmittel, die Monopole,

die Trusts, die das Volk plündern u. die nationale Souveränität gefährden, - in der Kollektiv-eigentum der Nation werden können u. sollen.

Das ist auch die Ansicht des Papstes: "Es gibt gewisse Kategorien von Gütern, von welchen man mit Recht behaupten kann, dass sie der Gemeinschaft vorbehalten bleiben müssen, wenn sie eine solche wirtschaftliche Macht vorweisen, dass sie nicht ohne Gefahr für das Gemeinwohl in den Händen von Privatpersonen gelassen werden kann". (Enzyklika "Quadragesimo Anno").

Der Heilige Maurice hat die Enzyklika leider an dieser Stelle nicht weiter zitiert. Die Enzyklika fährt nämlich folgendermassen fort:

"Forderungen u. Ansprüche dieser Art sind gerecht u. enthalten nichts, was von der christlichen Lehre abweicht; noch weniger kann man sagen, dass sie eine Eigenart des Sozialismus seien. Wer bloss dieses will, hat also keinen Grund, sich den Sozialisten anzuschliessen".

Papst Pius scheint nämlich Marx u. Engels besser zu kennen als der Führer der KPF. "Kein kapitalistischer Staat kann, - u. das gilt erst recht für unsere Zeit, - ohne staatskapitalistische Massnahmen, ohne die staatliche Kontrolle, bezw. das staatliche Eigentum an gewissen Betrieben auskommen. Engels sagte darüber:

"So oder so, mit oder ohne Trust muss schliesslich der öffentliche Repäsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staats-eigentum tritt zuerst hervor bei den grossen Verkehrsanstalten, Post, Telegraf, Eisenbahnen."

Und Engels fährt dann fort:

"Über jeder die Verwandlung in Aktiengesellschaften u. Trusts, noch die in Staats-eigentum hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf". (Engels "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft").

Der Papst Pius weiss ganz gut, was Thorez offenbar nicht versteht, nämlich dass der Staatsbetrieb im kapitalistischen Staat nichts mit Sozialismus u. Kommunismus zu tun hat.

Was die Stellung der Enzyklika "Quadragesimo Anno" zum kapitalistischen Privateigentum u. darunter auch zum Eigentum der Trusts im allgemeinen anbelangt, so geben darüber die folgenden Stellen aus ihrem Kapitel über die Wirtschafts- u. Soziallehre der Kirche Aufschluss:

"Ebenso, wie es heisst, in den Individualismus zu verfallen oder sich ihm zu nähern, wenn man die soziale u. öffentliche Seite des Eigentumsrechts vernachlässigt, bezw. übermässig einschränkt, ebenso unfehlbar in den Kollektivismus verfallen oder zu mindesten Gefahr laufen, seinen Irrtum zu teilen, wenn man seine individuelle Seite bestreitet oder vernichtet. Um die Abwägung der Interessen über das Eigentum u. die ihm zufallenden Pflichten in die richtigen Schranken zu stellen, ist es vor allem notwendig, das von Leo XIII. gelehrt Grundprinzip aufzustellen, nämlich dass das Eigentumsrecht nicht mit seinem Gebrauch zusammenfällt... Es ist deswegen falsch, wenn manche dem Eigentumsrecht u. seinem legitimen Gebrauch dieselben Grenzen ziehen wollen; es ist noch falscher zu behaupten, dass das Eigentumsrecht infolge des mit ihm betriebenen Missbrauchs oder wegen der Nichtbenutzung der benutzbaren Güter verfallend u. verschwindet."

Was Pius XI. im Namen der Kirche erklärt, ist also, dass auch der grösste Missbrauch, den die Kapitalisten einschliesslich der Trusts agieren mit ihrem Eigentum treiben, nicht ihre Enteignung rechtfertigt. Eine Nationalisierung von Betrieben durch den kapitalistischen Staat lässt die Enzyklika Pius XI. nur dann zu, wenn die Macht irgendeines einzelnen Trusts die Autorität des kapitalistischen Staates gefährdet, d. h. das Wohl der Kapitalistenklasse als Gesamtheit, keineswegs aber aus irgendeiner Rücksicht auf das Wohl der Werktätigen.
(Fortsetzung folgt)

Druckfehlerberichtigung: In dem ersten Teil des obigen Artikels, der in der vorigen Nummer der "Arbeiterpolitik" abgedruckt wurde, ist auf Seite 7 der "Arbeiterpolitik", Nr. 45, der Name des Mitarbeiters des Rheinischen Beobachters irrthümlicherweise mit Sagemann anstatt, wie es richtig heissen soll, mit Wagener angegeben worden.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 47/IV. Jahrgang.

Dritte Novemberwoche 1937

RUSSENPOLITISCHE NOTIZEN.

oooooooooooooooooooooooooooo

Die Erklärung der Brüsseler Konferenz. Die Mächte, die an der Brüsseler Konferenz teilnehmen, haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie 1) die japanische Behauptung, es handle sich bei dem japanisch-chinesischen Konflikt um eine Angelegenheit, die nur Japan u. China u. niemand sonst etwas angehe, zurückweisen, 2) die Forderung Japans, die Regelung dieses Konflikts allein Japan u. China zu überlassen, ablehnen, 3) Japan erneut auffordern, ihre Vermittlung zu akzeptieren, 4) für den Fall, dass Japan das erneut ablehnt, ankündigen, dass sie "ihre gemeinsame Haltung" angesichts dieser Lage untersuchen würden. Der italienische Delegierte ergriff die Partei des neuen Verbündeten u. stimmte gegen die Erklärung. Die Forderung des chinesischen Delegierten, jede finanzielle u. materielle Hilfe an Japan einzustellen, wurde mit Stillschweigen übergegangen. Die Erklärung der Brüsseler Konferenz bleibt der Einstellung treu, die die demokratischen imperialistischen Staaten von Anfang an gegenüber dem japanisch-chinesischen Krieg eingenommen haben, d.h. sie sind gegen Japan, insofern es die Alleinherrschaft über China u. die Ausschaltung der übrigen imperialistischen Mächte anstrebt, aber sie wünschen auch nicht eine zu grosse Stärkung Chinas, die dieses in den Stand setzte, nicht nur Japan zu schlagen, sondern seine Unabhängigkeit von jedem ausländischen Imperialismus zu erkämpfen. Es die Vereinigten Staaten, England u. Frankreich anstreben, das ist ein solches Kompromiss in der chinesischen Frage, bei dem nicht nur Japan gerührt, sondern auch ihre imperialistischen Interessen gewahrt werden. Um diese ihre Ansprüche anzumelden, riefen sie die Brüsseler Konferenz ein, u. die neue Erklärung orientiert Japan von neuem daran, dass der amerikanische, der englische u. der französische Imperialismus nicht gerührt sind, sich aus China ausschalten zu lassen. Gleichzeitig bekundeten sie aber dadurch, dass die Frage von Sanktionen gegen Japan offen gelassen wurde, dass sie auf eine Kompromisslösung mit dem japanischen Imperialismus hinsteuern. Es ist bezeichnend, dass die einzige Sanktion, die bisher ergriffen worden ist, sich nicht gegen Japan, sondern gegen China richtet. Die französische Regierung hat alle Lufttransporte für China auf der Junnan-Bahn (die Französisch-Indochina mit China verbindet) verboten.

Die Presse der KI überbietet sich in Entrüstung darüber, dass die demokratischen imperialistischen Mächte ihre imperialistischen Interessen im Fernen Osten nicht besser behoren. Aber es kann nicht der Standpunkt der Arbeiterklasse sein, dafür einzutreten, dass z.B. der französische Imperialismus zur Beherrschung imperialistischen Herrschaft über Indochina einen Krieg mit Japan beginnt. Das internationale Proletariat muss gegenüber dem chinesischn-japanischen Krieg eine Stellung beziehen, die weder von der Rücksicht auf die Interessen des japanischen, noch des englisch-amerikanisch-französischen Kapitalismus, sondern den Interessen des internationalen Klassenkampfes, des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg u. der Solidarität mit den chinesischen Arbeitern u. Bauern bestimmt wird. Es ist notwendig, dass die Frage der Verhinderung der Transporte von Kriegsmaterial u. Rohstoffen für die Rüstungsindustrie, die für Japan bestimmt sind, in allen Arbeiterorganisationen, besonders in den Gewerkschaften, aufgeworfen u. dieser Boykott

sobald in Angriff genommen wird, ohne dass abgewartet wird, wie der Völkerbund oder die angehörenden Regierungen das beschliessen.

Die englisch-amerikanische Politik im japanisch-chinesischen Krieg birgt grosse Gefahren für die SU in sich. In der chinesischen Bourgeoisie fehlt es nicht an Tendenzen, die sich für ein Kompromiss mit Japan einsetzen u. diese Tendenzen werden, je mehr sich die militärische Lage für China erschwert, wachsen. Die Brüsseler Konferenz bemüht sich, ein solches Kompromiss zustandezubringen. Aber eine Verstärkung Tschangkaichongs mit den japanischen Imperialismus würde die Kriegsgefahr für die SU verstärken. Durch die Unterordnung der kommunistischen Partei Chinas unter Tschangkaichong hat die SU sich einer wichtigen Waffe beraubt, um die projapanischen und antisowjetistischen Tendenzen der chinesischen Bourgeoisie zu bekämpfen. die vorläufige KI-Politik gefährdet immer mehr auch die ausserpolitische Stellung der Sowjetunion.

Die Behrenkung der SU in der spanischen Frage, wie in China, so rächt sich auch die Unterdrückung der revolutionären Bewegung in Spanien bitter an der Sowjetunion. Im Londoner Nichtinterventionsausschuss hat jetzt der sowjetrussische Botschafter Mairki eine Erklärung abgegeben, dass die SU sich bedingungslos der englischen Erklärung vom 4. November anschliesst, die bekanntlich nach einem "substantiellen" Rückzug von "Freiwilligen" die Anerkennung Francos als "kriegführende Macht" vorsieht. Bisher hatte die SU erklärt, dass sie einer solchen Anerkennung Francos nicht zustimmen werde. Diese Kapitulation der Sowjetunion vor der francofreundlichen Politik des britischen Imperialismus ist eine Folge der Politik, die die Sowjetunion u. die KI in Spanien betrieben haben. Durch ihre konterrevolutionäre Politik im spanischen Bürgerkrieg, die zu einer faktischen Sabotage des Kriegs gegen Franco u. zu einer militärischen Niederlage nach der anderen führte, haben sie das antifaschistische Lager geschwächt u. damit Francos Stellung gestärkt; der englische und der französische Imperialismus setzen jetzt auf einen Sieg Francos und versuchen, ein Einverständnis mit ihm zu erreichen. Da sich nicht von England und Frankreich zu isolieren, erklärt auch die Sowjetunion sich bereit, Franco anzuerkennen. In Zusammenhang mit dieser Behrenkung der Sowjetdiplomatie in der spanischen Frage steht es sicherlich, dass der Sekretär der KP-Spaniens Diaz dieser Tage erklärte, dass die KP sich für ein allgemeines Plebiszit in Spanien einsetzen solle, das beweisen sollte, dass das Land gegen Franco sei. Die Idee des Plebiszits wurde bekanntlich zuerst in England u. Frankreich von Befürwortern einer Beendigung des spanischen Bürgerkriegs durch ein faules Kompromiss lanciert. Praktisch bedeutet dieser Vorschlag, dass der Krieg eingestellt u. ein Waffenstillstand abgeschlossen werden sollte, und wie ein solches Plebiszit in den von Franco beherrschten Teilen Spaniens aussehen würde, bedarf wohl keiner Ausmalung. Die KP Spaniens will also jetzt den Faschismus nicht mehr mit der Waffe, sondern mit dem Stimmzettel schlagen. Die Verfolger der FOUM entlarven sich selbst als schäbige Befaschlichten!

Halifax reist nach Berlin. Vor einigen Monaten hatte die englische Regierung Verhandlungen mit Mussolini angeknüpft, die u. a. das Ziel verfolgten, Italien von Hitlerdeutschland zu trennen. Mussolinis Antwort war die Reise nach Berlin u. der Beitritt zu dem deutsch-japanischen Antikominternabkommen. Jetzt versucht die englische Regierung das umgekehrte Spiel. Sie schickt Lord Halifax, den ehemaligen Vizekönig von Indien u. jetzigen Lordsiegelbewahrer, zu Hitler, um ihn zu bewegen, mit Mussolini zu brechen. Das Resultat wird ebenso negativ sein wie bei Mussolini. In der englischen Presse war vor dem Besuch von Halifax erklärt worden, die Nazis würden England anbieten, während 10 Jahren auf Kolonien zu verzichten, wenn sie freie Hand im Osten, ein Plebiszit in Österreich und die Verratsautonomie der Sudetendeutschen zugestanden erhielten. Die offizielle Korrespondenz der Nazi-Partei antwortete darauf in einer selbst für Nazis ungewöhnlich ausfallenden u. amüsanten Erklärung, in der der 10-jährigen Verzicht auf Kolonien, die Loslösung von Italien etc., also alle eventuellen Konzessionen Deutschlands, aber nicht die deutschen Forderungen (freie Hand im Osten etc.), die die englische Presse erwähnt hatte, dokumentiert wurden. Der Besuch von Halifax wird nur die Nazis in ihrem imperialistischen Expansions- u. Eroberungsprogramm bestärken.

MAURICE GENT UNTER DIE HEILIGEN.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Thorez versucht die gegenwärtige Politik des Kriechens vor der katholischen Geistlichkeit mit allerlei Zitaten von Marx, Engels u. Lenin zu rechtfertigen. Auch in dieser Beziehung ist das, was Thorez sagt, eine ganz grobe Fälschung, ein ganz frecher Schwindel. Marx, Engels u. Lenin haben sich gegen die Auffassung der Anarchisten gewandt, wonach man die Religion einfach "abschaffen" könne, bevor ihre gesellschaftlichen Grundlagen beseitigt seien. Sie haben gleichfalls darauf hingewiesen, dass man die religiöse Überzeugung der Massen der Gläubigen nicht mit Gewalt austreiben oder mit Exkreten verbieten könne, sondern dass dazu eine langwierige, geduldige Aufklärungsarbeit notwendig sei. Marx, Engels u. Lenin haben ferner die Notwendigkeit betont, die religiös gesinnten "Arbeiter" in den Kampf der revolutionären Arbeiterschaft gegen das Kapital hineinzuziehen, auch wenn sie noch an der Religion festhalten.

Aus dieser Stellungnahme von Marx, Engels u. Lenin will nun Thorez die Folgerung ableiten, dass Kommunisten erstens die Kirche u. Religion überhaupt nicht bekämpfen dürften, zweitens dass sie darüber hinaus Reklame für die Kirche u. ihre Lehren machen müssten. Es ist klar, dass Thorez zu diesem Zwecke den Gedankengang von Marx, Engels u. Lenin küsserete Gewalt anzuwenden muss. So zitiert Thorez eine Stelle von Lenin, wonach Geistliche in die Partei eintreten könnten. Thorez bringt dieses Zitat so an, dass es wie eine Aufforderung an die französischen Bischöfe klingt, doch endlich den ihnen reservierten Platz in den leitenden Körperschaften der KPF einzunehmen. Was hat nun Lenin wirklich gesagt? In dem betreffenden Artikel ("Über das Verhältnis der Arbeiterklasse zur Religion" vom 26. Mai 1909) heißt es zunächst:

"Die Religion ist Opium für das Volk - dieser Ausspruch von Marx ist der Eckstein der ganzen Weltanschauung des Marxismus in der Frage der Religion. Alle gegenwärtigen Religionen u. Kirchen, alle religiösen Organisationen aller Art betrachtet der Marxismus stets als Organe der bürgerlichen Reaktion, die der Verteidigung der Ausbeutung u. der Verdämmung der Arbeiterklasse dienen".

Dann spricht Lenin von der Notwendigkeit, den Kampf gegen die Religion dem Klassenkampf unterzuordnen u. in Verbindung mit ihm zu führen u. erklärt:

"Der Marxist muss es verstehen die ganze konkrete Lage in Betracht zu ziehen, immer die Grenze zwischen Anarchismus u. Opportunismus zu finden (diese Grenze ist relativ, beweglich, veränderlich, aber sie besteht), weder in den Betrachtungen in der Sache lauern "Wortradikalismus" des Anarchisten zu verfallen, noch in das Spiessertum u. den Opportunismus des Kleinbürgers oder des liberalen Intellektuellen, der vor dem Kampf gegen die Religion zurückschreckt, diese seine Aufgabe vergisst u. sich nicht von den Interessen des Klassenkampfes leiten lässt, sondern von der kleinen, jämmerlichen Berechnung: nicht zu kränken, nicht abzustossen, nicht zu erschrecken, - durch die sich so viele Regelt: "Leben und leben lassen" usw. usw."

Nachdem Lenin so die allgemeine Stellung der revolutionären Arbeiterpartei zur Religion skizziert (u. nebenbei auch prophetisch die spießbürgerliche Politik von Thorez treffend charakterisiert) hat, geht er auf einige praktische Fragen ein und sagt u. a.:

"Man kann weder ein-für allemal u. für alle Situationen erklären, dass Geistliche nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein dürfen, aber man kann auch nicht ein-für allemal die umgekehrte Regel aufstellen. (Von uns unterstrichen. Red. der "Arbeiterpolitik"). Man ein Erfarrer zu uns zum Zwecke gemeinsamer politischer Arbeit kommt und nicht gegen das Programm der Partei auftritt (das bekanntlich atheistisch ist, "Arbeiterpolitik"), dann können wir ihn in die Reihen der Sozialdemokratie aufnehmen, denn der Widerspruch zwischen Geist und Grundlagen unseres Programms u. den religiösen Überzeugungen des Geistlichen würde unter diesen Umständen nur ein Widerspruch bleiben, der lediglich ihn allein betrifft, individuell ist, und eine politische Organisation kann nicht ihre Mitglieder in bezug auf das

Fehlen eines Widerspruchs zwischen ihren Auffassungen u. dem Programm der Partei kontrollieren. Aber selbstverständlich könnte ein solcher Fall sogar in Europa nur eine seltene Ausnahme sein u. in Russland wäre er vollständig ganz unerschwinglich. Und wenn z. B. ein Pfarrer in die sozialdemokratische Partei einträte, u. dann begäbe, in dieser Partei als seine hauptberufliche u. fast einzige Tätigkeit eine aktive Propaganda religiöser Auffassungen zu betreiben, dann müsste die Partei ihn unbedingt aus ihren Reihen ausschliessen".

In einer anderen Stelle (in dem Artikel 'Sozialismus und Religion' vom 16. Dezember 1905) wendet sich Lenin an diejenigen russischen Geistlichen, die begonnen hatten, gegen den zaristischen Absolutismus zu protestieren, mit folgenden Worten:

"Entweder seid Ihr ehrlich u. dann müsst Ihr für die vollständige Trennung von Kirche u. Staat und von Kirche u. Schule, für die volle u. unbedingte Erklärung der Religion zur Privatsache eintreten. Oder aber Ihr nehmt diese konsequenten Forderungen der Freiheit nicht an... dann erklären die klassenbewussten Arbeiter von ganz Russland Euch einen unerbittlichen Krieg".

Wenn Lenin also in Ausnahmefällen die Aufnahme von Geistlichen in die Partei für zulässig erklärte, so unter der Bedingung, dass sie innerhalb der Partei keinerlei Propaganda für Religion und Kirche trieben, dass sie sich der Praxis der Partei unterordneten, die dieser von ihrem marxistischen u. d. h. also atheistischen Programm diktiert wurde. Keineswegs aber war Lenin dafür, dass die Partei des Proletariats, wie das heute Thorez verkündet, ihrem Programm zur Trotz die "Achtung vor der Religion", die Moral- u. Soziallehren der Kirche propagiert, um auf diese Weise Geistliche für den Eintritt in die Partei zu gewinnen. Man soll uns nicht damit kommen, dass Thorez erklärt habe, die K. P. stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, des dialektischen Materialismus. Ein Materialismus, der die "sozialen Prinzipien" des Christentums, den "fortschrittlichen" Charakter der katholischen Kirche, die päpstlichen Enzykliken etc. preist, ist keinen Pfifferling wert.

Wie stellt sich nun Thorez die Zusammenarbeit mit den Katholiken vor?

Er sagt:

"Die Verständigung auf dem Boden der Caritas ist möglich, hat irgendein katholischer Priester geschrieben. Das ist das wesentliche Ziel unserer Politik der ausgestreckten Hand, so präzisieren wir. Wir verstehen den Begriff der "Caritas" selbst zur mindesten im weitesten Sinne der "Höchstnützlich". Die Caritas ist für uns nicht jene heuchlerische Philanthropie die aus der menschlichen Elend, das gewungen ist, zu Almosen zu greifen, eine Beamtung der Geldaristokratie macht... Die Caritas, das ist für die Kommunisten die alte Regel der menschlichen Solidarität: Einer für alle u. alle für einen..."

Hören wir jetzt, was Pius XI. in seiner Enzyklika "Quadragesimo Anno" über die Rolle der Caritas sagt:

"Eine wirkliche Zusammenarbeit aller im Interesse des Gemeinwohls wird nur hergestellt werden, wenn alle die innige Überzeugung haben werden, Mitglieder einer einzigen grossen Familie u. Kinder eines himmlischen Vaters zu sein u. auch in Christo einen einzigen Leib zu bilden, deren Glieder alle sind, so dass wenn eines leidet, alle mit ihm leiden. Dann werden die Reichen u. Herrschenden, die allzu lange dem Schicksal ihrer niederbegünstigten Erüder gleichgültig gegenüberstanden, ihnen Beweise einer effektiven Caritas geben... ihrerseits werden die Werkstätten aufrichtig die Gefühl des Hasses u. des Neides ablegen, die die Treiber des Klassenkampfes mit solcher Geschick ausnutzen. Sie werden ohne Groll den Platz annehmen, auf den die göttliche Vorsehung sie gestellt hat..."

Wir sehen also, dass für die katholische Kirche die Caritas ein Mittel der Klassenversöhnung, eine Methode zur Verhinderung des Klassenkampfes der Werkstätten, ein Instrument ist, um die Ausgebeuteten zu veranlassen, die Herrschaft der Ausbeuter hinzunehmen u. anzuerkennen. Der heilige Maurice

mit der nach dem Wehrauchkessel ausgestreckten Hand u. der nach der Rückseite die der katholische Klerus ihm zeigt, ausgestreckten Zunge macht sich die papstliche Definition der Caritas völlig zu eigen. Er plappert das nach wie Lina K. sagt u. läßt nur den himmlischen Vater und Christen un-
erwähnt. Er hat beiläufig "kein Treiber des Klassenkampfes". Natürlich ist die katholische Kirche auch dafür, dass die Philanthropie nicht "heuschle-
risch" sei, dass die Reichen, wenn sie ein Almosen geben, dies nicht tun zu ihrer Beilegung, sondern mit der nötigen seelischen Zerknirschung tun etc. Die Arbeiterbewegung aber- und erst recht u. vor allem die revolutionären
Marxisten- lehnen die bürgerliche Philanthropie mag sie katholisch sein oder nicht, u. ganz gleich, mit welchem Grad von Heuchelei sie ausgeübt wird, ab. Die klassenbewussten Arbeiter wollen kein Almosen, keine mageren oder
fetten Bettelstüppchen, ganz gleich ob gutgemeint oder nicht, sie wollen die Verwirklichung ihrer berechtigten Klassenansprüche. Sie lehnen den klas-
senverschönmungsschwindel ab, der unter der Flagge der "allgemein-menschlichen Solidarität" segelt, denn die Solidarität der Werktätigen, die uns hel-
fen wird, zum Sozialismus, zur klassenlosen Gesellschaft zu kommen, kann nur im Kampfe gegen die Klasse der Ausbeuter verwirklicht werden.

-o-o-o-o- (Schluss folgt)

PROBLEME DER SPANISCHEN REVOLUTION.
oo

Die Gruppe "Que Pasa?" hat zu wiederholten Malen in ihren Organen versucht, die von der KI in Spanien betriebene Politik mit pseudoradikalen Argumen-
ten zu verteidigen. Im Novemberheft von "Que Pasa?" antwortet der IOMI-
Genosse J. Galvet auf die Verteidigung der stalinistischen Spanienpolitik durch L. L. von der Gruppe "Que Pasa?". Wir bringen nachstehend den Ar-
tikel des Gen. Galvet, denn er beantwortet zugleich die unter Mitglie-
dern verbreitete Argumentation, dass die KI in Spanien nur aus "Diplomatie"
von der bürgerlichen Demokratie rede, in Wirklichkeit aber für die prole-
tarische Revolution wirke. Gen. Galvet schreibt:

Wenn ich auch nicht so weit gehe wie der Genosse Louzon, der sagt, dass in
Spanien "durch die Vermittlung der Kommunistischen Partei die Macht in die
Hände der spanischen Fraktion übergegangen ist", so behaupte ich jedoch,
dass die Kommunistische Partei offen an der Herstellung einer Militärdik-
tatur arbeitet, die sich gegen die Arbeiterklasse richten würde u. verhin-
dern soll, dass es dieser gelingt, die Macht zu ergreifen. Und dass diese Be-
hauptung nicht irgendeiner Phantasie entsprings, das leugnet niemand, der
die Politik der Stalinisten verfolgt hat, die sich in Spanien u. ausschließ-
lich Spaniens nicht gescheut haben, alle diejenigen als Kontorrevolutionäre zu
bezeichnen, die den marxistischen Grundsatz der Machtübernahme durch die
Arbeiterklasse verteidigt haben.

Ich verstehe deshalb nicht, wie L. L. die Diktatur der P. in Spanien als ei-
nen Ausdruck mit oder ohne Irrtümer der proletarischen Macht ansehen
kann.

Der Genosse will natürlich die Kräfte, die bei der Revolution auf unse-
rer Seite kämpfen, in solche, die einen Guerillakrieg wünschten u. in sol-
che, die diesen Krieg mit einer disziplinierten Armee führen wollten...

Es ist bedauerlich, dass der Gen. L. den durch die IOMI u. die CNT von die-
sen "guerilleros" (Freischärler) im Laufe der ersten Monate mit ihren nack-
ten Kräften siegreich geführten Verteidigungskampf, damals als es noch kei-
ne Waffen noch Militär gab, mit dem verwechselt, was er Politik zugunsten
eines Guerillakrieges u. gegen eine organisierte Armee nennt. Andererseits
sahen sich diese Organisationen gezwungen, die Verteidigung dieser "gueril-
leros" zu ergreifen u. zwar teil sie in der Mehrzahl aus ihren Reihen kamen,
zu einer Zeit, als es weder Tanks, noch Flugzeuge, noch Kanonen, u. fast keine
Maschinengewehre gab u. als derjenige, der eine Abteilung kommandierte, we-
der einen Titel hatte, noch einen anderen Sold als die Soldaten u. man ihn
weder mit Exzellenz noch mit Herr titulierte, wie es die Stalinisten nach-
her befohlen haben.

Gerade die IOMI war es, die sie erste öffentlich die Notwendigkeit vertei-

die eine Armee u. eine Heeresleitung zu organisieren; sie war ebenfalls die erste, die die Mobilmachung forderte. Aber im Gegensatz zu dem, was später die Stalinisten taten, forderte sie dies, damit die Arbeiter Waffen u. die führenden Köpfe im Heere erhielten, während die nichtproletarischen u. die vom revolutionären Standpunkt aus verdächtigen Elemente zu Befestigungs- u. anderen Hilfsarbeiten verwandt werden sollten; das ist genau das Gegenteil von dem, was dann unter der stalinistischen Leitung gescheit wurde. Es gab noch einen anderen Unterschied zwischen der These der IOUM und der von dem Stalinismus verteidigten, die er dank dem Druck Moskaus, auch durchsetzen konnte; unsere Partei forderte, dass die Berufsmilitärs u. die Militärbürokratie im allgemeinen unter die Kontrolle der Arbeiterorganisationen gestellt werde, während die Stalinisten wünschten u. auch erreichten, dass die Militärbürokratie, statt gelichtet u. kontrolliert zu werden, selbst zum Organ der Leitung u. Kontrolle wurden. Und sie haben auch erreicht, dass die Kriegskommissare sich aus Vertretern der politischen Interessen der Arbeiter untergeordnete Hilfskräfte der Militärs verwandelten, gerade gut genug, um dem, was diese anordnen, den Schein politischer Legalität zu geben.

Der Unterschied der Grundsätze ist ausschlaggebend für die Revolution. Die erste These enthält alle Vorbedingungen für die Umwandlung dieser revolutionären Armee der ersten Wochen in eine starke u. disziplinierte revolutionäre Armee in Dienste der Arbeiterklasse u. ihrer Revolution. Die zweite, die stalinistische These enthält alle die konterrevolutionären Kräfte, die sich unweigerlich dazu entwickeln müssen, dass die Armee in ein Massinstrument der bürgerlichen Klasse verwandelt wird u. die neue Armee den gleichen Charakter erhält wie die, die sich am 19. Juli zum Aufstand erhob.

Der Irrtum des Genossen L. L. rührt daher, dass er die Periode der spanischen Revolution, die am 19. Juli beginnt, als eine Periode ansieht, in deren Verlauf die Arbeiterklasse an die Macht gekommen sei. Nichts ist die spanische Arbeiterklasse an der Macht gewesen, selbst nicht - im Gegensatz zu dem, was viele Genossen im Ausland u. selbst in Spanien glauben - in der Periode, in der das Zentralkomitee der Milizen u. die entsprechenden antifaschistischen Komitees in den Dörfern bestanden. Selbst in den Komitees haben die Arbeiter die Macht stets in einem mehr oder weniger grossen Masse mit den alten politischen Parteien des Kleinbürgertums u. selbst mit einigen Vertretern der Interessen der Grossbourgeoisie geteilt, wenngleich sie dies nicht zugegeben haben. Damit will ich nicht sagen, dass ich diese Zusammenarbeit an bloc verdammen oder guthiessen möchte; man rührt hier an ein Thema, das ich schon anderswärts behandelt habe u. das ich bei einer anderen Gelegenheit weiterentwickeln will.

Dieser gleiche Irrtum verleitet den Genossen L. L., zu bedauern, dass die Mitglieder der Arbeiterorganisationen u. der proletarischen Parteien nicht an bloc an die Front gegangen seien. Wenn er nicht von dieser falschen Einstellung ausginge, so würde er darüber im klaren sein, dass es ein Verbrechen gegenüber der Revolution bedeutet, die Parteimitglieder an bloc an die Front zu schicken, wenn im Hinterland alle Ansätze zu einer bürgerlichen Herrschaft vorhanden sind, wenn die Vertreter der Bourgeoisie ihre Regierungsposten beibehalten, wenn dieselben Vertreter dieser bürgerlichen Herrschaft, die nur sehr wenig Begeisterung für den Krieg haben, im Hinterland bleiben u. völlige Freiheit haben, ihre Kräfte zu reorganisieren. Dennoch wurde dieses Verbrechen bis zu einem gewissen Grad begangen. Die Führer der revolutionären Organisationen konnten nicht verhindern, dass eine grosse Zahl revolutionärer Arbeiter es begingen, spontan u. auf Grund einer falschen Einschätzung der Situation (die zu dieser Periode bei den einfachen Mitgliedern verständlich war), und dadurch ihren Abmarsch an die Front einseitig den Stalinisten u. andererseits den Kleinbürgerpartei des P.C.I. überliessen. Nicht ohne Grund hat eine gewisse Persönlichkeit, die damals Minister war u. heute einen sehr verantwortlichen Posten bei der Regierung einnimmt u. sehr gute Beziehungen zu den Stalinisten hat, sich sehr befriedigt darüber geäussert, dass die "wilden" Revolutionäre der IOUM u. der CNT sich an der Front hinschlachten liessen, als es noch keine Waffen gab. Das, so fügt er hinzu, wird uns später die Arbeit der Reinigung erleichtern. Ich habe ähnliche Ansichten aus dem Munde katalanischer Stalinisten u.

von einem sozialistischen Abgeordneten gehört. Dieser Irrtum kostete den besten Elementen der UOUF u. der Iberischen Kommunistischen Jugend von Madrid das Leben u. beraubte die damalige nationale Führung dieser letzteren Organisation aller ihrer Köpfe.

Und trotzdem hätte, wenn man dem Bericht von Diaz vom März dieses Jahres glauben soll, auch die K. nicht geögert, sich diese Politik zu eigen zu machen. So versichert er wenigstens; aber nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt als dies. Diaz hütet sich, zu sagen, dass die Kommunistische Partei vom ersten Augenblick an der Anziehungspol jenes Teiles der Arbeiterklasse geworden ist, der niemals einen Klassenstandpunkt eingenommen hatte u. jenes Teils des Kleinbürgertums, der nicht den Linksparteien angehört hatte, sondern immer gerade solchen politischen Führern auf dem Lande u. in den Kleinstädten gefolgt ist, die die republikanischen Parteien bekämpften haben. Mit einem Wort, die soziale Basis der K., weit entfernt davon die zu sein, die i. L. so bewundert: 60 % Arbeiter, 30 % Bauern, besteht in der Mehrzahl aus Kleinbürgern. In ihren Reihen fehlen auch nicht Überreste der Grossbourgeoisie, die nicht verschunden ist u. aus deren Reihen fast sämtliche hohen Beamten des Staats-, der Gemeinden u. der autonomen Gebiete stammen.

Ich habe mit eigenen Augen in einem Dorf der Provinz Alicante gesehen, wie eine Amazone, die ehemalige Organisatorin aller politisch-religiösen Veranstaltungen der Gil-Robles-Reaktionäre, umgeben von ihren alten Kampagnen, einigen Dorfbewohnern, die so leichtsinnig waren, sich vor den Wahlen vom 16. Februar als Republikaner zu bekennen u. die nicht aufgehört hatten, es zu sein, ein "Es lebe unser Vater Stalin" ins Gesicht schiederte das in ihrem Munde nur das gewohnte "Es lebe unser Vater Jesus" aus der guten alten Zeit ersetzte.

Um auf die Armeesache u. auf die im Bericht von Diaz zitierten Tatsachen zurückzukommen, die i. L. als richtig unterstellt, so mache ich ihn darauf aufmerksam, mit welcher Selbstverständlichkeit Diaz von Katalonien schreibt, was i. L. zu einigen Nachdenken veranlassen sollte. Diaz befasst sich bei seinem Vergleich zwischen Mitgliedern u. Kämpfern der K. nicht mit Katalonien, aus dem sehr einfachen Grunde, dass in Katalonien seine Partei im März noch nicht ihre Methoden der Bürokratisierung der Armeesache durchgesetzt hatte u. zwar wegen der Kampagne der UOUF u. ausserdem, weil es ihr Madrid u. in anderen Gebieten nicht gelungen war, die Rekruten zu zwingen, sich in militärische Verbände einzureihen, die unter rein stalinistischer Führung standen. Bei neuen Formationen gingen sie soweit, Sozialisten, die des Antistalinismus u. der Abneigung gegenüber der K. verdächtig waren, auszuschließen. Und diese Zwangsrekruten, in der Mehrzahl mit Mitgliedskarten der UOUF oder der UGT versehen, viele auch mit solchen der F.I., der S. oder der UOUF, waren jene, die Diaz als Anhänger der K. bezeichnete, aus dem einzigen Grunde, weil die Militärdisziplin sie in Brigaden eingereiht hatte, die unter Führung von Stalinisten standen. Diese letzteren waren die einzigen die die militärischen Kommandostellen erhielten, u. selbst die meisten der politischen Kommissare wurden ebenfalls bürokratisch durch Befehl des Kriegsministers unter die Stalinisten verteilt, auch zur Zeit Largo Caballeros. Ja vielleicht sogar mehr in dieser Zeit als seither unter Prieto, der, wenn auch von derselben Sorte wie die Stalinisten, dennoch eine festere Hand hat.
(Schluss folgt)

-o-o-o-o-o-

Konterrevolutionäre Massnahmen im republikanischen Spanien. Die konterrevolutionären Verordnungen u. Verfügungen der Regierung von Madrid u. Valencia folgen einander ohne Unterbrechung. In der Verordnung, das die Rückgabe des Eigentums des Herrn Portela Valladares an diesen verfügt, sagt man von ihm -der den berühmten Brief an Franco schrieb, -dass er eine "liberale, demokratische u. autonomistische Ideologie" habe, um die "Aufhebung der Expropriation des genannten Portela Valladares" zu rechtfertigen.

In einer anderen Verordnung des Ministeriums der Nationalen Verteidigung heisst es, dass fortan das genannte Ministerium Waren nur erwerben werde von Industriellen, die ihren gesetzlichen Besitzern von vor dem 19.

Juli gehören, oder von solchen, die unter gesetzlicher Kollektivkontrolle stehen. Es wird keine Ausnahme gemacht zugunsten der von den Arbeitern geleiteten Betriebe. Diese werden in der gleichen Weise behandelt wie die Kapitalisten. Wir zweifeln nicht daran, dass im Hinblick auf die kollektivisierten Industrien denselben Weg gehen wird wie in Bezug auf Hoya u. a. s.

Das Justizministerium hat außerdem eine Verfügung erlassen, die den Anwälten u. Richtern gebietet, bei der Ausübung ihrer Funktionen vor Gericht die Robe zu tragen wie vor dem Bürgerkrieg. Diese Verfügung bedeutet einen weiteren Schritt zur totalen Wiederherstellung des bürgerlichen Justizapparates, der vor dem 19. Juli in Kraft war. Über die tatsächlich entscheidenden Schritte die man in dieser Richtung tat, sind die die Volksgerichte unter die Schirmherrschaft der Justizbehörden zu stellen u. die Kontrolle der Arbeiterorganisationen aufzuheben.

Herr Comorera, Führer von Stalins Gnaden in Katalonien, hat ebenfalls in seiner Eigenschaft als Justizminister der Generalität in der Richtung zur Konterrevolution mitgewirkt. In einer kürzlich erlassenen Verordnung verbietet er den jungen Leuten unter 25 Jahren u. den Ausländern, die in die Kontrollräte u. die Räte der kollektivisierten industriellen Unternehmungen gewählt sind, die Ausübung ihrer Funktionen. Dieses ist die Letztinstanz des H. Comorera, kurz bevor er wegen durfte, zur Pariser Arbeiterschaft zu sprechen. Für Herrn Comorera haben ausländische u. spanische Arbeiter nicht dieselben Rechte. Schon im Laufe des Oktober 1936 veröffentlichte sein stalinistischer Kollege, der Arbeitsminister Valdes eine Verordnung, nach der ein ausländischer Arbeiter, der während drei aufeinanderfolgenden Tagen die Arbeit verweigert, entlassen werden könne. Diese Massnahme betraf ausdrücklich die ausländischen Arbeiter, denn man sagte nichts von den inländischen.

Aus dieser Tatsache kann man schliessen, auf welche Art die Stalinisten den Internationalismus verstehen, auf welche Art sie ihre Dankbarkeit bezogen gegenüber den heroischen ausländischen Arbeitern, die an den spanischen Fronten gegen den Faschismus gekämpft haben u. noch kämpfen. Niemand kann sich danach mehr über die neue Lösung der französischen K. "Frankreich den Franzosen" wundern. Die jungen Leute, denen Andreu Nin als Justizminister das Bürgerrecht mit 18 Jahren gegeben hatte, können sich über die Artfreuen, wie die Vorkämpfer für die "Einheit der gesamten Jugend, die katholische inbegriffen" ihre Rechte zu wahren verstehen. (Independant News)

Ein amerikanischer Sozialist in Spanien verhaftet. Der Journalist Sam Baron, Mitglied der amerikanischen Sozialistischen Partei u. Korrespondent des "Socialist Call", des Zentralorgans dieser Partei ist soeben in Spanien unter dem Druck der Stalinisten durch die Regierungspolizei verhaftet worden. Er ist des "Trotzkismus" angeklagt, weil er sich für das Schicksal der Gefangenen der CNT interessiert hat. Sam Baron hatte als Empfehlungsschreiben bei sich, einen Brief von Norman Thomas, dem Sekretär der amerikanischen soz. Partei, einen Brief von Fernando de Los Rios, dem spanischen Gesandten in Washington, einen Brief von Osorio y Gallardo, dem spanischen Gesandten in Paris. So viele Garantien konnten ihn nicht vor der Verhaftung schützen. Die beiden bedeutendsten Vertreter der spanischen Regierung Negrin u. Rieco, gehören der gleichen Internationale wie Norman Thomas an. Über die Namen das von ihnen gemeinsam mit den Stalinisten betriebenen konterrevolutionären Kurses verfolgen sie auch Mitglieder ihrer eigenen Bruderparteien

-o-o-o-o-o-

DIE INFLATION GEHT WEITER.
oooooooooooooooooooooooooooo

Wir haben in der "Arbeiterpolitik" wiederholt gesagt, was von der Ankündigung Bonnets, im Jahre 1938 werde das Budget ins Gleichgewicht gebracht sein, zu halten sei. Bonnet hatte sich dieses Budgetgleichgewicht für 1938 auf die Weise ausgerechnet, dass er von der allgemeinen Preiserhöhung ab sah, die eine notwendige Folge der im Jahre 1937 von ihm betriebenen Politik der Frankentrachtung u. der Zuhilfenahme inflationistischer Mittel zur Deckung des Bedarfs der Staatskasse sein musste. Das Budgetgleichge-

licht für 1938 ist nun inzwischen, wenn man so sagen darf, begreben worden, ohne das Licht der Zeit erblickt zu haben. Es wird jetzt offiziell ausgegeben, dass sich bei einer Überprüfung der Budgetberechnungen für 1938 auf Grund der inzwischen eingetretenen Preissteigerung kein Gleichgewicht, sondern ein Defizit auch im ordentlichen Haushalt ergibt (für den außerordentlichen Haushalt war von vornherein ein erheblicher Schiebetrag vorgesehen). Die unsere Volksfrontregierung Nummer Zwei, die sich von den von Bonnet vertretenen Prinzipien der sogenannten "gesunden Finanzorthodoxie" leiten lässt, auf diese Lage reagieren wird, ist ohne grossen Aufwand von Phantasie abzuschätzen. Sie wird versuchen, den Werktätigen neue Lasten (zu den bereits von Bonnet eingeführten Milliarden an neuen Steuern u. Abgaben) aufzubürden - so sollen die Eisenbahntarife wieder erhöht werden; sie wird sich gegen eine Aufbesserung der Hungergehälter der Beamten stemmen; sie wird die Altersunterstützung, den nationalen Arbeitslosenfonds u. ähnliche Projekte weiter auf Eis legen; und da man den Werktätigen zwar das Hemd vom Leibe ziehen, ihnen aber nicht in gefüllte Fassenschränke greifen kann, die sie nicht besitzen u. da für Chautemps, Bonnet u. die ganze radikale Partei die vollen Kassenschränke der Kapitalisten Tabu sind, wird das Defizit bleiben, wird die Inflation weitergehen, wird der Franken weiter rutschen, werden die Preise weiter steigen usw.

Die Chautemps u. Bonnet wollen natürlich nicht wahrhaben, dass ihre Finanzpolitik die Weiterführung der Inflation bedeutet. Demgegenüber versucht die Regierung immer wieder durch allerlei Tauschenspielerkünste zu beweisen, wie stabil doch die Finanzlage des französischen Staates sei. Ein solches Kunststückchen war der Bonnetsche Budgetvorschlag für 1938, der sich anzusehen, wie schon erwähnt, als eine Milchmädchenrechnung herausgestellt hat. Jetzt erzählt uns Bonnet ein neues Finanzmärchen. Er sei doch in der Lage, dieses Jahr 11 Milliarden an Schulden zurückzuzahlen, könne er jemandem an der Solidität der Staatsfinanzen Frankreichs zweifeln? Der "Manchester Guardian", der bekanntlich ein sehr ernstes Blatt ist, bezeichnet in seiner Nr. vom 15. November diese Behauptungen Bonnets u. seiner Leibjournalisten als eine "fideiuciarische Interpretation", u. zwar aus folgenden Gründen: erstens seien die im September fälligen Schatzscheine (Bons) nicht "zurückgezahlt", sondern lediglich konsolidiert worden, d. h. dieses Schulden des Staates ist nicht gelöscht worden, sondern geht unter anderer Bezeichnung weiter; zweitens werde die Fundanleihe, die im Dezember zurückgezahlt werden soll, auf die Weise abgedeckt werden, dass die Staatskasse sich den entsprechenden Betrag (6 Milliarden Franken) vom "Nährungsausgleichsfonds in Devisen" verschlossen lässt; es entsteht dann also - bei einer Abdeckung der ausländischen Devisenschuld - eine Erhöhung der inneren Schuld der Staatskasse um 6 Milliarden Francs. Der "Manchester Guardian" meint:

"Weit davon entfernt, eine wirkliche "Zurückzahlung" von 11 Milliarden Franken aufzuweisen, wird die französische Staatsschuld nach einem 6 monatigen Aufenthalt von Monsieur Bonnet im Finanzministerium eine beträchtliche Nettoerhöhung aufweisen".

Somit zu der Bonnetschen Finanzpropaganda.

Die SFIO u. die K.F. haben allerlei mehr oder weniger schöne Projekte auf Lager, die die Inflation verhüten u. die Interessen der Werktätigen auf Kosten der Besitzenden sichern sollen. Die SFIO fordert die Nationalisierung der Banken u. der Trusts, wobei sie sich allerdings über die wesentliche Frage ausschweigt, ob die Kapitalisten mit oder ohne Entschädigung enteignet werden sollen; das ist insbesondere nach den Erfahrungen mit der sogenannten Nationalisierung der Rüstungsindustrie, bei der die Eigentümer der nationalisierten Betriebe u. Werkstätten ein Bombengeschäft machten u. mit der Neuordnung des französischen Eisenbahnwesens, die den Eisenbahnmagnaten ihre Einkünfte auf Generationen hinaus sichert, eine entscheidende Frage. Die K.F. fordert eine Steuerreform, damit die Reichen zahlen sollen, aber solange beide Parteien Volksfrontpolitik treiben u. die Regierung Chautemps-Bonnet unterstützen, sind all ihre schönen Vorschläge praktisch nur Wankler, um die Arbeiter darüber hinwegzutäuschen, dass sie die Chautemps-Bonnetsche Hungerpolitik mitmachen u. unterstützen. Die Idee, die Kapitalisten mit Hilfe der Volksfront belasten oder enteignen zu wollen, ist grotesk. Das ist ebenso, als wollte man ein Flugzeug zum Fliegen bringen, indem man als an-

triebskraft nicht einen Motor, sondern einen Lahmen Gaul benutzt.

Die CGT-Führer haben alles getan, um den Kampfwillen der Arbeiter, so der Pariser Metallarbeiter- u. Bauarbeiter, sowie der Beamten und der Arbeiter u. Angestellten der öffentlichen Dienste in die Bahnen "spontane" Demonstrationen zu lenken, denen die Gewerkschaftsbürokratie jede Spitze zu nehmen suchte. Die Arbeiter und insbesondere die Beamten werden auf die Grosstaten verführt, die das Parlament jetzt vollbringen soll. Wie die Radikalen sich im Parlament benommen werden, ist ohne weiteres klar u. auch die SFIO u. die K.F. sind bisher regelmäßig eingeschwenkt, wenn es sie der Appell gerichtet wurde, die "Einheit der Volksfront", das Bestehen der Volksfrontregierung durch Preisgabe der Forderungen der Werktätigen zu wahren. Und schliesslich existiert ja auch noch der Senat, um etwaige Beschlüsse der Deputierten, die unter der Einfluss der Massenstimmungen entstanden sind, im Interesse der kapitalistischen Scharfmacher umzumodeln oder einfach in den Papierkorb zu befördern. Nachdem man monatlich den Senat als Bollwerk der Reaktion bezeichnet hat, sollen jetzt die Beamten u. auch die Arbeiter ihre Hoffnungen auf das Parlament, zu dem bekanntlich auch der Senat gehört, setzen!

Wenn die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten etwas erreichen wollen, so müssen sie zu ausserparlamentarischen Aktionen übergehen. Die Erfahrungen der Juni-Streiks von 1936 haben gezeigt, dass die ausserparlamentarische Aktion gleichzeitig das wirksamste Mittel ist, um zu erreichen, dass das Parlament Forderungen der Werktätigen bewilligt. Die Voraussetzung für die Organisation tatkräftiger ausserparlamentarischer Aktionen ist natürlich der feste Wille, keine Rücksicht auf die Volksfront mit den Radikalen und auf die Volksfrontregierung zu nehmen.

Caritas statt Klassenkampf. In der "Strasbourger Humanité" vom 14. November erscheint ein Aufruf zur Hilfe für die Maul- und Klauenseuche geschädigten Landwirte. Der Aufruf ist von drei landwirtschaftlichen Elsen-Lothringern unterzeichnet. In dem Aufruf werden die Adressierten aufgefordert, den geschädigten Landwirten durch die Zahlung von Spenden an ein von der K.F. zu diesem Zweck aufgesetztes Hilfskomitee zur Hilfe zu kommen. Statt die Volksfrontregierung unter dem Druck der Massen zu setzen u. von ihr die Wiedergutmachung der Sachschäden zu fordern, verlegt die K.F. das Schwergewicht ihrer Aktivität darauf, den Klingelbeutel zu schwingen. So ist aus der Losung "Die Reichen sollen zahlen" mehr und mehr die Losung geworden "Die Armen sollen zahlen". Wir haben bereits auf die Versuche zur Aufbringung der Mittel für die Altersunterstützung verwiesen. Jetzt sollen die Schäden der Maul- und Klauenseuche durch eine ähnliche Aktion wiedergutmacht werden. Die klassenbewussten Arbeiter müssen die Betätigung der K.F. im Sinne der kirchlichen Caritas zurückweisen. Sie müssen verlangen, dass die Volksfrontregierung und die Volksfrontmehrheit im Parlament unverzüglich die notwendigen Kredite zur Verfügung stellt, um die von der Maul- und Klauenseuche betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe zu entschädigen. Dazu ist es nötig, dass die Kleinlandwirte in Ausschüssen zur Feststellung der Sachschäden zusammengefasst werden u. dass die bewilligten Kredite unter deren Kontrolle zur Verteilung gebracht werden. Mit dem Klingelbeutel - um Herrn Bonnet zu entlasten - aber bleibe man uns vom Halse.

Da rendet sich der Gast mit Grausen... Man schreibt uns: Zur Charakterisierung der neuesten Kampfmethoden gegenüber den oppositionellen Kommunisten sei folgender Fall mitgeteilt: Vor ungefähr drei Wochen erschien in der "Pariser Tageszeitung" eine Anzeige der "Freien Deutschen Jugend". Darin wurde die Abhaltung eines französischen Sprechkurses angekündigt u. um Anmeldungen dazu geboten. Ich meldete mich dort an. Am 2. Abend entdeckte mich ein mir bekannter K.F.-Mann. Nachdem er festgestellt hatte, dass ich zur Opposition gehöre, frag er, ob ich es nicht unter meiner Würde halte, weiter an dem Kursus der "FDJ" teilzunehmen. Ich erklärte ihm, dass ich in den Kursus gekommen sei, weil er öffentlich angekündigt worden sei u. ich die franz. Sprache lernen wolle. Darauf erfolgte mein Ausschluss aus dem Kursus. Offenbar befürchteten die Linientreuen, dass der K.O.-Kamerad "trotskistische" Elemente in die französische Sprache einführen wolle.

Vorantwortlich: E. HIRTZEL.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IVKO)

Nr. 48/IV. Jahrgang.

Vierte Novemberwoche 1937.

DAS FASCHISTISCHE KOMPLOTT. oooooooooooooooooooooooooooo

Das Innenministerium hat in einem Communiqué erklärt, dass es erwiesen sei, dass die von der Polizei in der letzten Zeit aufgedeckten Waffendlager den Zwecken eines gross angelegten faschistischen Komplotts gedient haben. Das Innenministerium benutzt die Gelegenheit, um zu erklären, das französische Volk könne ruhig sein, Marx Dormoy u. die Polizei würden es schon vor dem Faschismus bewahren.

Aber das, was sich in den letzten Wochen u. Tagen abgespielt hat, beweist gerade, dass es ganz falsch wäre, wenn die Arbeiterschaft sich darauf verliesse, dass die Polizei oder andere Behörden der bürgerlichen Republik den Faschismus erledigen würden. Die faschistische Gefahr in Frankreich besteht nicht darin, dass für morgen oder übermorgen oder sonst binnen kurzer Frist die Errichtung einer faschistischen Diktatur drohte. Sie besteht darin, dass die faschistischen Organisationen jetzt Kadern sammeln, sie organisieren, bewaffnen, für den Bürgerkrieg ausbilden, dass sie sich Stützpunkte in Staatsapparat, in der Armee, in der Polizei, in der Justiz etc. schaffen, dass sie mit Hilfe der Unternehmer Streikbrecher in die Betriebe bringen, deren Aufgabe es ist, Aktionen der Arbeiter zu verhindern usw. Vorzüge der Faschismus über ausgebauten Kadern, dann kann er den Versuch machen, zur Macht zu greifen, sobald die allgemeinen Bedingungen für ihn günstig sind, d.h. sobald eine schwere wirtschaftliche und politische Krise eintritt, die nicht von einem Anwachsen der ausserparlamentarischen Aktivität u. des revolutionären Kampfgeistes der Arbeiterschaft begleitet ist, sondern von einer Passivität des Proletariats, von einer Enttäuschung der Werktätigen über die Politik der Arbeiterorganisationen. Täuschen wir uns nicht, die Volksfrontpolitik der grossen Arbeiterorganisationen Frankreichs wirkt sich als eine systematische Erziehung der Arbeiter zur Passivität aus und schon heute sind viele, die unter dem Eindruck der vorjährigen Parlamentswahlen u. der Junistreike, sagen wir zur KFF oder zur CGT, gestossen waren, enttäuscht in die Indifferenz zurückgefallen. Gleichzeitig sehen wir in den Vereinigten Staaten das erste Wetterleuchten der heranziehenden neuen Wirtschaftskrise, die früher oder später ausbrechen u. ganze kapitalistische Welt befallen u. insbesondere den französischen Kapitalismus, der an dem jüngsten Konjunkturaufschwung wenig Anteil hatte, schwer treffen wird. Es kann also ziemlich bald eine Zeit kommen, wo die Kadern des Faschismus, die sich heute in Stillen sammeln, sehr gefährlich werden können. Es ist keineswegs angebracht still zu sitzen u. auf die Polizei zu vertrauen, die französische Arbeiterklasse muss auf grosse Auseinandersetzungen gerüstet sein, und sie kann dies nur, wenn sie aktiv ist, wenn sie mit ihrer Passivität bricht, wenn sie den klassenversöhnlerischen Volksfrontschwindel beiseite wirft u. die Bahn des Klassenkampfes gegen Kapitalismus u. bürgerlichen Staat beschreitet. Eine kämpfende Arbeiterklasse braucht nicht zu fürchten, vom Faschismus überrescht zu werden.

Die Volksfrontregierung u. ihr Innenminister gebärden sich jetzt als sehr entschiedene Bekämpfer des Faschismus. Aber jede nähere Betrachtung der Tatsachen zeigt etwas ganz anderes. Wer sind nun eigentlich die jetzt gefassten Verschwörer? Welches sind ihre politischen Verbindungen, wer sind

ihre Führer u. Hintermänner? Auf diese Fragen ist keine Antwort erfolgt. Hängen die Cagoullards mit den bekannten Führern der faschistischen Organisationen, wie de la Rocque, Doriot etc., zusammen oder sind sie eine oppositionelle Gruppe, denen die de la Rocque, Doriot etc. zu "schlapp" sind? Ganz gleich wie die Antwort auf diese letzte Frage lautet: Weshalb werden keine Massnahmen gegen den PSF, den PPF etc. ergriffen? Hängen PPF und PSF mit der Verschwörung zusammen, dann müssen sie verboten u. ihre Führer verhaftet werden. Ist das aber nicht der Fall, sind die Cagoullards eine selbständige Gruppe, dann wäre ein Vorgehen gegen PSF u. PPF ebenfalls am Platze, denn wenn eine Gruppe, die ausserhalb der grossen faschistischen Organisationen steht, imstande ist, ein gefährliches bewaffnetes Komplott zu organisieren, dann ist anzunehmen, dass die de la Rocque u. Doriot erst recht über Waffenlager etc. verfügen. Aber Dormoy u. die Polizei, die jetzt sehr stolz darauf sind, dass unter ihrer Nase von den Faschisten monatelang Bürgerkrieg geführt wurde, ohne dass sie Anstalten machten, etwas zu merken, scheinen sich nach dem Rezept zu richten, dass man die Kleinen hängt und die Grossen laufen lässt. Alle Veröffentlichungen der Polizei u. des Innenministeriums über das faschistische Komplott vermeiden es ängstlich, auf die Frage einzugehen, wer dessen Führer u. Hintermänner gewesen sind. Auch einige andere Beispiele zeigen, dass die Regierung nicht daran denkt, die wirklichen Köpfe des Faschismus zu fassen. Herr Tardieu erklärt vor Gericht ziemlich offen, er habe als Minister de la Rocque finanziert, damit dieser einen faschistischen Staatsstreich vorbereite u. sei von ihm enttäuscht gewesen, als er das nicht tat. Der "Populaire" verlangt zwar, dass Tardieu vor dem Staatsgerichtshof komme, aber wir haben nichts davon gehört, dass der sozialistische Innenminister Dormoy oder der sozialistische Justizminister Vincent Auriol irgendetwas in dieser Sache unternommen hätten. Tardieu hat in dem de la Rocque-Prozess weiter ausgesagt, de la Rocque sei ihm von einem hohen Militär empfohlen worden. In der Presse wurden in diesem Zusammenhang Lyautey und Weygand genannt. Kein Mensch in der Volksfrontregierung oder in ihrem Umkreis kümmerte sich weiter darum. Dabei ist es bekannt, welches die politischen Sympathien der Mehrzahl der hohen Offiziere sind und wenn von irgendwelchen faschistischen Komplotten die Rede war, tauchten stets in der Presse die Namen hoher Militärs auf, so im Zusammenhang mit den jüngsten Waffenfunden der Name des Generals Duesoignour. Aber die Volksfrontregierung scheint sich nicht dafür zu interessieren, was die Generale, die die Rolle eines französischen Franco übernehmen möchten, treiben.

Die Arbeiterschaft muss den Kampf gegen den Faschismus selbst in die Hand nehmen, sie darf sich nicht auf die Taten der Volksfrontregierung verlassen. Sie darf sich angesichts der grotesken Katzbalgerei im Lager Faschisten, die uns der Tardieu-de la Rocque Prozess zeigte, in dem die einzelnen "Führer"-Kandidaten einander mit vollen Nachttöpfen bewerfen, nicht der Illusion hingeben, der Faschismus sei in Frankreich bereits erledigt. Es gilt, überall die folgenden Forderungen zu vertreten: wirkliche Auflösung aller faschistischen Organisationen, Verhaftung ihrer Führer u. Hintermänner, Verbot ihrer Presse, Schaffung eines antifaschistischen überparteilichen Selbstschutzes der Werktätigen.

-o-o-o-o-

MAURICE GENT UNTER DIE HEILIGEN.

oo

(Fortsetzung)

IV.

Thorez will also mit der katholischen Kirche auf dem Boden der Caritas zusammenarbeiten, von der der Papst Pius XI. in seiner Enzyklika "Divini Redemptoris" von 19. März 1937, die gegen den "gottlosen Kommunismus" gerichtet ist, sagt:

"In dem Masse, wie die Arbeiter u. die Armen die Wohltaten dieses von der Tugend Christi besessenen Geistes der Liebe empfinden werden, werden sie sich auch von dem Vorurteil befreien, dass das Christentum seine Wirksamkeit verloren habe u. dass die Kirche auf der Seite derjenigen stehe, die die Arbeit verbieten."

Was Maurice Thorez anbelangt, so hat er allerdings alle von Pius XI. gerichteten "Vorurteile", d.h. marxistisch-leninistischen Auffassungen übermäßig auf Christentum u. Kirche abgestreift. Die klassenbewussten Arbeiter aber werden es auch weiterhin ablehnen, auf den Bein des Karitas-Schwanzels zu gehen. Mühsam doch der christliche "Liebesgeist" der Kirche darauf hinaus zu arbeiten, sie sollten mit ihrer Ges. zufrieden sein, ihnen zu erzählen "wieviele Arme ein Glück finden, das die stets besorgten u. von der unersättlichen Begier nach mehr Besitz gequälten Reichen vorgeliebt in ihrem Reichtum suchen". (Enzyklika "Divini Redemptoris")

Hören wir jetzt die Meinung von Karl Marx u. Friedrich Engels über den christlichen "Liebesgeist".

Im Jahre 1846 wandten sich Marx u. Engels gegen die Auffassungen eines jungen deutschen Schriftstellers Hermann Kriege, der in einem Blatt, das in New-York unter dem Titel "Der Volkstribun" erschien, ähnlich wie Thorez versuchte, Kommunismus und Religion miteinander zu "versöhnen". In ihrer Kritik der Auffassungen Krieges schrieben Marx u. Engels (in einem Zirkular, das in der Marx-Engels-Gesamtausgabe 1. Abteilung, Band 6 abgedruckt ist):

"Dieser Liebesabbildet entspricht es, dass Kriege ... den Kommunismus als den liberalen Gegensatz des Egoismus darstellt u. eine vollgeschichtliche revolutionäre Bewegung auf die paar Worte: Liebe - Haas - Kommunismus - Egoismus reduziert. Ebenfalls gehört dazu die Feinheit, womit er ... dem Wucherer davor schmeichelt, dass er ihn das zu leisten verspricht, was er schon hat, u. weiter ... behauptet, "die trauten Gefühle des Familienliebes, der Heiligkeit, des Volkstums nicht zerstören", sondern "nur erfüllen" zu wollen. Diese feige hochliterarische Darstellung des Kommunismus nicht als "Zerstörung", sondern als Erfüllung der bestehenden schlechten Verhältnisse u. der Illusionen, die sich die Bourgeois darüber machen, geht durch alle Nummern des "Volkstribun"."

Weiter holst es in derselben Schrift von Marx u. Engels:

"Den Kampf um die kommunistische Gesellschaft verewandelt dieses Landpflanzverfälschung des Suchen nach jenem grossen Geiste der Gemeinschaft". Diesen "grossen Geist" lässt er "aus dem Becher der Verzweiflung schlürfen schön und voll" u. als "den heiligen Geist aus des Bruders Auge fließen". Nachdem so die revolutionäre kommunistische Bewegung in das "Suchen" nach dem heiligen Geist u. dem heiligen Abendmahl verwandelt ist, kann Kriege natürlich auch behaupten, dass dieser Geist "nur erkennt zu sein braucht, um alle Menschen in Liebe zu verbinden." ... Diesem metaphysischen Resultat geht vorher folgende Verwechslung des Kommunismus mit der Kommunion: "Der Geist, der die Welt überwindet, der Geist, der dem Sturm gebietet u. dem Gewitter (!!!), der Geist, der die Blinden heilt u. die Aussätzigen, der Geist, der allen Menschen zu trinken baut von Einem Wein" (wir trinken die mehrfachen Sorten vor) "und zu essen von Einem Brot" (die französischen u. englischen Kommunisten machen mehr Ansprüche), "der Geist, der da sitzt u. allgegenwärtig, das ist der Geist der Gemeinschaft". Wenn "Geist" "sitzig u. allgegenwärtig" ist, so ist garnicht abzusehen, wie nach Kriege das Privateigentum so lange hat existieren können. Aber freilich er war nicht "erkant" u. er war daher "sitzig u. allgegenwärtig" bloss in seiner eigenen Einbildung. Hier predigt also Kriege im Namen des Kommunismus die alte religiöse u. deutsch-philosophische Phantasie, die dem Kommunismus direkt viderepricht. Der Glaube, u. zwar der Glaube an den "heiligen Geist der Gemeinschaft" ist das Letzte, was für die Durchführung des Kommunismus verlangt wird."

Es ist der Kriegsche "heilige Geist der Gemeinschaft", mit dem wir es zu tun haben, wenn Thorez die katholische Karitas rühmt u. erklärt, der "gute Samariter" aus der Bibel sei das Vorbild für die Militanten der ZPF.

Aber nicht nur den katholischen Karitasschwanzel wohnt Thorez sich zu eigen, er übernimmt auch die katholische Auffassung von der Familie u. der Rolle der Frau in ihren wesentlichen Zügen. Hören wir Maurice, den Bekannnen:

"Der Kommunismus will die Familie retten, die sozial u. moralisch bedroht ist durch die wirtschaftliche Knechtung, durch die unmenschlichen Bedingungen

gen, die dem Familienvater beyesetz werden; durch die Lage, in die die Mutter gebracht wird, die gezwungen werden ist, ihr Heil zu verlassen, ihre Kinder zu veranschuldigen, um im Betrieb, im Geschäft zu erhalten. Der Mann will die Kinder, unsere innigste Hoffnung, sonntagen erstens indem den Eltern die Möglichkeit gesichert wird, ihre Kleinen anständig zu ernähren u. zu kleiden, dann indem Vater u. Mutter die Gelegenheit gegeben wird selbst die Erziehung ihrer Kinder zu überwachen."

Thorez vertritt also die houchlorische spießbürgerliche Auffassung, dass die Frau ins Haus u. an den Kochtopf gehöre. Welch unvorstellbare Wipe es ist, diese borniert-reaktionäre Auffassung als kommunistisch zu präsentieren, zeigen folgende Worte von Lenin (aus der Broschüre "Das grosse Initiative" 1919):

"Keine einzige demokratische Partei in der Welt in keiner einzigen der fortgeschrittensten bürgerlichen Republiken hat in Jahrzehnten in dieser Beziehung (inbezug auf die Lage der Frau) noch nur ein Hundertstel dessen getan, was wir in dem ersten Jahr unserer Macht geleistet haben. Aber so vollständig wir den Boden von dem Gerümpel der alten bürgerlichen Gesetze u. Institutionen gesäubert haben, desto klüger ist es für uns geworden, dass das nur die Freimachung des Grundes für den Bau, aber nicht der Bau selbst ist. Die Frau bleibt trotz allen befreienden Gesetzen Hausknechtin, denn die kleine Hauswirtschaft drückt auf sie, erwürgt sie, steuert sie ab, erniedrigt sie, indem sie sie an Küche u. Kinderkammer fesselt u. mit ihrer Arbeit durch eine unerbittlich unproduktive, kleinliche, nervenschmerzende, abtunpfende, verblödende Tätigkeit Raubbau treibt. Die wirkliche Befreiung der Frau, der wirkliche Kommunismus wird erst dann u. dort beginnen wo und wenn der (von dem im Besitze der Staatsmacht befindlichen Proletariat angeführte) Klassenkampf gegen diese kleine Hauswirtschaft oder richtiger ihre massenhafte Umgestaltung zu sozialistischem Grossbetrieb beginnt... Gemeinshaftsspeisehäuser, Kleinkinderbeobachtungsanstalten, Kindergärten... das sind die .. Mittel, die wirklich imstande sind, die Frauen befreien, wirklich imstande sind, ihre Ungleichheit gegenüber dem Manne, aber u. auf ihre Rolle in der gesellschaftlichen Produktion u. in gesellschaftlichen Leben zu verringern u. aufzuheben..."

Das war Lenins Auffassung über die Befreiung der Frau. Thorez hat auch nicht das Recht, sich auf die gegenwärtige Lage in der Sowjetunion zu berufen. Zwar treten dort unter dem Stalinregime allerlei spießbürgerliche Erscheinungen im Familienleben auf u. werden sogar gefördert, der beherrschenden Zug in der Sowjetunion bleibt jedoch die Tendenz zur immer umfassenderen Gleichberechtigten Beteiligung der Frau in allen Berufen.

Was den Satz anbetrifft, dass die Erziehung der Kinder Sache der Eltern sei, so ist diese jetzt auch von Thorez im Namen der KPF vertretene Auffassung, bekanntlich einer der Hauptgrundsätze der katholischen Kirche. Die Kirche weint und will dabei natürlich, dass die Erziehung in den Händen der Geistlichkeit liege u. dass die Eltern ihre Kinder streng nach den Anweisungen der Kirche aufziehen. Die Erziehung durch die Eltern, die von der katholischen Kirche gefordert wird, bedeutet in Wirklichkeit die Erziehung durch Verdummung der Kinder durch die Kirche.

Im "Kommunistischen Manifest" sagen Marx u. Engels:

"Aber, sagt Ihr, wir heben die trautesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen und ist nicht auch Eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt? Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb deren Ihr erzieht, durch die direkte oder indirekte Einwirkung der Gesellschaft, vermittels der Schule usw? Die Kommunisten erfanden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreissen die Erziehung dem Einfluss der herrschenden Klasse".

Das Familienleben, die menschlichen Beziehungen zwischen Mann u. Frau, zwischen Eltern u. Kindern werden nicht zerrissen, sondern umgekehrt auf eine gesündere Basis gestellt werden, wenn die Frau von der Hausarbeit befreit ist u. die Gesellschaft für eine sorgfältige Erziehung der Kinder sorgt.
(Fortsetzung folgt)

AMERICANISCHE ARBEITSPARTeien:
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Gemeinderahlen, die Anfang November in den Ver. Staaten stattgefunden haben, bedeuten einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur selbständigen politischen Aktivität der amerikanischen Arbeiterklasse. In der Stadt New York verdoppelte die Arbeiterpartei, die kaum ein Jahr alt ist, ihre Stimmzahl gegenüber den letzten Wahlen und erhielt eine halbe Million Stimmen. Mit diesen Massen hinter sich u. einer Anzahl eigener Stadtverordneten u. Stadträten, die sie bei der Wahl durchbrachte, ist die Arbeiterpartei - so zu sagen über Nacht - ein entscheidender Faktor in der Gemeinde- und dem Staate New York geworden.

In Detroit gelang es der Arbeiterliste, die keine organisierte Partei hinter sich hatte u. nur von dem Ver. Automobilarbeiterverband u. einigen anderen Gewerkschaften des CIO unterstützt, von den Instanzen der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation (AFL) über sabotiert wurde, mehr als 150 000 Stimmen auf ihren Spitzenkandidaten bei einer Gesamtstimmzahl von 415 000 zu vereinen. Infolge des undemokratischen Wahlsystems, das in dieser Stadt wie in vielen anderen amerikanischen Gemeinden herrscht u. demzufolge eine Partei 49 % der Stimmzahl erhalten kann u. doch keine Vertretung bekommt, wurden Arbeitervertreter weder für die Bürgermeisterei noch für den Stadtrat gewählt. Diese Tatsache ist von böswilligen oder dummen Zeitungschriftlern ausgenutzt worden um den Eindruck einer schwarzen Niederlage, einer "entschiedenen Zurückweisung", u. was dergleichen Unsinn mehr ist, zu erwecken. So machte der "Daily Worker", das Zentralorgan der KP der Ver. Staaten, den Detroit'ern Arbeitern den Vorwurf, dass sie eine reine Arbeiterliste mit Arbeiterkandidaten aufgestellt hätten, anstatt Volksfrontagitiation zu betreiben. Und doch erhielt die Arbeiterliste in Detroit 36 % der Gesamtstimmzahl, während in der Stadt New York die Arbeiterpartei nur 22 % erhielt, was demselben "Daily Worker" nicht ein Unrecht als Erfolg feierte. Es kann kein Zweifel sein, dass die Wahlergebnisse in Detroit einen bemerkenswerteren Fortschritt der politischen Aktion der Arbeiterbewegung zeigen als selbst die grossen Erfolge der Arbeiterpartei in New York.

-o-o-o-o-

PROBLEME DER SPANISCHEN REVOLUTION.
oooooooooooooooooooooooooooo
(Schluss)

Nicht selten bemängelt sich eine beträchtliche Anzahl dieser Kämpfer um die Aufnahme in die KP, besonders solche Elemente, die vorher politisch wenig geschult waren. Es gehört tatsächlich sehr Mut dazu, einer anderen Organisation als der KP anzugehören, wenn man in den militärischen Formationen, die unter stalinistischer Führung stehen, bleiben will, als in Schutzengraben zu kämpfen; und besonders für einen Offizier ist dies häufig sehr viel gefährlicher.

Um zu illustrieren, was ich schon über die soziale Zusammensetzung der KP gesagt habe, die P.L. so bewundert, führe ich noch den Fall der Provinzial-Bauernföderation von Valencia an, die einige tausend Mitglieder hat, lauter besitzende Bauern, u. nicht eine Besitzer kleiner Parzellen - das geben die KP-Führer selbst zu - diese Bauern sind auch in ihrer grossen Mehrzahl Mitglieder der Partei. Ebenso in Katalonien den Fall der C.E.P.C.T., des alten Arbeitgebernverbandes der kleinen unmittelbaren Kaufleute dieses Gebietes. Seine Mitglieder sind die gleichen Leute, die kurz vor dem Juli einen erbitterten Kampf gegen ihre Arbeiter führten. Es sind auch dieselben, die heute den Kern der FSUC - der Stalinisten Kataloniens - in der UGT bilden u. dort die Opposition gegen die Arbeitgebervereinigungen bilden. Und ferner die Tatsache, dass die Mehrzahl der lokalen Sektionen der Vereinigten Sozialistischen Jugend in Katalonien aus dem alten Organisationen der katholischen Jugendverbände hervorgegangen ist. Meiner Meinung nach beweisen diese verschiedenen Beispiele zur Genüge die soziale Zusammensetzung der KP und ihrer Filialen.

Die Stalinisten können ausserdem mit Recht viele Angehörige der Zivilgarde, der Carabinieri u. der Sturmtruppen (Polizei) als Mitglieder ihrer Par-

bei buchen. Wer diesen Korps Beitreten wollte, wusste, dass das beste Mittel hierzu war, eine Mitgliedskarte der KP vorzulegen zu können. Sie hatten hier einen doppelten Vorteil; sie sicherten sich einen möglichen Sold von 33 Peseten (der mittlere Verdienst eines Arbeiters beträgt nicht mehr als 18 Peseten) u. in der Mehrzahl der Fälle, die Möglichkeit, im Hinterland zu bleiben, um an der Unterdrückung der Arbeiter u. Bauern teilzunehmen, die gegen die Verfolgungen ihrer prominenten Genossen u. gegen den organisierten Kampf der Stalinisten gegen ihre Zulieferungsgesellschaften protestieren wollten.

Aber kann man diese Anziehungskraft, die der Stalinismus auf diese der proletarischen Revolution feindlichen, gesicherten sozialen Schichten ausübt, als Zufall einschätzen? Die Dinge so auffassen hiesse, der marxistischen Dialektik jeden Wert absprechen.

Wenn die KP auf solche Schichten diese Anziehungskraft ausübt, so gerade deshalb, weil sie heute deren Interessen besser verteidigt als irgendeine andere Partei, u. weil sie sie bis zu einem gewissen Grade besser verschleiern kann als die spezifischen kleinbürgerlichen Parteien. Dies ist auch der Grund, warum die bürgerlichen Parteien so schwach bleiben, trotzdem die Konturrevolution ihnen so günstige Bedingungen schafft.

Der Kampf, den der Stalinismus in Katalonien gegen die Kollektivisierung der Industrie führte, u. zwar nicht um sie zu nationalisieren, sondern vielmehr um sie für ihre Besitzer zu erhalten, denen man nach ihrer Auffassung nichts nehmen durfte, sofern sie nicht auf der faschistischen Seite kämpften; weiter die Tatsache, dass - wogegen einzig die POUI Widerspruch erhob - die Verordnung über diese Kollektivisierungen jeder Regierung den Weg offen liess, den Expropriierten Entschädigungen zu bewilligen - und dabei darf man nicht vergessen, dass es sich um Fabriken mit mehr als hundert Arbeiter handelt, deren es in Katalonien zahlreiche gibt; weiter die Tatsache, dass man nicht einmal die Syndikalisierung, noch weniger die Übernahme in Gemeinde- oder Staatsbesitz - ohne Entschädigung der Besitzer verfügen konnte; die Tatsache ferner, dass Beschlüsse von Generalen - z.B. Llorca u. Badajoz - ohne Entschädigung zu enteignen, durch die Stalinisten aufgehoben wurden, die sich das leisten konnten, was die Parteien des Kleinbürgertums nicht gewagt hätten; alles dies beweist klar und logisch es ist, dass die Feinde der proletarischen Revolution in die KP strömen u. wie falsch die Beurteilung P.L.'s ist, wenn er sagt, dass Negrin die Errungenschaften des Juli für die Arbeiter u. Bauern verteidige.

Die Bauern, die die revolutionären Lösungen befolgt u. die Eigentümer expropriert haben, sind jetzt ihrerseits von der Expropriation bedroht, wenn das Land ihren früheren Herren wiedergegeben wird. Die Landwirtschaftsminister der republikanischen Regierung, Stalinisten, u. die der gleichen Richtung in der katalanischen Regierung weigerten sich bis jetzt systematisch, durch Gesetz den Tatbestand zu bestätigen, den die Bauern geschaffen hatten - dort wo es keine stalinistische Vorherrschaft gab, als sie das Land in Besitz nahmen, teils um es aufzuteilen, teils um es kollektiv zu bearbeiten.

Die Arbeiter im Norden Spaniens, haben zusehen müssen, wie die Stalinisten den Kapitalisten helfen, indem sie nicht nur die Kollektivisierung, sondern selbst die Verstaatlichung der grossen Eisenwerke verhinderten; sie haben dann gesehen, wie die Stalinisten in Katalonien ein System erfunden haben, um alle diejenigen Industrien als Kriegsindustrien zu bezeichnen, die sie der Kollektivisierung entziehen wollten; sie verhöhen damit die Gesetzgeber, denen sie selber - mit guter oder böser Miene - zugestimmt haben. Auf diese Weise bereiten sie den alten Besitzern oder deren Erben, die sie niemals enteignen wollten, die Rückkehr vor.

Was die Kirche betrifft, so versucht sich auch in diesem Punkte der Genosse P.L. ganz und gar. Um dies zu bezeugen, begnüge ich mich damit, zu zitieren, was der Peter Lobo nach der ersten öffentlichen Messe nach dem Juli 1936 gesagt hat. Laut der Agence d'Espagne (die von den Stalinisten geleitet u. ganz in ihren Händen ist) drückte sich folgendermassen aus: "Wir haben unseren Gottesdienst wieder eingeführt auf Grund eines Beschlusses der republikanischen Regierung u. im besonderen des Herrn Jesus Hernandez, Minis-

ter für Volkserziehung" Jesus Hernandez ist einer der "beliebtesten" Führer der spanischen KP u Mitglied ihrer ZK-Falls der Genosse P. L. nicht der gleichen Meinung ist wie jener Jugendgenosse der vereinigten Partei Kataloniens, der, beeinflusst durch die Propaganda seiner Führer in einer Jugendzeitung Lenin dahin korrigierte, "dass die Religion nicht mehr das Opium des Volkes sei", so kann ich nicht verstehen, wie er sagen kann, dass der Kampf gegen die Kirche weitergeht.

Es würde mich zu weit führen - u. dieser Artikel ist schon reichlich lang geworden - wollte ich mich mit der Aufzählung von Beispielen befassen, die zeigen, dass die KP in Spanien, entsprechend der von ihr von der Komintern befohlenen Politik, nicht im entferntesten mehr die Interessen der proletarischen Revolution vertritt; Ich füge nur noch hinzu, dass die Politik, die die KP in Spanien betreibt, nichts anderes als das Schicksal der 3. Internationale ist, angepasst den durch den Krieg zugespiteten Verhältnissen. Die eine verbrecherische, die Theorie zu vertreten, nach der die spanischen kommunistischen Führer selber der Täuschung unterliegen, dass das was in unserem Lande vorgeht, eine besondere Erscheinung sei. Nein, diese Politik ist eine logische Folge der Volksfrontpolitik; sie muss sich angesichts einer proletarischen Revolution auswirken muss.

Schon haben sie in Spanien eine Art Polizeistaat errichtet, der ihnen die Organe der öffentlichen Sicherheit in die Hände gespielt hat, und zwar bis zu einem gewissen Grad sogar gegen den Willen derjenigen, mit denen sie zusammen an der Macht sind. Und die Überlegenheit, die sie dadurch haben, benutzen sie einzig und ausschliesslich dazu, die Organisationen zu beschlagnahmen, die sie als Verräter bezeichnen, weil diese so kühn sind zu fordern, dass das Proletariat die Macht ergreifen solle. Dies ist eine Tatsache, die P. L. in den Archiven kommunistischer Literaten nachprüfen kann; die ihm wohl zur Verfügung stehen. Er wird dort Artikel finden, in denen das Vernichten der POUM damit begründet wird, dass diese Partei die Kühnheit habe die Unmöglichkeit der Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie zu fordern. Er wird dort auch erfahren, dass man es als Verrat bezeichnet, wenn die POUM erklärt, das Parlament der Republik stelle nicht die Vertretung der spanischen Arbeiterklasse dar.

Wir, die Mitglieder der SOU werden, zusammen mit allen anderen spanischen revolutionären Arbeitern und mit denjenigen im Ausland, die uns bei dieser Aufgabe helfen wollen, fortfahren, die konterrevolutionäre Arbeit des Stalinsismus in Spanien anzuprangern und dafür kämpfen, dass der Bürgerkrieg, trotz dieser Arbeit seinen Klessencharakter nicht verliert. Gleichzeitig wollen wir unter Einsatz unseres Lebens daran arbeiten, die proletarische Revolution, die in Spanien ernstlich bedroht ist, zu retten, in der besten Überzeugung; dass einzig die Arbeiterklasse im Verein mit den Bauern den Bürgerkrieg zum Siege verhelfen kann. Der von Moskau eingeschlagene konterrevolutionäre Weg kann nur zur Niederlage oder im besten Fall zu einem Kompromiss nach dem Diktat der Kapitalisten von London und Paris führen.
J. Calvet

-o-o-o-

FRISCO DRÜCKT DIE KP AN DIE WAND. Nachdem die KP Spaniens u die FSUG der =:==:~ Ihr. geleistet haben, um die proletarische Revolution zu ersticken, u. dadurch die moralische Widerstandskraft der werktätigen Klassen gegen den Faschismus unterminiert hat, schickt sich der Frisco-Flügel der Regierung an, dem Mohren, der seine Schuldigkeit getan hat, den Abschied zu geben, um so des Kompromiss mit dem Faschismus vorüberzusetzen.
Frisko wirft jetzt planmässig die Vertreter u. Werkzeuge der KP aus den führenden militärischen Stellungen heraus. Der General Pozas, der die Operationen an der Aragonfront leitete, nachdem er im Mai in Barcelona die Operationen gegen die CNT-FAI u. die POUM durchgeführt hatte, ist verhaftet. Alvarez del Vayo, ebenfalls ein Werkzeug der KP in der Kriegsführung, ist von seinem militärischen Posten entlassen. Die politischen Kommissare der KP bei der Armee werden abgesetzt usw./
Dagegen steigt der Einfluss Caballeros trotz oder vielmehr wegen der Angriffe, die die KP gegen ihn richtet. Caballero beruft einen Kongress der UGT ein. Ebenso steht heute fest, dass der gegen die POUM geübte Terror sie als politische Kraft nicht hat vernichten können, sondern sogar die Sympat-

hien für sie in der Arbeiterschaft vorhehrt hat. In ihrer Bedrängnis ent-
deckt die KP plötzlich, dass es golte, "die revolutionären Errungenschaften
zu verteidigen". Der Netzhorn kommt zu spät u. er ist auch nicht aufrichtig.
Das zeigt die Tatsache, dass die KP fortfährt, mit ihrer infamen Kampagne
gegen die FOUM.

WIE DIE POLIZEI REGIERT. Wir entnehmen einem Briefe des Exekutivkomitees
===== der FOUM, den dieses an den Präsidenten der Gene-
ralität, den Justizminister u. den Innenminister Kataloniens richtete, fol-
genden Fassung, der ein bezeichnendes Licht auf die "Spionenkampagne" der
FF gegen die FOUM wirft:

"Dieser Burillo (Polizeipräsident von Barcelona) spielte mit den Militanten
der FOUM, wie eine Katze mit der Maus zu spielen pflegt. Als die inhaftier-
ten FOUM-Militanten sich auf das ministerielle Dekret vom 19. Juni dieses
Jahres beriefen, wurden sie zur Disposition der Barcelonaer Gerichte ge-
stellt. Als diese keinen Delikt zur Anklageerhebung fanden, verfügte sie
die Freilassung der FOUM-Militanten. Sie wurden aber aufs neue zurückgehal-
ten und durch den obersten Polizeihof einen Madrider Spezialgericht zur
Verfügung gestellt, das nur in der Einbildung des H. Burillo existierte. B.
interessierte sich nur dafür, die Freilassung unserer Militanten zu ver-
hindern. Als man bewies, dass das genannte Gericht nicht existierte und for-
derte, dass die Angelegenheit den Spezialgerichten gegen Spionage übertra-
gen werde, die kürzlich in Katalonien gebildet worden waren, missachtete
H. Burillo die juristischen Instanzen Kataloniens, da er überzeugt war, dass
diese Gerichte unsere Militanten in Freiheit setzten und ihn selbst der
Lächerlichkeit ausliefern würden. So stellte er die Angelegenheit erneut
vor das Tribunal Nr. 4 von Valencia, welches antwortete, dass es von der An-
gelegenheit nichts weiss."

5 (Independent News)

EINE BEZEICHNENDE RESOLUTION. Bezeichnend für die beginnende Abneigung ge-
oooooooooooooooooooooooooooo gegenüber der Volksfrontpolitik und für den
sich langsam durchsetzenden Stimmungsumkehrung in der Masse der CGT-Mit-
glieder, ist eine Resolution, die auf dem Nationalkongress der Ingenieure
der CGT angenommen wurde. In der Resolution wird die zunehmende Verschlech-
terung der Lage der Lohn- u. Gehaltsempfänger und die Sabotage des grossen
Kapitals auf ökonomischen, sozialen u. politischen Gebiete festgestellt und
erklärt, dass die aus der Volksfront hervorgegangene Parlaments- u. Regier-
ungsformation sich gegenüber dieser Sabotage als ohnmächtig erwiesen habe.
Der Nationalkongress fordert daher, dass die CGT ihre Aktionsfreiheit ge-
genüber der Regierung zurücknimmt, um erstens eine Aktion zur Anpassung der
Löhne und gegen die massiven Entlassungen durchzuführen, und um zweitens
eine direkte Aktion für die Umwandlung der Wirtschaft entsprechend den
grossen Linien des CGT-Planes (Nationalisierung der Banken, der Schlüssel-
industrien u. Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter u. Angestellten
auf allen Stufen der Produktion) in Gang zu setzen. Auf diese Weise solle
das Land von der ökonomischen u. sozialen Diktatur (die zugleich eine poli-
tische ist, Red. der "Arbeiterpolitik") der Banken u. Trusts befreit werden.
Der Kongress hat hervorgehoben, dass eine wahrhafte Kontrolle der Lohnem-
pfänger über die Produktion erst nach den erwähnten Nationalisierungen
der entscheidenden Wirtschaftszweige möglich sein werde, dass aber trotzdem
unmittelbar erste Schritte in der Richtung einer Produktionskontrolle in
allen Fabriken u. Unternehmungen eingeleitet werden müssten. Diese Kontrol-
le müsste sich zwei Aufgaben stellen: 1) die Kontrolle der Verkaufspreise
u. Herstellungskosten mit dem Ziel der Preisüberwachung und der Bildung
von Überwachungskommissionen; 2) die Kontrolle der Aufträge, der Arbeitszeit,
der Rationalisierung im Hinblick auf die Verhinderung von Massenentlassun-
gen und der Einstellung der Arbeitslosen.

Diese Resolution ist ein Fortschritt in dem Sinne, dass die Erkenntnis
rheht, dass die Volksfront keine Kampfformation gegen das Kapital ist und
das Volksfrontprogramm für die sich im Interesse der Werktätigen aufzwin-
genden Lösungen unzulänglich und untauglich ist. Es genügt aber nicht die
Aktionsfreiheit der CGT zurückzufordern, sondern man muss auch zugleich eine
neue politische Kampfformation bilden; die proletarische Einheitsfront
und das unmittelbare und direkte Kampf Bündnis mit den werktätigen Schich-
ten des Kleinbürgertums gegen und ohne die Radikalen. Der Kampf gegen die
Diktatur der Trusts ist aber ein politischer Kampf, man kann nicht für die

Arbeiterkontrolle der Produktion kämpfen ohne den Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu kämpfen und den Kampf um die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zu organisieren. Notwendig ist es auch darauf hinzuweisen, dass die Nationalisierung nicht nur losgelöst von der ausserparlamentarischen Aktion der Arbeiterklasse und dem politischen Machtkampf gestellt wird, sondern dass nicht einmal klargestellt ist, ob die Nationalisierung entschädigungslos durchzuführen sei oder ob sie durch den kapitalistischen Staat auf dem Wege des Kaufs der genannten Industrien durchzuführen sei. Diese Frage ist von nicht geringer Bedeutung. Immerhin zeigt die Resolution der CGT-Tagenure, wofür die Massen der Werktätigen Frankreichs mobilisiert werden könnten, wenn nicht die Führungen der Arbeiterparteien u. der CGT durch die Volksfrontpolitik an die kapitalistische Politik gebunden wären. Es ist Sache der Gewerkschaftsaktivisten, die innergewerkschaftliche Aktion der Ingenieurs unter Berücksichtigung der hier erwähnten Ergänzungen in der CGT zu unterstützen.

DIE BEAMTEN WERDEN DER POLITIK DER FORTSETZUNG DER VOLKSFRONT GEGENÜBER

Die Beamten gehören neben den Pensionären, Rentnern und den anderen Unterstützungsempfängern zu den Schichten, deren Lage sich unter der Volksfrontempfindlich verschlechtert hat. Nachdem sie sich der Blum'schen Tappe gebeugt hatten und auf die versprochene Werdung in den Staatsfinanzen gewartet hatten, die ihnen endlich eine Erhöhung ihrer Bezüge bringen sollte, ist ihnen nurmehr die Geduld ausgegangen. Sie forderten nunmehr eine konkrete (Vorzugszulage von 150 Francs pro Monat, was als Lösserat bescheiden bezeichnet werden muss, da die Kleinhandelsindexarbeiter von Mai 1936 bis zum Oktober von 489 auf 657 Punkte gestiegen ist und eine solche steigende Tendenz aufweist. Die Regierung hat die Forderungen der Beamten abgelehnt, da sie das berüchtigte Beamtenha Budgetgleichgewicht umstritten vorlag. Die Regierung sagte es den Beamten in Städten mit mehr als 70 000 Einwohner 150 Francs und in den Orten mit niedrigerer Einwohnerzahl 60 Francs anzubieten. Die Pensionäre sollten mit 50 Fre abgefunden werden. Das Kartell der öffentlichen Dienste hat diese Angebote als unannehmbar bezeichnet und die Linksdelegation (Volksfront) aufgefordert, die Forderungen der Beamten bei Regierung und Parlament zu vertreten. Die Linksdelegation hat sich zur Aufgabe gesetzt, die Beamten unter Hinweis auf die Gefahr des Sturzes der Regierung, wenn sie intransigent an ihren Forderungen festhalten und zum Mittel der direkten Aktion greifen, weichen gemacht. Nachdem die Regierung die bereitgestellten Mittel für die Erhöhung der Beamtengehälter um 220 Millionen Francs erhöht hat, haben die Syndikatsvertreter sich in Prinzip mit dieser Regelung einverstanden erklärt. Dies geschieht, obwohl Chautemps in seiner letzten Kammerrede ausdrücklich vor einer Politik gewarnt hat, die die zwei proletarischen Parteien in die Opposition zurückzuführen würde, was unzweifelhaft neue soziale Unruhen hervorrufen könnte. Chautemps hat sehr entschieden darauf hingewiesen, dass seine Regierung unter den obwaltenden Umständen die einzig mögliche Regierung ist. Diese Ausführungen Chautemps zeigen ein Übriges mal, dass die Bindung der Arbeiterorganisationen an die Regierung eine gewisse Garantie für die Bourgeoisie ist, dass die Arbeiter nicht gegen die fortlaufende Verschlechterung ihrer Lage zur ausserparlamentarischen Aktion übergehen. Die Bewegung der Beamten hat dies erneut unterstrichen. Die sich daraus ergebenden Folgerungen liegen auf der Hand.

GEGENSATZE IN DER CGT-FÜHRUNG

Im "Syndicat" hat einer der führenden Sekretäre der CGT, Bolin, einen Artikel gegen die Kommunisten veröffentlicht. Bolin wendet sich darin gegen die Kampagne der "Humanité" gegen den Gewerkschaftssekretär Froidovei, der sich gegen den Einsatz der Gewerkschaften gegen die verbrecherische Militärinterventionspolitik in der spanischen Frage wandte u. den Streik der verbleibenden gewerkschaftliche Fragen beantwortet wissen will. Bolin wendet sich auch auf die Kampagne gegen den Bergarbeitersekretär Kléber Lagay, der nach seiner Russlandreise u. seiner Broschüre "Un Minier français en URSS" zum Gegenstand heftiger Angriffe seitens der KPF geworden ist, weil er die Lage der russischen Bergarbeiter nicht so schilderte, wie dies die KPF von ihm erwartete. In diesem Zusammenhang wendet sich Bolin auch gegen den letzten Artikel Dimitrovs, nachdem die Scheidelinie zwischen den Anhängern des Krieges, des Faschismus u. Kapitalismus einerseits u. denen des Friedens, der Demokra-

die dieses Sozialismus bestimmt wurde, durch die Haltung der Arbeiterklasse und seines Regime. ("Nicht die formale Einstellung der Arbeiterklasse, sondern die Einstellung zur bereits 40 Jahre bestehenden Sowjetunion mit ihrem unermüdlichen Kampf gegen die Weltimperialisten, aber die Haltung zur Arbeiterklasse und der Stalinischen Verfassung mit der führenden Rolle der Partei Lenin-Stalins". Dimitroff.)

Bella wendet sich gegen diese These, die darauf hinauszielt, dass die Haltung zu Stalin u. seinem Regime das entscheidende Kriterium sein soll, vor als Vertreter von Arbeiterinteressen anerkannt werde.

Bella vertritt in allen Fragen einen syndikalistischen Standpunkt, der ihn allerdings nicht hindert, die Politik der Unterstützung der Folgebund mitzuerheben. Sicher müssen die Militanten der CGT sich dagegen erheben, dass die Stellung zu den Gewerkschaftsfunktionären, von ihrer hundertprozentigen Bejahung des Stalinregimes abhängig gemacht wird. Aber das darf nicht dazu führen, dass unter dem Deckmantel eines "reinen" Syndikalismus u. eines nicht existierenden Apolitizismus die CGT die Politik der franz. Bourgeoisie betreibt - denn die Politik der Enthaltenskeit der CGT gegenüber der verbrecherischen Nichtinterventionspolitik heisst die spanischen Arbeiter im Stich lassen u. die Politik des französischen Imperialismus machen. Was die Arbeiter in der CGT verlangen müssen, ist die Loslösung von der Volkfrontpolitik - also einer schlechten Politik -, nicht aber die Flucht der CGT aus der Politik, was in Wahrheit unmöglich ist und die Durchsetzung einer Politik, die ausschließlich von den Klasseninteressen der Arbeiter bestimmt ist.

HAUSKNECHTSALLUREN. Die Firma Matford-Strasbourg hat wegen angeblichen Arbeitsmangel 130 Arbeitern gekündigt. Die Arbeiter lehnten in einer Versammlung die Entlassungen ab u. fanden sich sogar bereit aus Solidarität mit ihren von der Entlassung betroffenen Kameraden, in Kurzarbeit einzuzwilligen, um die Entlassungen zu vermeiden.

Der Metallarbeiterverband lässt nunmehr im "Freien Gewerkschaftler" v. 15. November eine "Objektive Betrachtung über die Entlassungen von Matford" von Hiegel. Danach haben die Arbeiter mit ihrem einstimmigen Beschluss, keine Entlassungen zu dulden, die "rein technischen Gründe" u. der "Interesse an der Weiterentwicklung des Betriebes" missachtet. Das Tatsache, dass die Direktoren die Betriebsdilettanten u. die Syndikatsleitung vor der Fassung ihrer Schlussfolgerungen anhörte, sei doch schon eine Masse wert und zeige "dass in diesem Betrieb die Dilettanten doch schon eine Autorität besitzen". Die Autorität die Befehle der Direktion vor der Arbeiterschaft zu vertreten! Im Schluss des Artikels wird dann gesagt, dass wir eben noch im Kapitalismus leben u. uns seinen Auswirkungen beugen müssen. "Deshalb bleibt uns im Falle Matford im gegebenen Moment keine andere Möglichkeit, als uns mit der bereits erfolgten Massnahme abzufinden. Wir nennen die Aufgabe der Gewerkschaft sei die Vertretung der Interessen der Arbeiter u. nicht die Wahrnehmung der Interessen der Unternehmen gegenüber den Arbeitern. Nachdem die Arbeiter sich zur Kurzarbeit bereitgefunden hatten, hätte die Gewerkschaft auf der Anerkennung der Forderung der Arbeiter bestehen müssen u. im Falle ihrer Ablehnung durch die Direktion hätte diese ihre Massnahme ohne u. gegen den Willen der CGT durchführen müssen. Die Unternehmen brauchen keine Hausknechte zur Wahrnehmung ihrer Interessen aus den Reihen der CGT und die Arbeiter wollen keine solchen Hausknechte als Gewerkschaftssekretäre.

KEINE BETTELEI, SONDERN K.M.F FÜR DIE SEUCHENGESCHÄDIGTEN BAUERN. Wir haben in der vorigen Nummer die Bettelaktion der K.F für die seuchengeschädigten Bauern in Elsass bereits gekennzeichnet. Inzwischen geht die K.F dazu über die Gewerkschaftskassen der CGT für ihren neuesten Karitasrummel zu plündern. So berichtet die "Humanité" v. 21. Nov. dass der Einheitsverband der Fabrikarbeiter, die Lebensmittelarbeiter, die Textilarbeiter, die Metallarbeiter über 2000 Francs zur Verfügung gestellt haben. Die Arbeiter müssen sich dagegen wenden, dass ihre Beitragsleistungen für einen solchen Zweck veruntauscht werden. Früher kämpften die Kommunisten in den Gewerkschaften dagegen, dass die Gewerkschaften zu blossen Unterstützungsvereinen für die Gewerkschaftsmitglieder herabgedrückt werden. Jetzt plündern sie die Gewerkschaftskassen, für eine Aufgabe, die zu erfüllen der kapitalistische Staat verpflichtet ist. Dagegen müssen sich die Arbeiter sehr entschieden zur Wehr setzen.

Beschleunigt wöchentlich.

Einzel exemplar: 0.95 Cte.

Monatlich: 2.50 Frs.

Ausland: 3.50 Frs.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Engas (Section der IVKO)

Nr. 49/IV. Jahrgang.

Seite Dezembertwoche 1937.

* DAS ENDE DER EINHEITSPARTEI.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Leitung (GAP) der SFIO hat gegen eine Stimme (es handelt sich um Zyrcski, der der Sprecher der IFF-Bürokratie innerhalb der SFIO ist) beschlossen, die Verhandlungen über die organische Einheit mit der IFF "vorläufig" abzubrechen. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um keine vorläufige Massnahme, sondern um die endgültige Erledigung der Hoffnungen der IFF auf eine Einheitspartei, auf einen reformistischen Einheitsbrei unter stalinistischem Vorwande.

Die Leitung der SFIO hat ihren Beschluss mit einem Artikel von Dimitrow begründet, den dieser zum 20. Jahrestag der SU geschrieben hat.

Gehen wir kurz auf diesen Artikel ein, dessen Überschrift "Die SU und die kapitalistischen Länder" lautet u. der in der gesamten Presse der KI erschienen ist. In einem geschichtlichen Rückblick greift Dimitrow die Haltung der II. Internationale an. Er schreibt:

"Zu jeder Periode, als die russischen Arbeiter u. Bauern die Macht der Gutsbesitzer u. Großgrundbesitzer abzurufen, waren in Zentraleuropa alle erforderlichen objektiven Bedingungen dafür gegeben, dass das europäische u. vor allem das deutsche Proletariat den Weg der Sowjetarbeiter u. Bauern einschlägt. Doch dies geschah nicht. Es geschah vielmehr darum nicht, weil damals die Leitung der Massenorganisationen des Proletariats das entscheidende Wort die Führer der sozialdemokratischen Parteien hatten. ... Bewußt, um jeden Preis die erschütterten Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft u. erhalten, nutzten sie in reicher Ausmasse den Einfluss der Biologie u. der Politik des Sozialdemokratismus, des Reformismus aus. ... Durch ihre Koalition mit der Bourgeoisie konnten sie die Arbeiterbewegung ... Sie behaupteten, dass nicht der Weg des Sozialismus, nicht die revolutionäre Anwendung der Lehren von Marx u. Engels in der Praxis, nicht die proletarische Revolution u. die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus führen würden, sondern dass der Weg des Sozialdemokratismus - der Weg der Koalition mit der Bourgeoisie u. die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung - den friedlichen u. schmerzlosen Übergang zum Sozialismus sicherstellen werden".

Und Dimitrow zitiert weiter zustimmend den Satz Stalins aus dessen Schrift "Probleme des Leninismus":

"Es ist unmöglich, mit dem Kapitalismus Schluss zu machen, wenn man nicht mit dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung Schluss macht".

Wenn Dimitrow das, was er sagt, auch nur einen Augenblick lang ernst meint, müsste er hinzufügen: "Und deshalb ist es notwendig, mit dem Stalinismus u. seinen Abverwandten Stauermännern, die heute (siehe Spanien) zum Vortrupp des "Sozialdemokratismus" gehören, Schluss zu machen". Denn die Sünden, die Dimitrow der internationalen Sozialdemokratie vorhält, finden wir ohne Ausnahme in der heutigen Politik Dimitrows u. seines Meisters Stalin vor, denn vor 20 Jahren die "objektiven Bedingungen" dafür vorhanden waren, dass das europäische Proletariat die Macht übernehme, was soll man dann von dem Mann

sagen, der als "Steuermann der KI" nach zwei Jahrzehnten weiteren Niedergangs des Kapitalismus verkündigte, die proletarische Revolution stehe nicht mehr auf der Tagesordnung, sondern nur noch der Kampf um die bürgerliche Demokratie? Und wenn diejenigen, die wie Stalin u. Dimitrow im Interesse der "Koalition mit der Bourgeoisie" u. zur "Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung" die proletarischen Revolutionäre in Spanien worden u. einkerkern lassen, sich schluchzend über die Untaten der Ebert, Noske u. Konsorten aufregen, so sind das Krokodilstränen.

Der famose "Steuermann der KI" gibt auch stillschweigend zu, dass seine Anklagen gegen die frühere Politik der II. Internationale die reine Komödie sind. Über die Entwicklung in den letzten Jahren schreibt er nämlich:

"Im sozialdemokratischen Lager begann der Prozess des Abrückens von den Positionen des Reformismus, des Abrückens von der Politik der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie u. der Prozess des Übergangs zu den Positionen eines mit den kommunistischen Parteien gemeinschaftlichen Kampfes gegen den Faschismus, auf die Positionen der Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse u. der antifaschistischen Volksfront".

In Wirklichkeit ist bekanntlich die KI von den Prinzipien des Kommunismus "abgerückt" u. auf die "Positionen" der "Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie" gegen den revolutionären Klassenkampf übergegangen. Aber Dimitrow hält es mit den politischen Prinzipien wie der Hottentotte mit der Moral: wenn die Sozialdemokratie allein die Arbeiterklasse vertritt, so ist das ein Verbrechen, aber wenn die Sektionen der KI ihr dabei helfen, dann ist alles in Ordnung.

Zur Schluss erklärt Dimitrow:

"Bei der gegenwärtigen internationalen Lage gibt es u. kann es kein sicheres Kriterium geben als die Einstellung zur Sowjetunion, um zu bestimmen, wer ein Freund und wer ein Feind der Sache der Arbeiterklasse u. des Sozialismus, wer ein Anhänger u. wer ein Gegner der Demokratie u. des Friedens ist. Man kann nicht für einen aufrichtigen Freund der BU gelten, wenn man ihre Feinde, die trotzkistisch-bucharinschen Agenten des Faschismus, nicht verurteilt".

Das, worum es den Dimitrow u. Seinesgleichen vor allem in der internationalen Arbeiterbewegung geht, ist also der blinde Gehorsam gegenüber Stalin u. seiner Clique u. die Billigung u. Verteidigung des blutigen Ferrero, mit dem Stalin die KPSU verfolgt.

Auf Grund der Angriffe, die Dimitrow in seinem Artikel gegen die II. Internationale richtete, sind verschiedentlich Spekulationen über eine neue Wendung der KI-Politik entstanden. Es ist möglich, dass die KI-Führung irgend ein neues Manöver unternimmt, die Volksfrontpolitik der KI macht eine Krise durch. In Frankreich ist es ganz offenkundig, dass die Radikalen u. die SFIO-Führer die KF von der Regierungsmehrheit abhängen wollen. In Spanien geht Prieto im Bündnis mit den bürgerlichen Republikanern u. im Einverständnis mit dem englischen u. dem französischen Imperialismus daran, die komm. Partei aus der Regierung hinauszukeln, nachdem er sie als Schergen der bürgerlichen Konturrevolution ausgenutzt hat. Aber ganz gleich, wie die KI-Bürokratie auf die Fusstritte reagieren wird, mit der sich jetzt die Parteien der II. Internationale für die unschätzbaren Dienste revanchieren, die ihnen Stalin erwiesen hat, eines ist klar: es wäre Selbstbetrug, anzunehmen, aus irgendeiner "Wendung" der heutigen, Stalineschen Führung der KPSU u. der KI, ganz gleich ob sie mit linken Phrasen gegen den "Sozialdemokratischen" oder mit rechten Phrasen für die Einheit mit der katholischen Kirche oder sonstigen Kräften der Reaktion serviert wird, könnte für die Sache der internationalen revolutionären Bewegung, für den Kampf um die kommunistischen Prinzipien etwas wirklich Erspriessliches entstehen.

Zwischen der Stalineschen Führung u. den kommunistischen Prinzipien liegt das Blut der proletarischen Revolutionäre, die sie in der SU u. in Spanien hat werden lassen, u. deshalb ist diese Führung der KI u. der KPSU nicht imstande zu diesen Prinzipien zurückzukehren.

Die Leitung der SFIO verlangt nun auf Grund des Artikels von Dimitroff, dass die Führung der KF nicht bloss die Führung der KPF dieses Artikels verantworten.

Die Führung der SFIO benutzt die Gelegenheit, um die Politik der II. Internationale in allen Ländern u. zu allen Zeiten zu verteidigen u. aus vollkommen richtig hinzustellen. Verteidigt Dimitroff den Reformismus für die Periode der Volksfront, so verlangt die Leitung der SFIO, dass auch der Reformismus früherer Zeiten lebend gewährt werde. Ausserdem will die Führung der SFIO ihre reformistische Politik auf eigene Rechnung machen u. nicht auf Kommando Stalins. Sie verlässt aus Rücksicht ihre eigene Haltung UNR über die Stalinische Politik in der SU zu haben.

Die Schärfe, mit der die SFIO auf den Artikel Dimitroffs reagiert hat, der Abbruch der Verhandlungen über die Einheitspartei, alles das hängt natürlich mit der allgemeinen politischen Entwicklung in Frankreich zusammen. Die Radikalen streben eine Verschiebung der Regierungsgewalt nach rechts durch Zusammenarbeit mit der Plandipartei, die SFIO-Minister gehen mit den Radikalen denn sie sind der Ansicht, dass die stalinistische KPF keinen Druck von links her auf sie ausüben kann.

Es ist zu begrüßen, dass Marcel Fivort u. seine Freunde sich bei dem Streit zwischen den Reformisten der Blum'schen u. denen der Stalinischen Art abgegrenzt haben. In einem Artikel in "Populaire" (vom 29. November) erklärt Fivort:

"Von beiden Seiten, die eine Partei der anderen vorwirft (den "Sozialdemokratismus"), praktiziert sie selber (in Spanien baute die KF das kapitalistische System wieder auf u. verfolgte die revolutionäre Vorhut). Was die andere Partei der ersten vorwirft (den "Front français"), praktiziert sie selber (Militärkredite u. Löhne gegenüber dem Klerikalismus). Derselbe konkrete Opportunismus der durch theoretische Erklärungen über die Treue zum revolutionären Marxismus maskiert wird, dieselbe Folgsamkeit gegenüber sozialen Kreisen, die dem Proletariat fremd sind (City of London u. Bank of England) das sind die Gebräuche, von denen sich die Arbeiterklasse durch eine hartnäckige Überlegung Selbstkritik u. unterschiedenen Willen innerhalb ihrer Klassenorganisationen helfen muss. Wenn in den beiden Parteien die Militanten, die entschlossen sind, den Weg des Kampfes um die Macht zu beschreiten, mit derselben Aufrichtigkeit arbeiten, ist der Sieg des Proletariats näher, als man denken könnte".

Eine Zusammenarbeit der oppositionellen Mitglieder der SFIO u. der KPF, die den Blum'schen u. den Stalinischen Reformismus ablehnen, ist in der Tat dringend notwendig. Aber Marcel Fivort u. seine Freunde werden nur dann fruchtbare Arbeit in dieser Hinsicht leisten können, wenn sie die Unklarheiten in grundsätzlichen Fragen mit denen ihre Politik bisher behaftet war beseitigen.

DIE LONDONER VERHANDLUNGEN.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Die Londoner Besprechungen zwischen den englischen u. französischen Staatsmännern haben nach den vorliegenden Berichten keine einschneidende Wendung der englisch-französischen aussenpolitischen Orientierung gebracht. Die Verhandlungen waren einerseits eine Demonstration der Einheitslichkeit u. Festigkeit des englisch-französischen "Blocks" (der Ausdruck wird jetzt wie "Tropfen" gebraucht) gegenüber der deutsch-italienischen Achse u. dem deutsch-italienisch-japanischen Dreieck, andererseits die Demonstration der Bereitschaft, den Faden der Verhandlungen mit Hitlerdeutschland weiterzuspinnen. Der Hauptzweck ist, Zeit zu gewinnen für die eigene weitere Aufrüstung. Weder England, noch Frankreich sind bereit, Deutschland eine ihrer eigenen Kolonien abzutreten. In Mitteleuropa mit Frankreich an seinem Bündnisystem fest u. England ist genötigt, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Hitlerdeutschland hatte von England eine Erklärung gefordert, dass es an Mitteleuropa desinteressiert sei, das heisst praktisch, dass es sich weder diplomatisch, noch militärisch einmischen werde, falls Deutschland seine Ziele gegenüber Österreich oder der Tschechoslowakei zu verwirklichen suche. Diese Erklärung ist aber nicht abgegeben worden. Das von England-Frankreich

bei den Londoner Verhandlungen herrschte Programm für die Weiterführung der Verhandlung mit der deutsch-italienischen Achse und den völkpolitischen Dreieck ist in seinen Einzelheiten nicht bekannt. Es ist aber hinlänglich bekannt, was dieses Programm enthält. Daraus geht hervor, dass es allenfalls ausreicht, um die Verhandlungen weiterzuspielen, dass es aber nicht ausreicht, um ein wirkliches Kompromiss mit dem deutschen u. italienischen Imperialismus anzubahnen. Das verhindert eine unmittelbare Verschärfung der völkpolitischen Lage, aber auf längere Sicht kann die Wirkung nur die sein, die Ansprüche des deutschen u. italienischen Imperialismus zu steigern, und sie zu ermutigen, ihre Druckmittel zu verschärfen.

Die allgemeine Formel der englisch-französischen Einmütigkeit deckt auch unausgesprochen die gemeinsame Freigabe des republikanischen Spaniens. Von der deutschen Presse ist behauptet u. von der französischen Seite nicht bestritten worden, dass die Entsendung der englischen Konsular-Agenten nach dem faschistischen Spanien in voller Übereinstimmung mit Frankreich erfolgt sei.

Kennzeichnend für die Lage ist auch die Nichterwähnung des franco-sovjetskischen Paktes. Es ist zwar nicht damit zu rechnen, dass er in der nächsten Zeit formell aufgehoben wird, aber er ist ausgehöhlt u. dient nur noch dazu, die Sowjetunion einseitig zu binden, um sie davon abzuhalten, ein neues Rapallo mit Hitlerdeutschland abzuschließen, was für die SU nur eine Frage der Zweckmäßigkeit wäre.

-o-o-o-o-

MAURICE GEHT UNTER DIE HEILIGEN.
 ooooooooooooooooooooooooooooo
 (Schluss)

Nach dem Voraufgegangenen ist es kein Wunder, dass Thorez in der Frage des Verhältnisses von Staat u. Kirche, sowie Schule u. Kirche Auffassungen zum Besten gibt, die bereits das helle Entzücken der kirchlichen Reaktionsäre der Marinpartei hervorgerufen haben.

Thorez sagt:

"Das Gleiche (Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Kommunisten u. Katholiken) trifft, so denken wir, für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten, unter denen in erster Linie die Gewissensfreiheit figuriert, gegen die faschistische Gefahr zu. Und die Gewissensfreiheit setzt voraus u. erfordert die freie Ausübung des Kultus u. die freie Wahl der Unterrichts. Die Kommunisten sind gegen jede Ausnahmegesetzgebung, die eine Kategorie von Bürgern gegen ihrer Ansichten oder ihres Glaubens trifft, falls sie diese Ansichten u. diesen Glauben im Rahmen der republikanischen Gesetzmäßigkeit vertreten u. ausüben. Der Artikel 128 der Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklärt ausdrücklich: "Um den Bürgern die Gewissensfreiheit zu gewährleisten, ist in der SU die Kirche vom Staat u. die Schule von der Kirche getrennt. Die Freiheit der Ausübung der religiösen Kulten u. die Freiheit der antireligiösen Propaganda werden allen Bürgern zuerkannt." „Kommunisten u. Katholiken können nebeneinander bestehen u. zusammenarbeiten in einem Regime der Demokratie u. selbstverständlich in jener höheren Form der Demokratie, die das Sozialregime darstellt".

Es ist nicht leicht den Fußsal von Schwiddel u. Widersprüchen zu entziffern, der in diesen wenigen Sätzen von Thorez enthalten ist, aber folgen wir dennoch den Gedankengängen - oder besser gesagt - den gedanklichen Winkelzügen u. Schleichwegen des heiligen Maurice.

Maurice definiert die Gewissensfreiheit als die Möglichkeit der freien Wahl des Unterrichts, d.h. die Möglichkeit für die Eltern, zu entscheiden, ob sie ihre Kinder in eine weltliche oder eine konfessionelle Schule schicken wollen. Thorez ist also für die Erhaltung der konfessionellen Schule. Der von ihm zitierte Artikel der Sowjetverfassung stellt ausdrücklich fest, dass zur Trennung von Staat u. Kirche auch die Trennung von Kirche u. Schule gehört. Wenn in Frankreich die Trennung von Staat u. Kirche so vollzogen wurde, dass die katholische Kirche nach wie vor in der Lage ist, neben den staatlichen Schulen ein weit ausgebautes "freies" Schulsystem zu unterhalten, so hat das nichts mit Gewissensfreiheit zu tun, sondern ist nur ein Beweis dafür, dass in einer bürgerlichen Republik keine konse-

quente Durchführung der Trennung von Staat u. Kirche möglich ist. Aus diesem Grunde wird z. B. in der Resolution des letzten Nationalrats der SFIO die Interessen der Verteidigung der Laiengesetzgebung die Nationalisierung des gesamten Schulwesens gefordert. Die SFIO-Führer, u. insbesondere das SFIO-Minister betreiben praktisch trotz dieser u. ähnlicher Resolutionen gleichfalls eine Politik der faulen Kompromisse mit dem Klerikalismus, allerdings ziehen sie es vor dem Klerus obgelehrt nicht coram publico die Hand zu reichen. Für die katholische Kirche bedeutet im Begriff der "Gewissensfreiheit" allerdings etwas Ähnliches wie bei Thorez. Der klerikalische Klerikalismus versteht unter "Gewissensfreiheit" die Beherrschung der Erziehungswesens durch die Kirche u. überhaupt noch, wie Thorez das schon sagte, die gesetzliche Unterbindung aller "gottlosen", antireligiösen Propaganda.

Thorez wendet sich gegen "Ausnahmegesetzgebungen", die bestimmte Glaubens-...-Entscheidungen treffen. Thorez hat sich schärfst hier ausführlicher zu verhalten. Es ist aber ganz klar, was er meint. Soviel wir wissen ist gegenwärtig von keiner Seite in Frankreich der Wunsch geäußert worden, irgendwelche neuen Gesetze gegen irgendeine Kategorie von frommen Katholiken einzuführen. Also meint Thorez nicht irgendwelche geplanten Gesetze sondern solche, die bereits in Kraft sind. Das ist es bekannt, dass die kirchlichen Verbände die Laiengesetze, die den Kongregationen den geistlichen Orden die Erteilung von Unterricht verbieten u. die Auflösung von Kongregationen, die sich dieser Aufgabe widmen, vorsehen, als Ausnahmegesetze bezeichnen. In der Tat hat auch die Maringruppe die Ausführungen von Thorez über die sogenannten Ausnahmegesetze mit einem Freudentum begrüßt u. angekündigt, dass sie, um Thorez u. die KPF beim Wort zu nehmen, im Parlament die Aufhebung der Gesetze gegen die Kongregationen beantragen werde. In Wirklichkeit verhalten sich bekanntlich die Dinge so, dass die Kongregationen garnicht durchgeführt werden, dass die Kongregationen unter allerlei Deckmanteln wieder Schulen unterhalten. Die allgemeine Tendenz der Regierungspolitik seit dem Krieg, u. die Volksfrontregierung macht hier keine Ausnahme. In die "civile" langsame u. stetigen Auflösung der Laiengesetzgebung, eines faktischen Abbaus der Trennung von Staat u. Kirche in Elsass u. Lothringen ist die Laiengesetzgebung erst garnicht durchgeführt worden. Die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan sind durch Poincaré wieder aufgenommen worden, u. Léon Blum hat als Ministerpräsident Wert darauf gelegt, den freundschaftlichen Charakter dieser Beziehungen persönlich zu unterstreichen. Die Kirche erhält auch "usserhalb der wiedergewonnenen Départements unter allerlei Vorwänden Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln. Die staatliche Laienschule steht in einer ganzen Reihe von Bezirken in dem der Staat oder Laienschule ausübt, um die Eltern zu veranlassen ihre Kinder in die "freie Schule" zu schicken, dahin. Die gewerkschaftlich organisierte Lehrerschaft kämpft fortwährend über diesen Gesinnungsterror, über die Attacken gegen die Laienschule; der heilige Maurice aber sieht es als seine Aufgabe an, die konfessionelle Schule, den Unterricht durch die Pfaffen u. unter ihrer Kontrolle, die Erziehung der Kinder im Sinne der katholischen Reaktion zu verteidigen. Er macht sich zum Sprecher des Angriffes der Klerikalen gegen die Laiengesetzgebung!

Zur Heiligkeit gehören bekanntlich auch Visionen. Paradox ist es offenbar zurückzuführen, dass Thorez von der Zusammenarbeit von katholischer Kirche u. kommunistischer Partei in der SU spricht. Mit anderen ähnlichen Schwärmereien haben wir bisher noch nichts davon gemerkt.

Um die von ihm geforderte Zusammenarbeit zwischen Kommunisten u. katholischen Klerus zu begründen, erklärt Thorez:

"Es wird immer klarer, dass der Faschismus in den Ländern die seinen brutalen u. blutigen Diktatur unterwerfen sind, nicht die mindeste religiöse oder politische Freiheit dulden kann, dass er die ihnen Gleichen, Frauen Katholiken ebenso wenig erträgt wie die an ihrem Ideal hängenden Kommunisten".

Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Faschismus u. katholischer Kirche, den Thorez dank seiner Gabe zum visionären Sehen entdeckt hat, besteht in Wirklichkeit keineswegs. Ein Konflikt zwischen katholischer Kirche u. faschistischer Diktatur besteht nur in Nazi-Deutschland, u. auch da legen die Bischöfe u. mit ihnen die Mehrheit des Klerus Wert darauf, bei jeder Gele-

genheit zu betonen, dass sie nicht die faschistische Diktatur als solche, sondern lediglich deren Eingriffe in kirchliche Dinge verurteilen. In Spanien ist die katholische Kirche eine der Hauptstützen von Franco, u. daran ändert auch die Haltung der baskischen Geistlichkeit nichts, auf die Thorez hinweist. Die baskischen Geistlichen waren in Spanien die Ausnahme, die die Regal bestätigte, auch insofern bestätigte, als es der katholisch-klerikale Einfluss war, der bei den Verrätereien, die zum Fall von Bilbao u. Guadalupe führten, eine wesgebende Rolle spielte. In Italien geht die katholische Kirche Hand in Hand mit der faschistischen Diktatur, u. daran ändern auch zeitweilige Reibungen zwischen dem Vatikan u. Mussolini nichts. In Österreich ist es die katholische Kirche, die das Rückgrat der beherrschenden Diktatur darstellt.

Schliesslich ist in Frankreich die katholische Kirche traditionell der Verbündete u. der Stützpunkt der konservativen Reaktion. Sie in Frankreich hinzustellen, von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen katholischer Kirche u. Faschismus zu sprechen, nicht zu bemerken, dass alle faschistischen Gruppen u. Gruppchen hier in der einen oder anderen Weise mit Klerikalismus verbunden sind - dazu muss man entweder ein vollendeter Dummkopf oder ein vollendeter Schwärzler sein.

Wer sind die Katholiken, denen Thorez seine ausgestreckte Hand darbot? Thorez wendet sich nicht an die katholischen Werktätigen in ihrer Eigenschaft als Werktätige, er appelliert an alle Katholiken in ihrer Eigenschaft als Katholiken, als organisierte Schafflinge des Pfaffenkums. Soweit in Frankreich Katholiken als Katholiken organisiert sind, stellen sie den Meerbaun der faschistischen u. faschistenfreundlichen Rechten dar. Wenn Thorez erklärt, "auf unsere Initiative hat die Einheitsfront u. dann die Volksfront triumphiert, die Einheit zwischen Kommunisten u. Katholiken wird einzelnen Triumph verzeichnen", dann ist das weiter nichts als ein Baitangebot an die bürgerliche Rechte. Thorez "konkretisiert" so die Politik des "front français" u. der "Einheit der französischen Nation". Die Volksfront geht immer mehr aus dem Loim, die Radikalen schieben nach rechts u. bereiten den Bruch mit den Kommunisten vor, die SFIO-Führer folgen den Radikalen. Die KPF-Bürokraten ziehen aus dieser Lage die Folgerung, dass sie sich im Wettlauf nach rechts nicht von ihren Volksfrontpartnern schlagen lassen dürfen. Sie bieten dem Klerus u. den Mannen des Herrn Marin die Wangen zum Bruderkuss. Dass die Klerikalen auf diese Wangen spucken, verneht sich von selbst. Wer das Büsserhorn anlehnt, vor der Kirche kriecht, darf nichts anderes erwarten als Erniedrigungen.

Die Katholikenpolitik der KPF-Führung ist ein besonders drastisches Beispiel der politischen Vorverhinderung der Stalinischen KI Bürokratie.

-o-o-o-

Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes

GLEITENDE LOHNSKALA - GOLDKÄSE

oooooooooooooooooooooooooooo

Die CGT propagiert seit geraumer Zeit die Forderung auf Einführung der gleitenden Lohnskala. Sie hat allerdings bisher eine genaue Erklärung dieser Forderung unterlassen. Die mit der ersten Frankenschwärzung eingeleitete Preisentwicklung hat seither immer stärker die Erkenntnis verbreitet, dass die bisherige Lohn- u. Tarifpolitik der CGT den Interessen der Arbeiter nicht Rechnung trägt. Selbst Bestimmungen in den Kollektivverträgen, die besagen, dass bei einer merklichen Vorkänderung der Preisindizes für die Lebenshaltungskosten die Parteien berechtigt sind, eine Neuregelung der Lohnbestimmungen anzustreben, ohne die für die Vertragsreue vorgesehene Kündigungsfrist einzuhalten, haben ihre Unzulänglichkeit in der vorstrichenen Zeit zur Genüge offenbart. Solche Bestimmungen wegen "unnormaler" wirtschaftliche Verhältnisse mit festen Währungsverhältnissen und unbedeutenden Preisschwankungen ausreichtend sein. Aber in ihrer zu nichts verpflichtenden Form, sind sie nicht mehr als eine Formel, die den Unternehmern die Möglichkeit nimmt, die fordernde Gewerkschaft der Vertragsverletzung anzuklagen. In einer Zeit wie der gegenwärtigen aber wo die Währung jeden festen Boden verloren hat, wo eine Politik der Inflation betrieben wird u. die Kapitalisten ihr eigenes Geld nur verleihen, wenn es von der Regierung gesichert wird (siehe die Rüstungsanleihe), wo die Preise die Tendenz ver-

folgen sich nach dem jeweiligen Goldwert des Franken auszurichten, genügen solche allgemeinen Formeln für den Kampf um Lohnfestsetzung nicht.

Die Arbeiter verfolgen mit der Forderung auf Einführung der gleitenden Lohnskala die Absicht, dass im Rahmen oder für die Dauer eines geltenden Kollektivabkommens der Realwert ihrer Löhne erhalten bleibt und dass der Nominallohn fortgesetzt den Reallohn bei Abschluss des Vertrages wiederholt als Ausgangspunkt für die Berechnungen des jeweiligen Nominallohnes oder des Frankenlohnes ("Bonnetfranken") soll die Zeit des Abschlusses der Kollektivverträge auf der Basis des Matignonabkommens gelten. Die Arbeiter haben gesehen, dass der mit der Frankenabwertung eingeleitete und mit dem Übergang zur Inflation beschleunigte Wettlauf zwischen Warenpreisen und den Löhnen den Lohn immer nachteiliger beeinflusst. Hierbei muss allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass die Politik u. Taktik der CGT-Führung - die die Frage der direkten Aktion fest völlig von der Tagesordnung abgesetzt hat u. an ihre Stelle den ganzen Rattenschwanz von Schiedsgerichtsprozeduren gesetzt hat u. die Lohngestaltung nicht mehr auf die Kampfkraft der Arbeiter basiert - dieses Spiel zuungunsten der Arbeitslosen noch begünstigt hat.

Die Arbeiter müssen, wo alle ihre das Bestreben zeigen ihren Goldwert immer wieder herzustellen, wo der Franken als allgemeinen Wertmassstab seiner Wert oder Goldgehalt stetig verliert, auch den Preis der Ware Arbeitskraft nach dem Wert des allgemeinen Wertmassstabes, des Goldes, bemessen. Die Arbeiter müssen also, wollen sie vermeiden, dass der Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen immer nachteiliger für sie verläuft, den Wert ihrer einzelnen Ware, die sie zu verkaufen haben, der Arbeitskraft sichern, indem sie Goldlöhne fordern und dafür kämpfen. Goldlöhne heisst nichts anderes, als dass die Arbeiter in den Kollektivverträgen - so wie dies die Kapitalisten sich bei der Rüstungsanleihe ausbedungen haben - eine Goldklausel sicherstellen, die besagt, dass die Höhe ihres jeweilig zur Auszahlung zu kommenden Lohnes sich nach dem Goldkurs des Franken zu richten hat, also nach dem Goldwert des bei Abschluss des Vertrages festgelegten Lohnes. Das, und nichts anderes können und dürfen die Arbeiter unter dem Begriff gleitende Lohnskala verstehen, wollen sie nicht die Betrogenen sein. Das schliesst den Kampf um die Erhöhung der Reallohne nicht aus, auf die die Arbeiter niemals, auch nicht als Entgelt für die so vorstandene Lohnskala verzichten können und dürfen. Die Forderung nach Goldlöhnen trägt lediglich einen besonderen Zustand des Kapitalismus Rechnung, wie er sich in der Frankenabwertung und der Inflationspolitik ausdrückt, sie bezweckt lediglich, den wertvollsten Lohn für die Dauer des Vertrages in seinem Realwert zu sichern.

Es bedarf keiner Beweisführung, dass die Kapitalisten sich nicht freiwillig der Forderung nach Goldlöhnen beugen werden, da sie sie im weitesten Masse um die Wirkungen der Inflation bringen würde.

Es liegt auch auf der Hand, dass der Weg des staatlichen Schlichtungs- u. Schlichtungssystems nicht zur Realisierung einer solchen Forderung zu führen vermag. Dazu bedarf es des geschlossenen Einsatzes der ganzen Gewerkschaftsmacht auf ausserparlamentarischem Boden. Zu einer solchen Politik aber vermag die CGT nur die Kraft zu entwickeln, wenn sie von der Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie in Form der Volksfront befreit wird und auf den Boden des Klassenkampfes zurückkehrt. Der wirkliche Kampf um die wirklich gleitende Lohnskala fordert daher in seiner Konsequenz den Kampf gegen die Volksfrontpolitik der CGT-Führung. Die revolutionären Gewerkschaftler werden diese Folgerung nicht zur Bedingung für den Kampf um die gleitende Lohnskala machen. Aber sie werden nicht versäumen immer wieder zu sagen, dass der Kampf um eine gleitende Lohnskala wie sie das Interesse der Arbeiter erfordert, den Einsatz als gewerkschaftlichen Kampfmittel nötig macht, soll diese Forderung mehr als eine blosse Agitationsphrase sein. In diesem Sinne müssen alle Gewerkschaftsmilitanten in ihren Syndikaten bei der Frage der Erneuerung der Kollektivverträge zur Forderung auf gleitende Lohnskala Stellung nehmen.

Her mit der gleitenden Lohnskala, das muss heissen: Her mit den Goldlöhnen. Dafür aber Einsatz aller gewerkschaftlichen Kampfmittel.

EINER NEUEN WIRTSCHAFTSKRISE ENTGEGEN.
 von Jay Lovestone.

Der Krach an der New Yorker Börse war zwar nicht so gross wie im Jahre 1929, aber er kommt dicht an den Börsenkrach von 1920-21 heran. In mancher Hinsicht ähnelt er der Panik von 1907. Wir sagen Panik, weil das der Lage entspricht, die dadurch geschaffen worden ist, dass in wenigen Monaten ungefähr die Hälfte der notierten Aktien um 50 % gefallen ist. Es ist nicht eine Kleinigkeit, wenn die Industriekapitalien 40 % von dem verloren, was sie seit dem Tiefstand von 1932 wieder gewonnen hatten. Eisenbahnaktien haben 60% u. gemeinnützige Betriebe mehr als 80% seitdem verloren. Selbst für ein so reiches u. mächtiges ökonomisches Gebilde wie die Ver. Staaten ist ein Fall von 25 Milliarden Dollars in Börsenwerten eine Erscheinung von beträchtlicher Bedeutung. Dieser Fall ist von einer besonders unheilvollen Bedeutung, weil ihm nicht, wie das gewöhnlich der Fall gewesen ist, eine echte oder künstliche Kreditknappheit vorausgegangen ist. Der amerikanische Kapitalismus erstreckt weiter an einem unverwertbaren Kreditüberfluss.

Es ist richtig, dass die Börse kein genauer Spiegel u. kein zuverlässiges Barometer der unmittelbaren wirtschaftlichen Lage ist. Es ist jedoch ebenso richtig, dass sie in nicht geringer Masse ein lebendiger Index der wirtschaftlichen Lage im Prozess der Entwicklung, der Stimmungen u. des Ausblicks für die nächste u. nahe Zukunft ist. Es ist ebenfalls unbestreitbar, dass die Börse eine beträchtliche Wirkung auf die Entwicklungstendenzen der Produktion ausübt.

Einen Rückgang in der Stahlproduktion voraussehend, begannen die Börsenpapiere Wochen im voraus zu fallen. Nachdem einmal die Börsengeschäfte abwärts gingen, hatte das wiederum die Wirkung, die Abwärtsentwicklung in der Stahlindustrie, die schon eingesetzt hatte, zu beschleunigen. In dieser Woche arbeitete u. P. die Stahlindustrie mit 41 % ihrer Kapazität. Das bedeutet einen Rückgang von 7,6 Punkten in einer Woche, von mehr als 15 % in einigen wenigen Tagen. Das ist bereits der neunte Rückgang der Produktion. Er zeigt einen Produktionsrückgang von mehr als 50 % innerhalb von neun Wochen an. Nur die Hälfte der Durchschnittsproduktionsrate, die in den ersten neun Monaten dieses Jahres aufrechterhalten wurde. Die augenblicklichen Produktionsstiffern in der Stahlindustrie sind die niedrigsten seit Juli 1935. Wir haben noch nicht den Tiefpunkt erreicht.

Wir haben bereits, nach dem Index der New York "Times" über die Geschäftstätigkeit, den tiefsten Stand seit 18 Monaten erreicht. Man muss beachten, dass alle beteiligten Faktoren, die bei der Ausarbeitung des Index berücksichtigt wurden, an dem Rückgang teilgenommen haben, u. dass der Rückgang selber... ein reschones Tempo angenommen hat, je mehr er weiterging. Hier liegt die Ursache dafür, dass die Arbeitslosigkeit wieder beginnt, erschreckende Ausmasse anzunehmen. Die amerikanische Gewerkschaftsföderation (A.F. of L.) meldet soeben die erste Zunahme der Zahl der Arbeitslosen bei ihren Mitgliedern seit sechs Jahren.

Was geht vor und warum? Alle Arten von Erklärungen werden von allen möglichen Leuten angeboten. Einige Vertreter des grossen Finanzkapitals klagen über hohe Steuern... Einige weniger weitsichtige Industriekapitalien sind in Wet geraten über die allgemeine Politik der Regierung, die sie für die sich schnell steigenden Widerwärtigkeiten verantwortlich machen, welche den Lauf der amerikanischen Wirtschaftsmaschine stören. Das Organ der offiziellen Kommunistischen Partei, die "Freiheit" erklärte am 25. Oktober: "Es besteht alle Wahrscheinlichkeit, dass die gegenwärtige Panik in Wall Street bewusst als eine Demonstration gegen die Roosevelt-Regierung organisiert worden ist... Die grossen 'Häufische' der Wall Street beherrschen den Markt. Sie können sowohl einen zeitweiligen Konjunkturaufschwung als auch eine zeitweilige Panik schaffen... Es gibt eine ganze Reihe von indirekten Beweisen dafür, dass das Grosskapital den Börsenkrach organisiert hat, um die Roosevelt-Regierung zu erschrecken u. zu zwingen, ihr Programm einer fortschrittlichen Gesetzgebung aufzugeben".

Wie wenig Vertrauen diese Leute zu ihren neuen Freunden u. Führern haben!

Mit wahrhaft rabbinischer Sentimentalität erwähnt der "Kirchenhaßtheoretiker" der komm. Partei, Alexander Bittelmann, dass "ein wichtiger Faktor, der zu der Rückbildung an der Spitze u. dem unglücklichen Rückgang in verschiedenen Industriekreisen beigetragen hat der ist, dass das Hochkapital die reaktionären Monopolkapitalisten sich entgegen in politischen Sphären befinden. Sie heben sich gegenort, den "Friedensapparat" zu erschüttern u. neue Investitionen zu machen, sie sabotieren die Konjunkturbesserung u. bedrohen dadurch die nationale Wirtschaft, sie bekämpfen das Regierungsprogramm der Börsenkontrolle u. arbeiten noch auf alle mögliche andere Weise gegen das Wohl u. die Sicherheit des Volkes". (Daily Worker, 23. Oktober 1937). Es wäre unfähig, gehandelt gegenüber dem "Politik" der K. u. Bittelmann, und sich sein Heilmittel unterschlägt: "Die weitere Förderung u. schnellere Herausbildung einer mächtigen Volksfrontbewegung!"

Selig seien die nicht allzu grossen Kapitalisten u. die nicht allzu reaktionären Monopolkapitalisten! Möge der Zorn Jehovahs allen u. jeden treffen, der "die nationale Wirtschaft bedroht" und möge er die Hand vorgereckt lassen, die da versucht, "das Regierungsprogramm der Börsenkontrolle" zu stören. Nur dann wird der Arbeiterklasse das Licht kommen!

Der "Socialist Call" (das Organ der amerikanischen komm. Partei) v. 6. Nov. bringt einen weitseheifigen Leitertitel in demselben Tone des Hochgebotes. Er jammert über die "kapitalistische Sabotage" u. spricht von einem "treik des Kapitals" u. "einer künstlichen Krise, einer Verschwendung der Erzeugung von Arbeitslosigkeit einer kapitalistischen Aggression".

Es liegt das fern zu meinen, dass es Situationen gibt in denen Intrigen u. Schiebungen mächtiger Finanz- u. Industriemagnaten eine wichtige Rolle spielen. Aber es wäre Absurdität zu glauben, dass solche Schachzüge die treibende Kraft oder die entscheidende Ursache einer Konjunkturschwächung oder einer schweren Depression wie wir die jetzt vor uns haben, sein könnten. (Veranstaltung 11. 11. 37)

Der Spitzel GERRY GINSBURG
 (Berliner Opposition)

Uns wird geschrieben, dass "Berliner Volkszeitung" v. 31. Oktober veröffentlichte eine Heft unter der Überschrift "Die Beiträge der 6. Kolonne tätig.igent Ginsburg entlarvt". In dieser Heft wurde über den in Paris eingelassenen Gastespital GERRY GINSBURG berichtet.

"Der am Beginn der Kämpfe in Spanien vorhandene Mangel an Kräften hat Ginsburg die Möglichkeit, sich in die internationale Brigade einzuschleichen. Ja, man übertrug dem immerhin genannten Menschen dort wichtige Funktionen... Es ist bereits festgestellt, dass er sehr enge Beziehungen zu den I.O.U.F.-Louten hat..."

Der Spitzel GERRY GINSBURG hatte u. hat nichts mit der I.O.U.F. zu tun, was wahr aber mit der KPD-Führung. Einem Flugblatt "An die Mitglieder der KPD in Paris", das von der Pariser Emigrantengruppe der "Berliner Opposition" (den sogen. "Versöhnleru") herausgegeben worden ist, entnehmen wir folgende Einzelheiten:

"...wie ist es möglich, dass er (G) politischer Kommissar in der Internationalen Brigade werden konnte? Dass er es war, ist unbestreitbar. Es geht aus den Veröffentlichungen der DVZ in Nr. 34 v. 22. 8. 37 und Nr. 37 v. 12. 9. 37 ("Hoch Frontsoldaten" u. "Tagebuch eines politischen Kommissars") einwandfrei hervor. Jedermann weiss, dass nur Funktion eines politischen Kommissars bei den Internationalen Brigaden nur unmittelbare u. engste Vertrauensmänner des ZK zugelassen werden. Welche Instanz oder welcher Funktionäre des ZK ist dafür verantwortlich, dass ein Gauner u. Hochstapler eine solche Funktion bekleiden konnte?"

Gerry kam aus Spanien nach Paris mit einem ausserordentlich warmen persönlichen Empfehlungsschreiben des Mitglieds des 1.oi Büros des ZK der K.D. Franz Dahler, eines der höchsten, arbeitstätigen in Spanien auf dem u. dieses Schreibens wurde er sofort in die verantwortlichen Funktionen in Paris eingesetzt. Mitarbeiter des Genossen Friederich, des wichtigsten Vertrauensmanns des ZK Mitglied des Präsidiums der Organisation ehemaliger Spanienkämpfer Mitarbeiter der DVZ die eine seiner Reden sogar als Leitartikel (DVZ v. 23. 8.) abdruckte. Er hatte Zugang zu den geschützten Akten der Parteileitung. Wenn es wahr ist, wie das ZK es behauptet, dass dieser Hochstap-

Erscheint wöchentlich.

Einzelexemplar: 0.75 Cts.

Monatlich: 2.50 Frs.

Ausland: 3.50 Frs.

ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opportunisten Elsass (Section der IVKO)

Nr. 50/IV-Jahrgang.

Zweite Dezemberwoche 1937.

DER FALL VON HANKING .

oooooooooooooooooooooooooooo

Nanking ist, während wir schreiben, entweder schon gefallen oder unmittelbar vor dem Fall. Die vor Nanking eingesetzten Elitetruppen haben sich rechtzeitig zurückgezogen.

Vor dem Fall von Nanking haben Deutschland u. Italien bei Tschang-Kai-Schek den stärksten diplomatischen Druck ausgeübt, um ihre "Friedensvermittlung", d.h. die Kapitulation vor Japan anzubieten. Als Gegenforderung wurde der Antritt Chinas an die sogenannten Anti-Kominternpakte verlangt. Die Tatsachen sprechen dafür, dass diese Versuche bei Tschang-Kai-Schek Eindruck gemacht haben. Ein Beweis dafür ist die Mission, die er nach Rom u. Berlin schickte, darunter den General Tsang-Fa-Lie. Die Naalpresse gibt eine von diesem General in Hamburg gehaltene Rede wieder, in der er u.a. erklärt, es gebe in China keinen Kommunismus, sondern nur Räuberbanden. So quittiert Tschang-Kai-Schek für die Kapitulation der KP Chinas.

Nach dem Fall von Nanking will Japan sei es in Peiping, sei es in Nanking eine neue "Zentralregierung" einsetzen, um sie Tschang-Kai-Schek entgegenzustellen.

Die japanische Truppenparade in der internationalen Siedlung von Schanghai sollte China u. der übrigen Welt die Ohnmacht des englischen, amerikanischen u. französischen Imperialismus in China zeigen. Der japanische Imperialismus demonstrierte seinen Sieg nicht nur über China, sondern über seine imperialistischen Konkurrenten in China. Japan begnügt sich aber nicht nur mit Demonstrationen. Es hat die Insel Chikai u. Lautalen im Süden von Hongkong besetzt u. will dort Luftbasen errichten. Es hat trotz der amerikanischen-englischen Proteste die Zollverwaltung von Schanghai übernommen. Frankreich hat unter den japanischen Drohungen darauf verzichtet, Sendungen von Kriegsmaterial nach China über seine indochinesischen Eisenbahnen passieren zu lassen. Wenn die Stanten des "demokratischen" Imperialismus nicht inständig sind, ihre zentralen imperialistischen Interessen u. Machtstellungen in China zu verteidigen, wie kann da irgendjemand erwarten, dass sie dem chinesischen Volke für seinen nationalen Befreiungskrieg zu Hilfe kommen? Nur die Revolution der Arbeiter u. Bauern kann China retten.

DIE RUNDREISE DES FRANZÖSISCHEN AUSSENMINISTERS.

oo

Die polnische Etappe der diplomatischen Rundreise des französischen Außenministers Delbos zeigt keinerlei greifbare Ergebnisse im Sinne einer "allgemeinen Regelung". Polen gibt zwar das französische Bündnis nicht auf. Das Regime kann es aus inner-, wie ausenpolitischen Gründen nicht entbehren. Es fährt aber fort, der Sattelrit Hitlerdeutschlands zu sein. In seinem Auftrage, die Kleine Entente weiter zu zersetzen u. weiter zu versuchen, das franco-sowjetische u. das tschechisch-sowjetische Bündnis aufzulösen. Und es erzielt mit dieser Expresspolitik Erfolg. Auf die Forderung Polens hin, hat Delbos darauf verzichtet, seine Reise nach Moskau fortzusetzen, ja, er hat vor Antritt seiner Reise nicht einmal den Pariser Sowjetbotschafter

Suritz empfangen. Darin drückt sich deutlich genug die fortschreitende Auf-
 höhlung u. Entwertung dieser beiden Pakte u. die Herabdrückung der aussenpoli-
 tischen Stellung der Sowjetunion aus. Der jugoslawische Premierminister hat
 zu allem kurz vor dem Eintreffen von Delbos eine demonstrative Staatsreise
 nach Rom unternommen. Das französische Bündnisystem in Mitteleuropa zersetzt
 sich weiter, das zeigen schon die äusseren Umstände der Rundreise des franzö-
 sischen Aussenministers.

--0-0-0-0--

DIE POLITISCHE LAGE IN SPANIEN.

oo

von Joan Calvet. +)

Barcelona, im Dezember 1937.

Mitte November, u. zwar vom 15 bis zum 20. November, fand in Valencia eine Ta-
 gung des ZK der KP Spaniens statt. Diese Tagung wurde zu einer Zeit abgehal-
 ten, als der Kampf zwischen der Prieto-Fraktion der Soz. Partei u. dem Stali-
 nismus ein so akutes Stadium erreicht hatte, dass keine der mit einander
 streitenden Parteien ihn weiter geheim halten konnte. Die auf der Tagung des
 ZK der KP Spaniens gehaltenen Reden drehten sich alle oder fast alle um die-
 sen Kampf, sie zeichneten sich jedoch insbesondere durch die wütenden Angriffe
 aus, die die Führer der KP gegen die FOUM richteten. Aber die Wut dieser
 in hysterischen Tönen gemachten Angriffe zeigt, dass der Kampf gegen die FOUM
 den Stalinisten nicht das gebracht hat, was sie erwarteten.

Es muss vermerkt werden, dass diese Tagung des stalinistischen Z.K. zusammen-
 fiel mit der Attacke, die Prieto gegen die Machtpositionen unternommen hat.
 Über die die Stalinisten an einigen entscheidenden Punkten des Staatsappa-
 rates verfügten; Absetzung von Alvarez del Vayo von seinem Posten als Gene-
 ralkommissar der Armee; Verbot, seine nächsten Mitarbeiter in der Propaganda-
 abteilung der Armee, die auch entlassen wurden, in irgendwelchen anderen Pos-
 ten in Heere zu beschäftigen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die stalinis-
 tischen Führer, die befürchten müssen, ebenso auch aus der tatsächlichen Lei-
 tung der Polizei entfernt zu werden, jetzt eine letzte Anstrengung machen,
 um, solange es für sie noch nicht zu spät ist, einen endgültigen Schlag gegen
 die verhafteten Führer der FOUM zu führen.

Die Ziele der Stalinisten u. die Prietos fallen zusammen. Die einen wie der
 andere wollen vor allem mit allen Mitteln verhindern, dass die revolutionä-
 ren Elemente des spanischen Proletariats wieder vordringen. Vereint haben sie
 erreicht, der proletarischen Revolution einen schweren Schlag zu versetzen.
 Heute jedoch glauben sie, dass der Augenblick gekommen sei, um die Früchte ih-
 rer Verrats an der Arbeiterklasse zu ernten u. sind bereit, sich zu schlagen,
 um zu entscheiden, wem die Führung im Lande zufallen soll. Sie sind nämlich
 der Ansicht, dass die Zeit gekommen sei, da man in dem republikanisch bezeich-
 neten Spanien eine offene Diktatur ohne Deckmäntelchen aufrichten könne. Da
 für suchen beide Teile nach Verbündeten, die sie später preisgeben oder gar
 zu Tode verfolgen wollen. Prieto, der es während der ganzen Zeit der Verfolgen-
 gen verstanden hat, beiseitezubleiben, als ob er nichts mit den Verbrechen
 zu tun hätte, die gegen die Arbeiter der FOUM u. der CNT begangen worden sind
 u. noch begangen werden, reserviert sich diese Karte, um sie im gegebenen Mo-
 ment ausspielen zu können. Er will dann alle Verantwortung auf seine Mitar-
 beiter abwälzen, die es doch gewesen seien, die mit Hilfe des diplomatischen
 Drucks der SU ihm Bedingungen auferlegt hätten. Für Prieto wäre es ausge-
 zeichnet, wenn eine Diktatur damit beginnen könnte, dass sie einen Teil der
 Fehler u. Verbrechen gutmacht, die er gemeinsam mit den Stalinisten begangen
 hat. Er weiss, wie einfach die Massen denken, u. da sein Name von seinen Freun-
 den eiferschuldig gewahrt worden u. so wenig als möglich mit allen Auswirkun-
 gen der Verfolgungen verknüpft worden ist, glaubt er, dass die Verantwortung
 für diese Verfolgungen völlig denen zur Last fallen werde, die binnen kurzem
 seine erklärten Feinde sein können. Ein Regime, das so beginnt u. dem die aus-
 wärtigen "Demokratien" eine mehr oder minder versteckte Unterstützung ge-
 währen, eine Diktatur, die sich durch die Notwendigkeiten des Krieges ent-
 schuldigt, kann möglicherweise bei einem grossen Teil der öffentlichen Mei-
 nung, der durch das, was man den "innoren Streit" nennt, ermüdet ist, Unter-

+) Gen. Calvet ist ein leitender Militant der FOUM. Er ist den "Arpo-Lsorn" be-
 reits durch einen von uns veröffentlichten Artikel gegen die Auffassungen
 der Gruppe "Que faire?" bekannt.

stützung finden oder, wenn sie keine Unterstützung findet, doch hingenommen werden.

Sucht Prieto im Dienste der Kapitalisten Frankreichs u. Englands die Möglichkeit für einen Waffenstillstand für den Fall zu schaffen, dass die Regierungen dieser Länder ihn für notwendig erachten? Das ist sehr wohl möglich, ja es ist so gut wie sicher. Die Verfolgungen u. die Vernichtung der revolutionären Kräfte in Spanien sind von Reformisten u. Stalinisten gemeinsam unternommen worden, weil diese eine Arbeit war, an der in gleicher Weise die Herren beider Bundesgenossen interessiert waren: die bürgerlichen Demokratien u. der Stalinismus.

Zweifellos ist jetzt der Augenblick gekommen, da sich die Wege dieser Bundesgenossen trennen. Das ist in Spanien u. im Ausland offenkundig. Darin steht sowohl der Artikel von Dimitrow, der den französischen Sozialisten so auf die Nerven gefallen ist, als auch deren Beschluss über den Abbruch der Einheitsverhandlungen im Zusammenhang. Sie stellen einen Teil des Plans der einen u. der anderen Seite dar, u. wir können annehmen, dass es zu einem Kampf zwischen beiden Kräften, zu einem Kampf um die Beute kommen wird, der in Spanien infolge der dortigen Situation die schärfsten Formen annehmen wird.

Zur selben Zeit, da Prieto seine Geschütze aufführt, um seinen Bundesgenossen bei der Durchführung der Konterrevolution einen endgültigen Schlag zu versetzen, bereiten sich die Stalinisten, wie das ganz logisch ist, ihrerseits von vorn Angriff zu beantworten u. gegebenenfalls selbst diejenigen zu sein, die die Früchte einer Situation genießen, deren Herbeiführung, wie man zugeben muss, vor allem ihr Werk gewesen ist. Wiederholt haben die Stalinisten Anstrengungen gemacht, um die Führer der CNT u. der FAI zu gewinnen, ohne deswegen die Verfolgungen gegen die Mitglieder dieser Organisationen auch nur im geringsten abzuschwächen. Von diesen Mitgliedern wissen die Stalinisten nämlich, dass sie keineswegs bereit sind, die totale Liquidierung der Revolution hinzunehmen. Verschiedene Führer der CNT haben gezeigt, dass sie sich ohne Schwierigkeiten von den Stalinisten auf die gewünschte Bahn lenken lassen. Für diese Führer ist die Riesenzahl von Genossen ihrer Organisationen, die wegen ihrer Treue zur Revolution im Gefängnis sitzen (man spricht von Zehntausenden) kein Hindernis. In Spanien u. in Paris sind Verhandlungen zwischen CNT-Führern u. Stalinisten angebahnt worden. Diese Verhandlungen gehen weiter, es ist vielleicht möglich, dass die überstürzte Abreise des "Frawda"-Korrespondenten Kolzow mit diesen Verhandlungen zusammenhängt. Er wird möglicherweise wie Antonow-Owsejenko den "Fehler", den er begangen hat, indem er die CNT angriff, büßen müssen, sicher aber nicht seine Angriffe gegen die FAI. (Schluss folgt).

-o-o-o-o-

DER BRIEF EINES SOWJETGENERALS.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Der Sowjetgeneral Krivitzki (Walter), der als Vertreter der Rüstungsindustrie der SU im Ausland tätig war, hat sich jetzt geweigert, einem Befehl zur Rückkehr nach Moskau nachzukommen. Er begründet diesen Schritt in einem Schreiben an die Leitungen der SFJO, der KFF u. der trotzkistischen IV. Internationale, in dem es u. a. heisst:

"Seit 1919 Mitglied der KFSU, habe ich jahrelang einen höheren Posten in der Roten Armee innegehabt, war dann Direktor des Instituts für Rüstungsindustrie u. habe in den letzten zwei Jahren besondere Aufträge im Ausland ausgeführt. Ich besitze den Orden der Roten Fahne u. habe einen sogen. Ehrensäbel erhalten. In den letzten Jahren habe ich die Politik der SU mit wachsender Unruhe verfolgt, ich habe jedoch diese Unruhe durch den Gedanken an die Verteidigung der legitimen Interessen der SU verdrängt, ich dachte daran, dass meine Arbeit diesen Interessen dient u. infolgedessen für die Sache des Sozialismus notwendig ist. Jedoch haben mich die weiteren Ereignisse davon überzeugt, dass die Politik der Stalinistischen Regierung nicht nur immer mehr zu den Interessen der SU, sondern auch zu den Interessen der Arbeiterbewegung überhaupt in Widerspruch gerät... Diese Politik untergräbt die militärische Macht der SU, ihre Verteidigungsmöglichkeiten, ihre Wirtschaft, ihre wissenschaftlichen Errungenschaften u. überhaupt alle Gebiete des Sowjetaufbaus. Mit Hilfe von

Methoden, die schließlich alle erfahrungsgemäß die Vernehmung von Smirnow und Wratschkowski u. die im Westen allen unglaublich erschrocken werden, erpressen Stalin u. der GPU-Leiter Jerschow von ihren Opfern "Gestapodassos" u. inszenieren schändliche Prozesse. Jeder neue Prozess, jede neue Erschiessung erschüttern keinen Glauben immer mehr. Ich verfügte über genügend Tatsachen, um zu zeigen, wie die Prozesse inszeniert wurden, u. um zu begreifen, dass unschuldige Menschen umkommen. Lange versuchte ich das Gefühl des Schreckens, des Ekels u. der Bestürzung in mir zu unterdrücken, um mich zu überzeugen, dass ich um jeden Preis die wichtige Arbeit fortsetzen müsse, die mir auferlegt worden war. Ich musste, ich muss es gestehen, eine ausserordentliche Anstrengung machen, um mit Moskau zu brechen u. im Ausland zu bleiben.

Indem ich im Ausland bleibe, hoffe ich die Möglichkeit zu haben, bei der Rehabilitierung dieser Zehntausende sogen. "Spione" u. "Gestapodagenten" mitzuwirken, die in Wirklichkeit ergebene Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse waren. Die heutigen Herren des Regimes verhaften, verbannen, erschossen u. erorden diejenigen, die dieses Regime unter der Führung Lenins geschaffen u. nach seinem Tode weiter befestigt haben. Ich weiss u. habe Beweise dafür, dass auf meinen Kopf ein Preis ausgesetzt ist. Ich weiss, dass die GPU vor nichts zurückschrecken wird, um sich durch einen Mord meines Schweigens zu versichern. Dutzende von Leuten, die zu allem bereit sind u. die Jerschow zur Verfügung stehen, verfolgen mich zu diesem Zweck. Ich halte es für meine Pflicht als revolutionärer Kämpfer alles das der internationalen proletarischen Öffentlichkeit zu bringen".

-o-o-o-o-

Aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung:

Kontrolle der Einstellungen u. Entlassungen.
oo

Das Unternehmertum ist seit geraumer Zeit beabsichtigt die gewerkschaftliche Aktionskraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht die Entlassung von Gewerkschaftsmilitanten oder gewählten Betriebsdelegierten gemeldet wird. Diese Tatsache allein bestätigt, dass es sich hier nicht um vereinzelt Fälle von Unternehmerwillkür handelt. Alles deutet daraufhin, dass hier eine zentrale Hand im Spiele ist, dass die Dominierung der gewerkschaftlichen Kader einem allgemeinen Plan der Unternehmerverbände entspricht, die auf diese Weise die patronale Autorität wieder herstellen, die "soziale Unruhe" aus ihren Betrieben verbannen u. die Aktionsfähigkeit der Arbeiterschaft gegenüber der allgemeinen Unternehmervoffensive zerschlagen wollen.

Parallel mit dieser Aktion, die in verschiedenen Fällen sogar zur Gesamtentlassung von Belegschaften u. vorübergehender Betriebstilllegung führte, geht die Aktion für die "Sicherung der Arbeitsfreiheit", für die Einstellung v. unternehmerkreaturen u. Faschisten. Auf diese Weise wollen die Unternehmer die von ihnen geschaffenen u. finanziell ausgehaltenen professioneller Syndikate in den Betrieben verankern. Damit soll erreicht werden, dass die Einheit der Arbeiter auf dem Gebiete des gewerkschaftlichen Kampfes unterminiert u. ihre Aktionskraft an ihrer vollen Entfaltung gehindert wird.

Die CGT hat dieser Offensive der Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Arbeiter in der CGT mit Appellen an die Regierung des Front populäire geantwortet. Dort wo die Arbeiter zur Verteidigung ihrer Betriebsdelegierten zur Aktion übergangen, hat man alles getan um diesen Aktionen schnellstens u. ohne befriedigende Resultate abzubrechen. Die Streikfrage wurde meistens dem Schiedsgericht oder Gewerbegericht zur Entscheidung überlassen. Als im Anschluss an die Ereignisse in Clichy die Arbeiter der Pariser Metallindustrie auf der Sküberung der Betriebe von den Faschisten bestanden u. vereinzelt auch zu Streiks zur Durchsetzung dieser Forderung übergangen, wurden sie von der Führung der CGT durch Jouhaux offen desavouiert. Diese mehr als eigentümliche Haltung, die Jouhaux sogar vor dem Nationalrat der CGT vertrat, wurde damit begründet, dass die CGT die Meinungsfreiheit achten müsse u. nicht mit Zwangsmitteln gegen politisch andere Denkende vorgehen dürfe, wolle sie nicht in den gleichen Fehler verfallen wie die Unternehmer. Dieser Standpunkt widerspricht den ureigensten Interessen der Arbeiterschaft. Handeln Elemente der Klasse gegen die ungeschriebenen Gesetze der proletarischen Solidarität, stellen sie sich in den Dienst des Unternehmers, folgen

sie nicht den Direktiven, die das Klasseninteresse gebietet, folgen sie dem Willen des Unternehmers, dann können sie nicht nur mit Worten gebrandmarkt werden. Beschliesst eine Belegschaft einen Streik u. bricht eine Minderheit diesen Beschluss, so nennt man dies Streikbruch, und die am Streikbruch Beteiligten Streikbrecher u. Verräter. Steht eine verschwindende Minderheit der Belegschaft im Solde des Unternehmers, schwächt sie in dessen Auftrag die gewerkschaftliche Aktionskraft, sucht sie ein Unternehmenssyndikat aufzustellen, so muss auch ihr gegenüber das Gesamtinteresse der Klasse durchgesetzt werden. Und wenn alle Mittel der Überzeugung versagen, um solche Elemente zum Verzicht auf ihren Verrat zu bewegen, dann muss das Klasseninteresse ihnen gegenüber auch in anderen Formen durchgesetzt werden. Dann muss die Arbeiterschaft die Zusammenarbeit mit solchen Elementen ablehnen, d. h. ihnen kategorisch zu verstehen geben, dass sie zu wählen haben. Dort wo eine alte gewerkschaftliche Tradition vorhanden ist, ist es möglich, dass die Arbeiter die Frage der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation zu einer Bedingung für die Zusammenarbeit im Betrieb machen. Dieser Zwang zur Klassenolidarität war immer der Zwang einer grossen Mehrheit gegen eine verschwindende Minderheit, denn anders lässt sich ein solcher Zwang nicht verwirklichen. Es war der Zwang der Klassenbewussten Mehrheit auf die noch nicht Klassenbewusste Minderheit. Dieser Zwang steht auf einer ganz anderen Ebene als der Zwang des Unternehmers gegen die Arbeiter. Und es ist bezeichnend, dass die Unternehmer u. ihre Presse sich immer zum Fürsprecher solcher Minderheiten machten, die die Gebote der proletarischen Solidarität mit Füßen traten u. Akte der Notwehr der Arbeiterschaft gegen demoralisierte Elemente der Klasse, als roten Terror verschrieen.

Wenn Jouhaux unter Hinweis auf dieses Unternehmergeschrei die Mitglieder der CGT zum Verzicht solcher Selbstverteidigungsmittel der Klasse gegen Verräter auffordert, so handelt er selbst gegen die ureigensten Interessen der CGT. Die gewerkschaftliche Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes kann nur erhalten werden, wenn sie sich täglich im Kampfe immer wieder herstellt u. wenn sie gegenüber den Unternehmern u. ihren Kreaturen ständig verteidigt wird. Wenn der Unternehmer die aktivsten Gewerkschaftsmilitanten massregelt u. an ihre Stelle Elemente in den Betrieb harrt, die in seinen Interessen stehen u. gegen die gewerkschaftliche Organisation tätig sind, so kann das nur dadurch begegnet werden, dass die Gewerkschaftsmitglieder ihre Funktionen auch mit dem Mittel der direkten Aktion verteidigen u. die Pläne des Unternehmers durch die solidarische Aktion gegen die Schmarotzer u. Verräter durchkreuzen.

Der Umfang der Masseregulungen u. der Missachtung des verbrieften Syndikatsrechts hat die CGT veranlasst von der Regierung ein Gesetz über die Kontrolle der Einstellungen u. Entlassungen zu verlangen. Die CGT hat diesen Verlangen hinzugefügt, dass sie kein Einstellungs- u. Entlassungsmonopol erstrebe. Sie will lediglich der Sabotage des Syndikatsrechts durch die Unternehmer eine gesetzliche Schranke entgegensetzen. Die CGT hat noch hinzugefügt, dass wie von ihr geforderte gesetzliche Regelung bereits in anderen Ländern eingeführt ist u. zum Vorteil der sozialen Ruhe in Frankreich nötig ist.

Das Iabronat hat erklärt, dass es der geforderten Kontrolle nicht zustimmen könne, weil diese Einstellungs- u. Entlassungskontrolle der Anfang vom Ende des gegenwärtigen Gesellschaftssystems (Kapitalismus) u. der erste Schritt zur Arbeiterkontrolle der Produktion sei. Die grosse Mehrheit der CGT-Mitglieder wünscht sicher das Ende des Kapitalismus, aber es bedarf keiner langen Beweisführung um einzusehen, dass die Forderung der CGT nicht einmal das Syndikatsrecht der Arbeiter im vollen Umfange zu sichern vermag.

In anderen Ländern, wie z. B. im Deutschland der Weimarer Republik war der Entlassungsschutz der Betriebsdelegierten (Betriebsräte) viel weiter ausgebaut, als das bei uns von der CGT auch nur gefordert wird. Nach dem deutschen Betriebsrätegesetz bedurfte sogar die Entlassung eines Arbeiters der Zustimmung des Betriebsrats, wenn sie Rechtskraft erhalten sollte. Ein Arbeiter, der ohne diese Zustimmung entlassen wurde, konnte beim Arbeitsgericht Klage auf Wiedereinstellung gegen den Unternehmer anstrengen u. das Arbeitsgericht konnte den Unternehmer schadenersatzpflichtig machen. Nach dem lange Zeit in Deutschland in Kraft befindlichen Demobilmachungsvorschriften konnten Massenentlassungen überhaupt nicht vorgenommen werden, wenn nicht die Genehmigung (Gewerbeinspektion) dafür vorlag u. der Betrieb nicht in einem gewissen Umfange zur Kurzarbeit übergegangen war. Der Betriebsrat war faktisch unan-

testbar, wenn er seine Tätigkeit im Rahmen der Gesetze u. der Kollektivverträge ausübte. Alle diese Bestimmungen haben weder Entlassungen, noch Betriebseinschränkungen oder Betriebstilllegungen zu verhindern vermocht, weil das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die ausschliessliche Leitung des Betriebs durch den Unternehmer oder seine Beauftragten, die geschäftlichen Notwendigkeiten eines kapitalistischen Betriebs im Rahmen dieser Gesellschaftsordnung nicht aufgehoben werden konnten. Das ökonomische Gewicht des Unternehmers, die Tatsache, dass er der Besitzer des Betriebes war, gab ihm tausend Möglichkeiten sich den gesetzlichen Bestimmungen zu entziehen. Zum anderen aber ist das tatsächliche Recht sehr nachdrücklichen Wandlungen unterworfen, Wandlungen, die im entscheidenden Masse durch den Stand des allgemeinen Klassenkampfes, durch die durch ihn bestimmten Machtverhältnisse bestimmt werden. Eine Arbeiterklasse, die im Geiste der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum erzogen wird, die zur Passivität angehalten u. zum Verzicht auf die selbständige Klassenaktion animiert wird, ist selbst nicht einmal fähig das geschriebene Recht machtvoll für sich zu reklamieren. Eine Arbeiterklasse aber, die im Geiste des Klassenkampfes erzogen ist, die sich beständig auf ihre eigene, Recht schaffende Macht besinnt, kann tatsächlich weit über das geschriebene Recht hinausstossen und Rechte sichern.

Der deutschen Arbeiterklasse hat das Betriebsrätegesetz, das selbst ein Produkt eines sehr heftigen u. turbulenten Klassenkampfes war, nicht genützt. Nichts genützt, weil die Politik der Zusammenarbeit mit dem Kapital, die jahrelange Koalitionspolitik der Sozialdemokratie u. der Gewerkschaften mit der Bourgeoisie, den Gewerkschaften die Fähigkeit zur Führung des Klassenkampfes, des entscheidenden Mittels zur Veränderung der Machtverhältnisse u. damit der Rechtsverhältnisse, genommen hat. Das geschriebene Recht wurde unter den Schlagworten der aggressiven, in der Offensive befindlichen Reaktion u. des Faschismus immer weniger der Ausdruck des tatsächlichen Rechts. Alle schönen Paragraphen wandelten ihren Sinn durch die Verschiebung der tatsächlichen Machtverhältnisse, ohne dass man sie formal zu ändern brauchte. Wie der Paragraph 48 der Weimarer Verfassung alle in ihr verankerten demokratischen Grundrechte erschlug, als infolge des Versagens der grossen Arbeiterorganisationen, des direkten Verrats der SPD u. der Gewerkschaftsführung u. der objektiven Lage des Kapitalismus die Machtverhältnisse zu Ungunsten der Arbeiterklasse gewendet waren, so zerstob auch aller Glanz des Betriebsrätegesetzes unter den Schlägen der kapitalistischen Krise u. des Aufschwungs der faschistischen Kontorrevolution.

Was soll damit gesagt werden? Damit soll nichts gesagt werden gegen den Kampf für die Erweiterung der geschriebenen u. verbrieften Rechte der Arbeiter. Damit soll lediglich ausgedrückt werden, dass die verbrieften Rechte immer nur, oder in der Hauptsache, einen bereits erkämpften Zustand sanktionieren. Wenn die Arbeiterschaft das Syndikatsrecht gesichert wissen will, muss sie es durch den Kampf sicherstellen, muss sie dem Patronat durch die Aktion seine unbedingte Beachtung zum Gesetz machen. Wenn die Arbeiterschaft die Betriebsdelegierten vor der Entlassung schützen will, muss sie sie durch die Aktion schützen, bis ihr Schutz sich zu einer allgemeinen Gewohnheit gewandelt hat. Wenn die Arbeiter die Kontrolle der Einstellungen und Entlassungen erwirken wollen, müssen sie sie praktisch betätigen. Sie müssen dafür kämpfen, dass die Arbeitsämter unter ihre Kontrolle gestellt werden, dass die Benutzung der Arbeitsämter für Neueinstellungen obligatorisch wird. Sie müssen dahin wirken, dass die durch die Unternehmerstellenvermittlungen (die faktisch Büros der faschistischen Betriebszellen u. Unternehmersyndikats sind) von ihnen nicht anerkannt werden u. die Zusammenarbeit mit so vermittelten Elementen, wenn sie sich gegen die Arbeiterschaft betätigen, abgelehnt wird.

So u. auf diesem Wege werden die Arbeiter beste Vorarbeit dafür leisten, dass das Gesetz u. das geschriebene Recht ihre Forderungen berücksichtigt. Die Junibewegung hat ein neues rechtliches Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital begründet. Damals verpflichtete das Unternehmertum sich zur Beachtung des Syndikatsrechts. Diese Verpflichtung wurde im Matignonabkommen verbrieft. Die Massenaktion hatte bereits das Syndikatsrecht ins Leben eingeführt, sie diktierte auch die vertragliche Sanktion. Weder Regierung noch Parlament kümmerten sich vorher sonderlich um die Forderungen der Arbeiter. Erst als sie sich als Macht erhoben u. diese Macht handgreiflich wurde, erfolgte ihre rechtliche Sanktion. Sobald die Aktionsbereitschaft nachliess, wurde das verbrieftete Recht angenagt, gedreht, gewendet, die Machtverhältnisse langsam geändert. Daran gilt es zu denken, danach gilt es zu handeln.

Einer neuen Wirtschaftskrise entgegen.

=====
 v. Jay Lovestone
 (Fortsetzung)

Wir sind der Ansicht, dass die gegenwärtige Depression nicht die Ausmasse der Krise von 1929 annehmen werde. Wir meinen, dass die augenblickliche Depression in vieler Hinsicht für die nächste Krise dasselbe sein werde, was der Rückschlag von 1927 für den Zusammenbruch von 1929 war. Wir glauben, dass diese Depression ernster u. tiefer ist, als es das Platzen der ersten Rooseveltischen Prosperitäts-Seifenblase war. Wir sind ferner davon überzeugt, dass diese Depression ein weiterer schwerwiegender Beweis für unsere Behauptung ist, dass der ganze Wirtschaftsaufschwung in den Ver. Staaten während der letzten fünf Jahre in grosser Masse künstlich, mehr das Resultat eines Antriebs von Regierungseite war als eine wirkliche Erholung u. Neubelobung des Wirtschaftsorganismus. Die Überentwicklung der Produktionskapazität, die wachsende Kluft zwischen ihr u. den Konsumtionsmöglichkeiten der grossen Masse der Bevölkerung, die daraus resultierende Stagnation der privatkapitalistischen Initiative bilden den Boden, in dem Krisen verankert sind u. auf dem sie gedeihen. Die Heilmittel, die die Kapitalistenklasse durch ihren regierungsmässigen Ausschuss, die Bundesregierung, angewandt hat, haben bestenfalls nur dazu gedient, vorübergehende Erleichterungen zu verschaffen oder fadensteines Flickwerk zu liefern. In Wirklichkeit haben diese Heilmittel, schneller als man glaubt, nur den Erfolg, das Leiden zu verschlimmern u. neue Infektionsherde im Wirtschaftskörper zu schaffen.

Gehen wir näher auf diesen Punkt ein. Im Jahre 1932 nahm die Regierung zu einer Wirtschaftspolitik der sogen. "Kapitalzündung" Zuflucht, d. h. sie warf Geld bis zu einer Höhe von 1 646 000 000 Dollar in die Wirtschaft des Landes um die Privatwirtschaft anzuspornen. Das geschah zu Hoovers Zeiten. Damals sprachen die Leute um Roosevelt laut über die Vorzüge eines ausgeglichenen Budgets. Im Jahre 1935 verwandelte sich die Rooseveltregierung mit Hilfe einer Summe von 3 154 000 000 Dollar in einen Bankier, Finanzier, Unternehmer, grossen Geschäftsmann, Staatskapitalisten -- alles das im Interesse einer Wiederbelebung der privatkapitalistischen Wirtschaft. 1936 ergaben diese Investitionen der Regierung eine "Initiativ-Zündung" von 4 025 000 000 Dollar.

Da erhob sich der Ruf nach einer Beschneidung der Regierungsausgaben, weil die grossen Herren mehr Steuern zahlen mussten, um das Wirtschaftssystem stärken u. stabilisieren zu helfen. Der politische Druck wurde schwerer und schwerer. Daher wurde die "Initiativ-Zündung" für die Wirtschaft im Jahre 1937 auf 972 000 000 Dollar herabgesetzt. In Wirklichkeit steht diese Zahl nur auf dem Papier. Wenn man die tatsächliche Beschneidung der Kaufkraft berücksichtigt, die durch die grossen Summen herbeigeführt worden ist, die die Regierung durch die Abgaben für Sozialversicherung eingenommen u. der augenblicklichen Kaufkraft entzogen hat, so sieht man deutlich, dass die "Initiativ-Zündung" nahezu erloschen ist. Gegerndätzig funktioniert sie mit einer Rate von weniger als 50 000 000 Dollar monatlich im Vergleich zu einer Drittel-Milliarde Dollar Monatsrate 1936. Der Antrieb der privaten Wirtschaft von Regierungseite hat praktisch aufgehört. Die Regierung ist mit ihren Hoffnungen u. Plänen, den Privatunternehmungen durch diese grossen Ausgaben beständig einen Antrieb zu geben u. sie zu beleben, gescheitert. Der private Kapitalmarkt zeigt weiterhin zunehmende Stagnation. Die Regierung hat in drei Jahren einer wohlwollenden Politik der "Initiativzündung" als eines Mittels der Wirtschaftserholung mehr als 10 Milliarden Dollar oder ungefähr die Hälfte des National Einkommens in dieser Periode ausgeworfen.

"The Financial and Commercial Chronicle" berichtet, dass im Oktober 1937 von der Privatindustrie im ganzen Lande Obligationen u. Aktien in Höhe von nur 195 000 000 Dollar emittiert worden sind. Im Oktober 1936 betrug diese Kapitalemissionen 465 000 000 Dollar. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres erreichten die Emissionen von Obligationen u. Aktien die Höhe von 3 602 000 000 Dollar gegen 5 137 000 000 Dollar in dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1936. Die Lage ist sogar noch ernster, wenn man berücksichtigt, dass es im Oktober dieses Jahres nur 89 000 000 Dollar wirklich neuer Emissionen gab, während im Oktober vorigen Jahres diese neuen Emissionen 183 000 000 Dollar betrugten.

Wir dürfen nun ausser Acht lassen, dass das neuaufgenommene Kapital u. nicht so sehr die Tilgung früherer Anleihen entscheidend ist. Neue Emissionen sind es, die zur Produktionserweiterung u. zum Ausbau der Betriebe benutzt werden. Grosse Regierungsausgaben können die private Kapitalbewegung ersetzen, können aber auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des amerikanischen Kapitalismus seiner Wiederbelebung u. Beständigkeit keinen wirklichen Anstoss geben. Aber ebenso wenig kann die Beschneidung dieser Regierungsausgaben ein Heilmittel sein, weil sie nur dahin führt, die Stagnationstendenzen auf dem privaten Kapitalmarkt zu verschärfen. Ganz gleich, wieviele Appelle die Komm. Partei an die "nicht allzu grossen Geschäftsleute", an die "nicht allzu reaktionären Monopolkapitalisten" richten mag, Kapitalinvestitionen zum Zwecke von Produktionserweiterungen zu machen, - sie werden alle fruchtlos sein, solange diese Kapitalisten, unbekümmert um "die amerikanische Demokratie und Zivilisation", nicht sicher sind, was sie einen beständigen angemessenen Profit nennen, zu erlangen. Hier stossen wir wieder auf den unlösbaren Widerspruch im heutigen amerikanischen Kapitalismus, auf die Kluft zwischen der Produktionskapazität u. den Konsumtionsmöglichkeiten.

Ein sehr kompetenter Wirtschaftsfachmann beschreibt diese Stagnation auf dem Gebiet der privaten Kapitalinvestitionen wie folgt:

"77" Der Periode der Prosperität u. Aktivität in den zwanziger Jahren bewegte sich die Neufinanzierung, deren Erträge nicht zur Tilgung, sondern zur Expansion benutzt wurden, um 600 000 000 Dollar monatlich. Das war die Neufinanzierung auf der New Yorker Börse zum Unterschied von der Neufinanzierung des Wohnungsbaus. Während der jüngsten Belebung der Konjunktur ist diese Finanzierung in sehr geringfügigem u. nicht ausreichendem Masse gestiegen, so dass in der Falle, wenn die Regierung mit ihren Ausgaben aufhört, seitens der Privatwirtschaft keine Investitionen in einem Umfang vorliegen, die als gleich grosser Ersatz dienen könnten.

Wir brauchen jetzt ungefähr 600 000 000 Dollar oder vielleicht sogar 700 000 000 Dollar monatlich, um die Regierungsinvestitionen zu ersetzen u. um die Geschäftstätigkeit etwa auf der gleichen Höhe zu halten, wie in den Jahren 1924 bis 1930. Kürzlich hatten wir 200 000 000 Dollar monatlich. Im August sack die Gesamtsumme auf 70 000 000 Dollar - verschwand also praktisch".

Es ist nicht nötig, dass wir viel Zeit für die Beantwortung des Arguments aufwenden, dass die jetzigen Wirtschaftsdepression auf die Tatsache zurückzuführen sei, dass "zuviel Geld in die Spekulation gegangen sei". Wo sollen die Leute, die Kapital besitzen, es anlegen, wenn die Wahrscheinlichkeit, anständiger Profite einzuheimen, in der Industrie noch geringer als in der Spekulation ist? Keine kapitalistische Regierung, in den Ver. Staaten oder anderswo, sei sie eine Volksfrontregierung oder nicht kann heute ein wirksames Programm bieten, das einen Anreiz für den privaten Kapitalmarkt bilden u. seine Erweiterung fördern könnte.

Ebenso hat der ganze Lärm, der wegen der Körperschaftszuwachsteuer, d.h. die Steuer auf den nicht als Dividende ausgeschütteten Teil der Gewinne der Aktiengesellschaften, gemacht worden ist, absolut nichts mit der gegenwärtigen ökonomischen Lage zu tun. Diese Steuer, die in gewisser Hinsicht die unnötige Nichtausschüttung von Dividenden verhindert, dient heute dazu, mehr Geld für den Kapitalmarkt verfügbar zu machen. Aber wenn diese Steuer Kapitalmissionen nicht beschränkt, so kann sie andererseits auch keine Profitgarantie für den investierenden Kapitalisten liefern. In gewisser Masse hemmt sie eine sogen. "ungarantierte" Expansion u. vermehrt die "Kaufkraft der Konsumenten". Aber sie überbrückt nicht die oben erwähnte Kluft. So sehr das Grosskapital aus verschiedenen Gründen gegen diese Steuer ist, so dient sie in Wirklichkeit dazu, ein grösseres Vertrauen zu den Banken u. dem Kapitalmarkt einzufliessen, die Abhängigkeit von ihnen zu verstärken u. die Menge u. die Höhe der Dividenden zu steigern.

Die Steuer-"last" der Reichen wird vielleicht verringert werden. Sie wird aber wahrscheinlich auf die kleineren Kapitalisten abgewälzt werden, aber das wird nicht die grundlegenden ökonomischen Entwicklungstendenzen ändern. Gerade diejenigen, die so laut über das hohe Regierungsdefizit geschrien haben, werden jetzt nach mehr Regierungsausgaben rufen. Wahrscheinlich werden die Regierungsausgaben diesmal der Aufrüstung u. einem sogen. Wohnungsbauprogramm zugutekommen. Darüber werden wir bei späterer Gelegenheit schreiben. Ehe wir eine Anzahl von Problemen aufwerfen, die vor den organisierten u. un-

organisierten Arbeitern, vor der Gewerkschaftsbewegung in der Depression stehen, die wir Vorschläge inbezug auf die Strategien, die die Arbeitsbewegung während der Depressionsperiode anwenden sollte, machen, erscheint es mir wichtig, die Schlussfolgerung zu zitieren, zu der der Finanzjournalist George Sanders in der "Herald Tribune" v. 3. November gelangt ist:

"Wall Street ist sich in seiner mehrfachen Einschätzung ab, aber im Klaren, dass die Schritte, die sie jetzt vorschlägt, eine ökonomische Stabilität nicht lösen werden".

Was Wall Street wirklich zu tun versucht, ist, die Lasten der Unbeschäftigten der wachsenden ökonomischen Depression auf die Schultern der Werktätigen in Stadt u. Land abzuwälzen.

-0-0-0-0-0-

Der Kongress der I.A.I. Die spanischen Anarchisten (Federacion Anarquista Iberica) halten dieser Tage ihren Kongress in Paris ab. Eine zahlreiche anarchistische Emigration befindet sich infolge des Terrors der Regierungsparteien in Frankreich. Sie sind vorwiegend in Opposition zur Leitung. Die Tatsache, dass der anarchistische Kongress im Ausland abgehalten wird, spricht dafür, wie weit die Politik des spanischen Anarchismus bereits seine Machtstellungen in Spanien selbst herabgedrückt hat. Die I.A.I. Spaniens fordert jetzt parlamentarische Neuwahlen. Einer der Wesen dieser Forderung ist, einen Druck auf den rechten Flügel der Sozialdemokratie auszuüben, damit er für den Wahlkampf die Verbindung mit der I.F. Spaniens durchführt.

Das Budget in Luxemburgischem Parlament wird in einem Bilanzbericht kurzgefasst, dass die parlamentarische Kontrolle des Budgets, die den Angehörigen der parlamentarischen Rechte ist, völlig illusorisch macht. Hierin vollzieht sich der Abbruch des parlamentarismus durch seine Vertreter selbst. Das Budget ist, wie von seinen Kritikern überzeugend nachgewiesen wurde, nur scheinbar im Gleichgewicht, unter diesen Umständen ist die weitere Stütze des Staates unausbleiblich.

Die K.F.F.-Führung zur Einheitspartei. Das politische Büro der ACF-Führung kürzlich in einer Resolution, die sich mit dem Beschluss der U.A.F. der SFIO zur Einheitspartei beschäftigt, dass sie nunmehr öffentliche Versammlungen für die Herstellung der Einheitspartei in ganz Frankreich veranstalten werde. Das wird ihr aber wenig helfen. Unter der Wirkung der Volksfrontpolitik ist jetzt die Stimmung auch der Mitglieder der SFIO gegen die Einheitspartei. Wie weit die Stimmung für die Einheit in der Masse der Mitglieder der SFIO bereits gesunken ist, zeigt die Tatsache, dass ein Vertreter der SFIO-Führung, Louis Levy in "Populaire" (7.12.37.) in einem "Dialog über die Einheit" bereits kategorisch erklären kann:

"Ohne die Auflösung der Dritten Internationale ist keine organische Einheit möglich. Alles andere ist Dauernüffngerei".
Und "glaubt mir, wenn diese (die "Regierung von Moskau") die Einheit will, so sei sie die Dritte Internationale auf".

Vor den Sowjetwahlen. Für die Sowjetwahlen ist charakteristisch, dass der zum Jahrestag der "Stalinischen Verfassung" erschienene Wahlauftrag des ZK der KPSU besonders stark die Notwendigkeit betont, überhaupt zur Wahl zu gehen. Das lässt darauf schließen, dass unter den Arbeitern u. Bauern starke Neigung besteht, der Wahl fernzubleiben, oder den Stimmzettel zu streichen. Die Tatsache, dass von dem Parteiparagrafen Druck ausgeht werden muss, damit die Wähler, die nicht einmal zwischen verschiedenen Personen zu wählen haben, sich an der Wahl beteiligen, zeigt zur Genüge, mit welcher Kreise der "Wähler" das Stalinplebit v. 12.12.37. einschätzen.

Konfriedlichkeit mit der Volksfront. In der K.F.F.-Mitgliederversammlung der K.F.F.-Elaats erklärte der kommunistische Député Paul im Geschäftsbericht der Leitung laut "Humanité":

"Viele Kameraden können unser Zusammengehen mit der radikalen Partei nicht mehr verstehen".

Dieser erfreulichen Entwicklung "vieler" K.F.F.-Mitglieder ging Paul mit folgender salomonischer Antwort zu Leibe:

"Die K.F.F. ist die einzige Partei, die das Volksfrontprogramm verteidigt. Unsere Kameraden müssen lernen den Grund der Ereignisse zu verstehen".
Weil die K.F.F. als einzige Partei das Volksfrontprogramm verteidigt, muss also die Volksfrontpolitik mit den Radikalen - die es nicht verteidigen - fortge-

Arbeitspolitik

setzt werden. Daul ist wahrhaft auf den "Grund der Ereignisse" gedrungen. Hoffentlich gehen sich die Mitglieder mit solch faulen Argumenten nicht mehr lange zufrieden.

Das neunte Schuljahr befristet? Der Staatrat hat das Dekret der Regierung Blum über die Einführung des 9. Schuljahres in Elsass-Lothringen annulliert. Diese Entscheidung ist ein unzweifelhafter Sieg der kirchlichen Reaktion. Rossé erklärt im "Glückseligen Pariser", dass nun endlich die "unseres Landes" durch Freidenker, Sozialisten, Kommunisten u. dgl. angetanene Schmach ausgelöscht sei. Die "Humanité", die im Gegensatz zur sozialistischen Presse die Entscheidung des Staatrats sehr gelassen entgegennimmt und offensichtlich alles so belassen will, wie es der Staatrat entschied, sucht sich vom Vorwurf Rossés reinzuwaschen. Sie sucht sich vor dem Vorwurf, die Pariser Regierung zur Einführung des 9. Schuljahres begünstigt zu haben, zu befreien. Das ist alles was die "Humanité" zur Entscheidung des Staatrats zu sagen hat, während die sozialistische Presse wenigstens noch die Einbringung eines Gesetzes im Sinne der Einführung des 9. Schuljahres in Elsass-Lothringen in der Kammer fordert.

Jugendverpflanzung im "Dritten Reich". Das Reichskriegsministerium hat hochmoderne Einrichtungen, in denen besonders die angehenden Offiziere auf ihre Eignung mit wissenschaftlichen Methoden geprüft werden. Der Leiter dieses psychologischen Laboratoriums, der Oberregierungsrat Dr. Simonoff hat nun kürzlich in einem Vortrag in Hannover Mitteilungen über die Prüfung der Abiturienten, die die Offizierslaufbahn einschlagen wollen, gemacht. Das Menschenmaterial, das aus den deutschen Mittelschulen jetzt hervorgeht, wird am besten durch die folgenden eigenen Worte des Vortragenden charakterisiert: "Die Abiturienten weisen heute recht erhebliche Bildungslücken auf. Sie haben zum erheblichen Teil eine falsche Einstellung zur geistigen Arbeit. Dummheit und Trägheit des Geistes sind stets Charaktereigenschaften, die Jugend tut gut daran, sich der Unterscheidung zwischen intelligent u. intellektuell bewusst zu werden".

Der Herr Oberregierungsrat betonte dann noch, die Jugend brauche vor solchen Prüfungen keine Angst zu haben. Kleinschlichte Aufgaben ohne jeden Trick würden ihr vorgelegt. Der Prüfung werde u. a. folgendes zugrundegelegt: der selbstgeschriebene Lebenslauf, die Miß- u. Sprechweise des Prüflings, seine Fähigkeit, sich mit Worten auszudrücken, seine Schrift, seine geistige u. geistige Auffassungsgabe, seine Reaktions- u. Handlungsfähigkeit, abgesehen aus kleinen augenblicklichen Aufgaben in Wort u. Tat.

Die Prüfung in solch einfachen Dingen hat also bei den Spreßlingen der deutschen Bourgeoisie recht betrübliche Ergebnisse gezeitigt, die in den oben zitierten eigenen Worten des Vortragenden zum Ausdruck kommen. Man muss gestehen, die Nazidiktatur hat bereits gründliche Vorbildungsarbeit in dieser Schicht geleistet.

Recht reizvoll ist auch noch die Versicherung des H. Oberregierungsrats, dass in der Prüfung keineswegs plötzlich Schüsse fielen u. phosporisierende Teufelsköpfe, aus irgendeiner Versenkung erscheinend, den Mut des Prüflings auf die Probe stellten. Man rechnet also bereits damit, dass die jungen Herren im Bewusstsein ihrer mangelhaften Kenntnisse mit vollen Hosen vor der Prüfungskommission erscheinen. Und das trotz oder vielmehr gerade infolge der strengen Erziehungsbildung der Hitlerjugend.

Ein erfreuliches Zeichen. In der Monatschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes wird ein lautes Klagegeschrei über den Nachwuchsmangel im Lehrerberuf erhoben. Sachsen haben z. B. einen Bedarf von 400 Volksschullehrern im Jahr. Zu diesem Wintersemester haben sich aber nur in Dresden 56, in Leipzig nur 65 Abiturienten gemeldet. Über diese Abkehr vom Erzieherberuf werden allerlei tief sinnige Betrachtungen angestellt. Ein Stadtschulrat meint sogar, dass heute junge Leute mit pädagogischen Begabungen sich von vornherein anderen Berufen zuwenden, in denen eine höhere Bezahlung gesichert sei. In Wirklichkeit haben die Nazis den Volksschullehrer zu einem Mittel ihres Verblüdungs- u. Terrorsystems gemacht. Jeder Lehrer muss jeden Tag "nationalpolitischen Unterricht" erteilen, der den üblichen Propagandafügen Goebels entspricht. Der Lehrer soll auch die Kinder nach der Meinung der Eltern ausspionieren. Jedes Jahr werden die Lehrer in besonderen Lagern "zeltanschaulich" überholt, d. h. sie werden nach altpreuussischer Manier wie die Rekruten geschliffen, damit ihr Geist für die Schulliteratur der Nazis überhaupt aufnahmefähig wird. Es ist erfreulich, wenn sogar die Jugend der höheren Schulen vor solcher Perspektive das Grinsen packt.

Verantwortlich: Emilio Hirtzel.



Organ der kommunistischen Partei - Opposition Elsass (Section der IVKO.)

Nr. 51/IV. Jahrgang.

Dritte Dezemberwoche 1937

Nach den Sowjetwahlen.
oooooooooooooooooooooooooooo

Die Sowjetwahlen haben, wie es voranzusehen war, mit einem hundertprozentigen Erfolg für Stalin, der als "Kandidat des gesamten Volkes" bezeichnet wurde, und für die übrigen "Stalinschen" Kandidaten geendet. Eine Wahl, bei der die Wähler nicht einmal die Möglichkeit hatten, auf den Stimmzetteln die Namen der einzig zugelassenen Kandidaten zu streichen, hätte auch schwerlich ein anderes Ergebnis haben können. Ausserhalb der SU sind die Stalinschen Wahlen von niemanden ernst genommen worden, und selbst die Lektüre der "Humanität" zeigt, wie sauer es ihren Redakteuren war, mit ernster Miene über die "demokratischsten Wahlen" der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu schreiben. Was die Stimmung in der SU selbst anbelangt, so sind die Nachrichten darüber naturgemäss sehr spärlich. Einzelne unfreiwillige Eingeständnisse der Stalinschen Bürokratie beweisen, dass die offizielle Begeisterung und die wirklichen Auffassungen der Werktätigen der SU keineswegs übereinstimmendes Kalibrierung ist für notwendig, sich in einer Rede in Leningrad mit denjenigen auseinanderzusetzen, die der Auffassung seien, es läge keineswegs daran zu wählen, wenn nur ein Kandidat da sei. Offenbar muss diese Auffassung nicht so heissen können sein, wenn Kallin auf die niedrigste Anerkennung beschränkt die "Komsomolskaja Prawda", das Organ des Jugendverbandes, in ihrer Nr. vom 8. Dezember, dass bei einer Inspektion von verschiedenen Wählerversammlungen in Moskau festgestellt worden sei, dass während der politischen Vortragszeit nur Kinder anwesend gewesen seien, die früh kamen, um sich Plätze für die darauffolgenden Gratis-Kinovorstellung zu sichern, während die Erwachsenen, d. h. die eigentlichen Wähler, erst zu Kino und Tanzmusik erschienen.

Bei der Beurteilung der Sowjetwahlen ist es notwendig, gewisse Ansichten zurückzuweisen, die von der bürgerlichen, bzw. sozialdemokratischen Presse geäußert werden. So wird z. B. behauptet, die jetzigen Wahlen seien ein notwendiges Ergebnis der neuen Sowjetverfassung, woraus dann die Folgerung gezogen wird, Sowjetwahlen könnten gänzlich anders sein. In Wirklichkeit sind die gegenwärtigen Wahlen nichts anderes als eine grobe Verfälschung und Verdrehung der neuen Sowjetverfassung durch die regierende Stalinsche Clique. Der beste Zeuge dafür, dass eine solche Verfälschung vorliegt, ist Stalin selber, der z. B. in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Roy Howard erklärte, bei den Wahlen auf Grund der neuen Verfassung werde es trotz der Nichtzulassung anderer Parteien ausser der KPSU einen heftigen Wahlkampf zwischen mehreren Kandidaten geben. Wenn die Stalinsche Clique jetzt nur je einen Kandidaten in jedem Wahlkreis zugelassen hat, so tat sie das nicht wegen der neuen Sowjetverfassung, sondern trotz ihr, weil sie Angst hatte, dass jeder wirkliche Schritt vorwärts zur praktischen Anwendung der in dieser Verfassung angeknüpften Erweiterung der Sowjetdemokratie eine Erschütterung ihres Terrorregimes bedeuten könnte.

Es ist überhaupt nicht richtig, die neue Sowjetverfassung als "Stalinsche" Verfassung zu bezeichnen. Die Beziehungen zwischen Stalin und dieser Verfassung beschränken sich darauf, dass er sie verfälscht und missbraucht, dass er betrügerischer Weise versucht, seine persönliche Diktatur und das Treiben seiner Prätorianergarde als die Verwirklichung des Drangs der Werktätigen der SU nach wirklicher proletarischer Demokratie, eines Dranges, der in der neuen Sowjetverfassung zum Ausdruck kommt, auszugeben. In

der Führung der KPSU war es nicht Stalin, sondern Kirow, von dem die Idee der neuen Sowjetverfassung stammt. Die Stalin, Joeschow etc. wagten es nicht offen, die von Kirow geforderte Erweiterung der Partei- und Sowjetdemokratie abzulehnen. Sie haben aber praktisch umso erbitterter dagegen gearbeitet. Die Kommission, von der die jetzige Sowjetverfassung ausgearbeitet wurde, bestand aus 29, später 30 Mitgliedern. Von diesen sind mindestens 17 inzwischen dem Ausrüttungsfeldzug der Stalin und Joeschow zum Opfer gefallen, u. a. Bucharin, Selok, Bubnow, Jakowlew. Die Mehrheit der Autoren der neuen Verfassung waren also nach Stalin und Joeschow "bucharinistisch-trozkistische Agenten des Faschismus". Das Schicksal der Mitglieder der Verfassungskommission ist eine gute Illustration des wirklichen Verhältnisses von Stalin zu der sogen. "Stalinschen" Verfassung.

Es ist ferner nicht wahr, wenn behauptet wird, die Sowjetwahlen seien deswegen eine Komödie gewesen, weil nur Kandidaten der Kommunistischen Partei aufgestellt worden seien. In Wirklichkeit hat die Stalinclique bei der Kandidatenaufstellung alles ins Werk gesetzt, um zu verhindern, dass die Mitgliedschaft und die unteren Organisationen der Kommunistischen Partei irgendeinen Einfluss auf die Bestimmung der künftigen Abgeordneten erhalten. Die jetzt "gemählten" Kandidaten wurden in allgemeinen Volksversammlungen als "gemeinsame Kandidaten der Kommunisten und der Parteilosen" präsentiert. Auf diese Weise wurden im Namen der "Einheit von Kommunisten und Parteilosen" die Zellen der KPSU von jeder Mitbestimmung bei der Aufstellung der Kandidaten ausgeschlossen. Die Kandidaten wurden vom Sekretariat des ZK ausgewählt, d. h. von Stalin und Joeschow, welcher letzterer sowohl Personalchef der KPSU als auch Leiter der GPU ist. Die Kandidaten sind keineswegs Vertreter der Mitgliedschaft der KPSU, sondern Repräsentanten der regierenden Stalin-Clique und der terroristischen Elemente, die Stalin sich als Prätorianergarde heranzuzüchten versucht. Die Sowjetwahlen zeigen den wachsenden Gegensatz zwischen der Stalinclique und der Masse der Mitglieder der KPSU, was bei der Politik Stalins, die den Traditionen und Prinzipien der Kommunistischen Partei ins Gesicht schlägt, kein Wunder ist.

Stalin ist in der Wahlkampagne von seinen Kreaturen gefeiert worden wie noch nie. Die Anbetung Stalins war der Hauptgegenstand der Wahlreden. Aber der nächste Triumph Stalins, sein jetziger Wahlerfolg, offenbart zugleich die Schwäche seines, den Interessen der sozialistischen Wirtschaft und den Bedürfnissen der Werktätigen der SU, den Bedürfnissen der proletarischen Diktatur widersprechenden persönlichen Regimes. Wenn Stalin gezwungen ist, eine so traurige Komödie wie die jetzigen Wahlen als "weltgeschichtlichen Sieg" zu feiern, dann ist das nur ein Zeichen dafür, dass er und seine Clique immer mehr abwirtschaften.

-o-o-o-

NACH DEM FALL VON NANKING.

-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-o-

Nanking ist am 13. Dezember in die Hände der Japaner gefallen. Aber die chinesischen Elitetruppen konnten sich zurückziehen. Die militärische Macht Chinas ist nicht vernichtet. Die japanische Regierung hat angekündigt, dass der Krieg auch nach dem Fall von Nanking von ihr fortgesetzt wird. Tschang-kaischek hat seinerseits erklärt, dass der Widerstand Chinas fortgesetzt wird. Nach dem Fall von Nanking haben die Japaner eine von ihnen so genannte "provocatorische Regierung" in Peking (Peiping wird jetzt wieder Peking genannt) eingesetzt. Auch in der Provinz Schansi ist von ihnen eine Strohmännerregierung eingesetzt worden. Schansi ist die Provinz, in der das Sowjetgebiet gelegen war. Japan setzt den Krieg fort, um die vorhandenen militärischen Kräfte Chinas zu vernichten, was ihnen bisher noch nicht gelungen ist. Bei den herrschenden Klassen Japans machen sich in der Frage der weiteren militärischen und politischen Zielsetzung im Kriege gegen China verschiedene Strömungen geltend. Der Rücktritt des letzten Mitglieds des Rates der Älten beim Mikado (Genre) Sayonji und des Innenministers Baba sind Anzeichen dieser Gegensätze.

Die Beschliessung zweier englischer Kriegsschiffe und die Versenkung eines amerikanischen Kanonenbootes durch die Japaner sind natürlich keine bloß-

Ich besprach die Frage des Austausches von Jouquin Maurin, der sich zurzeit in einem Gefängnis in Saragossa (im Machtbereich Franco) befindet. Ich unterbreitete der Regierung eine Liste von Gefangenen, die zum Austausch in Frage kämen. Herr Fruto versicherte uns wiederum, dass die Frage der Regierung vorgelegt hätte und dass alle mit Ausnahme der Kommunistischen Mitgliedschaften Vorschlag eines solchen Austausches zugestimmt hätte. Er erklärte sich im Namen seiner Regierung damit einverstanden, dass ich mit dem britischen Außenminister im Hinblick auf einen Austausch Maurins verhandele.

Er erklärte uns weiter seine aufrichtige Bereitschaft unsere Bemühungen weitgehend zu unterstützen und gab uns einen offiziellen Brief an den Direktor der gesamten Gefängnisverwaltung mit, wonach wir ersucht wurden, alle Gefängnisse zu besichtigen und mit den Gefangenen zu sprechen. Der Minister und auch sein Bruder wiesen die Behauptungen der Kommunisten über eine Verbindung zwischen der POUM und Franco zurück.

Unser erster Besuch galt dem Carcel-Mololo-Gefängnis, in dem sich 500 Antifaschisten, 500 Faschisten und 500 Kriminelle befinden. Der Direktor und der Arzt erlaubten uns volle Bewegungsfreiheit. Wir sprachen zwei Stunden lang mit den Antifaschisten. Wir wurden in dem betreffenden Gefängnisflügel eingeschlossen und unterhielten uns frei mit den Mitgliedern der POUM (Gironella, Archer, Barique). Jeder hatte das Bedürfnis, uns von den Methoden der russischen Katinka zu erzählen, so z.B. von Drohungen mit dem Tod, mit von der Anwendung des "letzten Grades" (Folter) bei Verhören. Die gefangenen Antifaschisten stammen aus Spanien, Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien, Holland, Griechenland und Amerika. Viele waren vor... tot und hatten bei Madrid gekämpft.

Wir sahen eine bemerkenswerte Zeichnung eines italienischen Gefangenen. Sie zeigte einen unterirdischen Keller mit einer bewaffneten Wache an der Tür. Der Gefangene wurde von zwei mit Büchsen und Bajonetten schwer bewaffneten Wächtern an die Wand gepresst und ein Tscheke-Offizier richtete einen Revolver auf sein Herz. Daneben befand sich ein tiefer Kanal in den, wie er wusste sein Körper geworfen werden sollte, falls man ihn erschossen hätte.

Wir trafen Fernandez (von der CNT), der über drei Monate im Gefängnis sass. Er war Polizeichef gewesen als John Mc.Nair und ich im November 1935 nach Barcelona kamen.

Ehe wir sie verließen, sang die Gefangenenschar zwei CNT-Lieder und die "Internationale" und liess dann die CNT, die FAI, die POUM und die Delegation der ILE hochleben. Die Gefangenen brachten ferner der Spanischen Tscheke ein kräftiges "Pfeif" dar, doch werde diese Szene nie vergessen. Der Direktor bat uns, uns ruhig zu entfernen. Er hatte die Gefangenen niemals so erregt gesehen und fürchtete eine Revolte. Hier erlebten wir in der Tat eine tiefe Tragödie: hunderte von ehrlichen Antifaschisten drängten sich an die Gitterstäbe mit geballter Faust - halb zum Gruss und halb als Drohung.

Der Innenminister, Herr Zuñiga (vom Prieto-Flügel der Soz. Partei) empfing uns für zwei weitere Stunden. Er beklagte das Verschwinden und den Tod von Andrea Nin und Kurt Landau und versicherte uns, dass er noch energische Maßnahmen anstelle. Die Anklagen der Verbindung mit Franco seien seiner Meinung nach Vorleumdung. Er erläuterte die Schwierigkeiten, die sich daraus ergäben, dass der französische Gesandte sich weigere, den französischen Staatsbürgern, die verhaftet seien, die Rückkehr nach Frankreich bzw. den ausländischen Gefangenen die Durchreise durch Frankreich zu gestatten. Er beschuldigte den Gesandten, mit Franco zu sympathisieren.

Ich fragte ihn: "Wie kommt es, dass Fernandez, der Polizeichef der früheren Regierung im Gefängnis sitzt, weil seine Leute einen Beamten getötet hätten, während der KP-Mann Ezillo, der während Nina Verschwinden und Ermordung Polizeichef war, frei herumläuft?" Der Minister konnte mir keine Erklärung hierfür geben. Er antwortete auf eine Bemerkung über die Herr-

schaft der Tschechi: "Naschi wir haben von den Russen Hilfe erhalten und wir haben ihnen dafür Aktionen geleistet die wir selber nicht gern sehen". Auch er versprach die Amnestie aller wirklichen Antifaschisten beschleunigen zu wollen.

Wir machten einen Besuch bei Katis Langha, der Frau von Eduk Janiak. Sie war seit über 6 Monaten in Gefangenschaft und hatte einen 11-tägigen Hungerstreik hinter sich. Herr Langha hatte sie besucht und ihr erklärt, dass ihr Mann tot sei. Er redete ihr zu, den Hungerstreik abzubrechen. Sie ist etwa 1,45m groß und wiegt etwa 70 Pfund, dabei aber voller Kampflust und Idealismus.

Sie kam nachher in ein Hospital, wo zwei bewaffnete Wächter ihre Tür bewachten. Drei Tage nachdem wir sie besucht hatten, wurde sie freigelassen. Wir verschafften ihr Papiere als Ersatz für die von der Tschechi gestohlenen. Eine Homberger wurde gleichzeitig mit ihr freigelassen. Es ist eine Deutsche, die fünfzehnmal Jahre in Spanien war und seit dem 17. Juni im Gefängnis, zuletzt zwei Wochen in dem der Tschechi, befand.

Unsere sensationellste, bemerkenswerte und dabei tragischste Erfahrung machten wir bei unserem Besuch in das Gefängnis in der Calle Valmajor. Einmal zu erhalten, das von den Kf-Leuten verwaltet wird. Wir hatten Beglaubigungsschreiben von Direktor der gesamten Gefängnisverwaltung und im Justizministerium diese Dokumente wurden mit Verachtung behandelt. Es wurde uns strikt verweigert, irgendein Gefängnis oder irgendeinen Gefangenen zu sehen. Daraufhin gingen wir zum Büro der Tschechi, aber auch hier wurde uns von einem Russen und von einem Deutschen die Erlaubnis verweigert. Ich sagte: "Wir haben Beglaubigungsschreiben von Direktor und vom Justizminister, sind Sie mächtiger als die Regierung?" Sie gerieten bei meiner Frage in Verlegenheit, aber blieben gleichwohl bei ihrer Ablehnung. Das war tatsächlich eine Herausforderung der Regierung. Wir waren als ihre höchste gespannt, was nun geschahen würde. Der Sekretär des Justizministers versicherte uns, dass er uns die Erlaubnis verschaffen würde. Er sagte: "Sie sollen Barcelona nicht mit dem Eindruck verlassen, dass die Regierung keine Macht über dies Gefängnis hat." Wir warteten. Wir waren noch drei mal zu Besuch bei diesem Sekretär und zwar jedesmal nach vorheriger Vereinbarung mit ihm. Er konnte uns keine Erlaubnis verschaffen. Um das Gesicht zu wahren, griffen die Regierung und der Justizminister zu allen möglichen Ausreden; aber in Wirklichkeit lag es so, dass die spanische Tschechi deren Aufgabe in der Verhaftung, Verurteilung, Exekution und Ermordung solcher Personen besteht, die sich gegen die Regierung stellen.

Tenn in Spanien der Kampf der Arbeiter erfolgreich durchgeführt werden soll, so muss den Freiden dieser neuen Inquisition Strafen geboten werden. Alle Gefangenen müssen befreit werden.

Wir glauben einen beträchtlichen Schritt weitergekommen zu sein im Kampf um die Amnestie für die Antifaschisten.

Russland lobt und schwächt den Kampf und läuft ein ungeheures Mass von Wut und Verantwortung gegen seine anmassendes brutale und gruselhaften Methoden in Spanien an. Ich kann jetzt die Trotzpunktverfolgung in Russland verstehen. Kein ausländischer Mensch, der der kommunistischen Partei angehört, kann dieses mörderische Vorgehen in Spanien verteidigen. Ich klage die Komintern an, ebenso brutal zu sein wie die Hitler, Mussolini und Franco. Die Antifaschisten befreien, den Kampf gegen Franco verstärken und die Komintern in ihre Schranken verweisen, - das muss die Forderung der britischen Arbeiter sein."

Wie wir nachträglich erfahren, ist die spanische Regierung dazu übergegangen, die antifaschistischen politischen Gefangenen aus Barcelona in verschiedene Provinzorte zu schaffen. Durch diese Massnahme, deren Zweck es ist, den politischen Gefangenen möglichst jede Verbindung mit der Außenwelt zu nehmen, will die Regierung offenbar, dass sowohl in Spanien als auch im Ausland von der revolutionären Arbeiterschaft erhobenen Forderung nach Freilassung der gefangenen Antifaschisten entgegenwirken. Umso notwendiger ist es, den Kampf für diese Forderung weiterzuführen.

BEWERTUNGEN ZUM NEUEN TROTZKI-BUCH.

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die Moskauer Prozesse sind das Thema eines neuen Buches von Trotzki, "Les crises de Sta-line" ("Stalins Verbrechen") betitelt. Das Buch besteht aus verschiedenen Teilen. Der erste, der den Prozess Sinowjew-Kamenew behandelt, wurde in den Monaten August-Januar 1936/37 geschrieben, er ist mit autobiographischen Notizen Trotzki's (über seinen Aufenthalt in Norwegen, seine Reise nach Mexiko etc.) unterwischen. Der zweite Teil befasst sich mit dem Prozess gegen Radek-Pjatakow; er enthält ausser biographischen Angaben über die Angeklagten und Trotzki's Beziehungen zu ihnen die Rede Trotzki's auf einer Versammlung in New-York, einen Bericht über die Arbeit der Untersuchungskommission über die Moskauer Prozesse und die Schlussrede Trotzki's vor dieser Kommission. Der dritte Teil besteht aus einem Artikel über den Prozess gegen Tuchatschewski und Gen. und Trotzki's Schlussfolgerungen.

Trotzki befasst sich in seinem Buch vor allem mit der Kritik der in den Moskauer Prozessen gegen ihn erhobenen Anklagen. Er weist an einer Reihe von Beispielen nach, wie widerspruchsvoll und erlogen die sogen. "Geständnisse" der Opfer dieser Prozesse sind. Verschiedene Tatsachen, die Trotzki aus seiner Erinnerung mitteilt, sind als Material zur Charakteristik der Personen der Roglessare und Opfer der Moskauer Prozesse interessant.

Das Buch Trotzki's hat einen mehr feuilletonistischen als theoretisch-politischen Charakter. Nur gelegentlich stösst man auf allgemein-politische Erörterungen. Diese zeigen, dass Trotzki sich mit seinen Auffassungen über die Lage in der SU, wie er sie in seinem Buch "La Révolution trahie" entwickelt hatte, in eine Sackgasse verrannt hat. Angesichts der letzten Ereignisse ist er gezwungen, seine Theorien über die SU z.T. fallen zu lassen, z.T. durch neue zu ersetzen. Das Resultat ist, dass die Auffassungen Trotzki's jetzt noch widerspruchsvoller als vorher sind.

In "La Révolution trahie" hatte Trotzki behauptet, die Sowjetbürokratie stelle eine ziemlich geschlossene soziale Schicht mit einheitlichen Interessen dar. Diese Schicht habe Stalin zu ihrem Führer erkoren, sie bilde die Massenbasis seiner Herrschaft. Die Moskauer Prozesse und die seitherige Entwicklung haben aber gezeigt, dass Stalin sich keineswegs auf die Bürokratie als solche stützt und stützen kann, dass er gegen immer breitere Kreise der Partei- und Sowjetbürokratie vorgehen muss, um seine persönliche Diktatur aufrechtzuerhalten, dass die Oligo, die ihm ergeben ist, immermehr zusammenschmilzt. Angesichts dieser Tatsachen, die er nicht bestreiten kann, hat Trotzki stillschweigend seine Theorie von der fest umrissenen sozialen Schicht, auf die sich Stalin stütze, fallengelassen. Trotzki spricht in "Les crises de Staline" nur noch von der "herrschenden Kaste" (S. 59), von einer "neuen privilegierten Kaste" (S. 66/67) und so fort und so fort.

Trotzki ist völlig ratlos, wenn er die Ursachen der Moskauer Prozesse aufdecken, wenn er erklären soll, warum Stalin diese blutigen Terrormethoden anwendet. Trotzki offeriert uns verschiedene Versionen zu dem Thema des "Warum". Die eine Version lautet:

"Die Vierte Internationale im Keine zu errathen, ist eine Frage von Leben und Tod für Stalin!" (S. 333)

Trotzki versucht hier, die Stalinschen Lügen, seine Gegner seien "Trotzkiisten", als wahre Münze hinzustellen und so zu tun, als die wachsende Opposition gegen den Stalinschen Kurs in der SU und in den kommunistischen Parteien a usserhalb der SU von ihm beeinflusst. In Wirklichkeit ist die IV. Internationale sowohl innerhalb als auch ausserhalb der SU völlig bedeutungslos. Trotzki gibt selber an verschiedenen Stellen seines Buches zu, dass er in der SU keine Anhänger mehr hat. Seine verschiedenen Hypothesen, die er während der letzten Jahre über die Vorgänge in der SU aufgestellt hat, beweisen im Ubrigen, dass er keine Beziehungen zur SU hat, keine direkten Informationen von dort erhält usw. Es ist menschlich verständlich, wenn Trotzki die Reklame, die Stalin mit seinem Kampf gegen den "Trotzkismus" für ihn macht, für sich ausnutzen möchte. Aber er kann nicht erwarten, dass man das ernst nimmt.

Die zweite Version lautet:

"Er (Stalin) hat Angst vor der Masse. Er hat Angst vor seiner eigenen Bürokratie. Und nicht 20 Tausende und Abertausende von Offizieren und Beamten, die vom Bolschewismus herkommen oder zu ihm gestossen sind, haben Stalin bis in die letzte Zeit unterstützt, nicht aus Furcht, sondern aus Überzeugung. Die letzten Ereignisse haben bei ihnen eine doppelte Besorgnis hervorgerufen: Für die Revolution und für sich selber. Diejenigen, die Stalin geholfen haben, am liebsten, zeigen sich immer weniger geneigt, ihn in der sich verändernden Höhe, zu der er gelangt ist, zu stützen. Stalin ist dadurch gezwungen, öfter und öfter die Instrumente seiner Herrschaft zu erneuern." (S. 351)

Sehr richtig. Aber einige Seiten weiter lesen wir:

"...die Sowjetbürokratie hat ihre Mission beendet und begann schon von von der ersten Generation an zu verfaulen." (S. 373/74)

Wie kann man generell von der Sowjetbürokratie sagen, sie sei verfault, wenn, wie Trotzki selber ausführt, Tausende und Abertausende, die zu ihr gehören, Stalin aus revolutionären Gründen die Gefolgschaft versagen? Und warum haben sie bisher Stalin Gefolgschaft geleistet und versagen sie sich ihm jetzt? Auf diese entscheidende Frage, die den Schlüssel zum Verständnis der Vorgänge in der SU bildet, gibt Trotzki keine Antwort. Er begnügt sich mit einigen dunklen Andeutungen:

"Der Schraubstock des bürokratischen Systems ist mit der Entwicklung des Landes absolut unvereinbar geworden. (S. 11)... Das Land der Oktoberrevolution erfordert ein anderes Regime. Die Lage der herrschenden Clique gestattet ihr nicht mehr eine vernünftige Politik. Die Verrücktheit ist nicht bei Stalin, sie liegt in dem Regime, das seine Möglichkeiten erschöpft hat." (S. 13)

Die "Entwicklung des Landes", d. h. der materielle und kulturelle Aufstieg der Massen seit der erfolgreichen Durchführung der Industrialisierung und Kollektivisierung, erfordert die Herstellung einer wirklichen Partei- und Sowjetdemokratie. Die Parteimitglieder klagen mit Stalin, solange dieser eine Politik betreibt, die sie für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft als richtig und notwendig erachteten. Sie kündigten ihm die Gefolgschaft, als sich Stalin und seine Clique nach Abschluss der Industrialisierung und Kollektivierung der Verwirklichung der innerparteilichen und Sowjetdemokratie, die auf der geschichtlichen Tagesordnung stand und steht, entgegenstimmten. Trotzki kann das nicht klar und deutlich sagen, denn damit würde seine Theorie, dass die KPSU bei sich selbst, dass es in ihr keinen Widerstand gegen das Stalinregime gebe, wie ein Kartenhaus zusammenstürzen.

Wir finden bei Trotzki eine dritte Version:

"Die soziale und politische Bedeutung der Reinigungsaktionen liegt auf der Hand: die herrschenden Masse besitzigen jeden, der sie an die revolutionäre Vergangenheit, die Prinzipien des Sozialismus, an die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit, an die schwebenden Aufgaben der Weltrevolution erinnert. Die Brutalität des Unterdrückungsfeldzuges beweist den Hass der privilegierten Kaste für die Revolutionäre. In diesem Sinne steigert die Reinigung die Homogenität der führenden Kreise und scheint die Macht Stalins sehr wohl zu stärken.

Scheinbare Stärkung. Stalin selber bleibt das Produkt der Revolution. Seine unmittelbare Umgebung, das Politbüro, ist aus ziemlich unbedeutenden Leuten zusammengesetzt, die aber in der Mehrheit durch ihre Vergangenheit mit dem Bolschewismus verbunden sind. Die Sowjetaristokratie, die sich mit Erfolg der Stalineschen Clique bedient hat, um sich der Revolutionäre zu entledigen, hat für die gegenwärtigen Führer weder Sympathie noch Respekt. Sie beabsichtigt, sich gänzlich dem Zwang Bolschewismus zu entziehen, selbst des entstellten, den Stalin noch braucht, um seine Leute im Zaume zu halten. Stalin wird morgen für die herrschende Kaste eine Hölle stung sein. (S. 374/75)... Wenn es der Bürokratie gelingt, eine neue besitzende Klasse aus sich freizumachen, nachdem sie die Eigentumsformen geändert hat, so wird diese sich neue Führer ohne revolutionäre Vergangenheit und besser geschultere geben. Stalin wird wahrscheinlich keinen Dank für die verrichtete Arbeit erhalten." (S. 376)

Bei diesen Betrachtungen von Trotzki fällt auf, dass er die Möglichkeit eines Eingreifens der werktätigen Massen der SU, den Einfluss der revolutionären Kommunisten, die es, wie er jetzt selbst zugibt, ja noch innerhalb der

KPSU gibt, von vornherein ausser Rechnung stellt. Seiner Ansicht nach steuert die Entwicklung auf die Ablösung des Stalinregimes durch die offene Konterrevolution, durch die Restauration des Kapitalismus hin. Dazu gehört nur eine "Einsichtigkeit", nämlich die, dass die Gefolgschaft Stalins, deren Selbstzerfleischung wir jetzt Tag für Tag verfolgen können, zu einer neuen Klasse wird, d.h. dass sie die sozialistischen Produktionsverhältnisse, die in der SU hergestellt worden sind, über den Haufen wirft. Es ist zwar durchaus möglich, dass die Garde von Halsabschneidern und Karriereisten, die Stalin jetzt um sich sammelt im Falle eines Krieges ein Rekrutierungsfeld für die kapitalistischen Restaurationsbestrebungen abgeben könnte, die die Weltbourgeoisie inbezug auf die SU hegt. Aber solche entfernten Möglichkeiten und die Verwirklichung der Restauration des Kapitalismus sind zwei Paar Schuhe. In erster Linie muss doch die Tatsache berücksichtigt werden, dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der SU nicht lediglich durch die bolschewistische Vergangenheit von Stalin, Molotow etc. geschützt sind - das wäre zumal bei der Art, wie diese mit den Traditionen des Bolschewismus umspringen, keine allzu starke Garantie - sondern durch das gegenwärtige Denken und Fühlen der Masse der Werktätigen in der SU, und vor allem auch der Masse der Mitglieder der KPSU. Die Lage in der SU ist die, dass nicht nur die Stalin, Molotow usw., sondern auch die Leute ohne revolutionäre Vergangenheit, die ihnen Gefolgschaft leisten, ganz genau wissen, dass ihre Macht und all der Missbrauch, den sie mit dieser Macht treiben, nur sozeit und solange möglich sind, als sie die bestehenden sozialistischen Produktionsverhältnisse wahren.

Trotzki lässt nur in einem Falle die Möglichkeit zu, dass die Beseitigung des Stalinregimes nicht durch eine neue Kapitalistenklasse, sondern durch die Masse der Werktätigen erfolgt, nämlich:

"Es ist sehr gut möglich, dass die revolutionären Erdbeben in Europa und Asien der Ersetzung des Stalinismus durch die kapitalistische Konterrevolution zuvorkommen und seinen Sturz durch die werktätigen Massen erleichtern." (S. 376)

Trotz dem Widerstand gegen die persönliche Diktatur Stalins, der sich in der SU bemerkbar macht und den er selbst nicht leugnen kann, wiederholt Trotzki hier seine alten Theorien und erklärt es für unmöglich, dass die Arbeiterklasse der SU ohne den Anstoss durch eine Revolution in einem anderen Lande von sich aus mit dem Stalinregime fertig werde. Wir halten diese Auffassung, dass die Arbeiterklasse der SU von der Geschichte zur Ohnmacht verurteilt sei, für durchaus falsch.

-c-o-o-o-

DER POLITISCHE LAGE IN SPANIEN.
 ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo
 Von Juan Calvet
 (Schluss)

Das Hauptargument, mit dem die Stalinisten die anarchistischen Führer zur Annahme des von ihnen vorgeschlagenen Faktes bewegen wollen, ist das, dass Prieto auf einen Waffenstillstand im Interesse der europäischen "Demokratien" hinarbeitet. Diese selben Demokratien sind bekanntlich von den Stalinisten früher x mal als die natürlichen Verbündeten der spanischen "Demokratie" hingestellt worden, und es wurde als ein Verrat bezeichnet, wenn man gegen diese europäischen "Demokratien" auftrat. Es ist möglich, dass die Stalinisten mit dem, was sie jetzt über den Waffenstillstand sagen, recht haben. Es besteht kein Grund, etwas anderes anzunehmen. Aber sagen sie die ganze Wahrheit, wenn sie gegen die Absichten Prietos auftreten? Davon ist keine Rede. Niemand hat vergessen, dass die Stalinisten im Februar und im März in Spanien eine Kampagne begonnen hatten, deren Zweck es war, die öffentliche Meinung inbezug auf ihre Stellung zu einem Waffenstillstand abzutasten. Die Stalinisten klebten sogar entsprechende Flugblätter in den Strassen von Barcelona. Den Waffenstillstand, den sie als ein Verbrechen bezeichnen, wenn Prieto ihn abschliesst, wollen sie selbst als eine weitere Waffe für die diplomatischen Bedürfnisse und Absichten der Moskauer Bürokratie bewahren.

Es ist sehr gut möglich, dass die Führer der CNT der Ansicht sind, dass ihre augenblickliche Übereinstimmung mit den Stalinisten, was die Gegnerschaft gegen die Manöver Prieto zwecks Herbeiführung eines Waffenstillstandes in Spanien anbelangt, genüge, um zu vergessen, dass die Stalinisten die Hauptschuld daran tragen, dass die spanische Arbeiterklasse sich jetzt in einer Lage befindet, in der ihr die entscheidende Niederlage der Revolution droht. Allzu oft hören wir jetzt von den anarchistischen Führern die These, dass einzig und allein der Krieg zähle und dass man von der Revolution später reden könne, wenn der Krieg zu Ende sei. Die anarchistischen Führer kämen dies wieder, während die Stalinisten jetzt zur Irreführung der Arbeiter neue Töne anschlagen und erzählen, dass die Bedürfnisse der Revolution nicht von denen des Krieges getrennt werden könnten. Geben sich etwa die Führer der CNT, die sich bereit zeigen, einen widernatürlichen Fakt mit den Hauptschuldigen an den Erfolgen der Konterrevolution in Spanien zu schliessen, einer Täuschung in bezug auf die Gefahren hin, die das von den Stalinisten vorgeschlagene Bündnis für sie selbst mit sich bringen würde? Die Stalinisten sind keineswegs der Ansicht, dass der Waffenstillstand, den anzustreben sie Prieto vorwerfen, an sich ein Verbrechen sei. Sie sehen das Verbrechen nur darin, dass der Führer des extremsten reformistischen Flügels des spanischen Sozialismus ihn ausserhalb des diplomatischen Einflusses der UN abschliessen will. Es wäre für den Krieg und für die spanische Revolution sehr gefährlich, wenn die CNT sich durch ihre Führer zu einem Fakt gewinnen liesse, dessen Ergebnis nur das sein könnte, dass sie die Diskreditierung teilt, die den Stalinisten bei den revolutionären Arbeitern Spaniens und der ganzen Welt zuteil rden wird. Das ist es aber, was die Stalinisten vor allem haben wollen. Sie wissen, dass die Kräfte des Proletariats den Krieg nicht ohne einen wirklich revolutionären Geist gewinnen können. Aber sie wollen nicht, dass eine Kraft wie die CNT von der Diskreditierung unberührt bleibt, die das Los der Stalinisten und der Sozialisten sein wird, wenn sie die Niederlage oder den Waffenstillstand herbeiführen.

Es ist sicher, dass die Führer der CNT, die bereit sind, diesen Weg zu beschreiten, sich über die Absichten der Stalinisten völlig im Klaren sind. Sie glauben aber, dass Verstellung und Diplomatie die besten Mittel seien, um diese Absichten zuschanden zu machen. Das wäre der grösste Fehler, den sie begangen könnten. Der einzige Weg, um die Manöver Prietos und die der Stalinisten, die auf dasselbe abzielen, nämlich auf die endgültige Niederlage der proletarischen Revolution, zuschande zu machen, ist der Zusammenschluss der revolutionären Kräfte des spanischen Proletariats. Diplomatische Manöver und Verstellung können zu nichts führen. Einem Proletariat wie dem spanischen, das gerade den Waffen der Diplomatie und der Verstellung zum Opfer gefallen ist, kann nur mit einer klaren Sprache die Kampfmoral und der Glaube wiedergegeben werden, nur in dem ihm die Wahrheit gesagt wird und indem es in wirksamer Weise gegen jede Art von Verhärtern mobilisiert wird. Nur so können die Genossen der CNT zur Sache des Krieges und der Revolution dienen, nicht aber wenn sie sich auf die Manöver derjenigen einlassen, die das Blut von CNT-Genossen vergossen haben und jetzt zur CNT mit Bündnisangeboten kommen.

-o-o-o-o-o-

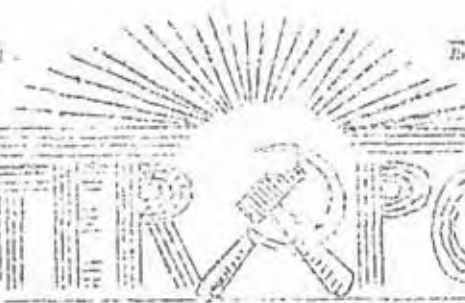
DIE "VERVOLLMÄCHTIGUNG" DES SPANISCHEN ZWANGSARBEITUNGSGEWESEN.

Die städtische Schlichtungspraxis zeichnete sich durch zwei Tatsachen aus. Erstens erfolgten die letzten Schiedsgerichtsentscheidungen, also die formal rechtverbindlichen Schiedssprüche, in der Regel erst Monate nach Einreichung der Forderungen an das Schiedsgericht. Diese Verschleppung entsprach ganz der Eigenart des Gesetzes. Diese Eigenart des Gesetzes wurde durch die Taktik des Unternehmerstumpfsinn verstärkt, die endgültigen Schiedsgerichtsentscheidungen erst Monate nach der Einreichung der Arbeitsforderungen und der Einleitung des Schiedsgerichtsverfahrens herbeizuführen. Die letzte Lohnbewegung der Pariser Metallarbeiter u. Bauarbeiter ist dafür bezeichnend. Vier Monate verfloßen, ehe die Forderungen sich in einen endgültigen Schiedsspruch veränderten, wobei der Schiedsspruch in keiner Weise den Forderungen der Arbeiter entsprach, ganz davon zu schweigen, dass er die inzwischen erfolgte Teuerung nicht berücksichtigte. Damit ist auch die zweite Tatsache angedeutet, dass die Schiedssprüche in fast keinem Fall den Forderungen der Arbeiter Rechnung trugen und nicht einmal einen vollen

Ausgleich für die vorausgegangene Teuerung herbeiführten. Die Folge davon ist, dass die Differenz zwischen Löhnen und Preisen sich in wachsender Masse zu Ungunsten der Löhne entwickelte. Das staatliche Zwangsschlichtungsverfahren diente dem kapitalistischen Staat dazu, die unter dem Druck der Junibewegung bewilligten unmittelbaren Verbesserungen, mittels ihrer Wirtschafts- u. Finanzpolitik, ohne nennenswerten Widerstandsbewegungen aufzuheben. Dieses sehr befriedigende Resultat für das Unternehmertum, das auch in den Geschäftsabschlüssen der grossen Kapitalgesellschaften zum Ausdruck kommt, wurde erst durch die Haltung der CGT ermöglicht, die ihre Tätigkeit freiwillig in den Rahmen und den Grenzen des staatlichen Schiedsgerichts- u. Schlichtungsverfahrens einschloss. Diese Haltung der CGT-Instanzen, die mehr u. mehr das Unternehmertum vom Risiko eines Streiks befreite, begünstigte auch das, was die CGT die Sabotage der gesetzlichen Verpflichtungen und vertraglichen Abmachungen nennt. Das Ergebnis der staatlichen Schiedsgerichts- u. Schlichtungspraxis ist daher eine steigende Unzufriedenheit der Arbeiter. Die CGT-Führung hat dieser wachsenden Unruhe einige bescheidene Ventile geöffnet, -- 1 Stundenstreik bei den Farbwerk Metallarbeitern-, aber nur, um statt des Streiks als Mittel zur Verwirklichung der Arbeiterforderungen, den Ausbau des staatlichen Zwangsschlichtungsverfahrens zu fordern. Beschleunigung u. Vereinfachung des staatlichen Schiedsgerichtsverfahrens, das ist die Forderung, statt der Ablehnung der staatlichen Lohnregelung und der Abstellung der Lohn- u. Arbeitsbedingungen auf die Kampfkraft der Arbeiter. Diese Forderung der CGT bedeutet keine grundsätzliche Aenderung der bisherigen Schiedsgerichtspraxis. Sie bedeutet lediglich eine Aenderung im Sinne der Beschleunigung des Verfahrens ohne bessere Resultate. Bezeichnend ist, dass die Regierung Chautemps die Wünsche der CGT mit der Einführung einer Sanktionsklausel für rechtsverbindlich gefällte Schiedssprüche zu verbinden sucht. Das Ganze segelt unter der Flagge, die rechtsbrocherischen Unternehmer mit Sanktionen zu belegen. In Wahrheit würde dazu vollkommen genügen, dass zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden abgeschlossene Kollektivverträge allgemein rechtsverbindlichen Charakter erhalten u. jede Arbeiter seine vertraglichen Ansprüche gerichtlich geltend machen kann. Die mit Sanktionen versehene Rechtsverbindlichkeit eines Schiedsspruchs der ein Arbeiter abgelehnt haben, ist etwas ganz anderes. Ein solcher Ausbau des staatlichen Zwangsschlichtungsverfahrens macht den kapitalistischen Staat zum ausschliesslichen Schiedsrichter für die Lohnregelung u. gibt ihm Waffen gegen die Gewerkschaften in die Hand. Die Regierungen wechseln, der kapitalistische Staat bleibt. Man braucht nur daran zu denken, welchen Gebrauch eine reaktionäre Regierung u. der reaktionäre Justizapparat vom Zwangsschlichtungsverfahren u. der Sanktionsklausel machen kann.

Die Tatsache, dass in einigen wenigen Fällen die Arbeiter selbst um die Beachtung eines Schiedsspruchs Teilstreiks durchführten, ändert an der grundsätzlichen Beurteilung des staatl. Zwangsschlichtungssystems nichts. Schliesslich begünstigt die Einschränkung des Streikrechts durch dieses System selbst die Sabotage von Schiedssprüchen durch die Unternehmer. In solchen Fällen kann das Allgemeininteresse der Kapitalistenklasse unter den derzeitigen Klassen- u. Kräfteverhältnissen vorübergehend selbst mit dem einzelnen Kapitalistengruppen in Differenz treten. Die Verallgemeinerung der Arbeitsbedingungen in einem Industriezweig kann infolge der Verschiedenheit der technischen Voraussetzungen in einzelnen Betrieben, auch dazu führen, dass ein Schiedsspruch von einzelnen Unternehmungen abgelehnt u. sabotiert wird, um sich günstigere Konkurrenzbedingungen zu schaffen. Die gesamte Praxis des staatl. Zwangsschiedsgerichtsverfahrens zeigt, dass die Arbeiter ihre Interessen nicht der Entscheidung einiger Oberschiedsrichter, die mit der kapitalistischen Klasse verbunden sind, anvertrauen dürfen. Die Arbeiter dürfen ihr Streikrecht nicht antasten lassen, der wichtigste u. bedeutendste Waffen, über die sie verfügen. Sie müssen den Lohn- u. Arbeitsvertrag allein auf ihre Kampfkraft basieren. Diese Kampfkraft aber darf nicht gefesselt, sondern muss lebendig erhalten werden u. durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluss zur Wirksamkeit gebracht werden. Das allein darf die Aufgabe der Gewerkschaften sein. Es liegt bei den Mitarbeitern der CGT, diesen, durch die Erfahrung erhärteten Gesichtspunkten in der CGT volle Beachtung zu verschaffen.

Verantwortlich: Emile Hirtzel.



ARBEITERPOLITIK

Organ der kommunistischen Partei-Opposition Elsass (Section der IV KO)

Nr. 52, IV. Jahrgang.

Vierte Dezemberwoche 1937.

BEWERTUNGEN ZUR BUDGETDEBATTE.

Das Budget hat das Budget für das Jahr 1938 bewilligt. Die Vertreter der SFIO und der KPF haben trotz und brav für die Regierung gestimmt, - im Namen der Einheit der Volksfront, des Kampfes gegen den Faschismus, der Verteidigung der sozialen Errungenschaften etc. etc. Sowohl in ihren Reden, die sie vornehmlich in der Abstimmung im Parlament gehalten haben, als auch in der Agitation, die sie ausserhalb des Parlaments nach der Abstimmung betreiben, suchen die Führer der SFIO u. der KPF so zu tun, als seien sie eigentlich gegen die Finanzpolitik Bonnets, als sei das Budget eine Privatangelegenheit von Bonnet, die dieser gewisse Massen ausserhalb des Rahmens der Volksfront u. der Volksfrontregierung zu seinen Privatvorgängen unterworfen habe. Was uns empfindlich erzürnen und die SFIO-Führer, so sind wir für eine strenge Beweiskontrolle u. für umfassende Nationalisierungsmassnahmen; und die diversen 'Freunde des Volkes' aus der KPF schildern uns mit geschlossener Brust, dass vornehmlich auf die ankömmlinge, die Reichen schon längst schwer belastet worden seien. Als diese Variationen auf das Thema "Wohne meine Grossvater Räder" u. d. m. als eine Strassenszene, bzw. "Wenn Bonnet nur ein Knecht, was für Pläne Vorschläge wir machen", - fließt das ist eine grobe Irreführung der werktätigen Massen. Die Arbeiter dürfen sich durch die Deklamationen der Führer der SFIO u. der KPF nicht über den wirklichen Inhalt der von diesen betriebenen Politik täuschen lassen. Sie dürfen insbesondere nicht die Tatsache vergessen, dass die SFIO u. die KPF durch ihre Abstimmung für das Budget die volle Verantwortung für dieses traurige Produkt der Regierungstätigkeit der Chautemps-Bonnet-Blum übernommen haben.

Das Budget für 1938 ist natürlich keine Privatangelegenheit des Herrn Bonnet, sondern bringt die Gesamtpolitik der Volksfrontregierung immer zwei oder drei Wochen überhaupet zum Ausdruck. Es ist ein neuer Beweis dafür, wie eine Koalitionspolitik, wie die Volksfrontpolitik ist ja nur eine Abwandlung der reformistischen Koalitionspolitik, immer mehr die Positionen des Parlaments auf Position der Verantwortlichen stützt.

Die 250 Parlamenten sind nicht unzufrieden mit der Finanzpolitik der Regierung Chautemps zufrieden. Das Budget für 1938 zeichnet sich durch einen unsozialen, gegen die Interessen der werktätigen Massen gerichteten Charakter aus. Die Einnahmen aus direkten Steuern sind für das Jahr 1938 mit 3 864 Millionen Francs gegen 7 550 Millionen Francs im Jahre 1937 angesetzt. Das ist eine Steigerung um 1 514 Millionen. Bekanntlich werden auch die direkten Steuern zu einem erheblichen Teil von den werktätigen Massen getragen. Aber nehmen wir selbst an, diese 1 514 Millionen stellten ausschliesslich eine Erhöhung der steuerlichen Belastung der Kapitalisten dar. Demgegenüber ist aber der Ertrag der indirekten Steuern u. Monopole für das Jahr 1938 um etwa 7,5 Milliarden, d.h. um 26 % höher veranschlagt worden als im Jahre 1937. Den Werktätigen, die unter der Frankentrachtung leiden, mutet die Volksfrontregierung also eine gewaltige Erhöhung ihrer steuerlichen Belastung zu, denn die indirekten Steuern sind bekanntlich reine Massensteuern. Die Kapitalisten, die an der Frankentrachtung verdient haben und noch verdienen, brauchen von ihren Gewinnen so gut wie nichts abzugeben.

Die Presse hat in der letzten Zeit vornehmlich Nachrichten gebracht, aus denen hervorgeht, dass die Profite der grossen Firmen im letzten Jahre stark gestiegen sind. Die Volksfrontregierung unterstützt die grossen Kapitalisten bei ihrer Profitschere, u. die SFIO u. die KPF unterstützen die Volksfrontregierung....

Als vor kurzem die Frage der Erhöhung der Beamtenegehälter zur Debatte stand, machte die Regierung die grössten Schwierigkeiten. Später erklärte Bonnet vor der Senatskommission, dass die von der Regierung bewilligte Aufbesserung der Gehälter weit hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurückbleibe. Aber der ausserordentliche Militäretat ist von 9.5 Milliarden Francs im Jahre 1937 auf 11.260 Millionen im Jahre 1938, d.h. um 19 % erhöht worden. Es wird schon heute angedeutet, dass diese Summe im Laufe des Jahres 1938 möglicherweise noch weiter erhöht werden wird. Für Rüstungen hat die Volksfrontregierung immer Geld u. auf diesem Gebiete gibt es keine Schwierigkeiten, wie sie entstehen, wenn es sich darum handelt, einem Postboten oder Lehrer ein Gehalt zu zahlen, mit dem er auskommen kann.

Natürlich ist die so oft versprochene Altersunterstützung im Budget für 1938 ebenso wenig vorgesehen wie der nationale Arbeitslosenfonds. Diese Reformen werden den Massen immer wieder versprochen. Die Führer der SFIO, u. der KPF kündigen periodisch als unmittelbar bevorstehend an. Die Regierung sagt auch nicht offen nein, sondern erklärt, sie werde daran denken, wenn die Mittel dazu vorhanden seien. Dass die Mittel für notleidende Greise u. für Arbeitslose fehlen, dafür ist im Budget von 1938 schon vorgesorgt. Dieses Budget weist, so wie es vorgelegt worden ist, im ausserordentlichen Haushalt ein Milliardendefizit auf. Nach der Schätzung von Bonnet muss die Staatskasse im neuen Jahre etwa 27,5 Milliarden Francs auf dem Anleihewege aufbringen.

Diese Bonnetsche Schätzung ist sehr fragwürdig. Wir haben in der "Arbeitspolitik" wiederholt darauf hingewiesen, dass das Gleichgewicht, das sich Bonnet für das ordentliche Budget des Jahres 1938 ausgerechnet hat, eine rein papierne Angelegenheit ist. In der Kammerdebatte hat Paul Reynaud behauptet, das Defizit der Staatskasse u. mithin ihr Anleihebedarf werde sich im neuen Jahre auf etwa 46 Milliarden Francs belaufen. Reynaud schätzt den Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt auf etwa 8 Milliarden. Auch der Berichterstatter der Kammer über das Budget, der Radikalsozialist Jammy Schmidt, schätzt den Anleihebedarf für 1938 höher ein als Bonnet. Desgleichen schreibt der Finanzredakteur des "Temps" Jenny, der sonst an der Bonnetschen Finanzpolitik nichts auszusetzen hat, weil sie den Wünschen des Grosskapitals vollauf entspricht, "die Schätzungen, die der Finanzminister zu Grunde gelegt hatte, als er den Budgetentwurf ausarbeitete", seien "offenkundig optimistisch" ("Temps" vom 20. Dezember). Höflicher als Herr Jenny kann man wohl nicht sagen, dass Bonnet in seinem Budget falsche Zahlen angesetzt hat.

Als die Regierung Chautemps gebildet wurde, als Bonnet seine offen arbeiterfeindliche Finanzpolitik einleitete, geschah das mit der Begründung, dass diese Politik zum Schutze der Frankenwährung vor weiterer Entwertung notwendig sei. Bonnet wiederholte fortwährend, dass erst einmal das Budgetgleichgewicht hergestellt werden müsse. Den Werktätigen sind neue Milliardenlasten aufgepackt worden, sie werden im neuen Jahre weiter bluten müssen. Vom Budgetgleichgewicht aber ist keine Rede. Das heisst aber, dass die Frankenwährung alles andere als sicher ist, dass, wenn es so weiter geht, ein weiteres Münzabrutschen des Francs mit den damit verbundenen Rückwirkungen auf die Lebenshaltung der Werktätigen unvermeidlich ist. Der von uns erwähnte radikalsozialistische Abgeordnete Jammy Schmidt hat in seinem Bericht über das Budget 1938 die innere Schuld Frankreichs auf etwa 500 Milliarden Francs geschätzt. Die Finanzpolitik der Regierung Chautemps läuft darauf hinaus, diesen riesigen Schuldbetrag im nächsten Jahre um weitere 30 - 40 Milliarden zu vermehren. Da es aber angesichts der riesigen Höhe der Staatsschuld immer schwerer wird, neue Anleihen unterzubringen, muss die Chautemps-Bonnetsche Finanzpolitik notwendigerweise dazu führen, dass der Geldbedarf des Staates in der einen oder anderen Weise durch die Notenpresse gedeckt wird. Eine solche Politik der Inflation bedeutet aber gleichzeitig eine weitere Zerrüttung der Frankenwährung.

(Fortsetzung folgt)

VOR DEM JAPANISCHEN ANGRIFF AUF SÜDCHINA.
oo

Eine Reihe von Umständen sprechen dafür, dass den Versenkung des amerikanischen Kanonenbootes "Pansy" u. die Angriffe auf englische Kriegsschiffe von japanischer Seite unternommen worden sind, um das Verhalten Amerikas u. Englands zu klären, ob der Angriff auf Südchina unternommen würde, das heisst um die Probe darauf zu machen, ob Amerika und England Kriegsschiffe nach dem Fernen Osten schicken, um ihre örtigen Interessen durch militärischen Einsatz zu verteidigen. Das Ergebnis dieses Versuches ist (1) dass zwar aller Voraussicht nach Amerika u. England gegenwärtig darauf verzichten, weitere Kriegsschiffe nach dem Fernen Osten zu schicken, da es aber (2) die amerikanische Regierung die Gelegenheit benutzt, um planmässig die Stimmung für eine spätere militärische Einmischung zu schaffen. Die englische Regierung lässt hierin Amerika den Vortritt, sekundiert ihr aber durch Meldungen über Massenmorde und Plünderungen der japanischen Truppen in Schanghai usw. Bei der Stimmung der Massen des amerikanischen Volkes für Nichteinmischung bedarf es längerer Vorbereitung, um einen Umschwung zugunsten einer Intervention herbeizuführen, ebenso braucht die Herstellung einer Verständigung zwischen dem englischen, französischen u. amerikanischen Imperialismus über gemeinsames Vorgehen Zeit.

Japan kann also zu dem Schluss kommen, dass es freie Bahn in Südchina hat. Eine japanische Aufforderung an England, das Gebiet von Hongkong vor dem beabsichtigten Angriff auf Kanton zu räumen, ist abgelehnt worden. Ebenso betonen die Amerikaner, dass sie ihre Kriegsschiffe keinesfalls aus China zurückziehen.

Die amerikanisch-englische Stellungnahme ist stark beeinflusst durch den Umstand, dass die englische Flottenausrüstung noch nicht soweit vorgeschritten ist, damit England gleichzeitig in den Heimatgewässern, im Mittelmeer u. im Fernen Osten überlegen auftreten könne. Das bedeutet aber nicht unter allen Umständen, dass ein solches Eingreifen nicht in Betracht kommt, ob die englische Flottenausrüstung vollständig abgeschlossen ist. Man muss auch mit der Möglichkeit rechnen, dass zwischen England-Frankreich, Amerika und der Sowjetunion militärische u. politische Arrangements getroffen werden, die ein früheres Eingreifen dieser Mächte möglich machen würden.

So bereitet sich Schritt für Schritt die Ausweitung des japanisch-chinesischen Krieges zu einem imperialistischen Weltkonflikt vor, während keiner der anderen imperialistischen Brandherde - Abessinien und Spanien - erloschen ist.

In der internationalen Arbeiterklasse zeigen sich auch noch nicht einmal die Umrisse einer Politik, um dem drohenden neuen Weltbrand entgegenzutreten. Reformismus u. Stalinismus wirken zusammen, um die internationale Arbeiterklasse einfach in das Schlepptau des englisch-französisch-amerikanischen Imperialismus nehmen zu lassen.

In Japan macht die innere Entwicklung weitere Fortschritte in der Richtung zum autoritären Staat. Das "Kaiserliche Hauptquartier", das nach längeren Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen unter der herrschenden Klasse eingerichtet worden ist, nimmt immer mehr Machtbefugnisse in die Hand. Die faschistische Geheimorganisation des "Schwarzen Drachen" tritt jetzt öffentlich auf mit der Forderung, dass die politischen Parteien sich selbst auflösen sollen zugunsten einer "nationalen Einheitspartei".

Es hat in Japan nie mehr gegeben, als einen Schein-Konstitutionalismus der noch hinter dem des Wilhelminischen Deutschlands zurückblieb, aber auch er kommt unter die Räder unter der Wirkung einerseits der militärischen Erfolge, andererseits des Wachstums des wirtschaftlichen Druckes auf die Volksmassen.

In China bestätigt nunmehr ein Bericht der bekannten Schriftstellerin Agnes Smedley ("Weltbühne" 9.12.37.), dass die herrschenden Klassen Chinas

mit Tschangkaischek an der Spitze keinerlei "demokratische" Zugeständnisse gemacht haben.

"Nach Tschangkaischek, berichtet Angus Smedley, (die aus dem ehemaligen Sowjetgebiete schreibt), beharrt noch immer bei der hartnäckigen Weigerung das Volk auszurufen u. zu bewaffnen... Tschangkaischek passt unsere Propaganda nicht. Er ist gegen alles, was das Volk aufrütteln könnte... Aber eine demokratische Verfassung hat man dem Volke vorenthalten u. die Novembewahlen zur Nationalversammlung waren eine Farce. Nur die Wohlhabenden und die Reichen durften wählen."

Smedley kommt zu dem Schluss:

"So wie sie ihn jetzt führt, kann die chinesische Regierung den Krieg nie gewinnen. Nie wird ihr Heer auf sich selbst angewiesen u. ohne das Volk die japanische Armee besiegen. Etwas vom Standpunkt der heute herrschenden Klassenregierung gesehen erscheint die Mobilisierung u. Bewaffnung des gesamten Volkes ein gefährliches Beginnen... Vorläufig haben Chinas Massen herzlich wenig, wofür es sich lohnen würde, zu kämpfen. Unmöglich, sie in Ketten an die Front zu senden, in den Ketten wirtschaftlicher u. politischer Hörigkeit. Chinas herrschende Klasse weist sehr wohl, dass die Mobilisierung, die Erziehung u. die Bewaffnung des ganzen Volkes die Fortdauer ihrer politischen Herrschaft in Frage stellt... Falls die Japaner immer neue Schlachten gewinnen und dabei ihr Intriguenspiel mit gewissen japanfreundlichen Gruppen fortsetzen, könnten wir hier eine ähnliche Entwicklung erleben, wie in Spanien..."

Wir haben dem nichts hinzuzufügen als dies, dass dieser Zustand die unausbleibliche Folge des Verzichts der KP Chinas darauf ist, gleichzeitig mit dem Kampf gegen den Feind von aussen den Kampf auf der inneren Klassenfront zu führen, das heisst ihre politische Kapitulation vor der Militärdiktatur Tschangkaischeks und vor den herrschenden Klassen Chinas, ihrer Freigabe der Sowjets und der Agrarrevolution.

-o-o-o-o-

BENEŠCH VERWANDELT MIT HITLER. oooooooooooooooooooooooooooo

Das amtliche Communiqué über den Besuch des französischen Außenministers Delbec in Prag bestätigt, dass Frankreich (auch im Auftrag Englands) auf die tschechoslowakische Regierung in dem Sinne eingewirkt hat, dass sie Hitlerdeutschland weitere Zugeständnisse in Bezug auf die Sudetendeutschen anbietet. Nach den letzten Meldungen hat Benešch bereits die Verhandlungen in diesem Sinne begonnen.

Vom Standpunkt des englischen u. französischen Imperialismus haben diese Manöver nur einen Sinn, falls sie darauf angelegt sind, Zeit zu gewinnen, was vor allem im englischen Interesse liegt. Weder ist auf diesem Wege ein Kompromiss möglich, dass den deutschen Imperialismus befriedigen würde, - aber es ist für ihn eine Etappe auf dem Wege der weiteren Lockerung der kleinen Entente, des tschechisch-französischen u. des tschechisch-sowjetischen Bündnisses - andererseits führt dieser Weg auch nicht zu der wirklichen Lösung der nationalen Frage in der CSR, die einzige Parade nach innen und aussen könnte nur die Verbindung der Lösungen der nationalen Selbstbestimmung mit den sozialen Lösungen der werktätigen Klassen der Sudetendeutschen sein. Stattdessen solidarisiert sich nicht nur die tschechische Sozialdemokratie, sondern auch die Kommunistische Partei der CSR mit dem Standpunkt der tschechoslowakischen Bourgeoisie. Diese macht auch innerpolitisch ihren Krebsgang auf die Demokratie weiter. Das Gesetz zur Auflösung der politischen Parteien soll weiter verschärft werden.

DIE EINNAHME VON TERUEL. oooooooooooooooooooooooooooo

Teruel ist von den republikanischen Truppen genommen worden. Die Bedeutung dieser lokalen Aktion für die Kriegführung im Ganzen kann nur durch die weitere militärische Entwicklung aufgeklärt werden.

UNTER BRÜDERN.
oooooooooooooooo

Von der KPD-O wird uns geschrieben:

Die Leitung der SAPD hat Ende Oktober 1937 eine Reihe von Briefen veröffentlicht, die sie mit dem ZK der KPD anlässlich der Auseinandersetzung, die zwischen ihr u. dem ZK der KPD über die Fragen der Volksfrontpolitik stattfindet, gewechselt hat. Diese Briefe werfen ein bezeichnendes Licht auf die Auffassungen der Führer der Schaffung einer deutschen Volksfront u. auf den Charakter ihres häuslichen Streits.

Das ZK der KPD achtet eifrig darauf, dass der bürgerliche Charakter der Volksfrontpropaganda durch keine, wenn auch harmlose, aber doch nach Sozialismus riechende Phrasen verhüllt wird. Er schreibt z. B. (am 13. Juli 1937):

"Die Volksfrontpropaganda würde durch "die Erfüllung ihrer Propaganda mit sozialistischem Inhalt" nur in ihrer Entwicklung gehemmt u. eingeengt werden. Die Volksfront ist nicht nur die Zusammenfassung der Arbeiter, sondern der breite Zusammenschluss auch mit den nichtproletarischen antihitlerischen Kräften, die den Faschismus vernichten u. die demokratische Republik erkämpfen wollen. Teile der Arbeiterklasse u. die Masse ihrer Verbündeten sind nicht bereit, für den revolutionären Sozialismus zu kämpfen. Die Losung des Sozialismus als aktuelle Losung der Volksfront würde daher die Volksfrontbewegung unmöglich machen".

Diesem offenkundigen Bekenntnis der Stalinischen Pseudokommunisten kann eine gewisse Logik im Renegatentum nicht abgesprochen werden, denn Volksfrontpolitik kann allerdings immer nur praktisch das Eintreten für die Erhaltung des Kapitalismus bedeuten.

Die SAPD tritt demgegenüber dafür ein, dass der bürgerliche Inhalt der Volksfrontpolitik durch sozialistische Phrasen verschleiert wird - nach der guten alten Tradition der deutschen Sozialdemokratie, die ja die bürgerliche Demokratie stets als den Weg und das Mittel zur Herbeiführung des Sozialismus bezeichnet hat. Dabei fand die SAPD in dem sogen. Ausschuss zur Vorbereitung der deutschen Volksfront die Unterstützung der sozialdemokratischen u. bürgerlichen Vertreter (siehe ihren Brief v. 7. 9. 37.). Die Breitscheid u. Bornhard wissen nämlich ganz gut, dass sie mit ihrer Parole der Rückkehr zur Weimarer Republik in Deutschland wenig Anklang finden würden, wenn sie erklärten, die Krupp und Thyssen u. sonstigen Monopolkapitalisten, sowie die preussischen Junker müssten dem deutschen Volke erhalten bleiben (die KPD-Führung hat z. B., wie die SAPD in dem erwähnten Schreiben vom 7. September mitteilt, hartnäckig die Losung der "Enteignung des Grundbesitzes" abgelehnt).

Dass aber die SAPD, die in der Einleitung zu den von ihr herausgegebenen Briefen erklärt, sie werde sich "durch nichts" abhalten lassen, "die Notwendigkeit der Volksfront... zu propagieren", selbst weiss, dass im Rahmen der Volksfrontpolitik nur von einem Sozialismus im Pickwickschen Sinne oder besser nur von einer "Sozialisierung" à la Ebert die Rede sein kann, zeigen die folgenden Sätze:

"Wir sind nicht der Meinung, dass das Hitlerregime durch die proletarische Diktatur abgelöst werden wird. Dieser Auffassung sind wir bis jetzt nur in den Thesen der KPD begegnet. Wir halten für den Sturz Hitlers die vereinten Anstrengungen aller in Betracht kommenden antifaschistischen Kräfte für erforderlich. Wir verstehen auch sehr gut, dass das durch die Volksfrontbewegung gegebene Zweckbündnis mit nichtproletarischen Schichten nicht auf die unmittelbare Verwirklichung des Sozialismus, sondern vor allem auf den Sturz Hitlers ausgerichtet sein muss. Wir weigern uns daher, uns für die Zeit nach dem Sturze Hitlers auf die bürgerlich-demokratische Volksrepublik festzulegen. Wir sind der Auffassung, dass es nach dem Sturze Hitlers die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist, mit aller Macht die Verwirklichung des Sozialismus anzustreben. Der Inhalt der kommenden Staatsform ist für uns das Entscheidende".

Die KPD-O hat zwar nie behauptet, dass das Hitlerregime durch die proletarische Diktatur abgelöst werden wird, sondern nur, dass es die Pflicht der deutschen Arbeiter sei, dafür zu kämpfen, dass an die Stelle der Faschisdiktatur die Räterepublik trete. Was die SAPD anbelangt, so lehnt sie eine solche revolutionäre Zielsetzung ab. Sie trennt den Kampf für den Sozialismus von dem Kampf für den Sturz Hitlers u. glaubt diesen Sturz auf grund eines nichtsozialistischen, offenbar also bürgerlich-demokratischen Programms erreichen zu können. Das heisst aber, dass sie ihre ganze Gerode von der "sozialistischen Volksfront" selbst als leere Phrase kennzeichnet. Auch die Versicherungen, dass die SAPD sich nicht auf die bürgerlich-demokratische Republik nach dem Sturz Hitlers festlegen wolle, sind keinen Pfifferling wert; denn wenn die SAPD es ablehnt, heute die Errichtung der proletarischen Diktatur zu propagieren, wenn sie im Gefolge der Anhänger der bürgerlichen Demokratie marschiert, dann ist sie de facto auf die Rückkehr zu Weimar festgelegt, ganz gleich, ob es ihr passt, das einzugestehen oder nicht. Die Auffassung schliesslich, dass nicht die Staatsform, sondern ihr Inhalt entscheidend sei, dass man also den bürgerlichen Staat mit "sozialistischen Inhalt" erfüllen könne, ist bekanntlich ein ehrwürdiger Ladenhüter des Reformismus.

Der Streit zwischen den Führungen der SAPD u. der KPD ist ein prinzipienloses Gezänk im Rahmen der reformistischen Auffassungen. Er ist ein neuer Beweis für die Schädlichkeit u. Unfruchtbarkeit des Versuchs, die Volksfrontpolitik, die sich bei ihrer praktischen Anwendung in Frankreich und Spanien verhängnisvoll ausgewirkt hat, auf Deutschland zu übertragen. Die SAPD gesteht allerdings ein, (Brief vom 24. Mai), dass die Volksfront in Deutschland "einzeitweilen noch keine Realität, sondern eine propagandistische Idee" sei. Es ist, fügen wir hinzu, eine falsche und der Sache des antifaschistischen Kampfes der Arbeiter abträgliche Idee.

P.S. Inzwischen geht der Krach innerhalb der deutschen Volksfront weiter. In einem Brief v. 13. November, den die nichtstalinistischen Elemente der Volksfront an das ZK der KPD gerichtet haben u. der u.a. von Heinrich Mann, Max Braun, Georg Bernhard, sowie von prominenten Vertretern der SAPD gezeichnet ist, lesen wir:

"Wir halten die Volksfront nur dann für lebensfähig, wenn Ihr anerkennt, dass es sich um eine Vereinigung von Delegierten gleichberechtigter politischer Parteien u. Gruppen mit dem politischen Hauptziel des Sturzes des Hitlerregimes u. der Schaffung der demokratischen Republik handelt, -währop- Ihr erneut in Eurer "Deutschen Volkszeitung" v. 7. November proklamiert, "den revolutionären Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei vorzubereiten?..."

Der heutigen KPD-Führung vorzuwerfen, sie wolle die proletarische Revolution u. die Diktatur des Proletariats, das ist wahrlich ein gelungener Witz! Interessant ist nur, dass auch die SAPD sich jetzt offen für die demokratische Republik u. gegen die proletarische Revolution ausspricht. Das ist der schlüssige Beweis dafür, wie wenig ernst die Linken Redensarten der SAPD gemeint sind und dafür, dass ihr Streit mit der KPD-Führung nur darum geht, ob die reformistische Volksfrontpolitik mit Stalinischer Sauce serviert werden soll oder nicht.

---o-o-o-o---

ZUM NEUEN MOSKAUER PROZESS.
 ooooooooooooooooooooooooooooo

Die Nachricht von der Hinrichtung von Jenukidse, Oracholaschwili, Karachan u. anderen hervorragenden alten Bolschewiki zeigt, dass der Stalinsche Terrorfeldzug nach den Sowjetwahlen keineswegs gemildert, sondern womöglich noch verstärkt worden ist. Trotz dem äusserlichen Erfolg der zu einem Plebiszit für seine persönliche Herrschaft gemachten Wahlen, fñhlt sich das "grösste Genie aller Zeiten u. Länder" keineswegs dieser Herrschaft sicher. In der Tat stollt es sich bei näherem Zusehen heraus, dass die Sowjetwahlen keineswegs der überwältigende Triumph für Stalin waren, als der sie hingestellt worden. Zuerst wurde die "einstimmige" Wahl aller Kandidaten gewaldet. Als daraufhin die Wahlresultate im Ausland und wahrscheinlich auch

in der Sowjetunion als ein offenkundiger Schwindel beurteilt wurden, bequemen sich die Stalinschen Wahlbehörden dazu, 1,5 Millionen leerer u. 600 000 durchstrichener Stimmzettel einzugestochen. Wir können sicher sein, dass es bedeutend mehr waren; jedenfalls aber zeigt auch die offizielle Angabe, dass in den Massen der Werktätigen der Sowjetunion eine starke Opposition gegen das Stalinregime vorhanden sein muss, denn es gehörte ein sehr grosser Mut dazu, um trotz allem Terror, trotz aller Kontrolle bei den Wahlen gegen Stalin u. seine Clique zu stimmen.

Die neuen Kommunistenabschlachtungen, die Stalin jetzt veranstaltet, sind ein weiterer Beweis dafür, dass er die wirkliche Stimmung der Massen der Werktätigen und insbesondere der Parteimitglieder ganz anders beurteilt, als in den offiziellen Artikeln der Sowjetpresse geschieht.

Bei der Beurteilung der jüngsten Hinrichtungen muss ein Umstand hervorgehoben werden. Jonukidse u. Orachelaschwilli, die beide sehr hohe Posten in der Sowjetregierung bekleidet haben, gehörten zu den Ältesten u. angesehensten Bolschewiki des Kaukasus, d.h. der Heimat Stalins. Nach der heutigen stalinisierten Geschichtslegende ist die bolschewistische Partei von Stalin unter Assistenz von Lenin geschaffen worden. Insbesondere wird die Entwicklung des Bolschewismus im Kaukasus als das alleinige Werk Stalins geschildert. Männer wie Jonukidse u. Orachelaschwilli, die s. Zt. in der bolschewistischen Bewegung des Kaukasus eine weit hervorragendere Rolle gespielt haben als Stalin, mussten, solange sie lebten, als Widerlegung der Stalinlegende wirken. Es ist auch anzunehmen, dass sie, obwohl durch jahrelange Freundschaft mit Stalin verbunden, keineswegs bereit waren, vor ihm im Stabe zu kriechen. Deshalb hat Stalin sie unter den üblichen erlogenen Anklagen umbringen lassen.

Die neueste Nummer des trotzkistischen "Bulletins der Opposition" (60-61) veröffentlicht Erklärungen des Sowjetgenerals W. Kriwitzki u. des bisherigen Geschäftsträgers der Sowjetunion in Athen, Barwin (Graff), die mit dem Stalinregime gebrochen haben. Kriwitzki u. Barwin erklären beide, dass sie keine Trotzkisten seien u. dass sie das Stalinregime vom Standpunkt Lenins und der Oktoberrevolution bekämpfen.

Einem Interview des trotzkistischen "Bulletins" mit Kriwitzki entnommen folgende Stellen:

"Was denken Sie über die Moskauer antitrotzkistischen Prozesse?"

Ich weiss - und habe Gründe, um das zu behaupten, - dass die Moskauer Prozesse von Anfang bis zu Ende Schwindel sind...

Sie fragen, wie die "Prozesse" u. Hinrichtungen vorbereitet werden? Ich mich einstweilen auf ein Beispiel beschränken. Vor einigen Monaten wurde Unschlicht verhaftet. Die Verhaftung Unschlichts bestürzte mich und ich beschloss, über seinen "Fall" mit dem sehr verantwortlichen GPU-Funktionär S. zu sprechen. (Nach Angabe des "Bulletins" handelt es sich um den Leiter der Auslandsabteilung der GPU, Spiegelglas.) S. erzählte, dass er Anfang Juli zu Frinowski (dem Stellvertreter von Jeschow) gerufen worden sei, der ihm ein Zettelchen überreicht u. gesagt habe: sie müssen den Inhalt dieses Zettels übersetzen u. nur sie dürfen davon Kenntnis haben. (Es handelt sich um eine Übersetzung aus dem polnischen ins russische). Was war denn der Inhalt des Zettels? - fragte ich. S. antwortete, dass es eine von Dserschinski persönlich abgefasste Erklärung gewesen sei, wie es scheint, aus dem Jahre 1910, in der Dserschinski behauptete, dass Unschlicht im Dienste der zaristischen Ochrana stehe. Ich warf ein: es ist doch bekannt, dass diese Sache seinerzeit untersucht u. bewiesen wurde, dass Dserschinski sich geirrt hatte; dass Dserschinski seine Anklage zurückgenommen u. seinen Irrtum eingestanden hatte; dass Lenin Unschlicht zum Vertreter Dserschinskis in der Tschechien ernannt hatte; dass Dserschinski jahrelang mit Unschlicht kameradschaftlich zusammengearbeitet hatte usw. S. erwiderte mir darauf garnichts und konnte auch nichts erwidern. Aber Unschlicht sitzt jetzt u. ist vielleicht schon wegen dieser "Sache" erschossen...

Wie gross ist Ihrer Ansicht nach die Zahl der politischen Verhaftungen in der Sowjetunion in der jüngsten Periode?

Aus sehr autoritativer Quelle hörte ich, dass diese Zahl sich im Mai dieses Jahres auf 300 000 belief. Die erdrückende Mehrheit davon sind Parteimitglieder und ihre Familien. Seit dieser Zeit ist die Zahl der Verhafteten stark gestiegen, vielleicht hat sie eine halbe Million erreicht".

-0-0-0-

84 Jahre Zuchthaus für Genossen der K.D.-O. Vor kurzem sind in Berlin 13 Genossen der K.D.-Opposition wegen ihrer antifaschistischen Tätigkeit von den Henkerjustiz der Nazidiktatur zu insgesamt 84 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die neuen Terrorurteile zeigen, unter wohl unerhörten Schwierigkeiten und Opfern unsere Genossen von der K.D.-O ihre revolutionäre Arbeit leisten. Aber trotz allen Verfolgungen geht diese Arbeit ununterbrochen weiter.

Eine Protestaktion der gefangenen Antifaschisten in Barcelona. Am 13. November wurden im Carcel Modelo in Barcelona die Gefangenen einer Galerie um Mitternacht aus den Betten geholt u. in andere Zellen gebracht, weil man herausbekommen hatte, dass von einer der betreffenden Zellen ein unterirdischer Gang ins Freie angefangen worden war. Als am folgenden Morgen die Häftlinge der beiden Galerien nicht wie üblich auf den Hof gelassen wurden, begann ein Proteststurm der Eingeschlossenen. Die Wachen gaben Gewehrschüsse ab, was den Protest nur noch steigerte. Die zum Besuche der Gefangenen erscheinenden Frauen erhielten keinen Einlass und protestierten ebenfalls. Auch hier krachten Gewehrschüsse. Zum Glück wurde niemand verletzt. Die Frauen formierten sich zu einer Demonstration und zogen zum Gebäude der Generalität. Dort wurden einige von ihnen verhaftet, aber bald wieder freigelassen. Kurz darauf wurden auch die eingeschlossenen Gefangenen wieder auf den Hof gelassen. Während der Protestaktion der Gefangenen und ihrer Frauen sammelten sich die Bewohner der in der Nachbarschaft des Gefängnisses liegenden Häuser an den Fenstern und auf den Balkonen und demonstrierten durch Zurufe ihre Sympathien für die Gefangenen.

Der Rücktritt Jrujos. Im republikanischen Spanien ist der Justizminister Jrujo (rechter Sozialdemokrat) von seinem Posten zurückgetreten. Er ist im Justizministerium durch einen linken Republikaner ersetzt worden, bleibt aber Minister ohne Portfeuille. Die Ursache des Rücktritts ist aller Wahrscheinlichkeit nach, dass Jrujo die Übergriffe der Stalinisten in die Justiz nicht länger verantworten wollte. Das zeigt, dass der internationale Druck gegen den stalinistischen Terror wirksam ist. Er muss fortgesetzt werden.

Die Basken und die linken Republikaner haben eine Konferenz abgehalten, in der sie sich gegenseitige Solidarität zusichern; Die Spitze dieses Abkommens richtet sich gegen die K., die nach dem Fall von Gijon scharfe Angriffe gegen die baskische Regierung erhoben hatte.

Neue Angaben über die Sowjetwahl. Folgende Angaben verdienen zur Beurteilung des Charakters der Sowjetwahl und der Natur dieses "Sowjetparlaments" Beachtung.

41 registrierte Kandidaten wurden nach ihrer Aufstellung von den Listen gestrichen, darunter die beiden Brüder Meschlau (einer der Bure ZK-Mitglied u. langjähriger Sekretär des ZK, sowie Leiter der Maschinenindustrie war) u. Alkaniks, bisheriger Leiter des militärischen Flugwesens u. einer der angeblichen Richter bei dem angeblichen Geheimprozess gegen Tuchatschewski. Von 71 Mitgliedern des ZK sind nur 28 unter den Gewählten, von 68 Kandidaten des ZK nur 14, von 603 Mitgliedern des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets sind nur 43 wiedergekehrt. Von 150 Mitgliedern des Rats der Nationalitäten nur 11!

Berichtigung.

In dem Artikel "Nach den Sowjetwahlen" in der Nr. 51 der "Arbeiterpolitik" muss es auf Seite 2, Zeile 27 von oben statt "terroristische Elemente"-richtig "karriciristische Elemente" heissen. (Siehe "A" Nr. 51/IV. Jahrgang).